

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Das österreichische Europabewusstsein
in der Zweiten Republik.
Zwischen nationaler und europäischer Identität

Verfasserin

Mag. Karoline Binder

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, im November 2007

Studienkennzahl lt Studienblatt:

A 092 312

Dissertationsgebiet lt Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Ernst Bruckmüller

VORWORT

Die Idee zu dieser Arbeit kam mir bereits beim Schreiben meiner Diplomarbeit über die polnische Nationalmythologie, als ich immer wieder über den Begriff der europäischen Identität gestolpert bin. Mich interessierte vor allem die Aktualität des Themas und die unterschiedlichen Zugänge und Definitionsversuche, die in der Literatur diskutiert werden. Kurz nach der Fertigstellung meiner Diplomarbeit beschloss ich daher, mich in meiner Dissertation dem Thema europäische Identität und Europabewusstsein zu widmen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich beim Verfassen meiner Dissertation auf die eine oder andere Weise unterstützt haben. Egal ob es sich ums Korrekturlesen, um Hilfe beim Finden geeigneter Interviewpartner, um Fragen der Forschungsmethoden oder einfach um die allgemeine mentale Unterstützung handelte. Insbesondere danke ich meinem Mann, meiner Familie, meinen Schwiegereltern und meinen Freunden für ihre liebe Unterstützung.

Großer Dank gilt auch den Experten, die sich bereitwillig für die Interviews zur Verfügung gestellt haben und mich auch mit weiteren Kontakten oder Ratschlägen unterstützt haben. Besonders erwähnen möchte ich Wolfgang Wolte und Heinz Kienzl, die mir die Befragung bei der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft ermöglicht haben. Weiters sei hier auch der Universität Wien gedankt, die mir durch ein Förderungsstipendium die finanzielle Unterstützung für die Befragung gegeben haben.

Natürlich möchte ich mich auch bei meinem Betreuer Professor Bruckmüller und meinem Zweitbeurteiler Professor Ehalt bedanken, die mir von Beginn an mit wertvollen Hinweisen stets zur Seite gestanden sind.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung	9
2.	Theoretische Grundlagen.....	13
2.2.	Europa	21
2.2.1.	Geographische Eingrenzung	21
2.2.2.	etymologische Bestimmung.....	23
2.2.3.	Der Europamythos.....	24
2.2.4.	Europa in der Antike und im Mittelalter	25
2.2.5.	Europa in der Neuzeit	29
2.2.6.	Europa im 19. und 20.Jahrhundert	30
3.	Europäische Einigung	33
3.1.	Erste Europa-Ideen und Ansätze	33
3.2.	Die Zwischenkriegszeit	41
3.2.1.	Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union.....	41
3.2.2.	Andere Vereinigungen	47
3.3.	Die Idee Europa im Zweiten Weltkrieg	49
3.4.	Die Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg	52
3.4.1.	Nachkriegszeit	52
3.4.2.	ERP & OEEC.....	57
3.4.3.	Unionisten & Föderalisten.....	59
3.4.4.	Der Europarat	61
3.4.5.	Die Montanunion.....	63
3.4.6.	Die Krise der EVG	67
3.4.7.	Die Römischen Verträge.....	70
3.4.8.	Die 60er Jahre: Vertiefung.....	71
3.4.9.	EFTA	72
3.4.10.	Die Fouchetpläne.....	73
3.4.11.	Erweiterung	75
3.4.12.	Die innere Entwicklung der EWG.....	77
3.4.13.	Die 80er Jahre: Reformen und die Einheitliche Europäische Akte...80	
3.4.14.	Die Europäische Union	83
3.5.	andere Europa-Ideen im 20. Jahrhundert	90
4.	Österreich und die europäische Integration	93
4.1.	Ideen im Exil	93
4.2.	Die unmittelbare Nachkriegszeit	94
4.3.	Staatsvertrag und Integration.....	100
4.4.	Die EFTA	104
4.5.	Der „Alleingang“	105
4.6.	Die Ära Kreisky	107
4.7.	Mitteleuropa.....	109
4.8.	Beitrittsge such	112
4.9.	Der EU-Beitritt.....	124
4.10.	Österreich in der EU.....	129
5.	Identität in Österreich und Europa	137
5.1.	Die österreichische Identität.....	137
5.1.1.	Allgemein	137

5.1.2.	Vorgeschichte.....	139
5.1.3.	Entwicklung der österreichischen Identität nach dem Zweiten Weltkrieg.....	142
5.1.4.	Symbole der österreichischen Identität	159
5.2.	Die europäische Identität.....	162
5.2.1.	Was ist europäische Identität?	162
5.2.2.	Vielfalt in der Einheit.....	182
5.2.3.	Europäische Öffentlichkeit und Bürgerschaft.....	186
5.2.4.	Die Erweiterung.....	191
5.2.5.	Finalität und Verfassung.....	194
5.2.6.	Die Symbole	202
6.	Österreich und das Europabewusstsein	209
6.1.	Eine Zwischenbilanz.....	209
6.2.	Europa in österreichischen Parteiprogrammen und Regierungserklärungen der Zweiten Republik	221
6.3.	Österreich im Eurobarometer	224
7.	Zeitungsanalyse.....	227
7.1.	Zeitungslandschaft in Österreich	227
7.1.1.	Charakteristika von Zeitungen.....	227
7.1.3.	Die Zeitung seit 1945 in Österreich	230
7.1.5.	Die Presse.....	233
7.2.	Untersuchung	234
7.3.	Ergebnis der Zeitungsanalyse	237
7.4.	Schlussfolgerung	243
8.	Experteninterviews	245
8.1.	Methode	245
8.2.	Durchführung.....	246
8.2.1.	Forschungsfragen und Leitfaden.....	246
8.2.2.	Interviewpartner.....	247
8.2.3.	Auswertung	251
8.3.	Ergebnisse der Experteninterviews	253
8.4.	Schlussfolgerung	270
9.	Befragung	273
9.1.	Untersuchung	273
9.1.1.	Methode	273
9.1.2.	Forschungsfragen und Hypothesen	273
9.1.3.	Durchführung.....	274
9.2.	Ergebnisse.....	275
9.3.	Schlussfolgerungen	294
10.	Resümee.....	297
11.	Quellenverzeichnis.....	301
ANHANG		325

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Allegorie Europas aus der Cosmographia.....	34
Abbildung 2: verschiedene Europaflaggen.....	206
Abbildung 3: EU-Mitgliedschaft	225
Abbildung 4: Verteilung der Artikel in Jahren	242
Abbildung 5: Geschlecht und Alter der Befragten	275
Abbildung 6: Assoziationen mit „Europa“	277
Abbildung 7: Verteilung nach Alter	278
Abbildung 8: Verteilung nach Geschlecht	279
Abbildung 9: Antwort auf Frage nach Herkunft.....	280
Abbildung 10: Sind Sie gerne Europäer?	281
Abbildung 11: Herkunft und gerne Europäer	283
Abbildung 12: Ist Europa anderen Kontinenten überlegen?.....	284
Abbildung 13: Verteilung nach Schulbildung.....	286
Abbildung 14: Verteilung nach Parteipräferenz	288
Abbildung 15: Kreisky und Verteilung nach Parteipräferenz	293

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Aufteilung in Ressorts.....	239
Tabelle 2: Verteilung der Stichprobe nach Bundesland	276
Tabelle 3: Tatsächliche Verteilung der Einwohner nach Bundesland.....	276
Tabelle 4: Assoziationen mit „Europa“	277
Tabelle 5: Verteilung nach Alter	279
Tabelle 6: Verteilung nach Geschlecht.....	280
Tabelle 7: Antwort auf Frage nach Herkunft.....	281
Tabelle 8: Sind Sie gerne Europäer?	281
Tabelle 9: Kreuztabelle Herkunft und Europäer	282
Tabelle 10: Verteilung nach Schulbildung	285
Tabelle 11: Verteilung nach Parteipräferenz	287
Tabelle 12: Überlegenheit Europas.....	289
Tabelle 13: Typisch europäisch.....	290
Tabelle 14: Wichtige Orte.....	291
Tabelle 15: Wichtige Personen der Vergangenheit.....	292
Tabelle 16: Wichtige Personen der Gegenwart.....	293

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Entwicklung des Europabewusstseins in Österreich seit 1945. Anhand theoretischer und empirischer Methoden soll gezeigt werden, wie sich seit 1945 langsam ein europäisches Bewusstsein gebildet hat und wie dieses heute beschaffen ist. Dabei soll auch die österreichische Identität nicht außer Acht gelassen werden.

Bei dem Thema europäische Identität handelt es sich um eine Modeerscheinung. Es erscheinen laufend Publikationen zu diesem Thema, die die verschiedensten Standpunkte vertreten. Allen voran ist wahrscheinlich das Eurobarometer, das halbjährlich die Einstellung der EU-Bürger zu allen möglichen Fragen beleuchtet. Allerdings behandeln die Studien europäische Identität meist nur im Rahmen der EU. Auch in Österreich ist die europäische Identität ein relativ unerforschtes Thema.

Generell lässt sich sagen, dass Europabewusstsein etwas breit Gefächertes und auch meist etwas diffus ist, während Identität konkreter und exklusiver ist. Identität kann daher schnell ausgrenzend wirken. Bewusstsein dagegen schließt nicht aus, auch keine anderen Identitäten. Europabewusstsein kann also zum Beispiel heißen, dass man gerne Europäer ist, sagt aber nichts über die Einstellung zu anderen Kontinenten aus. Europäische Identität ist bereits enger gefasst und bedeutet beispielsweise, dass man kein Amerikaner, Asiate oder Afrikaner ist. In diesem Sinne soll das untersuchte Europabewusstsein in Österreich nicht ausgrenzen, sondern ein zusätzliches Merkmal der Österreicher sein.

Im Mittelpunkt der Arbeit soll das Verhältnis der Österreicher zu Europa stehen. Dabei soll die Europa-Politik der 2. Republik untersucht werden, sowie die Einstellung und Stimmung der Bevölkerung für oder gegen Europa im Laufe der Zeit. Besonderes Augenmerk soll dabei einerseits auf die österreichische Identität, andererseits auf die Probleme der EU beim Versuch der Auflockerung der nationalen Grenzen gelegt werden. In diesem Zusammenhang sollen auch Fragen zu einer europäischen Identität erläutert werden, ob es diese gibt und wozu sie gut ist.

Allgemeine Werke über die europäische Integration gibt es zahlreich, besonders herausgehoben seien hier Michael Gehler: Europa: Ideen, Institutionen, Vereinigung. München, 2005 und Jürgen Elvert: Die europäische Integration. Darmstadt, 2006.

Zur europäischen Identität und Zukunft Europas seien hier ein paar Literaturbeispiele genannt: Wilfried Loth (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Opladen, 2001; Christiane Dienel, Fritz-Helmut Wisch: Visions of Europe. Europavisionen. Frankfurt am Main, 2003; Karl Acham (Hg.): Zur geistigen Signatur des künftigen Europa. Wien, 2004; Günter Verheugen: Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee. Köln, 2005; Heiko Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts. Baden-Baden, 1999.

Im Zuge dieser Arbeit sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Was ist europäisches Bewusstsein und europäische Identität?
- Gibt es überhaupt ein europäisches Bewusstsein in Österreich?
- Wenn ja, wie hat es sich in der Zweiten Republik entwickelt?

Die Thesen zu dieser Arbeit lauten, dass es in Österreich ein europäisches Bewusstsein gibt, wenn auch nicht sehr ausgeprägt. Außerdem bezieht sich dieses Bewusstsein auf die EU und nicht Europa als Kontinent. Weiters wird angenommen, dass ein Europabewusstsein nur auf Grundlage eines stabilen Österreichbewusstseins existieren kann. Ausgehend von diesen Annahmen soll die Entwicklung der österreichischen Identität genauer betrachtet werden.

Diese Arbeit bedient sich theoretischer als auch empirischer Methoden. Im empirischen Teil wurden bewusst drei verschiedene Methoden gewählt, da jede für sich auch Nachteile hat, die sich durch die Ergänzung der anderen Methoden aufheben lassen. So gibt zum Beispiel die Befragung ein guter Überblick über das tatsächliche Befinden der österreichischen Bevölkerung gegenüber Europa, kann allerdings nur den Ist-Zustand/ Status Quo und keine Entwicklung wiedergeben. Die Analyse der Tageszeitungen bietet im Gegensatz dazu einen Längsschnitt an, spiegelt jedoch die Meinung der Zeitung wider, die nicht hundertprozentig mit der Meinung der Bevölkerung übereinstimmen muss. Als dritte Methode wurden Experteninterviews gewählt. Die Experten können aus ihrer Erfahrung ihre Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung in ihrer Entwicklung wiedergeben. Allerdings sind keine Quantifizierungen möglich und es muss der Faktor der Subjektivität berücksichtigt werden. Trotz all dieser Probleme erscheint die Kombination dieser drei empirischen Methoden geeignet, um Aufschluss über das gewählte Thema geben zu können.

Die Arbeit ist im Wesentlichen in zwei große Teile geteilt, in einen theoretischen und einen empirischen. Zunächst soll anhand von vorhandener Literatur ein Überblick über das Thema der Arbeit gegeben werden, der anschließend im empirischen Teil überprüft werden soll.

Im zweiten Kapitel werden die theoretischen Grundlagen geklärt, was bedeutet kollektive Identität und was versteht man unter Europa. Dabei soll auf verschiedene Aspekte der beiden Begriffe eingegangen werden, also die verschiedenen möglichen Ebenen von Identität und die verschiedenen Bedeutungsinhalte des Begriffes „Europa“.

Im dritten Kapitel wird ein Überblick über die europäische Integration gegeben. Zu Beginn soll gezeigt werden, dass die Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht aus dem Nichts entstanden ist, sondern es schon vorher zahlreiche Europa-Ideen gegeben hat, mehr oder weniger konkret. Der Großteil dieses Kapitels wird sich dennoch der Zeit nach Ende des Krieges widmen und zeigen, wie die heutige EU entstanden ist und was es sonst noch für Einigungsversuche gab.

Das vierte Kapitel widmet sich speziell Österreich. Hier soll gezeigt werden, wie weit die europäische Integration und die Europagedanken Österreichs Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beeinflusst haben und welchen Weg Österreich eingeschlagen hat.

Im fünften Kapitel wird genauer auf die Identität eingegangen, einerseits auf die (schwierige und langwierige) Entwicklung der österreichischen Identität und andererseits auf die (vielleicht noch schwierigeren und langwierigeren) Entwicklung der europäischen Identität.

Im Anschluss soll eine Zwischenbilanz mit Hilfe von Ergebnissen aus anderen empirischen Untersuchungen erste konkrete Entwicklungslinien des Europabewusstseins in Österreich zeigen, die durch die nachfolgenden empirischen Kapitel näher untersucht werden.

Das siebente Kapitel beschäftigt sich mit der Inhaltsanalyse von österreichischen Tageszeitungen, die die öffentliche Meinung und Stimmung widerspiegeln sollen. Zunächst wird ein Überblick über die österreichische Medienlandschaft gegeben, gefolgt von der Erklärung der Methode und der eigentlichen Analyse.

Im achten Kapitel soll die Methode der Experteninterviews erklärt werden, außerdem werden die Interviewpartner vorgestellt und die Auswertung der Experteninterviews präsentiert.

Das neunte Kapitel widmet sich der Befragung der österreichischen Bevölkerung. Wie auch in den vorangegangenen Kapiteln wird zunächst die Methode und die Durchführung erklärt, bevor die eigentliche Auswertung folgt.

Ich hoffe mit dieser Arbeit eine Entwicklungslinie des Europabewusstseins über die gesamte Zweite Republik zeigen zu können.

2. Theoretische Grundlagen

2.1. Kollektive Identität

„Identität ist eine Sache des Bewußtseins, d. h. des Reflexivwerdens eines unbewußten Selbstbildes.“¹ Psychologisch gesehen ist Identität nie abgeschlossen. Jeder Mensch steckt in verschiedenen Rollen, die das Resultat vergangener Identifizierungsprozesse sind, die wiederum unterschiedlich stark prägen. Diese psychologische Ebene der Identität kann man auch auf Kollektive übertragen. Auch diese unterliegen einem ständigen dynamischen Prozess und werden von kollektiven Erfahrungen geprägt.² Identität bedeutet Nähe zu anderen und somit Verantwortung. Dabei geht es auch um Solidarität und Streben nach Übereinstimmung.³

Pollak unterscheidet außerdem zwischen einer ideellen Identität, bei der es sich um Wertvorstellungen, Traditionen und Erwartungen handelt, und einer politischen Identität, die das Ergebnis eines Diskurses darstellt (und auch eine gewisse Bildung voraussetzt).⁴

Jeder Mensch besitzt eine individuelle und eine kollektive Identität. Die individuelle Identität ist die persönliche und soziale Identität, also zum Beispiel die Eigenschaften. Die Summe der sozialen Identitäten ergibt dann die kollektive Identität.⁵ Die kollektive Identität kann auf mehreren Ebenen bestehen, wobei die unterste die Bindung zu kleinen Gruppen wie Familie, Schule oder Verein darstellt. Die oberste Ebene wäre die abstrakte Weltbürgerlichkeit, aber bis dorthin gibt es zahlreiche Abstufungen.⁶

Die soziale Identität bezieht sich auch auf die territoriale Einheit, also den Wohnort, die „Nachbarschaft“. In dieser Dimension kennt man den Großteil der Bewohner. Man

¹ Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. München, ²1997. 130

² Wilfried Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. Nationale, regionale und europäische Identität im Wandel. 93-94. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 93-109

³ Cezary Koscielniak: Verantwortung als Fundament der Identität Europas. Eine theoretische Skizze. 119. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 113-120

⁴ Johannes Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. Frankfurt am Main, 1998. 73-74

⁵ Günter Paier: Menschen im Übergang. Österreichbilder und nationale Identität von Ex- und NeoösterreicherInnen. 153-154. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 149-208

⁶ Ernst Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren. Wien, 1994. 79

entwickelt eine Ortsverbundenheit. Darüber steht die Stadt: sie weist eine größere Bevölkerungsdichte auf, es gibt mehr politisches und kulturelles Leben und eine Vielfalt von zwischenmenschlichen Beziehungen. Danach kommt die Region beziehungsweise das Bundesland, das politisch-administrative Kompetenzen besitzt. Über der Region stehen der Staat und dann die Makroregion. Das sind Gruppen von Staaten, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ähnlichkeiten besitzen.⁷

Für Österreich gibt es zwei (beziehungsweise drei) solcher Makroregionen. Als Erstes wäre Mitteleuropa zu nennen, mit dem eine historische und kulturelle Verflechtung besteht und als Zweites der deutsche Sprachraum. Eine dritte Möglichkeit, die für jedes Land besteht, ist die Welt.⁸

Bei einer gemeinsamen Identität geht es darum die Kollektivität bestimmter Bewusstseinsinhalte und Einstellung herzustellen.⁹ Kollektive Identität entsteht aus dem Bedürfnis der Menschen, sich zu einer Gruppe zugehörig zu fühlen. Dabei unterscheidet Walkenhorst zwischen der historischen Identität (das kollektive Gedächtnis, Ursprungsmythen, Gegenwart und Zukunft), der genetischen Identität (das Wir-Gefühl) und der psychologischen Identität (die emotionale Bindung).¹⁰ Identität existiert in allen menschlichen kollektiven Aktivitäten.¹¹

„Nun sind kollektive Identitäten schwer zu fassen. Teils weiß man selbst nicht, warum man sich als Teil eines bestimmten Kollektivs fühlt, und generell fällt es schwer, dies in adäquate Worte zu fassen.“¹²

In der kollektiven Identität liegt eine spezifische Selbstwertschätzung, die aber auch gegen andere Gruppen gerichtet sein kann.¹³ *„Kollektividentitäten sind prekäre, fragile*

⁷ Max Haller, Stefan Gruber: Die Identität der Österreicher zwischen lokal-regionaler, nationaler und europäischer Zugehörigkeit. 385-387. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 383-430

⁸ Haller, Gruber: Die Identität der Österreicher. 387

⁹ Heinrich Neisser: Auf der Suche nach Europa. 242. In: Hermann Denz (Hg.): Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa. Wien, 2002. 241-254

¹⁰ Heiko Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts. Baden-Baden, 1999. 28-29

¹¹ Georg Schöpflin: Nation, Identity, Power. The New Politics of Europe. London, ²2002. 29

¹² Wilfried Loth: Europäische Identität in historischer Perspektive. ZEI Discussion Paper. Bonn, 2002. 3

¹³ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 94

und dynamische Konstruktionen.“¹⁴ Die Gemeinsamkeit existiert erst durch Fremdwahrnehmung.¹⁵

*„Unter einer kollektiven oder Wir-Identität verstehen wir das Bild, das eine Gruppe von sich aufbaut und mit dem sich deren Mitglieder identifizieren. Kollektive Identität ist eine Frage der Identifikation seitens der beteiligten Individuen.“*¹⁶

Jede kollektive Identität weist eine Art von Homogenität auf. Das kann einerseits eine räumliche Abtrennung (Kommune, Region, Ethnie, Nation) oder eine soziale Gruppe (Schicht, Religion) sein. Auf Grund dieser symbolischen Fundierung sind die Wir-Gruppen auch dermaßen vielfältig.¹⁷

Bedeutend für kollektive Identität ist die Abgrenzung nach außen und nach innen. Bei der positiven Differenz unterscheidet sich die Gruppe durch eigene, positive Merkmale von anderen. Man bezieht sich auf die innere Gemeinsamkeit. Die negative Differenz dient zur Ab- beziehungsweise Ausgrenzung anderer Gruppen, denen negative Eigenschaften nachgesagt werden.¹⁸

Die Funktionen der kollektiven Identität liegen im Zusammenhalt der Gemeinschaft, Sicherheit, Orientierung und Frieden. Das Auflösen des Gemeinsamen führt zu Unsicherheit und dem Bedürfnis, sich einer neuen Gruppe anzuschließen.¹⁹ Identität gehört zu den meist gebrauchten Vokabeln in der Politik und wird besonders für die Mobilisierung der Masse eingesetzt.²⁰

Wichtig für die kollektive Identität ist der Rückgriff auf die Vergangenheit. Dabei geht es nicht um die historische Wahrheit, sondern um die gruppenspezifische Prägung, das Gedächtnis und die Erinnerung. Diese Erinnerung muss allerdings auch kommuniziert werden, sonst gerät sie in Vergessenheit.²¹ Die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv wird

¹⁴ Ruth Wodak, Sonja Puntischer-Riekman: „Europe for All“ – diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten. 283. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 283-303

¹⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 35

¹⁶ Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. 132

¹⁷ Achim Trunk: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? Die Debatten in den europäischen Versammlungen 1949 bis 1954. 51. In: Wilfried Loth (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrtausends. Opladen, 2001. 49-80

¹⁸ Ebd. 51-52

¹⁹ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 33-34

²⁰ Thomas Meyer: Die Identität Europas. Der EU eine Seele? Frankfurt am Main, 2004. 21

²¹ Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. 80-81

durch gemeinsames Wissen, Gedächtnis und ein gemeinsames Symbolsystem vermittelt.²²

Außerdem gehört jeder Mensch mehreren Gruppen gleichzeitig an, also verschiedenen kollektiven Identitäten, das heißt er besitzt eine multiple Identität. Normalerweise ist das kein Problem, es kann allerdings zu einem Loyalitätenkonflikt kommen.²³

In der Geschichte wurde die kulturelle Identität auch als Gegensatz zur politischen Herrschaft konstruiert. Da kulturelle Identität von einer Trägergruppe konstruiert wird, kann man die europäische Identität als Konstrukt der Intellektuellen sehen.²⁴

Jeder besitzt mehrere kollektive Identitäten nebeneinander, aber mit unterschiedlicher Bindungskraft und Intensität. Walkenhorst unterscheidet zwischen fünf Stadien.²⁵

1. Zustimmung: Anerkennung der Gruppeninhalte – Passivität
2. Anteilnahme: Auseinandersetzung mit Inhalten – Partizipation
3. Engagement: Bereitschaft zur aktiven Teilnahme – Idealismus
4. Identifikation: Ausrichtung des Lebens nach der Gruppe – Ideologismus
5. Opferbereitschaft: Märtyrertod – Fanatismus

Kollektive Identität ist ein Konstrukt, aber das Gefühl der kollektiven Zusammengehörigkeit kann nicht so einfach erzeugt werden.²⁶ Deshalb ist es nicht ganz klar, wie die Bevölkerung einer Nation ein kollektives Bewusstsein aufbaut. Bruckmüller schlägt als einfache Hypothese dazu vor, dass die Sozialinstanzen den Menschen gemeinsame Symbole und Werte vermitteln.²⁷ Nationale Identität ist von Haus aus moralisch neutral und unbelastet.²⁸

Die Verbundenheit mit einer territorialen Einheit nimmt mit dem Alter zu. Die Ortsverbundenheit und die Dauer des Lebens an einem bestimmten Ort nimmt linear zu, während die Bereitschaft wegzuziehen linear abnimmt. Je höher jedoch die Ausbildung

²² Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. 139

²³ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 95

²⁴ Bernhard Giesen: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. 130-131. In: Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 130-146

²⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 38

²⁶: Rainer Bauböck, Monika Mokre, Gilbert Weiss: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. 9. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 9-21

²⁷ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 9-10

²⁸ Miroslav Hroch: Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen, 2005. 34

ist, desto größer wird auch die Bereitschaft.²⁹ Zur Identitätsbildung werden meist primordiale Merkmale herangezogen, wie Geburt und Herkunft, was zu Abstammungsmythen aber auch Rassismus führen kann.³⁰

Nationale Identität erfüllt eine sozialintegrative Funktion. Trotz der Vielfalt, Größe und Anonymität kann man eine (vorgestellte) Gemeinschaft erzeugen. Die nationale Identität erzeugt ein Zusammengehörigkeitsgefühl über alle Schichten hinweg. Sie kann auch ideologisch-legitimierend wirken und Ideologien, Kämpfe oder bestehende Verhältnisse rechtfertigen.³¹ In einer Nation wird der Lebensraum vereinheitlicht, es kommt zu einer territorialen Staatsbildung.³²

Aber es gibt nicht nur die nationale Identität, auf die sich das Bewusstsein und die Loyalität der Bevölkerung beziehen können. Bruckmüller schlägt für Österreich folgende Abstufungen vor³³:

- Lokalpatriotismus, auf den Heimatort bezogen
- Landespatritismus, auf das Bundesland bezogen
- Staats- beziehungsweise Nationalpatriotismus, auf den Staat bezogen (also in diesem Fall Österreich)
- Deutsch-national, auf Deutschland bezogen
- Europabewusstsein, auf Europa (beziehungsweise Mitteleuropa) bezogen
- Weltbürgerlichkeit, auf die gesamte Welt bezogen.

Aber kleinere Einheiten sind auch nicht „natürlicher“ als große, da sich auch in diesen Gruppen nicht alle Mitglieder kennen. Also muss auch hier Identität geschaffen werden.³⁴

Nationale Identität wird durch Symbole und Bildung vermittelt. Kinder lernen in der Schule die nationalen Symbole kennen. Später beim Bundesheer identifiziert man sich mit

²⁹ Haller, Gruber: Die Identität der Österreicher. 395-396

³⁰ Giesen: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. 132

³¹ Max Haller, Stefan Gruber: Der Nationalstolz der Österreicher im internationalen Vergleich. 435. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 431-499

³² Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 97

³³ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 18

³⁴ Joana Breidenbach: Global, regional, lokal – Neue Identitäten im globalen Zeitalter. 59. In: Karin Hanika, Bernd Wagner (Hg.): Kulturelle Globalisierung und regionale Identität. Beiträge zum Kulturpolitischen Diskurs. Bonn, 2004. 56-63

seinem Land. Bei Wahlen kann man teilnehmen am Staat. Aber zur Stabilisierung der nationalen Identität fehlen auch noch Mythen, Feste und Identifikationsfiguren.³⁵

„Eine Form des kollektiven Gedächtnisses stellt das nationale Gedächtnis dar. Es funktioniert als „Theater“ einer Anzahl ausgewählter Ereignisse, die oft nur mittelbar (über Medien oder Alltagsüberlieferungen) und nicht durch die eigene Teilnahme erfahren werden. Diese Ereignisse bedürfen symbolischer Re-Inszenierung als Basis ihrer sozialen und gruppenspezifischen Geltung.“³⁶

Nation existiert „im Auge des Betrachters“.³⁷ Nach Anderson ist die Nation „eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän“³⁸. Sie ist vorgestellt, weil sich die Mitglieder untereinander nicht kennen, begrenzt, weil die Nation bestimmte (vielleicht variable) Grenzen hat und souverän, weil die Nationen frei sein möchten.³⁹ Bruckmüller definiert die Nation folgendermaßen:

„>>Nation<< soll daher jene relativ größte Gruppe heißen, der sich ein Mensch erstrangig zugehörig fühlt und deren Mitglieder sich diese Zugehörigkeit auch gegenseitig anerkennen. Die geglaubte Basis dieses Zusammengehörigkeitsgefühl kann sehr verschieden sein – häufig eine Sprache, häufig eine gewisse religiöse, historische, staatsrechtliche Tradition, der Glaube an Gemeinsamkeiten der Alltagskultur, des Verhaltens, der Werte. Die Nation wird ständig rekonstruiert durch die gemeinsame Hochschätzung gewisser Symbole, kurz – die nationale Mythologie.“⁴⁰

Jede regionale Gemeinschaft mit dem Wunsch nach Selbstbestimmung hat das Potential zur Ausbildung einer nationalen Identität. Die Idee der Herrschaft basierend auf Identität gibt es seit dem 18. Jahrhundert.⁴¹ Im 19. und 20. Jahrhundert fungierte der Nationalismus in Europa als eine ausgrenzende Ideologie. Die einzelnen Nationen rivalisierten miteinander, es gab keine Solidarität unter den Bürgern.⁴²

Der Nationalismus in Europa basiert stark auf Abgrenzung, im Gegensatz zur chinesischen oder amerikanischen Identität, die stärker nach innen geleitet sind. Ein

³⁵ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 80

³⁶ Ruth Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. Frankfurt am Main, 1998.

35

³⁷ Rainer Bauböck: Im Missverständnis vereint? Assymetrie in multinationalen Föderationen. 123. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 117-143

³⁸ Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt am Main, 1996. 15

³⁹ Anderson: Die Erfindung der Nation. 15-17

⁴⁰ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 67

⁴¹ Schöpflin: Nation, Identity, Power. 9

⁴² Meyer: Die Identität Europas. 68

möglicher Grund dafür kann sein, dass in Europa viele Nationen auf engem Raum leben.⁴³

Bei den Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen nationalen Identitäten, sind drei Lösungen möglich:

„erstens nationale Homogenisierung der Bevölkerung eines Territoriums durch Vernichtung, Vertreibung oder erzwungene Assimilierung von Minderheiten; zweitens Aufteilung des Territoriums zwischen den rivalisierenden Gruppen; drittens eine unbehagliche Koexistenz mehrerer nationaler Gemeinschaften innerhalb eines einzigen Staatsgebietes.“⁴⁴

Im Zuge der Neubestimmung der nationalen Identität wird die regionale Identität wieder belebt oder aktiviert. Eine Region bietet durch die Prägung durch traditionelle, herrschaftliche und kulturelle Zentren mehr Anknüpfungspunkte als die Nation. Es besteht ein fließender Übergang zur lokalen Gruppenidentität.⁴⁵ „... wir sind für Regionalismus, wenn damit etwas Wesentliches bewahrt oder gefestigt werden soll, und dagegen, wenn er sich gegen andere richtet, ...“⁴⁶

Identität wird von einer Gemeinschaft durch hierarchische und institutionelle Macht geschaffen. Dennoch ist die Zugehörigkeit zu einem Kollektiv teilweise wählbar, zum Beispiel Ideologie kann man sich aussuchen.⁴⁷

Die Identität unterliegt stets einem Wandel und muss immer wieder bestätigt werden. Heute ist es mittlerweile so, dass es eine kollektive nationale Identität gibt, sich diese aber durch soziale Milieus immer stärker unterscheidet. Dafür nähern sich die verschiedenen Länder kulturell an und die einzelnen sozialen Schichten ähneln sich. Diese soziokulturellen Milieus können heute die Grundeinheit für kollektive Identität bilden.⁴⁸ Lebens- und Konsumstile innerhalb der einzelnen Milieus werden ähnlicher, quer zu alten Traditionen. Konflikte können dadurch entstehen, dass sich die Elite zu Europa hinwendet. Die „Schwachen“ klammern sich an alte nationale oder lokale Solidaritäten.

⁴³ Hartmut Kaelble: Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2001. 26

⁴⁴ Bauböck: Im Missverständnis vereint? 130

⁴⁵ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 99-100

⁴⁶ Cees Nooteboom: Wie wird man Europäer? Frankfurt am Main, 1993. 17

⁴⁷ Wodak, Puntcher-Riekman: „Europe for All“ 287

⁴⁸ Meyer: Die Identität Europas. 31, 63

Die Nation bietet auch nicht mehr immer den Halt, den man sucht. Deshalb kommt es zur Regionalisierung. Stärkere Regionen wollen schwächere loswerden.⁴⁹

Die Richtigkeit der Erinnerung ist für die kollektive Identität nicht von Bedeutung, es geht nur darum, dass man sich gemeinsam erinnert. (Dies gilt auch für die europäische Kultur. Nachdem es keine Homogenität gibt, muss man eine gemeinsame Kultur erfinden.)⁵⁰

Die Nation strebt nach einer autonomen Gemeinschaft mit definiertem Gebiet. Diese exklusive Abgrenzungsstruktur unterscheidet die nationale von regionaler oder ethnischer Identität.⁵¹

Die nationale Identität gliedert sich in eine prämoderne, moderne und postmoderne Identität. Bei ersterem Typ sind vorpolitische Eigenschaften von Bedeutung, es gibt eine kulturelle Basis für politische Identifikation. Beim modernen Typ erfolgt die Identifikation zum Beispiel über politische und soziale Institutionen, die demokratische Verfassung oder Menschenrechte. Kulturelle Werte werden geschätzt, sind aber nicht ausschlaggebend. Die postmoderne Identifikation ist relativ neu. Sie geht über das politische Gemeinwesen hinaus und übernimmt regionale und globale Verantwortung. Es gibt eine nationale Primärverankerung für eine Art von Weltbürgertum. Diese Abstufungen sind auch für die politische Identität zu erwarten, wenn man nach Umfrageergebnissen über die Einstellung der Menschen geht. Alle drei Typen sind auch in der EU vertreten. So wird der prämoderne Typ eher am Nationalbewusstsein haften und können eventuell sogar einen Eurochauvinismus ausbilden. Für den modernen Typ ist die Ausbildung von europäischen Institutionen wichtig. Der postmoderne Typ wird multiple Identitäten besitzen und transnationale Ideen verfolgen. Daher wäre die Ausbreitung der postmodernen Identifikation für die EU ideal.⁵²

Supranationalität bedeutet die Zusammenführung von Nationalstaaten in eine größere Einheit. Dies geschieht aber nach dem gleichen Muster, es gibt zentrale politische Instanzen. Die Identität wird auf eine nächste Ebene überführt. Die Transnationalität ist lockerer, zum Beispiel ein wirtschaftlicher Zweckverband. Der Nationalstaat behält weiter

⁴⁹ Richard Münch: Demokratie ohne Demos. Europäische Integration als Prozess des Institutionen- und Kulturwandels. 197-198. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Opladen, 2001. 177-203

⁵⁰ Klaus Eder: Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität. 154. In: Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 147-179

⁵¹ Bauböck: Im Missverständnis vereint? 123

⁵² Meyer: Die Identität Europas. 63-66

die Loyalitätsbeschaffung. Die Identifizierung erfolgt jenseits des Nationalstaates, die nationale Identität wird nicht berührt.⁵³

Zur Verdichtung des Zugehörigkeitsbewusstseins und der Kennzeichnung von Gruppen werden Symbole verwendet. Zu den Symbolen können auch abstrakte Begriffe wie die Neutralität zählen (siehe Kapitel 5.1.4). Zur offiziellen Staatssymbolik zählen meist Wappen, Fahne, Uniformen und Hymnen.⁵⁴ Zu den Ritualen gehören Feiertage und Festakte.

2.2. Europa

2.2.1. Geographische Eingrenzung

Laut Brockhaus ist Europa die westliche Halbinsel Asiens, die aber auf Grund der kulturellen und historischen Rolle als selbstständig betrachtet wird. Als Grenzen werden unter anderem angegeben: Ural, Kaspisches Meer, Schwarzes Meer, Bospurus, Dardanellen, Mittelmeer, Straße von Gibraltar, Atlantischer Ozean.⁵⁵

Europa umfasst 10,5 Millionen km² und ist im Vergleich mit den anderen Kontinenten sehr dicht besiedelt.⁵⁶ Während die anderen Kontinente selbstständige Strukturelemente der Erdkruste darstellen, ist dies bei Europa nicht der Fall.⁵⁷ Es ist auch der einzige Kontinent, der nicht von außen, sondern von seinen Bewohnern selbst definiert wird.⁵⁸

Da der Kontinent keine natürlichen Grenzen besitzt, unterlagen diese (so wie auch der Begriff) stets einem Wandel. Der jeweilige Bezugsraum war immer abhängig vom historisch-kulturellen Bewusstsein, der Wirtschaft und den Menschen.⁵⁹ „Die Wirklichkeit

⁵³ Walter Reese-Schäfer: Supranationale oder transnationale Identität. Zwei Modelle kultureller Integration in Europa. 253-254. In: Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 253-266

⁵⁴ Ernst Bruckmüller: Symbole österreichischer Identität zwischen „Kakanien“ und „Europa“. Wiener Vorlesung im Rathaus, Band 59. Wien, 1997. 12-13

⁵⁵ Brockhaus in 15 Bänden. Band 4. Oldenburg, 1997. 200

⁵⁶ Michael Gehler: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung. München, 2005. 11

⁵⁷ Wolfgang Schulhoff: Europa auf dem Weg zur Selbstfindung. Eine historische und politische Betrachtung. Baden-Baden, 1997. 11

⁵⁸ Wulf Köpke: Was ist Europa, wer Europäer? 18. In: Wulf Köpke, Bernd Schmelz (Hg.): Das gemeinsame Haus Europa. Handbuch zur europäischen Kulturgeschichte. München, 1999. 18-29

⁵⁹ Hagen Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 17. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 17-43

*Europas wurzelt im Bewußtsein der Menschen, ein kollektiver imaginärer Entwurf, der sich wandelt, wie sich die Menschen wandeln.*⁶⁰

Seit der Antike wurde „Europa“ immer in erster Linie zur Abgrenzung gegen andere verwendet. Zum Beispiel beschrieben Gelehrte die Türkenbedrohung als ein Kampf zwischen Europa und den Türken.⁶¹ Diese Einheit gegen Gefahren bestand aber auch nach innen. Wenn die alte Ordnung bedroht war, richtete sich Europa gegen neue Ideologien oder Weltanschauungen (zum Beispiel Demokratie, Jakobiner, Sozialismus, aber auch gegen Juden und anfangs gegen den Nationalsozialismus).⁶²

Meistens kam die Bedrohung Europas aber aus dem Osten: Karl der Große kämpfte gegen die Awaren (8. Jahrhundert), Otto der Große gegen die Ungarn (10. Jahrhundert), Papst Urban II. führte den Kreuzzug (11. Jahrhundert), Friedrich Barbarossa kämpfte gegen die Tartaren (12. Jahrhundert), die Türken belagerten zwei Mal Wien (1529, 1683) und Juan d´Austria kämpfte gegen die Osmanen (16. Jahrhundert). Dabei wurde aber der eigene Drang nach Osten verleugnet oder relativiert.⁶³

Der Begriff „Europa“ folgte seit der Antike stets den kulturellen Schwerpunktverlagerungen (zum Beispiel vom Römischen Reich weiter nach Norden zum Karolinger Reich). So konnte er auch einen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. Dennoch kann man „Europa“ nicht durch „Okzident“ oder „Christentum“ austauschen beziehungsweise gleichsetzen. Nicht immer wurde der Begriff zur Abgrenzung zu anderen benutzt, manchmal ging es auch um die historische Kontinuität.⁶⁴

Während die Grenzen im Westen relativ fest erscheinen, gibt es im Osten keine natürlichen Gegebenheiten, die eine Grenze festlegen würden. Sie waren daher von der jeweiligen politischen Situation abhängig, besonders von Russland (ob es sich eher dem Westen öffnete oder doch dem Osten zuwandte).⁶⁵ Es gab Zeiten, in denen sich Russland und die Türkei als Staaten Europas sahen, obwohl der größte Teil dieser Länder in Asien liegt. Das heißt bei der Zurechnung zum Kontinent muss immer der historische Wandel

⁶⁰ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 19

⁶¹ Wolfgang Schmale: Geschichte Europas. Wien, Köln, Weimar, 2000. 11

⁶² Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 22

⁶³ Gehler: Europa. 27

⁶⁴ Schmale: Geschichte Europas. 30

⁶⁵ Herfried Münkler: Die politische Idee Europa. 12. In: Mariano Delgado, Matthias Lutz-Bachmann: Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 9-27

beachtet werden.⁶⁶ Bis heute ist die Grenze zu Asien die unbeständigste. Fixpunkte sind die Donaumündung und seit dem 18. Jahrhundert der Ural.⁶⁷

Man kann daher auch von harten und weichen Grenzen sprechen. Die harten Grenzen sind durch geographische Gegebenheiten vorgegeben. Im Osten und im Südosten sind die Grenzen allerdings weich und werden durch Abwägung pragmatischer und ethnischer Gründe definiert.⁶⁸

Aber auch die westliche Grenze unterlag politischen und historischen Bestimmungen. Denn dass die Atlantikküste nicht das endgültige Ende Europas ist, wird spätestens dann klar, wenn man sich die Lage der Inseln ansieht, die noch zum Kontinent dazugehören (zum Beispiel die Azoren).⁶⁹

Auch im Süden erscheint die Grenze Europas auf den ersten Blick eindeutig: das Mittelmeer. Allerdings stellt es eher für die Bewohner des nördlichen Europas eine Abgrenzung dar. Für die Bevölkerung im Süden ist das Meer eine Verbindung. Bereits in der Antike war Europa auf das Mittelmeer bezogen und berührte dabei die Küsten Europas, Asiens und Afrikas. Das Meer als Grenze entstand erst im Mittelalter.⁷⁰

2.2.2. etymologische Bestimmung

Die Herkunft des Begriffes „Europa“ ist nicht genau geklärt. Etymologisch könnte es eine Ableitung des Wortes „ereb“ aus dem Semitischen (der Phönizier) sein, was soviel wie dunkel beziehungsweise untergehen bedeutet, also „*das Land der untergehenden Sonne*“ (Abendland, Westland).⁷¹

Die Griechen übernahmen diese Redewendung, aber sie bezeichneten damit immer Unterschiedliches. Manchmal war der Norden gemeint, wo die Barbaren wohnten, später dann der Raum zwischen dem Schwarzen Meer und den Säulen des Herkules. Der Begriff blieb relativ unbestimmt.⁷²

⁶⁶ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 18

⁶⁷ Jürgen Elvert: Die europäische Integration. Darmstadt, 2006. 4

⁶⁸ Meyer: Die Identität Europas. 168

⁶⁹ Schmale: Geschichte Europas. 13

⁷⁰ Münkler: Die politische Idee Europa. 12

⁷¹ Vgl. Gehler: Europa. 11; Schmale: Geschichte Europas. 21; Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 18

⁷² Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 19

Aber das Griechische bietet noch mehr: das Wort „*europa*“ bedeutet weit hinblickend, schallend. Bei dieser Herkunft würde es sich also um eine geographische Bezeichnung handeln.⁷³

2.2.3. Der Europamythos

Aus volkstümlicher Sicht war „Europa“ kein geographischer Begriff, sondern bezeichnete eine Königstochter. Der griechische Mythos der Europa besagt, dass sie als Tochter des Königs Agenor im Land von Tyron und Sidon lebte. Eines Tages verwandelte sich Zeus in einen Stier aus Agenors Herde. Er lockte Europa zu sich, sie setzte sich auf seinen Rücken und er entführte sie nach Kreta, wo er sich wieder in Zeus zurückwandelte. Dort wiederum erschien Aphrodite der Königstochter. Sie erklärte Europa, dass sie von nun an die irdische Gattin Zeus' sei und sie unsterblich werden würde, da der fremde Erdteil ihren Namen erhalten solle.⁷⁴ Später bekam Europa drei Söhne (Minos, Rhadamanthys und Sarpedon) und heiratete den kretischen König Asterios.⁷⁵

Der Mythos wurde aber oft umgedeutet, um die Gewalttätigkeit darin zu verharmlosen. Zum Beispiel zeugte nicht der Stier die Kinder mit Europa, sondern ein Gott.⁷⁶ Man kann den Mythos auch dahingehend interpretieren, dass es zwischen Asien und Europa ursprüngliche eine Verbindung gab, die dann gewaltsam (durch die Entführung) getrennt wurde.⁷⁷

Im Mittelalter wird der Mythos mit dem Christentum verbunden und als Auserwähltheit, Glück und Fruchtbarkeit interpretiert. Die Darstellung des Kontinents erfolgt körperlich als „Regina Europa“. Der Stier steht für Kraft, Stärke, Zielgerichtetheit, Leidenschaft und Schönheit. In Abbildungen werden die beiden gemeinsam dargestellt, aber Zeus oft zu Christus uminterpretiert. Der Mythos war besonders im 12. Jahrhundert in Frankreich beliebt, die Europa stand als Metapher für die menschliche Seele. Teilweise wurde der Mythos auch moralisiert, zum Beispiel bei Boccaccio.⁷⁸

Das Bild der Europa auf dem Stier wurde zu einem Handelsobjekt. Auf Darstellungen konnte sich der Mythos weit verbreiten und hat sich bis heute in der Kunst gehalten. So wurde zum Beispiel im Mittelalter der Mythos umgedeutet: der Stier wurde von Zeus zu

⁷³ Schmale: Geschichte Europas. 21

⁷⁴ Gustav Schwab: Sagen des klassischen Altertums. Wien, 2004. 22-26

⁷⁵ Schmale: Geschichte Europas. 25

⁷⁶ Münkler: Die politische Idee Europa. 14; 16

⁷⁷ Elvert: europäische Integration. 5

⁷⁸ Schmale: Geschichte Europas. 33

Christus. Im 16. Jahrhundert stand die „Dame Europa“ als Allegorie für den Kontinent.⁷⁹ In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war der Europamythos wieder populär und wurde vor allem für Karikaturen oder Werbung verwendet.⁸⁰

Die Wahrheit, die in diesem Mythos liegt, ist, dass Europa hybrid ist. In dem Mythos versammeln sich verschiedenen Kulturen, die Homogenität Europas ist eine nachträgliche politische Erfindung.⁸¹

2.2.4. Europa in der Antike und im Mittelalter

Bereits in der Antike existierte ein Europa-Begriff.⁸² Aber schon bei Homer gibt es eine Ambivalenz: die Europäer sind nicht europäischer Herkunft, sondern aus dem Nahen Osten „domestiziert“. ⁸³ Hippokrates war der Ansicht, dass in Europa das Gesetz herrschte, während in Asien die Despoten herrschten.⁸⁴ Europa sah er als den Ort, an dem viele kleine freie Staaten erblühen konnten. Etwa um das Jahr 400 v. Chr. betonte Klesias von Knidos, ein griechischer Geschichtsschreiber beim Perserkönig Artaxerxes II., die Unterschiede der beiden Kontinente, indem er Asien als unterwürfig und Europa als tapfer beschrieb.⁸⁵ Auch der Philosoph Isokrates verwendete Europa als Abgrenzung zu den Persern.⁸⁶

Herodot verwendet bereits ein geographisches Europa-Konzept: Asien und Europa erhalten quasi natürliche Grenzen durch die verschiedene politische Herrschaft. Dennoch wirkte diese Idee noch nicht identitätsstiftend.⁸⁷ Außerdem überschätzte Herodot die Größenverhältnisse. Er sah Europa viel größer als Asien oder Afrika.⁸⁸ Auch Aristoteles sah wie so viele den Unterschied Europas und Asiens in Freiheit und Knechtung.⁸⁹

⁷⁹ Kiran Klaus Patel: Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche seit 1945. 12. In: Internationale Politik. Nummer 4, 59. Jahrgang, 2004. 11-18

⁸⁰ Schmale: Geschichte Europas. 78

⁸¹ Meyer: Die Identität Europas. 33

⁸² Maciej Salamon: Der Begriff Europa in der Spätantike und in Byzanz. 19. In: Heiner Timmermann (Hg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin, 1998. 19-30

⁸³ Fred Dallmayer: The ambivalence of Europe: European culture and its "others". 75. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 75-91

⁸⁴ Elvert: europäische Integration. 5

⁸⁵ Gehler: Europa. 13

⁸⁶ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 19

⁸⁷ Gehler: Europa. 13

⁸⁸ Heiner Timmermann: Die Idee Europa. 8. In: Heiner Timmermann (Hg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin, 1998. 7-18

⁸⁹ Elvert: europäische Integration. 5

Die Griechen sahen sich allerdings abgehoben vom Orient, teilweise sogar missionarisch, zum Beispiel bei der Hellenisierung Ägyptens.⁹⁰ Das griechische Europabewusstsein war elitär, es wurde unterschieden zwischen Hellas und den Kolonien.⁹¹

Auch bei den Römern gab es Europa. Es bot eine Art Grundstock für einen umfassenden Begriff, allerdings besetzten die Römer die eroberten Gebiete anstatt sie zu vereinen.⁹² Es gab nicht die Unterscheidung Europa gegen Asien sondern Römer gegen Nicht-Römer.⁹³

Der Europa-Begriff in der Antike wurde generell als Abgrenzung zu anderen verwendet, meistens gegen Bedrohungen wie zum Beispiel in den Perserkriegen. Fiel allerdings die Bedrohung beziehungsweise der Feind weg, verschwand auch der Begriff.⁹⁴ Aber auch durch Erkundungsfahrten der Griechen veränderte sich der Bezugsraum des Begriffes.⁹⁵ Mit den Eroberungen der Römer wuchs der Begriff „Europa“, zum Beispiel durch die Erschließung des Nordens. Dennoch war für die römischen Kaiser das gesamttrömische Reichsbewusstsein (mit Kleinasien) bedeutender als irgendeine Art europäisches Bewusstsein.⁹⁶

In der Antike und im frühen Mittelalter war also die Selbstbeschreibung als Europa eher selten, aber von außen, wie von Byzanz aus, wurde der Begriff Europa verwendet – oft mit negativer Konnotation.⁹⁷

In der Spätantike wurden die Gebiete Thrakien und Illyrien, die vorher als Europa galten, dem Osten zugerechnet. Dies verstärkte die Unterscheidung in Orient und Okzident.⁹⁸

Das Europa der Antike lässt sich auf Grund der zahlreichen Stadtstaaten und anderem Schwerpunkt nicht für die EU instrumentalisieren. Falls es ein Europabewusstsein bei den Griechen gab, war es jedenfalls elitär, auf Hellas begrenzt.⁹⁹

Nach dem Ende des römischen Reichs gab es eine Schwerpunktverlagerung Richtung Norden, das Christentum breitete sich weiter aus.¹⁰⁰ Brague sieht die Geburt Europas

⁹⁰ Clemens Zintzen: Europa – Gedanken zum Ursprung seiner Kultur. 18. In: Konferenz der Akademie der Wissenschaft und Literatur (Hg.): Europa – Idee, Geschichte, Realität. 2. Symposium der Akademie der Wissenschaften. Mainz, 1996. 13-24

⁹¹ Timmermann: Die Idee Europa. 10

⁹² Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 20

⁹³ Timmermann: Die Idee Europa. 10

⁹⁴ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 20

⁹⁵ Werner Weidenfeld: Europa – aber wo liegt es? 22. In Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 19-48

⁹⁶ Elvert: europäische Integration. 6-7

⁹⁷ Remi Brague: Europäische Kulturgeschichte. 26. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 25-32

⁹⁸ Elvert: europäische Integration. 7

⁹⁹ Gehler: Europa. 13

durch das Loslösen von Rom.¹⁰¹ Dennoch war das Römische Reich ein Integrationsfaktor des Mittelalters, das an die Franken weitergegeben wurde.¹⁰²

Im 6. Jahrhundert bezeichnete Papst Gregor der Große Europa als den Teil des zerfallenen römischen Reiches, der christlich war. Im Jahr 732 gab es wieder eine Bedrohung von außen. Der arabische Emir Abderrahman kämpfte gegen die Franken unter Karl Martell. In dessen Heer befanden sich sowohl Gallier als auch Germanen, die als Gesamtheit „*europenses*“ genannt wurden. Allerdings galt die Bezeichnung nur so lange das Heer als Gemeinschaft auf dem Schlachtfeld handelte. Danach wurde sie wieder hinfällig.¹⁰³

Im Okzident, dem christlichen Raum, kam es zur Vermischung des Abendlandes mit den Franken. Das bildete die Grundlage für die spätere Herrschaft der Karolinger und die karolingische Renaissance. Trotz der verschiedenen Völker und Sprachen gab es einen Repräsentanten der abendländischen Kultur (am Bedeutendsten war Karl der Große).¹⁰⁴

Im Zuge der Christianisierung wurde statt des Europa-Mythos eine Geschichte aus dem Buch Moses verbreitet: die Jafet-Legende (1. Buch Mose, 9, 18-27) besagt, dass sich die drei Söhne Noahs aufteilten: Sem bekam Afrika, Ham Asien und Japhet den Westen, also das heutige Europa.¹⁰⁵ Von manchen wurde daher „Japhetien“ als Gegenbegriff zu Europa vorgeschlagen. Im Mittelalter galten die Kontinente als weiblich, sie wurden von männlichen Eroberern besetzt. Im 16. Jahrhundert schlug Guillaume Postel ebenfalls den Namen „Japhetien“ vor. Dabei ist nicht sicher, ob er sich auf Jafet als Sohn Noahs bezog, oder auf den antiken Titan Japet, Uranos Sohn und Vater von Prometheus. Zweiteres würde bedeuten, dass er sich (wie der Europa-Mythos) auf das griechische Erbe statt auf das christliche berief. Seiner Idee folgte im 17. Jahrhundert Jacques Bénigne. Generell war die Berufung auf Jafet bei den Gelehrten weit verbreitet, aber Europa bedeutete mehr, es war positiv konnotiert. (Nur selten wurde die Geschichte als Ehebruch und Schändung gesehen). Der Vorteil der Jafet-Legende gegenüber dem Europa-Mythos war, dass es sich bei ihr um einen richtigen Gründungsmythos handelte.¹⁰⁶ Außerdem war es ein christlicher Ursprung und frei von Gewalt.¹⁰⁷ Deshalb wurde „Japhetien“ auch immer

¹⁰⁰ Münkler: Die politische Idee Europa. 16

¹⁰¹ Brague: Europäische Kulturgeschichte. 28.

¹⁰² Timmermann: Die Idee Europa. 10

¹⁰³ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 21

¹⁰⁴ Elvert: europäische Integration. 7

¹⁰⁵ Münkler: Die politische Idee Europa. 16

¹⁰⁶ Schmale: Geschichte Europas. 29, 63-64

¹⁰⁷ Münkler: Die politische Idee Europa. 16

wieder bis ins 18. Jahrhundert aufgegriffen, bevor sich der Name „Europa“ endgültig durchsetzen konnte.¹⁰⁸

Mit dem Karolinger-Reich kam es zu einer Fortsetzung des Römischen Reichs und der Verwendung des Namens „Europa“.¹⁰⁹ Das Christentum wurde im Jahr 395 zur Staatsreligion, daher wurden auch Neudefinitionen notwendig. Heilsgeschichtlich war der Osten gut und der Westen dämonisch. Das wurde unter den Karolingern umgedreht. Der Berater Karl des Großen, Alkuin, setzte das Christentum mit Europa gleich. Insgesamt gab es aber unter den Karolingern kein Europabewusstsein. Der Karlskult (Karl als „*pater europae*“) wurde allerdings im 19. Jahrhundert für Europaideologien wiederbelebt.¹¹⁰ Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gewann die Zuschreibung des Reiches Karls des Großen als Europa an Bedeutung und spielte auch bei der Gründung der EWG eine Rolle.

Allein an diesem Punkt sieht man, dass Europa keine geographische Tatsache, sondern eine Idee ist.¹¹¹

Unter den Ottonen glaubte man daran, dass Gott das Imperium Otto und Heinrich übertragen hatte. Der Kaiser wurde zum „*maximus regum Europae*“, Europa wurde also durch die Herrschaft des Kaisers territorial verortet und somit zum politischen Willensakt.¹¹²

Als im 14. Jahrhundert der Papst an Macht verlor, wurde der ideelle Europabegriff wichtiger. Dabei ging es aber wiederum um die Abgrenzung zu Asien. Unter Pius II. wurde dabei das Bollwerk gegen den Islam betont.¹¹³

Nicht zu vergessen im Mittelalter ist die Bedeutung der Juden. Sie waren die Träger und Schöpfer der europäischen Kultur, die sie durch ihre (erzwungen) Mobilität verbreiten konnten. Das machte sie zu den wahren Europäern.¹¹⁴

Im Mittelalter visualisieren die Weltkarten nicht die geographischen Gegebenheiten, sondern präsentieren die jeweilige Weltanschauung. Im Mittelpunkt steht Jerusalem als heilige Stadt, rundherum befinden sich die drei Kontinente Afrika, Asien und Europa.

¹⁰⁸ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 21-22

¹⁰⁹ Schmale: Geschichte Europas. 29

¹¹⁰ Gehler: Europa. 32

¹¹¹ Herfried Münkler: Wo liegt Europa? Mythos und politische Idee. 16. In: Gert-Joachim Gläßner, Klaus Sühl (Hg.): Auf dem Weg nach Europa. Europäische Perspektiven nach dem Ende des Kommunismus. Opladen, 1994. 11-29

¹¹² Münkler: Die politische Idee Europa. 19

¹¹³ Elvert: europäische Integration. 8

¹¹⁴ Gehler: Europa. 24

Diese stehen aber auch für die Heilsgeschichte, zum Beispiel Europa als Land des Jafet. In dieser Zeit gibt es kaum reine Europakarten, aber viele detaillierte Regionalkarten.¹¹⁵

2.2.5. Europa in der Neuzeit

Durch die ideologische Frontbildung gegen die Türken in den Kreuzzügen wurden die östlichen Grenzen geschlossen. Aber mit der Entdeckung der Neuen Welt Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Westgrenzen Europas geöffnet. Mit dem Kennenlernen neuer Lebensformen entstand auch ein neues europäisches Selbstbewusstsein. Dieses neue Überlegenheitsgefühl war gegenüber dem Osten bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich.¹¹⁶ Als in der Renaissance die antike Kultur wieder belebt wurde, kamen auch alte Ideen auf. So betont auch Machiavelli die „Unterwürfigkeit“ Asiens und die „Tapferkeit“ der Europäer.¹¹⁷ Die Humanisten wollten zunächst allerdings keine politische Einheit Europas, sondern viele einzelne Herrscher im Gegensatz zu Asien, wo es wenige Alleinherrscher gab.¹¹⁸

Im 17. Jahrhundert wurden zunehmend Werke zu Europathemen veröffentlicht. Es begann die europäische Vernetzung des empirischen Wissens. Außerdem entwickelte sich so etwas wie ein Europabewusstsein in Konkurrenz zum Nationalbewusstsein. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit außereuropäischen Erdteilen verstärkte die Wahrnehmung Europas als geographisch-kulturelle Einheit.¹¹⁹

Der Begriff „Europa“ gehört erst seit dem 18. Jahrhundert zum allgemeinen Wortschatz, das bedeutet, er ist erst seit diesem Zeitpunkt eine Bewusstseinsgröße.¹²⁰ Geopolitisch war Europa im 18. Jahrhundert kontinental bestimmt. Großbritannien gehörte nicht dazu, war aber – genauso wie Russland – eine bestimmende Weltmacht. Bei Abbé de Pradt heißt es im Jahr 1815, Europa muss sich gegen die Seemacht England und die Landmacht Russland wehren. Den Zusammenhalt gegen diese beiden Übermächte boten die Kultur und die Sozialverfassung. Außerdem war es Aufgabe der Preußen und der Donaumonarchie, die Russen vom Eindringen in den Westen abzuhalten.¹²¹ Erst im 18.

¹¹⁵ Schmale: Geschichte Europas. 37

¹¹⁶ Münkler: Wo liegt Europa? 22-23

¹¹⁷ Gehler: Europa. 13

¹¹⁸ Timmermann: Die Idee Europa. 13

¹¹⁹ Schmale: Geschichte Europas. 74

¹²⁰ Ebd. 11

¹²¹ Münkler: Die politische Idee Europa. 23-24

Jahrhundert wurden die östlichen Grenzen Europas zum Ural verschoben, da in dieser Zeit durch Peter den Großen Russland sich dem Westen zuwandte.¹²²

Auch bei Napoleon kann man den Begriff Europa finden. Er vertrat seine Machtansprüche über den gesamten Kontinent, den er im Gegenzug vor Asien schützen wollte.¹²³ Die politische Einigung Europas, die Napoleon vorschwebte, ist jedoch nicht mit europäischem Bewusstsein gleichzusetzen, da es sich um eine gewaltsame Einigung handelte.¹²⁴

Im 18. Jahrhundert erlangten die Europäer ein neues Selbstverständnis. Es gründete sich auf Fortschritt, Pioniere, überlegene Kultur, Modernisierung und die angenommene Rückständigkeit Asiens.¹²⁵

2.2.6. Europa im 19. und 20. Jahrhundert

Europa zerfiel im 19. Jahrhundert in einzelne Nationalstaaten. Allerdings konnte es als Idee weiter existieren (vgl. Kapitel 3.1 – 3.3). Die Länder hatten dazu unterschiedliche Konzepte: Großbritannien wollte Europa vor Russland schützen, in Deutschland und Österreich wollte man Mitteleuropa schaffen, die Entente wollte Europa vor der preußischen Vormacht schützen.¹²⁶

Gleichzeitig mit dem Entstehen der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert gab es auch einen „Europäismus“ bei den Intellektuellen. Diese führten einen europaweiten Diskurs und entwarfen Pläne für die Zukunft. Doch im Europabild dieser Zeit gab es viele Veränderungen und keine bestimmte politische Richtung beziehungsweise geistige Bewegung, die sich dafür einsetzte.¹²⁷

Auch in dieser Zeit spielte das Überlegenheitsgefühl eine wichtige Rolle für das europäische Selbstverständnis. Die Überlegenheit sah man in allen Bereichen: militärisch, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Die Idee war, dass Europa an der Spitze aller Gesellschaften stand und am weitesten modernisiert war. Die Überlegenheit galt auch den USA und teilweise sogar dem Osten und Süden Europas, der ausgeschlossen wurde. Man glaubte an den Frieden, dass die Kriege der Monarchien vorbei waren und dass dies

¹²² Münkler: Wo liegt Europa? 14

¹²³ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 23

¹²⁴ Elvert: europäische Integration. 13

¹²⁵ Kaelble: Europäer über Europa. 7

¹²⁶ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 24-25

¹²⁷ Elvert: europäische Integration. 24

der Verdienst der Nationen war. Aber auch innerhalb der Nationen gab es dieses Überlegenheitsgefühl, jede hielt sich selbst für die am weitesten entwickelte.¹²⁸

Anfang des 20. Jahrhunderts begann die Verunsicherung über die eigene Überlegenheit. Die USA holten in ihrer Entwicklung auf und wurden zum Symbol für Modernität. Innerhalb Europas wurden die Auseinandersetzungen schwerwiegender und besonders in der wirtschaftlichen Entwicklung gab es starke Gegensätze.¹²⁹

Ab dem Ersten Weltkrieg bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts war das europäische Selbstverständnis in einer Krise. Der Zweite Weltkrieg war der Höhepunkt dieser Krise, für viele der Niedergang der europäischen Zivilisation. Neu war ein Unterlegenheitsgefühl gegenüber den USA. Reste der Überlegenheit wurden in der europäischen Kultur gesehen.¹³⁰ Ab den 60er Jahren war die Krise überwunden, es gab wieder eine europäische Selbstsicherheit, aber ohne Überlegenheitsgefühle. Gleichzeitig flaute damit auch die Europadebatte ab. Erst nach Ende des Kalten Krieges wurde die Debatte wieder verstärkt geführt.¹³¹

Von außen wird Europa mit Krieg und Dominanz in Verbindung gebracht. Die Gründe dafür liegen im Kolonialismus, Imperialismus und den beiden Weltkriegen. Der Eurozentrismus ist demnach arrogant und selbstglorifizierend. Der historische Eurozentrismus wird als Mythos und kulturelles Phänomen betrachtet.¹³²

Heute ist Europa nach Ansicht Bragues nicht nur ein bestimmter Raum, sondern auch ein Kulturgebilde mit kulturellen Grenzen. Dieses Kulturgebilde ist aber mit seinem Beginn im 8. Jahrhundert relativ jung im Vergleich zu anderen Kulturen wie zum Beispiel in China oder Ägypten. Es gibt zwar voreuropäische Kulturen, aber kein „altes Europa“, das immer wieder gerne bemüht wird.¹³³ Die neue Selbstsicherheit Europas, die seit den 60er Jahren besteht ist dennoch brüchig. Die Rolle Europas in der Welt ist noch unklar, aber man ist sich der Mitverantwortung in der Weltpolitik bewusst.¹³⁴

¹²⁸ Kaelble: Europäer über Europa. 53-56

¹²⁹ Ebd. 70

¹³⁰ Ebd. 128-138

¹³¹ Ebd. 219

¹³² Dallmayer: The ambivalence of Europe: European culture and its "others". 76

¹³³ Brague: Europäische Kulturgeschichte. 26-27.

¹³⁴ Kaelble: Europäer über Europa. 236-238

3. Europäische Einigung

3.1. Erste Europa-Ideen und Ansätze

Im Mittelalter waren Konzilien, Ritterorden und die ersten Universitäten zuständig für die Elitenbildung. In diesem Rahmen konnten auch Ansätze zur künftigen Gestaltung Europas gefunden werden. So sah man zum Beispiel im Westen das Christentum als Einheit. Jedoch spielten diese Ideen realpolitisch keine Rolle.¹³⁵

Dante Alighieri (1265-1321) plante in seinem Europa-Konzept, dass sich alle italienischen Fürsten dem deutschen König Heinrich VII. unterordnen sollten. Dante erwartete von Heinrich die Wiederherstellung des römischen Kaiserreichs (*renovatio imperii*). Dazu sollte in Europa Eintracht und Einheit herrschen. Besonders im Norden gab es viele einzelne regionale Gewalten, außerdem wuchs der starke Einfluss der Kurfürsten. Eine Monarchie, die den ganzen Kontinent umfasst (*monarchia totius europae*), sollte den Einzelherrschern entgegenwirken. In seinem Werk „*De monarchia*“ fordert Dante die Trennung der Gewalten. Die Kirche sollte sich nicht in weltliche Angelegenheiten mischen. Seiner Ansicht nach war die Kirche durch ihren Machtmissbrauch Schuld an der Teilung Italiens. Außerdem wollte er dem Weltherrschaftsanspruch des Papstes Bonifatius VIII. entgegenhandeln. Dante verlieh dem Konzept eine globale Dimension, durch eine geregelte Ordnung und Universalherrschaft sollte Frieden geschaffen werden. Der von ihm geplante weltliche Herrscher erhielt seine Autorität durch Gottes Gnaden und sollte die Gegensätze zum Papst ausgleichen. Das Interessante an Dantes Idee war aber, dass er die Eigenheiten der Völker berücksichtigt wissen wollte. Allerdings galt das nur für Christen. Besonders beim Papst und in Frankreich stieß Dantes Idee auf heftigen Widerstand. Insgesamt war das Konzept eher utopisch. Auf Grund seiner Gegnerschaft zum Papst wurde Dante schließlich aus seiner Heimatstadt Florenz verbannt.¹³⁶

Ein weiterer bedeutender Europa-Konzeptionist ist *Pierre Dubois* (ca 1250-1321; auch Petrus de Bosco). Seine Idee für ein vereinigtes Europa war die Schaffung eines europäischen Bundes. Dieser sollte föderalistisch organisiert sein und unter dem Vorsitz Frankreichs stehen. Dubois arbeitete als Jurist, Anwalt und Propagandist bei Philipp dem Schönen. Im Jahre 1306 verfasste er die Flugschrift „*De recuperatione terrae Sanctae*“. Darin forderte er weltweiten Frieden innerhalb des Christentums, auch um einen neuen

¹³⁵ Gehler: Europa. 57

¹³⁶ Ebd. 57-59

Kreuzzug vorzubereiten (im Jahr 1291 wurde Akkon von den Mamelucken eingenommen). Dubois trat für den „gerechten Krieg“ (*bellum iustum*) als Legitimationsgrundlage ein, um die heiligen Stätten wieder zu befreien. Gegen Friedensbrecher waren Sanktionen vorgesehen. Seine Ziele wollte er durch ein Konzil mit dem Papst und den Fürsten erreichen. Das Prinzip waren militante Kräfte nach außen und Frieden nach innen. Die verbleibenden Konflikte im Inneren wollte Dubois mit Hilfe von Schiedsgerichten lösen. Aber Philipp war gegen Dubois Plan.¹³⁷ Schon bei Dubois findet sich also die sicherheitspolitische Komponente und die Friedensfunktion der Einheit Europas. In Abwesenheit der Kreuzfahrer sollte die Vereinigung die Sicherheit in Europa garantieren.¹³⁸

Georg Podiebrad, böhmischer König, (1420-1471) baute Dubois Vorstellungen weiter aus. Er entwickelte einen Entwurf zu einer Allianz mit dem französischen König, dem ungarischen König und dem Hohen Rat Venedigs gegen die Türken. Besondere Punkte an Podiebrads Plan waren: das Recht auf Wiedergutmachung nach Schädigung von Verbündeten, Bestrafung von Rechtsbrechern, Verwendung von Schiedsrichtern in Konflikten, Aufnahme von Gleichgesinnten, eine „einheitliche Münze“, ein permanentes Ratskollegium mit wechselnden Tagungsorten, regelmäßig tagende Organe, Stimmgewichtung und Mitgliedsbeiträge. Der „europäische Fürstenbund“ hatte als Ziel die Abwehr der Türken und die Friedenssicherung auf föderativer Grundlage. Sein System zielte auf einen weltlichen Bundesstaat mit teilweisen Souveränitätsverzicht der Mitglieder ab. Dazu sollten langfristig auch das Kaiser- und Papsttum ausgeschaltet werden. Deshalb wurde Podiebrad vom Papst als Ketzer bezeichnet (ein weiterer Grund dafür war allerdings auch Podiebrads Verbündung mit den Hussiten). Im Prager Frühling 1968 wurde Podiebrad als Beweis für das tschechische Europabewusstsein herangezogen.¹³⁹

Etwas später plante Sebastian Münster (1488-1552) eine „*Monarchia universalis*“. Dabei handelte es sich

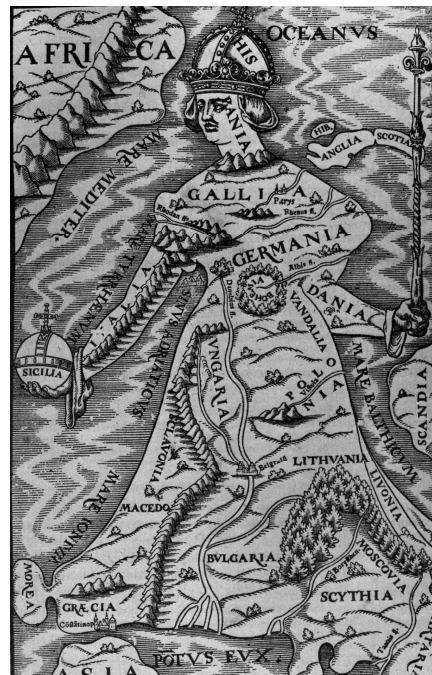


Abbildung 1: Allegorie Europas aus der Cosmographia

¹³⁷ Gehler: Europa. 60-62

¹³⁸ Fried Esterbauer: Europäische Integration. Von den Anfängen zum Vertrag von Maastricht. Wien, 1994. 10

¹³⁹ Gehler: Europa. 62-64

um eine Wahlmonarchie, die sich nicht auf eine Dynastie beschränkte. Münsters wohl bedeutendstes Werk war die „*Cosmographia*“, eine Weltbeschreibung in sechs Büchern. Er erzielte damit eine große Breitenwirkung. Sein Werk befasste sich mit historischen und geographischen Aspekten Europas, es beinhaltete zahlreiche Karten und Abbildungen und bot eine Übersicht über die europäischen Grenzen. Im Jahre 1536 veröffentlichte er auf Deutsch die „*Mappa Europae*“.¹⁴⁰

Der Weltbürger *Erasmus von Rotterdam* (1466-1536) rief zur Einheit des Christentums auf. Erasmus war ein Gegner Luthers. Sich selbst bezeichnete er als „Nichtbürger“. Um die Einheit Europas zu erreichen, trat er für die Aussöhnung Frankreichs und Österreichs ein, auch um damit Frieden in Europa zu schaffen.¹⁴¹ Bei Erasmus funktionierte die Definition Europas durch Inklusion. Allerdings war sein Kosmopolitismus nur auf Gelehrte bezogen, die als übernationales Element die Lateinische Sprache hatten.¹⁴² Also ersetzte er eigentlich nur einen Separatismus durch einen anderen.¹⁴³

Althusius (Johannes Althaus, 1557-1638) entwickelte Ideen zu einer „symbiotischen Universalgesellschaft“¹⁴⁴. Diese besagt, dass der Staat nicht aus einer homogenen Masse von Einzelmenschen besteht, sondern aus Gemeinden, Provinzen, Regionen und Familien. In seinem Werk „*Politica methodice digesti*“ sprach er sich dafür aus, dass die staatliche Gewalt beim Volk liegen sollte. Die Regierenden bekommen Macht anvertraut und sollten daher die Bürgerfreiheit achten. Als moderne Gesetzeskontrolle wollte Althusius Ephoren (griechisch: Gesetzesaufseher) einsetzen. Europa sollte föderativ organisiert werden, wobei die Einzelstaaten auf mittlerer Größe gehalten werden sollten.¹⁴⁵

Maximilien de Béthune Herzog von Sully (1500-1641) plante eine Republik christlicher Staaten, in der alle Christen toleriert wurden. Dafür waren seiner Ansicht nach die Auflösung des Habsburgerreiches und die Aufstellung einer christlichen Armee notwendig. Der Herzog arbeitete als Berater und Finanzminister für den französischen König Heinrich IV. und als Großmeister der Artillerie.¹⁴⁶ In seinem Amt als Minister übernahm er im Jahre 1598 die Reorganisation des Staatshaushaltes und führte Steuerreformen durch. Nach dem Tod Heinrich IV. wurde er allerdings verdrängt. Im

¹⁴⁰ Gehler: Europa. 64-65

¹⁴¹ Ebd. 65-67

¹⁴² Münkler: Die politische Idee Europa. 22

¹⁴³ Münkler: Wo liegt Europa? Mythos und politische Idee. 24

¹⁴⁴ Gehler: Europa. 67

¹⁴⁵ Ebd. 67-68

¹⁴⁶ Paul Michael Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. Zur Konstruktion einer multikulturellen Identität in Europa. 38. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 36-54

Jahre 1662 verfasste er das Werk „*Mémoires ou Oeconomies royales d'Etat*“ (obwohl man Heinrich IV. die Urheberschaft zusprach). Darin forderte er die Föderation der christlichen Staatenwelt. Das Werk war anti-habsburgerisch verfasst, damit das Mächtegleichgewicht in Europa wiederhergestellt werden konnte. Die Habsburger sollten aus Spanien vertrieben werden und ihr Besitz aufgeteilt werden.¹⁴⁷ Allerdings sollten die Habsburger nicht einfach durch die Bourbonen ersetzt werden, sondern insgesamt geschwächt werden. Der alte Grundkonflikt sollte überwunden werden, damit es nicht immer wieder zu neuen Kriegen kam.¹⁴⁸ Seine Pläne für den Bund sahen fünfzehn gleich starke Staaten vor, die gemeinsam über den Frieden wachen sollten. Dabei sollte die nationale Souveränität gewahrt werden, aber wechselseitige Verpflichtungen eingegangen werden. Der Bund sollte auch gegen die Türken und Russen vorgehen. Der Papst diene als Schiedsrichter, alle nicht-christlichen Fürsten sollten vertrieben werden. Allerdings sollte dem Zar die Möglichkeit geboten werden, dem Bund beizutreten. Eine allgemeine Ratsversammlung an ständig wechselnden Orten sollte über Europa wachen. Sullys „*Grand Dessin*“ war reine Illusion, aber es drückte seinen Wunsch nach Frieden und politischer Stabilität aus. Sein Plan war während des Dreißigjährigen Krieges entstanden, als der Konflikt zwischen den Konfessionen ausbrach. Für die Zeit danach plante Sully die friedliche Neuordnung Europas.¹⁴⁹

Im 17. Jahrhundert entwarf der in London geborene Quäker *William Penn* (1644-1718) Pläne für ein geeintes Europa. Penn schrieb gemeinsam mit John Locke die Verfassung von Pennsylvania (das auch nach ihm benannt wurde). In seinem Werk „*Essay toward the Present and Future Peace of Europe*“ aus dem Jahr 1693 trat er ein für die Schaffung eines europäischen Reichstags mit Mehrheitsbeschlüssen, eine Armee und abgestufte und geteilte Souveränität. Seine Pläne waren dem späteren Völkerbund sehr ähnlich. Er wollte das holländische Muster für alle europäischen Fürsten durchsetzen, um eine dauerhafte Sicherheitsordnung zu schaffen. Im Unterschied zu den meisten anderen Europa-Konzeptionen wollte er „Moskowiter“ und Türken in seiner Einheit aufnehmen. Der Reichstag sollte als Schlichtungsinstanz fungieren und es sollte Sanktionen gegen Staaten, die sich den Grundsätzen widersetzen, geben. Die Stimmgewichtung sollte nach den jährlichen Einkünften erfolgen. Hinter Penns Idee stand ein Wohltätigkeitsgedanke, er wollte Frieden für den ganzen Kontinent, das Ansehen der Christen steigern und die

¹⁴⁷ Gehler: Europa. 69-70

¹⁴⁸ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 38

¹⁴⁹ Gehler: Europa. 70-71

Türkeninvasion beenden. Dabei sah er für England eine Mittlerrolle für Europa vor („balance of power“).¹⁵⁰

In Frankreich entwickelte *Abbé Charles Irenée de Saint-Pierre* (1658-1743), ein Literat aus Paris, andere Pläne zur Einigung Europas. Im Jahr 1712 erschien sein „*Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*“ in dem er sich für einen „europäischen Senat“ aussprach. Dieser sollte als ständige Versammlung die höchste Autorität über einen europäischen Rechtsverbund besitzen. Saint-Pierre wollte ein christliches Europa, dessen Wurzeln in der römischen Antike lagen. Der Senat sollte durch Mehrheitsentscheide entschließen und es sollte eine Armee gegründet werden. Er wollte keine Neuauftteilung der Staaten, sondern den Status Quo, wie er sich nach dem Vertrag von Utrecht 1713 (an dem er als Sekretär mitgearbeitet hatte) präsentierte, aufrechterhalten. Die Föderation schützte seiner Ansicht nach vor sowohl äußeren als auch inneren Gefahren. Allerdings sollten nur größere Staaten eine eigene Stimme erhalten, die kleineren sollten gruppenweise zusammengefasst werden. Saint-Pierre glaubte an eine europäische Überlegenheit und an ein Sendungsbewusstsein. Er war sich der politischen Unvollkommenheit Europas bewusst, trat aber dennoch für die Unauflöslichkeit des Kontinents ein. Bis auf die Türken sah er eine Verbundenheit zwischen allen Europäern. Saint-Pierre wurde von seinen Zeitgenossen wegen seiner Ideen belächelt.¹⁵¹ Außerdem tauchte bei Saint-Pierre schon die Idee einer Freihandelszone auf.¹⁵²

Posthum wurde Saint-Pierres Friedensplan von *Jean-Jacques Rousseau* (1712-1778) herausgegeben. Rousseau zählte zu den wenigen Bewunderern des Abbés. Seiner Überzeugung nach waren egoistische Einzelherrscher nur darauf bedacht ihre eigene Machtstellung auszubauen. Deshalb war er auch überzeugt, dass die europäischen Herrscher Saint-Pierres Plänen nicht folgen würden. Aber Rousseau befürwortete die Schaffung eines Schiedsgerichts (und die dazugehörigen Sanktionen bei Verstößen). Er wollte eine Reform der Staaten im Inneren. Dabei sollte nicht an die Vernunft appelliert werden, sondern eine Veränderung wäre nur durch einen gewaltsamen Umsturz möglich.¹⁵³

Immanuel Kant (1724-1807) knüpfte wiederum an Rousseau an. Im Jahre 1725 verfasste er „*Zum ewigen Frieden*“, worin er die Erreichung einer Föderation über die Republik prophezeite. Seine Gedanken waren global ausgerichtet, der Bund sollte sich über die ganze Welt ausrichten und es sollte ein „Weltbürgerrecht“ geben. Für den Bund sah er

¹⁵⁰ Gehler: Europa. 72-74

¹⁵¹ Ebd. 74-76

¹⁵² Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 39

¹⁵³ Gehler: Europa. 77

eine Trennung von Exekutive und Legislative vor. Das stehende Heer sollte abgeschafft werden. Allerdings sollten die Länder als freie Staaten ohne Überstaat bestehen bleiben. Bei Kant ist kein Missionsgedanke festzustellen, aber sehr wohl ein Rechtsgedanke. Außerdem kalkulierte er die Realität in seine Überlegungen mit ein. Seiner Ansicht nach erwächst menschliches Glück aus dem Prinzip der Sittlichkeit. Auf die Einigung umgesetzt bedeutete das, dass die Friedensstiftung nicht durch eine Revolution geschehen sollte.¹⁵⁴

Für *Johann Gottfried von Herder* (1744-1803) bestand Europa aus verschiedenen Nationalcharakteren. Er unterschied zwischen Nord-, Süd- und Osteuropa. Europa sah er als die Pluralität der Nationen. Das Besondere an seiner Idee war, dass er den Randlagen keinen niedrigeren Status zuwies. So verfasste er in seinem Hauptwerk „*Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*“ ein eigenes Slawenkapitel – das besonders in Osteuropa großen Anklang fand.¹⁵⁵ Herder sah in der europäischen Kultur ein Gemeinschaftswerk aller Völker.¹⁵⁶

Georg Friedrich Philipp Freiherr von Hardenberg, bekannt unter dem Namen *Novalis* (1772-1801), wollte die Wiederherstellung eines geeinten christlichen Europas mit grenzüberschreitender Religiosität. Als neue Aufgabe definierte er die eigene Segnung auf die ganze Welt zu übertragen.¹⁵⁷

Im Jahr 1814 veröffentlichten *Henri de Saint-Simon* (1760-1825) und *Augustin Thierry* (1795-1856) das Werk: „*Von dem Wiederaufbau der europäischen Staaten-Gesellschaft*“. Darin sahen sie die schrittweise Einigung Europas vor und richteten sich vor allem gegen Napoleon und Metternich. Die Idee war für die damalige Zeit zu unrealistisch, aber weitsichtig.¹⁵⁸ Saint-Simon wollte vor allem einen Völkerbund gegen den Krieg. Jede Nation sollte ein Parlament haben, die Oberhoheit sollte bei einem Generalparlament liegen. Die wirtschaftliche Integration war dabei als Vorstufe gedacht.¹⁵⁹

Karl Anton Postl (auch *Charles Sealsfield*) (1793-1864) veröffentlichte zwei Schriften gegen Metternich. Postl war ein Gegner des Spitzelsystems und verurteilte die zu hohen Staatsausgaben. Er würdigte den Erfolg der Freiheiten in Amerika und sagte voraus, dass die USA Europa überholen würden.¹⁶⁰

Im 19. Jahrhundert kam im bürgerlichen Liberalismus die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ auf. Diesen dienten als Vorbild die USA, die föderal, liberal, bürgerlich,

¹⁵⁴ Gehler: Europa. 77-79

¹⁵⁵ Münkler: Die politische Idee Europa. 26-27

¹⁵⁶ Gehler: Europa. 20

¹⁵⁷ Elvert: europäische Integration. 17

¹⁵⁸ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 39

¹⁵⁹ Elvert: europäische Integration. 25

¹⁶⁰ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 40

kapitalistisch und gegen den Absolutismus waren. Vertreter dieser Idee waren zum Beispiel Conrad Friedrich von Schmidt-Phiseldek aus Dänemark, Giuseppe Mazzini und Victor Hugo.¹⁶¹

In Italien im 19. Jahrhundert kämpfte *Giuseppe Mazzini* (1805-1872) für ein geeintes Europa. Einerseits war er ein bedeutender italienischer Freiheitskämpfer im Risorgimento, der die republikanisch-nationale Einigung Italiens forderte. Aber gleichzeitig war er auch der Überzeugung, dass die Geschichte und die Zukunft Europas den Idealen der französischen Revolution verpflichtet waren. Mazzini wünschte sich die „Heilige Allianz der Völker“, eine Föderation der europäischen Staaten.¹⁶² Außerdem beherrschte seine Überlegungen auch der Missionsgedanke. Nach einem gescheiterten Aufstand im Jahr 1834 emigrierte er in die Schweiz. Mazzini trat für Republikanismus und Völkerverbrüderung ein, ohne dafür konkrete politische Ziele zu haben. Er wollte sein Vaterland und die Menschheit vereinen, blieb aber erfolglos.¹⁶³

Zur gleichen Zeit lebte in Frankreich *Victor Hugo* (1802-1885). Der Republikaner hatte die Vision von den „Vereinigten Staaten von Europa“, allerdings bot er keine konkreten Pläne zur Entstehung und Gestaltung an. Aber als Visionär kündigte er für das 20. Jahrhundert eine europäische Nation an, die frei, groß und vernünftig sein sollte. Im Nationalstaat sah er (wie Mazzini) lediglich eine Übergangserscheinung. Auch in seinem britischen Exil träumte er weiter von seiner europäischen Vision.¹⁶⁴ In seiner Rede nach der Wahl zum Präsidenten des Weltfriedenkongresses am 22. August 1849 sagte Hugo:

*„Der Tag wird kommen, an dem du, Frankreich, du Russland, Italien, England, Deutschland, ihr alle, die Nationen des Kontinents, ohne eure unterschiedlichen Eigenschaften und eure ruhmreiche Individualität zu verlieren, euch zu einer höheren Einheit vereinigen und die europäische Brüderlichkeit errichten werdet, ...“*¹⁶⁵

Der deutsche Publizist *Constantin Frantz* (1817-1891) sah im Zeitalter der Industrialisierung, in dem es viele neue Innovationen gab und neue Metropolen gegründet wurden, den Staat als Naturprodukt. Er lehnte den modernen Konstitutionsstaat ab, die Familie hingegen sah er als Urzelle. Deshalb trat er für einen „Bund der Völker“ (und nicht Staaten) ein. Da Frankreich dank seiner Kolonien den Aufstieg zur Weltmacht schaffen

¹⁶¹ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 29

¹⁶² Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 40-41

¹⁶³ Gehler: Europa. 87

¹⁶⁴ Ebd. 89-90

¹⁶⁵ Rolf Grix, Wilhelm Knöll: Das EG-Buch. Frankfurt am Main, 1992. 20

konnte, blieb Deutschland als europäische Macht.¹⁶⁶ Der Bund sollte föderalistisch organisiert sein mit Deutschland als Kernstück. Der Zusammenhalt sollte durch das gemeinsame Christentum gewährleistet sein. Den Habsburgern sprach er (im Gegensatz zu Bismarck) eine führende Rolle bei der Verwirklichung zu. Zuerst einmal sollte eine „Germanische Allianz“ mit Groß-Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, der Schweiz und Skandinavien gegründet werden. In Mitteleuropa sollten verschiedene Bünde existieren. Danach sollte die Föderation von Deutschland aus auf ganz Europa ausgedehnt werden, gegen Russland und die USA. Die eigentliche Herausforderung sah Frantz in der globalen Politik, daher war die Verbindung Europas zwingend gegeben. Seine Pläne blieben allerdings bedeutungslos, der Nationalismus erwies sich als stärker.¹⁶⁷

Die einzige Frau in dieser Aufzählung von Europa-Idealisten ist *Bertha von Suttner* (1843-1914). Sie unterhielt Verbindungen zu Victor Hugo, der ihr ein Vorbild als Pazifist war. Die Bedeutung ihres Handelns liegt vor allem in der internationalen Friedensbewegung. Im Jahr 1891 gründete sie die österreichische Friedensgesellschaft. Für diesen Frieden wünschte sie sich die Einheit Europas. Im Jahr 1892 stellte sie auf dem vierten Weltfriedenskongress gemeinsam mit Teodoro Moneta und Samuel James Capper einen Antrag für einen europäischen Staatenbund.¹⁶⁸ Für ihr Engagement erhielt Bertha von Suttner im Jahr 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis.

Friedrich Naumann (1860-1919) entwickelte die Idee einer Staatengemeinschaft „Mitteleuropa“. Er sah im Ersten Weltkrieg die Niederlage des Liberalismus und den Sieg des Chauvinismus. Seine Staatengemeinschaft sollte föderalistisch sein, aber von Deutschland dominiert werden. Die einzelstaatlichen Rechte sollten erhalten bleiben, es sollte einen Wirtschaftsverband und ein Heer geben. Europa sollte sich wirtschaftlich gegen die anderen Kontinente behaupten. Die geplanten Mitglieder waren: Österreich, Ungarn, Siebenbürgersachsen und Slowenen. Aber die Gemeinschaft sollte erweiterungsfähig bleiben. Dennoch richteten sich die Pläne gegen den Osten. Naumann wählte den Namen „Mitteleuropa“ da er ihn für historisch unverbraucht und frei von nationalen oder konfessionellen Gefühlswiderständen hielt. Tatsächlich spielten Naumanns Pläne bei der Neuordnung 1919 eine Rolle, aber die Hauptkritik lag daran, dass Mitteleuropa nur den halben Weg zur Vereinigung darstellte.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Münkler: Die politische Idee Europa. 24

¹⁶⁷ Gehler: Europa. 90-92

¹⁶⁸ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 42

¹⁶⁹ Gehler: Europa. 92-94

Zur gleichen Zeit wie Naumann lebte *Heinrich Lammasch* (1853-1920). Er war Völkerrechtsgelehrter in Wien und forderte den Ausgleich und die Versöhnung der habsburgischen Länder. Seine Idee war die Donaumonarchie in einen Staatenbund umzuwandeln. Außerdem trat er für die Neutralität Österreichs ein. Im Ende des Habsburgerreichs im Jahr 1918 sah er auch die Zerstörung des spanischen Weltreichs durch die USA und ihren Aufstieg zur Weltherrschaft. Bereits in den Jahren 1904/05 besiegte Japan Russland. Das waren für Lammasch Beweise für die Beeinflussung der europäischen Politik durch außereuropäische Mächte. Das europäische Staatensystem war vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges labil, der Nationalismus erwies sich als „Sprengsatz“ für die übernationalen Reiche.¹⁷⁰

Ein weiterer Visionär war *Kronprinz Rudolf* (1858-1889). Er sah Victor Hugos Traum von den Vereinigten Staaten von Europa in der Habsburgermonarchie bereits in Miniaturform realisiert. Die Monarchie erachtete er als notwendig, um die Harmonie und das Gleichgewicht zu sichern. Sie sollte einen Völkerverbund mit einem gemeinsamen Rechtsraum und Arbeitsmarkt darstellen, an den auch die Loyalität gebunden war. Die Gefahr lag aber in der verspäteten Demokratisierung und Modernisierung, da der Nationalismus die Monarchie (die seit dem Ausgleich 1867 fast ausschließlich an die Person des Kaisers Franz Josefs gebunden war) fragil machte.

3.2. Die Zwischenkriegszeit

3.2.1. Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war in Europa immer noch genug Kraft für weitere Kriege und Revolutionen vorhanden. Ein glühender Verfechter der europäischen Einigung war *Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi*, der das vorhandene Gewaltpotential erkannte.¹⁷¹

Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi stammte aus einer Familie mit nordbrabantischen und byzantinischen Vorfahren. Sein Vater Heinrich war als Diplomat in Athen, Rio, Konstantinopel, Buenos Aires und Tokio tätig. In Tokio lernte Heinrich auch seine spätere Frau Mitsuko Aoyama kennen. Richard war der zweitälteste Sohn. Er wurde

¹⁷⁰ Gehler: Europa. 94-95

¹⁷¹ Ebd. 99

im Jahr 1894 in Tokio geboren. Bereits zwei Jahre später kehrte die Familie auf das Schloss Ronsperg im Böhmerwald zurück.¹⁷² Dort „regierte“ sein Vater „wie ein Gutsherr versunkener feudaler Zeit“.¹⁷³

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi beherrschte mehrere Sprachen (unter anderem Deutsch und Ungarisch) und wuchs multikulturell und multikonfessionell auf. Dennoch war er stark europäisch geprägt. Durch seine Eltern beeinflusst, dachte er nicht in Nationen sondern in Kontinenten. Im Jahr 1913 begann er in Wien sein Philosophie- und Geschichtsstudium, das er in München fortsetzte. Dort heiratete er auch die österreichische Schauspielerinnen Ida Roland.¹⁷⁴

Coudenhove-Kalergi hielt stets den Kontakt zu anderen Adeligen und der Elite, auch beziehungsweise besonders aus anderen Ländern. Durch seine Frau lernte er zahlreiche Künstler und Dichter kennen. Dennoch war sein Verhältnis zu Konkurrenzvereinen gespalten.¹⁷⁵ Wegen eines Lungenleidens musste er keinen Militärdienst leisten. Er besaß keinen festen Wohnsitz, aber sein Zentrum war Wien. Im Jahr 1922 trat er der Freimaurerloge Humanitas bei. Er lebte als freier Schriftsteller, hatte aber sein Leben komplett der Politik gewidmet.¹⁷⁶ Als der Erste Weltkrieg zu Ende ging, war Coudenhove-Kalergi staatenlos geworden. Er konnte sich eine Staatsbürgerschaft aussuchen und wählte die Tschechische. Coudenhove-Kalergi hatte eine starke Bindung zur Tschechoslowakei und verehrte den Staatspräsidenten Thomas Masaryk. Er bezeichnete ihn als Paneuropäer und obwohl Masaryk Sympathie für Paneuropa empfand, lehnte er dennoch die Pläne dazu ab.¹⁷⁷

Coudenhove-Kalergi befand die Pariser Vorortverträge aus den Jahren 1918/19 für nicht sehr gelungen. Der Wiener Kongress etwas mehr als hundert Jahre zuvor hatte die politische Stabilität für längere Zeit gewährleistet. Doch nach Coudenhove-Kalergis Ansicht konnten das die neuen Verträge nicht (auch weil eine Persönlichkeit wie der „ehrliche Makler“ Metternich gefehlt hatte). Trotz der internationalen Rechtsordnung und

¹⁷² Anita Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wien, Köln, Weimar, 2004. 35

¹⁷³ Martin Posselt: „Ich bin seit dem Zusammenbruch meines österreichisch-ungarischen Vaterlandes ein überzeugter europäischer Patriot“. Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und Österreich 1940-1950. 367. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 367-404

¹⁷⁴ Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 37-41

¹⁷⁵ Ebd. 501

¹⁷⁶ Ebd. 45-50; 68-71

¹⁷⁷ Posselt: Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und Österreich 1940-1950. 369

der Gründung von internationalen Organisationen, wie zum Beispiel dem Völkerbund, war das Ziel der politischen Sicherheit Europas gescheitert.¹⁷⁸

Auch die Erste Republik Österreichs war für Coudenhove-Kalergi kein selbstständiger Organismus, sondern eine künstlich herbeigeführte Selbstständigkeit.¹⁷⁹

Als exterritoriale Hauptstadt für die Paneuropa-Bewegung wählte Coudenhove-Kalergi Wien auf Grund seiner historischen, geographischen, politischen und nationalen Voraussetzungen. Diese Wahl des Sitzes konnte das internationale Ansehen Österreichs steigern.¹⁸⁰

Coudenhove-Kalergi wurde stark von Bertha von Suttner, Gründerin der österreichischen Friedensbewegung, und Alfred Hermann Fried, Gründer der deutschen Friedensgesellschaft, beeinflusst. Fried schlug außerdem die „Cooperative Union of Europe“ vor, die Ähnlichkeiten mit der heutigen EU aufweist.¹⁸¹ Den Namen seiner Bewegung wählte Coudenhove-Kalergi in Anlehnung an das Werk „Pan-Amerika“ von Fried aus dem Jahr 1918. „Vereinigte Staaten von Europa“ befand Coudenhove-Kalergi als zu starke Erinnerung an die USA und die dortige Zentralregierung. Er befürchtete, dass dieser Name die europäischen Regierungen abschrecken könnte. Außerdem wollte er eine klar erkennbare Unterscheidung zum geographischen Europa.¹⁸² Paneuropa war eine lager- und parteiübergreifende Idee.¹⁸³

Seine Argumente für ein vereinigtes Europa waren:¹⁸⁴

- Politisch: Sieger und Besiegte (besonders Deutschland und Frankreich) zu einem Kompromiss zu bewegen
- Wirtschaftlich: einen grenzenlosen europäischen Markt zur Hebung des Lebensstandards schaffen
- Sicherheitspolitisch: der Sowjetunion keine Chance auf eine Westexpansion geben.

¹⁷⁸ Gehler: Europa. 99

¹⁷⁹ Robert Kriechbaumer: Einleitung. 9. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 9-14

¹⁸⁰ Michael Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel bis zum Stellen der Beitrittsgesuche. 34. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 29-64

¹⁸¹ Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 43

¹⁸² Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 72-73

¹⁸³ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 30

¹⁸⁴ Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 76

Die europäische Einigung sollte in drei Stufen erreicht werden: in einer paneuropäischen Konferenz, bei der die Streitfragen geschlichtet werden, danach ein Bündnisvertrag und als letzte Stufe die Zollunion.¹⁸⁵

Im Jahr 1925 fragte Coudenhove-Kalergi bei den Politikern nach, ob sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als notwendig empfanden. Positive Antworten erhielt er von Seipel und Renner, aber die Spitzenrepräsentanten waren vorsichtig.¹⁸⁶

Die erste Paneuropa-Konferenz fand im Oktober 1926 statt. Damit bewies Coudenhove-Kalergi seine Ernsthaftigkeit und Bereitschaft. Es gelang ihm international ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Einigung zu erzeugen, aber er konnte keine Verbindlichkeiten erreichen.¹⁸⁷

Allerdings konnte sich Coudenhove-Kalergi auch mit Dollfuß und den Ideen des Ständestaates anfreunden. Seiner Meinung nach verfolgten sie die gleichen Ziele: die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs und die Pflege der europäischen Mission. Für Coudenhove-Kalergi sollte sich diese Entscheidung äußerst ungünstig auswirken. Innenpolitisch polarisierte er, außenpolitisch führte es zur Isolation. Nach der Ermordung Dollfuß stilisierte Coudenhove-Kalergi ihn zum Schöpfer. Die Paneuropa-Idee wurde auch von Schuschnigg weiter unterstützt, allerdings nicht so euphorisch wie von seinem Vorgänger.¹⁸⁸ Durch die Nähe zu Dollfuß verlor Coudenhove-Kalergi Anhänger aus der Sozialdemokratie, die er auch im Exil und in der Zweiten Republik nicht mehr zurückgewinnen konnte.¹⁸⁹

Im Jahr 1934 sah Coudenhove-Kalergi drei Gefahren: einen neuen Weltkrieg als Ergebnis des Nationalhasses, den wirtschaftlichen Zusammenbruch auf Grund von Inflation und Reparation und den Bolschewismus. Diesen Gefahren sollte die Paneuropa-Bewegung entgegenwirken.¹⁹⁰

Im Jahr 1935 gründete er die Paneuropa-Zentrale in Wien und befasste sich hauptsächlich mit Agrarproblemen. Ein Jahr später gründete er die (von Dollfuß angeregte) paneuropäische Agrarbewegung.¹⁹¹

In der Paneuropa-Bewegung spielte Propaganda eine wesentliche Rolle. Es wurde mit Schlagworten, Symbolen und Broschüren gearbeitet. Coudenhove-Kalergi veröffentlichte

¹⁸⁵ Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 44

¹⁸⁶ Michael Gehler: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Darstellung. Innsbruck, 2002. 25

¹⁸⁷ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 34

¹⁸⁸ Ebd. 35-38

¹⁸⁹ Ebd. 35

¹⁹⁰ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: Europa erwacht! Zürich, Wien, Leipzig, 1934. 87-88

¹⁹¹ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 38

zahlreiche Bücher. Ab April 1924 (bis März 1938) erschien eine Paneuropa Zeitschrift.¹⁹² Außerdem sollte im Geschichtsunterricht die Entwicklung der Paneuropa-Union und der Unterschied zwischen der Welt- und Europageschichte (und -kultur) gelehrt werden.¹⁹³ Als Symbol wählte er das Sonnenkreuz. Dabei stand die Sonne für die christliche Ethik und heidnische Schönheit und das Kreuz als ein altes europäisches Weltsymbol. Das Sonnenkreuz gab es als Anstecker, damit es von jedem getragen werden konnte, aber es fand sich auch auf Krawatten, Hemden und Tüchern.¹⁹⁴

Graf Coudenhove-Kalergi richtet sich immer wieder und vor allem an die Jugend, in der er die Erneuerer Europas sah.¹⁹⁵ So widmet er eines seiner Bücher „*der Jugend Europas*“ und schreibt: „*Sie [die europäische Jugend] ist berufen, auf den Trümmern des alten ein neues Europa zu errichten.*“¹⁹⁶

In seinem Werk aus dem Jahr 1923 schreibt er im Vorwort: „*Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert.*“¹⁹⁷ Elf Jahre später bezieht er sich in einem weiteren Werk darauf: „*Das Ziel ist erreicht: die Bewegung ist erwacht. Europa ist erwacht.*“¹⁹⁸

Dennoch hatten Coudenhove-Kalergis Pläne keine Chance auf Verwirklichung. Die Souveränitätsansprüche der Staaten der Zwischenkriegszeit waren zu groß. Außerdem war Coudenhove-Kalergi noch in der alten Welt verankert, er war Aristokrat und nicht Demokrat. Wie sich im Nachhinein zeigt, hatte die europäische Einigung auf wirtschaftlichem Weg mehr Erfolg als auf politischem. Aber man kann der Paneuropa-Bewegung eine gewisse Vorbild-Funktion nicht absprechen: es war eine gemeinsame Außenpolitik, Währung und Armee geplant. Außerdem betrieb Coudenhove-Kalergi eine identitätsstiftende Politik zum Beispiel mit Hilfe der Symbole.¹⁹⁹

Ein Unterstützer Coudenhove-Kalergis war Seipel. Er vertrat die Mitteleuropa-Idee, allerdings zog er Paneuropa der Anschlussidee vor. Deshalb übernahm er auch im Jahr 1924 das Präsidium der Paneuropa-Union. Die beiden teilten die Meinung, dass Österreicher Großstaatsmenschen waren. Im Jahr 1925 übernahm Renner die Vize-Präsidentschaft der Union. Somit war die Überparteilichkeit gewährleistet.²⁰⁰

¹⁹² Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 116-118

¹⁹³ Ebd. 333

¹⁹⁴ Ebd. 358-359

¹⁹⁵ Ebd. 339

¹⁹⁶ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: Pan-Europa. Wien, 1923. IX

¹⁹⁷ Ebd. VII

¹⁹⁸ Coudenhove-Kalergi: Europa erwacht! o.S.

¹⁹⁹ Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 512-513

²⁰⁰ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 33

„Europa als politischer Begriff besteht nicht. Der Weltteil, der diesen Namen trägt, birgt ein Chaos von Völkern und Staaten, eine Pulverkammer internationaler Konflikte, eine Retorte künftiger Weltkriege.“²⁰¹

Das Ende der Paneuropa-Union war die Erstarkung der politischen Extreme, die nach dem Ersten Weltkrieg herrschten. Die Länder waren nach innen und nach außen instabil. Coudenhove-Kalergis Ideen fanden zwar ein relativ breites intellektuelles und publizistisches Echo, aber es fehlte das breite Publikum, es kam zu keiner Massenwirksamkeit. Auch bei seinen Kongressen fehlte die breite Masse. Um diese zu begeistern, waren seine Pläne zu elitär.²⁰² Seine adelige Herkunft war ebenfalls hinderlich für die Massenmobilisierung.²⁰³ Außerdem fehlte auch ihm die Konkretisierung zur Verwirklichung.²⁰⁴ Allerdings konnte er erreichen, dass offizielle Personen an seinen Veranstaltungen teilnahmen – wenn auch manchmal aus einem Nostalgiegefühl. Und er genoss die Unterstützung der Presse.²⁰⁵

Coudenhove-Kalergi war sich bewusst, dass seine Idee von vielen als Utopie bezeichnet wurde. Seine Antwort darauf war, dass jedes große historische Ereignis als Utopie begann und dann zur Realität wurde.²⁰⁶

Das endgültige Ende kam mit der Machtübernahme Hitlers in Österreich. Das Zentralbüro der Paneuropa-Union in der Wiener Hofburg wurde geschlossen, das Archiv beschlagnahmt und die Bücher vernichtet. Coudenhove-Kalergi flüchtete.²⁰⁷

Auch Paneuropa scheiterte – wie schon andere Einigungspläne zuvor – am Nationalismus und den neuen, starken rechten Massenparteien.²⁰⁸ Ein weiterer Grund war auch der fehlende Wille der Regierungen.²⁰⁹ Coudenhove-Kalergi hatte als Ziel, Hitler durch einen paneuropäischen Defensivblock mit Österreich, Italien und Frankreich aufzuhalten. Außerdem wollte er den Anschluss durch ein Österreichbewusstsein verhindern.²¹⁰

In den Jahren 1938 bis 1940 existierte ein offizielles Paneuropa-Büro in Berlin. Während des Krieges war Coudenhove-Kalergi in Paris aktiv und nahm auch Kontakt zu österreichischen Emigranten auf. Dabei lernte er Otto von Habsburg kennen. Durch diese

²⁰¹ Coudenhove-Kalergi: Pan-Europa. 23

²⁰² Gehler: Europa. 107

²⁰³ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 34

²⁰⁴ Gehler: Europa. 108

²⁰⁵ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 33, 35

²⁰⁶ Coudenhove-Kalergi: Pan-Europa. XI

²⁰⁷ Gehler: Europa. 108-109

²⁰⁸ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 44

²⁰⁹ Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. 513

²¹⁰ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 35

Verbindung wurde Coudenhove-Kalergi zu einem Befürworter der Monarchie. Außerdem arbeitete er mit Jan Masaryk, Thomas Masaryks Sohn, zusammen gegen Hitler.²¹¹

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei im Jahr 1939 durch Hitler nahm Coudenhove-Kalergi die französische Staatsbürgerschaft an.²¹² Für ihn war jedoch die Staatsbürgerschaft bedeutungslos, er fühlte sich als Kosmopolit.

Im Jahr 1940 flüchtete Coudenhove-Kalergi nach Lissabon und dann weiter nach New York. Dort erhielt er einen Lehrauftrag an der Universität.²¹³ Auch im Exil arbeitet Coudenhove-Kalergi weiter an Paneuropa.²¹⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich Coudenhove-Kalergi mit seinen Ideen aber nicht mehr richtig etablieren, da er im Ständestaat auf der Seite Dollfuß und Schuschnigg stand.²¹⁵

Im Mai 1972 wurde das 50-jährige Bestehen der Paneuropa-Union gefeiert. Dabei kam es zu einem historischen Händedruck zwischen Kreisky und Otto von Habsburg. Im Juli desselben Jahres starb Coudenhove-Kalergi.²¹⁶

3.2.2. Andere Vereinigungen

Politisch relevante Europapläne vor der Zwischenkriegszeit waren immer nur hegemonial (zum Beispiel Napoleon). Dass die Integration eine alternative zu nationalen Machtansprüchen darstellen könnte, wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg erstmals überlegt.²¹⁷

Außer Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Union gab es auch noch andere Organisationen und Ideen zur Einigung Europas. Graf Karl Anton Rohan zum Beispiel gründete den „Europäischen Kulturbund“, der deutsche liberale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Heile den „Bund für die europäische Verständigung“. Diese Vereinigungen zeichneten sich durch eine Orientierung am Völkerbund als institutionellen Rahmen und die Einbeziehung Großbritanniens und Russlands aus (im Gegensatz zur Paneuropa-Union).²¹⁸

Romaine Rolland (1866-1944), französischer Schriftsteller und Nobelpreisträger, beschrieb in seinem zehnbändigen Werk „*Jean-Christophe*“ (1904-1912) die

²¹¹ Posselt: Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und Österreich 1940-1950. 373

²¹² Ebd. 374

²¹³ Ebd. 374, 384

²¹⁴ Ebd. 387

²¹⁵ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 30

²¹⁶ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 264

²¹⁷ Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957. Göttingen, 1996. 9

²¹⁸ Gehler: Europa. 101

Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Er wollte die Überwindung des Grundkonfliktes in Europa erreichen und warnte vor der Selbstzerstörung des Kontinents. Aber die kulturelle Vielfalt sollte gepflegt werden. Er war Mitbegründer einer Friedensbewegung und der Zeitschrift „Europe“.²¹⁹

Im Jahr 1924 wurde das „International Committee for a European Union“ gegründet. Unter den Mitarbeitern war auch Giscard d'Estaing.²²⁰

Zwei Jahre später wurde das Stahlkartell zwischen Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg geschlossen. Ein Jahr später schlossen sich die Stahlhersteller aus Ungarn, Österreich und der Tschechoslowakei zusammen. Das Stahlkartell kann man bereits als Vorläufer der Montanunion bezeichnen.²²¹

Eine wichtige Persönlichkeit in der europäischen Integration stellt *Aristide Briand* dar. Am Anfang der 1920er Jahre hatte der spätere französische Ministerpräsident Eduard Herriot Ideen für ein vereintes Europa. Briand griff diese im Jahr 1929 auf. In einer Rede vor dem Völkerbund sprach er von einem „*föderativen Band*“²²² zwischen den Völkern Europas. Sein Plan sah einen europäischen Staatenbund und Abrüstung vor. Allerdings waren Deutschland und Italien dagegen, weil sie Angst vor einer französischen Vorherrschaft hatten.²²³

Damit löste er eine neue Debatte über die europäische Einigung aus (den so genannten „Briand-Plan“). Aber Briand übernahm die älteren Ideen ohne konkrete Pläne zur Verwirklichung beizufügen. Es ging ihm in erster Linie darum, Werbung für die Idee Europa zu machen. Der Völkerbund verlangte von Briand einen ausgearbeiteten Plan, bevor sie selbst wie von Briand gefordert eine „europäische Bundesordnung“ herausarbeiten würden. Also verfasste Briand im Jahr 1930 das „*Memorandum über die Organisation eines Systems europäischer föderativer Union*“. Darin sah er keine Zollunion vor, die Politik hatte Vorrang, vor allem aber die Sicherheit. In einer so genannten „Europäischen Union“ sollten der Völkerbund und die Souveränität der Staaten unangetastet bleiben. Er wollte eine Einigung und keine Einheit. Als leitendes Organ war eine „europäische Konferenz“ vorgesehen.²²⁴ Briand schickte seinen Plan auch an alle Regierungen. Von Coudenhove-Kalergi wurde sein Plan begrüßt.²²⁵

²¹⁹ Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 43

²²⁰ Loth: Der Weg nach Europa. 11

²²¹ Gehler: Europa. 102

²²² Ebd. 103

²²³ Walter Rauscher: Europa in der österreichischen Außenpolitik. 134. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte. Wien, 2002. 131-142

²²⁴ Gehler: Europa. 103-104

²²⁵ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 35

Das Problem an Briands Plänen war, dass er auch keine überzeugende Antwort auf die Frage nach der konkreten Form der Einigung geben konnte: die Möglichkeiten waren entweder im Rahmen des Völkerbundes, eine Föderation oder ein Internationales Schiedsgericht. Die europäischen Regierungen reagierten durchaus positiv auf Briands Ideen, aber auch sie kritisierten die mangelnde Konkretisierung der Vorschläge. Deutliche Reaktionen gab es von England, die im Falle eines Zusammenschlusses die Beeinträchtigung ihrer Beziehung zum Commonwealth und einen beginnenden Antiamerikanismus fürchteten. Deutschland war an einer politischen Einigung nicht interessiert, man wollte lediglich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. So war auch Briand bei seinem Einigungsversuch in der Zwischenkriegszeit gescheitert.²²⁶

3.3. Die Idee Europa im Zweiten Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkriegs mussten die Europa-Ideen hinter anderen, offensichtlicheren Problemen in den Schatten treten. Dennoch gerieten sie nicht ganz in Vergessenheit und spielten besonders im Widerstand und in den Exil-Regierungen eine nicht unbedeutende Rolle.

Für die faschistischen Systeme war die Verankerung der Ideologie bedeutend. Coudenhove-Kalergi befürchtete, dass die Nationalsozialisten „Europa“ instrumentalisieren könnten, wie es dann auch ab dem Jahr 1940 tatsächlich geschah.²²⁷

Die Nationalsozialisten versuchten die Paneuropa-Bewegung zu unterdrücken, aber im Russlandfeldzug wurde die Idee zur Propaganda genutzt. Er wurde als abendländische Verteidigung der Festung Europa propagiert.²²⁸ Es war auch die Rede von einem „Kreuzzug“ Hitlers gegen die bolschewistische Gefahr.²²⁹

Wo vorher von „deutschen Lebensinteressen“ die Rede war, gab es nun das Schlagwort „europäische Verantwortung“. Diese Wendung kam auf wegen der stark vergrößerten Einflusssphäre des Nationalsozialismus in Europa. Alle Europäer hatten demnach eine gemeinsame Verpflichtung, aber trotzdem stand über den „minderwertigen Völkern“ die ordnungsstiftende deutsche Rasse. Dies machte die Europa-Ideologie höchst unglaubwürdig. Aber der Nationalsozialismus verfolgte auch keine tatsächliche Europa-Politik, es gab keinen Bedarf an konkreten Konzepten. Lediglich ab dem Jahr 1943 konnte

²²⁶ Gehler: Europa. 104-105

²²⁷ Ebd. 110

²²⁸ Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 45

²²⁹ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 25

man sich eine „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ vorstellen – um die russischen Rohstoffe nutzen zu können. Im Gegensatz zum internationalen Kommunismus war der deutsche Nationalsozialismus nicht auf andere Länder übertragbar. Die Europapolitik des Nationalsozialismus bestand darin, ab dem Jahr 1943 auch Nicht-Deutsche für die Waffen-SS zu rekrutieren. Um andere zu überzeugen sprach man von einer „europäischen Mission“, außerdem gab es eine Division „Charlemagne“ „Europa“ war Mittel zum Zweck, in erster Linie wollte man dennoch nur die Überlegenheit der deutschen Rasse demonstrieren und andere beherrschen.²³⁰

Im Kommunismus, wo das Prinzip der „Gleichheit der Menschen“ und die klassenlose Gesellschaft galten, wurde die Idee Europa als Gefährdung des kommunistischen Machtbereichs gefürchtet. Das Ziel der Weltrevolution konnte sich wenn dann nur mit den „Vereinigten Staaten der Welt“ und nicht mit den „Vereinigten Staaten Europas“ anfreunden.²³¹

Aber im Exil und im Widerstand wurde bereits während des Krieges an einer Nachkriegsordnung gearbeitet. Eine bedeutende Persönlichkeit in der europäischen Einigung war *Altiero Spinelli* (190-1986). In den 50er und 60er Jahren war er führend in der Europabewegung. Von 1970-1976 war er in der EG-Kommission für Industrie tätig und von 1979-1986 im Europäischen Parlament. Aber sein Einsatz für die Einigung begann bereits während des Zweiten Weltkrieges. Während seiner Gefangenschaft auf der Gefängnisinsel Ventotene verfasste er einige Texte über eine europäische Föderation. Im Jahr 1941 schrieb er gemeinsam mit Ernesto Rossi und Eugenio Colorni das „Manifest von Ventotene“. Dieses sollte im Jahr 1943 das Programm für das „Movimento Federalista Europeo“ (MFE) werden. Es stand darin, dass die Ursachen des Totalitarismus überwunden werden müssten, deshalb waren sie gegen die Teilung in souveräne Nationalstaaten. Außerdem befanden sie internationale Gesetze und gemeinsame Streitkräfte und Außenpolitik innerhalb der Föderation für notwendig.²³²

Auch *Leon Blum* (1872-1950) setzte sich für eine europäische Einigung nach dem Krieg ein. Er war Mitbegründer der Parti Socialiste Français (PSF) und war sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg Ministerpräsident. Während des Krieges war er im KZ. Ab dem Jahr 1939 setzte er sich für ein föderatives, abgerüstetes Europa ein. Im Krieg glaubte er an die Verwirklichung der Einigung nach der Beendigung des Krieges.²³³

²³⁰ Gehler: Europa. 111-115

²³¹ Ebd. 115

²³² Ebd. 117-118

²³³ Elvert: europäische Integration. 33

Ein Zentrum der politischen Emigration stellte London dar. Es verweilten dort die verschiedensten Personen aus zahlreichen Ländern im Exil und entwarfen unterschiedliche Pläne für Europa. So zum Beispiel befand sich auch die polnische Exilregierung unter General *Władysław Sikorski* (1881-1943) in London. Der General hielt Besprechungen mit den anderen Exilregierungen aus der Tschechoslowakei, Norwegen, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Griechenland und Jugoslawien ab. Dabei wurde festgestellt, dass eine grundsätzliche Bereitschaft zur partiellen Abgabe von Souveränitätsrechten und einer Föderation (allerdings ohne Russland und die USA) bestand.²³⁴ Sikorski und Benesch erklärten die Absicht zur engeren wirtschaftlichen und politischen Assoziation. Am 23. Jänner 1942 wurde ein förmliches Abkommen zu einer Konföderation nach Beendigung des Krieges beschlossen. Im osteuropäischen Widerstand gab es aber noch mehr Pläne. Einige Tage vor Sikorskis Abkommen wurde auch ein jugoslawisch-griechisches Abkommen geschlossen. Weiters gab es Pläne zu einer ost-mitteleuropäischen Konföderation, zu einer Donauföderation und zu einer Balkanföderation.²³⁵ Diese Föderationspläne im Osten wurden jedoch nach der Konferenz von Teheran 1943 ausgeschlossen. Auch die anderen Föderationspläne waren in der Schwebe.²³⁶

Auch die westlichen Länder Europas machten Pläne. Paul van Zeeland plante eine Zoll- und Währungsunion im Westen, Louis de Brouckère die Integration der deutschen Industrie in einen europäischen Wirtschaftsbund. Graf Carlo Sforza plante im Exil eine zentraleuropäische Föderation von Polen bis Serbien und eine lateinische Föderation mit Frankreich, Italien und eventuell noch anderen Mittelmeerländern. De Gaulle plante eine regionale Föderation, die Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg umfassen sollte.²³⁷ Im Jahr 1944 wandte er sich auch an England wegen der Integration. Auch Spaak unterbreitete den Briten einen ähnlichen Vorschlag. Beide stießen jedoch auf wenig Begeisterung. Außerdem hatten beide nationale Interessen im Sinn. Frankreich wollte Englands Unterstützung um das Rheinland und das Ruhrgebiet von Deutschland zu separieren, Belgien wollte die Hegemonie Frankreichs verhindern.²³⁸

Die verschiedenen Widerstandsorganisationen pflegten während des Krieges ein Netzwerk, in dem europäische Neuordnungsmodelle diskutiert wurden. Zum Beispiel veröffentlichte die Schweizer Europa-Union ihre Pläne. Im Jahr 1944 gab es in Paris ein

²³⁴ Gehler: Europa. 119

²³⁵ Loth: Der Weg nach Europa. 15

²³⁶ Ebd. 24

²³⁷ Ebd. 17-18

²³⁸ Ebd. 25

Treffen der Widerstandsorganisationen, in der die künftige Ordnung keine absolute Souveränität der Staaten mehr vorsah. Vorstellbar war eine bundesstaatliche Ordnung bei der auch Deutschland eingebunden sein sollte.²³⁹

Auch *Winston Churchill* beschäftigte sich bereits während des Krieges mit der Einigung. Am 16. Juni 1940 trat er an Frankreich mit dem Vorschlag einer britisch-französischen Union mit einem gemeinsamen Parlament, Unionsbürgerrechte, gemeinsamer Kriegsführung, und gemeinsamer Außen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik heran. Aber Frankreich lehnte ab. Im Jahr 1943 brachte er einen neuen Vorschlag hervor: einen „Europäischen Rat“ (inspiriert von Coudenhove-Kalergi) im Rahmen einer Staatenföderation und einem Schiedsgericht zu errichten. Er dachte auch an eine regionale Unterorganisation der UNO. Das Ziel war die Befriedung des Kontinents unter den Schutzmächten USA, Sowjetunion und England über dem Bund. Diesmal wurde die Idee vor allem von der Sowjetunion abgelehnt.²⁴⁰

Die konkrete Nachkriegsplanung begann mit der Konferenz von Moskau im Oktober/November 1943. Anwesend waren die Außenminister der USA, Sowjetunion und Großbritanniens. Dabei wurde auch die „Europäisch Beratende Kommission“ (European Advisory Commission, EAC) in London eingerichtet, die in den Jahren 1943 bis 1945 tätig war. Anfangs erfüllte sie Aufgaben mit europäischer Dimension, aber später war sie nur mehr für die Kapitulationsbedingungen der Alliierten gegenüber Deutschland und dem weiteren Vorgehen nach Beendigung des Krieges zuständig. Die vier Dokumente, die die Kommission herausbrachte, waren: der Entwurf der Kapitulationserklärung Deutschlands mit Bedingungen, ein Abkommen über die Besatzungszonen, ein Abkommen über einen Kontrollapparat und eine Deklaration der vier Besatzungsmächte über die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland. Des Weiteren beschäftigte sich die Kommission mit Österreich und Bulgarien.²⁴¹

3.4. Die Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg

3.4.1. Nachkriegszeit

Am Anfang des 20. Jahrhunderts erschien die Idee Europa für die meisten nicht interessant. Die politisch rechts angesiedelten Vertreter beschäftigten sich mit der

²³⁹ Elvert: europäische Integration. 33

²⁴⁰ Gehler: Europa. 126-128

²⁴¹ Ebd. 120-122

eigenen Nation, die Vertreter von links entdeckten den Mensch in der Forschung.²⁴² Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit (vgl Kapitel 3.2.1) war nach dem Zweiten Weltkrieg kein Potential mehr für weitere Kriege vorhanden, auch bedingt durch die militärische Präsenz der USA und der Sowjetunion. Sowohl die europäischen Besiegten als auch die Sieger waren geschwächt, Europa hatte insgesamt seine welthistorische und politische Machtstellung verloren.²⁴³ Dennoch bescherte der Wiederaufbau ein hohes Wirtschaftswachstum. Produktion und Kapital nahmen in gleichem Maße zu. Der Abstand zu den USA konnte minimiert werden. Seidel spricht deshalb vom „*Goldenen Zeitalter des Konvergenzklubs Westeuropa*“.²⁴⁴

Die spätere Entwicklung, also die Einigung, fand hier ihren Ursprung. Die Wurzeln der Europabewegung lagen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und gegen den Kalten Krieg.²⁴⁵ Der Friede in Europa war unter anderem notwendig, weil die Nationen weder zu weiteren Kriegen noch zu anderen Machtübernahmen mehr fähig waren.²⁴⁶ Auch die Entkolonialisierung trug zur europäischen Einigung bei, da sie eine Rekontinentalisierung, also eine Rückwendung auf sich selbst verursachte. Alte kontinentale Verbindungen wurden aufgewertet.²⁴⁷

Europa war zwischen den Supermächten eingeklemmt. Die Sowjetunion wurde als stete Bedrohung empfunden. Die USA dagegen galten zwar als Freunde, aber als übermächtige. Mit ihnen verband man gemeinsame Werte, aber man befand sich auch immer in einer Konkurrenzsituation. Die Abhängigkeit von den USA verletzte den Stolz der Europäer.²⁴⁸

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war die Idee der „Dritten Kraft“ (ein starkes Europa wie die USA und die Sowjetunion) sehr beliebt. Sie wurde besonders von den Sozialdemokraten gefördert. Aber auch von bürgerlicher Seite war man für die wirtschaftspolitische Seite, zum Beispiel eine Freihandelszone, offen. Doch bereits im

²⁴² Münkler: Die politische Idee Europa. 9

²⁴³ Gehler: Europa. 98

²⁴⁴ Hans Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien, 2005. 21

²⁴⁵ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 26

²⁴⁶ Hermann Lübke: Große und kleine Räume – die europäische Einigung in der zivilisatorischen Evolution. 171. In: Konferenz der Akademie der Wissenschaft und Literatur (Hg.): Europa – Idee, Geschichte, Realität. 2. Symposium der Akademie der Wissenschaften. Mainz, 1996. 159-183

²⁴⁷ Joscha Schmierer: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie. Frankfurt am Main, 1996. 34

²⁴⁸ Trunk: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? 68, 71

Jahr 1947 zeigten sich Schwächen. Im Ost-West-Konflikt wurde die Dritte Kraft hinfällig und es wurden andere Arten der Zusammenarbeit gefördert.²⁴⁹

Als im Jahr 1945 die Exilpolitiker wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, wurde über eine europäische Einigung als mögliches Konzept zur Friedenssicherung nachgedacht. Dennoch waren für die meisten Regierungen die vorrangigen Aufgaben die Wiedererrichtung der nationalstaatlichen Demokratie und die Normalisierung der Wirtschaft.²⁵⁰ Die Gegner einer europäischen Einigung waren die kommunistischen und nationalistischen Parteien. Sie waren gegen den amerikanischen Druck, den sie im Falle einer Einigung zu spüren glaubten.²⁵¹

Als mögliche Formen zur zukünftigen Krisenvermeidung und –bewältigung kamen Kooperation (ohne Kompetenzabtretung der Staaten) oder Integration (mit veränderten Strukturen und teilweise Verlust der Souveränität) in Frage.²⁵²

Auch Coudenhove-Kalergi versuchte nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal die Leute für seine Idee zu begeistern. Er wandte sich nach Ende des Krieges an Churchill, um seine Paneuropa-Union wieder zu beleben. Dieser reagierte allerdings zurückhaltend. Im Jahr 1946 führte Coudenhove-Kalergi eine Umfrage bei europäischen Parlamentariern durch. Er wollte ihre Meinung zu einer europäischen Föderation im Rahmen der UNO (allerdings ohne den Osten) wissen. Von den befragten Abgeordneten befanden nur wenige diesen Vorschlag für eine gute Idee. Als sich die Blockbildung verstärkte, erhielt Coudenhove-Kalergi plötzlich mehr Zustimmung in seiner Umfrage, sie lag auf einmal bei 43 Prozent.²⁵³ Im Jahr 1947 hielt er in Gstaad in der Schweiz eine Konferenz mit diesen Abgeordneten ab, bei der die „Europäische Parlamentarier Union“ (EPU) gegründet wurde.²⁵⁴ Trotz seines Misserfolges freute er sich über die Einigung. Im Jahr 1953 schrieb er: *„Wir erleben eines der größten Ereignisse der Weltgeschichte: die Wiedergeburt Europas als Nation.“*²⁵⁵

In vielen Ländern entstanden Bildungsinitiativen für die kulturelle Einheit Europas.²⁵⁶ Außerdem vermehrte sich die Geschichtsschreibung über Europa.²⁵⁷ Die Situation nach

²⁴⁹ Elvert: europäische Integration. 37-38

²⁵⁰ Gerhard Brunn: Die europäische Einigung von 1945 bis heute. Stuttgart, 2002. 34

²⁵¹ Brunn: Die europäische Einigung. 41

²⁵² Melanie Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer – Der Europarat und die Anfänge der europäischen Einigung. 69, 73. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 69-77

²⁵³ Loth: Der Weg nach Europa. 46, 56

²⁵⁴ Gehler: Europa. 134

²⁵⁵ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: Die europäische Nation. Stuttgart, 1953. 9

²⁵⁶ Wendelin Schmidt-Dengler: Ach Österreich. 82. In: Wolfgang Streitenberger (Hg.): Österreichs Zukunft ist Europa. Wien, 1997. 81-90

Ende des Krieges bot eine gute Ausgangslage für die aus dem 19. Jahrhundert stammende Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Europäische Intellektuelle hielten die Nationalstaaten für überholt.²⁵⁸ Die Integration wurde von den meisten als notwendig erachtet, aber anfangs wurde sie von „nationalen Empfindlichkeiten“ verhindert.²⁵⁹ Dennoch kann man ab dem Jahr 1945 von einer Konkretisierung der Europa-Pläne sprechen. Die Motive zur Einigung lagen im Frieden, in der politischen Kooperation und in der Sicherheit vor der Sowjetunion. Außerdem hoffte man auf die militärische Unterstützung der USA.²⁶⁰ Durch die Einigung wollte man alte Rivalitäten auf dem Kontinent verhindern und die Menschen näher zusammenzuführen.²⁶¹ Aber „Europa“ musste erst gelernt werden, die Menschen kannten nur die nationale Geschichte, die nationale Identität stand im Vordergrund.²⁶² Der Wunsch nach neuem Selbstverständnis sollte Gemeinschaftserfahrung statt Nationalismus bringen. Außerdem sollten die Menschen in Europa frei und mobil sein.²⁶³

Aus französischer Sicht sollte Frankreich unter de Gaulle die neue Ordnungsmacht Europas werden. Aber weder England noch die Benelux-Staaten wollten sich auf einen Zusammenschluss einlassen. England wollte ebenfalls die führende Macht in Europa werden, da sie sich als Bollwerk gegen den Nationalsozialismus sahen (auch wegen der vielen Exilanten während des Krieges). Die vage Idee war ein westeuropäischer Block gegen Deutschland unter englischem Großmachtsanspruch. Aber England wollte nicht durch europäische Zusammenarbeit im Handeln als dritte Weltmacht eingeschränkt sein. Die Hauptsorge der Franzosen galt der Deutschlandpolitik. Deutschland sollte nie wieder an die Macht kommen.²⁶⁴ Bis in die 50er Jahre gab es in Frankreich aber auch noch imperiale Ideen. Erst mit dem Verzicht auf Algerien konzentrierte man sich endgültig auf Europa und ermöglichte so die deutsch-französische Freundschaft.²⁶⁵

²⁵⁷ Georg Michels: Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten. 16. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 13-24

²⁵⁸ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 30, 32

²⁵⁹ Elvert: europäische Integration. 42

²⁶⁰ Gehler: Europa. 133

²⁶¹ Matthias Lutz-Bachmann: Europa im Übergang. Zwischen altem Nationalstaat und neuer „Kontinentalstaatlichkeit“. 68 In: Mariano Delgado, Matthias Lutz-Bachmann: Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 68-76

²⁶² Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 33

²⁶³ Werner Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 11. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 10-50

²⁶⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 35-37

²⁶⁵ Schmierer: Mein Name sei Europa. 32

Ab dem Jahr 1947 wurde die europäische Zusammenarbeit dringender, da sich die Blockbildung verstärkte. Die westeuropäischen Regierungen hatten Angst vor einer Expansion der Sowjetunion. Deshalb holte man sich die Unterstützung der USA, indem man sie als Partner im Atlantischen Sicherheitsbündnis aufnahm. Ein rein europäisches Bündnis erschien gegen die übermächtig wirkende Sowjetunion zu schwach. Außerdem herrschte große Angst vor der so genannten „Fünften Kolonne“, den starken kommunistischen Parteien zum Beispiel in Frankreich und Italien.²⁶⁶ Die USA übernahmen die britischen Verpflichtungen in ehemaligen britischen Einflussgebieten gegenüber der Sowjetunion (so zum Beispiel im griechischen Bürgerkrieg, der sich bald zum Stellvertreterkrieg der beiden Blöcke entwickelte). Es wurde vom amerikanischen Präsidenten die „Truman-Doktrin“ entworfen, die besagte, dass allen Völkern, die von militanten Minderheiten oder äußerem Druck bedroht waren, geholfen werde. So konnten die USA Westeuropa enger an sich binden und ein starkes Gegengewicht zum kommunistischen Osten schaffen. Auch den USA schwebte eine europäische Einigung vor, möglicherweise in einer Föderation nach US-amerikanischem Vorbild.²⁶⁷

Auf Grund des großen Sicherheitsbedürfnisses strebte man auch nach militärischen Bündnissen, besonders Frankreich wollte sich gegen Deutschland sichern. Am 4. März 1948 wurde der „Dünkirchener Pakt“ zwischen Frankreich und Großbritannien beschlossen. Man wollte auch die USA dafür gewinnen, aber diese bestanden vorher auf einen europäischen Beistandspakt. Deshalb traten Frankreich und England im Jahr 1948 an die Beneluxstaaten heran. Diese wiederum lehnten einen reinen Militärpakt ab. Damit waren auch die USA einverstanden. Außerdem wollte man jegliches Bündnis ausdrücklich als Sicherung gegen Deutschland formulieren, damit sich die Sowjetunion nicht provoziert fühlte.²⁶⁸

Am 17. März 1948 einigte man sich in einem Fünf-Mächte-Abkommen, dem so genannten Brüsseler Pakt, auf die Pflicht zum automatischen militärischen Beistand und zur wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Zusammenarbeit. Dabei ging es nur um gegenseitige Hilfe im Falle eines Angriffes, jedoch konnte man keine Einigung über die Abgabe nationaler Kompetenzen erzielen. In der Vandenberg-Resolution im Jahr 1948 gab der amerikanische Senat die Beteiligung an einem transatlantischen Sicherheitsbündnis frei. Am 4. April 1949 wurde der Pakt mit dem Beitritt der USA zum Nordatlantikpakt (NATO) erweitert. Es war ein gegenseitiges Defensivbündnis, in erster

²⁶⁶ Brunn: Die europäische Einigung. 37-38

²⁶⁷ Ebd. 40-41

²⁶⁸ Ebd. 49-50

Linie gegen die „kommunistische Gefahr“, bei der nationale Truppenkontingente zur Verfügung gestellt wurden. Innerhalb des Schutzes der NATO wurde auch die Idee der europäischen Integration wieder aufgegriffen.²⁶⁹

Zur erfolgreichen Integration nach 1945 gibt es einige Integrationstheorien. Die erste besagt, dass der Einfluss der Föderalisten, die Europaideale der Zwischenkriegszeit und der Widerstand zur erfolgreichen Integration geführt haben. Zweitens gibt es die funktionalistische Theorie, also Integration durch Kooperation von Staaten in den Bereichen Technik und Politik. Die dritte ist die Interdependenztheorie. Internationale Beziehungen, Organisationen und Institutionen entwickeln eine Eigendynamik. Jedoch kann keine dieser Theorien für sich allein den Erfolg erklären, die Entwicklung der Integration ist das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Komponenten.²⁷⁰

3.4.2. ERP & OEEC

„Die Zusammenarbeit der europäischen Länder im Rahmen des ERP-Programms förderte eine prinzipiell kooperationsbereite Einstellung. Dies erwies sich als unschätzbare Grundlage für die weitere Entwicklung zu konkreteren Formen der wirtschaftlichen Kooperation, wie sie in den fünfziger Jahren erfolgen sollte.“²⁷¹

In den ersten beiden Nachkriegsjahren gab es bereits Hilfe aus den USA für das beschädigte Europa. Dies waren GARIO und UNRRA.²⁷²

Die USA fungierten als „Geburtshelfer“²⁷³ für ein neues Europa. Nachdem der amerikanische Außenminister George Marshall von der Außenministerkonferenz in Moskau, auf der sich die Alliierten nicht einigen konnten, zurückkehrte, befürchtete er, dass ein wirtschaftlich schwaches Westeuropa empfänglich für den Kommunismus sein könnte. Am 5. Juni 1947 hielt er in Harvard seine berühmte Rede, in der er das European Recovery Programme (ERP, beziehungsweise den nach ihm benannten Marshall-Plan) vorstellte. Es war im Wesentlichen die Ergänzung der Truman-Doktrin um den wirtschaftspolitischen Aspekt. Damit sollte die europäische Wirtschaftskrise überwunden und der Wiederaufbau finanziell und technisch unterstützt werden. Weiters sollten die Handelsschranken abgebaut werden und effiziente Strukturen für die Wirtschaft

²⁶⁹ Elvert: europäische Integration. 42

²⁷⁰ Schmale: Geschichte Europas. 225

²⁷¹ Brunn: Die europäische Einigung. 48-49

²⁷² Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 45

²⁷³ Brunn: Die europäische Einigung. 38

geschaffen werden. Marshall wollte, dass die Europäer ihre Wirtschaftsprobleme als gemeinsames Problem ansahen und gemeinsam daran arbeiteten.²⁷⁴ Somit kann man das ERP als erste integrationspolitische Herausforderung sehen, die für alle Seiten – auch für die USA in Form des europäischen Marktes – Vorteile brachte.²⁷⁵

Marshall's Rede blieb aber vorerst relativ unbeachtet. Nur der britische Außenminister Ernest Bevin konnte sich dafür begeistern. Die französische Regierung zögerte, da sie einen Generalstreik der kommunistischen Gewerkschaften befürchtete. Um dieser Angst vorzubeugen bezog Marshall die Sowjetunion in seine Pläne mit ein. Er lud die Außenminister Bidault, Bevin und Molotow zu Gesprächen nach Paris ein. Molotow lehnte jedoch die Hilfe ab, da sie einen Eingriff in die staatliche Souveränität darstellte. Somit galt das Nein auch für alle anderen Staaten im sowjetischen Machtbereich. Molotow warnte daher vor einer Spaltung Europas.²⁷⁶

Bereits ab diesem Zeitpunkt kann man sagen, dass „Europa“ hauptsächlich für die „*westliche Zivilisation*“²⁷⁷ des Kontinents verwendet wurde, als Abgrenzung gegen die Sowjetunion. Als Gegenstück zum Marshallplan gründete Stalin das „Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien“. Er sah im Marshallplan die Umwandlung Westeuropas zu einem amerikanischen Protektorat.²⁷⁸

Der Marshallplan brachte außerdem mit sich, dass es zu einer tatsächlichen europäischen Zusammenarbeit kam. Alle teilnehmenden Staaten wurden am 22. September 1947 im Committee for European Economic Cooperation (CEEC) zusammengeführt, einer permanenten Organisation mit beratender Funktion für den Marshallplan.²⁷⁹ Diese ging dann in die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) und noch später Organization for European Economic Cooperation and Development (OECD) über. Am 16. Juni 1948 wurde die OEEC gegründet. Sie diente zur Verwaltung, Verteilung und Kontrolle des ERP. Dazu war die wirtschaftliche Kooperation aller Mitgliedsländer notwendig. Es handelte sich – wie der Name schon sagt – um eine rein europäische Organisation, dennoch wurde die USA assoziiert „*als europapolitisch ambivalenter Förderer*“.²⁸⁰ Die OEEC wurde für die westliche Welt gegen den Kommunismus gegründet. Die ärmsten Länder Westeuropas sollten unterstützt werden.²⁸¹ Die Organisation war aber nicht supranational und besaß nur geringe Befugnisse. Es gab eine

²⁷⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 43

²⁷⁵ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 44

²⁷⁶ Brunn: Die europäische Einigung. 43

²⁷⁷ Ebd. 43

²⁷⁸ Ebd. 44

²⁷⁹ Schmale: Geschichte Europas. 228

²⁸⁰ Gehler: Europa. 134

²⁸¹ Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 299

ständige Konferenz im Ministerrat, aber die Entscheidungen wurden oft von den Mitgliedsstaaten getroffen. Insgesamt standen 13 Milliarden Dollar zur Verfügung. Die Ziele waren der Ausbau der Handelsbeziehungen, Zolllsenkungen, eine Zollunion, Freihandelszonen, Stabilisierung der Währung und Vollbeschäftigung. Heute gibt es um die amerikanischen Motive Kontroversen. Die USA propagierten den Marshallplan als humanitäres, uneigennütziges Hilfsprogramm, aber sie hatten auch große Eigeninteressen. Sie wollten Westeuropa auf Grund der geopolitischen Lage und der Ressourcen vor dem Einfluss aus dem Osten schützen. Außerdem gab es in den USA eine Überproduktion und man suchte einen Absatzmarkt für die Erzeugnisse. Man wollte in Europa die liberale Weltwirtschaft zu Gunsten der kapitalistischen USA durchsetzen.²⁸²

3.4.3. Unionisten & Föderalisten

Am 19. September 1946 hielt Churchill seine berühmte Rede in Zürich über die Zukunft Europas. Dabei berief er sich auf die Ideen Coudenhove-Kalergis und Briands. Vor dem Hintergrund der sowjetischen Bedrohung sollte man in Europa Schutzvorkehrungen treffen.²⁸³ Die Jahre 1947/48 entwickelten sich zur Blütezeit der Europabewegung. Es wurden unzählige Vereine, Verbände und ähnliches gegründet und es gab viele einflussreiche Sympathisanten der Europaidee. Insgesamt herrschte Optimismus, dass es bald eine große Volksbewegung zu einem geeinten Europa geben könnte. Im Wesentlichen standen sich bei der Idee der Vereinigung zwei Gruppen gegenüber: die Föderalisten und die Unionisten.²⁸⁴

Die Föderalisten traten für ein vereinigtes Europa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Das bedeutete souveräne Nationalstaaten mit einer supranationalen Regierung, die teilweise Vollmachten besaß. Weiters ging es um Dezentralisierung und Verteilung der Zuständigkeiten auf regionale Ebene. Viele Anhänger des Föderalismus kamen aus dem NS-Widerstand, da der Föderalismus das entgegengesetzte Modell zu totalitären Regimes darstellte. Sie sahen darin eine Förderung des europäischen Friedens, der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und ein System gegen übermäßige Staatsmächte. Zu den Föderalisten gehörten unter anderem

²⁸² Brunn: Die europäische Einigung. 46-47

²⁸³ Gehler: Europa. 128-129

²⁸⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 52

Altiero Spinelli (für eine demokratisch-republikanische Föderation) und Denis de Rougemont (für eine integrale Föderation).²⁸⁵

Im September 1946 trafen sich die Föderalisten in Hertenstein in der Schweiz zu einem Kongress. Anwesend waren die Gastgeber der schweizer Europa-Union, die niederländische „Europeesche Actie“ und das italienische „Movimento Federalista Europeo“. Dabei beschlossen sie das Hertensteiner Programm mit zwölf Thesen zu einer föderalistischen europäischen Gemeinschaft. Gemeinsame Ziele waren eine europäische Union als regionale Kraft der UNO, Wahrung der Eigenheiten und besonders unabhängig von fremder Macht zu sein. Das Hertensteiner Programm zeigte Signalwirkung und im Oktober trafen sich in Luxemburg auf Einladung der British Federal Union verschiedene Organisationen.²⁸⁶ Im Dezember gründeten die Hertensteiner und Luxemburger die UEF (Union europäischer Föderalisten beziehungsweise Europa-Union) mit dem Vorsitzenden Henri Brugmans.²⁸⁷

Auf der anderen Seite standen die Unionisten. Zu dieser Zeit wurde die Europaidee hauptsächlich mit Churchill in Verbindung gebracht. Im Jahr 1948 hielt Churchill seine Drei-Kreise-Rede. England hatte als Ziele der Außenpolitik die angloamerikanischen Beziehungen, das Commonwealth und Westeuropa definiert. Dabei sollte kein Bereich auf Kosten eines anderen aufgewertet werden.²⁸⁸

Es wurde das Union Europe Movement (UEM) gegründet als Dachverband für einzelne Bewegungen, die an der europäischen Einigung interessiert waren.²⁸⁹ Die Leitung des UEM unterstand aber Churchills Schwiegersohn Duncan Sandys. Die Unionisten wollten keinen Bundesstaat, sondern eine formelle zwischenstaatliche Zusammenarbeit, bei dem ein enger Zusammenhalt zwischen den Staaten bestand, also eine Union.²⁹⁰

Andere Organisationen mit ähnlichen Zielen zu der Zeit waren zum Beispiel das „Conseil Français pour l'Europe unie“ unter René Courtin, das „Comité International pour les Etats-Unis Socialistes d'Europe“ der sozialistischen Internationalen oder die „Nouvelle Equipes Internationales“ aus dem christlich-katholischen Bereich. Von allen Organisationen wurden Kongresse veranstaltet.²⁹¹

Im Jahr 1948 veranstaltete Sandys in Den Haag einen Europakongress unter dem Ehrenpräsidium Churchills. Teilnehmer waren nationale Europaverbände und

²⁸⁵ Brunn: Die europäische Einigung. 53

²⁸⁶ Elvert: europäische Integration. 38-39

²⁸⁷ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 71

²⁸⁸ Elvert: europäische Integration. 52

²⁸⁹ Schmale: Geschichte Europas. 228

²⁹⁰ Brunn: Die europäische Einigung. 55

²⁹¹ Ebd. 57

übernationale Dachverbände.²⁹² Außerdem waren europäische Repräsentanten sowohl der Unionisten als auch der Föderalisten anwesend, die alle schon die Idee zu einem großen Treffen gehabt hatten. Die Föderalisten träumten von den „Generalständen Europas“ nach dem Vorbild Versailles 1789, aber diese Vision war nicht durchführbar. Auch Deutschland wurde eingeladen. Sandys wollte mit der Konferenz die europäischen Regierungen und die öffentliche Meinung beeindrucken. Deshalb wurden auch alle Berichte ausschließlich von Unionisten verfasst. Der Kongress wurde zu einem propagandistischen Ereignis. Die englische Labour-Party jedoch boykottierte die Veranstaltung, und so fehlten auch viele andere europäische Sozialisten. Auf dem Kongress wurden tatsächliche praktische Vorschläge erarbeitet, zum Beispiel wurde eine europäische Versammlung gefordert, die von den nationalen Parlamenten bestimmt wurde. Nach dem Kongress wurden den Regierungen von ihren nationalen Komitees Memoranden vorgelegt. Es konnte sich eine Dachorganisation „Europäische Bewegung“ für die verschiedenen Europaverbände gründen. Frankreich befürwortete diese Organisation besonders, weil man zusammen stark gegen Deutschland war.²⁹³ Auch wenn sich Unionisten und Föderalisten auf dem Haager Kongress nicht einigen konnten, war er dennoch ein Erfolg für die europäische Einigung, unter anderem auch wegen der insgesamt 700 Teilnehmer.²⁹⁴ Weidenfeld sieht den Kongress als *„Geburtsstunde der europäischen Bewegung“*.²⁹⁵

3.4.4. Der Europarat

Bei der Suche nach einem Weg für die europäische Einigung war man sich des Versagens des Völkerbundes bewusst. Der Völkerbund wollte nach dem Ersten Weltkrieg auch Frieden schaffen, konnte aber gegen den Expansionswillen der Europäer in den 30er Jahren nicht ankommen und den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern. Schon im Jahr 1929 schlugen Briand und Stresemann einen „Europäischen Rat“ innerhalb des Völkerbundes vor, der vor allem zur Versöhnung Deutschlands und Frankreichs dienen sollte. Diese Idee ging in der folgenden Weltwirtschaftskrise unter. Nach dem Zweiten

²⁹² Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 13

²⁹³ Brunn: Die europäische Einigung. 59-61

²⁹⁴ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 72

²⁹⁵ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 13

Weltkrieg war es umso wichtiger die feindlichen Staaten zu versöhnen. Die Einigung sollte durch Freiwilligkeit und Freiheit passieren. Also einigte man sich auf den Europarat.²⁹⁶

Am 5. Mai 1949 wurde das Gründungsmanifest zum Europarat unterzeichnet. Mitglieder waren Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Italien und Schweden. Ziel war es, die Verbindung zwischen den Mitgliedern sicherzustellen und Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten. Die nationale Souveränität blieb unangetastet. Der Sitz des Europarates ist bis heute in Straßburg.²⁹⁷

Die Gründung des Europarates war die erste institutionelle Konkretisierung der Europabewegung – und die erste von den Europäern selbst initiierte.²⁹⁸ Mit diesem konkreten Schritt wurde auch das Ende der vielen Europabewegungen eingeläutet. Der Europarat stellte einen neuen Typ dar, es gab eine engere Verbindung der Mitglieder als bei anderen bisherigen Organisationen und Zusammenschlüssen. Dennoch war er keine übergeordnete Autorität über den Nationen, sondern alles lag in den Händen der Regierungen. Entscheidungen wurden nur durch einstimmige Beschlüsse getroffen und die beratende Versammlung konnte lediglich Empfehlungen abgeben. Die erste Sitzung der Versammlung fand im Jahr 1949 mit vielen bedeutenden europäischen Politikern statt. Die Anwesenden wollten autonom entscheiden, doch das Ministerkomitee leistete großen Widerstand. Es belegte fast alle Beschlüsse mit einem Veto (außer die Beschlüsse über die Menschenrechte und den Beitritt Deutschlands). Nachdem in der dritten Sitzungsperiode noch immer keine Fortschritte verzeichnet werden konnten, trat der Präsident der Versammlung, Paul-Henri Spaak, zurück. Aber der Europarat konnte auch Erfolge verzeichnen: es wurde ein gemeinsames Rechtsverständnis und gemeinsame Konventionen für Gesundheit, soziale Sicherung, Umwelt und Kultur erarbeitet. Die Konventionen waren allerdings erst rechtswirksam, wenn sie von den einzelnen Staaten ratifiziert wurden. Auch im Bereich der Kultur war der Europarat tätig: es wurden Ausstellungen veranstaltet, eine Kulturhauptstadt gewählt. Weitere Erfolge waren die Menschenrechte und die Hilfe beim Wiederaufbau in Osteuropa.²⁹⁹

Einige Ziele der Integration konnte der Europarat umsetzen: eine Konvention zum Schutz der Menschenrechte, eine parlamentarische Versammlung und Fachausschüsse. Den Konventionen, die verlautbart wurden, konnten sich auch Drittländer anschließen.³⁰⁰ In

²⁹⁶ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 69-70

²⁹⁷ Schmale: Geschichte Europas. 229

²⁹⁸ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 72

²⁹⁹ Brunn: Die europäische Einigung. 63-69

³⁰⁰ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 13

seinen Strukturen war der Europarat dem Völkerbund ähnlich, aber er beschränkte sich geographisch auf Europa und besaß konkrete Handlungsfelder. Die Beschlüsse des Europarates sind für die Mitglieder nicht bindend, es folgen auch keine Sanktionen, wenn sie nicht befolgt werden.³⁰¹ Der Europarat hatte die Integration nicht vorangetrieben, aber begleitet.³⁰²

In den 90er Jahren gab es im Europarat eine Strukturreform, aber diese konnte auch keinen Bedeutungsgewinn erreichen. Der Europarat war ein Kompromiss zwischen integrationsfreundlichen Staaten und denen, die keine Kompetenzen abtreten wollten. Die EU hat eine dichtere Zusammenarbeit und einen wesentlich höheren Stellenwert erreicht. Doch besonders am Ende des Kalten Krieges konnte der Europarat Erfolge erzielen und hat zur politischen Verständigung West- und Osteuropas beigetragen. (Aber er ist kein Wartesaal für die EU).³⁰³

3.4.5. Die Montanunion

Bis ins Jahr 1950 konnte England die Führung im Vorantreiben der europäischen Integration für sich beanspruchen. Aber als nationale Interessen gefährdet schienen, zog England sich zurück und konnte von Frankreich abgelöst werden.³⁰⁴ Frankreich vollzog in seiner negativen Deutschland-Politik eine Wende, auch weil man Großbritannien nicht mehr als institutionell verbundenen Partner gewinnen konnte. Deutschland war zwar noch eingeschränkt in seinem Handeln, aber es begann zu erstarken. Damit die deutsche Wirtschaft zu keiner Bedrohung für die französische wurde, plante man eine Vereinigung durch gemeinsame Exportplanung, Angleichung der Löhne und Preise und Abbau der Zollschränken.³⁰⁵ Auch Adenauer war für eine Einigung, da es der deutsch-französischen Verständigung diene. Also führte Deutschland Verhandlungen, obwohl es gar nicht souverän war.³⁰⁶ Aber Frankreich hatte noch ein verborgenes Ziel. Mit Hilfe Deutschlands konnte es zur „Grande Nation“ werden und England ausgrenzen. Das heißt, Frankreich betrieb nationale Politik mit europäischen Mitteln.³⁰⁷

³⁰¹ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 73-74

³⁰² Elvert: europäische Integration. 52

³⁰³ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 74-75

³⁰⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 70

³⁰⁵ Ebd. 73-75

³⁰⁶ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 14

³⁰⁷ Brunn: Die europäische Einigung. 76

Jean Monnet (1888-1979) war bereits Initiator der interalliierten Zusammenarbeit nach den beiden Weltkriegen gewesen und stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges warnte er eindringlich davor, nicht die gleichen Fehler wie im Jahr 1919 zu begehen.³⁰⁸ Er entwickelte die Idee zu einem Zusammenschluss der Montanindustrie. Am 9. Mai 1950 stellte Schuman die Pläne Monnets in einer Rede vor:

*„Damit der Frieden eine echte Chance erhält, muss es zunächst ein Europa geben [...]. Daraus wird ein Europa entstehen, ein zuverlässig vereintes und ein sicher gebautes Europa.“*³⁰⁹

Die Rede Schumans wurde zum Schuman-Plan und wird aus heutiger Sicht als erster Schritt zur EU gesehen.³¹⁰ Auf dieser Grundlage wurde am 18. April 1951 die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS, auch Montanunion genannt) gegründet und trat am 23. Juli 1952 in Kraft. Mit diesem Schritt wurde die erste echte Gemeinschaft ins Leben gerufen, da es sich um den ersten supranationalen Zusammenschluss handelte. Die Montanunion hatte eine eigene Zuständigkeit und eigene Rechtssetzungskompetenz.³¹¹

Die Montanunion sollte von der Hohen Behörde kontrolliert werden, allerdings gab es einige Bedenken, dass die Hohe Behörde zu stark werden könnte. Von Frankreich kam der Vorschlag für ein Parlament zur Kontrolle. Aber Monnet war gegen ein Parlament, weil er Kohle und Stahl (die für militärische Rüstung notwendig waren) dem nationalen (also deutschen) Zugriff entziehen wollte. Durch ein Parlament aus nationalen Vertretern wäre eine Hintertür für nationale Prinzipien geöffnet worden. Die Legitimation für die Hohe Behörde wurde aus den ratifizierten Verträgen abgeleitet.³¹² Erster Vorsitzender der Hohen Behörde wurde Monnet.³¹³

Die einzelnen Länder hatten verschiedene Vorstellungen über die Montanunion. In Deutschland konnte man sich eine dualistische Konzeption mit zwei Kammern mit direkt

³⁰⁸ Gehler: Europa. 119

³⁰⁹ o.V.: Die historische Erklärung Robert Schumans vom 09. Mai 1950. 9. In: Manfred Zuleeg, Marjolaine Savat, Jean-Philippe Derosier (Hg.): Eine Verfassung für ein Europa mit 25 Mitgliedsstaaten. Vielfalt und Einheit zugleich. Baden-Baden, 2005. 9-11

³¹⁰ Jean-Philippe Derosier: Als Art Einführung: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. 12. In: Manfred Zuleeg, Marjolaine Savat, Jean-Philippe Derosier (Hg.): Eine Verfassung für ein Europa mit 25 Mitgliedsstaaten. Vielfalt und Einheit zugleich. Baden-Baden, 2005. 12-24

³¹¹ Elvert: europäische Integration. 2

³¹² Guido Thiemeyer: Die Ursachen des „Demokratiedefizits“ der Europäischen Union aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive. 28-30. In: Wilfried Loth (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrtausends. Opladen, 2001. 27-47

³¹³ Schmale: Geschichte Europas. 238

gewählten Abgeordneten und Vertretern nationaler Parlamente vorstellen. Es sollte auf jeden Fall ein Gegengewicht zur Hohen Behörde geben. Die Montanunion sollte die Keimzelle für einen europäischen Bundesstaat sein. Die Niederlande wollten einen Ministerrat statt ein Parlament. Außerdem spielten sicherheitspolitische Interessen mit, aber hauptsächlich ging es um die Liberalisierung des Handels. Frankreich wollte eine supranationale Organisation zur Lösung der außen- und wirtschaftspolitischen Probleme, besonders der deutschen Frage.³¹⁴ Es gibt auch die Theorie, dass Adenauer und de Gaulle die Synthese Karl des Großen wollten.³¹⁵

Neu an dieser Einigung war, dass die Hohe Behörde mit echten Kompetenzen ausgestattet werden sollte. Der amerikanische Außenminister Dean Acheson war zuerst skeptisch, da er eine Kartellbindung befürchtete, aber gerade das verhinderte der Plan, da die französische Produktion dem Wettbewerb ausgesetzt wurde. Für Deutschland bedeutet der Zusammenschluss einen Ausweg aus der Isolation. Nur die deutschen Sozialdemokraten waren dagegen, da sie es als eine Verstärkung des internationalen Kapitalismus ansahen. Die Benelux-Staaten und Italien waren aus politischen Gründen für einen Zusammenschluss.³¹⁶

Vorrangige Ziele der Montanunion waren der Abbau der Handelshemmnisse und der Aufbau eines gemeinsamen Marktes. Die Organe der Montanunion waren die Hohe Behörde, der Ministerrat, die parlamentarische Versammlung und der Gerichtshof mit bindenden Entscheidungen. Die Finanzierung sollte durch eigene Einnahmen sichergestellt werden, außerdem sollte es Zuschüsse für Modernisierungen geben. Man wollte die Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Hygiene verbessern und es gab ein Wohnbauprogramm.³¹⁷

Erste Probleme traten gleich zu Beginn auf. Kartelle konnten trotz der EGKS nicht verhindert werden. Im Jahr 1958 gab es eine Kohlekrise. Die nationale Politik blieb weiterhin stärker als die Integration, und Italien und Holland kauften amerikanische Kohle. In Deutschland gab es ein eigenes Krisenmanagement und Frankreich sprach der Hohen Behörde das selbstständige Handeln ab. Dennoch war die Entwicklung positiv: es kam zu einer strukturellen Anpassung innerhalb Europas und es wurden hier wichtige Erfahrungen für die europäische Wirtschaftsgemeinschaft gemacht.³¹⁸

³¹⁴ Thiemeyer: Die Ursachen des „Demokratiedefizits“ der Europäischen Union. 31-33

³¹⁵ Schmidt-Dengler: Ach Österreich. 82

³¹⁶ Brunn: Die europäische Einigung. 78-81

³¹⁷ Ebd. 85-86

³¹⁸ Ebd. 86-87

Der Erfolg der EGKS lag im sektoralen Vorgehen. Es wurde immer ein konkreter, überschaubarer Bereich unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt und auf Funktionsfähigkeit überprüft. Die Montanunion stellt nach Völkerbund und Europarat den dritten Anlauf zur Integration dar, der auch gelungen (wenn auch nicht abgeschlossen) ist.³¹⁹

Das Modell der vier Antriebskräfte zeigt noch einmal die Motive zur Integration:³²⁰

- Problem der Friedenssicherung zwischen souveränen Staaten. Schon bei Europa-Ideen des 19. Jahrhunderts, aber durch die Kriegstechnik des 20. Jahrhunderts dringlich.
- Die deutsche Frage: der deutsche Nationalstaat wird von den Nachbarn als latente Bedrohung aufgefasst.
- Ökonomisches Funktionsdefizit: nationale Märkte sind zu eng, langfristig Verlust der Produktivität
- Verlust von Macht und Konkurrenzfähigkeit gegenüber größeren staatlichen Einheiten wie den USA.

Meistens werden die Anfänge der europäischen Einigung als rein wirtschaftlicher Zusammenschluss betrachtet.

„Allerdings darf man die Tatsache nicht übersehen, daß die Idee von allem Anfang an eine politische gewesen ist. Die Schaffung der Voraussetzungen für den Frieden in Europa verlangten die Abschaffung der traditionellen Konfliktgründe, wie den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und die Umwandlung der Kohle- und Stahlindustrie in Objekte der europäischen Zusammenarbeit, um sicherzustellen, daß sie nie wieder zur Ursache zwischenstaatlicher Konflikte werden könnte.“³²¹

³¹⁹ Piepenschneider: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer. 75

³²⁰ Wilfried Loth: Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration. 96-97. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Opladen, 2001. 87-106

³²¹ Bronisław Geremek: Zur inneren Einheit des wiedervereinigten Europa. 31. In: Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 25-36

Die europäische Einigung betrifft mittlerweile fast alle Aspekte des Alltags, es handelt sich also um eine „verordnete Revolution“.³²² Dabei führte die Integration einzelner Sektoren zur Übertragung weiterer Funktionen bis zur umfassenden Union (Funktionalismus).³²³

3.4.6. Die Krise der EVG

Als nächster Schritt wurde im Mai 1952 eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) angestrebt.³²⁴ Bei Ausbruch des Koreakrieges befürchtete man, dass im geteilten Deutschland das gleiche passieren könnte. Der Kalte Krieg verschärfte sich und das amerikanische Militär war in Korea beschäftigt. Europa wollte Sicherheit. Im September 1950 wurde daher in der New Yorker Außenministerkonferenz die Wiederbewaffnung Deutschlands besprochen, damit sich Westeuropa im Ernstfall verteidigen konnte. Man musste nur eine geeignete Form dafür finden.³²⁵ Die EVG wurde als „europaverträgliche“ Bewaffnung Deutschlands beschlossen.³²⁶

Churchills Vorschlag einer europäischen Armee wurde von der beratenden Versammlung verabschiedet. Aber Frankreich befürchtete, dass Deutschland unter NATO-Einfluss, das heißt unter Einfluss der USA, nicht mehr der Montanunion zustimmen würde. Somit würde auch die gewünschte französische Vorherrschaft entfallen. Deshalb wurde der Plevenplan entwickelt. Es sollte eine europäische Armee zur Verteidigung gegründet werden, die mit politischen Institutionen verbunden werden sollte. Aber Adenauer hatte Einwände. Frankreich wollte die Gründung nach den Abschluss der Montanunion verschieben, das dauerte Deutschland zu lange. Andere Länder hätten im Ernstfall nationale Kommandos gehabt, nur Deutschland nicht. Die Gleichberechtigung, die Deutschland anstrebte, wurde nicht verwirklicht. Auch die USA und England hatten Einwände, sie sahen darin nur ein französisches Ablenkungsmanöver. Aber Frankreich konnte durchsetzen, dass der Plan

³²² Holger Rust: Gefühle, Stimmungen, Konventionen und Erwartungen: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. 175. In: Holger Rust (Hg.): Europa-Kampagnen. Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz. Wien, 1993. 175-225

³²³ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 14

³²⁴ Wolfram Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“ – Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 und der Durchbruch zur horizontalen Wirtschaftsintegration. 79. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 79-95

³²⁵ Brunn: Die europäische Einigung. 88-89

³²⁶ Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“. 79

ausgearbeitete wurde. Dennoch wurde gleichzeitig ein Alternativmodell entwickelt. Dieses sah vor, dass Deutschland Truppen zur NATO entsenden durfte.³²⁷

Allerdings war die EVG ohne eine gemeinsame Außenpolitik nicht denkbar. Deshalb wurde auch eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) angestrebt.³²⁸ Es sollte zusätzlich zur Wirtschaft auch eine Koordinierung der Außenpolitik geben.³²⁹ Ab dem Jahr 1951 gab es parallele Verhandlungen zur EVG und EPG in Bonn und Paris. Bei den Verhandlungen in Paris waren nur Vertreter aus Italien, Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden anwesend. Doch das Interesse Deutschlands lag beim NATO-Beitritt, die Idee der Europa-Armee wurde vernachlässigt. Frankreich überzeugte Eisenhower, den neuen Oberbefehlshaber der NATO, davon, dass die deutschen NATO-Truppen erst nach Zustandekommen der EVG aufgestellt werden sollten. Auch die Besatzung sollte erst nach Vertragsabschluss wegfallen.³³⁰

Der Verfassungsentwurf wurde von der Versammlung der Montanunion gebilligt. Allerdings konnten die sechs Außenminister sich nicht über den Souveränitätsverzicht einigen.³³¹

Die EPG war als ein Mittelding zwischen Staatenbund und Bundesstaat geplant. Unter ihr sollten die EVG und die Montanunion zusammengefasst werden. Dazu sollte es ein Parlament, einen Ministerrat, einen Gerichtshof und einen Wirtschafts- und Sozialrat geben. Aber in den Verhandlungen kamen nationale Differenzen zum Tragen. Holland wollte eine Wirtschaftsgemeinschaft, Frankreich war dagegen. Gleichzeitig begannen die USA eine neue Strategie mit Nuklearwaffen. Die amerikanischen Truppen sollten aus Europa abziehen, was durch die EVG erleichtert worden wäre. Im August 1954 wurde der letzte Rettungsversuch unternommen, aber man trennte sich ohne Übereinkommen.³³²

In der französischen Nationalversammlung wurde der Vertrag abgelehnt. In der tumultartigen Sitzung wurde mit 319 zu 264 Stimmen dagegen gestimmt.³³³ Die EVG hätte Frankreich zu viel gekostet, sie stellte ein Hindernis dar, um Frankreich zur Atommacht werden zu lassen.³³⁴ Das damals Unglaubliche an der Ablehnung Frankreichs war, dass ein bereits unterzeichneter Vertrag nicht ratifiziert wurde. Noch dazu ausgerechnet in Frankreich, von wo die Initiative ausging. Ein Grund war sicherlich, dass die EVG und EPG einen Angriff auf die Souveränität darstellten, aber auch innenpolitische

³²⁷ Brunn: Die europäische Einigung. 90-93

³²⁸ Gehler: Europa. 157

³²⁹ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 15

³³⁰ Brunn: Die europäische Einigung. 93-94

³³¹ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 15

³³² Brunn: Die europäische Einigung. 96-98

³³³ Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“. 79

³³⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 98

Änderungen (Niedergang der Mouvement Républicain Populaire von Bidault) spielten mit.³³⁵ Adenauer erwog nach der Ablehnung der EVG für kurze Zeit seinen Rücktritt.³³⁶

Bezeichnend war aber, dass England, Frankreich, Deutschland und die USA bereits im Jahr 1952 mit der Alternativplanung zur EVG begannen. England wollte zum Beispiel eine intergouvernementale Lösung unter britischer Führung.³³⁷

Das Scheitern der EVG und EPG rief überall große Bestürzung hervor. Schnell suchte man nach einer Ersatzlösung. Diese wurde in der Wiederbewaffnung Deutschlands innerhalb der NATO gefunden. Um Deutschland beteiligen zu können, wurde der Brüsseler Pakt um Deutschland und Italien erweitert. Mit dem Beitritt Deutschlands wurde der Pakt in die WEU umgewandelt.³³⁸

Nach dem Scheitern der EVG und der EPG befürchtete Monnet eine Stagnation in der europäischen Integration, er wollte den Einigungsprozess in Gang halten. Rückblickend jedoch konnte die Krise, die nach dem Scheitern entstand, zur Konsolidierung Europas beitragen und den Weg zur EWG erleichtern. Frankreich hatte neues Selbstvertrauen, dass die europäische Integration auch ohne England gelingen konnte. Außerdem konzentrierte man sich mehr auf die Wirtschaft.³³⁹ Gemeinsam mit Spaak überlegte Monnet die Kompetenzen der Montanunion auf die Bereiche Atomenergie und Verkehrswesen auszudehnen. Die Atomindustrie schien dafür besonders geeignet, da sie sich gerade erst im Aufbau befand. Dagegen sprach, dass es so zu viele europäischen Organisationen entstehen könnten. Der holländische Außenminister Beyen sprach sich dafür aus, aber er wollte gleich einen gesamtwirtschaftlichen Markt über den Weg der Zollunion mit einem supranationalen Parlament gehen. Italien, Deutschland und Frankreich äußerten ihre Bedenken, da sie eine Planwirtschaft befürchteten und sich dem Wettbewerb nicht gewachsen fühlten. Allerdings trat Frankreich gemeinsam mit Belgien für eine Atomgemeinschaft ein, gegen die wiederum Deutschland war.³⁴⁰

Bei der Außenministerkonferenz von Messina veröffentlichte das Spaak-Komitee am 3. Juni 1955 ein Kommuniqué über den europäischen Aufbruch. Darin wurde die Ansicht vertreten, dass man Europa erst wirtschaftlich aufbauen sollte. Der Erfolg der Konferenz beruhte hauptsächlich auf Spaak. Es wurden Kommissionen gegründet und die Landwirtschaft miteinbezogen (was besonders für Frankreich wichtig war). England blieb

³³⁵ Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“. 80-81

³³⁶ Gehler: Europa. 138

³³⁷ Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“. 85

³³⁸ Schmale: Geschichte Europas. 233

³³⁹ Kaiser: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“. 79, 89

³⁴⁰ Brunn: Die europäische Einigung. 100-104

bei der Konferenz lediglich Beobachter. Das Königreich argumentierte, dass ein gemeinsamer Markt dem freien Welthandel entgegenlaufen würde. Aber gerade dieser Widerspruch stärkte den Zusammenhalt der anderen Teilnehmer. Im März 1956 wurden in einem Bericht der Kommission der gemeinsame Markt und die Atomgemeinschaft befürwortet, aber man war gegen eine Ausdehnung auf andere Gebiete.³⁴¹

Durch große äußere Ereignisse erschien der europäische Zusammenhalt noch bedeutender. In Ungarn wurde der Aufstand von den Sowjets niedergeschlagen, Frankreich und Großbritannien kämpften gegen Ägypten um den Suezkanal, wurden aber von den USA und der Sowjetunion zum Aufgeben gezwungen. Unter diesen Umständen konnten sich Frankreich und Deutschland schneller einigen. Im Jahr 1957 wartete auf Frankreich die nächste Krise durch die Kolonien: Frankreich forderte eine Absatzgarantie der überseeischen Produktion. Man einigte sich auf den freien Zugang zum gemeinsamen Markt, aber ohne garantierte Preise.³⁴²

3.4.7. Die Römischen Verträge

Im Jahr 1956 fanden in Brüssel die Verhandlungen über den Spaak-Bericht statt. Die EWG und die EAG (Europäische Atomgemeinschaft) wurden beschlossen.³⁴³

Am 25. März 1957 wurde in Rom der Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Er trat am 1. Jänner 1958 in Kraft. Die EWG bildete das Fundament für die weitere europäische Einigung. Manche sahen schon die Vision von einem föderativen Europa. Der Wirtschaftsraum war offen für dynamische Entwicklungen, hauptsächlich für eine Zollunion. Es wurde ein Sozialfonds, eine europäische Investitionsbank und ein europäischer Entwicklungsfonds (EEP; er galt für Afrika, die Karibik und den Pazifik) errichtet. Der Ministerrat erhielt Entscheidungsbefugnisse. Die Kommission fungierte als supranationales Gemeinschaftselement. Sie konnte im Ministerrat Gesetzesentwürfe einbringen und sorgte für die Umsetzung von Verordnungen. Die Versammlung wurde im Vertrag festgelegt und in „Europäisches Parlament“ umbenannt. Dieses besaß vorerst keinerlei wirklichen Rechte. Außerdem wurde der gemeinsame Markt geplant, der allerdings erst in den 80er Jahren verwirklicht werden konnte.³⁴⁴ Die römischen Verträge bedeuteten einen engeren Zusammenschluss

³⁴¹ Brunn: Die europäische Einigung. 105-111

³⁴² Elvert: europäische Integration. 70

³⁴³ Schmale: Geschichte Europas. 239

³⁴⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 116-124

der europäischen Völker. Dieser sollte einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durch gemeinsames Handeln und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bewirken.³⁴⁵

Das EURATOM hatte den Aufbau und die Entwicklung der Nuklearindustrie zum Ziel.³⁴⁶ Die Atomforschung sollte nur für friedliche Zwecke dienen, dennoch hatte Frankreich große Bedenken, Deutschland die Produktion und den Besitz von Atomwaffen zu erlauben. Deshalb wurde das Euratom nicht so stark weiterentwickelt.³⁴⁷ Das EURATOM wurde spiegelbildlich zur EWG konstruiert. Es gab gemeinsame Forschung, Sicherheitsnormen und Versorgung. Allerdings besaß das EURATOM keinen hohen Stellenwert, vor allem weil auch die USA dagegen waren. Frankreich, das sich in dieser Hinsicht in einer Konkurrenz zur USA sah, hatte starkes Interesse an EURATOM, aber mit der Wahl de Gaulles war auch das vorbei.³⁴⁸

Mit den Anfängen der EWG kam die Frage auf, wo der Sitz sein sollte. Zur Wahl standen Straßburg, wo sich schon der Europarat befand und Luxemburg, dem Sitz der Montanunion. Aber es wurde beschlossen, dass die EWG und das EURATOM nach Brüssel kommen sollten, da dort genügend Freiräume vorhanden waren. Die Kommission bestand aus erfahrenen Politikern. Präsident war der deutsche Staatssekretär Walter Hallstein. Die Versammlung hielt im Jahr 1958 im Europarat-Saal ihre Eröffnungsveranstaltung ab. Dabei wurde die Sitzordnung nicht nach nationalen Gesichtspunkten gestaltet, sondern nach politischen Lagern. Präsident der Versammlung wurde Schuman.³⁴⁹

3.4.8. Die 60er Jahre: Vertiefung

Die 60er Jahre verliefen für die Integration relativ erfolgreich, da die Bereiche Agrar, Handel, Verkehr und Wettbewerb vergemeinschaftet werden konnten.³⁵⁰

Die EWG konnte von Beginn an ein starkes Wachstum verzeichnen, in den 60er Jahren wurden sogar die USA als Handelsmacht überholt. Für die Regierungen der Mitgliedsstaaten war es anfangs daher leicht, sich mit der EWG zu identifizieren. Aber es

³⁴⁵ Schmale: Geschichte Europas. 239

³⁴⁶ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 16

³⁴⁷ Gehler: Europa. 159

³⁴⁸ Brunn: Die europäische Einigung. 124-127

³⁴⁹ Ebd. 129-130

³⁵⁰ Wichard Woyke: Die Ablehnung der Fouchet-Pläne oder die Krise der europäischen Verfasstheit. 97. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 97-109

lauerten auch neue Gefahren: der Kalte Krieg erfuhr nach Chruschtschow einen neuen Höhepunkt, im Jahr 1961 wurde die Berliner Mauer aufgestellt.³⁵¹

Auch Frankreich stellte ein Problem innerhalb der EWG dar. De Gaulle lehnte alle europäischen Institutionen ab, allerdings blockierte er die EWG nicht, sondern ging seinen eigenen Weg. Er war gegen die Supranationalität aber für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit.³⁵²

Am 1. September 1961 wurde die OEEC in die OECD umgewandelt und zu einem transatlantischen Zusammenschluss. Bereits zwei Jahre später trat Japan bei und verlieh der OECD eine globale Dimension. Neue Aufgabe war die koordinierte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.³⁵³

Am 8. April 1965 wurde der Fusionsvertrag unterzeichnet, der die Montanunion, die EWG und das Euratom in der EG integrierte. Der Vertrag trat im Jahr 1967 in Kraft.³⁵⁴

England verfolgte seine eigene Europapolitik: der Wirtschaftsraum der OEEC sollte in eine Freihandelszone umgewandelt werden. Großbritannien befürchtete, dass eine westeuropäische Zollunion den Markt für die britischen Produkte sperren würde. Die Freihandelszone war als Dach über der EWG geplant. Dieser Vorschlag war jedoch für Frankreich unannehmbar. Da es Befürchtungen gab, dass die EWG zum Stillstand kommen könnte, wurden mit England Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone geführt. Diese wurden aber sofort nach einem Veto de Gaulles aufgegeben.³⁵⁵

3.4.9. EFTA

Nachdem die Verhandlungen für England kein befriedigendes Ergebnis brachten, plante man statt der großen eine kleine Freihandelszone. Bei der Konferenz in Oslo im Jahr 1959 der „non six“ beschloss man die künftige Zusammenarbeit ohne der EWG (besonders ohne Frankreich). Der „Sir-John-Plan“ (nach dem britischen Delegationsführer Sir John Coulson) sah die „seven non six“ Freihandelszone vor. Also gründete man die EFTA.³⁵⁶

³⁵¹ Brunn: Die europäische Einigung. 131-132

³⁵² Ebd. 132

³⁵³ Elvert: europäische Integration. 76

³⁵⁴ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 16

³⁵⁵ Brunn: Die europäische Einigung. 133-135

³⁵⁶ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 185

Im Jänner 1960 wurden die Verträge von Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz zur EFTA ratifiziert. Als Sitz wurde Genf gewählt. Der Unterschied der EFTA zur EWG bestand darin, dass die wirtschaftspolitische Souveränität nicht eingeschränkt wurde, die nationale Wirtschaft blieb erhalten. Außerdem sollte die EFTA der Diskriminierung durch die EWG entgegenwirken. Die wirtschaftlichen Ziele waren beiden Zusammenschlüssen ähnlich, wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.³⁵⁷ Die EFTA diente auch als „Schutz“ gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen der EWG.³⁵⁸

Die Schwächen der EFTA waren der geringe wirtschaftliche Zusammenhalt, der geringe politische Konsens zur EG-Annäherung, die geographische Zerrissenheit und das politische und wirtschaftliche Schwächeln der „Führungsmacht“ England.³⁵⁹ Der scheinbare Nachteil der geographischen Zersplitterung war nicht so bedeutend, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Österreich und die Schweiz waren Nachbarn und die skandinavischen Länder hatten eine lange traditionelle Verbundenheit³⁶⁰.

Oberflächlich betrachtet kam es durch die EFTA-Gründung zu einer Spaltung des europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Spaltung war aber nur rein äußerlich, da der Außenhandel der einzelnen EFTA-Mitglieder hauptsächlich mit der EWG stattfand. Im Nachhinein stellt sich die EWG als das wesentlich erfolgreichere Integrationskonzept dar zu dem die EFTA keine wirkliche Alternative sein konnte. Dennoch hat die EFTA Erfolge vorzuweisen.³⁶¹ Die EFTA war offener, aufgeschlossener und bemühte sich um den Ausgleich. *„Integrationspolitisch war sie gegenüber der EWG zwar ökonomischer Verlierer, als Brückenschlag-Verfechter und >>Großeuropäer<< aber moralischer Gewinner.“*³⁶²

3.4.10. Die Fouchetpläne

In Frankreich kehrte de Gaulle als Präsident zurück. Er trat für ein klares Europa-Konzept ein: ein Europa der Staaten und nicht ein Europa über den Staaten. Dennoch akzeptierte er die Verträge, die bereits abgeschlossen waren. Außerdem bot der Gemeinsame Markt

³⁵⁷ Brunn: Die europäische Einigung. 136-137

³⁵⁸ Elvert: europäische Integration. 74

³⁵⁹ Gehler: Europa. 161

³⁶⁰ Hans Mayrzedt: Österreich und die handelspolitische Spaltung Westeuropas. 58. In: Waldemar Hummer (Hg.): Österreichs Integration in Europa 1948 -1989. Von der OEEC zur EG. Wien, 1990. 49-68

³⁶¹ Brunn: Die europäische Einigung. 137

³⁶² Gehler: Europa. 161

besonders in der Landwirtschaft Vorteile für Frankreich. De Gaulle selbst wusste auch, dass er international nur gemeinsam mit anderen eine Rolle spielen konnte. Und als EWG-Mitglied konnte er die weitere Integration stoppen.³⁶³ Es sollte nur eine Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten geben. De Gaulle wollte die Bipolarität überwinden und Frankreichs Stellung in der Welt sichern. Dafür sollte Deutschland der Motor sein. Außerdem plante er ein Europaparlament ohne Befugnisse, das über den bereits existierenden Institutionen stehen sollte. Im Falle einer Verwirklichung würde es demnach keine Anordnungen mehr geben, sondern es würde nur mehr im Auftrag der Regierungen gehandelt werden. Weiters war auch eine gemeinsame Verteidigung geplant, dabei stieß de Gaulle aber auf Widerstand, da die EWG und die NATO dadurch geschwächt werden würden.³⁶⁴

Man einigte sich auf die Einsetzung einer Kommission, die konkrete Pläne zur weiteren Zusammenarbeit vorlegen sollte. Den Vorsitz übernahm der französische Diplomat *Christian Fouchet*. Er legte im April 1961 einen ersten Bericht vor. Dieser wurde von den Niederlanden abgelehnt. Im Juli desselben Jahres einigte man sich bei einer Gipfelkonferenz in Bonn auf einen Kompromiss. So konnte Fouchet am 19. Oktober 1961 seinen ersten Plan abliefern.³⁶⁵ Dieser beinhaltete eine politische Union neben den anderen Gemeinschaften. Alle vier Monate sollte ein Rat zusammenkommen, es sollte Ministerausschüsse geben und vier ständige Regierungskommissionen (für Außenpolitik, Verteidigung, Wirtschaft und Kultur). Die anderen Länder waren grundsätzlich für den Plan, hatten allerdings Änderungsvorschläge. Im Jahr 1962 legte Fouchet einen zweiten Plan vor, der einige Verschärfungen durch de Gaulle enthielt. Für die anderen Mitglieder sah der Plan nach Schaffung eines französischen Protektorats aus. Deshalb wollte man England dabei haben. Frankreich war jedoch gegen diesen Vorschlag, es wollte die Zweierbeziehung zu Deutschland verstärken. Aber vorerst war Deutschland dafür nicht bereit.³⁶⁶

Adenauer fürchtete, dass sein Nachfolger die Zusammenarbeit mit Frankreich aufgeben könnte. Deshalb wurde am 22. Jänner 1963 der „französisch-deutsche Freundschaftsvertrag“ geschlossen. Er sah eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit wie in den Fouchetplänen vor. Aber in Deutschland gab es Gegner gegen diesen Vertrag. Sie

³⁶³ Woyke: Die Ablehnung der Fouchet-Pläne. 98

³⁶⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 138-140

³⁶⁵ Woyke: Die Ablehnung der Fouchet-Pläne. 101-103

³⁶⁶ Brunn: Die europäische Einigung. 141-142

konnten durchsetzen, dass in der Präambel festgehalten wurde, dass Deutschland weiterhin Partner der USA war.³⁶⁷

In den Jahren 1965/66 kam es zu einer ernsthaften Krise in der EWG. De Gaulle stieß die anderen Mitglieder vor den Kopf und verhinderte den Beitritt Englands. Frankreich blockierte die Supranationalität und drohte im Jahr 1964 mit dem Austritt aus der EWG, falls es keine gemeinsamen Agrarpreise geben sollte. Frankreich konnte sich damit durchsetzen, aber zur Verwirklichung kam es erst im Jahr 1970 (von 1965-1970 fehlte die Finanzierung dafür). Als die EWG dann die Machtverschiebung zur Kommission und zum Parlament forderte, war Frankreich dagegen. Die Sitzung wurde aufgehoben und die französischen Regierungsvertreter verließen die EWG. Die französischen Politiker verfolgten ab dem Jahr 1965 die „Politik des leeren Stuhls“ (die französischen Delegierten erscheinen nicht zu den Ratssitzungen).³⁶⁸

Allerdings war man auch in Frankreich über diese Art der Politik empört und de Gaulle musste sich mäßigen. Im „Luxemburger Kompromiss“ 1966 wurden die Differenzen geklärt. Es wurde festgehalten, dass in Zukunft alle Standpunkte innerhalb der EWG toleriert werden mussten. Somit konnte Frankreich wieder zurückkehren. Aber die Krise hatte ihre Spuren hinterlassen. Der Zusammenhalt war schwächer und die nationalen Interessen stärker. Der Rat wurde wichtiger und der Integrationsprozess glich eher einer intergouvernementalen Zusammenarbeit.³⁶⁹

3.4.11. Erweiterung

Den ersten Beitrittsversuch startete England im Jahr 1961. Es geschah nicht aus einer Kehrtwendung der englischen Außenpolitik heraus, sondern durch den Verlust internationalen Bedeutung, da das Commonwealth zu bröckeln begann. Außerdem sah man die „*special relationship*“³⁷⁰ zu den USA gefährdet. Durch einen Beitritt erhoffte man sich die maßgebende Macht in der EWG zu werden. Das britische Wachstum lag jedoch hinter dem der EWG. Der britische Antrag wurde von den USA unterstützt. Außerdem stellten auch Österreich, Schweden und die Schweiz einen Antrag auf Aufnahme. Die Verhandlungen zwischen den EWG und Großbritannien zogen sich so lange hin, bis die

³⁶⁷ Brunn: Die europäische Einigung. 143

³⁶⁸ Ebd. 144-145

³⁶⁹ Ebd. 146-148

³⁷⁰ Ebd. 150

Gegner des Beitritts in England stärker wurden und die allgemeine Stimmung dagegen war.³⁷¹

Nach seiner Wiederwahl verhinderte de Gaulle im Jahr 1962 den britischen Beitritt. Er wollte nicht riskieren, die Vormachtstellung innerhalb der EWG zu verlieren, außerdem wollte er einen Einfluss der USA verhindern.³⁷²

Im Jahr 1963 gewann in England die Labourparty die Wahl. Sie war eigentlich traditionell gegen einen EWG-Beitritt, aber die wirtschaftliche und politische Lage verschlechterte sich. Deshalb mussten sie ihre Einstellung ändern. Im Jahr 1967 stellte Harold Wilson einen neuen Antrag auf Aufnahme. Da in Frankreich noch immer de Gaulle an der Macht war, herrschten auch noch immer die gleichen Vorbehalte. Das Verfahren wurde beendet, allerdings wurde ein neues in Aussicht gestellt, wenn die britischen Probleme beseitigt seien. Somit blieb der Antrag liegen.³⁷³

Die 60er Jahre kann man als die „goldenen Jahre“ der EWG bezeichnen. Das Wirtschaftswachstum war sehr hoch, die Arbeitslosigkeit niedrig. Weiters konnte die Zollunion verwirklicht werden. Auf der anderen Seite gab es noch keinen freien Binnenmarkt und auch keine Angleichung der Sozialleistungen. Es herrschte weiterhin die nationale Wirtschaftspolitik. Aus der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) konnte nur wenig umgesetzt werden. Die Römischen Verträge sahen eine Produktivitätssteigerung, die Stabilisierung der Märkte und eine Einkommenssicherung vor. Im Jahr 1962 wurden immerhin eine Marktordnung für bestimmte Produktgruppen, der freie Verkehr und einheitliche Preise geschaffen. Dies war besonders für Getreide wichtig. Aber die GAP war zu einem Instrument des Protektionismus geworden, die Bauern produzierten auf Grund der Ausgleichs- und Garantiefonds, egal ob die Produkte absetzbar waren oder nicht. Diese Überproduktion hemmte die EWG. Aber die Fehlentscheidung konnte erst in den 90er Jahren behoben werden.³⁷⁴

De Gaulles Nachfolger wurde Georges Pompidou. Er war flexibler als sein Vorgänger. Deshalb konnte auf der Haager Konferenz im Jahr 1969 die Norderweiterung beschlossen werden.³⁷⁵

Das Ende der 60er Jahre jedoch kündigte einen Tiefpunkt der Gemeinschaft an. Es begann ein Verfallsprozess, die nationalen Interessen nahmen stark zu. Auf einem Gipfel

³⁷¹ Brunn: Die europäische Einigung. 149-153

³⁷² Ebd. 154

³⁷³ Ebd. 157-159

³⁷⁴ Ebd. 160-173

³⁷⁵ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 19

im Dezember 1969 in Den Haag versuchte man die EWG zu stabilisieren. Frankreich wollte dies über die Agrarpolitik erreichen, die andern Mitgliedsstaaten durch den Beitritt Englands. Folgende Beschlüsse wurden gefasst: Die Verstärkung der Finanzen, die Ausarbeitung einer Wirtschafts- und Währungsunion, politische Einigung und die Aufnahme neuer Beitrittsländer. Die Ergebnisse schienen auf den ersten Blick nicht bedeutend, aber gaben den Anstoß zur politischen Zusammenarbeit.³⁷⁶

Elvert sieht mit dem Jahr 1973 den Abschluss einer ersten Phase der Integration. Bis dahin war es noch die Gründungsphase, in der die Richtung der Integration festgelegt wurde. Ab Beginn der 70er Jahre bis ins Jahr 1992 wurden die europäischen Binnenstrukturen vertieft.³⁷⁷

In den 70er Jahren erfolgte die Norderweiterung. In England erfuhr die Wirtschaft einen Aufschwung und die Konservativen waren wieder an der Macht. Der Beitritt erschien für sie so wichtig, dass die Forderungen zurückgeschraubt wurden. Gleichzeitig reichten auch Dänemark, Norwegen und Irland ihre Beitrittsgesuche ein und es wurden parallel Verhandlungen geführt. Am 22. Jänner 1972 konnten dann in Brüssel für alle die Verträge unterzeichnet werden, die ab 1. Jänner 1973 in Kraft treten sollten.³⁷⁸ In England stimmte das Unterhaus für den Beitritt, in Irland und in Dänemark wurde durch eine Volksabstimmung für den Beitritt gestimmt. Die Volksabstimmung in Norwegen fiel hingegen negativ aus.³⁷⁹

3.4.12. Die innere Entwicklung der EWG

Ab dem Jahr 1967 wurden die Hohe Behörde, die Kommissionen der EWG und EURATOM zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst. Trotzdem blieben die Organe weiterhin auf drei Städte verteilt. Aber es gab wöchentliche Sitzungen des Ausschusses der ständigen Vertreter (COREPER: Commission des Représentants Permanents).³⁸⁰

Ab dem Jahr 1970 wurde auch die europäische politische Zusammenarbeit (EPZ) gefördert. Das intergouvernementale Konzept basierte auf der Grundlage des Davignon-Berichtes.³⁸¹ Es gab regelmäßige Treffen der Außenminister, bei denen man versuchte

³⁷⁶ Brunn: Die europäische Einigung. 179-182

³⁷⁷ Elvert: europäische Integration. 2

³⁷⁸ Brunn: Die europäische Einigung. 183-189

³⁷⁹ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 19

³⁸⁰ Brunn: Die europäische Einigung. 174-177

³⁸¹ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 20

gemeinsame politische Standpunkte zu finden. Dieser Aspekt war wichtig für den Zusammenhalt und die gemeinsame internationale Politik.³⁸²

Anfang der 70er Jahre waren die zentralen Aufgaben der römischen Verträge erfüllt. Der Status Quo verlangte eine Ergänzung. Die Reform der Organe und die Wirtschafts- und Währungsunion waren Möglichkeiten dafür.³⁸³

Im Jahr 1975 wurde der Tindemann-Bericht veröffentlicht, der die Bedeutung einer zentralen Entscheidungsinstanz hervorhob und mehr Rechte für das Europäische Parlament forderte. Allerdings wurde der Bericht nicht beachtet. Die Gemeinschaft stagnierte. Die Zusammenarbeit beschränkte sich auf intergouvernementale, man kam ab von der Supranationalität.³⁸⁴

Ab dem Jahr 1974 wurden regelmäßige Gipfeltreffen der Regierungschefs abgehalten. Dieser Europäische Rat entsprach eigentlich de Gaulles Vorschlag. Der Rat entwickelte sich – ohne vertragliche Regelung – zur obersten Entscheidungsinstanz. Er erhielt immer mehr Aufgaben und es gab eine wechselnde Präsidentschaft. Dadurch wurde die Kommission etwas abgewertet.³⁸⁵ Der Rat war neues Exekutivorgan und legte die Grundlinien der EG-Politik fest.³⁸⁶

Anfang der 70er Jahre beschloss der Rat die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion bis ins Jahr 1980. Aber die unterschiedlichen Wirtschafts- und Integrationspolitiken der einzelnen Mitgliedsländer verhinderten einen Festkurs. Seit Mitte der 70er Jahre wurde die Inflation bekämpft und man versuchte die Wirtschafts- und Währungspolitiken anzugleichen.³⁸⁷ Die WWU hatte das Ziel die Wechselkursschwankungen, die durch den Vietnamkrieg entstanden waren zu eliminieren. Im Jahr 1972 kam es zum Baseler Abkommen, bei dem ein europäischer Wechselkursverbund geschaffen wurde. Aber bereits ein Jahr später wurde das Abkommen wieder aufgegeben.³⁸⁸ Ab dem Jahr 1970 gab es auch die Einführung der EG-Finanzierung durch Eigenmittel. Diese erfolgte durch Abschöpfung, Prämien, Ausgleichsbeträge aus der Agrarpolitik, Zölle, Mehrwertsteuer-Anteile der Mitglieder und Abgaben an die EG. Im Jahr 1970 wurde der Werner-Plan (nach dem luxemburgischen Ministerpräsident und Finanzminister Pierre Werner) vorgelegt. Dieser sah für die Wirtschafts- und Währungsunion ein einheitliches Konzept vor. Bis zum 31. Dezember

³⁸² Brunn: Die europäische Einigung. 194-195

³⁸³ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 20

³⁸⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 196-197

³⁸⁵ Ebd. 201-205

³⁸⁶ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 21

³⁸⁷ Ebd. 22

³⁸⁸ Brunn: Die europäische Einigung. 214-217

1980 sollte es eine Einheitswährung geben, die Integration durch Wirtschaftspolitik sollte der Kern für eine politische Union sein.³⁸⁹

Die Reaktionen auf den Werner-Plan waren unterschiedlich. Deutschland sprach sich dafür aus, während Frankreich sich wieder gegen die Abgabe von Rechten wehrte. Der französische Präsident Pompidou hielt die Wirtschafts- und Währungsunion für unvereinbar mit den französischen Interessen. Im Jahr 1971 einigte man sich auf einen Kompromiss. Der Ausbau von Gemeinschaftsorganen sollte ruhen, dafür wurde die erste von drei Stufen des Werner-Plans realisiert. Diese sah vor, dass es eine feste Parität zwischen den Währungen geben sollte, die Schwankungsbreite zum Dollar wurde von +/- 0,75 Prozent auf 0,6 Prozent reduziert. Als abstrakte Währung wurde der Ecu (European Currency Unit) eingeführt, der über einen Währungskorb berechnet wurde.³⁹⁰

Im Jahr 1977 übernahm Roy Jenkins das Amt des Präsidenten der Kommission. Unter ihm wurde auch die Währungsunion wieder zum Thema. Dabei wurde er von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing unterstützt. Am 1. Jänner 1979 wurde bei einem Gipfel in Brüssel das europäische Währungssystem (EWS) errichtet. Es schrieb feste Wechselkurse mit einer Schwankung von maximal +/- 2,23 Prozent vor und schuf eine Zone der Währungsstabilität. Als Währung einigte man sich auf die „European Currency Unit“ (ECU) als europäische Währungseinheit. Anfangs handelte es sich um ein rein rechnerisches Kunstgeld.³⁹¹

Im Jahr 1979 gab es die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Das Parlament forderte die gleichen Rechte wie die nationalen Parlamente. Außerdem gab es einen Streit um die Sitze, wobei zu den Gunsten der kleinen Staaten entschieden wurde. Im Juni wurden die Wahlen nach nationalen Verfahren abgehalten. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei 62,4 Prozent, allerdings gab es starke Schwankungen. So waren es in England nur 33 Prozent, in Belgien aber 91 Prozent, die zur Wahl gegangen waren. An der Spitze standen nach der Wahl die demokratischen Sozialisten. Ab 1974 wurden transnationale Parteibündnisse geschlossen.³⁹² Das neue an der Wahl war, dass die Bürger nun direkt Einfluss nehmen konnten und die Politiker daher stärker den Willen der Wähler berücksichtigten mussten.³⁹³

³⁸⁹ Elvert: europäische Integration. 96

³⁹⁰ Ebd. 96

³⁹¹ Brunn: Die europäische Einigung. 221-227

³⁹² Ebd. 207-212

³⁹³ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 21

3.4.13. Die 80er Jahre: Reformen und die Einheitliche Europäische Akte

In den 80ern konnte man sich aus der „*Lähmungskrise*“³⁹⁴, die vor allem aus den britischen Finanzproblemen entstanden war, befreien. (Thatcher dominierte England und änderte die Konservativen in eine Anti-Europa-Partei). Ab dem Jahr 1984 traten Mitterand und Kohl in den Mittelpunkt, die mit Thatcher besser verhandeln konnten. Dies gab den Anstoß zum freien Warenverkehr. Bis 1984 konnten die britischen Finanzen geregelt werden.³⁹⁵ Dennoch gab es in den 80er Jahren Krise und Reform in Wechselwirkung. Die Gefahr, die weiterhin bestand, war, dass der „*nationale Protektionismus den Gemeinsamen Markt aushöhlte*“.³⁹⁶ Es traten starke Widersprüche zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Interessen auf und es drohte die Entsolidarisierung. Auch die Süderweiterung weckte großen Widerstand.³⁹⁷ Im Jahr 1981 trat Griechenland bei, fünf Jahre später Spanien und Portugal. Man hatte den beiden letzteren versprochen, dass sie nach Abschaffung der Diktaturen und Einführung der demokratischen Ordnung beitreten durften. Der Beitritt war für die EG eine Bereicherung, da die Einnahmen erhöht werden konnten.³⁹⁸ Durch die Süderweiterung wurde die EG zur größten Handelsmacht. Die neuen Länder bescherten einen Investitionsboom und es wurden auch politische Fortschritte erzielt.³⁹⁹

Ein entscheidender Schritt für die Weiterentwicklung der EG war auch der Amtsantritt Jacques Delors als neuer EG-Kommissar. Er wollte die Überwindung der Stagnation Westeuropas („Eurosclerose“) nicht durch Ausdehnung des Wirtschaftsraumes, sondern durch Vertiefung erreichen.⁴⁰⁰

In den 80er Jahren wurden einige Maßnahmen zur Verbesserung der Gemeinschaft getroffen. So entsann man sich wieder auf den Tindemann-Bericht aus dem Jahr 1975. Eine Bürgerbefragung ergab, dass die europäische Bevölkerung die EG im täglichen Leben spüren wollte. Die EG musste also bürgernäher werden.⁴⁰¹

Im Jänner 1981 wurde die Genscher-Colombo-Initiative vorgestellt, die eine Europäische Union fixiert durch einen Vertrag zum Ziel hatte. Im November desselben Jahres

³⁹⁴ Brunn: Die europäische Einigung. 229

³⁹⁵ Ebd. 231-232

³⁹⁶ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 24

³⁹⁷ Ebd. 24

³⁹⁸ Ebd. 32

³⁹⁹ Brunn: Die europäische Einigung. 250

⁴⁰⁰ Paul Luif: Österreich und die Europäische Union. 868. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 862-883

⁴⁰¹ Brunn: Die europäische Einigung. 239

präsentierten Deutschland und Italien den Entwurf für diese Europäische Akte. Die Idee eines Vertrages wurde verworfen, da die Gefahr des Scheiterns zu groß war. Im Juni 1981 wurde jedoch die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ auf dem Stuttgarter Gipfel verabschiedet. In der Deklaration waren viele Abstriche und unpräzise Formulierungen enthalten, aber sie enthielt ein Reformpaket (zum Beispiel die Erhöhung der Einnahmen und eine Reform des Agrarmarktes). Im September 1981 veröffentlichte das Parlament den Entschluss für einen „Vertrag zur Gründung der Europäischen Union“. Dieser Entschluss enthielt Leitlinien für eine europäische Verfassung. Die Union sollte das Dach für die anderen Institutionen sein. Der Vertrag wurde im Februar 1984 vom Parlament angenommen.⁴⁰²

Beim Gipfel von Fontainebleau wurden zwei Reform-Kommissionen eingesetzt. Es sollte über das „Europa der Bürger“ und über institutionelle Fragen diskutiert werden. Man stellte eine große Kluft zwischen der EG und den Bürgern fest, was unter anderem an der Fachterminologie, der Vielzahl an Institutionen und der distanzierten Entscheidungsfindung lag. Um dies zu ändern wurde ein Ad-hoc-Ausschuss zur Förderung der europäischen Identität unter Adonnino gegründet. Ein weiterer Erfolg des Gipfels von Fontainebleau war, dass die Hindernisse für den Beitritt Spaniens und Portugals beseitigt werden konnten.⁴⁰³ Adonnino schlug dem Rat vor, die „Europabürgerschaft“ besonders zu beachten. Als Unionsbürger sollte gelten, wer Staatsbürger eines EU-Mitgliedsstaates war. Zu dieser Unionsbürgerschaft sollten die Aufenthaltsfreiheit ohne wirtschaftlichen Zweck und der diplomatische Schutz auch durch andere Mitgliedsländer gehören.⁴⁰⁴

Im März 1985 analysierte der Dooge-Ausschuss die Probleme der EG. Auf Grund der strukturellen Defizite gab es eine Europa-Verdrossenheit, die wiederum Reformansätze unterdrückte. So befand sich Europa in einem Teufelskreis. Es wurde eine echte politische Union angestrebt. Dazu sollte der Gemeinsame Markt vollendet, ein europäischer Sozial- und Rechtsraum geschaffen, gemeinsame kulturelle Werte gefördert und die Außenpolitik und die Institutionen gestärkt werden.⁴⁰⁵

Da es zu keinem Einvernehmen bezüglich des Dooge-Ausschusses kam, einigte man sich auf der Mailänder Ratstagung auf eine Regierungskonferenz, die im September abgehalten wurde. Auch Spanien und Portugal nahmen bereits an der

⁴⁰² Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 27-29

⁴⁰³ Ebd. 30-31

⁴⁰⁴ Anke Gimbal: Unionsbürgerschaft. 342. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 341-344

⁴⁰⁵ Elvert: europäische Integration. 110

Regierungskonferenz teil. Es wurden Kompromisse erreicht, denen alle zustimmen konnten.⁴⁰⁶

Auf dem Mailänder Gipfel im Juni 1985 legten Kohl und Mitterand ein Reform-Konzept vor. Deutschland und Frankreich wünschten sich eine Europäische Union, auch wenn nicht alle Mitglieder mitmachen würden. Zwischen dem Mailänder und dem Luxemburger Gipfel wurde die Einheitlichen Europäischen Akte erarbeitet, die in Luxemburg im Dezember 1985 verabschiedet und im Februar 1986 unterzeichnet.⁴⁰⁷ Die EEA war ein erster Schritt in Richtung Bürgernähe durch die Modifizierung der Römischen Verträge. In der EEA wurde in neun Dokumenten unter anderem festgehalten, dass der Binnenmarkt vollendet werden sollte und die Politikfelder ausgedehnt werden sollten. Weiters nahm man sich als Ziel die Errichtung einer Europäischen Union.⁴⁰⁸ Die EEA trat am 1. Juli 1987 in Kraft. Sie war die dahin bedeutendste Änderung der Gründungsverträge.⁴⁰⁹

Im Februar 1988 wurde der Brüsseler Sondergipfel abgehalten, da ein neues Finanzkonzept notwendig geworden war. Es wurde eine mittelfristige Finanzierungsregelung, eine sozial verträgliche Reform des Agrarmarktes und der Ausbau der Strukturkosten beschlossen. Diese Beschlüsse waren erfolgreich, da sie zu einem Paket gebündelt waren. Die Skepsis wich langsam optimistischen Zukunftserwartungen. Neue Themen waren der Binnenmarkt und das „Europa 1992“.⁴¹⁰

Delors ließ die Währungsunion wieder aufleben. Im Jahr 1989 wurde der Drei-Stufen-Plan aufgenommen: 1) Liberalisierung des Kapitalverkehrs, 2) eine unabhängige europäische Zentralbank und 3) die gemeinsame Währung.⁴¹¹ Ab 1. Jänner 1999 sollten die nationalen Währungen nicht mehr eigenständig sein und die Festschreibung des Wechselkurses erfolgen. Im Jahr 2002 sollte der Euro alleiniges Zahlungsmittel sein.⁴¹²

⁴⁰⁶ Elvert: europäische Integration. 111

⁴⁰⁷ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 33-35

⁴⁰⁸ Brunn: Die europäische Einigung. 239-244

⁴⁰⁹ Elvert: europäische Integration. 111

⁴¹⁰ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 36

⁴¹¹ Brunn: Die europäische Einigung. 263

⁴¹² Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 42

3.4.14. Die Europäische Union

Ab den 90er Jahren sieht Elvert eine neue Phase der Integration, die Europäisierung. Der Ost-West-Konflikt konnte überwunden werden und ermöglichte so zahlreiche Beitritte (auch den österreichischen).⁴¹³

Für die Vollendung des Binnenmarktes setzte man sich das Datum 31. Dezember 1992. Dennoch hatte die EG mit vielen Ängsten zu kämpfen: Gefährdung der Besitzstände, Tempo des Wandels oder Verschärfung des Wettbewerbes. Der Binnenmarkt war aber auf Grund der schwächer gewordenen Position der EG auf dem Weltmarkt überfällig. Im Cecchini-Bericht 1988 wurden die Vorteile des Binnenmarktes genannt: BIP-Wachstum, Preissenkung, neue Arbeitsplätze und Modernisierung. Außerdem sollte dadurch die Mobilität und Flexibilität wachsen und auch das gesellschaftliche Leben internationalisiert werden. Die Nachteile waren Arbeitsplatz-Verlust durch Rationalisierung, Stilllegung von Betrieben, regionaler Niedergang. Über sozialpolitische Konsequenzen, umwelt- und verkehrspolitische Folgen und Regionalpolitik war man sich nicht sicher.⁴¹⁴

Das Jahr 1989 stellte eine Zäsur dar. Für die EG ergab sich die Frage, ob es sich um eine „Rückkehr“ der mittel- und osteuropäischen Länder in ein friedliches Gesamteuropa handelte, oder ob ein neuer Nationalismus gepaart mit sozialen und ethnischen Spannungen entstehen würden. Für den noch unvollendeten Binnenmarkt war es auf jeden Fall eine Herausforderung. Besonders die deutsche Einigung war bedeutend für eine europäische Ordnung, deshalb wurde auf dem Sondergipfel im April 1990 in Dublin die europäische Unterstützung zugesagt. In den ehemaligen Ostblockländern erfolgte gleichzeitig Modernisierung, Rückfall in nationale Eigenheiten und Interesse an der Integration.⁴¹⁵ Die Wende machte die europäische Einigung nicht obsolet, sondern – im Gegenteil – bestätigte sie.⁴¹⁶

Im Dezember 1990 wurde in Rom eine Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion und parallel eine Regierungskonferenz zur politischen Union abgehalten.⁴¹⁷

Bei der Regierungskonferenz im Jahr 1992 in Maastricht wollte man die Vorgaben der EEA umsetzen. Der „Motor“ der Entwicklung war der neue Kommissionspräsident Delors gemeinsam mit Mitterand und Kohl. Voraussetzungen für den Vertrag von Maastricht

⁴¹³ Elvert: europäische Integration. 2

⁴¹⁴ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 37-38

⁴¹⁵ Ebd. 39-40

⁴¹⁶ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 101

⁴¹⁷ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 41

waren das Delors-Paket und der Zerfall des Kommunismus. Beides begünstigte eine politische Union. Auf einer Ratstagung in Dublin im Jahr 1990 wurden die Staatschefs mit den Vorbereitungen zu einer Regierungskonferenz zur politischen Union beauftragt. Außerdem wurde die DDR als Teil Deutschlands und somit als Teil der EG anerkannt. Im Dezember 1991 wurden die Vorschläge in einem Vertrag präsentiert.⁴¹⁸ Das Jahr 1992 stellte eine entscheidende Wende für die Gemeinschaft dar. Am 10. Dezember 1992 wurde der Vertrag von Maastricht oder auch „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) abgeschlossen. Zunächst wurde der Vertrag von einigen abgelehnt, es wurden nationale Diskussionen geführt. Aber er konnte am 1. Jänner 1993 in Kraft treten. Ab diesem Zeitpunkt hieß die Gemeinschaft „Europäische Union“ (EU). In dem Vertrag wurde die Währungsunion bis 1999, die GASP, die Zusammenarbeit in Justiz und Innenpolitik und die Stärkung der demokratischen Legitimität vorgeschrieben. Letzteres wurde als Schutz gegen nationalistische Alleingänge eingefügt.⁴¹⁹ Im Gegensatz zur EEA konnte Maastricht eine große Öffentlichkeit erreichen. Allerdings war der Vertrag sehr umstritten und viele befürchteten auch, dass er nicht ratifiziert werden würde.⁴²⁰ Die langwierige Ratifizierung des Vertrages und die anfängliche Ablehnung Dänemarks verstärkten den Trend der „Europamüdigkeit“. Schon in den 80er Jahren war die Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament rückläufig.⁴²¹

Die politische Union basiert auf einem drei Säulen Modell (Europäische Gemeinschaft, Außen- und Sicherheitspolitik und Innen- und Justizpolitik).⁴²² Der erste Punkt ist supranational, die andern beiden Säulen sind intergouvernemental, sie verlangen also Regierungszusammenarbeit.⁴²³ Der Vertrag von Maastricht sah außerdem eine Regierungskonferenz für das Jahr 1996 vor, bei der die Wirkung betrachtet werden sollte und gegebenenfalls Änderungen durchgeführt werden konnten.⁴²⁴

In den „Kopenhagener Kriterien“ von 1993 wurden im *acquis communautaire* Kriterien für die Osterweiterung beschlossen. Die Kriterien waren unter anderem Stabilität, Demokratie und Achtung der Menschenrechte.⁴²⁵

Im Jahr 1995 wurde die EU um Österreich, Schweden und Finnland erweitert (siehe Kapitel 4.9). Bereits drei Jahre davor wurde der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

⁴¹⁸ Elvert: europäische Integration. 117-122

⁴¹⁹ Brunn: Die europäische Einigung. 271-272

⁴²⁰ Christine Landfried: Das politische Europa. Differenz als Potential der Europäischen Union. Baden-Baden, 2005. 71

⁴²¹ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 43

⁴²² Elvert: europäische Integration. 122

⁴²³ Gehler: Europa. 250

⁴²⁴ Elvert: europäische Integration. 127

⁴²⁵ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 40

beschlossen. Es kam ein Abkommen zwischen der EWG und der EFTA zustande, dennoch wollten die restlichen EFTA-Mitglieder beitreten. Diese wurden von der EU als „gute“ Kandidaten angesehen. Es handelte sich um Staaten mit wenig Bürgern, die aber hoch entwickelt und Finanzstark waren. Außerdem stellte die Neutralität nach dem Fall des Kommunismus kein Problem mehr dar.⁴²⁶

Im Jahr 1995 wurde eine Reflexionsgruppe unter Carlos Westendorp gegründet. Der Westendorp-Bericht forderte Maßnahmen für mehr Bürgernähe. Dazu sollten rechtsstaatliche und demokratische Qualitäten verbessert werden und Gemeinschaftskompetenzen in die Bevölkerung unmittelbar berührenden Gebieten erweitert werden. Diese Gebiete waren Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Kriminalitätsbekämpfung und Umwelt. Bei einer Konferenz im März 1996 in Turin wurden die von Westendorp prophezeiten divergierenden nationalen Differenzen sichtbar.⁴²⁷

Im Jahr 1996 wurde beschlossen, dass elf Mitglieder (Belgien, Österreich, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Finnland) bereit für den Euro waren. Sie erfüllten die Voraussetzungen dazu: Preisstabilität, stabile Finanzlage der öffentlichen Hand und Wechselkursstabilität. Das Europäische Währungsinstitut in Frankfurt wurde im Jahr 1998 von der Europäischen Zentralbank abgelöst. Am 31. Dezember 1998 wurde der Euro-Wechselkurs festgelegt. Die restlichen drei Mitgliedsländer nahmen nicht an der Währungsunion teil. In Dänemark sprach sich die Bevölkerung dagegen aus, in England und Schweden die Regierungen.⁴²⁸

Bei einer Gipfelkonferenz im Oktober 1997 wurde der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet. Er stellte eine Änderung (aber keine Ablösung) des EUV dar. Dennoch war dieser Vertrag nicht für eine weitere Integration geeignet und spiegelte die Probleme der EU wider. Durch die stetig wachsende Zahl der Mitglieder wuchs auch die Zahl der verschiedenen Interessen.⁴²⁹ Im Vertrag von Amsterdam wurde das Europäische Parlament und der Präsident der Kommission gestärkt, eine Beschäftigungsstrategie gefunden und Europol beschlossen. Weiters wurde die GASP gestärkt und die Zusammenarbeit der Justiz- und Innenpolitik optimiert. Beim Vertrag konnte man sich aber nur auf einen minimalen gemeinsamen Nenner einigen und viele Probleme und Fragen blieben ungelöst.⁴³⁰

⁴²⁶ Brunn: Die europäische Einigung.. 286

⁴²⁷ Elvert: europäische Integration. 129-130

⁴²⁸ Gehler: Europa. 267

⁴²⁹ Elvert: europäische Integration. 132

⁴³⁰ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 43-44

Nachdem die EU ihre beiden Gründungsmotive (Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg und Abschaffung des Kommunismus) mehr oder weniger verloren hatte, blieb als einziges mögliches Ziel, dass Europa führend in Wirtschaft und Kultur werden sollte. Im sogenannten „Lissabon-Prozess“ im März 2000 wurde dies beschlossen. Heute erscheint auch dieses Ziel überholt.⁴³¹

Der Vertrag von Amsterdam wurde am 2. Oktober 1997 unterzeichnet und trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Gleichzeitig wurde eine weitere Regierungskonferenz beschlossen, die sich mit den offen gebliebenen Punkten befassen sollte. Diese Konferenz begann bereits im Februar 2000 und im Dezember wurde der Vertrag von Nizza beschlossen. Nachdem der Vertrag in einem Referendum in Irland abgelehnt worden war, wurde im Oktober 2002 eine weitere, diesmal positive Volksbefragung durchgeführt und der Vertrag konnte im Februar 2003 in Kraft treten. Kritiker jedoch bezeichneten die gefundenen Kompromisse als Minimallösungen, die auch viele Ausnahmen zuließen. Wieder waren die nationalen Interessen stärker.⁴³² Gehler bezeichnet die Verhandlungen als „*ein[en] Basar kleinlichen Feilschens um nationale Vorteile*“.⁴³³ Mit dem Vertrag von Nizza war die „*strategische Kraft der Europapolitik erschöpft*“.⁴³⁴ Dennoch war der Vertrag auf Grund der bevorstehenden Osterweiterung notwendig, auch wenn er wenig an der bestehenden Struktur änderte.⁴³⁵

Seit 1. Jänner 2002 gibt es den Euro als Bargeld. Es gab einen zweimonatigen Parallellauf mit der alten Währung. Der Euro wurde ohne größere Auseinandersetzungen akzeptiert, war allerdings nicht beliebt. In Deutschland (und Österreich) wurde er sofort zum „Teuro“ umtituliert. In den meisten Mitgliedsstaaten verlief die Einführung ohne Probleme, aber in Italien zum Beispiel brach ein Chaos aus.⁴³⁶ Der Euro wurde 2002 in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien eingeführt. Am 1. Jänner 2007 übernahm auch Slowenien den Euro, weitere geplante Beitritte sind Malta und Zypern am 1. Jänner 2008.

⁴³¹ Andreas Unterberger: Europa neu gründen. 76. In: Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 3, 33. Jahrgang, 2005. 73-79

⁴³² Elvert: europäische Integration. 137-138

⁴³³ Gehler: Europa. 270

⁴³⁴ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 45

⁴³⁵ Gehler: Europa. 271

⁴³⁶ Ebd. 276

Im Dezember 2001 wurde in der Erklärung von Laeken vom Rat der „Konvent zur Zukunft Europas“ zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung einberufen.⁴³⁷ Der Konvent wurde von 2002 bis 2003 unter dem Vorsitz Giscard d’Estaing mit 66 Mitgliedern geführt. Als Vorstufe gab es bereits im Jahr 2000 unter dem Vorsitz Roman Herzogs das Grundrechtskonvent, bei dem die Grundrechtscharta erarbeitet wurde. Diese Charta wurde in Nizza vorgelegt und enthielt Vorschläge für die künftige Verfassung.⁴³⁸

Der Konvent wies Ähnlichkeiten mit der Philadelphia Convention aus dem Jahr 1787 auf. Bei dem Konvent wurde das Legitimationsdefizit sichtbar, es waren klare Prinzipien notwendig. Die Kernkompetenzen sollten sein: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (gemeinsame Strategien und sichtbare Aktionen), gemeinsame Migrationspolitik, internationale Rechtsdurchsetzung (gegen organisiertes Verbrechen), Steuerpolitik und ein starker Euro, demokratische Werte und Menschenrechte.⁴³⁹ Beim Konvent sollten Vorschläge zur künftigen Gestaltung Europas und somit die Grundlage für einen neuen EU-Vertrag erarbeitet werden. Die Beitrittskandidaten durften anwesend sein, hatten aber kein Stimmrecht. Giscard d’Estaing hatte beim Konvent einen großen Handlungsspielraum. Der Entwurf ließ dennoch viele Fragen offen. Im Februar 2003 war Artikel 16, der die „Werte der Union“ bestimmt, fertig.⁴⁴⁰

Am 20. Juni 2003 konnte der Verfassungsentwurf an den Ratspräsidenten Costas Simitis (Griechenland) übergeben werden. Der Entwurf bestand aus vier Teilen: organisatorisches Grundgerüst der künftigen EU, Charta der Grundrechte, Überarbeitung des EGV und EUV und den Ratifikations- und Schlussbestimmungen. Doch einige Mitglieder hatten Vorbehalte, besonders in der Frage der Machtverteilung. Der Vertrag sah aber auch mehr Demokratisierung vor. So sollte der Rat keine Gesetze mehr beschließen, aber den Ratspräsidenten für zweieinhalb Jahre wählen (kein amtierender Regierungschef). Dafür sollte der halbjährliche Wechsel der Präsidentschaft abgeschafft werden. Die Gesetzgebung war für den Ministerrat und das Parlament vorgesehen. Beim Gipfel in Rom 2003 gab es dennoch viele Änderungswünsche.⁴⁴¹

⁴³⁷ Werner Weidenfeld: Europa eine zuverlässige Ordnung geben: Weichenstellung für den künftigen Integrationsprozess. 17. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 13-25

⁴³⁸ Gehler: Europa. 281-282

⁴³⁹ Ludger Kühnhardt: Constituting Europe. Identity, institution-building and the search for a global role. Baden-Baden, 2003. 11, 19

⁴⁴⁰ Gehler: Europa. 284-286

⁴⁴¹ Ebd. 298-298

Am 13. Dezember 2003 scheiterte der Gipfel in Brüssel, aber am 18. Juni 2004 einigte man sich in Brüssel auf den Vertrag über eine Verfassung für Europa und konnte am 29. Oktober 2004 in Rom unterschrieben werden.⁴⁴²

Auf Grund dieses Ereignisses und anderer Vorzeichen wurde der Verfassung bereits im Jahr 2004 ein mögliches Scheitern vorhergesagt. Guérot zum Beispiel schrieb: *„Die Verfassung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stimmung schlecht ist in Europa, die große Krise vielleicht nah – und der Weg zum globalen Akteur jedenfalls noch weit“*.⁴⁴³

Die Verfassung für die EU wurde auch im Zuge der Osterweiterung geplant. Rechtswissenschaftler waren sich allerdings nicht einig, ob die EU wegen des völkerrechtlichen Status verfassungsfähig war. Die Verfassung sollte das Nebeneinander der vielen Verträge beseitigen.⁴⁴⁴

Eine öffentliche Debatte wurde über die Frage geführt, ob die Religion in der Verfassung enthalten sein sollte. In der Charta wurde es in jeder Übersetzung anders gelöst. Auf Deutsch heißt es: „das geistig-religiöse Erbe“, auf Englisch: „spiritual and moral heritage“. In der Verfassung sollte die Religion jedoch in allen Übersetzungen erhalten bleiben. Besonders Polen wollte aus Rücksicht auf die Bevölkerung keine Verfassung ohne das christliche Erbe. Dabei wurden sie von Italien, Litauen, Malta, Portugal, der Slowakei und Tschechien unterstützt. Die laizistischen Staaten wie Frankreich oder Belgien waren dagegen. Als zusätzliche Erschwerung der Diskussion kam noch die Debatte um die Türkei dazu.⁴⁴⁵

Im Zuge des Ratifizierungsverfahrens wurde am 29. Mai 2005 der Vertrag in Frankreich und am 1. Juni 2005 in den Niederlanden abgelehnt. Die Ablehnung in den beiden Ländern waren eigentlich in erster Linie Kritik an der eigenen Regierung. Aber natürlich drückten sie auch ein gewisses Unbehagen gegen den derzeitigen Zustand der EU aus. Elvert sieht als Paradoxon der Abstimmung, dass ausgerechnet ein Projekt für mehr Transparenz und Demokratie abgelehnt wurde. Die Kluft zwischen der Bevölkerung und den Institutionen hat sich vertieft. Daher ist es Aufgabe der Entscheidungsträger sich über die weitere Entwicklung zu einigen und auch der Bevölkerung mitteilen.⁴⁴⁶ Allerdings zeigen Meinungsumfragen, die nach der Ablehnung in beiden Ländern durchgeführt

⁴⁴² Gehler: Europa. 302

⁴⁴³ Ulrike Guérot: Zehn Punkte für ein Europa in besserer Verfassung. 99. In: Internationale Politik. Nummer 8, 59. Jahrgang, August 2004. 99-104

⁴⁴⁴ Elvert: europäische Integration. 141-143

⁴⁴⁵ Almut Metz: Den Stier bei den Hörnern gepackt? Definition, Werte und Ziele der Europäischen Union im Verfassungsprozess. 51-52. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 49-58

⁴⁴⁶ Elvert: europäische Integration. 145-146

wurden, dass die Zustimmung zur EU noch immer vorhanden und sehr hoch ist.⁴⁴⁷ Leonard sieht allerdings in der Ablehnung und die so oft genannte Krise nach vielen Ablehnungen (EVG, französische Ablehnung des britischen Beitritts, 1992 Dänemark gegen Maastricht und 2000 gegen den Euro, Irland 2001 gegen Nizza, Schweden 2003 gegen den Euro) seit Bestehen der europäischen Integration als „*business as usual*“. Außerdem sieht er auch etwas Gutes an der derzeitigen Situation: Die Regierungen sind gezwungen, sich mit den Wünschen der Bürger zu beschäftigen.⁴⁴⁸

Um ein Debakel wie dieses zukünftig zu verhindern, müssten die Bürger Europas früher und konsequenter in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden – so wie es in der Verfassung ja vorgesehen gewesen wäre (effektivere Mitentscheidungsverfahren, mehr Flexibilisierung und Differenzierung in allen Politikfeldern).⁴⁴⁹ Das Scheitern der Verfassung hat der EU eine „*Nachdenkpause*“ (gekennzeichnet von Ratlosigkeit) verschafft.⁴⁵⁰ Eine Alternative zur gescheiterten Verfassung wäre zum Beispiel ein Änderungsvertrag zum Vertrag von Nizza. Dieser sollte allerdings nicht nur eine erneute Einführung der Verfassung sein. Aber eine Revision der Verträge ist notwendig. Aber das Problem wäre auch hier, dass dieser Änderungsvertrag nach nationalen Bestimmungen ratifiziert werden müsste.⁴⁵¹

Insgesamt war der Konvent der vierte Anlauf zu einer Verfassung: in den 50er Jahren die EPG, im Jahr 1962 die Fouchetpläne (Ersatzlösung deutsch-französischer Freundschaftsvertrag), im Jahr 1979 die Direktwahl zum Europäischen Parlament als verfassungsgebende Versammlung und der Verfassungsentwurf von Spinelli und schließlich der Konvent.⁴⁵²

Auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament lässt sich ein gewisses Desinteresse der europäischen Bevölkerung feststellen. Die Wahlbeteiligung ist auffallend geringer als bei nationalen Wahlen. Dafür kann es mehrere Gründe geben: bei den Wahlen zum Europäischen Parlament kann man der Regierung einen „Denkzettel“ verpassen und die Unzufriedenheit leichter ausdrücken, da es nicht um die Regierungsbildung geht. Oder man kann nach der eigentlichen persönlichen Überzeugung wählen ohne taktische Überlegungen anstellen zu müssen. Außerdem kann man auch kleinere, skeptisch

⁴⁴⁷ Geremek: Zur inneren Einheit des wiedervereinigten Europa. 28

⁴⁴⁸ Mark Leonard: Warum Europa die Zukunft gehört. München, 2007. 8, 10

⁴⁴⁹ Peter A. Zervakis, Dominik Hierlemann: Wie geht es weiter, Europa? 66-67. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 3, 33. Jahrgang, 2005. 63-72

⁴⁵⁰ Unterberger: Europa neu gründen. 74

⁴⁵¹ Zervakis, Hierlemann: Wie geht es weiter, Europa? 67-69

⁴⁵² Weidenfeld: Europa eine zuverlässige Ordnung geben. 13-14

eingestellte Partei wählen, während die Regierungsparteien meist Integrationsbefürworter sind. Aber natürlich gibt es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auch das Problem der Wählermobilisierung. Für eigentlich alle Mitgliedsstaaten kann man festhalten, dass nationale Themen den Wahlkampf dominieren. Meistens verlieren die großen beziehungsweise die Regierungsparteien. Daher werden die Wahlen zum Europäischen Parlament oft als „*second-order national elections*“ bezeichnet.⁴⁵³

3.5 Andere Europa-Ideen im 20. Jahrhundert

Es gibt einen Unterschied bei den Befürwortern der europäischen Einigung von heute und damals. Es werden verschiedene Ziele verfolgt, früher wollte man die „Vereinigten Staaten von Europa“, heute möchte man die so genannte Föderation vermeiden.⁴⁵⁴

Verschiedene Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler entwarfen eigene Gedanken zum Thema Europa.

Jean-Paul Sartre (1905-1980) befürchtete, dass sich das zerstörte Europa zwischen den Machtblöcken USA und UdSSR nicht behaupten könnte. Er wollte eine sozialistische europäische Gemeinschaft zur Autonomie Europas. Diese sollte einerseits die europäische Kultur erhalten und andererseits die Gefahr der Spaltung des Kontinents minimieren.⁴⁵⁵

Der deutsche Schriftsteller *Reinhold Schneider* (1903-1958) beschäftigte sich ebenfalls mit der Rolle Europas im Kalten Krieg. Er befürwortete die zur selben Zeit abgeschlossenen römischen Verträge, sah aber nicht genug Einigung darin. Er wollte die Autonomie Europas wieder zurückgewinnen. Als Sinnbild für die USA und UdSSR sprach er von den Perserkriegen.⁴⁵⁶

In den 80er Jahren erlebte die Mitteleuropa-Idee einen Aufschwung. Meistens diente die Donaumonarchie in ihrer Multikulturalität und Internationalität als Vorbild. Die Mitteleuropa-Idee hatte viele Befürworter, zum Beispiel Vaclav Havel oder Erhard Busek.⁴⁵⁷ Auch György Konrad gehörte dazu. Er wollte die Pazifizierung Europas, den Truppenrückzug aus dem Osten und Westen und die Vereinigung des gesamten

⁴⁵³ Michaela Hickersberger, Johannes Lutter: Die Europaparlamentswahlen 1996 in Österreich und die europäische Normalität. 389. In: SWS-Rundschau. Heft 3, 36. Jahrgang, 1996. 380-400

⁴⁵⁴ Jürgen Habermas: Why Europe needs a Constitution. 256. In: Erik Oddvar Erikson, John Erik Fossum, Augustín José Menéndez (Hg.): The Chartering of Europe. The European Charter of Fundamental Rights and its Constitutional Implications. Baden-Baden, 2003. 256-274

⁴⁵⁵ Lützel: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 46

⁴⁵⁶ Ebd. 46-47

⁴⁵⁷ vgl. Erhard Busek, Emil Brix: Projekt Mitteleuropa. Wien, 1986

Kontinents. Der Schriftsteller Milan Kundera war der Meinung, dass die Dominanz der UdSSR die Entfaltung Europas verhindere. Seine Idee von Mitteleuropa sollte in Form einer Föderation verwirklicht werden.⁴⁵⁸

⁴⁵⁸ Lützeler: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. 48

4. Österreich und die europäische Integration

4.1. Ideen im Exil

So wie man im Lauf der Geschichte unter „Europa“ immer etwas anderes verstand, so bezeichnete auch Österreich etwas sehr Unterschiedliches. Seit 1804 wurde die Monarchie des Hauses Österreich Kaisertum Österreich genannt, bis 1806 war der Kaiser auch das nominelle Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. 1867 entstand, als Folge des Ausgleichs mit Ungarn, die österreichisch-ungarische Monarchie, deren westlicher Reichsteil offiziell erst seit 1915 „Österreich“ hieß, vorher „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“. Nach 1918 war Österreich eine demokratische Republik, fühlte sich aber als Teil Deutschlands. Im Jahr 1934 wurde Österreich zum Ständestaat und vier Jahre später ein Teil des Großdeutschen Reiches. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war Österreich wieder eine demokratische Republik, allerdings unter alliierter Besatzung. Ab 1955 war Österreich ein neutraler Staat. Seit 1995 ist Österreich Teil der EU. Das bedeutet, das heutige Österreich ist eine Erfindung aus den verschiedensten Teilen der Vergangenheit.⁴⁵⁹

Österreich ist eine Demokratie, allerdings entstand diese im Vergleich mit Westeuropa relativ spät. Außerdem ist sie das Ergebnis des Eingreifens der Siegermächte in den Jahren 1918 und 1945. In der Ersten Republik war der Zerfall der Monarchie und die Unabhängigkeit von Deutschland Voraussetzung für die Republik. Die Abgrenzung zu Deutschland war auch in der Zweiten Republik Voraussetzung.⁴⁶⁰ Es gab Unterschiede in der Behandlung Österreichs nach Ende der beiden Kriege. In Saint Germain wurde Österreich als kriegsführendes Land behandelt und es erfolgte daher eine für Österreich nachteilige (abgesehen vom Burgenland) Grenzziehung. Die neue Regierung musste erst freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten aufnehmen und aus der Isolation ausbrechen. Es gab eine hohe Inflation, die trotz Kreditzusagen von Italien, Tschechien, England und Frankreich nicht verhindert werden konnte. In den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 wurden die politische Unabhängigkeit und der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau geregelt. Dennoch waren die Protokolle innenpolitisch umstritten, da man

⁴⁵⁹ Anton Pelinka: Vorwort. In: Susanne Breuss, Karin Liebhart, Andreas Pribersky: Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich. Wien, ²1995. 7-8

⁴⁶⁰ Anton Pelinka, Sieglinde Rosenberg: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien, ²2003. 53-54

den Anschluss an Deutschland anstrebte.⁴⁶¹ Im politischen Exil gingen die politischen Spannungen in Bezug auf die künftige Gestaltung Österreichs weiter. In den konservativen und katholischen Kreisen wurde ein Groß-Österreich bevorzugt. Die Kommunisten wollten ein unabhängiges Österreich, die linksradikalen ein Räteeuropa. Die Monarchisten wollten eine Restauration der Habsburger-Monarchie. Die Europaideen waren im Exil verglichen zu der zukünftigen Gestaltung Österreichs zweitrangig.⁴⁶²

4.2. Die unmittelbare Nachkriegszeit

Die Alliierten rückten ab April 1945 in Österreich ein. Jedoch gab es keine Abmachung, wie es weitergehen sollte. Von den vier Besatzungsmächten hatten nur die Briten theoretische Pläne über die Zukunft Österreichs.⁴⁶³ Bereits am 27. April hielt die Provisorische Staatsregierung ihre erste Sitzung im Wiener Rathaus ab. In drei Proklamationen wurden über die Unabhängigkeit, eine Kundmachung der provisorischen Staatsregierung und einer Regierungserklärung zur Wiedererrichtung der Gemeinde-, Bezirks- und Landesverwaltung. Zusätzlich wurden auch alle Österreicher in der Wehrmacht zur Waffenniederlegung aufgefordert. Der Wunsch nach der Unabhängigkeit Österreichs, den die provisorische Staatsregierung hegte, wurde von den Alliierten nicht registriert.⁴⁶⁴

In der Proklamation vom 1. Mai 1945 wurde erklärt, dass Österreich wegen der „wehrlosen Staatsleitung“ im Jahr 1938 kriegsmäßig vom Nationalsozialismus besetzt wurde. Damit bezog man sich auf die Moskauer Deklaration. Die Proklamation wurde von Renner, Schärf (beide SPÖ), Kunschak (ÖVP) und Koplenig (KPÖ) unterzeichnet.⁴⁶⁵ Besonders in Wien wurden gleich nach Kampfende administrative Strukturen von den Politikern aufgebaut.⁴⁶⁶ Die Gründung der Zweiten Republik war die politische Antithese zum Nationalsozialismus.⁴⁶⁷ Doch der politische Neubeginn im Jahr 1945 war nicht in

⁴⁶¹ Rauscher: Europa in der österreichischen Außenpolitik. 131-133

⁴⁶² Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 40-41

⁴⁶³ Ernst Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 13. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 10-26

⁴⁶⁴ Ebd. 13-14

⁴⁶⁵ Dirk Lyon, et al: Österreich>bewußt<sein – bewußt Österreicher sein? Materialien zur Entwicklung des Österreichbewusstseins seit 1945. Wien, 1985. 15-17

⁴⁶⁶ Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 10

⁴⁶⁷ Walter Manoschek, Thomas Geldmacher: Vergangenheitspolitik. 578. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 577-593

jeder Hinsicht neu. Die führenden Persönlichkeiten blieben zum Großteil die gleichen aus der Zwischenkriegszeit.⁴⁶⁸

Im Jahr 1945 wurden neue Interessensverbände wie zum Beispiel der ÖGB gegründet.⁴⁶⁹

Am 20. Oktober 1945 wurde die Regierung Renner von den Alliierten anerkannt. Somit waren die staatspolitischen Voraussetzungen in Österreich gegeben.⁴⁷⁰

Im ersten Kontrollabkommen am 4. Juli 1945 wurden die Besatzungszonen eingeteilt. Weiters wurde eine rasche Zentralverwaltung, freie Wahlen und der Alliierte Rat festgelegt.⁴⁷¹ Am 28. Juni 1946 wurde das Zweite Kontrollabkommen geschlossen. Das generelle Veto der Bestatzungsmächte wurde aufgehoben, einstimmige Zustimmung war nur mehr bei Verfassungsgesetzen notwendig. Auch wurden Österreich diplomatische Beziehungen zu UNO-Mitgliedsländern außer zu Deutschland und Japan erlaubt. Mit den Alliierten waren sogar bilaterale Verträge erlaubt.⁴⁷²

Die „langen 50er“⁴⁷³ Jahre waren gekennzeichnet von Koalition, Konsens Wiederaufbau und letztlich Freiheit. Bereits in dieser Zeit entschloss sich Österreich zur Westorientierung.⁴⁷⁴ Die Gründung der Zweiten Republik wurde von den Parteien vollzogen, die auch außerhalb der Politik Führungspositionen bezogen (zum Beispiel in den Bereichen Bank, Industrie und Schule). Dadurch kam es allerdings auch zu Protektion.⁴⁷⁵

Bei den Wahlen der 50er Jahre waren politisch-organisatorische Bindungen noch von Bedeutung, die Bevölkerung fühlte sich noch einigermaßen den traditionellen Lagern zugehörig. Die Aufgabe der Parteien war es deshalb in erster Linie, die Wähler zu mobilisieren. Dazu wurde eine plakative Sprach verwendet („wir“ gegen die anderen).⁴⁷⁶ Die Wahlen im Jahr 1945 bestätigten auch die westlich-demokratische Entwicklung.⁴⁷⁷ Die Wahlbeteiligung lag bei 94,3 Prozent. Diese hohe Wahlbeteiligung war zwar leicht

⁴⁶⁸ Dieter A. Binder, Ernst Bruckmüller: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918-2000. Wien, 2005. 39

⁴⁶⁹ Emmerich Talos, Bernhard Kittel: Sozialpartnerschaft. Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik. 108. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 107-121

⁴⁷⁰ Michael Gehler: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005). 36. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 35-51

⁴⁷¹ Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 14

⁴⁷² Ebd. 16

⁴⁷³ Gehler: Die Zweite Republik. 35

⁴⁷⁴ Ebd. 36

⁴⁷⁵ Pelinka, Rosenberg: Österreichische Politik. 61-62

⁴⁷⁶ Peter A. Ulram: Die Parteien in der medialen Wahlkampfarena. 114. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Wahlkämpfe. Sprache & Politik. Wien, 2002. 113-127

⁴⁷⁷ Luif: Österreich und die Europäische Union. 863

abnehmend, konnte aber im internationalen Vergleich bis Ende der 70er Jahre gehalten werden. Der Höhepunkt lag im Jahr 1956 bei 96 Prozent.⁴⁷⁸

Bei den Parteien waren im Wesentlichen SPÖ und ÖVP von Bedeutung, die KPÖ spielte nur eine Nebenrolle. Bis ins Jahr 1947 gab es eine Konzentrationsregierung aller drei Parteien.⁴⁷⁹ Bei der Wahl im Jahr 1947 wurde auf Grund einiger Differenzen mit der KPÖ eine große Koalition der ÖVP und SPÖ gebildet, die auch die Konsenspolitik und Sozialpartnerschaft einführte.⁴⁸⁰ Die Sozialpartnerschaft bildete ein stabiles Netzwerk, das der Ersten Republik gefehlt hatte.⁴⁸¹

Die ÖVP war eine antimarxistische Sammelpartei der Mitte, das „christlich“ wurde aus dem Namen gestrichen (Zeichen für ein Abrücken von der Kirche). Kennzeichnend für die ÖVP waren die verschiedenen Bünde (Bauernbund, Wirtschaftsbund, Frauenbund). Personelle Kontinuität war durch Figl, Hurdes und Raab gegeben.⁴⁸²

Die SPÖ verfolgte bewusst eine Kontinuitätspolitik, es wurde das Linzer Parteiprogramm von 1926 übernommen. Die Partei bestand aus einem reformistischen und einem linken Flügel, die aber zusammen arbeiteten. Das austromarxistische Erbe wurde durch einen quasi rechten Flügel unter Renner entideologisiert. Es wurde bewusst Distanz zur KPÖ gehalten.⁴⁸³

Das damalige dritte Lager stellte die KPÖ. Sie war sehr klein und kämpfte mit organisatorischen Problemen. Aufwertung erfuhr die Partei durch den Widerstand im Nationalsozialismus. Die KPÖ wünschte sich eine Einheitsfront oder zumindest eine marxistische Einheit mit der SPÖ, scheiterte aber an den beiden Großparteien. Die KPÖ nahm an der Konzentrationsregierung 1945 teil, obwohl sie nur 5 Prozent erreichen konnten.⁴⁸⁴ Dieses niedrige Ergebnis war auch darauf zurückzuführen, dass die Parteiführung die internationale Entwicklung und die Stärke des Kapitalismus unterschätzten.⁴⁸⁵

⁴⁷⁸ Christian Haerpfer: Nationalratswahlen und Wahlverhalten 1945-1980. 117-118. In: Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Wien, 1983. 111-149

⁴⁷⁹ Gehler: Die Zweite Republik. 36

⁴⁸⁰ Binder, Bruckmüller: Essay über Österreich. 42

⁴⁸¹ Talos, Kittel: Sozialpartnerschaft. 107

⁴⁸² Gertrude Enderle-Burcel: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. 82-83. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 80-93

⁴⁸³ Enderle-Burcel: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. 83

⁴⁸⁴ Ebd. 84-86

⁴⁸⁵ Franz Muhri: Die Zweite Republik Österreich – historische Entwicklungslinien. 181. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 161-182

Bis ins Jahr 1949 erlaubten die Alliierten keine neuen Parteien. Erst danach konnten neue entstehen und so wurde der VdU gegründet.⁴⁸⁶

Die österreichische Politik war bis ins Jahr 1955 an die alliierte Besatzungsmacht gebunden. Man wollte so schnell wie möglich die politische Kontrolle abbauen. Für eine kluge Außenpolitik war daher ein innenpolitischer Konsens über die Basisziele notwendig.⁴⁸⁷ Diese politischen Hauptziele waren die Wiedererlangung der Souveränität, die Grenzziehung und die Vermeidung der Teilung Österreichs.⁴⁸⁸

Die Alliierten behandelten Österreich einerseits wie ein befreites, andererseits wie ein besiegtes Land. Eigentlich herrschten zwei politische Systeme nebeneinander. Es gab die provisorische Staatsregierung und den Nationalrat mit Gesetzgebung ab 1945, aber auch die alliierte Kontrolle der Besatzungszonen und den Alliierten Rat. Österreich war also in den ersten zehn Nachkriegsjahren unabhängig aber nicht souverän.⁴⁸⁹ Auch im ERP wurde Österreich bis ins Jahr 1955 als „special case“ behandelt.⁴⁹⁰

Die immer wieder zitierte Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik bezieht sich auch oder besonders auf die wirtschaftliche Entwicklung. Oft wird auch vom „Wirtschaftswunder“ gesprochen. Zunächst allerdings war die wirtschaftliche Lage in Österreich sehr schlecht. Unmittelbar nach dem Krieg war die wirtschaftliche Lage sogar noch schlechter als währenddessen, da noch Plünderungen (sowohl von Einheimischen als auch von Besatzungstruppen) dazu kamen. Außerdem wurde in Wien der Fehler begangen, dass der Lebensmittelmarkt kurzfristig freigegeben wurde und dadurch für den Schwarzmarkt leergeräumt wurde. Ende April 1945 gab es so gut wie keine Vorräte mehr. Auch die Einführung der Marken funktionierte nicht so gut wie im Krieg, weil man sich nicht mehr vor den harten nationalsozialistischen Strafen fürchtete. Hinzu kamen noch schlechte Ernten. Außerdem war eine halbe Million Menschen zusätzlich in Österreich, die versorgt werden mussten (Alliierte, Kriegsgefangene, Befreite aus den KZ, displaced persons, Flüchtlinge).⁴⁹¹ Bis ins Jahr 1947 herrschten Hunger und Kohleknappheit. Erst danach konnte das hohe Wachstum beginnen. Die Auslandshilfe (besonders aus den USA) stellte dazu die „Initialzündung“ dar.⁴⁹² Die Kriegsschäden nach dem Zweiten Weltkrieg konnten

⁴⁸⁶ Enderle-Burcel: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. 80

⁴⁸⁷ Helmut Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 809. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 807-837

⁴⁸⁸ Binder, Bruckmüller: Essay über Österreich. 46

⁴⁸⁹ Pelinka, Rosenberg: Österreichische Politik. 55

⁴⁹⁰ Michael Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, 2006. 92

⁴⁹¹ Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 17-19

⁴⁹² Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 33-34

rascher überwunden werden als nach dem Ersten Weltkrieg, obwohl die Schäden größer waren.⁴⁹³ Für den Wiederaufbau der Häuser, Straßen, Brücken und der Bahn fehlte das Material. Die Industrie konnte nicht gut arbeiten, da viele Industriebetriebe als Kriegsbeute abgebaut oder beschädigt waren. Erschwerend war auch die Tatsache, dass die einzelnen Besatzungszonen voneinander abgeschottet waren. Der Osten war stärker benachteiligt, da mehr zerstört worden war und einige Betriebe im Krieg nach Oberösterreich abgewandert waren. Diese Probleme konnten durch das zweite Kontrollabkommen überwunden werden.⁴⁹⁴

In den Jahren 1953 bis 1962 erlebte Österreich eine Konjunktur mit einer Wachstumsrate von 6,1 Prozent. Beim Wachstum je Einwohner lag Österreich im europäischen Vergleich an erster Stelle. Das war abgesehen von der Hilfe aus den USA auch auf den technischen Fortschritt zurückzuführen. In Österreich konnten sich ein gutes soziales Klima und eine gute Wirtschaftspolitik entwickeln.⁴⁹⁵ Es wurden auch neue Strukturen in der Wirtschaft geschaffen: so wurde der Industriekapitalismus gewährt und die agrarische Revolution fand statt. Es gab einen Investitionsboom, außenwirtschaftliche Verflechtungen und private Vermögensbildungen.⁴⁹⁶ Andere Länder, die weit über dem BIP Österreichs lagen, konnten dieses Niveau nicht halten (zum Beispiel die USA oder die Schweiz), während Österreich sein BIP ab 1950 steigern konnte.⁴⁹⁷

Wie bereits erwähnt waren die Auslandshilfen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs. Im Marshallplan nahm Österreich wegen der Besatzung und der niedrigen Produktion eine Sonderrolle ein. Die Wirtschaftshilfe war größer als für andere Länder. Die Hilfslieferungen waren gratis, das Kapital wurde nicht verzinst und musste nicht zurückgezahlt werden. Diese Hilfe war im Vergleich zur Zwischenkriegszeit um fünf Mal mehr als die Völkerbundanleihen, die Österreich nach dem Ersten Weltkrieg erhalten hatte.⁴⁹⁸

Zunächst versorgte die UNRRA Österreich mit Nahrungsmitteln und Betriebsmitteln für die Landwirtschaft. Die UNRRA Hilfe war auf sechzehn Monate bis Dezember 1946 befristet, danach traten die Hilfsaktionen der westlichen Alliierten in Kraft. Ab Mitte des

⁴⁹³ Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 23

⁴⁹⁴ Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. 20-21

⁴⁹⁵ Felix Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar, 2004. 29

⁴⁹⁶ Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 37

⁴⁹⁷ Dieter Stiefel: Die österreichische Wirtschaft seit 1950. 67. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 64-81

⁴⁹⁸ Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 281-285

Jahres 1947 wurden die Verhandlungen über den Marshallplan geführt, für die Überbrückungszeit gab es das „Notprogramm 1948“.⁴⁹⁹

Ein wesentlicher Punkt zur Unterstützung der Wirtschaft war, dass die Erlöse aus der Hilfe nicht zurückgegeben werden mussten, sondern für Investitionen verwendet werden sollten.⁵⁰⁰ Durch die Teilnahme am Marshallplan war Österreich auch ein Gründungsmitglied der OEEC.⁵⁰¹ Das war deshalb von Bedeutung, da sich Österreich eigentlich auf keine Konfrontation mit der Sowjetunion einlassen wollte – wie es bei anderen Schritten in die Integration passiert wäre.⁵⁰² Da die Teilnahme an der OEEC eigentlich eine Verfassungsänderung darstellte, hätte die schriftliche Zustimmung vom Alliierten Rat eingeholt werden müssen. Polen und Tschechien, die dies taten, mussten die Teilnahme ablehnen. Da Österreich dies aber unterließ, konnte es an der OEEC teilnehmen.⁵⁰³

Durch die Teilnahme am Marshallplan entschied sich Österreich für den Westen und somit auch für die kapitalistische Marktwirtschaft und gegen die Planwirtschaft. Somit war die Westintegration wirtschaftlich vollzogen, nur außenpolitisch war die Situation unsicher.⁵⁰⁴ Weitere Folgen des ERP waren der amerikanische Kulturexport, Dinge wie Kino, Medien, Musik und Kleidung kamen aus den USA nach Österreich. Negativ wirkte sich die Marshallhilfe nur auf den Osthandel aus.⁵⁰⁵ Weiß bezeichnet die Teilnahme am Marshallplan aber als „Zielkonflikt“. Durch die eindeutige Westorientierung Österreichs wurde die rasche Lösung mit der Sowjetunion erschwert. Eine Ostorientierung wurde aber nie in Erwägung gezogen.⁵⁰⁶

Abgesehen von ERP und Westorientierung gab es andeutungsweise eine Europapolitik. Felix Hurdes war in dieser Hinsicht relativ aktiv und arbeitete mit europäischen Parteien zusammen. Raab wollte die österreichische Aufgabe in ganz Europa erfüllen und zum

⁴⁹⁹ Seidel: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. 288-293

⁵⁰⁰ Ebd. 312

⁵⁰¹ Luif: Österreich und die Europäische Union. 863

⁵⁰² Gerda Falkner: Österreich und die Europäische Einigung. 331. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 331-340

⁵⁰³ Franz Urlesberger: Die Marginalisierung Österreichs im europäischen Integrationsgeschehen nach Auflösung der OEEC/ EZU. 20-21. In: Waldemar Hummer (Hg.): Österreichs Integration in Europa 1948 -1989. Von der OEEC zur EG. Wien, 1990. 19-47

⁵⁰⁴ Anton Pelinka, Christian Schaller, Paul Luif: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Köln, Graz, 1994. 35

⁵⁰⁵ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 145-146

⁵⁰⁶ Florian Weiß: „Gesamtverhalten: Nicht sich in den Vordergrund stellen“. Die österreichische Bundesregierung und die westeuropäische Integration 1947-1957. 21, 23. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 21-54

Beispiel zwischen Deutschland und der Sowjetunion vermitteln. Besonders die SPÖ war der Integration gegenüber aufgeschlossen, während die ÖVP Neutralität und Integration als unvereinbar ansah. Für alle war aber dennoch Staatsvertrag, Unabhängigkeit und Vermeidung der Teilung Österreichs vorrangig. Und man wollte keinen militärischen Allianzen beitreten.⁵⁰⁷

Nicht unwesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs war der parteilose Finanzminister von 1952 bis 1960 Reinhard Kamitz. Gemeinsam mit Bundeskanzler Raab verfolgte er den so genannten Raab-Kamitz-Kurs. Er führte unter anderem einen neuen Wechselkurs ein, der die Abwertung des Schillings zur Folge hatte und somit die Exporte begünstigte. Außerdem fielen in seine Zeit die Abnahme der Steuerbelastung, die Rekonstruktion des Kapitalmarktes und die Exportförderung.⁵⁰⁸

4.3. Staatsvertrag und Integration

Der Staatsvertrag basierte hauptsächlich auf zwei Grundsätzen: Erstens auf der Moskauer Deklaration, dass Österreich als Opfer des Nationalsozialismus zu betrachten wäre und als unabhängiger Staat wieder hergestellt werden sollte. Und zweitens auf der Potsdamer Konferenz, auf der die Zerstörung des Nationalsozialismus beschlossen wurde.⁵⁰⁹

Der Staatsvertrag konnte am 15. Mai 1955 nach jahrelangen Verhandlungen von Außenminister Figl und den Außenministern der Signatarmächte (USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion) im Wiener Belvedere unterzeichnet. Das Ergebnis des Staatsvertrages waren im Wesentlichen drei Punkte: die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich, die Achtung der Unabhängigkeit des Landes und der Abzug der Besatzungsmächte.⁵¹⁰

Die Neutralität wurde bewusst nicht in den Staatsvertrag hinein genommen. Erstens sollte sie zumindest formal freiwillig erklärt werden und zweitens sollte sie nicht unter Artikel 35 fallen. Dieser besagte, dass bei Meinungsverschiedenheiten über bestimmte

⁵⁰⁷ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 154-157

⁵⁰⁸ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 36-39

⁵⁰⁹ Felix Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien, Köln, Graz, 1984. 418

⁵¹⁰ Manfred Rotter: Der Staatsvertrag. 126. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 122-132

Auslegungssachen die vier Botschafter entscheiden sollten.⁵¹¹ Diese „Freiwilligkeit“ der Neutralität bedeutete für Österreich lange Zeit den Verzicht auf politischen Integration. Deutschland sprach sich dezidiert gegen eine „Österreich-Lösung“ für Deutschland aus, Adenauer wollte den Westmächten gefallen. In Österreich hingegen war die Angst vor der Teilung des Landes größer.⁵¹² Die Übernahme der Opferthese bedeutete für die Alliierten ambivalente Konsequenzen: Österreich war nicht als Staat im Krieg, aber dafür österreichische Soldaten. Österreich wurde im Jahr 1938 besetzt, aber es gab bereits viele NSDAP-Mitglieder. Österreich wurde von den Alliierten „befreit“ (während Deutschland besiegt wurde), aber es war kein Siegerstaat.⁵¹³ Der Staatsvertrag und die Neutralität stellten völkerrechtliche Verpflichtungen dar, die den außenpolitischen Handlungsspielraum Österreichs einschränkten.⁵¹⁴

Der Staatsvertrag kostete Österreich 7,8 Milliarden Schilling. Diese Kosten kamen aus der Ablöse der USIA-Betriebe, die Übernahme ihrer Schulden und Warenlieferungen an die UdSSR zustande.⁵¹⁵

Nach dem Erfolg des Staatsvertrages ging die Periode, in der die Erlangung der Souveränität vorrangiges Ziel der Politik war, zu Ende. Es begann eine Zeit, in der die Neutralität dynamischer und risikofreudiger aufgefasst wurde.⁵¹⁶ Artikel 4 des Staatsvertrages beinhaltete das Anschlussverbot. Aus diesem Grund konnte sich Österreich auch nicht der westeuropäischen Integration anschließen, da internationale Organisationen, in denen Deutschland Mitglied war, verboten waren. Besonders die Sowjetunion war gegen jegliche westlich orientierte Integration.⁵¹⁷ Aus Rücksicht auf die Sowjetunion, zum Schutz der verstaatlichten Industrie und aus Osthandelsinteressen gab es deshalb nur eine wirtschaftliche Westorientierung statt einer richtigen Integration. Aus der „freiwilligen“ Neutralität wurde ein „freiwilliger“ Integrationsverzicht.⁵¹⁸ Österreich verfolgte jedoch sehr bald einen eigenen Neutralitätskurs und verließ das Vorbild des

⁵¹¹ Rotter: Der Staatsvertrag. 123

⁵¹² Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 48

⁵¹³ Manoschek, Geldmacher: Vergangenheitspolitik. 578

⁵¹⁴ Renate Kicker: Die Außenpolitik Österreichs in der Zweiten Republik. 61. In: Johann Burger, Elisabeth Morawek (Hg.): 1945-1995. Entwicklungslinien der zweiten Republik. Sonderband der Halbjahresschrift. Informationen zur politischen Bildung. Wien, 1995. 61-70

⁵¹⁵ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 42

⁵¹⁶ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 811

⁵¹⁷ Waldemar Hummer: Österreich und die Europäische Union – Beitritt, Rechtsübernahme, Mitwirkung. 68. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 65-143

⁵¹⁸ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 92

Schweizer Modells der Neutralität. Die aktive Neutralitätspolitik bedeutete vor allem internationales Engagement und Vermittlung, zum Beispiel durch die Teilnahme an der UNO und KSZE oder auch die Nahostpolitik.⁵¹⁹

Die Gründung der Montanunion war für Österreich wesentlich interessanter als der Europarat. Gruber stellte die Anfrage, ob Österreich einen Beobachter schicken durfte. Im Jahr 1952 wurde auch der Wunsch nach „besonderer Assoziation“ bekundet. Gleichzeitig verschickte man ein Memorandum an die Niederlande wegen des Beobachterstatus in der Hohen Behörde. Frankreich war skeptisch, aber als sich Österreich von Deutschland vertreten lassen wollte, musste man die Vertretung anbieten. So gab es ab dem Jahr 1953 eine ständige Delegation in der Hohen Behörde.⁵²⁰

Ein Jahr nach Abschluss des Staatsvertrages kündigten Raab und Figl bereits die Kandidatur für eine EGKS-Mitgliedschaft für das Jahr 1957 an. Auch wenn es nicht so weit kommen sollte, so zeigte das dennoch die Bereitschaft zur Integration. Auch im Jahr 1958 dachte Raab noch einmal über einen EWG-Beitritt nach. Pittermann erinnerte ihn aber an das Schweizer Modell der Neutralität, das so etwas nicht zuließ. Sowohl die außer- als auch die innerösterreichischen Widerstände waren zu groß. Die Souveränität war zu wichtig.⁵²¹ Im Jahr 1959 stellte die FPÖ einen Antrag an die Regierung über einen EWG-Beitritt, der jedoch abgelehnt wurde. Dieser entsprach der Tradition des VdU, die wegen der deutschnationalen Parteilinie gegen die Neutralität Österreichs waren. Man erhoffte sich von der EWG eine Vereinigung der „deutschen Kulturgemeinschaft“. Die SPÖ war aus ideologischen und wirtschaftlichen Gründen dagegen, obwohl sie noch bis ins Jahr 1957 versuchte, sich als Europa-Partei zu profilieren. Die ÖVP wollte sich durch einen EWG-Beitritt nicht in der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit einschränken lassen.⁵²²

Im Jahr 1955 trat Österreich der UNO bei, ein Jahr später dem Europarat trotz sowjetischen Widerstandes.⁵²³ Im Europarat hatte Österreich mit Max Jenewein bereits ab dem Jahr 1950 einen Beobachter. Ein Jahr später wurden österreichische Parlamentarier sogar offiziell eingeladen und hatten Rederecht. Zunächst lehnte die Regierung jedoch die Vollmitgliedschaft ab, einerseits um die Sowjetunion nicht zu reizen, andererseits weil der

⁵¹⁹ Kicker: Die Außenpolitik Österreichs in der Zweiten Republik. 64

⁵²⁰ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 138-140

⁵²¹ Michael Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989: Mehr Kontinuität oder Diskontinuität. Zur Fortführung einer Historikerkontroverse. 152-153. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte. Wien, 2002. 143-210

⁵²² Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 38-39

⁵²³ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 47

Europarat uninteressant erschien.⁵²⁴ Spätestens mit dem UNO-Beitritt verließ Österreich das Schweizer Modell der Neutralität.⁵²⁵

Ein Zolltarifabkommen wurde mit der Montanunion geschlossen (die beiden Mitglieder Deutschland und Italien zählten zu Österreichs wichtigsten Handelspartnern).⁵²⁶ Dieses Abkommen stellte zu diesem Zeitpunkt das Maximum an möglicher Integration dar. Außerdem bekundete man eine Mitwirkungsabsicht im Gemeinsamen Markt. Als Österreich in der Ungarnkrise eine Neutralitätsverletzung vorgeworfen wurde, wollte man die Sowjetunion nicht mehr reizen und redete nicht mehr über einen EGKS-Beitritt.⁵²⁷ Scheich sieht in Österreich ein verhindertes Gründungsmitglied der Montanunion, da es zu den kontinental-europäischen Kernländern gehört.⁵²⁸

Die Teilung Europas während des Kalten Krieges war für Österreich ungünstig, da die traditionellen Handelspartner aus dem Osten aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wegfielen.⁵²⁹ Ab dem Jahr 1955 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion. Österreich hatte den größten Anteil am Osthandel. Dieser wurde erst in den 80er Jahren weniger, als der RGW (siehe unten) in einer Finanzkrise steckte. Dennoch fielen drei Viertel des österreichischen Außenhandels an den Westen.⁵³⁰ Nach der Wende im Jahr 1989 vollzog der Handel eine rasche Änderung. Der Osthandel boomte, wobei Österreich einen gewissen Informationsvorsprung besaß. Deshalb gründeten viele westliche Staaten Regionalvertretungen in Österreich. Erst im Laufe der 90er Jahre normalisierte sich der Handel wieder.⁵³¹

Aber auch für die anderen Staaten Europas machte sich die Trennung wirtschaftlich bemerkbar. Die UdSSR gründete als Gegengewicht zur OEEC im Jahr 1949 den „Rat für gegenseitige Hilfe“ (RGW). Den Mitgliedern Polen, Ungarn, Rumänien, Sowjetunion, Bulgarien und später DDR, Mongolei, Kuba, Vietnam und Albanien war der Handel mit dem Westen nur bei Gütern erlaubt, die es innerhalb des RGW nicht gab. Der RGW strebte die Autarkie an.⁵³²

⁵²⁴ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 136-138

⁵²⁵ Paul Luif: Österreich. 187. In Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 183-195

⁵²⁶ Luif: Österreich und die Europäische Union. 863

⁵²⁷ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 164-165

⁵²⁸ Manfred Scheich: Das Brechen eines politischen Tabus – Österreichs Weg in die EU. 16. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 15-28

⁵²⁹ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 121

⁵³⁰ Ebd. 128

⁵³¹ Ebd. 129

⁵³² Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 124-125

4.4. Die EFTA

Die wesentlichen Merkmale der „kurzen 60er“⁵³³ waren die ÖVP-Alleinregierung und Konfliktthemen wie die Südtirolfrage oder die Tschechenkrise. Diese Zeit brachte eine neue Generation von Politikern, in der ÖVP die Reformer Alfons Gorbach und Josef Klaus. Die Große Koalition wurde in Frage gestellt. Wirtschaftlich kam es zu Wachstumseinbußen. Dagegen wurden Maßnahmen wie zum Beispiel die Hartwährungspolitik und Arbeitsplatzsicherung getroffen, die aber unpopulär waren.⁵³⁴

Da Österreich sich nicht der EWG anschließen konnte, suchte man eine Alternative. Diese wurde in der EFTA (siehe Kapitel 3.4.9) gefunden. Am 3. Mai 1960 trat der EFTA-Vertrag in Kraft. Für Österreich als Gründungsmitglied bedeutete das die Möglichkeit der Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Integration und Neutralität.⁵³⁵ Die Bindung war wesentlich lockerer als sie in der EWG gewesen wäre und verbindliche Beschlüsse konnten nur einstimmig gefasst werden. Somit ergaben sich für Österreich keine staats- oder völkerrechtlichen Probleme.⁵³⁶ In den Verhandlungen im Jahr 1959 zeigte sich Österreich eher abwartend, England war die treibende Kraft. Kreisky wollte aber die identitätsstiftende Wirkung der EFTA nutzen. Die Medien waren mit dieser Lösung der Integration unzufrieden und sprachen von einem „künstlichen Gebilde“.⁵³⁷

Man kann die EFTA allerdings auch als „Wartesaal“⁵³⁸ zur EG bezeichnen. Gehler sieht in dem Beitritt eher eine Notlösung als ein tatsächliches Ziel. Mit der EFTA wurde die Überwindung der Handelsbarrieren, allerdings nur unter den „Diskriminierten“, erreicht.⁵³⁹ Der EFTA-Beitritt Österreichs war trotz der drohenden Konfrontation mit der Sowjetunion leichter als ein EG-Beitritt gewesen wäre, da sich der EFTA auch andere neutrale Staaten

⁵³³ Gehler: Die Zweite Republik. 35

⁵³⁴ Ebd. 38-39

⁵³⁵ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 49

⁵³⁶ Stephan Hamel: „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. Die österreichischen Integrationsbestrebungen 1961-1972. 56-57. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 55-86

⁵³⁷ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 186, 189

⁵³⁸ Wolfgang Reinhard: Europäische Einigung aus historischer Sicht. 43. In: Karl Acham (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 41-49

⁵³⁹ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 49

anschlüssen.⁵⁴⁰ Die EFTA war auch eine Möglichkeit für Österreich erste Erfahrungen in der Integration zu sammeln.⁵⁴¹

Ab dem Jahr 1962 fiel Österreich in eine Strukturkrise. Das Wachstum lag seit langer Zeit erstmals wieder unter dem europäischen Durchschnitt. Es gab eine verstärkte inflationäre Tendenz, die Unternehmererträge und die Exporte gingen zurück, während die Lohnentwicklung beschleunigt wurde.⁵⁴²

4.5. Der „Alleingang“

Für Kreisky war der EFTA-Beitritt die einzige Lösung, da eine uneingeschränkte Integrationspolitik für ihn unvereinbar mit der Neutralität erschien. Aber die Regierung hatte ein ambivalentes Verhältnis zur Integration und Neutralität.⁵⁴³ Mock erinnert sich, dass mit Josef Klaus eine neue Europadynamik in Österreich begann, die Nähe zur EWG wurde gesucht.⁵⁴⁴

Da der Außenhandel hauptsächlich mit der EWG betrieben wurde, dachte man zur Verbesserung der österreichischen Wirtschaft über einen Beitritt nach. Im Jahr 1963 stellte Österreich einen Beitrittsantrag an die EWG. Dieser wurde nach fünf Jahren Verhandlungen abgelehnt. Österreich hatte zu viele Ausnahmewünsche gestellt und auch die Neutralität stellte ein Hindernis dar.⁵⁴⁵ Erschwerend für Österreichs Beitrittsantrag kamen die stagnierende Supranationalität der EWG, die Rivalität der Supermächte und der Argwohn Italiens dazu.⁵⁴⁶

Bereits im Wahlkampf zur Nationalratswahl im Jahr 1962 war der EWG-Beitritt ein Thema. In der ÖVP sprach sich vor allem der Reformflügel unter Gorbach und Klaus für einen Beitritt aus. Die SPÖ mit Kreisky und Pittermann tendierten eher zur EFTA. Da in der entstandenen Großen Koalition die ÖVP stark war, entschied man sich für den Beitrittsantrag.⁵⁴⁷

⁵⁴⁰ Falkner: Österreich und die Europäische Einigung. 332

⁵⁴¹ Thomas Klestil: Österreichs Weg ins gemeinsame Europa. 51. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 49-58

⁵⁴² Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 55

⁵⁴³ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 94

⁵⁴⁴ Alois Mock: Heimat Europa. Der Countdown von Wien nach Brüssel. o.O., 1994. 23

⁵⁴⁵ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 58

⁵⁴⁶ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 51

⁵⁴⁷ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 40

Nachdem Englands Beitritt von der EG abgelehnt wurde, zogen sich auch die anderen Neutralen Schweiz und Schweden zurück, doch Österreich wagte den „Alleingang“. Trotz der Ablehnung des Aufnahmeantrages hatte dieser vielleicht positive Auswirkungen auf das Freihandelsabkommen.⁵⁴⁸ Auch für die Alleinregierung Klaus stellte es einen Teilerfolg dar, da es immerhin zu Verhandlungen gekommen war.⁵⁴⁹ Beim Alleingang Österreichs ging es nicht um die politische Vergemeinschaftung, sondern darum, wirtschaftlich nicht alleine zu sein. Abbau von Handelsschranken und Zollharmonisierung waren die Hauptmotive.⁵⁵⁰

Im Jahr 1967 wurde der Antrag von der EWG abgelehnt.⁵⁵¹ Frankreich war in der Haltung gegenüber Österreich kompromisslos. Vor allem befürchtete man, dass bei der Bewilligung von Sonderregelungen für Österreich andere Beitrittskandidaten mit ähnlichen Forderungen nachkommen würden. Dieser Meinung schlossen sich auch die Niederlande, Belgien und Italien an. Von Seiten der Sowjetunion kamen Drohungen. Aber auch England war gegen einen österreichischen Beitritt zur EWG. Schließlich legte Italien auf Grund der Südtirol-Frage und Frankreich wegen der Sowjetunion ihr Veto gegen den Beitritt ein.⁵⁵² Frankreich sah durch einen Beitritt Österreichs den Fortschritt durch Rücksichtnahme gefährdet und befürchtete den Verlust der institutionellen Autonomie. Daher war die beliebtere Lösung die große Freihandelslösung für alle EFTA-Mitglieder (die im Jahr 1972 realisiert wurde).⁵⁵³

Die SPÖ begrüßte die Lösung, Kreisky wollte eine graduelle Verdichtung der Beziehungen zur EWG. Auch in der ÖVP wurde im Jahr 1968 durch den personellen Wechsel von Bock und Toncic-Sorinj auf Mitterer und Waldheim ein neuer Kurs eingeschlagen. Dieser war EWG-kritischer und stärker völkerrechtlich. Das Tirol-Paket im Jahr 1969 machte endgültig den Weg frei für ein EWG-EFTA-Abkommen.⁵⁵⁴

Dennoch war der Alleingang wegbereitend, sowohl für Österreich als auch für andere Staaten. Auch der Beitrittsantrag im Jahr 1989 war zunächst wieder ein Alleingang.⁵⁵⁵

Ab dem Jahr 1968 (und dem Scheitern des EWG-Beitrittsantrages) sanken die EWG-Anteile des österreichischen Exportes. Dafür stiegen die EFTA-Anteile. Der Import blieb gleich. Auf dem Weltmarkt änderte sich die Nachfrage. Rohstoffe und Halbfertigwaren wurden nicht mehr gebraucht, was ein großer Nachteil für die verstaatlichte Industrie war.

⁵⁴⁸ Luif: Österreich und die Europäische Union. 866-866

⁵⁴⁹ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 132

⁵⁵⁰ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 163

⁵⁵¹ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 52

⁵⁵² Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 132-134

⁵⁵³ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 41

⁵⁵⁴ Ebd. 41

⁵⁵⁵ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 158

Aber auf einem anderen Gebiet konnte Österreich profitieren: der Ausländerfremdenverkehr boomte.⁵⁵⁶

4.6. Die Ära Kreisky

In den „langen 70ern“⁵⁵⁷ waren die Hauptthemen der Sozial- und Wohlfahrtsstaat.⁵⁵⁸ Diese Zeit wurde vor allem von der Persönlichkeit Kreiskys geprägt. Er verfolgte eine aktive Neutralitätspolitik und engagierte sich im Nahost-Konflikt.⁵⁵⁹ Er war von 1970 bis 1983 Bundeskanzler und erfreute sich einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung. Mit ihm an der Spitze konnte die SPÖ die absolute Mehrheit erlangen. Dennoch wurde der Grundkonsens mit der ÖVP gehalten. Innenpolitisch wurden Reformen wie zum Beispiel die Gewerbeordnung, das Arbeitsverfassungsgesetz, die Geburtenhilfe, die Schülerfreifahrt, gratis Schulbücher und die Novellierung des Strafgesetzes durchgeführt. Aber auch die Außenpolitik konnte in dieser Zeit aufsteigen.⁵⁶⁰ Kreisky verstärkte vor allem die Kontakte mit außereuropäischen Ländern, die Diskussion um die europäische Integration war gering. Dennoch fand im Jahr 1977 in Wien die Gipfelkonferenz der EFTA statt.⁵⁶¹ Dabei beriet sich Kreisky mit den anderen Regierungschefs über eine Annäherung zur EG.⁵⁶² Kreiskys spezifischer Integrationskurs war bezogen auf Staatsvertrag, Neutralität und Osthandel. Er wollte ein weltpolitisches Bewusstsein wecken.⁵⁶³ Kreisky nahm die Abgrenzung EFTA und Neutralität gegen EWG und Integration vor.⁵⁶⁴

In den Jahren 1968 bis 1984 kam es zu einer Globalisierung der Außenpolitik. Die ÖVP bereitete diesen Kurs vor und Kreisky führte ihn dann durch. Die Außenpolitik wurde mit der Neutralitätspolitik gleichgesetzt.⁵⁶⁵ Auch vor dem Hintergrund der „Eurosklerose“ (siehe Kapitel 3.4.13) waren Internationalisierung und Globalisierung wichtig.⁵⁶⁶ Mit seiner Außenpolitik erreichte Kreisky auch die Aufwertung Österreichs als außenpolitischer

⁵⁵⁶ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 58-60

⁵⁵⁷ Gehler: Die Zweite Republik. 35

⁵⁵⁸ Ebd. 35

⁵⁵⁹ Binder, Bruckmüller: Essay über Österreich. 51

⁵⁶⁰ Gehler: Die Zweite Republik. 40-42

⁵⁶¹ Luif: Österreich und die Europäische Union. 868

⁵⁶² Scheich: Österreichs Weg in die EU. 17

⁵⁶³ Hamel: „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. 64

⁵⁶⁴ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 163

⁵⁶⁵ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 816

⁵⁶⁶ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 163

Akteur in der UNO. Er etablierte Österreich als Vermittler zwischen Ost und West (Brückenfunktion) und erreichte internationale Aufmerksamkeit.⁵⁶⁷

Kreisky war der erste „große politische Kommunikator“. Er konnte die Auflösungserscheinungen der politischen Lager durch seine professionelle Öffentlichkeitsarbeit und die Verwendung der Medien für sich nutzen.⁵⁶⁸ Er war es auch, der die österreichische Politik im Fernsehen verankerte.⁵⁶⁹

Bereits beim EFTA-Beitritt spielte Kreisky eine Rolle. Als Außenminister unterschrieb er den Vertrag, aber er beeinflusste auch entscheidend die Präambel von Österreich. Er wollte die Beseitigung von Handelsschranken und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit OEEC und EWG.⁵⁷⁰ Trotz des EFTA-Beitrittes unter Kreisky spielte Europa zu dieser Zeit kaum eine Rolle, die Interessen des Bundeskanzlers lagen in der Weltpolitik.

Unter Kreisky war auch der Nationalstolz auf einem besonders hohen Niveau.⁵⁷¹ Es entstand ein neues Bewusstsein, in dem die Neutralität einen besondern Stellenwert besaß. Dieses wirkte auch hemmend für ein Europabewusstsein. Außerdem war man stolz auf das „österreichische Modell“ (politische Stabilität, wirtschaftlicher Wohlstand, Sozialpartnerschaft und äußere Sicherheit). Die Integration wurde als Bedrohung für die Souveränität gesehen.⁵⁷²

Die EFTA stand aus Kreiskys Sicht in keinem Widerspruch zur Neutralität, da er diese rein militärisch auffasste. So war er auch für die Assoziierung mit der EWG, da er sonst wirtschaftliche Nachteile für Österreich befürchtete.⁵⁷³ Im Juli 1972 wurde das Freihandelsabkommen zwischen der EG und Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz unterzeichnet, das am 1. Jänner 1973 in Kraft trat. Man kann das Beitritts-gesuch aus den 60er Jahren durchaus als Vorbereitung auf das Abkommen sehen. Durch das Freihandelsabkommen konnten Zoll- und Handelsschranken zwischen Österreich und der EG abgebaut werden, aber Österreich ging keine politische Bindung ein und

⁵⁶⁷ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 164

⁵⁶⁸ Ullrich: Die Parteien in der medialen Wahlkampfarena. 116

⁵⁶⁹ Franz Schuh: Der ORF als Identitätsspende und als gestörte Identität. 66. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 60-71

⁵⁷⁰ Rudolf Kirchschläger: Integration und Neutralität. 71-72. In: Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Wien, 1983. 61-95

⁵⁷¹ Gerhard Botz, Albert Müller: Differenz und Identität. Zur Konstruktion der Zweiten Republik. 17. In: Johann Burger, Elisabeth Morawek (Hg.): 1945-1995. Entwicklungslinien der zweiten Republik. Sonderband der Halbjahresschrift. Informationen zur politischen Bildung. Wien, 1995. 7-20

⁵⁷² Scheich: Österreichs Weg in die EU. 17-18

⁵⁷³ Kirchschläger: Integration und Neutralität. 63-64

berücksichtigte somit die Pflichten des Staatsvertrages.⁵⁷⁴ Das Freihandelsabkommen enthielt außerdem eine „Evolutionenklausel“, in der die Möglichkeit der Fortentwicklung der Beziehungen enthalten war.⁵⁷⁵ Mit dem Freihandelsabkommen *„wurde für Bruno Kreisky der Weg frei für eine Außenpolitik globaler Fragestellungen, z.B. im Nahost-, im Nord-Süd-, aber auch im Ost-West-Konflikt“*.⁵⁷⁶ Anton Pelinka sieht im Freihandelsabkommen ein *„Ja, aber...“* zur EWG.⁵⁷⁷

Ein EG-Beitritt erschien in den 70er Jahren für Österreich ziemlich unattraktiv, da die EG mit inneren Problemen beschäftigt war.⁵⁷⁸ Gründe, die in den 60er und 70er Jahren auch oft gegen einen Beitritt zur EG genannt wurden, waren die Angst vieler vor einem weiteren Anschluss an Deutschland, die Angst, die Sowjetunion zu verärgern und auch die Angst vor der NATO.⁵⁷⁹

Kreisky förderte die Forschung über die Zwischenkriegszeit, besonders den Austrofaschismus, aber er wollte nichts mit dem Nationalsozialismus und besonders nicht – obwohl selbst Jude – mit der jüdischen Frage zu tun haben (Kreisky führte auch mit Wiesenthal einen langen Konflikt).⁵⁸⁰

Die langen glücklichen 70er Jahre endeten im Jahr 1986 mit der Waldheim-Affäre (siehe Kapitel 5.1.3).⁵⁸¹

4.7. Mitteleuropa

In den 80er Jahren wurden entscheidenden Schritte Richtung europäischer Integration gesetzt. Allerdings war der Beitritt zur EG vorerst nicht die einzige Alternative. Es existierte ebenso die Vision von „Mitteleuropa“. Das österreichische Image als „Makler“ zwischen den Blöcken im Ost-West-Konflikt war bedeutend für die österreichische Identität. Eine einheitliche Definition von Mitteleuropa existierte nicht. Allerdings wurde in

⁵⁷⁴ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 53-54

⁵⁷⁵ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 164

⁵⁷⁶ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 263

⁵⁷⁷ Anton Pelinka: Europa und die österreichische Identität. 77. In: Matthias Pape: Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 75-83

⁵⁷⁸ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 42

⁵⁷⁹ Franz Vranitzky: Gegen den Strom. 93. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 87-101

⁵⁸⁰ Dieter A. Binder: Populismus zu allen Jahreszeiten. 76. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 72-85

⁵⁸¹ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 164

Österreich meist der Donaauraum als entsprechendes Gebiet angesehen.⁵⁸² Von manchen wurde Mitteleuropa auch als Mission Österreichs als Kulturstaat angesehen. Das Ziel war in erster Linie den Eisernen Vorhang zu überwinden.⁵⁸³

Schon viel früher existierten Mitteleuropa-Ideen, jedoch war der Zweite Weltkrieg das vorläufige Ende für all diese. Man verband Mitteleuropa mit der deutschen Expansionspolitik. Auch der Begriff „Donaauraum“ war negativ besetzt. Renner lehnte die Idee offiziell ab (und dementierte auch Gerüchte über eine bayrisch-österreichische Zusammenarbeit). Dennoch existierte die Mitteleuropa-Idee während des Kalten Krieges als geduldete Gegenideologie zum Kommunismus (zum Beispiel bei Kutschera oder Otto Habsburg).⁵⁸⁴ Die Mitteleuropa-Idee und die Monarchie-Nostalgie waren in der Nachkriegszeit aber nur bei der Elite vorhanden. In der Öffentlichkeit wollte man sich eher von den Slawen abgrenzen.⁵⁸⁵ Die zugehörigen Staaten zu Mitteleuropa verlagern sich weiter westlich, je westlicher das eigene Land liegt. Das eigene Land wird immer in der Mitte Mitteleuropas gesehen, nie in der Randlage.⁵⁸⁶

In den 80er Jahren wurden die verschiedenen Mitteleuropa-Ideen auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und es gab einige Ausstellungen zu diesem Thema. Dadurch konnte eine Diskussion entstehen, in der die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gefordert wurde und die gegen die europäische Teilung gerichtet war.⁵⁸⁷

Einer der ersten Mitteleuropa-Visionäre Österreichs zu dieser Zeit war Erhard Busek. Er machte Wien zur Drehscheibe der Mitteleuropa-Befürworter und sprach sich für grenzüberwindende Kontakte aus.⁵⁸⁸ Ihm folgten später auch die ÖVP und SPÖ. Durch die Öffnung des Ostens im Jahr 1989 ergaben sich neue Chancen für ein Mitteleuropa. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft für Zusammenarbeit, die so genannte „Viererinitiative“ gegründet, der außer Österreich noch Italien, Ungarn und Jugoslawien angehörten. Ein Jahr darauf wurde sie zur „Pentagonale“ durch die Tschechoslowakei erweitert und im Jahr 1991 zur „Hexagonale“ mit Polen. Nach dem Zerfall Jugoslawiens in einzelne Nachfolgestaaten wurde die Zusammenarbeit zur „Zentraleuropäischen Initiative“.⁵⁸⁹

⁵⁸² Susanne Fröhlich-Steffen: Die österreichische Identität im Wandel. Wien, 2003. 189

⁵⁸³ Peter Teibenbacher: Die Ausformung der österreichischen Identität während kritischer, zeithistorischer Ereignisse 1945-1996. 262. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 209-270

⁵⁸⁴ Vladislav Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945-1995. Frankfurt am Main, 1998. 17-19

⁵⁸⁵ Oliver Rathkolb: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien, 2005. 39

⁵⁸⁶ Haller, Gruber: Die Identität der Österreicher. 419-420

⁵⁸⁷ Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee. 100-101

⁵⁸⁸ Ebd. 102-103

⁵⁸⁹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 190-193

International fand die Mitteleuropa-Idee geistige Unterstützung von György Konrad, Milan Kundera und Fritz Klenner.⁵⁹⁰ In der SPÖ befürworteten Peter Jankowitsch, Hannes Swoboda und Helmut Zilk die Mitteleuropa-Idee, allerdings nicht so engagiert wie Busek.⁵⁹¹

Wegen des EU-Beitritts wurde die Mitteleuropa-Idee endgültig verworfen. Dennoch erhoffte man sich, dadurch mehr auf Tschechien, Slowenien, Ungarn und die Slowakei einwirken zu können. Gleichzeitig wollte man in der EU für die Osterweiterung eintreten, da man es als eine Art „historischen Auftrag“ sah.⁵⁹²

Trotz verschiedener Mitteleuropa-Ideen existierte in Österreich auch Angst vor den östlichen Nachbarländern und einer möglichen EU-Erweiterung. Besondere Sorgen galten zum Beispiel den Atomkraftwerken oder dem Arbeitsmarkt. Außerdem waren die Beziehungen zu den Ländern im Osten unterschiedlich. So pflegte man zum Beispiel zu Ungarn ein gutes Verhältnis, während die Beziehung zu Tschechien sich eher als schwierig darstellte.⁵⁹³

Die ÖVP sah sich weiterhin als Europapartei. Im Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1995 wird die besondere Verantwortung Österreichs gegenüber den Nachbarländern im Osten und die schrittweise Erweiterung betont. Dennoch galt die Hauptorientierung dem Westen Europas.⁵⁹⁴

Die SPÖ stellte den EU-Beitritt vor Mitteleuropa. In den 90er Jahren befürchtete man in der SPÖ, dass die Mitteleuropa-Idee den EG-Beitritt verhindern könnte. Vranitzky sprach sich deshalb offiziell dagegen aus.⁵⁹⁵

Das LIF war europafreundlich eingestellt und wollte die Spaltung beseitigen (was sich gut auf die Wirtschaft auswirken würde). Die Grünen traten auch noch in den 90er Jahren für Mitteleuropa statt EU ein. Österreich sollte dabei als Mediator fungieren. Die FPÖ lehnte jede Variante der Mitteleuropa-Idee ab. Dafür gab es sowohl materielle als auch historische (Vertreibung der Deutschen, Benés-Dekrete) Gründe.⁵⁹⁶

Auch die Bevölkerung war in den 90er Jahren nicht mehr für Mitteleuropa zu begeistern, da viele nationale Konflikte bei den östlichen Nachbarn entstanden waren.⁵⁹⁷

⁵⁹⁰ Haller, Gruber: Die Identität der Österreicher. 405

⁵⁹¹ Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee. 104

⁵⁹² Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 193-194

⁵⁹³ Ebd. 194, 207

⁵⁹⁴ Ebd. 195

⁵⁹⁵ Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee. 115

⁵⁹⁶ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 197-198

⁵⁹⁷ Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee. 136

Durch den EU-Beitritt verschlechterte sich die nachbarschaftliche Zusammenarbeit. Außerdem bedeutet die österreichische Anti-Atomkraftpolitik so gut wie das Ende der Mitteleuropa-Politik.⁵⁹⁸

Mit der Regierung ÖVP/ FPÖ im Jahr 2000 wurde die Osterweiterung als wichtige Aufgabe definiert. Busek wurde als Erweiterungsbeauftragter eingesetzt. Allerdings kann dies nur eine Reaktion und Zeichen für den Westen nach den Maßnahmen der EU-14 gewesen sein. Die „Mitteleuropäische Allianz“ zwischen Österreich, Tschechien und Slowenien nach dem Vorbild der Benelux-Staaten von Außenministerin Benita-Ferrero-Waldner war lediglich eine Trotzreaktion – und wurde auch so von der EU verstanden.⁵⁹⁹

Österreich konnte wirtschaftlich von der Osterweiterung profitieren. Dennoch gab es viele Vorbehalte dagegen. Die Angst vor einem Migrationssturm und zu starker Konkurrenz für die Landwirtschaft und grenznaher Gebiete war groß, wenn auch Studien belegten, dass die Auswirkungen für Österreich positiv waren.⁶⁰⁰ Die FPÖ bildete in ihrer Regierungszeit eine Quasi-Opposition beim Thema der Osterweiterung.⁶⁰¹

Grundsätzlich stellt sich für Österreich die Frage, ist es ein westeuropäischer Staat mit mitteleuropäischen Ambitionen oder umgekehrt? Kulturell und historisch besteht eine starke Verbundenheit mit dem Osten und der Mitte Europas.⁶⁰²

4.8. Beitrittsgesuch

Noch in den 70er Jahren war die Industriellenvereinigung mit dem Freihandelsabkommen zufrieden. Der einzige Sektor, der nicht zufrieden war, war die Landwirtschaft, die aus dem Vertrag ausgenommen war. Die EG hatte intern höhere Preisniveaus und war deshalb erstrebenswert. Allerdings lösten die Vertreter der Landwirtschaft keine Diskussion über einen Beitritt aus.⁶⁰³

Im Jahr 1976 fasste der Bundesparteitag der FPÖ den Beschluss, dass Österreich der EG unter Beibehaltung der Neutralität beitreten sollte. Die Diskussion wurde aber hauptsächlich von der ÖVP ausgelöst. Besonders im Wahlkampf des Jahres 1979 wurde die Außenpolitik Kreiskys kritisiert. Die treibenden Kräfte waren Mock, Ermacora,

⁵⁹⁸ Marjanovic: Die Mitteleuropa-Idee. 148, 151

⁵⁹⁹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 201

⁶⁰⁰ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 132-133

⁶⁰¹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 202

⁶⁰² Emil Brix: Widersprüche und Wandlungen im Österreichbewusstsein der Zweiten Republik. 462. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 449-466

⁶⁰³ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 45

Ettmayer und Khol. Die Debatte geschah aber ohne die Öffentlichkeit in einem kleinen Kreis von Außenpolitikexperten.⁶⁰⁴

Die „kurzen 80er“⁶⁰⁵ wurden von der Waldheim-Diskussion und der EG-Beitritts-Diskussion bestimmt. Zu Beginn der 80er Jahre stand die kleine Koalition von SPÖ und FPÖ unter Fred Sinowatz als Bundeskanzler von 1983 bis 1986.⁶⁰⁶ Obwohl die FPÖ eine Integrationsfreudige Partei war, gab es in der Zeit der kleinen Koalition keine Europapolitik.⁶⁰⁷ Dennoch war der Kurs europafreundlicher als unter Kreisky.⁶⁰⁸ Der FP-Verteidigungsminister Frischenschlager sprach sich sogar für eine EG-Vollmitgliedschaft aus, gegen seinen Parteivorsitzenden Steger, der die Stärkung Österreichs in der EFTA bevorzugte.⁶⁰⁹

Als Waldheim die Wahl zum Bundespräsidenten im Jahr 1986 gewinnen konnte, trat Sinowatz zurück. Ihm folgte Franz Vranitzky. Der ehemalige Finanzminister kam aus dem Wirtschaftsflügel der Partei und war der EG gegenüber aufgeschlossen.⁶¹⁰ Während Sinowatz eher der „Nachlassverwalter“ Kreiskys war, machte Vranitzky eine gänzlich neue Politik, vor allem eine Politik der Modernisierung.⁶¹¹

Das Jahr 1986 wurde zum Wendejahr. Vranitzky und Haider wurden stark. Der Kurs der Großen Koalition lautete Privatisierung, Flexibilisierung und Europäisierung.⁶¹² Die Außenpolitik wurde reorientiert auf Europa, auch in der Nachbarschaftspolitik. Mit Kreiskys Stil wurde gebrochen, neu war die „realistische Neutralitätspolitik“. Diese Politik wurde vor allem von Außenminister Alois Mock verfolgt.⁶¹³ Durch die EEA, das Delors-Paket, den Delors-Plan zur Wirtschafts- und Währungsunion und das Binnenmarktvorhaben verstärkte sich der Druck von außen auf Österreich. Für Österreich war ein Handlungsbedarf gegeben.⁶¹⁴

Während man in den 70er Jahren die größte Angst vor dem Verlust der Souveränität und Neutralität hatte, befürchtete man in den 80er Jahren die politische Marginalisierung wegen des gemeinsamen Marktes. Gleichzeitig begann die gesamteuropäische

⁶⁰⁴ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 46-47

⁶⁰⁵ Gehler: Die Zweite Republik. 35

⁶⁰⁶ Ebd. 42

⁶⁰⁷ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 54

⁶⁰⁸ Gregor Leitner: Der Weg nach Brüssel. Zur Geschichte des österreichischen EG-Beitrittsantrages vom 17. Juli 1989. 88. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 87-108

⁶⁰⁹ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 50

⁶¹⁰ Leitner: Der Weg nach Brüssel. 89

⁶¹¹ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 165

⁶¹² Gehler: Die Zweite Republik. 44

⁶¹³ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 820-822

⁶¹⁴ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 55

Bewegung auch im Osten (Perestroika in der Sowjetunion: man wünschte sich Zusammenarbeit mit der EG).⁶¹⁵

Im Jahr 1985 erschien das Weißbuch der EG zur Vollendung des Binnenmarktes. Dies war für die Sozialpartner eine Veranlassung um über das österreichische Interesse an einem EG-Beitritt nachzudenken. Viele Politiker und die Bürokratie jedoch schenken dem Binnenmarkt noch keine Aufmerksamkeit. Der Entscheidungsfindungsprozess lief im Verborgenen ab. Die Öffentlichkeit wurde frühestens mit dem Neutralitätsgutachten aus dem Jahr 1987 auf die Thematik aufmerksam. Als sich die EEA abzeichnete, wurde die EG attraktiver. Da sich SPÖ und FPÖ zurückhaltend zeigten, übernahm die ÖVP die Führung. Am 16. Dezember 1985 stellten sie einen Europa-Antrag. Einerseits sollte die Annäherung der EFTA und EG forciert werden, andererseits auch bilaterale Verträge zwischen Österreich und der EG geschlossen werden. Dieser Antrag stellt auch den Beginn der innenpolitischen Diskussion dar.⁶¹⁶

Der ehemalige Botschafter Österreichs in der EG Manfred Scheich ist der Meinung, dass Österreich durch seine Überlegungen ab dem Jahr 1986 viel Mut und Weitblick zeigte, da die einschneidenden Ereignisse von 1989 noch bevorstanden.⁶¹⁷

Zunächst forderten aber vor allem die FPÖ und die Industriellenvereinigung einen Beitritt zur EG. Ab dem Jahr 1987 begann aber ein regelrechter Wettstreit um die Profilierung zur Europapartei.⁶¹⁸ Auch Alois Mock hatte zunächst Vorbehalte gegen die EWG und musste erst überzeugt werden. Bis ins Jahr 1985 war der Beitritt für ihn zweitrangig.⁶¹⁹

In den Parteien gab es Unterschiede im Europaverständnis. Die ÖVP war die Europapartei, die Betonung lag auf „Heimat“ statt auf Österreich. Das nationale Verständnis beruhte daher weniger auf der Staatsnation. Mit Heimat konnte auch die Region gemeint sein. Europa- und Heimatbewusstsein ergänzen sich. Auch die SPÖ und das LIF waren für Europa. Beide vertraten europäische Interessen und befürworteten die Bildung einer europäischen Identität.⁶²⁰

⁶¹⁵ Scheich: Österreichs Weg in die EU. 18-19

⁶¹⁶ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 53-56

⁶¹⁷ Scheich: Österreichs Weg in die EU. 15

⁶¹⁸ Falkner: Österreich und die Europäische Einigung. 334

⁶¹⁹ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 161

⁶²⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 218-219

Die ÖVP war die treibende Kraft der europäischen Integration Österreichs. Vor allem Alois Mock und Andreas Kohl wünschten sich den EG-Beitritt.⁶²¹ Um die im Jahr 1984 beginnende wirtschaftliche Strukturkrise abzuwenden, wurde die Annäherung an die EG als Verbesserungsmöglichkeit gesehen.⁶²² Es wurde ein „*Bedrohungstopos*“⁶²³ inszeniert: nach den Ereignissen der späten 80er Jahre war der Friede in Europa gefährdet, besonders der Jugoslawien-Krieg stellte eine Gefahr für Österreich dar. Diese Meinung vertrat vor allem Erhard Busek. Thomas Klestil wollte durch den EU-Beitritt, der auch ein Ende der Nachkriegspolitik bedeutete, die Zukunft Österreichs sichern.⁶²⁴ Außerdem brauchte die ÖVP nach der Waldheim-Affäre wieder positiv besetzte Themen.⁶²⁵ Im Westen Österreichs musste die ÖVP als neue Europapartei jedoch einige Wahniederlagen hinnehmen.⁶²⁶

Die SPÖ wandelte sich unter Vranitzky von einer eher integrationsskeptischen Partei zu Befürwortern des Beitritts. Besonders zu nennen sind Außenminister Peter Jankowitsch, Josef Cap, Rudolf Streicher und Ferdinand Lacina.⁶²⁷ Jankowitsch bekam den Auftrag die Zusammenarbeit mit der EG zu intensivieren.⁶²⁸ Vranitzky sah jedoch in einem möglichen EU-Beitritt keine entscheidende Wende für Österreich.⁶²⁹ Zunächst sprach er von einer Quasi-Mitgliedschaft, weil er eine Vollmitgliedschaft auf Grund der Neutralität als nicht möglich einstufte.⁶³⁰ Die interne Neuorientierung wurde von Vranitzky so langsam wie nötig aber so schnell als möglich vollzogen, damit sie als gut überlegt empfunden werden konnte.⁶³¹ Im Jahr 1989 beschloss die SPÖ die Vollmitgliedschaft in der EG. Nach außen sollte einerseits der ÖVP eine geschlossene Vorgehensweise präsentiert werden, andererseits das Image der Seriösität geschaffen werden, das die SPÖ zur „besseren“ Europapartei machen sollte.⁶³² In einer SWS-Umfrage aus dem Jahr 1991 wurde

⁶²¹ Johannes Pollak, Peter Slominski: Die österreichischen politischen Parteien und die europäische Integration. 181. In: Heinrich Neisser, Sonja Puntcher-Riekman (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 177-183

⁶²² Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 822

⁶²³ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 234

⁶²⁴ Ebd. 234-235

⁶²⁵ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 68

⁶²⁶ Ebd. 114

⁶²⁷ Pollak, Slominski: Die österreichischen politischen Parteien. 179

⁶²⁸ Leitner: Der Weg nach Brüssel. 89

⁶²⁹ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 237

⁶³⁰ Luif: Österreich und die Europäische Union. 869

⁶³¹ Maria Berger: Die unverdaute Mitgliedschaft – Österreichs schwerfälliger Umgang mit der EU. 27. In: Alfred Payrleitner (Hg.): Die Fesseln der Republik. Ist Österreich reformierbar? Wien, 2002. 27-40

⁶³² Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 116-117

Vranitzky von 54 Prozent der Befragten als glaubwürdigster Politiker eingestuft. Hinter ihm landete Alois Mock mit 27 Prozent.⁶³³

Die Grünen waren gegen den Beitritt zur EU. Bemerkenswert daran war, dass die Grün-Wähler zwar die EU ablehnten, aber sich dennoch im Vergleich mit den anderen Österreichern sehr mit Europa identifizierten.⁶³⁴ Die Idee dahinter war „Ja zu Europa, nein zur EG“. Man befürwortete ein Europa der Regionen.⁶³⁵

Die FPÖ verfolgte ihre eigene Politik. In den Programmen der 50er und 60er Jahre wurde der europäische Bundesstaat gefordert. Die Partei sprach sich auch gegen den EFTA-Beitritt aus, da dieser ihrer Meinung nach den Weg zur EWG blockierte.⁶³⁶ In den 80er Jahren wurde die Eigenständigkeit der österreichischen Nation weiterhin abgelehnt. Führend in der FPÖ war zu der Zeit Jörg Haider, der Norbert Steger im Jahr 1986 als Parteivorsitzenden abgelöst hatte. Er sprach sich noch im Jahr 1987 für volle Beitrittsverhandlungen aus.⁶³⁷ Haider betrachtete das Europa-Thema als „*oppositionelle Profilierungsstrategie*“.⁶³⁸ Die EWG erschien der FPÖ attraktiv, da man sie als deutsch dominiert ansah. Der Bewusstseinswandel erfolgte erst, als auch SPÖ und ÖVP sich für einen Beitritt interessierten.⁶³⁹ Die Ideologie war deutschnational und gegen „Fremde“ gerichtet. Allerdings ließ sich diese Einstellung mit der Orientierung nach Westeuropa vereinbaren. Ein vereinigt Europa bedeutete für die Freiheitlichen einen vereinigten deutschen Kulturraum. Die Wähler waren für eine Gemeinschaft ohne Staatsgrenzen. Insgesamt aber stiegen das Österreichbewusstsein (und die Identifikation mit der Zweiten Republik). Auch die FPÖ-Wähler identifizierten sich zunehmend mit der österreichischen Nation.⁶⁴⁰ Bis ins Jahr 1992 war die FPÖ eine starke Befürworterin der europäischen Integration. Doch mit dem Bewusstseinswandel in der Partei wurde der Kurs gegen Europa gerichtet. Das nationale Bewusstsein und das Europabewusstsein wurden für unvereinbar befunden.⁶⁴¹ Haider bezeichnete den Beitritt als die Flucht vor den eigenen Problemen und sah die österreichischen Errungenschaften der Nachkriegszeit gefährdet.⁶⁴²

⁶³³ Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 4, 31. Jahrgang, 1991. 522

⁶³⁴ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 49

⁶³⁵ Pollak, Slominski: Die österreichischen politischen Parteien. 181

⁶³⁶ Ebd. 180

⁶³⁷ Ebd. 180

⁶³⁸ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 70

⁶³⁹ Anton Pelinka: Europa und die österreichische Identität. 77. In: Matthias Pape: Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 75-83

⁶⁴⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 81-82

⁶⁴¹ Ebd. 219

⁶⁴² Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 239

Auch das Liberale Forum war für den EU-Beitritt Österreichs. Das LiF hatte sich 1993 wegen Differenzen in der „Ausländerpolitik“ und der Europapolitik aus der FPÖ gegründet. Das LiF war als einzige Oppositionspartei einer Meinung mit der Regierung, was den EU-Beitritt betraf. Die Kampagnen zur Mobilisierung der Bevölkerung waren aber im Gegensatz zu denen der Regierung bescheiden (auch weil sie weniger Mittel zur Verfügung hatten).⁶⁴³

Für die SPÖ und die ÖVP gab es besondere Herausforderungen. Einerseits mussten sie die Befürworter aus der eigenen Partei mobilisieren und die Zweifler überzeugen. Andererseits mussten sie sich auch von der jeweils anderen Partei als Beitrittsbefürworter absetzen. Mit den nicht-parteilichen Gegnern wurden Diskussionen geführt. Zweifler aus anderen Parteien sollten auch überzeugt werden, aber ohne einen wahlkämpferischen, parteipolitischen Eindruck zu vermitteln.⁶⁴⁴ Bei der Nationalratswahl im Jahr 1986 wurde der Wahlkampf ohne das Thema der Integration geführt. Für die ÖVP war es wichtig, wieder in die Regierung zu kommen.⁶⁴⁵

Im Jahr 1987 fand eine Landeshauptmännerkonferenz statt. Die Teilnehmer kamen zu dem Schluss, dass die Regierung für die Teilnahme am Binnenmarkt eintreten sollte.⁶⁴⁶ Im selben Jahr wurde die Arbeitsgruppe für europäische Integration gegründet. Sie kam zu dem Schluss, dass eine Teilnahme am Binnenmarkt nur durch eine Mitgliedschaft zu erreichen war.⁶⁴⁷

In einer Umfrage im März 1987 waren 48 Prozent der Bevölkerung für einen Beitritt, 34 Prozent unentschlossen. Jedoch sprachen sich 65 Prozent für eine allmähliche Annäherung aus. Im November 1987 war die Zahl der Beitrittsbefürworter auf 55 Prozent gestiegen, aber 38 Prozent antworteten noch immer mit „weiß nicht“. Ab Mitte des Jahres 1988 wurde die öffentliche Diskussion verstärkt geführt und es kamen mehr Gegenargumente ins Spiel. Dies vergrößerte auch die Skepsis, die sich in insgesamt vier IMAS-Umfragen des Jahres 1988 zeigte. Im Jänner 1988 befanden 54 Prozent der österreichischen Bevölkerung den EG-Beitritt als sehr wichtig oder wichtig. Bis Dezember war dieser Prozentsatz kontinuierlich auf 41 Prozent gesunken.⁶⁴⁸

⁶⁴³ Christian Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? Die österreichische EU-Debatte im Vorfeld der Volksabstimmung unter besonderer Berücksichtigung von Konfliktlinien im Parteiensystem – ein Rekonstruktionsversuch. 52, 78. In: Anton Pelinka (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien, 1994. 49-85

⁶⁴⁴ Rust: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. 176

⁶⁴⁵ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 69

⁶⁴⁶ Luif: Österreich und die Europäische Union. 870

⁶⁴⁷ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 72

⁶⁴⁸ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 168-169

Die Motive für den Beitrittsantrag waren im Jahr 1989 dieselben wie in den 60er Jahren. Die Wirtschaft und vor allem die Großunternehmen waren mit der EFTA alleine nicht zufrieden.⁶⁴⁹ Ab dem Jahr 1987 kam zu den wirtschaftlichen Argumenten auch der Wunsch nach Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeit zu den Motiven hinzu.⁶⁵⁰ In der Öffentlichkeit wurde die Diskussion über die mögliche Integration nach außenpolitischen Gesichtspunkten geführt. Aber es gab auch innenpolitische Motive, zum Beispiel wollte sich die ÖVP als Europapartei profilieren.⁶⁵¹ Die anderen neutralen EFTA-Mitglieder kritisierten Österreich zunächst für die Entscheidung einen Beitrittsantrag zu stellen.⁶⁵² Die Beitrittsdiskussion wurde auch durch äußere Ereignisse angeregt, zum Beispiel durch den Beitritt Spaniens und Portugals und die EEA. Jedoch überschattete die Waldheim-Affäre die Diskussion.⁶⁵³ Um die Frage der Vereinbarkeit der Neutralität mit dem EG-Beitritt zu klären, wurden die beiden Völkerrechtler Waldemar Hummer und Michael Schweitzer mit einem Gutachten beauftragt. Sie kamen zu dem Schluss, dass der Beitritt neutralitätsrechtlich unbedenklich war.⁶⁵⁴ Michael Schweitzer schrieb bereits im Jahr 1977 in seiner Habilitation, dass die Neutralität kein Hindernis darstellte, jedoch wurde diese Erkenntnis nicht beachtet.⁶⁵⁵ In dem Gutachten beleuchteten Hummer und Schweitzer die Neutralität aus verschiedenen Gesichtspunkten der Union. Alle behandelten Punkte wurden als nicht dagegensprechend befunden: die Integrationsdynamik von der wirtschaftlichen zur politischen Union auf Grund der Mitbestimmungsmöglichkeit Österreichs, die Mehrheitsbeschlüsse wegen der Luxemburger Vereinbarung, die Supranationalität nur in neutralitätsrechtlich relevanten Bereichen unvereinbar, die Schutzklauseln nur im Falle einer Urteilsänderung vom EuGH gefährdend, Kündigungs- und Suspensionsklauseln waren nicht vorhanden, aber auch nicht notwendig, die Zollunion und die Gerichtsbarkeit sowieso nicht, die Liberalisierung des Warenverkehrs und der Verkehr weil Transit von Kriegsmaterial unmöglich war, die Landwirtschaft neutralitätsrechtlich nicht relevant, die europäische Investitionsbank könnte Darlehen an kriegsführende Länder geben, dass war aber nicht ihr Aufgabe, die Neutralitätspolitik war in der EWG nicht möglich, aber mit den Pflichten vereinbar und der

⁶⁴⁹ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 164

⁶⁵⁰ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 62

⁶⁵¹ Ebd. 63

⁶⁵² Scheich: Österreichs Weg in die EU. 15

⁶⁵³ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 68

⁶⁵⁴ Falkner: Österreich und die Europäische Einigung. 333

⁶⁵⁵ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 45

kritischste Punkt war die gemeinsame Handelspolitik, aber auf Grund der Luxemburger Vereinbarung gab es die Schutzklausel.⁶⁵⁶

Dieses Gutachten war entscheidend für den öffentlichen Diskurs über den Beitritt.⁶⁵⁷ Es fand eine Rückkehr zur ursprünglichen Interpretation der rein militärischen Neutralität statt.⁶⁵⁸ Lahodynsky bezeichnet die Neutralität als eine Tugend, die zwar ein spezifisches, aber kein unlösbares Problem für den EU-Beitritt darstellte.⁶⁵⁹

Bevor Österreich einen tatsächlichen Beitrittsantrag stellte, wollten ÖVP und SPÖ die maximale Teilnahme am Binnenmarkt ohne Beitritt erreichen. Dieses Vorgehen wurde „*global approach*“ genannt. Es sah vor, dass in einem ersten Schritt bilaterale Verträge mit den drei Europäischen Gemeinschaften geschlossen werden sollten, danach ein multilateraler Vertrag zwischen EG und EFTA und zuletzt der autonome Nachvollzug des EG-Rechts in Österreich. Mock wollte das ganze in einem Europa-Vertrag festhalten.⁶⁶⁰ Außerdem sollte die Landwirtschaft in den Integrationsprozess miteinbezogen werden, das Transitproblem in Österreich gelöst, eine Mitwirkung an der Technologiegemeinschaft erreicht, eine Beteiligung am „Europa der Bürger“ erreicht und ein Dialog mit der europäischen politischen Zusammenarbeit geführt werden.⁶⁶¹ Allerdings blieb das *global approach* von der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt.⁶⁶² Die ÖVP einigte sich im Jahr 1988 auf den Vollbeitritt.⁶⁶³

Mock, der Vertreter des *global approach*, gab sein Konzept der Annäherung ohne Vollbeitritt endgültig erst in den EWR-Verhandlungen in den Jahren 1990 bis 1992 auf. Er erkannte, dass der EWR kein Ersatz für die EG sein konnte.⁶⁶⁴

Eine Inhaltsanalyse der österreichischen Presse ergab: „*In den Jahren 1987 bis 1989 kann man von der Herausbildung einer >>EG-Öffentlichkeit<< in Österreich sprechen.*“⁶⁶⁵

⁶⁵⁶ vgl. Waldemar Hummer, Michael Schweitzer: Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG. Wien, 1987.

⁶⁵⁷ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 55

⁶⁵⁸ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 70

⁶⁵⁹ Otmar Lahodynsky: Mythos und Lebenslüge der Zweiten Republik. 44-46. In: Österreichisches Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 44-49

⁶⁶⁰ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 72

⁶⁶¹ Leitner: Der Weg nach Brüssel. 92

⁶⁶² Manfred Scheich: Stationen auf Österreichs Weg zum EU-Beitritt. 5. In: Waldemar Hummer, Walter Obwexer (Hg.): 10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Bilanz und Ausblick. Wien, 2006. 3-16

⁶⁶³ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 99

⁶⁶⁴ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 170

⁶⁶⁵ Helmut Kramer: Öffentliche Meinung und die österreichische EG-Entscheidung im Jahre 1989. 194. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 31. Jahrgang, 1991. 191-202

In einer IMAS-Umfrage aus dem Jahr 1989 war für die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung der Beitritt nicht besonders beziehungsweise gar nicht wichtig.⁶⁶⁶ Allerdings sprachen sich laut einer SWS-Umfrage 52 Prozent für den Beitritt und nur 31 Prozent dagegen aus. Als besten Zeitpunkt für den Beitritt gaben 8 Prozent das nächste Jahr, 32 Prozent das Jahr 1992, 17 Prozent das Jahr 1995 und 18 Prozent „weiß nicht“ an.⁶⁶⁷ Im Jahr 1991 war der Prozentsatz der Beitrittsbefürworter auf 48 Prozent gesunken, der der Gegner auf 34 Prozent gestiegen.⁶⁶⁸

Im Jahr 1989 beschlossen SPÖ und ÖVP ein gemeinsames Vorgehen in der Integrationspolitik. Am 29. Juni wurde der Entschließungsantrag verabschiedet. Allerdings wurde der Neutralitätsvorbehalt zweideutig formuliert.⁶⁶⁹

Nachdem der Nationalrat die Aufnahme der Verhandlungen mit der EG beschlossen hatte, wurde am 17. Juli 1989 Österreichs Aufnahme in die EG beantragt. Der so genannte Brief nach Brüssel wurde abgesendet.⁶⁷⁰

Bevor Mock den Brief nach Brüssel absenden konnte, herrschte noch Uneinigkeit zwischen der SPÖ und der ÖVP. Während Mock die Neutralität nicht in den Brief hinein nehmen wollte, bestand Vranitzky darauf.⁶⁷¹

Am 10. August 1989 schickte die Sowjetunion ein *Aidé Mémoire*. Darin erinnerten sie Österreich an die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag. Aber im Jahr 1991 äußerte Gorbatschow sich gegenüber Vranitzky in Moskau, dass Österreichs EG-Beitritt normal im europäischen Integrationsprozess zu betrachten sei. Dies bedeutete grünes Licht für Österreich.⁶⁷²

Deutschland war ein Fürsprecher Österreichs bezüglich des Beitritts, aber teilweise war das auch hinderlich, da Frankreich und auch die Benelux-Staaten skeptisch waren.⁶⁷³

Delors zeigte auch wenig Begeisterung, weil er damit rechnete, dass andere EFTA-Mitglieder folgen würden. Die Entscheidungsprozesse waren auch schon mit zwölf Mitgliedern langwierig. Die Aufnahme Spaniens und Portugals war ebenfalls erst im Jahr 1986 geschehen und noch nicht gefestigt. Außerdem gab es für das Hindernis Neutralität seiner Meinung nach den EWR.⁶⁷⁴

⁶⁶⁶ Pelinka, Schaller, Luif: *Ausweg EG?* 113

⁶⁶⁷ Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 1, 29. Jahrgang, 1989. 103-105

⁶⁶⁸ Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 3, 31. Jahrgang, 1991. 440

⁶⁶⁹ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 73-74

⁶⁷⁰ Leitner: Der Weg nach Brüssel. 94

⁶⁷¹ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 55

⁶⁷² Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 180

⁶⁷³ Ebd. 172-173

⁶⁷⁴ Wolfgang Wolte: Der Weg Österreichs in die Europäische Union. 211. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): *Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte*. Wien, 2002. 211-216

Im Jahr 1991 kam das positive Avis von der EG zurück. Allerdings war die Neudefinierung der Neutralität Voraussetzung.⁶⁷⁵ Weitere Problembereiche, die genannt wurden, waren Transit und Landwirtschaft. Sie wurden aber nicht als hinderlich eingestuft. Außerdem zeigte man im Avis Verständnis für die Neutralität, ließ aber keinen großen Verhandlungsspielraum zu. Also wurde der Neutralitätsvorbehalt zurückgenommen.⁶⁷⁶ In einer Umfrage aus dem Jahr 1992 kam man zu dem Ergebnis, dass die Österreicher die Neutralität der EU vorziehen würden.⁶⁷⁷ Schweden, Finnland und die Schweiz hatten in ihren Beitrittsgesuchen keinen Neutralitätsvorbehalt.⁶⁷⁸ Das Avis war insgesamt „wohlwollend“, ging aber von „harten Auseinandersetzungen“, die in den Verhandlungen folgen würden, aus.⁶⁷⁹ Auch im Wahlkampf des Jahres 1990 spielte die Integration eine untergeordnete Rolle. Erst nach der Wahl wurde die Integrationspolitik wieder zu einem Thema der Großen Koalition. Ebenso wurden die EWR-Verhandlungen ohne öffentliche Diskussion geführt.⁶⁸⁰

Die Medien beschäftigten sich erst ab Beginn der 90er Jahre mit dem Thema EG. Davor gab es einzelne Berichte in Wirtschaftsblättern. Die Berichterstattung wurde dann aber konsequent durchgeführt und war hauptsächlich positiv.⁶⁸¹

Bis ins Jahr 1992 litt Österreich noch unter der Isolation, die die Waldheim-Affäre verursacht hatte. Die Beitrittsbemühungen kann man daher auch als eine Art Gegenoffensive sehen. Waldheim erhielt aber weder eine Einladung aus einem EG-Land, noch kamen EG-Mitglieder nach Wien. Waldheim konnte also den Beitritt nicht unterstützen. Vranitzky betrieb als Ausgleich eine gesteigerte Außenpolitik und Besuchsdiplomatie. Erst im Jahr 1993 unter der Präsidentschaft Klestils wurden die Verhandlungen aufgenommen.⁶⁸² Beide Bundespräsidenten aber, also auch Waldheim, wenn auch nicht ganz so stark wie Klestil, befürworteten den Beitritt.⁶⁸³

In der Zeit der dänischen Präsidentschaft (erste Jahreshälfte 1993) verliefen die Verhandlungen schleppend, was auch daran liegen könnte, dass die skandinavischen Kandidaten bevorzugt wurden. In der zweiten Jahreshälfte wurde der Vertrag von Maastricht abgeschlossen und die EU gegründet. Die weiteren Verhandlungen erfolgten

⁶⁷⁵ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 55

⁶⁷⁶ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 82, 86

⁶⁷⁷ Luif: Österreich und die Europäische Union. 874

⁶⁷⁸ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 177

⁶⁷⁹ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 183

⁶⁸⁰ Ebd. 179

⁶⁸¹ Reinhard Rack: Der Europagedanke in Österreich. 257. In: Michael Salewski (Hg.): Nationale Identität und Europäische Einigung. Göttingen, Zürich, 1991. 242-266

⁶⁸² Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 206

⁶⁸³ Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? 50

also auf Basis des neuen Vertrages. Außerdem wurde eine Beschleunigung beschlossen. Anfang des Jahres 1994 konnte man sich in „Marathonverhandlungen“ über den Vertragstext einigen.⁶⁸⁴

In den Verhandlungen zeigte man sich in Brüssel immer wieder erstaunt über Österreich. Während die skandinavischen Delegationen etwa zwanzig Personen zu den Verhandlungen sandten, waren es für Österreich achtzig Personen – bedingt durch die Sozialpartnerschaft. (In Brüssel befürchtete man schon, zu kleine Sitzungssäle zu haben).⁶⁸⁵ Für die österreichische Innenpolitik war es notwendig, dass alle Sozialpartner mit den Ergebnissen der Verhandlungen zufrieden waren, allerdings hat Österreich die große Delegation möglicherweise wichtige Positionen in der EU gekostet. Bis man sich endlich geeinigt hatte, war ein wichtiger Posten auch schon wieder an jemand anderen vergeben.⁶⁸⁶

Ab dem Jahr 1991 wurde die Informationskampagne der Regierung konkretisiert, es wurde eine Werbeagentur damit beauftragt. Das Ziel war allerdings weniger die Bevölkerung mitbestimmen zu lassen, sondern mehr, die bereits getroffene Elitenentscheidung zu legitimieren.⁶⁸⁷ Aber bis zu Beginn der 90er Jahre fühlten sich die Österreicher uninformatiert.⁶⁸⁸

Obwohl Österreich bereits sein Beitrittsge such gestellt hatte, nahm es an den Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA zur Bildung des EWR teil. Dieses ungewöhnliche Vorgehen wurde von der EG verlangt, die den EWR als „verpflichtende Vorstufe“ sahen. Die Verhandlungen zum EWR dauerten von Juni 1990 bis Oktober 1991. Es musste aber nachverhandelt werden, und am 2. Mai 1992 konnte der Vertrag unterzeichnet werden.⁶⁸⁹ Am 13. Dezember 1993 wurde der EWR-Vertrag von der EU verabschiedet.⁶⁹⁰ Das EWR-Abkommen trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt mussten auch viele Änderungen im österreichischen Recht vorgenommen

⁶⁸⁴ Paul Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. Eine Zusammenstellung aus dem Jahrbuch der Europäischen Integration. Reprint Nr.5. o.O., 2005. 382-383

⁶⁸⁵ Berger: Die unverdaute Mitgliedschaft. 29.

⁶⁸⁶ Norbert Mayer: Wirklichkeit und Möglichkeit der Integration. 114-115. In: Matthias Pape: Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 113-127

⁶⁸⁷ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 226

⁶⁸⁸ vgl Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 3, 31. Jahrgang, 1991. 442

⁶⁸⁹ Waldemar Hummer: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. 566. In: Waldemar Hummer, Walter Obwexer (Hg.): 10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Bilanz und Ausblick. Wien, 2006. 553-646

⁶⁹⁰ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 379

werden, die schon einen großen Teil der notwendigen Änderungen für den EU-Beitritt ausmachten.⁶⁹¹

Berger sieht die positiven Faktoren der Vor-Beitrittsphase in der Entschlossenheit der Politiker (abgesehen von kleineren Streitereien), dem Engagement der Sozialpartner, den motivierten Beamten und der professionellen, glaubwürdigen Informationsstrategie. Die Schwächen hingegen lagen in fehlenden gemeinsamen Visionen für einen spezifisch österreichischen Beitrag. Am ehesten wurde in der Umweltpolitik gemeinsam vorgegangen, andere Initiativen waren parteispezifisch. Auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern war ein Problem. Außerdem war die österreichische Delegation zu groß und statt für österreichische Probleme Ausnahmen zu fordern, wurden diese Themen von den Österreichern nicht angeschnitten. Der Nationalrat zeigte geringes Interesse. Auch das Europäische Parlament wurde unterschätzt. Berichterstatter müssen dem Parlament einen Bericht vorlegen auf Grund dessen das Parlament über die Aufnahme entscheidet. Der erste Bericht von spanischen Berichterstattern fiel negativ aus, da sie von den Österreichern ignoriert wurden. Doch zum Glück für Österreich wurden die spanischen Berichterstatter durch deutsche ersetzt, zu denen man einen besseren Kontakt hatte.⁶⁹²

Das Auftreten Österreichs wurde ebenfalls als eher negativ empfunden. Österreich zeigte keine Initiative, konnte sich nicht oder nur spät positionieren und war gegen die Erweiterung. Die Delegation war zwar zahlenmäßig überproportional, aber die fachliche Qualifikation wurde negativ bewertet. Österreich verlangte Sonderlösungen, aber blockierte die Netzwerkpolitik.⁶⁹³ Außerdem konnten sich SPÖ und ÖVP nicht einigen, wer für den Erfolg der Verhandlungen und des Referendums verantwortlich war. Deshalb reisten sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundespräsident zum Europäischen Rat. Unterzeichnet wurde der Vertrag von Alois Mock, dem Außenminister, (anstelle der SP-Europastaatssekretärin Brigitte Ederer) da sich die ÖVP den Erfolg nicht nehmen lassen wollte.⁶⁹⁴ Insgesamt verzeichnete Österreich die meisten Unterschriften im Beitrittsbuch. Und sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundespräsident drängten sich auf das Beitrittsfoto.⁶⁹⁵ Auch die Personalpolitik verlief anders. Normalerweise stellte die stimmenstärkste Partei den Kommissar, aber es wurde Franz Fischler aus der ÖVP

⁶⁹¹ Hummer: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. 567

⁶⁹² Berger: Die unverdaute Mitgliedschaft. 28-30

⁶⁹³ Ebd. 33-34

⁶⁹⁴ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 334

⁶⁹⁵ Mayer: Wirklichkeit und Möglichkeit der Integration. 115

ernannt, da niemand nach Brüssel gehen wollte. Dieses Verhalten zog sich weiter durch die Beamten, da diese bei ihrer Rückkehr aus Brüssel keine Stelle mehr gehabt hätten.⁶⁹⁶ Insgesamt gab es für Österreich allerdings auch weniger Posten in der EU zu besetzen, da es zum Beispiel schon einen deutschen Sprachendienst gab.⁶⁹⁷

4.9. Der EU-Beitritt

Am 4. Mai 1994 stimmten im Europäischen Parlament 378 Abgeordnete (von 517) für den Beitritt Österreichs. Einen Tag später wurde im Nationalrat über den Beitritt abgestimmt. Dabei waren es 140 Stimmen für den Beitritt und 35 Stimmen dagegen. Die ablehnenden Stimmen kamen von den Grünen und der FPÖ.⁶⁹⁸

Österreich trat am 1. Jänner 1995 der EU bei. In der Geschichte Österreichs wurde viel von außen bestimmt. Busek sieht jedoch den EU-Beitritt als ein Ereignis, das von Österreich selbst gesteuert wurde.⁶⁹⁹ Die ÖVP, SPÖ und FPÖ traten für den Beitritt zur EU aus wirtschaftlichen Interessen und auf Grund eines (mehr oder weniger stark ausgeprägten) europaorientierten Identitätsverständnisses ein.⁷⁰⁰

Aber es gab auch viele Gegner eines Beitrittes zur EU. Die Hauptargumente waren der Verlust der Atomkraftfreiheit und der Neutralität, die Überfremdung und das Verschwinden beziehungsweise Verändern und Verfälschen einzelner Lebensmittel.⁷⁰¹

In einer Publikation von Josef Feldner aus 1994 wurde der EU-Beitritt zum Beispiel als „Anschluss“ bezeichnet. Weiters warnte er vor Umweltzerstörung, der Transithölle, dem Verlust der österreichischen Identität, der Aufgabe der Neutralität, der Vorherrschaft von Brüssel und dem Verlust der Souveränität. Die Verhandlungen bezeichnete er als „Kapitulationsverhandlungen“. Die einzigen Nutznießer seien Politiker und Großindustrielle.⁷⁰²

⁶⁹⁶ Berger: Die unverdaute Mitgliedschaft. 31-32

⁶⁹⁷ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 284

⁶⁹⁸ Heinrich Neisser, Gerhard Loibelsberger, Helmut Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. Das Nachschlagewerk über Österreich. Wien, 2005. 36

⁶⁹⁹ Erhard Busek: Was heißt „Österreich“? Zu Genesis und Ausprägung des Österreich-Bewusstseins – aus der Sicht der politischen Akteure. 433. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 409-440

⁷⁰⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 83

⁷⁰¹ Ebd. 96

⁷⁰² vgl. Josef Feldner: Österreich in die EU!? Der falsche Weg nach Europa. Graz, 1994.

In der Zeit der Verhandlungen herrschten in Österreich Verlustängste. Ein Thema war zum Beispiel der Ausverkauf der österreichischen Gegenden an die Deutschen oder den Verlust der Neutralität. Auch fürchtete man den Verlust der speziellen österreichischen Ausdrücke und Wörter. Alle diese Ängste bezogen sich auf die österreichischen Mythen, obwohl der Beitritt eine Bereicherung an neuen identitätsstiftenden Merkmalen bot.⁷⁰³

Eine weitere Angst war der Verlust der Sprache. Dabei bestand die Hauptangst darin, dass die österreichische Sprache in der EU vom großen Deutschland dominiert beziehungsweise zum Verschwinden gebracht werden könnte.⁷⁰⁴ Im Protokoll Nr. 10 wurden jedoch 23 typisch österreichische Ausdrücke festgehalten (alle aus dem Lebensmittelbereich). Die Verschiedenheit zum deutschen Deutsch war also für Österreich besonders wichtig und diese Ängste konnten durch dieses Protokoll beruhigt werden.⁷⁰⁵ Es ist anzumerken, dass es um die Erhaltung der österreichischen Varietät geht, die Sprache an sich aber nicht für die österreichische Identität ausschlaggebend ist.⁷⁰⁶

Die Ängste waren auch zum Teil deshalb vorhanden, da der EU-Beitritt einen großen Unterschied zu den bisherigen Mitgliedschaften Österreichs in internationalen Organisationen darstellte. Bei der EU musste man einen teilweisen Souveränitätsverzicht auf sich nehmen. Aber dazu wurde kein Ausgleich im Sinne von symbolischen Identifikationsmöglichkeiten geboten.⁷⁰⁷

Der Beitritt erforderte eine Verfassungsänderung. Die betroffenen Grundprinzipien waren das demokratische Prinzip (Rechtserzeugung durch gewählte Volksvertreter – in der EU beim Ministerrat), das rechtsstaatliche Prinzip (Kompetenzen des österreichischen Verfassungsgerichtshof eingeschränkt, das gewaltenteilende Prinzip (Trennung von Legislative und Exekutive – in der EU hat die nationale Exekutive Legislativefunktion) und das bundesstaatliche Prinzip (die Mitwirkung und Kompetenzen der Länder waren in Frage gestellt).⁷⁰⁸ Aus diesem Grund musste eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

⁷⁰³ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 56

⁷⁰⁴ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 97

⁷⁰⁵ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 138-140

⁷⁰⁶ Max Haller, Stefan Gruber: Die Österreicher und ihre Nation – Patrioten oder Chauvinisten? Gesellschaftliche Formen, Bedingungen und Funktionen nationaler Identität. 70. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 61-147

⁷⁰⁷ Peter A. Ulram: Einstellung der Österreicher zur EU. 65. In: Heinrich Neisser, Sonja Puntischer-Riekman (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 65-79

⁷⁰⁸ Falkner: Österreich und die Europäische Einigung. 338

Plakate der ÖVP besagten: „Wir sind Europäer. Österreicher bleiben wir.“⁷⁰⁹ Man wollte die Möglichkeit der multiplen Identität betonen. In Kärnten wurde zum Beispiel eine Postwurfsendung ausgeteilt, die eine Liste mit EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-Mitgliedern zeigte. Auf der Seite der Nicht-Mitglieder waren Länder wie Albanien, Bulgarien, Polen oder Rumänien, für die meisten Österreicher negativ konnotierte Länder. Darunter stand die Frage: „*Wollen Sie lieber zu der einen Staatengruppe gehören, oder zur anderen?*“.⁷¹⁰ Die Regierung empfahl der österreichischen Bevölkerung mit „Ja“ abzustimmen. Man verfolgte eine „*Inklusionsstrategie*“⁷¹¹. Mit Slogans wie „*Wir sind Europäer*“ oder „*Wiener bleiben, Europäer werden*“ wurde die Zugehörigkeit zu Westeuropa demonstriert. Die Werbung suggerierte eine Art Doppelidentität. Die österreichische Identität sollte um ein Europabewusstsein erweitert und nicht gänzlich aufgegeben werden. Die Regierung nutzte auch Prominente in ihrer Kampagne, um für den Beitritt zu werben.⁷¹²

SPÖ und ÖVP versuchten zuerst die Menschen zur Informationsbereitschaft zu mobilisieren und dann die Massenmedien zu überzeugen. Das Informationsmaterial musste also attraktiv gestaltet werden. Auch über die Möglichkeit, sich zu informieren, musste informiert werden. Die Medien mussten dabei einen Nutz- und Unterhaltungswert erkennen können. Dies geschah hauptsächlich durch Dramatisierung der einzelnen Positionen. Das Problem beim Einsatz der Medien war, dass die Medien nicht kontrollierbar waren, aber kontrollierbare Informationsmedien wie Broschüren eine wesentlich geringere Reichweite erzielten.⁷¹³

Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen am 1. März 1994 wurde die Regierungskampagne intensiviert. Es wurden die (erfolgreichen) Ergebnisse der Verhandlung präsentiert. Außerdem wurde ein Europa-Telefon eingerichtet, an dem auch Mitglieder der Regierung ab und zu antworteten. Im ORF wurden Spots gesendet (zum Beispiel „*Ihre Meinung zählt: Mitten in Europa oder knapp daneben?*“). Die SPÖ Wien stellte vor dem Burgtheater ein Europazelt auf. In der ÖVP war vor allem die Personalisierung der Kampagne, die von Außenminister Mock intensiv geführt wurde, sehr erfolgreich.⁷¹⁴ Mock sagte vor der Volksabstimmung:

⁷⁰⁹ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 262

⁷¹⁰ Ebd. 266

⁷¹¹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 94

⁷¹² Ebd. 95

⁷¹³ Rust: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. 177

⁷¹⁴ Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? 75-78

„Euratsfeld [Anm: Mocks Geburtsort], das ist meine Heimat, Österreich, das ist mein Vaterland. Es wäre jetzt aber trivial zu sagen, Europa, das ist unsere Zukunft. Ich könnte mir vorstellen, daß das Europa, an dem wir bauen, einmal in ferner Zukunft, wenn man in größeren Räumen denken wird, auch unsere Heimat, eine übergeordnete, werden könnte.“⁷¹⁵

Die Grünen und die FPÖ plädierten mit „Nein“ zu stimmen. Die FPÖ warnte vor einem „Ausverkauf“ des Landes und vor dem Verlust der nationalen Identität. Außerdem startete die Partei im Jahr 1993 das Volksbegehren „Österreich zuerst“, das aber relativ wenig Stimmen (417 000) verzeichnen konnte.⁷¹⁶ Die Kampagne der FPÖ begann Ende April. Der Slogan des Volksbegehrens wurde weiterverwendet. Die Grünen hatten ebenfalls ein Europa-Telefon, allerdings unter dem Namen „EU-Kummer-Nummer“.⁷¹⁷

Von Beitrittsgegnern wurde auch die „Blutschokolade“ ins Spiel gebracht. Dieses Vorurteil verdeckte ein emotionales Thema durch Rationalität. Etwas Liebliches wurde zerstört. Mit dieser und ähnlicher Argumentation wurden die eigenen Positionen in Metaphern versteckt.⁷¹⁸ Statt einer Debatte zum EU-Beitritt wurde eine Kampagne gestartet (die teilweise durch Steuergelder finanziert wurde). Die Kampagne der Regierung war so erfolgreich, weil die Regierungsparteien gemeinsam auftraten, das Thema emotional positiv besetzt wurde und man nach der Isolation durch die Waldheim-Affäre wieder dazugehören wollte. Auch die Medien leisteten große Überzeugungsarbeit (mit Ausnahme von „Täglich Alles“). Ausschlaggebend war sicher auch, dass Dichand und die Kronen-Zeitung sich für den Beitritt aussprachen und so die Bevölkerung überzeugen konnte.⁷¹⁹

In der Woche vor der Volksabstimmung wurde von Wodak et al eine Zeitungsanalyse durchgeführt. Generell wurde in den Zeitungen sehr viel berichtet, doch es gab inhaltliche Unterschiede. Die „Täglich Alles“ betrieb eine Anti-EU Kampagne durch Negativ-Vergleiche. Die Berichterstattung war emotional und diffamierend. Hauptthema war die Umwelt, die Neutralität kam nicht vor. Der „Standard“ und die „Presse“ betrachteten vor allem die wirtschaftliche Seite. Die „Neue Kronenzeitung“ warb manipulativ für den Beitritt. Hauptthema war die Neutralität, das sich auch immer ganz vorne in der Zeitung befand.⁷²⁰

⁷¹⁵ Mock: Heimat Europa. 5

⁷¹⁶ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 84-86

⁷¹⁷ Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? 80-81

⁷¹⁸ Rust: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. 214-215

⁷¹⁹ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 327-328

⁷²⁰ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 284-287

Als einzige größere Tageszeitung warb die „Täglich Alles“ aggressiv gegen den EU-Beitritt. Nur ein paar regionale Zeitungen waren noch dagegen.⁷²¹ Auch die Wochenzeitung „Ganze Woche“ sprach sich gegen den Beitritt aus. Die Kronen Zeitung schwenkte Anfang 1994 um und wurde wichtiger Befürworter.⁷²² Die gesamte Kampagne, sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern, lief sehr emotional ab.⁷²³

Die Volksabstimmung fand schließlich am 12. Juni 1994 statt. Eine überwältigende Mehrheit von 66,58 Prozent sprach sich für den Beitritt aus. Mit „Ja“ gestimmt hatten überdurchschnittlich viele SPÖ und LiF-Anhänger, die ÖVP-Wähler lagen im Durchschnitt, von den Grünen und FPÖ-Wählern stimmten 40 Prozent dafür. Am wenigsten Zustimmung wurde von den Bauern und der jungen Bevölkerung gegeben, wobei die Zustimmung mit dem Grad der Ausbildung stieg.⁷²⁴ Die Gründe derer, die mit „Ja“ abgestimmt hatten, waren: Wirtschaftswachstum (32 Prozent), Erhöhung der Sicherheit (24 Prozent) und Mitbestimmung in der EU (14 Prozent). Die Gründe dagegen waren: Gefährdung der Neutralität (26 Prozent), zu hohe Zahlungen an Brüssel (14 Prozent) und das Bauernsterben (14 Prozent). 45 Prozent der Bevölkerung hatten eher gefühlsmäßig entschieden.⁷²⁵ Insgesamt war die regionale Differenz im Abstimmungsergebnis weniger ausgeprägt als bei den anderen Beitrittskandidaten, auch alle einzelnen Regionen stimmten mit „Ja“. Das höchste Ergebnis wurde im Burgenland mit 74,7 Prozent erzielt (wahrscheinlich weil das Burgenland als Ziel1-Gebiet definiert wurde).⁷²⁶ 30 Prozent der Teilnehmer der Volksabstimmung entschieden sich erst kurz davor, wie sie abstimmen würden. Besonders diejenigen, die mit „Ja“ stimmten, hatten lange mit der Entscheidung gewartet.⁷²⁷ Bei der Frage nach der Informiertheit über den EU-Beitritt stieg der Anteil der sehr gut beziehungsweise ziemlich gut informierten von 27 Prozent (1989) auf 80 Prozent (12. Juni 1994). Dabei stimmten die Personen mit einem subjektiv höheren Informationsniveau eher mit „Ja“.⁷²⁸

⁷²¹ Wolfram Kaiser: The Silent Revolution: Austria's Accession to the European Union. 137. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 135-162

⁷²² Schaller: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? 51

⁷²³ Rust: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. 217

⁷²⁴ Luif: Österreich und die Europäische Union. 875

⁷²⁵ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 325-326

⁷²⁶ Kaiser: The Silent Revolution. 138

⁷²⁷ Fritz Plasser, Peter A. Ulram: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. 94. In: Anton Pelinka (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien, 1994. 87-119

⁷²⁸ Plasser, Ulram: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen. 103

Österreichs Volksabstimmung war die erste in den Kandidatenländern. Da Österreich als „Musterschüler“ galt, sollte das Ergebnis einen positiven Dominoeffekt auf die anderen Staaten haben (nur in Norwegen wirkte es nicht).⁷²⁹

4.10. Österreich in der EU

Durch Österreichs Beitritt zur EU musste die Außenpolitik zwar nicht grundsätzlich geändert, aber dennoch neu formuliert werden. Im Bereich der Sicherheit wollte man eine Stärkung der UNO und KSZE, sowie inner- beziehungsweise zwischenstaatliche Konflikte in Nachbarländern verhindern. In der Frage der Selbstbestimmung sollten die Mitentscheidungsbefugnisse in der EU gesichert werden. In der UNO wollte Österreich mit der EU kohärent vorgehen. Außerdem sollte der österreichische Lebensstandard gehalten und die internationalen Umweltstandards verbessert werden. Der vielleicht schwierigste Punkt betraf die Identität. Diese sollte neu definiert und durch eine europäische Identität erweitert werden. Die neue Devise lautete „aktive EU-Politik“.⁷³⁰ Teilweise wurde die österreichische Außenpolitik zur europäischen Innenpolitik.⁷³¹ Dennoch sollte laut Pahr das Ziel der österreichischen Außenpolitik immer sein, ein Geschehen, wie im Jahr 1938, zu verhindern. Dies kann vor allem durch zivile Landesverteidigung (also politisch) passieren. Die Neutralität spielt dabei eine zentrale Rolle. Seiner Meinung nach wurde diese nicht aufgezwungen, sondern auch schon vor dem Staatsvertrag überlegt.⁷³² Seit dem Beginn der Zweiten Republik war die österreichische Außenpolitik stabil, die Wirtschaft erfolgreich. Es war eine stete Aufwärtsentwicklung, die außenpolitischen Basisziele konnten realisiert werden.⁷³³

⁷²⁹ Berger: Die unverdaute Mitgliedschaft. 28.

⁷³⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 162-164

⁷³¹ Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 829

⁷³² Willibald Pahr: Österreich in der Welt. 3-4. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955-1990. Österreichische Nationalgeschichte nach 45, Band 2. Wien, Köln, Weimar, 2002

⁷³³ Helmut Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). 807. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 807-837

Durch den EU-Beitritt wurde auch die Beteiligung an der NATO-Partnership for Peace (PfP) möglich, die im Februar 1995 eingegangen wurde. Sie stellte weder eine Vorstufe zur Mitgliedschaft noch eine Neutralitätsverletzung dar. Österreich war auch bei der GASP aktiv und trotzdem weiterhin neutral.⁷³⁴

Andere bilaterale Abkommen und Ähnliches waren auch vom Beitritt betroffen. So wurden das Accordino aus dem Jahr 1949 (der Austausch charakteristischer Erzeugnisse zwischen Tirol, Vorarlberg, Südtirol und Trentino) und das Freihandelsabkommen obsolet. Österreich trat aus der EFTA aus und wechselte im EWR die Seite. Der Transitvertrag aus dem Jahr 1992 wurde in die Beitrittsakte überführt.⁷³⁵ Die meisten Änderungen im Gesetz wurden jedoch bereits schon im Jahr 1994 mit dem Eintritt in den EWR vorgenommen und das Gemeinschaftsrecht übernommen.⁷³⁶

Die Grünen änderten nach dem Beitritt ihren Kurs. Johannes Voggenhuber meinte nach der Volksabstimmung im Jahr 1994, dass man das Ergebnis akzeptieren müsse, die Ziele der Grünen (Demokratisierung, soziale Integration und Ökologie) in der EU jedoch weiterhin verfolgt werden würden. Bei der Ratifikation stimmten die Grünen dafür.⁷³⁷ Doch auch nach dem Beitritt meinte die ehemalige Grün-Klubobfrau Freda Meißner-Blau noch, dass der EU-Beitritt die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik unterbrochen hätte.⁷³⁸

Mit der EU-Mitgliedschaft konnte der Wunsch, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand, volles Mitglied Westeuropas zu sein, endgültig erfüllt werden. Die Elite versuchte dieses Gefühl auch in der Bevölkerung zu verankern und verwendete in diversen Europakampagnen europaorientierte Österreichbilder.⁷³⁹ Die EU beeinflusste das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben Österreichs, obwohl auch vor dem Beitritt Österreich nicht isoliert von Europa war. Durch den Beitritt konnte es jedoch aktiv an Europa teilnehmen.⁷⁴⁰

⁷³⁴ Heinrich Schneider: Österreich als Mitglied der Europäischen Union: Sicherheitspolitik zwischen Neutralität und Allianzbeitritt. 335. In: Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 333-376

⁷³⁵ Hummer: Österreich und die Europäische Union. 94-96

⁷³⁶ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 207

⁷³⁷ Pollak, Slominski: Die österreichischen politischen Parteien. 182

⁷³⁸ Freda Meißner-Blau: Was heißt „Österreich“? Zu Genesis und Ausprägung des Österreichbewusstseins. 447. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 441-448

⁷³⁹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 214-215

⁷⁴⁰ Matthias Pape: Einleitung. 7-8. In: Matthias Pape: Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 7-11

Durch den EU-Beitritt entstanden auch Kosten, einerseits durch die Rechtsangleichung, andererseits weil Österreich zu den Nettozahlern zählte. Die Erträge aus dem Beitritt kamen aus der Preisreduktion und der Währungsunion.⁷⁴¹

Auch die Identität musste durch den Beitritt neu orientiert werden zwischen Regionalisierung, Globalisierung und EU.⁷⁴² Der Beitritt zur EU bedeutete, dass Österreich nun ein übergeordnetes politisches System hatte. Das EU-Recht hat Vorrang, allerdings gibt es ein Mitspracherecht.⁷⁴³

Bei der Wirtschafts- und Währungsunion war Österreich vorbildlich und hat den Konvergenzkriterien entsprochen. Durch den Beitritt wurde die österreichische Wirtschaft aufgerüttelt und konkurrenzfähig. Das Bruttosozialprodukt konnte schnell wachsen, das Preisniveau sank, die Produktivität wurde erhöht und die Inflation war niedriger. Es wurden Investitionen im Ausland getätigt, aber gleichzeitig Österreich als Wirtschaftsstandort für ausländische Investoren etabliert. Negative Auswirkungen waren die Insolvenz von Kleinbetrieben, Entlassungen, Firmenverkäufe und der Rückgang österreichischer Beteiligungen. Die Arbeitslosenquote war zwar im EU-Vergleich niedrig, stieg aber an (während sie in der EU sank).⁷⁴⁴

Ein Jahr nach dem Beitritt wurden die Österreicher in einer SWS-Umfrage gefragt, ob sich ihre Einstellung zur EU verändert hatte. 76 Prozent antworteten mit nein, 22 Prozent mit ja. Von diesen 22 Prozent hatten lediglich 9 Prozent ihre Einstellung zu Gunsten der EU geändert, 88 Prozent jedoch gegen die EU.⁷⁴⁵

Die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich fanden am 13. Oktober 1996 statt. Die Wahlkampfthemen waren jedoch national bestimmt, besonders bei der FPÖ. Gesamteuropäische Themen spielten eine untergeordnete Rolle. Die Wahl brachte für die SPÖ Verluste von minus 9 Prozent. Die FPÖ dagegen konnte 5,6 Prozent dazugewinnen. Durch den Verlust der SPÖ war die ÖVP nun stärkste österreichische Partei im Europäischen Parlament. Die Wahlbeteiligung war besonders niedrig. Außerdem verwendeten die Parteien weniger Geldmittel für diesen Wahlkampf und in den Medien wurde weniger berichtet als bei nationalen Wahlen.⁷⁴⁶

⁷⁴¹ Butschek: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. 137-138

⁷⁴² Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 162

⁷⁴³ Gerda Falkner: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. 82. In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 82-96

⁷⁴⁴ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 284-285

⁷⁴⁵ Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 36. Jahrgang, 1996. 218

⁷⁴⁶ Hickersberger, Lutter: Die Europaparlamentswahlen 1996 in Österreich. 380, 391

Ende des Jahres 1997 startete die FPÖ das Volksbegehren "Schilling- Volksabstimmung". Da Österreich ab der zweiten Jahreshälfte 1998 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen sollte, musste eine Gegenkampagne eröffnet werden. Durch diese gezielte Euro-Werbung stimmten 64 Prozent der Österreicher dem Euro zu, das war mehr als in den anderen Mitgliedsländern.⁷⁴⁷

Als Österreich im Jahr 1998 als erstes der neuen Beitrittsländer die Präsidentschaft antrat, erhoffte es sich dadurch eine Aufwertung des Images. Man übernahm die Rolle des „*ehrliehen Maklers*“.⁷⁴⁸ Die österreichische Regierung erhoffte sich außerdem, die große Differenz zwischen der EU-freundlichen Elite und der EU-skeptischen Gesellschaft durch die Präsidentschaft überbrücken zu können.⁷⁴⁹ Allerdings war diese Gelegenheit ein weiterer Anstoß zur Verschärfung der Konkurrenzsituation zwischen ÖVP und SPÖ.⁷⁵⁰ Die beiden Großparteien konnten sich nicht einigen, wer die Präsidentschaft übernehmen sollte. Im Ausland wurde dieser Streit als „*Hofzeremonie*!“ verspottet.⁷⁵¹ Klestil sah in der EU-Ratspräsidentschaft auch eine Anknüpfung an die Zeit der Monarchie.⁷⁵² Busek sieht das Positive am EU-Vorsitz, dass Österreich auch Verantwortung für andere übernehmen konnte.⁷⁵³

Die gesetzten Themen für die Zeit der Präsidentschaft waren: die gemeinsame Währung, Beschäftigungspolitik, innere Sicherheit, Erweiterung und Umweltschutz. Im Dezember wurde die Tagung „Wiener Strategie für Europa“ veranstaltet. Dabei wurde eine Reform der EU vorgestellt, jedoch ohne inhaltliche Vorgaben. Das Treffen lief im Ganzen harmonisch ab, wurde aber kritisiert, da man das österreichische Proporzsystem auf die EU übertragen wollte.⁷⁵⁴

„*Das Jahr 1999 war für Österreich ein >>Superwahljahr<<.*“⁷⁵⁵ In nur einem Jahr fanden drei Landtagswahlen, die Nationalratswahl und die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

⁷⁴⁷ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 361

⁷⁴⁸ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 211

⁷⁴⁹ Anton Pelinka: Innenansicht: Rollenbild und Rollenwahrnehmung Österreichs als Akteur in der EU. 27. In: Heinrich Neisser, Sonja Puntischer-Riekman (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 17-36

⁷⁵⁰ Pelinka: Innenansicht. 28

⁷⁵¹ Mayer: Wirklichkeit und Möglichkeit der Integration. 116

⁷⁵² Klestil: Österreichs Weg ins gemeinsame Europa. 49

⁷⁵³ Erhard Busek: Österreichs Rolle in einer sich neu formierenden Region. 16. In: Matthias Pape: Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 15-24

⁷⁵⁴ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 362, 377

⁷⁵⁵ Michaela Hickersberger, Johannes Lutter: Der Europaparlamentswahlkampf 1999 aus demokratietheoretischer Perspektive. 293 In: SWS-Rundschau. Heft 4, 39. Jahrgang, 1999. 293-328

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1999 wurden von vielen als „Aufwärmen“ für die als wichtiger betrachteten Nationalratswahlen betrachtet. Es wurden kaum integrationspolitische Fragen behandelt, der Schwerpunkt lag auf innenpolitischen Themen.⁷⁵⁶ Im Wesentlichen ist für diese Wahlen das gleiche festzustellen wie für die Wahlen im Jahr 1996 (siehe oben). Einzig die Liberalen bildeten eine Besonderheit. Sie versuchten der österreichischen Bevölkerung mehr Informationen, vor allem allgemeine Informationen über die EU zu bieten. Außerdem waren sie als Oppositionspartei trotzdem starker Befürworter der EU. Die Liberalen und die Grünen versuchten sich inhaltlich von den Regierungsparteien abzusetzen, während die FPÖ „*negative campaigning*“ betrieb. Im Gegensatz zum Wahlkampf im Jahr 1996 fehlte der SPÖ ein konkretes Programm und die ÖVP versuchte sich stärker von der SPÖ abzugrenzen. Insgesamt wurden allerdings weniger manipulative und emotionalisierende Mittel eingesetzt.⁷⁵⁷

Die Nationalratswahl im Jahr 1999 folgte dem Trend der 90er Jahre: Es gab kaum mehr Parteibindung, viele Wechselwähler und „late deciders“.⁷⁵⁸ Nach dem Regierungsantritt der Koalition ÖVP-FPÖ ergriff die EU „Maßnahmen“ (auch „Sanktionen“) gegen Österreich. Hauptproblem war, dass Jörg Haider fremden- und EU-feindlich eingestellt war. Die „Werte“ der EU bekamen für Österreich zu dieser Zeit eine besondere Bedeutung, da sie immer wieder betont wurden. Vielen österreichischen Politikern wurde wahrscheinlich erst zu dieser Zeit bewusst, dass der EU-Beitritt Österreichs nicht nur rein wirtschaftliche Konsequenzen hatte, sondern dass Österreich auch neue politische Werte und Zielsetzungen übernommen hatte. Vor den Maßnahmen trat Österreich für den Wertekatalog ein, da dieser für die Osterweiterung binden war. Die Ironie war, dass Österreich dann selber damit konfrontiert war.⁷⁵⁹

Allerdings stellte diese Wende einen Indikator für ein allgemeines EU-Problem dar. In allen Mitgliedsstaaten begann der Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien.⁷⁶⁰ Allerdings wurde der Populismus in Österreich von außen als Europa-Feindlichkeit gesehen.⁷⁶¹ Die Gründe für den Erfolg des Populismus in Österreich sieht Thurnher unter anderem in folgenden Punkten: die Zweite Republik basiert auf Vergessen und Verdrängen, es

⁷⁵⁶ Pelinka, Rosenberg: Österreichische Politik. 107

⁷⁵⁷ Hickersberger, Lutter: Der Europaparlamentswahlkampf 1999. 314, 324-325

⁷⁵⁸ Ullrich: Die Parteien in der medialen Wahlkampfarena. 118

⁷⁵⁹ Wolfgang Böhm, Otmar Lahodynsky: Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel. Wien, Köln, Weimar, 2001. 49-55

⁷⁶⁰ Thomas Angerer: Welches Österreich für welches Europa? Die Krise von 2000 im Lichte europäischer Österreichprobleme und österreichischer Europaprobleme seit dem 19. Jahrhundert. 110. In: Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 85-120

⁷⁶¹ Alfred Payrleitner: Ist Österreich reformierbar? 7. In: Alfred Payrleitner (Hg.): Die Fesseln der Republik. Ist Österreich reformierbar? Wien, 2002. 7-26

erfolgte keine Re-education wie in Deutschland. Die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik bildet einen guten Anknüpfungspunkt. Auch der Spezialfall Kronen Zeitung fördert den Populismus.⁷⁶²

Angerer bezeichnet die Maßnahmen auch als „*österreichische Krise der Europäischen Union*“.⁷⁶³ Die Regierungsbildung im Jahr 2000 bestärkte die EU in ihrem Eindruck, dass Österreich ein lästiger, schwieriger Partner war. Die Maßnahmen waren relativ leicht durchzuführen, da Österreich keiner Freundschaftsgruppe angehört (wie zum Beispiel die Benelux-Staaten).⁷⁶⁴ Die EU ergriff diese Maßnahmen, da sie befürchtete, dass die FPÖ die Europapolitik blockieren würde. Man konnte in Österreich eine politische und gefühlsmäßige Abwendung von der EU spüren. Die Opposition war gegen Maßnahmen, die sich gegen Bürger richteten. Allerdings befürworteten sie die Maßnahmen gegen die Regierung.⁷⁶⁵ Die Maßnahmen zeigten bei der Bevölkerung eine Verstärkung der kritischen Haltung, wobei sich die Politiker hingegen moderat verhielten und erst nach einiger Zeit schärfer reagierten.⁷⁶⁶ Bei den Maßnahmen handelte es sich nicht um eine Maßnahme der EU als Institution, sondern der einzelnen Mitgliedsstaaten. Dabei kam es auch zu Kurzschlussreaktionen einzelner Länder. Belgien rief zum Beispiel zum Boykott auf und auch Politiker äußerten sich unangemessen, vor allem aus Deutschland gab es herablassende Aussagen. Im Gegensatz zu den Politikern sprach sich die europäische Bevölkerung gegen die Maßnahmen aus.⁷⁶⁷

Die Regierung wollte schon eine Volksabstimmung starten, ob die „Sanktionen“ aufgehoben werden sollten. Doch zur gleichen Zeit wurden von der portugiesischen Präsidentschaft aus die „Drei Weisen“ geschickt, die die Situation in Österreich beurteilen sollten. Nach ihrem Bericht wurden die Maßnahmen gegen Österreich aufgehoben.⁷⁶⁸ Sie waren zu der Überzeugung gekommen, dass die Maßnahmen das Bewusstsein für die europäischen Werte geschärft hätten und ein Fortbestehen kontraproduktiv gewesen wäre.⁷⁶⁹

⁷⁶² Armin Thurnher: Zum Versagen der symbolischen Ordnung in Österreich. Zehn Mutmaßungen zu alten und neuen populistischen Figuren in der österreichischen Öffentlichkeit. 87, 90. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): *Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik*. Innsbruck, 2002. 86-99

⁷⁶³ Angerer: Welches Österreich für welches Europa? 85.

⁷⁶⁴ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 355

⁷⁶⁵ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 221-222

⁷⁶⁶ Silvia Tributsch, Peter A. Ulram: *Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn*. Wien, 2004. 138

⁷⁶⁷ Ulram: Einstellung der Österreicher zur EU. 70

⁷⁶⁸ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 223

⁷⁶⁹ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 374

Im Nachhinein gesehen, hatten die Maßnahmen der EU-14 keinerlei Auswirkung auf die ideologische Haltung der Parteien.⁷⁷⁰ Interessanterweise änderten die Maßnahmen auch nicht die Haltung der Bevölkerung bezüglich eines Austrittes aus der EU. Eine solche Reaktion wurde nicht überlegt beziehungsweise befürwortet. Allerdings verschlechterte sich das Image Österreichs innerhalb der EU.⁷⁷¹

Die „Sanktionen“ wurden außerdem als massive Einmischung in die österreichische Innenpolitik verstanden. Während die SPÖ (als Oppositionspartei) die Gründe für diese Reaktion der EU-14 „verstehen“ konnte, empfanden es die beiden Regierungsparteien als Diskriminierung. An der EU-skeptischen Einstellung der FPÖ änderte sich durch die Maßnahmen nichts Wesentliches. Die Europapartei ÖVP wurde aber dadurch etwas ins Schwanken gebracht.⁷⁷² Positiv für letztere war, dass sie sich als Vertreter der österreichischen Interessen profilieren konnte.⁷⁷³ Bei einer Befragung zeigte sich unter den Wählern eine deutliche Tendenz hinsichtlich der Einstellung zu den Sanktionen und der Parteipräferenz. 37 Prozent der SPÖ-Wähler und 40 Prozent der Grün-Wähler waren gegen die Maßnahmen, bei der ÖVP waren es jedoch 82 Prozent und bei der FPÖ 84 Prozent. Auch das Verständnis für die Maßnahmen war bei ÖVP- und FPÖ-Wählern wesentlich geringer als bei SPÖ-, Grüne- und LiF-Wählern.⁷⁷⁴

Weitere bedeutende Ereignisse waren die Einführung des Euros, die Erweiterung, die Verfassung und die zweite Präsidentschaft.

Am 1. Jänner 2002 wurde der Euro eingeführt. Im Jahr 2003 befürworteten 24 Prozent die Rückkehr zum Schilling, 74 Prozent waren dagegen.⁷⁷⁵ Bei der größten Erweiterungsrunde der EU im Jahr 2004 stellte keines der Mitgliedsstaaten so viele Hindernisse in den Weg wie Österreich.⁷⁷⁶ Bei den Europawahlen im Jahr 2004 war die größte Angst der Parteien nicht ein eventueller Stimmverlust, sondern die befürchtete niedrige Wahlbeteiligung.⁷⁷⁷

Eine Umfrage aus dem Jahr 2003 ergab, dass 34 Prozent der Österreicher die Verfassung als notwendig empfanden, sich allerdings 54 Prozent auf Grund zu wenig

⁷⁷⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 224

⁷⁷¹ Ullrich: Einstellung der Österreicher zur EU. 70

⁷⁷² Pelinka: Innenansicht. 29-30

⁷⁷³ Ullrich: Einstellung der Österreicher zur EU. 70

⁷⁷⁴ Luif: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. 369

⁷⁷⁵ Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 43. Jahrgang, 2003. 227

⁷⁷⁶ Anton Pelinka: Zwischen allen Klischees. Das Auf und Ab des Österreich-Bildes. 108. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 33. Jahrgang, 2005. 103-111

⁷⁷⁷ Paul Lendvai: Reflexionen eines kritischen Europäers. Wien, 2005. 71

Wissens sich kein Urteil darüber bilden wollten.⁷⁷⁸ Zwei Jahre später empfanden 45 Prozent der Österreicher eine gemeinsame Verfassung als notwendig.⁷⁷⁹

In der ersten Jahreshälfte 2006 übernahm Österreich die EU-Präsidentschaft. Das Programm der Präsidentschaft musste am Strategieprogramm 2004-2006, das von den sechs Vorsitzenden Irland, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Österreich und Finnland ausgearbeitet wurde, orientiert werden. Außerdem bestimmten die „left-overs“ der britischen Präsidentschaft das Vorgehen Österreichs. Die gewünschten Themen wie um Beispiel Westbalkan, Subsidiarität oder Tourismus konnten deshalb von Österreich nicht ungehindert bearbeitet werden. Österreich kann für seine Ratspräsidentschaft nur wenige Erfolge verzeichnen, viele erstrebte Änderungen konnten nicht durchgeführt werden (zum Beispiel die Umwandlung der Rassismus-Stelle in Wien zur Europäischen Agentur für Grundrechte).⁷⁸⁰

Österreich ist zwar mittlerweile seit zwölf Jahren Mitglied der EU, hat es aber noch nicht geschafft, sich richtig zu positionieren. Es muss noch seinen Platz in Brüssel finden und seiner Stimme Gehör verschaffen.⁷⁸¹

⁷⁷⁸ Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Das Meinungsbild der Österreicher zu aktuellen „Europa-Themen“: Konvent – Erweiterung – Euro – Mitgliedschaft. Online unter: http://cms.euro-info.net/received/_1947_KurzfassungPK.pdf. (28. November 2005)

⁷⁷⁹ Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: EU aktuell: „Mini-Referendum“ über die EU-Verfassung, EU-Mitgliedschaft und die Folgen. Online unter: http://cms.euro-info.net/received/_3119_Studie.pdf. (27. November 2005)

⁷⁸⁰ Hummer: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. 640-643

⁷⁸¹ Ebd. 646

5. Identität in Österreich und Europa

5.1. *Die österreichische Identität*

5.1.1. Allgemein

Ehtreiber sieht drei Kernbedeutungen für „Österreich“ (und auch „Österreicher“ und „österreichisch“). Erstens handelt es sich um ein politisches Gebilde, also einen Staat oder einen politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Akteur. Zweitens ist es eine Nationalität, das heißt eine Nation und eine Bevölkerung. Und als letzter Punkt ist Österreich ein Eigenname für einen geographischen Raum.⁷⁸²

Im Allgemeinen wird die nationale Identität in Österreich als ein (isoliertes) Produkt der Zweiten Republik gesehen. Aber auch die österreichische Identität ist nicht aus dem Nichts entstanden. Bereits ab dem 18. Jahrhundert kann man Vorläufer entdecken und auch im Nationalsozialismus kam es zu einer Verstärkung des österreichischen Patriotismus im Widerstand.⁷⁸³

Im Lauf der Geschichte gab es mehrere Gelegenheiten, bei denen sich Österreich zu einer Nation entwickeln hätte können. Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es das Bewusstsein für ein dauerhaftes politisches Gemeinwesen und die katholisch-barocke Volkskultur auf die man sich stützen konnte. Bei den Auseinandersetzungen mit Napoleon gab es auch so etwas wie patriotische Bewegungen. Allerdings wurde dieser Patriotismus von den Habsburgern nicht unterstützt. Es handelte sich eher um eine „Hofratsnation“, die den Adel, die Beamte und Offiziere umfasste. Im 19. Jahrhundert bestand die Möglichkeit zur Schaffung eines Bundesstaates, aber es wurde lediglich der Ausgleich mit Ungarn geschaffen.⁷⁸⁴

In Österreich gibt es ein hoch entwickeltes Landesbewusstsein in den einzelnen Bundesländern (das am schwächsten in Wien ausgeprägt ist). Der Kontakt der Bundesländer untereinander ist gering, sie sind endogam. Das ausgeprägte Landesbewusstsein in Österreich ist zurückzuführen auf den Widerstand gegen den habsburgischen Zentralismus. Dabei spielen auch Landessymbole wie zum Beispiel

⁷⁸² Ewald Ehtreiber: „Alles für unser Österreich“. Das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik. Frankfurt am Main, 2003. 79

⁷⁸³ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 35

⁷⁸⁴ Tributsch, Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 47-48

Trachten eine große Rolle.⁷⁸⁵ Auch die regionalen Identifikationsfiguren, wie zum Beispiel Andreas Hofer oder Prinz Eugen, sind für das Landesbewusstsein von Bedeutung.⁷⁸⁶ Während es sich allerdings in Tirol, Vorarlberg und Kärnten hauptsächlich um den Landespatritismus handelt, gibt es in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland den Lokalpatritismus gemeinsam mit Österreichbewusstsein.⁷⁸⁷ „... until today an Austrian from Tyrol is first and foremost a Tyrolean, and [...] an Austrian from Salzburg for the Tyrolean is almost as foreign as a Bavarian.“⁷⁸⁸ In Österreich gibt es aber im Gegensatz zu anderen EU-Ländern keine Konflikte zwischen den Regionen (wie zum Beispiel in Belgien oder Spanien).⁷⁸⁹ „Austria therefore was and is not only difficult to define as an object of historical research because of its territorial plurality [...], but above all because of the legal plurality of its individual parts.“⁷⁹⁰

Die österreichische Identifikation mit dem Staat stützt sich auf die Sozialpolitik, auf Ämter und Polizei, nicht wie bei anderen nationalen Identitäten auf die Verfassung oder das Parlament.⁷⁹¹

Die Mentalität Österreichs wird meist mit Charme, Liebenswürdigkeit und Charakterschwäche beschrieben. Von außen wird Österreich im Vergleich mit Deutschland als „sympathisch“ beschrieben, während Deutschland als „tüchtig“ gilt.⁷⁹² Auch das kollektive Bewusstsein innerhalb der beiden Länder unterscheidet sich. Während Deutschland in den 50er Jahren das Bewusstsein „wir sind wieder wer“ aufbauten, vertrat man in Österreich „wir sind wir“.⁷⁹³

Tributsch und Ulram gliedern die Nationswerdung in drei Phasen:⁷⁹⁴

⁷⁸⁵ Bruckmüller: Österreichbewusstsein im Wandel. 20-24

⁷⁸⁶ Dieter A. Binder: Kontinuität – Diskontinuität. Notizen zur österreichischen Kultur nach 1945. 739. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 727-743

⁷⁸⁷ Bruckmüller: Österreichbewusstsein im Wandel. 19

⁷⁸⁸ Gunda Barth-Scalmani, Hermann J.W. Kuprian, Brigitte Mazohl-Wallnig: National Identity or Regional Identity: Austria Versus Tyrol/ Salzburg. 37. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 32-63

⁷⁸⁹ Bettina Westle: Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. 460-461. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 4, 44. Jahrgang, 2003. 453-482

⁷⁹⁰ Barth-Scalmani, Kuprian, Mazohl-Wallnig: National Identity or Regional Identity. 35.

⁷⁹¹ Bruckmüller: Österreichbewusstsein im Wandel. 81

⁷⁹² Manfred Prisching: Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. 646-647. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 639-676

⁷⁹³ Botz, Müller: Differenz und Identität. 17.

⁷⁹⁴ Tributsch, Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 57-60

- die primäre Nationswerdung 1945 bis 1960: In dieser Phase dominierte der Wunsch nach Eigenstaatlichkeit und nationaler Souveränität. Hauptaufgabe war der Aufbau des Staatswesens und der politischen Ordnung. Allerdings lehnten noch 50 Prozent der österreichischen Bevölkerung die eigenständige Nation ab. Es herrschte Unsicherheit.
- Die Konsolidierungsphase von den 60er Jahren bis in die 80er Jahre: Man ist sicher über die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Errungenschaften. Wirtschaft und Wohlstand wachsen. Leichte übrig gebliebene Unsicherheiten werden mit aufkommendem Nationalstolz überspielt. Man möchte im Kleinstaat und in seiner Gemütlichkeit nicht gestört werden. Zwei Drittel der Bevölkerung sehen Österreich als Nation.
- Das gefestigte Nationalbewusstsein ab Mitte der 80er Jahre: Die Nationsbildung ist abgeschlossen, über die politische Nation herrscht ein Konsens bei den Staatsbürgern. Dennoch gibt es noch deutschnationale Restbestände.

5.1.2. Vorgeschichte

Brix teilt die österreichische Identität in neun Stufen ein:⁷⁹⁵

- Österreich als Ausdruck einer Dynastie (Habsburger)
- Nationsgedanke und multinationale Österreichidee in der Doppelmonarchie
- Deutsche Rolle im Jahr 1918
- Identitätskrise der Ersten Republik
- Ständestaat
- „Anschluss“
- Alliierte Besatzung
- Staatsvertrag und Neutralität
- Österreich in Europa (seit 1989)

Mathis ist der Meinung, dass die eintausendjährige Geschichte Österreichs die Entwicklung der österreichischen Identität verhindert hat. Die Erwähnung Ostarrichis im Jahr 996 bezog sich auf ein Gebiet in Niederösterreich unter den Babenbergern. Später

⁷⁹⁵ Brix: Widersprüche und Wandlungen im Österreichbewusstsein der Zweiten Republik. 456

wurde der Begriff ausgedehnt, aber nicht auf alle Besitzungen der Babenberger oder Habsburger (zum Beispiel Tirol oder Kärnten). Auch in der Habsburger-Monarchie Österreich-Ungarn bezeichnete „Österreich“ nicht offiziell den westlichen Teil der Doppelmonarchie.⁷⁹⁶ Österreichische Geschichte ist lange aus der Sicht Wiens betrieben worden, obwohl die Regionen Österreichs (zum Beispiel Salzburg) eine lange eigenständige Geschichte haben.⁷⁹⁷

Eine Identifikation mit Österreich lässt sich seit dem 17./18. Jahrhundert erkennen. Diese war aber auf die Herrscher, besonders auf Maria Theresia und ihren Sohn Josef II bezogen. Ende des 19. Jahrhunderts tauchte der Pangermanismus auf, das waren deutsch-nationale Strömungen innerhalb des Habsburgerreiches. Das heutige Nationalbewusstsein hat seine Wurzeln bei Maria Theresia, der Barock dient (genauso wie der Katholizismus) seit dem Jahr 1945 als österreichischer Stereotyp. Im Jahr 1804 schuf Franz I. als erster Kaiser von Österreich eine neue Monarchie. Allerdings war der Begriff „Cisleithanien“ gebräuchlicher als „Österreich“.⁷⁹⁸ Garscha meint, eine erste Möglichkeit zur österreichischen Nationsbildung kann schon um die Zeit von 1866/71 angesetzt werden, da sich zu dieser Zeit Deutschland ohne Österreich bildete.⁷⁹⁹

In der Ersten Republik rief Karl Renner „Deutsch-Österreich“ aus. In St.Germain im Jahr 1919 wurde allerdings von den Alliierten der Name „Republik Österreich“ bestimmt („*L'Autriche, c'est ce qui reste!*“).⁸⁰⁰ Ebenso wurde ein Anschlussverbot Österreichs an Deutschland verhängt, da der Wunsch nach Vereinigung weit verbreitet war. Andere Namensvorschläge waren außerdem „Republik Süd-Ost-Deutschland“ oder „Ost-Alpenlande“.⁸⁰¹ Während die anderen Nachfolgestaaten der Habsburger-Monarchie ein starkes Nationalbewusstsein (teilweise bis hin zum Chauvinismus) entwickelten, konnte sich Österreich nicht damit abfinden der „Rest“ zu sein.⁸⁰² Die Eckpfeiler der Ersten

⁷⁹⁶ Franz Mathis: 1000 Years of Austria and Austrian Identity: Founding Myths. 20-21. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 20-31

⁷⁹⁷ Barth-Scalmani, Kuprian, Mazohl-Wallnig: National Identity or Regional Identity. 46.

⁷⁹⁸ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 37-39

⁷⁹⁹ Winfried R. Garscha: Für eine neue Chronologie der österreichischen Nationsgenese. 346. In: Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich, Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt am Main, 1994. 346-352

⁸⁰⁰ Gerald Stourzh: Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewusstsein im 20. Jahrhundert. Wien, 1990. 27

⁸⁰¹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 40-43

⁸⁰² Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 32

Republik waren Deutschtum und der Katholizismus.⁸⁰³ Die Erste Republik wurde als nicht überlebensfähig angesehen, obwohl sie wirtschaftlich sehr wohl dazu fähig gewesen wäre. Die negative Entwicklung lag also nicht an den mangelnden Möglichkeiten, sondern am mangelnden Glauben beziehungsweise der fehlenden Entschlossenheit.⁸⁰⁴ In der Ersten Republik wurde sogar kurzfristig die Neutralität erwogen und über eine Donauföderation nachgedacht.⁸⁰⁵

In der Ersten Republik brauchte man ein neues Wappen. Es gab Pläne für ein Wappen mit einem Stadtturm mit geöffneten Toren in schwarz für das Bürgertum, gekreuzte rote Hämmer für die Arbeiter und einem goldenen Ährenkranz für die Bauern. Dieser Entwurf konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Im Jahr 1919 wurde ein neues Wappen mit Adler und reduzierter Ständesymbolik beschlossen.⁸⁰⁶ Bei Renner, dem „Erbauer“ der Zweiten Republik, war in der Zeit der Ersten Republik kein österreichisches Nationalbewusstsein zu finden (erkennbar auch an der Namenswahl „Deutsch-Österreich“).⁸⁰⁷

In der Zwischenkriegszeit konnte unter diesen Umständen kein Österreichbewusstsein aufkommen. Die Republik Österreich wurde als aufgezwungene Kleinstaatlichkeit empfunden. Außerdem bedeutete sie den Untergang der Habsburger und großen territorialen Verzicht. Es wurde der Deutschnationalismus gepflegt und verbreitet.⁸⁰⁸

Nur einige wenige österreichische Intellektuelle konnten so etwas wie Österreich-Patriotismus fühlen. Unter Dollfuß wurde die österreichische Nation zwar genannt, aber nur als Abgrenzung zum deutschen Nationalsozialismus. Identitätsstiftend war weiterhin das Deutschtum. Auch von den Sozialdemokraten wurde Österreich nur als der „Rest“ angesehen.⁸⁰⁹ Ab dem Jahr 1934 war die Identität in Österreich vaterländisch geprägt unter einem autoritären Regime. In dieser Zeit existierte ansatzweise eine österreichische Identität.⁸¹⁰ Obwohl sich die ÖVP-Politiker als Österreicher betrachteten, so ebneten dennoch einige von ihnen den Weg für den Nationalsozialismus. Österreich wurde als zweiter deutscher Staat betrachtet, aber als der bessere von den beiden.⁸¹¹

In der Zeit des Nationalsozialismus sah die SPÖ die Zukunft Österreichs zwar in einem unabhängigen Kleinstaat, allerdings mit deutschem Charakter. Die KPÖ war

⁸⁰³ Helmut Konrad, Werner Suppanz: Die Legitimation der österreichischen Eigenständigkeit durch Rückgriff auf die Geschichte im „Ständestaat“ und in der frühen Zweiten Republik. 74. In: Grenzenloses Österreich: Gesellschaft & Demokratie nach 45. Symposium 1995, o.O. 73-78

⁸⁰⁴ Hannes Androsch: Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945-2005. Innsbruck, 2005. 21

⁸⁰⁵ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 17-18

⁸⁰⁶ Bruckmüller: Symbole österreichischer Identität. 30-31

⁸⁰⁷ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. 377

⁸⁰⁸ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 83

⁸⁰⁹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 44-46

⁸¹⁰ Gehler: Österreichs Weg nach Brüssel. 32

⁸¹¹ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. 395

uneingeschränkt für die Selbstständigkeit des Landes. Die deutsch-nationalen Gruppierungen jedoch waren Gegner eines geplanten Österreichs.⁸¹²

Der Anschluss an Hitler-Deutschland war von der Bevölkerung befürwortet. Eines der vielen Ziele Hitlers war das – ohnehin kaum vorhandene – Österreichbewusstsein der Bevölkerung vollständig zu löschen. Jedoch erreichte er mit diesem Wunsch das Gegenteil. Im Laufe der Zeit kann man ein zunehmendes Selbstbewusstsein in Österreich feststellen, welches sich zum Beispiel durch Spott gegen Deutschland äußerte. Die Abkehr vom Deutschnationalismus und die Abgrenzung zu Deutschland schon während des Zweiten Weltkrieges bildete das Fundament für eine aufkommende österreichische Identität.⁸¹³ Bruckmüller bezeichnet dieses Aufkommen als anonymes österreichisches Bewusstsein. Diese zeigte sich zum Beispiel beim Fußball.⁸¹⁴ In den Jahren 1938 bis 1945 existierte bei den Alliierten kein Österreich.⁸¹⁵

5.1.3. Entwicklung der österreichischen Identität nach dem Zweiten Weltkrieg

„>>Österreichische Identität<< - dieser Begriff hat etwas von einem dunklen und muffigen Zimmer, in dem man, wenn man aus irgendeinem Grund eintritt, sofort die Vorhänge beiseiteschieben und das Fenster öffnen möchte, um etwas Luft und Licht hereinzulassen. Doch wenn das Fenster keine Aussicht hat und sich der Raum daher nur wenig erhellen will?“⁸¹⁶

Manoschek sieht in der Geburtsstunde der Zweiten Republik keine „Stunde Null“ (zum Beispiel auf Grund der personellen Kontinuität). Dennoch war sie die Basis für den Aufbau einer nationalen Identität.⁸¹⁷ Im Gegensatz dazu vertritt Stourzh die Meinung, dass es diese Stunde Null gegeben hat. Sie ist nicht nur ein Mythos, sondern ein symbolischer Ausdruck und eine tiefe Zäsur (und nicht nur in Österreich gab es diese Zäsur). Als wichtigstes Element der Stunde Null gilt das Ende der Naziherrschaft. Aber auch

⁸¹² Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 47

⁸¹³ Ebd. 53

⁸¹⁴ Bruckmüller: Symbole österreichischer Identität. 39

⁸¹⁵ Fritz Fellner: Das Problem der österreichischen Nation nach 1945. 218. In: Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich, Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt am Main, 1994. 216-240

⁸¹⁶ Robert Menasse: Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität. Wien, ²1993. 7

⁸¹⁷ Walter Manoschek: Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945-55. 96. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 94-106

alltägliche Ereignisse, wie Wasser, Strom, Theater, Zeitungen und Straßenbahnen zählt Stourzh dazu.⁸¹⁸

Auf Grund der österreichischen Geschichte ist Österreich „*arm an historisch jüngeren, nicht kontroversiellen Daten, die sich zur kollektiven Identifikation eignen, hingegen reich an möglichen (älteren) Identifikations-Symbolen, -Orten und –Personen*“.⁸¹⁹

Nach dem Ende des Krieges im Jahr 1945 wurde von den drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ in allen Unabhängigkeitserklärungen der Wortlaut „demokratische Republik Österreich“ gebraucht. Man ging auch sofort dazu über, den Anschluss an Deutschland als aufgezwungen zu betrachten. So entstand die Opferthese.⁸²⁰ Bald schon wurde Österreich überhaupt als doppeltes Opfer betrachtet: als Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Mit dieser Opferthese konnte sich Österreich lange Zeit der Verantwortung entziehen.⁸²¹

Für manche Sozialdemokraten war es nach Ende des Krieges schwer, an das Österreich der 30er Jahre anzuschließen. Karl Czernetz zum Beispiel wollte sich nicht Österreicher, durfte sich aber auch nicht Deutscher nenne. Also bezeichnete er sich als Europäer.⁸²²

Statt der Anlehnung an Deutschland wurde nun eine österreichische Identitätspolitik verfolgt. Durch die „Verlusterlebnisse“ während des Nationalsozialismus bediente man sich altösterreichischer Klischees und betonte die Gemeinsamkeiten der österreichischen Länder, die auf das Mittelalter zurückgingen.⁸²³ Der Glaube an Österreich bildete die Grundlage für die Aufwärtsentwicklung in allen Bereichen.⁸²⁴

Die Gestaltung Österreichs im Jahr 1945 war eine Mischung aus Neu und Alt, vieles wurde aus der Ersten Republik übernommen, zum Beispiel die Länder. Die föderative Republik mit Landesverwaltung wurde mit den Grenzen von 1938 übernommen. Ab dem Jahr 1925 gab es starke Landeshauptmänner. Auch das Landesbewusstsein war sehr ausgeprägt. Insgesamt hatten die Länder die Zeit des Nationalsozialismus besser überstanden als ganz Österreich.⁸²⁵

⁸¹⁸ Gerald Stourzh: 1945 und 1955. Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Innsbruck, 2005. 15-20.

⁸¹⁹ Günther Burkert-Dottolo: Exkurs: Heimat und Identität in Österreich. 93. In: Politische Studien. Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen. Sonderheft 2: Heimat Bayern – Identität mit Tradition und Zukunft. 54. Jahrgang, 2003. 93-101

⁸²⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 54

⁸²¹ Pelinka: Zwischen allen Klischees. 105-106

⁸²² Burkert-Dottolo: Exkurs: Heimat und Identität in Österreich. 95

⁸²³ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 75

⁸²⁴ Josef Riegler: „50 gute Jahre für Österreich“. 59. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 59-86

⁸²⁵ Stourzh: Vom Reich zur Republik. 58-64

Die österreichische Regierung suchte Konstanten der österreichischen Geschichte. Dazu eignete sich zum Beispiel das Jahr 1946, in dem man ein 950-Jahr-Jubiläum Ostarrichis feiern konnte.⁸²⁶ „Ostarrichi“ sollte aufgewertet werden, um den negativ besetzten Ostmark-Begriff wegzubekommen.⁸²⁷ Als Identifikationsmittel wurde die österreichische Landschaft präsentiert, sie wurde zum Beispiel in der Fremdenverkehrswerbung betont und auf Briefmarken gedruckt.⁸²⁸ Auch die in der Ersten Republik so bedeutende und identitätsstiftende Wirkung der Lager nahm immer mehr ab. Messbar war dies im Rückgang der Parteimitglieder.⁸²⁹ (Wenn auch die Lager in Österreich länger bestanden als im westeuropäischen Vergleich.)⁸³⁰

Renner spricht im Jahr 1945 bewusst nicht von einer Nation, da es dem Nationalsozialismus noch zu ähnlich gewesen wäre. Stattdessen spricht er von einer „freien Republik“ und „von einem von Bürgern gebildetem Gemeinwesen“.⁸³¹

Khol beschreibt die österreichische Nation: „Die Erfolgsstory der Zweiten Republik machte Österreich zur Nation. [...] Aus dem Staat, den keiner wollte, ist ein Staat geworden, den seine Bürger und auch die anderen Staaten Europas wollen.“⁸³² Figl spricht bereits im Jahr 1949 von den Österreichern als Träger der nationalen Identität.⁸³³

Die Länderkonferenz, die von Renner initiiert wurde, konnte stark zu den ersten Ansätzen eines Österreichbewusstseins beitragen. Denn durch die Demarkationslinien der Alliierten wurde die Bewusstseinsbildung erschwert. Der Westen Österreichs befürchtete einen zu starken sowjetischen Einfluss auf Renner im Osten. Bei der ersten Länderkonferenz am 20. September 1945 wollte Renner der Tendenz der einzelnen Besatzungszonen entgegenwirken, sich als eigenen Staat zu betrachten. Seine größte Befürchtung war die Teilung Österreichs.⁸³⁴

Der erste Unterrichtsminister der Zweiten Republik war Ernst Fischer von der KPÖ. Er führte statt „Deutsch“ das Fach „Unterrichtssprache“ ein, da man sich auch hier möglichst von Deutschland abgrenzen wollte. Sein Nachfolger wurde Felix Hurdes (dem man

⁸²⁶ Binder, Bruckmüller: Essay über Österreich. 106

⁸²⁷ Konrad, Suppanz: Die Legitimation der österreichischen Eigenständigkeit. 77

⁸²⁸ Binder, Bruckmüller: Essay über Österreich. 106

⁸²⁹ Anton Pelinka: Europa und die österreichische Identität. 79

⁸³⁰ Botz, Müller: Differenz und Identität. 10.

⁸³¹ Ehtreiber: „Alles für unser Österreich“. 80-81

⁸³² Andreas Khol: Vom Staat, den niemand wollte, zur österreichischen Nation als Teil der europäischen Friedensordnung. 120. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 119-136

⁸³³ Ehtreiber: „Alles für unser Österreich“. 85

⁸³⁴ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. 392-393

meistens das Fach „Unterrichtssprache“ zuschreibt).⁸³⁵ Er sah die Aufgabe der Schulen darin, die Kinder zu Heimatbewusstsein und zu stolzen Österreichern zu erziehen. Dabei wurden die Habsburger, österreichische Künstler und Wissenschaftler und österreichische Bräuche betont.⁸³⁶ Die ÖVP wollte eine „Verösterlicherung“ der Schule. Dazu bediente man sich des Rückgriffes auf Barock, Imperialismus und Katholizismus.⁸³⁷ Hurdes Nachfolger wurde im Jahr 1952 der Vorarlberger Ernst Kolb. Er besaß eine stark ausgeprägte regionale Identität und befürwortete den Föderalismus. Deshalb wich er in seinem Kurs von der Betonung der Nation Österreich ab.⁸³⁸ Das heutige Klischee der Nachkriegszeit besteht aus den Trümmerfrauen und den alten Männern, die in ihrem heroischen Wiederaufbau von den Alliierten behindert wurden. Die Not und der Nationalsozialismus werden dabei vergessen. Unter den Alliierten sind besonders die sowjetischen Soldaten in (negativer) Erinnerung geblieben.⁸³⁹ Im Jahr 1947 begannen die Verhandlungen zum Staatsvertrag. Der Abschluss sollte ein nachhaltiges Ereignis für das österreichische Selbstbewusstsein darstellen. Österreich wehrte sich allerdings gegen die Bezeichnung „Friedensvertrag“, da man sich schließlich als Opfer sah.⁸⁴⁰

Keine der drei Parteien wollte das nationalsozialistische Erbe annehmen, daher einigte man sich gemeinsam auf die Opferthese.⁸⁴¹ Während sich Deutschland mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen musste, lagerte Österreich den Nationalsozialismus nach Deutschland aus um sich davon zu befreien. Gleichzeitig konnte man sich mit dieser Methode auch von Deutschland abgrenzen.⁸⁴²

Die ÖVP definierte sich unmittelbar nach dem Krieg als nationale Partei. Als jedoch im Jahr 1949 der (deutschnationale) VdU gegründet wurde und Nazis zur Wahl zugelassen wurden, änderte die ÖVP ihre Richtung und schlug mehr den Mittelweg ein. Man wollte die deutschnationalen Wähler nicht verschrecken. Bei der SPÖ kann man erst ab den

⁸³⁵ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 36

⁸³⁶ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 58

⁸³⁷ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 36

⁸³⁸ William T. Blum: Building an Austrian Nation. The political integration of a western state. New Haven, London, 1973. 137

⁸³⁹ Ernst Bruckmüller: Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. 7 In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 7-9

⁸⁴⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 56

⁸⁴¹ Manoschek: Verschmähte Erbschaft. 97-98

⁸⁴² Hilde Weiss: Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich. Wien, 2004. 25

50er Jahren von einem Österreichbewusstsein sprechen.⁸⁴³ Die SPÖ vernachlässigte den nationalen Aspekt und kümmerte sich hauptsächlich um die Arbeiter. Dies lag in der austromarxistischen Tradition.⁸⁴⁴ Davor war sie stärker westorientiert als die ÖVP, doch dann nahm sie eine kritische Haltung gegen die supranationale Integration ein. Doch auch in der ÖVP gab es verschiedene Strömungen, so war zum Beispiel der Bauernbund sehr früh für eine EWG-Annäherung.⁸⁴⁵

Lange Zeit galt in der Zweiten Republik, dass die meisten Wähler die beiden Großparteien wählten. Der Höhepunkt war im Jahr 1975 als die SPÖ und die ÖVP gemeinsam 93 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnten. Im Jahr 1986 waren es nur mehr 75 Prozent, da die FPÖ stärker wurde und die Grünen neu hinzukamen.⁸⁴⁶

Die beginnende österreichische Identität definierte sich besonders durch äußere Abgrenzung, nämlich zu Deutschland. Der Kleinstaat wurde nicht mehr wie im Jahr 1918 als negativ empfunden, sondern man entwickelte Stolz auf die Eigenstaatlichkeit.⁸⁴⁷ Die Beziehung zu Deutschland war immer eine sehr schwierige. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg wollte man sich so stark wie möglich abgrenzen. Doch im Laufe der Zweiten Republik versuchte man sich wieder anzunähern.⁸⁴⁸

Die Abgrenzung zu Deutschland geschah auch durch die Sprache. Ab dem Jahr 1945 wurde eine eigene sprachliche österreichische Identität gepflegt. Im Krieg gab es dazu schon Piefke-Witze im Widerstand.⁸⁴⁹

Aber Österreich grenzte sich auch vom Kommunismus ab. Bereits in der Zwischenkriegszeit existierte das Feindbild Kommunismus beziehungsweise Sowjetunion.⁸⁵⁰ In den Parteizeitungen der SPÖ und ÖVP wurden Verbrechen der

⁸⁴³ Ernst Bruckmüller: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. Wien, Köln, Graz, ²1996. 35

⁸⁴⁴ Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. 394

⁸⁴⁵ Luif: Österreich und die Europäische Union. 864

⁸⁴⁶ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 15

⁸⁴⁷ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 64

⁸⁴⁸ Ebd. 233

⁸⁴⁹ Rudolf de Cillia: Burenwurst bleibt Burenwurst. Sprachpolitik und gesellschaftliche Mehrsprachigkeit in Österreich. Klagenfurt, 1998. 60

⁸⁵⁰ Ingrid Fraberger, Dieter Stiefel: „Enemy Images“: The Meaning of “Anti-Communism” and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945. 57. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (Hg.): The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.8. New Brunswick, 2000. 56-97

westlichen Besatzer heruntergespielt, Verbrechen von sowjetischen Soldaten übertrieben dargestellt.⁸⁵¹

Die späte „Erfindung“ der Nation Österreich erklärt sich dadurch, dass die Erste Republik als Niederlage empfunden wurde.⁸⁵² Trotzdem ist der Nationalstolz in Österreich schnell gewachsen und im internationalen Vergleich sehr hoch.⁸⁵³

Im Zuge der erwachenden österreichischen Identität gab es auch eine „*kulturelle Explosion*“⁸⁵⁴, ein Wiedererwachen der Musik und Kultur. Die Oper und das Burgtheater wurden wiedereröffnet. In den 50er Jahren dienten auch die „Heimatfilme“ zur Identitätsfindung. Österreich als Heimat wurde emotionalisiert und entpolitisiert. Alle Österreicher waren darin vereint.⁸⁵⁵ Generell erfolgte die Identitätsstiftung in den 50er Jahren nicht über Einzelpersonen, sondern über die „Musen“, und da wiederum besonders über die Musik.⁸⁵⁶ Außerdem wurden in der Nachkriegszeit die kulturellen Hochblüten der Monarchie zu österreichischer Kultur umdefiniert, der Vielvölkerstaat ignoriert und die Identifikationselemente von den Habsburgern losgelöst. In der Zweiten Republik wurden sie dann ohne historischen Hintergrund verwendet. Die Kultur und auch die Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg wurden auf die Grenzen nach 1945 projiziert, es wurde nicht mehr in großen Räumen gedacht.⁸⁵⁷ Nach Abschluss des Staatsvertrages sieht Raab im Jahr 1956 die Existenz eines österreichischen Volkes als Selbstverständlichkeit. Somit geht er auch von einer nationalen Identität aus.⁸⁵⁸ In der Anfangsphase der Zweiten Republik konnten auch neue Werte entstehen, nämlich die Neutralität, der Österreich-Patriotismus sowie Pflicht und Leistung.⁸⁵⁹ Die Neutralität wurde nicht rein militärisch verstanden, sondern auch politisch und diplomatisch interpretiert. Dass keine Zurückhaltung geübt wurde, zeigen die Beitritte zur UNO im Jahr

⁸⁵¹ Matthew Paul Berg: „Caught between *Iwan* and the *Weihnachtsmann*“: Occupation, the Marshall Plan, and Austrian Identity. 163. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Dieter Stiefel (Hg.): *The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.8.* New Brunswick, 2000. 156-184

⁸⁵² Breuss, Liebhart, Pribersky: *Inszenierungen.* 9

⁸⁵³ Weiss: *Nation und Toleranz?* 24

⁸⁵⁴ Kreissler: *Der Österreicher und seine Nation.* 402

⁸⁵⁵ Ernst Hanisch: *Reastrifizierung in der Zweiten Republik und die Probleme eines österreichischen Nationalismus.* 30. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): *Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik.* Innsbruck, 2002. 27-34

⁸⁵⁶ Binder: *Kontinuität – Diskontinuität.* 737.

⁸⁵⁷ Rathkolb: *Die paradoxe Republik.* 45-46

⁸⁵⁸ Ehtreiber: „*Alles für unser Österreich.*“ 90

⁸⁵⁹ Peter Pelinka: *Österreich 1945-1998. Eine Bestandsaufnahme aus journalistischer Sicht.* 184. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): *Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1.* Wien, 1998. 183-195

1955 und ein Jahr später zum Europarat.⁸⁶⁰ Seit dem Jahr 1955 stellte die Neutralität ein immer stärker werdendes Merkmal der österreichischen Identität dar. Durch die eigene Interpretation der Neutralität wurde die Brückenfunktion zwischen Ost und West und eine Vermittlerrolle Österreichs geschaffen. Außerdem hielt man den UNO-Beitritt für eine sinnvolle Ergänzung zur Neutralität (was für die Auffassung der Neutralität in der Schweiz unmöglich gewesen wäre).⁸⁶¹ Die Neutralität ist mittlerweile im kulturellen Gedächtnis Österreichs verankert. Sie hat sich von der eher unpopulären Idee der Elite zu einer Stütze der österreichischen Identität entwickelt.⁸⁶² Für das österreichische Bewusstsein ist die Neutralitätserklärung des Jahres 1955 bedeutender als die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945.⁸⁶³

Bereits seit Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Aufweichung der Neutralitätsauffassung. Während des Golfkrieges wurde das Kriegsmaterialgesetz novelliert, die UNO besaß ab diesem Zeitpunkt Durchmarsch- und Transportrechte. Im Jahr 1992 wurde das Überflugsrecht auf Grund des Konflikts im Kosovo erteilt. Zwei Jahre später wurde das österreichische Gesetz an die Neuerungen in der EU durch den Vertrag von Maastricht (in dem die GASP als eine Säule der EU definiert wurde) angepasst. Das BGBl 1994/1013 Art 23f besagt, dass Österreich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit der EU verfolgt mit Einschränkung durch das Neutralitätsgesetzes. Auch im Jahr 1998 wurde das Gesetz an den Vertrag von Amsterdam angepasst. Im BGBl 1998/83 Art 23f wird die Neutralität reduziert.

Die Neutralitätspolitik wurde zu Gunsten einer aktiven Europapolitik aufgegeben, die vor allem von der SPÖ und ÖVP ab Anfang der 90er Jahre betrieben wurde. Die beiden Parteien versuchten an das europäische Bewusstsein der Bevölkerung zu appellieren. Es wurde auf die Geschichte und die kulturelle Bindung hingewiesen: Außerdem versprach man, dass die nationalen Interessen in der EU besser vertreten werden konnten. Nach dem EU-Beitritt wurden die Identitätsmerkmale Österreichs neu bestimmt. Die Befürworter betonten die Zugehörigkeit Österreichs zur EU.⁸⁶⁴

Durch den Beitritt zur EU im Jahr 1995 wurde auch die Neutralität neu bewertet. Statt der aktiven oder realistischen Neutralitätspolitik wurde eine differentielle Neutralität verfolgt.

⁸⁶⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 69

⁸⁶¹ Ebd. 157

⁸⁶² Karin Liebhart: Transformation and Semantic Change of Austrian Neutrality. Its Origins, Development and Demise. 7. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.): Neutrality in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.9. New Brunswick, 2000. 7-36

⁸⁶³ Oliver Rathkolb: Außenansichten auf Staatsvertrag und Neutralität zwischen Mythos und Realpolitik. 162. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 162-185

⁸⁶⁴ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 210

Die Außen- und Sicherheitspolitik bekamen eine neue Bedeutung im Sinne der Sicherung von Wohlstand und Freiheit. Die kleinstaatliche Neutralität wurde als Unvoreingenommenheit interpretiert. In der EU wollte Österreich seinen individuellen Weg mit der EU vereinbaren.⁸⁶⁵

Bis Mitte der 60er Jahre wurde nicht öffentlich von einer Österreichischen Nation gesprochen. Jedoch bemerkt Gorbach im Jahr 1961, dass die Entwicklung zum Nationalstaat abgeschlossen sei.⁸⁶⁶

In den 60er Jahren wurde Österreich erstmals mit der Vergangenheit konfrontiert. Im Jahr 1964 ereignete sich die Affäre Göbhart: Franz Göbhart lehnte deutschnationale Aktivitäten an seiner Schule ab und sollte dafür zurechtgewiesen werden. Ein Jahr darauf kam es zu Tumulten um Taras Borodajkewicz. Er war Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien und äußerte wiederholt öffentlich antisemitische Ansichten. Unter anderem befand er auch Österreich ohne Deutschland für sinnlos.⁸⁶⁷ Bei einer antifaschistischen Kundgebung im März 1965 von Studenten gegen diesen Professor, kam es zu einer Auseinandersetzung mit Neonazis. Dabei wurde der Pensionist Ernst Kirchweger von Neonazis so schwer verletzt, dass er ein paar Tage später starb. Die Bedeutungsschwere dieser Krise lag darin, dass ein politischer Kampf auf offener Straße stattfand.⁸⁶⁸

Für SPÖ und ÖVP waren das Anlässe, bei denen sie sich mit der österreichischen Nation beschäftigen mussten. Es waren Maßnahmen gegen ein zu starkes Deutschtum notwendig. Die Wurzeln des Österreichbewusstseins wurden im 19. Jahrhundert und nicht in der Ersten Republik gesucht. Außerdem wurde der „Tag der Fahne“ zum Nationalfeiertag aufgewertet. Im Jahr 1969 wurde „Pro Austria“ gegründet, um das Nationalbewusstsein zu fördern. Ab Ende der 60er Jahre wurde die eigenständige, unabhängige österreichische Nation nicht mehr in Frage gestellt.⁸⁶⁹

In den 70er Jahren war die österreichische Identität stark von einer Persönlichkeit geprägt. Der ehemalige Außenminister und damalige Bundeskanzler *Bruno Kreisky* entwickelte sich durch seine Außenpolitik zum Träger der Österreich-Ideologie. Für die ÖVP bedeutete das, dass sie sich ein neues Betätigungsfeld suchen mussten. (So kam

⁸⁶⁵ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 165-166

⁸⁶⁶ Ehtreiber: „Alles für unser Österreich“. 96

⁸⁶⁷ Fellner: Das Problem der österreichischen Nation nach 1945. 229

⁸⁶⁸ Teibenbacher: Die Ausformung der österreichischen Identität. 246

⁸⁶⁹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 72

es auch zum Engagement für Europa. Der EG-Beitritt wurde zum außenpolitischen Schwerpunkt der Volkspartei.)⁸⁷⁰

In Österreich wurde seit den 50er Jahren eine aktive Neutralitätspolitik betrieben. Diese Interpretation war aber für Kreisky von besonderer Bedeutung. Bereits als er noch Außenminister war, lud er im Jahr 1961 Chruschtschow und Kennedy zu einem Gipfeltreffen nach Wien. In seiner Periode als Bundeskanzler betätigte er sich außerdem als Vermittler zwischen Nord und Süd und im Nahost-Konflikt.⁸⁷¹ Kreisky gelang es aber vor allem, ein gesamtösterreichisches Bewusstsein zu schaffen, auch im Westen des Landes. Dies gelang ihm zum Beispiel durch Infrastruktur-Verbesserung im Westen. Bis in die 80er Jahre konnte sich die österreichische Identität stark entwickeln, dann wurde sie wieder leicht geschwächt durch stärkere regionale Identitäten.⁸⁷²

Mit Kreiskys Rücktritt im Jahr 1983 begann die neue Zeit der „realistischen Neutralitätspolitik“. Sie kennzeichnet sich durch Zurückhaltung. Die Vermittlerrolle im Kalten Krieg wurde aufgegeben und die Außenpolitik auf das europäische Umfeld gerichtet.⁸⁷³

Der Zweite Weltkrieg hatte stets eine besondere Bedeutung für das nationale Gedächtnis in Österreich. Die Vergangenheitspolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit lehnte sich an die Moskauer Erklärung an. In der Konferenz im Jahr 1943 wurde Österreich als „erstes Opfer“ des Nationalsozialismus bezeichnet. Die Regierung nach 1945 stützte sich auf diese Erklärung, um sich von jeder Mitverantwortung zu entziehen. Die Mitschuld Klausel der Deklaration (in der Österreich auf seine Beteiligung am Krieg hingewiesen wurde) wurde nicht übernommen, man stellte Österreich als ein machtloses Volk dar, das am Krieg nicht teilnehmen wollte.⁸⁷⁴ Man sah in dieser Erklärung den einzigen Weg, die Souveränität wieder zurückzubekommen. In der Opferthese kann man definitiv einen Gründungsmythos der Zweiten Republik feststellen. Symbolisch wurde der Opfermythos im österreichischen Wappen festgehalten: für die „Befreiung“ von der „Fremdherrschaft“ stehen die gesprengten Ketten.

⁸⁷⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 80

⁸⁷¹ Ebd. 158-159

⁸⁷² Rathkolb: Die paradoxe Republik. 55

⁸⁷³ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 159

⁸⁷⁴ Heidemarie Uhl: Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik. 20-21. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Heft 1, Jahrgang 30, 2001. 19-34

Die Opferthese brachte dem Staat finanzielle Vorteile. Lange Zeit wurde kein Anlass für eine Wiedergutmachung gesehen.⁸⁷⁵ Dies ging sogar so weit, dass Österreich im Jahr 1947 von Deutschland Wiedergutmachungszahlungen forderte, die jedoch von den Alliierten abgelehnt wurden.⁸⁷⁶ Der Bruch mit Deutschland wurde auch deutlich, als Reichsdeutsche aus Österreich vertrieben und Wohnungen beschlagnahmt wurden. Während der Nationalsozialismus den Nationalismus in Deutschland entlegitimierte, wurde der österreichische Nationalismus in der Schule eingeführt. Die Kinder sollten bedingungslose Österreicher werden. Die Schuld an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges gab man alleine Deutschland. Die „Preußen“ wurden zum Feindbild, die eigene tausendjährige Geschichte wurde betont. In Österreich gab es einen Nationalismus noch vor der Nation.⁸⁷⁷

Anfangs wurden Entnazifizierungsmaßnahmen getroffen, doch bald ging man dazu über, ehemalige Nazis zu integrieren.⁸⁷⁸ Die Entnazifizierung erfolgte formal über das Verbotsgesetz, aber diese Maßnahmen wurden von einem großen Teil der Bevölkerung als Strafe empfunden. Es wurde eine Generalamnestie verlangt.⁸⁷⁹

Im Gegensatz zur Integration der ehemaligen Nazis, wurden die Vertriebenen nicht zurück gebeten. Die Opfer wurden ohne öffentliches Aufsehen isoliert. Das jüdische Vermögen, das von niemandem eingefordert oder geerbt wurde, verlangte der Staat.⁸⁸⁰ Auch wurden in Österreich lieber die Kriegsheimkehrer als die Widerständler empfangen.⁸⁸¹ Der Dienst im Nationalsozialismus wurde als Pflichterfüllung angesehen, aber nicht als Mitschuld. Offiziell wurde der Nationalsozialismus nicht thematisiert, der Holocaust ignoriert. Ziel war es, die Ehre der Wehrmachtssoldaten wiederherzustellen.⁸⁸²

Bei den Verhandlungen um den Staatsvertrag wurde das Argument vertreten, dass es keine Mitverantwortung geben könne, da es in der fraglichen Zeit keine österreichische Regierung gegeben habe. Somit erreichte man die Streichung der Mitverantwortung im Staatsvertrag („Österreicher, aber kein Österreich“).⁸⁸³

⁸⁷⁵ Manoschek: Verschmähte Erbschaft. 100

⁸⁷⁶ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 115-119; Manoschek: Verschmähte Erbschaft. 100

⁸⁷⁷ Hanisch: Reaustrifizierung in der Zweiten Republik. 27-28

⁸⁷⁸ Manoschek, Geldmacher: Vergangenheitspolitik. 579

⁸⁷⁹ Manoschek: Verschmähte Erbschaft. 98-99

⁸⁸⁰ Ebd. 101-103

⁸⁸¹ Hanisch: Reaustrifizierung in der Zweiten Republik. 31

⁸⁸² Heidemarie Uhl: „Nur jener, der mit seiner Vergangenheit im Reinen ist, hat die Hände frei für die Zukunft.“ Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. 14. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 10-26

⁸⁸³ Uhl: Das „erste Opfer“. 21-22

Im Kalten Krieg wandte man sich in Österreich zunehmenden einer neuen Integrationspolitik zu: ehemalige Nationalsozialisten konnten sich auch mit dem Feindbild Sowjetunion identifizieren. Die Regierung bemühte sich um Wählerstimmen und distanzierte sich daher immer mehr von den Opfern und Widerstandskämpfern des Nationalsozialismus. Dies äußerte sich auch in der Denkmal-Kultur: während Denkmäler für Widerstandskämpfer nicht mehr aufgestellt wurden (als kommunistische Propaganda bezeichnet), wurden ab den 50er Jahren zahlreiche Gedenkstätten für Gefallene errichtet.⁸⁸⁴

Im Jahr 1985 wurde die Vergangenheitspolitik erstmals hinterfragt. Anlass dafür war die Frischenschlager-Reder-Affäre. Der Verteidigungsminister Frischenschlager aus der FPÖ empfing den SS-Sturmbannführer Reder aus seiner italienischen Haft. International (vor allem von englischen und amerikanischen Medien) wurde durch dieses Ereignis die Opferthese angezweifelt. Als die Grünen ein Jahr später ins Parlament einziehen konnten, vertraten sie ebenfalls eine äußerst kritische Haltung in dieser Frage.⁸⁸⁵

Das Nationalbewusstsein ist Bestandteil eines stabilen politischen Systems und wird nicht von inneren oder äußeren Ereignissen beeinflusst. Doch es gibt auch negative Seiten, den Chauvinismus. Der österreichisch-nationale Chauvinismus zeigte sich bei der Waldheim-Affäre, einer versuchten Einflussnahme aus dem Ausland.⁸⁸⁶ Im März 1986 erschienen in der „New York Times“ und im „Profil“ Artikel über die Kriegsverbrechen Waldheims. Es wurde aufgedeckt, dass Waldheim Mitglied der SA gewesen war. Die ÖVP startete daraufhin sofort eine Gegenkampagne, bei der auch die SPÖ aus innerparteilichen Gründen half. Die Bevölkerung solidarisierte sich mit Waldheim. Als Waldheim auf die amerikanische Watchlist gesetzt wurde, fühlte sich Österreich in seiner Nation und Identität angegriffen.⁸⁸⁷ Sowohl Gegner als auch Anhänger Waldheims wollten keine Einmischung von außen.⁸⁸⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt war die Selbstwahrnehmung in Österreich die „Insel der Seligen“ und der Opfermythos. Durch die Waldheim-Affäre wurde das ganze Land mit einem Tabu konfrontiert.⁸⁸⁹

Erst nach dieser Erfahrung setzte in Österreich ein Diskurs über die Vergangenheit ein. Zentrales Thema wurden die Opfer des Nationalsozialismus. Offiziell wurde die Opferthese relativiert, man ging zur Mitverantwortungsthese über. Man sah den

⁸⁸⁴ Uhl: Das „erste Opfer“. 23-24

⁸⁸⁵ Manoschek, Geldmacher: Vergangenheitspolitik. 584

⁸⁸⁶ Tributsch, Ullram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 62

⁸⁸⁷ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 123-125

⁸⁸⁸ Teibenbacher: Die Ausformung der österreichischen Identität. 253

⁸⁸⁹ Uhl: Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. 12

Anschluss immer noch als militärische Aggression, aber gab zu, dass viele dafür waren. Vranitzky sprach von der moralischen Mitverantwortung für die Taten der Bürger.⁸⁹⁰ Die Waldheim-Debatte stellte in gewissem Sinne auch das Ende der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik dar. Die unaufgearbeitete Vergangenheit verdrängte andere Themen.⁸⁹¹ Prominente Persönlichkeiten wie zum Beispiel Fred Sinowatz, Elfriede Jelinek, Robert Menasse oder Gerhard Botz äußerten sich öffentlich. Erstmals wurde der Opfermythos laut bezweifelt. Dennoch wurde die Opferthese von ÖVP und FPÖ weiter verteidigt. Im Jahr 1988 sollte im Zuge des 50. Jahrestages des Anschlusses die Zeit des Nationalsozialismus neu betrachtet werden. Die Regierung wollte eine kritische und sachliche Auseinandersetzung mit dem Anschluss. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen zu dem Thema abgehalten.⁸⁹²

Uhl sieht die Waldheim-Debatte als österreichische Variante der Dekonstruktion von Nachkriegsmythen. Allerdings war Österreich nicht das einzige Land, in dem eine Diskussion um die Vergangenheit begann. Durch die innen- und außenpolitischen Transformationen, die in Europa in den 80er und 90er Jahren stattfanden, setzten sich auch andere mit dem Nationalsozialismus auseinander. Der Unterschied zu Österreich war, dass in Österreich die Auseinandersetzung politisch und emotional und nicht wissenschaftlich-intellektuell war.⁸⁹³

Einige Beispiele, die die Probleme bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verdeutlichen, sind das Hrdlicka-Denkmal und Thomas Bernhards Theaterstück „Heldenplatz“. Das Hrdlicka-Denkmal sollte als Mahnmal gegen den Krieg auf dem Albertinaplatz aufgestellt werden. Allerdings konnte sich die ÖVP mit diesem Ort nicht anfreunden. Bei der Aufstellung waren deshalb nur SPÖ-Politiker anwesend. Als Thomas Bernhards „Heldenplatz“ im Jahr 1986 im Burgtheater aufgeführt werden sollte, rief die ÖVP zu einem Zuschauerboykott auf. Es kam zu Protesten der Bevölkerung gegen das Theaterstück, es wurde als Angriff auf die österreichische Nation und Identität gewertet. Erschwerend kam hinzu, dass der damalige Direktor Klaus Peymann aus Deutschland war, was als Einmischung von außen verstanden wurde.⁸⁹⁴

⁸⁹⁰ Uhl: Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. 20

⁸⁹¹ Hanisch: Reaustrifizierung in der Zweiten Republik.

⁸⁹² Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 126-131

⁸⁹³ Uhl: Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. 12-13

⁸⁹⁴ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 133-135

Im Jahr 1988 wollte man das Gedenkjahr zum Anlass nehmen, Österreichs Standort zu bestimmen, den Anschluss neu zu beurteilen und die Gültigkeit der Opferthese zu hinterfragen. In der Öffentlichkeit war jedoch die Zukunft wichtiger als die Vergangenheit, die Diskussion in den Medien war linkslastig und manipulativ.⁸⁹⁵

Allerdings dauerte es sehr lange, bis Österreich auch materiell die Auswirkungen der Aufgabe der Opferthese zuließ. Erst im Jahr 1995 wurde der Nationalfonds für Personen, die vom Nationalsozialismus verfolgt wurden, beschlossen. Und erst drei Jahre später gab es das Kunstrückgabegesetz (das sich hauptsächlich mit den Gegenständen beschäftigt, die nach 1945 erpresst wurden).⁸⁹⁶ Im Jahr 1998 wurde die Historikerkommission eingesetzt. Dies waren Zeichen für ein neues kulturelles Gedächtnis, auch durch symbolische Präsentation (zum Beispiel das Holocaust-Denkmal auf dem Judenplatz).⁸⁹⁷

Nach dem Regierungsantritt der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 wurde der Vergangenheitsdiskurs instrumentalisiert. Die Erinnerung an die Vergangenheit konnte einerseits ein Appell für Toleranz sein, andererseits auch eine image- und gesellschaftspolitische Strategie. Zeichen dafür waren widersprüchliche und situationsadäquate Argumentationslinien, die auf Adressaten und Intention abgestimmt waren.⁸⁹⁸ Im Jahr 2000 wurde der Versöhnungsfonds für Zwangsarbeiter und ein Jahr später die Restitution arisierten Vermögens eingeführt. Allerdings waren diese Maßnahmen auch für das Ansehen der neuen Regierung wichtig.⁸⁹⁹

Uhl sieht daher drei zentrale narrative Muster im Wandel des Opfermythos:⁹⁰⁰

- Offizielles Erklärungsmodell und seine Funktionalisierung
- Innenpolitisches Umschwenken: Gedenken an gefallene Soldaten und Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten (obwohl Widerspruch zu Opfertheorie)
- Ab dem Jahr 1986 Neuinterpretation der Zeit von 1938 bis 1945.

Die weltpolitischen Ereignisse des Jahres 1989 lösten in Österreich eine Diskussion über die nationale Identität aus. Die Pfeiler des Bewusstseins, die Kreisky aufgebaut hatte,

⁸⁹⁵ Uhl: Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. 16-18

⁸⁹⁶ Manoschek, Geldmacher: Vergangenheitspolitik. 585-586

⁸⁹⁷ Ebd. 21-22

⁸⁹⁸ Ebd. 23-24

⁸⁹⁹ Ebd. 24

⁹⁰⁰ Uhl: Das „erste Opfer“. 20

waren nun gefährdet. Durch die Entspannung im Ost-West-Konflikt verlor Österreich seine Brückenfunktion. Fröhlich-Steffen sieht drei Perioden in dieser aufbrechenden Diskussion:⁹⁰¹

1. 1989-1991: Es wurden (land)wirtschaftliche Themen und das Transitproblem erläutert. Außerdem beschäftigte man sich mit der Frage, ob der Beitritt zur EG einen Identitätsverlust bedeuten würde.
2. 1992-1994: Diese Periode wurde von der offenen Ablehnung des Beitritts durch die FPÖ gekennzeichnet. Die Hauptthemen waren die österreichische Identität und die Angst vor dem Verlust.
3. ab 1994: Unter anderem wegen der Volksbefragung wurde die nationale Identität zur zentralen Frage. Die Befürworter der Integration bekundeten ihre Angst vor der Isolation bei Nicht-Beitritt.

Erst ab den 80er Jahren kann man von einer österreichischen Identität sprechen. Nach Umfrageergebnissen gibt es die größte Zustimmung zu der Aussage, dass es sich bei Österreich um eine Staatsnation handelt.⁹⁰² In den 90er Jahren bekannten sich schließlich alle Parteien und die Bevölkerung zur österreichischen Nation, auch wenn es dabei große Auffassungsunterschiede gab.⁹⁰³ Eine internationale Umfrage aus dem Jahr 1995 fand heraus, dass sich 58 Prozent der Österreicher sehr stark und stark mit Österreich verbunden fühlen. Bei einer offenen Frage antworteten 90 Prozent der Befragten, dass sie sich der österreichischen Nation zugehörig fühlen. Es existiert also eine starke Verankerung des Bewusstseins, dass Österreich eine eigenständige Nation ist.⁹⁰⁴

Auch die Sprache gehört zur österreichischen Identität. Auch wenn es sich bei Österreich nicht um eine Kulturnation handelt und die Österreicher sich nicht durch ihre Sprache definieren, so ist dennoch die Angst vor dem Verlust der (sprachlichen) Eigenheit sehr groß. Österreich gehört zum deutschen Sprachraum und teilt mit den anderen deutschsprachigen Ländern teilweise Literatur, Theater und Wissenschaft. Ein wichtiger Bestandteil ist auch der „*Sprachraum Fernsehen*“. Das Kabelfernsehen spielt in Österreich eine große Rolle, außerdem gibt es gemeinsame Sendungen und sogar den

⁹⁰¹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 92-93

⁹⁰² Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 16

⁹⁰³ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 107

⁹⁰⁴ Haller, Gruber: Die Österreicher und ihre Nation. 65-66

gemeinsamen Sender 3Sat.⁹⁰⁵ Die gemeinsame Sprache mit den Nachbarstaaten bildet aber keine nationale Gemeinschaft. Dies führt zu kulturellen Irritationen, besonders in der Literatur, wo österreichische Werke meistens von deutschen Verlagen herausgegeben werden.⁹⁰⁶

Auch in der Kampagne zum EU-Beitritt war die Sprache ein wichtiges Thema. Dabei wurde besonders auf spezifisch österreichische Begriffe von Nahrungsmitteln Wert gelegt. Slogans waren zum Beispiel „*Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat*“, „*Alles bleibt, wie es ißt*“ und in Wien „*Erdapfel bleibt Erdapfel, Seidl bleibt Seidl. Vertraglich zugesichert!*“. Eine große Angst der Bevölkerung war, dass österreichische Begriffe durch deutsche ersetzt werden könnten. Das Lebensmittelgesetz hatte aber auch nach dem Beitritt noch Gültigkeit, Inhalt und Bezeichnungen blieben also die gleichen.⁹⁰⁷

Das Protokoll Nr. 10 (siehe Kapitel 4.9) hielt 23 österreichische Begriffe für die EU-Mitgliedschaft fest. Kritiker waren der Ansicht, dass die österreichische Sprache dabei auf lediglich diese Begriffe reduziert würde. Allerdings war diese Regelung nur für die Amtssprache vorgesehen nicht für den Alltagsgebrauch. Durch Österreichs Beitritt zu EU gab es keine neue Amtssprache. Die Begriffe wurden ausgewählt, wenn sie in österreichischen Rechtsakten und als bundesdeutsches Gegenstück in EU-Rechtsakten nachgewiesen werden konnten. Es wurde auch über die geeignete Form der Verwendung beider Begriffe diskutiert. Österreich konnte sich mit der Verwendung eines Schrägstriches statt Fußnote oder Klammer durchsetzen, da dieser Gleichwertigkeit ausdrückt. Die Anerkennung der österreichischen Begriffe stellt international eine Einzigartigkeit dar. In den Medien wurde das Protokoll allerdings ironisch kommentiert, es gab aber keine Ausfälle gegen Deutschland. Die deutschen Journalisten zeigten sich irritiert.⁹⁰⁸

Die FPÖ zählte bis Mitte des 90er Jahre die Österreicher zum deutschen Volk. Dabei existierten der Österreichpatriotismus und die Begeisterung für das Kulturdeutschtum nebeneinander. Durch Haider erfolgte dann eine rechtspopulistische Schwerpunktverlagerung, da die alte Linie nicht mehr genug Wähler ansprach. Dieser Wandel war für die FPÖ erfolgreich, allerdings kann der Heimatbegriff immer wieder deutsch aufgeladen werden.⁹⁰⁹

⁹⁰⁵ Stourzh: Vom Reich zur Republik. 18-19

⁹⁰⁶ Brix: Widersprüche und Wandlungen im Österreichbewusstsein der Zweiten Republik. 450

⁹⁰⁷ de Cillia: Burenwurst bleibt Burenwurst. 49-50

⁹⁰⁸ Ebd. 81-91

⁹⁰⁹ Hanisch: Reaustrifizierung in der Zweiten Republik. 32-33

Bei der Angelobung der neuen schwarz-blauen Regierung stellte Bundespräsident Klestil (der mit der neuen Regierung nicht unbedingt einverstanden war) die Bedingung, dass in der Präambel des Regierungsprogramms eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus festgehalten werden musste.⁹¹⁰ Allerdings war immer Kritik von außen notwendig, um auch eine kritische Selbstwahrnehmung Österreichs zu erreichen.⁹¹¹

Haller bietet elf Thesen zur österreichischen Identität:⁹¹²

- Die Österreicher sehen Österreich als eigenständige Nation (drückt sich auch durch den im internationalen Vergleich hohen Nationalstolz aus).
- Die Neutralität ist wichtiger Bestandteil der Identität (wird aber von den Eliten in Frage gestellt).
- Das Österreichbewusstsein definiert sich stark über das Landesbewusstsein, der Lokalismus und Föderalismus sind Teil des nationalen Selbstverständnisses.
- Die mitteleuropäischen Nachbarstaaten werden von Österreich zu wenig beachtet.
- Europäisches und österreichisches Bewusstsein sind vereinbar, aber es besteht ein schlechtes Verhältnis der Österreicher zur EU.
- Auch Österreichs Schwächen liegen im Demokratiedefizit, in mangelnder Transparenz der Entscheidungen, festgefahrener Verhaltensmuster und mangelnder Konfliktkultur.
- Das österreichische Nationalbewusstsein stützt sich auf den wirtschaftlichen Aufstieg der Zweiten Republik.
- Österreich gehört zum deutschen Sprachraum, möchte aber seine Eigenheiten gesichert wissen (es gibt auch so etwas wie ein sprachliches Minderwertigkeitsgefühl).
- Die (alten und neuen) Minderheiten in Österreich müssen gerecht behandelt werden.
- Die österreichische Gesellschaft ist human, aber leistungsfähig.

⁹¹⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 147

⁹¹¹ Pelinka: Zwischen allen Klischees. 107

⁹¹² Max Haller: Elf Thesen zu den Grundlagen und Zukunftsperspektiven der nationalen Identität Österreichs und der Österreicher. 502-522. In: Max Haller (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 501-529

- Starke Persönlichkeiten aus der Politik spielen eine wichtige Rolle für die österreichische Identität (Kreisky, Vranitzky, Renner, Figl). Dennoch erscheint im Allgemeinen die Politikerlaufbahn nicht attraktiv.

Die Säulen der österreichischen Identität bilden also Staatsvertrag und Neutralität, im Gegenzug ist der Republikanismus relativ gering ausgeprägt.⁹¹³ Zur österreichischen Identität gehören aber auch verdrängen und vergessen.⁹¹⁴ Pelinka sieht die österreichische Identität als Resultat vieler Kontinuitätsbrüche. Zum Beispiel gehörte es nach Abschluss des Staatsvertrages zum österreichischen Bewusstsein, dass Österreich unabhängig und nicht in der EWG war.⁹¹⁵ Nach Bluhm besitzt Österreich auch zu viele unterschiedliche Werte, die nicht vereinbar sind. Es gibt zum Beispiel nebeneinander eine Anti-Deutsch Tendenz und die Ideologie der kultur-deutschen Nation.⁹¹⁶

Probleme, mit denen Österreich immer zu kämpfen hat, sind die unterentwickelte Demokratie und eine im Gegensatz dazu überentwickelte Autoritätshörigkeit. Das Konsensprinzip müsste modernisiert werden. Die Politik bildet nicht mehr das oberste Leitsystem, sie wurde von Wirtschaft, Medien und Kultur abgelöst. Durch diese Entwicklung wird die Politik amerikanisiert, Politiker werden zu Showstars. Die Anzahl der Stammwähler der Großparteien geht zurück. Seit den 80er Jahren ist die Politik in Österreich instabil.⁹¹⁷

Die österreichische Identität ist ein dynamischer Prozess und ändert sich somit ständig. Das Selbstbild der Österreicher allerdings bleibt gleich. Die Eigenschaften wie zum Beispiel „*gemütlich*“ und „*musikalisch*“ haben Bestand.⁹¹⁸

Beim österreichischen Nationalbewusstsein handelt es sich um ein staatsnationales Bewusstsein. Es ist aufgebaut auf Staatsvertrag, Neutralität, Wirtschaftsaufschwung und Sozialpartnerschaft.⁹¹⁹ Das allgemeine Verständnis der österreichischen Nation stützt sich auf die Zweite Republik, die Verfassung und das staatliche Territorium (und damit einhergehend die Zustimmung zum Kleinstaat). Allerdings gibt es auch Aspekte eines Willenskonzeptes. Dazu zählen der Wiederaufbau und die bewusste Abgrenzung zu Deutschland. Einige Österreicher (besonders in Kreisen der FPÖ) vertreten die Auffassung, dass es sich bei Österreich um eine Kulturnation handelt. Dabei liegt die

⁹¹³ Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. 117

⁹¹⁴ Teibenbacher: Die Ausformung der österreichischen Identität. 257

⁹¹⁵ Pelinka: Europa und die österreichische Identität. 75, 77

⁹¹⁶ Bluhm: Building an Austrian Nation. 129

⁹¹⁷ Pelinka: Österreich 1945-1998. 185-191

⁹¹⁸ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 13

⁹¹⁹ Ebd. 72

Betonung auf der Sprache, Kultur und Geschichte und richtet sich gegen „nationsfremde“ Gruppen.⁹²⁰ Fröhlich-Steffen sieht drei Ereignisse in der Zweiten Republik, die das österreichische Selbstbewusstsein der Bevölkerung erschüttert haben: die Waldheim-Affäre (Österreich wurde gezwungen sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen), die Wende im Jahr 1989 (Österreich verlor seine Mittlerfunktion) und der EU-Beitritt (die Neutralität wurde in Frage gestellt).⁹²¹

5.1.4. Symbole der österreichischen Identität

Auch für Österreich war die Herausbildung eines gemeinsamen Symbolhaushaltes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von großer Bedeutung. Das Jahr 1946 bot sich wegen des 250jährigen Jubiläums an, um den Gründungsmythos von Ostarrichi zu forcieren.

Die Staatssymbole, also Fahne und Wappen, wurden aus der Ersten Republik übernommen.⁹²² Die Fahne mit den Farben rot-weiß-rot existierte schon lange. Es waren die Farben des Hauses Österreich und stellten somit eine Kontinuität seit dem 13. Jahrhundert dar.⁹²³ Auch im nationalsozialistischen Widerstand gab es die rot-weiß-rote Fahne. Und beim Abschluss des Staatsvertrages wurde das Belvedere damit geschmückt.⁹²⁴

Auch das Wappen wurde von 1918 übernommen und durch die gesprengten Ketten (die den Opfermythos bestärkten durch die Symbolik der Befreiung vom Nationalsozialismus) ergänzt.⁹²⁵

Die Hymne stellte anfangs ein Problem für die junge Zweite Republik dar. Für das neue Österreich benötigte man eine neue Hymne, da man diese nicht von früher übernehmen konnte. Die Hymne der Habsburger-Monarchie war zum Deutschland-Lied geworden, von welchem man sich distanzieren wollte.⁹²⁶ Anfangs war der Ersatz für eine eigene Hymne der Donauwalzer (der bis heute als heimliche Hymne gilt).⁹²⁷ Dieser wurde auch bei der Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit am 29. April 1945 gespielt. Da man aber eine neue Hymne brauchte, wurde im April 1946 ein Preisausschreiben gestartet.

⁹²⁰ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 108-109

⁹²¹ Ebd. 3

⁹²² Ebd. 60

⁹²³ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 105

⁹²⁴ Peter Diem: Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen. Wien, 1995. 101, 104

⁹²⁵ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 105

⁹²⁶ Ebd. 104

⁹²⁷ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 174

Eine Jury vergab Punkte an verschiedene Melodien. Die meisten Punkte bekam das Freimaurer-Bundeslied „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ von – wie man damals annahm – Mozart, das am 22. Oktober 1946 vom Ministerrat zur neuen Hymne erklärt wurde. Aber es gab noch keinen Text. Also wurden die Teilnehmer des Preisausschreibens – unter ihnen Paula von Preradovic – um einen Text gebeten. Man entschied sich dann für von Preradovics Text in leicht geänderter Form. Die neue Hymne konnte sich aber nur schwer durchsetzen, weil man immer noch der Hayden-Hymne nachtrauerte.⁹²⁸ (Heute schreibt man die Melodie Johann Holzer zu, einem Zeitgenossen Mozarts.⁹²⁹ Holzer selbst war wie Mozart Freimaurer und eine Art Hauskomponist für seine Loge. Musikwissenschaftler finden in der Hymne Übereinstimmung in Melodie und Harmonie mit anderen Werken Holzers. Außerdem gibt es Regelverstöße und Überbrückungen, die nicht zu Mozart passen.)⁹³⁰

Aber auch der Sport (besonders der Wintersport) konnte die österreichische Identität stärken. Bestimmte Sportler wie zum Beispiel Franz Klammer, Toni Innauer, Niki Lauda, Hans Krankl, Toni Polster oder Thomas Muster wurden zu einem Symbol für die österreichische Nation und stärkten das Wir-Gefühl. Der Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft über Deutschland in Córdoba im Jahr 1978 wird heute noch in Österreich als Wunder gefeiert.⁹³¹

Auch Gründungsdaten sind genau wie Ursprungsmythen fiktiv. Im Gegensatz zu den „alten“ Feiertagen in Frankreich und den USA ist der Nationalfeiertag in Österreich oft geändert worden. In Zeiten der Monarchie war es der Geburtstag des Kaisers. In der Ersten Republik war der *Staatsfeiertag* (weil es keine Nation gab) der Tag der Ausrufung (12. November) derselbigen. Auch der 1. Mai wurde von den Sozialdemokraten gefeiert. Für das bürgerliche Lager waren das „rote“ Feiertage, an denen sie nicht teilnahmen.⁹³² Bereits im Jahr 1934 wurde ein neuer Tag gewählt, der 1. Mai als Tag der neuen Verfassung. Im Nationalsozialismus waren es der 16. März als Heldengedenktag und der 1. Mai als Tag der nationalen Arbeit.⁹³³

⁹²⁸ Diem: Symbole Österreichs. 148

⁹²⁹ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 174

⁹³⁰ Diem: Symbole Österreichs. 152

⁹³¹ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 75

⁹³² Gustav Spann: Der österreichische Nationalfeiertag. 145-146. In: Emil Brix, Hannes Stekl (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, 1997. 145-169

⁹³³ Thomas Macho: Die letzten Fremden: Feiertage der Zweiten Republik. 53-54. In: Lutz Musner, Gotthart Wunberg, Eva Cescutti (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 44-59

In der Zweiten Republik wurde zu Beginn versucht den Tag der Befreiung Wiens von der Roten Armee am 13. April einzuführen. Der Feiertag wurde hauptsächlich in Wien begangen, Gebäude wurden beflaggt und es fanden Schulfeste statt.⁹³⁴ Aber in der andauernden Besatzung wurde dieser Tag unwichtig. Allerdings kamen auch keine anderen Daten in Frage.⁹³⁵ Deshalb gab es in den Jahren 1945 bis 1955 keinen offiziellen Feiertag.⁹³⁶

Im Jahr 1946 wurde 950 Jahre Österreich gefeiert. Die Bedeutung der Feier lag in der Ablösung von Deutschland und der langen Kontinuität der Nation. Die Osterreichi-Urkunde wurde zur Stärkung des Bewusstseins verwendet, davor schenkte man ihr wenig Beachtung.⁹³⁷

Nach Abschluss des Staatsvertrages wollte man in Österreich die Erlangung der Unabhängigkeit (vor allem in Schulen) feiern. Es wurde der 25. Oktober ausgesucht, da an diesem Tag die 90-tägige Räumungsfrist der alliierten Truppen endete. Im Jahr 1955 wurde also am 25. Oktober der Tag der Fahne gefeiert. Ein Jahr später jedoch wurde der Feiertag auf den 26. Oktober verschoben, da an diesem Tag die Neutralitätserklärung unterzeichnet wurde.⁹³⁸ Als der Feiertag auf den 26. Oktober verschoben wurde, wurde die Legende vom letzten Soldat für diesen Tag übernommen.⁹³⁹ Der letzte Soldat löste ein starkes Gefühl der Befreiung aus, das nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht so empfunden wurde. Tatsächlich waren aber noch bis zum 29. Oktober zwanzig britische Soldaten in Kärnten.⁹⁴⁰

Der neue Nationalfeiertag litt unter dem Problem, dass er nicht emotional besetzt war.⁹⁴¹ Lange Zeit war der Tag der Fahne weder arbeits- noch schulfrei. In öffentlichen Institutionen, in Schulen und beim Bundesheer wurde der Tag gefeiert. Doch im Jahr 1965 wollte man das österreichische Bewusstsein stärken und erklärte den 26. Oktober zum *Nationalfeiertag*. Erst zwei Jahre später war der Tag dann auch arbeitsfrei.⁹⁴²

Unter Kreisky wurde der Nationalfeiertag zu einer Art Volksfest. Wichtig wurde die Kranzniederlegung beim äußeren Burgtor zur Besinnung. Neu waren auch die Fitnessmärsche. Heute wird der Nationalfeiertag gelassener begangen.⁹⁴³

⁹³⁴ Spann: Der österreichische Nationalfeiertag. 149

⁹³⁵ Macho: Feiertage der Zweiten Republik. 55

⁹³⁶ Spann: Der österreichische Nationalfeiertag. 147

⁹³⁷ Ebd. 148

⁹³⁸ Ebd. 150-151

⁹³⁹ Macho: Feiertage der Zweiten Republik. 56

⁹⁴⁰ Spann: Der österreichische Nationalfeiertag. 152

⁹⁴¹ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 107

⁹⁴² Spann: Der österreichische Nationalfeiertag. 154-157

⁹⁴³ Ebd. 167-169

Die Inszenierungen der Gedenktage in Österreich spiegeln die historischen Bruchlinien wider. Regionale Feste sind bedeutender, der Nationalfeiertag war nie besonders emotional besetzt und erweckte auch keine patriotischen Gefühle. Das Ausweichen auf den Sport bedeutet ein Ausweichen auf ein politisch unverfängliches Thema. Viele Politiker nehmen an den Fitnessmärschen teil. Medial wird der Nationalfeiertag hauptsächlich von der Fernsehansprache des Bundespräsidenten bestimmt.⁹⁴⁴

5.2. Die europäische Identität

5.2.1. Was ist europäische Identität?

Als Arbeitsdefinition soll europäische Identität das Zugehörigkeitsgefühl der europäischen Bevölkerung zu ihrem Kontinent sein. Europäische Identität ist nicht gleichzusetzen mit der Identität der EU. Allerdings ist auch oder besonders für den gesamten Raum Europa eine gemeinsame Identität schwer zu finden. Der Rückgriff auf die Vergangenheit ist nicht möglich, da die Vergangenheit des Kontinents komplex und undefiniert ist. Außerdem finden sich hier verschiedene Traditionen.⁹⁴⁵ Europa ist ein Sammelbegriff für nebeneinander liegende Identitäten.⁹⁴⁶ Es ist also nicht gleichbedeutend mit der EU, aber die EU „darf“ sich europäisch nennen, da sie in Europa liegt.⁹⁴⁷ Genauso wie Amerika und USA synonym verwendet werden, okkupiert die EU den Begriff Europa.⁹⁴⁸ Von außen betrachtet (also zum Beispiel von Amerika oder Asien aus) existiert eher eine europäische Identität, da Europa als Einheit betrachtet wird. Von innen werden die nationalen Unterschiede und Sprachen als viel stärker empfunden.⁹⁴⁹ Eine pragmatische Sicht von europäischer Identität ist, dass alle ausgeschlossen sind, die nicht eingeschlossen

⁹⁴⁴ Susanne Breuss, Karin Liebhart, Andreas Pribersky: Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich. 403-404. In: Emil Brix, Hannes Stekl (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, 1997. 395-417

⁹⁴⁵ Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. 159-160

⁹⁴⁶ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 112

⁹⁴⁷ Remi Brague: Sohnland Europa. 21. In: Peter Koslowski, Remi Brague: Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt. Wien, 1997. 19-40

⁹⁴⁸ Michels: Europa im Kopf. 23

⁹⁴⁹ M. Rainer Lepsius: Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. 3. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 38. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 13. September 2004. 3-5

werden.⁹⁵⁰ Ein Problem der Identität ist auch, dass sich die Europäer einig sind, ihre Probleme besser gemeinsam zu lösen, aber nicht wie sie diese lösen sollen.⁹⁵¹

Als aller erstes stellt sich aber die Frage: Wozu braucht man eigentlich europäische Identität? Allein die Frage danach kann ein Zeichen für die Vertiefung der Integration sein. Aber es kann auch ein Zeichen für Probleme der Einigung sein.⁹⁵² Die Frage nach der europäischen Identität ist aber beinahe so alt wie Europa. Wenn es Europa und das Verlangen nach Gemeinschaft nicht geben würde, müsste man die Frage auch nicht stellen.⁹⁵³

Es gibt Argumente, die gegen die Notwendigkeit von Identität sprechen. Einerseits weil Identität oft zum politischen Missbrauch diene, andererseits, da die EU seit Jahrzehnten (erfolgreich) ohne Identität funktioniert. Allerdings stellt sich im Zuge der Erweiterung die Frage, wer noch dazu gehören soll. Um dieses Problem lösen zu können, ist die europäische Identität von zentralem Interesse. Ohne sie kann auch das Demokratiedefizit und die Frage der geographischen Grenzen nicht gelöst werden.⁹⁵⁴

Zur derzeitigen Diskussion über die europäische Identität können drei Punkte festgestellt werden:⁹⁵⁵

- Die europäische Identität war immer schon notwendig
- Die europäische Identität existierte immer nur nach außen gegen einen gemeinsamen Feind (meist aus dem Osten). Dieser fehlt jetzt.
- Die Einigung ist soweit fortgeschritten, dass fast nur mehr eine Vertiefung möglich ist.

Schmale sieht die Herausbildung eines europäischen Kollektivs bereits im 15./16. Jahrhundert, als der Kulturtransfer gemeinsame Strukturelemente in Europa verbreitet.

⁹⁵⁰ Meyer: Die Identität Europas. 168

⁹⁵¹ Cathleen Kantner: Gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen und die Entstehung einer supranationalen europäischen Identität. 89. In: Berliner Debatte Initial. Heft 4, 15. Jahrgang, 2004. 85-91

⁹⁵² Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May: Vorwort der Herausgeber. 9. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 9-15

⁹⁵³ Eckhard Lübke: Abenteuer Europa. Aus der EU kann und sollte ein weltpolitischer Akteur werden. 45. In: Internationale Politik. Nummer 12, 58. Jahrgang, 2003. 45-50

⁹⁵⁴ Meyer: Die Identität Europas. 10

⁹⁵⁵ Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May: Vorwort der Herausgeber. 10-11. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 9-15

Hilfreich waren dabei auch neue Kommunikationsmöglichkeiten durch Buchdruck und neue Vernetzungsmöglichkeiten.⁹⁵⁶

Auch einen europäischen Demos erkennt Schmale schon für die Zwischenkriegszeit, als sich plötzlich eine breitere Öffentlichkeit mit Europa auseinandersetzte. Heute sind der Kern dieses Demos all jene, die Vermittlerrollen im europäischen Netzwerk innehaben. Dieser Demos existierte zum Teil schon vor den Institutionen.⁹⁵⁷

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren bis ins Jahr 1951 gab es eine beginnende gesamteuropäische Identität und das Bewusstsein einer gemeinsamen Wissenschaft und Kultur, den politischen Rahmen bot das Christentum. Danach war europäische Identität auf die EG bezogen und somit keine historische Identität mehr sondern ein Zusammenwachsen.⁹⁵⁸

In den 50er Jahren wurde der kollektive Eigenname „Europäer“ von allen akzeptiert und nicht hinterfragt.⁹⁵⁹ Für diese Zeit ist eine schwache, aber dennoch vorhandene europäische Identität feststellbar, die hauptsächlich auf Differenzierung zur Sowjetunion basierte. Innere Werte waren eher vage.⁹⁶⁰ Nicht nur der Friede war Motor für die Integration. *„The division of Europe by the Iron Curtain and the Cold War was a far more active agent towards unification.“*⁹⁶¹

Der europäische Raum war im Lauf der Geschichte nie vereint. In Europa gab es in aufeinander folgende Kriegs- und Friedensperioden. Und letztere waren auch meist von einem beherrschendem Staat aufgezwungen. Es gab ein nebeneinander Bestehen, Einigungen waren selten und wenn, rein wirtschaftlich.⁹⁶² In der ersten Phase der Integration in den 50er Jahren wurde ein Institutionengefüge geschaffen, das bis heute die EU bestimmt.⁹⁶³

Seit den 80er Jahren wird eine intensive Diskussion über eine europäische Identität geführt. In dieser Zeit hat man erkannt, dass aus einer wirtschaftlichen oder politischen Gemeinschaft nicht einfach eine Solidargemeinschaft wird. Letzteres wurde aber als notwendig empfunden und so begann man über eine europäische Identität, also die

⁹⁵⁶ Wolfgang Schmale: Suche nach europäischer Identität. Schlussfolgerungen aus „Non“, „Nee“, und „Honte“. 39. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 2005, Heft 3, 33. Jahrgang. Wien. 35-45

⁹⁵⁷ Schmale: Suche nach europäischer Identität. 42-43

⁹⁵⁸ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 224

⁹⁵⁹ Trunk: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? 55

⁹⁶⁰ Ebd. 76

⁹⁶¹ Christiane Dienel, Fritz-Helmut Wisch: Visions of Europe. Europavisionen. Frankfurt am Main, 2003. 95

⁹⁶² Derosier: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. 13

⁹⁶³ Thiemeyer: Die Ursachen des „Demokratiedefizits“ der Europäischen Union. 27-28

Überwindung historischer Konflikte und identitätsstiftende Maßnahmen, nachzudenken.⁹⁶⁴ Dabei ging es anfangs um Gemeinsamkeiten und weniger um die Integration. Das hat sich mit Maastricht geändert. Durch die fortschreitende Integration werden auch die bestehenden Solidaritätsgrenzen aufgeweicht.⁹⁶⁵

Im Jahr 1989 wurde die Diskussion noch einmal verschärft, da es plötzlich Europäer gab, die lange Zeit aus Europa mehr oder weniger „verbannt“ waren und nicht am politischen und kulturellen Leben teilnehmen konnten. Dabei entstanden Metaphern, dass die Osteuropäer „zurück nach Hause“ kommen.⁹⁶⁶

Ab den 90er Jahren wurde das Problem der europäischen Identität akut. Durch die Wirtschafts- und Währungsunion wurde eine neue Ebene der Integration erreicht.⁹⁶⁷

Walkenhorst teilt die identitätsstiftende Politik der Gemeinschaft in drei Stadien.⁹⁶⁸

- 1973-1984: Vorüberlegungen zur identitätsstiftenden Politik, Europäisches Ratstreffen in Fontainebleau
- 1985-1993: Initiationsphase: Adonnio-Ausschussberichte
- ab 1993: Maastricht

Der Begriff der europäischen Identität wurde zum ersten Mal im Jahr 1973 verwendet in der „Erklärung zur Europäischen Identität“ bei der Kopenhagener Konferenz. Der Tindeman-Bericht aus dem Jahr 1976 griff den Begriff wieder auf. Im Jahr 1983 wurde in Stuttgart die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ verabschiedet. Darin wurde die Notwendigkeit des Bewusstseins des gemeinsamen Erbes für die europäische Identität angesprochen. Nach der enttäuschenden Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1984 wurden in Fontainebleau Maßnahmen zur Identitätsstärkung überlegt. Ein Jahr später forderte der Adonnio-Ausschuss, ein Ausschuss für ein „Europa der Bürger“, eine Erleichterung der Regeln für die Bürger. Im Jahr 1987 beschloss die EG-Kommission eine Informationspolitik über die Integration.⁹⁶⁹

Die EU hat sich heute als wirtschaftliche Macht etabliert, deshalb muss man dem *„europäischen Körper Seele einhauchen“*.⁹⁷⁰ Aber die EU als rein technokratisches

⁹⁶⁴ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 12

⁹⁶⁵ Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. 209

⁹⁶⁶ Enno Rudolph: Historical Manifestations of European Identity and its Failures. 147. In: Furio Cerutti, Enno Rudolph (Hg.): A Soul for Europe. Volume 1, A Reader. Leuven, 2001. 145-160

⁹⁶⁷ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 21

⁹⁶⁸ Ebd. 209

⁹⁶⁹ Ebd. 212-215

⁹⁷⁰ Konrad Adam: Die geistig-kulturelle Zukunft Europas. 21. In: Karl Acham (Hg.): Zur geistigen Signatur des künftigen Europa. Wien, 2004. 21-24

System hat keine Chance, sie muss die „*Herzen erfassen*“.⁹⁷¹ In der fortschreitenden Integration bleibt es nicht mehr bei einem rein wirtschaftlichen Zusammenschluss, es werden immer mehr politische Bereiche in die EU mitgenommen. Um aber überhaupt einen Übergang von der wirtschaftlichen zur politischen Einigung zu schaffen ist eine kollektive Identität notwendig.⁹⁷² Die globale Handlungsfähigkeit hängt vom gemeinsamen Auftreten der Europäer ab.⁹⁷³

Die EU stellt eine Besonderheit dar, weil sie weder eine Konföderation noch ein Bundesstaat ist. Früher wurde sie als funktionaler Zweckverband bezeichnet. Schmale bezeichnet die EU als institutionalisierte Kommunikation zwischen Nationalstaaten mit supranationalen Institutionen und ausformulierten Zielen. Aber vielleicht ist die EU auch ein eigener Typ, der das Vorbild für asiatische Zusammenschlüsse wird.⁹⁷⁴

Jansen sieht in der EU eine mögliche Antwort auf die verschiedenen Krisen, die im 20. Jahrhundert Europa erfasst haben. Die Krise des Nationalstaates führte zu Überlegenheitsgefühlen, Wettbewerb und Unterdrückung der Minderheiten – und schließlich zum Krieg. Auch die Globalisierung sieht Jansen als Folge einer krisenhaften Entwicklung.⁹⁷⁵

Heute sieht Kohli vier Formen europäischer Identität:⁹⁷⁶

- die staats- und verfassungsrechtliche Identität: erstmals im Jahr 1973 festgehalten, die politische Identität der EU, die international so etwas wie Staatlichkeit und Unabhängigkeit gibt.
- die ideengeschichtliche Identität: die Idee Europa bei Intellektuellen und der Elite.
- Kulturelle Praktiken: für Europa gibt es wenige, aber sie sind dennoch vorhanden, wie zum Beispiel Symbole und Gedenkorte.
- Die individuelle beziehungsweise kollektive Identität: wird von den Bürgern erfahren.

⁹⁷¹ Günter Verheugen: Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee. Köln, 2005. 55

⁹⁷² Neisser: Auf der Suche nach Europa. 242

⁹⁷³ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 101

⁹⁷⁴ Schmale: Geschichte Europas. 245

⁹⁷⁵ Thomas Jansen: Die Europäische Union als Antwort auf die Krisen des Jahrhunderts. 50-51. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 49-58

⁹⁷⁶ Martin Kohli: Die Entstehung einer europäischen Identität. 118-120. In: Hartmut Kaelble, Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2002. 111-134

Außerdem ist etwas wie ein europäischer Nationalismus im Entstehen. Er richtet sich gegen das „Außen“ im Inneren, also gegen Einwanderer aus nicht-westlichen Ländern.⁹⁷⁷ Schmale hingegen beantwortet die Frage nach der europäischen Identität heute mit europäische Identität ist „*das Koheränte in der Diversität selbst*“.⁹⁷⁸ Fischler und Ortner bezeichnen die Geschichte der europäischen Integration als „*Geschichte des Unmöglichen, das möglich wurde*“.⁹⁷⁹

Loth sieht in dieser Diskussion den Beginn eines europäischen Patriotismus, den er als Bekenntnis zum europäischen Wertesystem definiert. Dabei geht es wenig um gefühlsmäßige Bindung und ist deshalb auch leicht mit nationalem Patriotismus vereinbar. Er ist sogar der Meinung, dass der europäische Patriotismus in Zeiten des Wandels den nationalen stärken kann. Das Ideal ist also eine universalistische Konzeption der europäischen Identität, die die nationale Identität und die Leistung der Nation respektiert.⁹⁸⁰

Trunk schreibt im Zuge der Osterweiterung (2004) und der „Heimkehr“ der Beitrittskandidaten:

*„... Europa wird immer stärker auf die Europäische Union eingeengt. Dies widerspricht in keiner Weise der Erkenntnis, daß dem Wunsch, nach Europa zurückzukehren, der Wille zugrunde liegt, der [...] Europäischen Union anzugehören, was keineswegs impliziert, daß die bisher entwickelten Merkmale einer (west-)europäischen Identität auch unbedingt geteilt werden.“*⁹⁸¹

Die Erwartungen an die europäische Identität sind Akzeptanz der Europapolitik, Aktivität der Bürger, Interesse (besonders der jungen Generation) an der Integration, Behebung der größten Probleme und mehr Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament.⁹⁸²

Es gibt durchaus Parallelen zwischen europäischer und nationaler Identität, zum Beispiel werden beide bewusst entwickelt, brauchen Gefühlsbindung und eine Zielsetzung. Aber die europäische Identität ist nicht aufgebaut wie die nationale. Das moderne europäische

⁹⁷⁷ Kohli: Die Entstehung einer europäischen Identität. 126

⁹⁷⁸ Schmale: Suche nach europäischer Identität. 44

⁹⁷⁹ Franz Fischler, Christian Ortner: Europa – der Staat, den keiner will. Salzburg, 2006. 101

⁹⁸⁰ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 107

⁹⁸¹ Trunk: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? 78

⁹⁸² Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 220-221

Selbstverständnis ist nicht aus einer militärischen Auseinandersetzung mit anderen entstanden, sondern die Lehre aus innereuropäischen Kriegen und anderen Krisen. Nicht der Sieg, sondern die Zerstörung ist Geburtsmerkmal. Es ist die Konsequenz aus den Geschehnissen des 20. Jahrhunderts. Die europäische Identität will auch nicht die nationale abschwächen oder eliminieren (wie das bei manchen regionalen Identitäten der Fall ist). Die Vielfalt ist wesentlicher Bestandteil und sie ist freiwillig entstanden. Ziel ist Kriegsvermeidung, Wohlstand und soziale Sicherheit, es gibt kaum gefühlsträchtige Symbole. Das Überlegenheitsbewusstsein aus dem 19. Jahrhundert ist gebrochen.⁹⁸³ Eder jedoch sieht die Gefahr, dass die europäische Identität mit der nationalen gleichziehen beziehungsweise konkurrieren will.⁹⁸⁴ Um die europäische Identität zu stärken, müssen die Gegenidentitäten, die bei der Nationsbildung entstanden sind, überwunden werden.⁹⁸⁵ Die europäische Identitätsbildung verläuft nicht wie die nationale, wo es eine sinnsuchende Gemeinschaft gibt, sondern erfolgt widerwillig, es gibt keine Neuorientierung im kollektiven Bewusstsein.⁹⁸⁶ Die Einigung Europas hat sich langsam in den Alltag eingeschlichen, es gibt keinen feierlichen Gründungsakt oder eine Volksbewegung.⁹⁸⁷

Koslowski sieht in der EU ein Commonwealth, das sich zu einer Nation entwickeln soll. Das Commonwealth bildet dabei das Vaterland der Europäer. Allerdings sieht er die Entwicklung zur Nation nicht als Aufgabe der Politik, da eine Nation in einem historisch langen Prozess durch kulturellen Austausch wächst und nicht gemacht wird.⁹⁸⁸

Es gibt abweichende Ansichten über die Nützlichkeit von Identität. Manche meinen, es handelt sich um eine Modeerscheinung, die keine neuen Erkenntnisse bringt. Dennoch kann man die laufende Diskussion als Indikator für den Bedarf sehen. Für die EU bedeutet sie Herausbildung einer europäischen Identität die Legitimation der europäischen Politik.⁹⁸⁹ Außerdem setzt Handeln auf internationaler Ebene das

⁹⁸³ Kaelble: Europäer über Europa. 9-12

⁹⁸⁴ Eder: Integration durch Kultur? 148

⁹⁸⁵ Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. 171

⁹⁸⁶ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 119

⁹⁸⁷ Herbert A. Henzler, Lothar Spät: Jenseits von Brüssel. München, 2001. 162-163

⁹⁸⁸ Peter Koslowski: Vaterland Europa. Über europäische und nationale Identität. 47-49. In: Peter Koslowski, Remi Brague: Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt. 41-70

⁹⁸⁹ Wolfgang Wessels: Europäische Identität aus politischer Sicht. 101-104. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 101-122

Bewusstsein einer kollektiven Identität voraus.⁹⁹⁰ Wenn es eine gemeinsame europäische Identität gibt, können die Europäer untereinander keine Fremden sein.⁹⁹¹

Bei jeder Identität handelt es sich um etwas Dynamisches, so auch bei der europäischen. Das heißt, es geht nicht (nur) um die Quellen und Ursprünge, sondern was daraus gemacht wird.⁹⁹² Die europäische Identität und die europäische Kultur bilden eine unabschließbare Einheit. Man muss sich mit den Anfängen auseinandersetzen. Die Kultur begründet nicht die Identität, sondern muss angeeignet werden.⁹⁹³

Wessels hat folgende Kategorien für eine gemeinsame Identität herausgearbeitet.⁹⁹⁴

- Die Wertegemeinschaft: Dabei geht es um das gemeinsame Erbe und einen Normenkatalog für politische und rechtliche Vorgaben.
- Die Lern- und Kommunikationsgemeinschaft: Gegenseitige Interaktion und permanenter Dialog führen zu kollektivem Verständnis.
- Die Erlebnis- und Schicksalsgemeinschaft: Gemeinsame Herausforderungen bieten die Grundlage für kollektive Erfahrungen.
- Die Solidargemeinschaft: Sie kann dauerhaften Schutz und Bestandssicherung bieten.

Die europäische Identität im Kontext der EU hat mehrere Bedeutungen. Erstens hat sie als sozialpsychologische Kollektividentität einen transnationalen Charakter. Zweitens basiert sie auf gesellschaftlicher Einmütigkeit, also einer gegenseitigen, positiven Solidaritätsempfindung. Und drittens gibt es eine politische Einmütigkeit, das heißt eine außenpolitische Identität, bei der die Regierungen entscheiden. Aus dieser Bedeutungsvielfalt ergeben sich auch die Unschärfe des Begriffes und die unterschiedlichen Konnotationen.⁹⁹⁵

Die europäische Integration erfolgt auf folgenden Ebenen: ökonomisch, politisch, militärisch, soziologisch, kulturell und psychologisch. Die militärische Integration befindet sich (wegen der NATO) auf einem sehr hohen Niveau, wobei diese Integration mehr Zeit

⁹⁹⁰ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 93

⁹⁹¹ Ann-Kathrin Hake: Inner-European Migration. 99. In: Furio Cerutti, Enno Rudolph (Hg.): A Soul for Europe. Volume 2, An Essay Collection. Leuven, 2001. 95-112

⁹⁹² Brague: Sohnland Europa. 28

⁹⁹³ Ralf Elm: Sich zeigen und Unverfügbarkeit „Europäische Identität“. 16. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 7-24

⁹⁹⁴ Wessels: Europäische Identität aus politischer Sicht. 109

⁹⁹⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 218-220

braucht als die wirtschaftliche. Diese beiden Ebenen tragen allerdings nicht zum Identitätsgefühl bei.⁹⁹⁶

Es gibt drei Möglichkeiten von identitätsstiftenden Maßnahmen. Einerseits durch amtliche Beschlüsse und Entscheidungen. Nationale und regionale Einheiten sollen diese Beschlüsse formal umsetzen. Weiters auf der politischen Ebene: Organisationen wenden sich direkt an Interessensgruppen. Und zuletzt der öffentliche Weg: Über die Medien gelangen die Maßnahmen an die Bürger.⁹⁹⁷ Neisser sieht im Vertrag von Amsterdam und in den enthaltenen gemeinsamen Grundsätzen einen Anfang für die europäische Identität. Die Werte, um die es dabei geht (Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit) sind von den Mitgliedsstaaten der EU abgeleitet.⁹⁹⁸ Europa wird durch Sozialisation zur kulturellen Heimat, es gibt so etwas wie interkontinentale Kommunikation.⁹⁹⁹ Das Aufzeigen der historischen Entwicklung der europäischen Identität dient zur Vermeidung von Ideologisierung. Europäische Identität ist die Abfolge mehrerer historischer Schichten, die aber keine geographische Deckung noch eine kontinuierliche Evolutionsgeschichte besitzen.¹⁰⁰⁰ Die Identität dient der Abgrenzung zu Fremden und zur Bestätigung der eigenen Zugehörigkeit. Wenn allerdings beide fremd sind, dann werden Gemeinsamkeiten entdeckt, also ein Franzose und ein Deutscher sind in Amerika beide Europäer.¹⁰⁰¹

Die EU beziehungsweise Europa besitzt nicht *eine* gemeinsame Vergangenheit (außer vielleicht den Zweiten Weltkrieg).¹⁰⁰² Bei der europäischen Geschichte handelt es sich in Wahrheit um die Summe der Geschichten der letzten drei- bis viertausend Jahre. Die Gefahr ist aber, dass dabei addiert wird, was sich nicht addieren lässt. So werden zum Beispiel bei der Nationsbildung einzelne Geschichten zur gemeinsamen Vergangenheit addiert.¹⁰⁰³ Die Frage, die sich daraus schlussfolgern lässt: kann es eine europäische Geschichte geben, obwohl die Menschen früher nicht wussten, dass sie auf einem Kontinent zusammenlebten und auch nicht miteinander vernetzt waren?¹⁰⁰⁴

⁹⁹⁶ Jan Suc: Aspekte der europäischen Integration und des Identitätsgefühl des Europäers. 97. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 97-102

⁹⁹⁷ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 159

⁹⁹⁸ Neisser: Auf der Suche nach Europa. 244

⁹⁹⁹ Giesen: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. 133

¹⁰⁰⁰ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 104

¹⁰⁰¹ Giesen: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. 132

¹⁰⁰² Wodak, Puntser-Riekman: „Europe for All“ 285

¹⁰⁰³ Schmale: Geschichte Europas. 13

¹⁰⁰⁴ Ebd. 13

„Das entscheidende Hindernis für ein starkes europäisches Identitätsgefühl liegt aber in den Köpfen der Menschen. Denn weil die Menschen ihr Gemeinsamkeiten stets als gemeinsame Vergangenheiten empfinden, erkennen sie sich in erster Linie in ihren nationalen Geschichten wieder.“¹⁰⁰⁵

Bei der momentanen intensiven Beschäftigung mit der Geschichte und der Identität Europas, tritt das Problem der Instrumentalisierung auf. Die Gefahr, die dabei besteht, ist, dass aus dem ehemaligen Ethnozentrismus mancher Geschichtsschreibung ein Eurozentrismus wird.¹⁰⁰⁶ Dennoch ist zur Stärkung der europäischen Identität der historische Diskurs notwendig. Der Geschichtsunterricht sollte sich mehr mit europäischen Dimensionen befassen (unter der Wahrung der Vielfalt der Geschichte). Dafür wäre aber auch eine umfassende europäische Geschichtsschreibung notwendig.¹⁰⁰⁷ Allerdings zeigte die Debatte um die Erwähnung des Christentums in der Verfassung, *„dass der Bezug auf Europas geistiges und kulturelles Erbe keineswegs immer einen integrierenden, identitätsstiftenden Faktor darstellt, sondern auch sehr konflikträchtig sein kann.“¹⁰⁰⁸*

Weidenfeld sieht aber außer der Geschichte auch die Gegenwart und die Zukunft bedeutend für die europäische Identität. In der Gegenwart hat man die Erfahrung der Spaltung Europas und ihrer Überwindung und die Erfahrung der Integration gemacht. Die Zukunft sollte in das gegenwärtige Handeln miteinbezogen werden. Dabei dienen definierte Ziele als Entscheidungshilfe.¹⁰⁰⁹ Außerdem sind für die EU die Zukunft und der Friedensaspekt wichtiger als die gemeinsame Geschichte.¹⁰¹⁰

Europa besitzt auch eine lange Rechtstradition. Das heutige Recht sitzt auf einem gewachsenen Fundament aus römischem Recht und kanonischem Recht. Das Corpus Iuris Civilis, das Justinian in Byzanz im 6. Jahrhundert kodifizierte, wurde im 11. Jahrhundert in Italien wieder entdeckt und konnte sich von dort aus verbreiten. Die Kirche hatte im Mittelalter bedeutenden Einfluss auf das europäische Rechtssystem. Im 15.

¹⁰⁰⁵ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 33

¹⁰⁰⁶ Michael Mitterauer: Die Entwicklung Europas – ein Sonderweg? Legitimationsideologie und die Diskussion der Wissenschaft. 26-27. In: Hubert Christian Ehalt (Hg.): Schlaraffenland? Europa neu denken. Auf der Suche nach einer neuen Identität für den alten Kontinent. Weitra, 2004. 25-50

¹⁰⁰⁷ Neisser: Auf der Suche nach Europa. 252

¹⁰⁰⁸ Patel: Europas Symbole. 11

¹⁰⁰⁹ Weidenfeld: Europa – aber wo liegt es? 21

¹⁰¹⁰ Wodak, Puntischer-Riekman: „Europe for All“ 285

Jahrhundert beeinflussten die arabischen Zahlen und die Buchführung das Rechtsdenken.¹⁰¹¹

Heute muss das nationale Recht europarechtskonform ausgelegt werden, die Rechtssprechung des EuGh ist wegweisend. Aber das europäische Recht stützt sich auf die nationalen Rechtssysteme, in ihm werden die verschiedenen Ideen gesammelt und vereint.¹⁰¹²

Eine weitere Schwäche der europäischen Identität ist, dass es historische Mythen gäbe, aber die nationalistische Mobilisierung fehlt. Gleichzeitig kann dies auch als eine Stärke angesehen werden, weil so die nationalen Konflikte überwunden werden können. Der nationale Widerstand gegen Europa ist noch immer vorhanden, das heißt es gibt noch keine postnationale Identität. Deshalb muss man eine europäische Antwort auf die nationale Frage finden.¹⁰¹³

Elm sieht in der Charakterisierung Europas folgende Nachteile: Für die Ursprünge Europas werden immer Griechen, Römer und Juden herangezogen. Diese haben sich jedoch größtenteils selbst nicht als Europäer bezeichnet. Auch etwas spezifisch Europäisches ist nicht auszumachen, da viele Aspekte mit anderen außereuropäischen Kulturen geteilt werden. Hinzu kommt, dass viele Aspekte nicht miteinander vereinbar sind.¹⁰¹⁴ Die europäische Kultur hat viele außereuropäische Ursprünge. Bis ins 14. Jahrhundert war Europa ein Empfänger von Wissen. Auch biologisch gibt es keine europäische Entwicklungslinie, sondern diese beginnt in Afrika.¹⁰¹⁵ Vor dem 14. Jahrhundert war Asien vorherrschend, danach wurden in Europa viele Erfindungen gemacht und die Bildung wurde besser.¹⁰¹⁶ Zusätzlich zu den vielen nationalen Identitäten in Europa gibt es noch mehr verschiedene Kulturen. Wodak und Puntcher-Riekman sehen die Gemeinsamkeit Europas in den gemeinsamen Werten und Zielen, dem Gesellschaftsmodell und den ökonomischen Vereinbarungen.¹⁰¹⁷ Die Kultur eignet sich nur bedingt für die Integration, da die gemeinsame Sprache fehlt. Es kommt aber auch zu

¹⁰¹¹ Bernhard Großfeld: Europäische Identität aus juristischer Sicht. 53-56. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 53-65

¹⁰¹² Großfeld: Europäische Identität aus juristischer Sicht. 60-61

¹⁰¹³ Bauböck, Mokre, Weiss: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. 10.

¹⁰¹⁴ Elm: Sich zeigen und Unverfügbarkeit „Europäische Identität“. 14

¹⁰¹⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 108

¹⁰¹⁶ Henzler, Spät: Jenseits von Brüssel. 141

¹⁰¹⁷ Wodak, Puntcher-Riekman: „Europe for All“ 283-284

einer Globalisierung der Kultur, zum Beispiel in der Musik oder in Bildern (teilweise auch in Filmen).¹⁰¹⁸

Bozóki schreibt der Kultur eine besondere Rolle in der Integration zu:

„Die Kultur ist in Zeiten sozialer, politischer und wirtschaftlicher Spannungen besonders wichtig, denn die Kultur hat die Fähigkeit Gemeinschaften [...] zusammenzuhalten. [...] Die Kultur liefert das Mittel für das gegenseitige Verständnis zwischen und innerhalb von Gemeinschaften und ist daher ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit.“¹⁰¹⁹

Die Nation befindet sich heute auf dem Prüfstand. Wirtschaftlich wird die Globalisierung stärker, politisch transnationale Zusammenschlüsse wie die EU oder NATO. Dabei kommt es auch zu einer Kompetenzverlagerung. Auf mentaler Ebene spricht gegen die Nation die Gefahr des Nationalismus.¹⁰²⁰ „Globalisierung bedeutet: die allmähliche Erweiterung des Raums, in dem wir denken und handeln, auf die ganze Welt.“¹⁰²¹ Außerdem kann Europa auf keinerlei historische Erfahrung zurückgreifen. Der Kontinent hatte sich immer nur *gegen* etwas (Bedrohung von außen) zusammengeschlossen, nie *für* etwas (nach innen). Dies könnte ein Grund sein, warum die nationalen Egoismen trotz der zahlreichen europäischen Institutionen immer noch größer sind. Für eine funktionierende, allen bewusste Vereinigung müssten wie in der Geschichte die nationalen Eigeninteressen hinter die der Vereinigung zurückgestellt werden.¹⁰²² Durch die Globalisierung entstehen neue Identitätskonzepte. Merkmale wie Alter, Geschlecht, Religion oder Lebensstil gewinnen an Bedeutung, die nationale Identität wird fragmentiert. Somit ergeben sich Chancen und Wege zu einem Weltbürgertum. Aber es werden auch staatliche Monopole von der Globalisierung untergraben (zum Beispiel Wirtschaft) und bedrohen den Nationalstaat.¹⁰²³ Busek meint deswegen: „Was soll ein nationales Denken angesichts der Globalisierung und der Notwendigkeit der Integration?“¹⁰²⁴

¹⁰¹⁸ Eder: Integration durch Kultur? 163

¹⁰¹⁹ András Bozóki: Für eine kulturelle Erneuerung Europas. 85. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 83-89

¹⁰²⁰ Barbara Zehnpfennig: Abschied von der Nation? Nationale Identität im Zeitalter der Globalisierung. 140, 143, 145. In: Karl Acham (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 139-152

¹⁰²¹ Romain Kirt: Europa in der Krise – Leidet der Alte Kontinent am „Buddenbrook-Syndrom“? 52. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 17-39

¹⁰²² Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 27-28

¹⁰²³ Peter Zervakis: Der Wandel des europäischen Nationalstaates unter dem Druck von Globalisierung und Europäisierung. 69. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 63-95

¹⁰²⁴ Erhard Busek: Abstammung allein kann es nicht sein. 20. In: Barbara Coudenhove-Kalergi (Hg.): Meine Wurzeln sind anderswo. Österreichische Identitäten. Wien, 2001. 9-21

Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam hat die EU auf die Globalisierung mit Europäisierung geantwortet:¹⁰²⁵

„Der Begriff der Europäisierung beschreibt einen noch nicht abgeschlossenen, andauernden, zeitaufwendigen und in seiner endgültigen Bestimmung (Finalität) weitgehend offenen Wandlungsprozess, in dem die verschiedenen wirtschaftlichen, administrativen, sozialen und politischen Akteure ihre legislativen und exekutiven Entscheidungsfindungsprozesse allmählich von der traditionellen, strikt nationalen Ebene auf die EU-Ebene verlagern, aber dies als inhärenten Teil ihrer innenpolitischen Auseinandersetzung verstehen.“¹⁰²⁶

„In politischer und rechtlicher Hinsicht bedeutet Europäisierung ein kontinuierliches Schrumpfen des Bereichs relevanter politischer Regelungen, die von den Regierungen noch autonom gestaltet werden können, das heißt ohne dass jeweils übergeordnete politische Leitideen, Zielbestimmungen und Rechtsnormen der Europäischen Union Rechnung getragen werden muss.“¹⁰²⁷

Im Zuge dessen ziehen immer mehr nationale Institutionen wie Gewerkschaft, Unternehmergruppen oder Regionalvertreter nach Brüssel beziehungsweise schließen sich zusammen.¹⁰²⁸

Die Europäisierung reagiert auf den Globalisierungsdruck mit innerstaatlicher Anpassung. Kritiker jedoch meinen, dass die Auswirkungen der Europäisierung wesentlich größer sind, als jene der Globalisierung je sein könnten.¹⁰²⁹ Globalisierung bedeutet auf dem Weltmarkt aneinandergrenzende Binnenmärkte.¹⁰³⁰

Europäisierung der Politik bedeutet: *„Angleichung und Anpassung der staatlichen Ordnung an die Ziele und Herausforderungen der europäischen Integration.“¹⁰³¹* Aber es geht dabei auch um einen Lernprozess, das heißt die EU besser kennen zu lernen.¹⁰³²

Die Globalisierung wird oft als Hindernis für die Ausbildung einer europäischen Identität gesehen.¹⁰³³ Europa hat aber auch von der Globalisierung profitiert und aus der

¹⁰²⁵ Zervakis: Der Wandel des europäischen Nationalstaates. 66

¹⁰²⁶ Ebd. 77

¹⁰²⁷ Maurizio Bach: Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellung und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. 11. In: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Wiesbaden, 2000. 11-35

¹⁰²⁸ Zervakis: Der Wandel des europäischen Nationalstaates. 77

¹⁰²⁹ Ebd. 86-87

¹⁰³⁰ Jürgen Turek: Standort Europa. 464. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 462-479

¹⁰³¹ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 38

¹⁰³² Ebd. 38

¹⁰³³ Bauböck, Mokre, Weiss: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. 13.

internationalen Arbeitsteilung Nutzen gezogen.¹⁰³⁴ Die Globalisierung im Sinne von Vernetzung ist nicht neu, aber neu ist das Bewusstsein der Menschen, dass „*wir alle einer Welt angehören*“.¹⁰³⁵ Die kleinen europäischen Länder, wie Finnland, Schweden oder auch Österreich stehen der Globalisierung aufgeschlossener gegenüber, in Österreich gilt das besonders für den Bereich des Tourismus.¹⁰³⁶ Die zahlreichen globalen Prozesse haben die traditionellen Systeme erschüttert. Dadurch entstehen Unsicherheiten über die Zukunft. Der Staat verliert die Kontrolle über Informationen, Geld und Konsum. Daher ist es notwendig, eine neue Rolle für den Staat zu finden.¹⁰³⁷ Die Globalisierung wird man als langfristige Bewegung erst in Jahrhunderten bewerten können, sie wird aber einen einzigen Handlungs- und Kommunikationsraum schaffen. Gleichzeitig führt dies zur Wiederbelebung der territorialen Identität.¹⁰³⁸ Mit der zunehmenden Internationalisierung verlieren Nationalstaaten an Leistungsfähigkeit und die Konkurrenz durch größere Kommunikationsräume steigt. Der Nationalstaat kann dadurch Loyalitäten verlieren, aber er dient weiterhin als Zufluchtsstätte.¹⁰³⁹ Allerdings wird mit der zunehmenden Integration kollektive Identität wichtiger, um gemeinsame Entscheidungen treffen zu können. Die Befürchtungen sind, ohne europäische Identität „*ineffektiv, chaotisch und verantwortungslos*“ zu sein.¹⁰⁴⁰

Es stellt sich die Frage, wie weit die politische Komponente in die EU hinein genommen werden soll. Mit Maastricht war der erste Ansatz dazu da. Die Gründe, die dafür sprechen, sind, dass die Wirtschaftspolitik nicht von der Politik isoliert werden kann. Außerdem funktionieren bestimmte Bereiche übernational besser (zum Beispiel Infrastruktur oder Industrie) und das Aggressionspotential (des Nationalismus) kann besser kontrolliert werden. Gegen die Politisierung sprechen unter anderem das oft bemühte Legitimationsdefizit, die Bürokratisierung und das Sprachenproblem.¹⁰⁴¹

Es gibt auch die Meinung, dass es bei der europäischen Identität nicht um eine kulturelle Identität geht, sondern um politische. Die Verantwortung für die Politik und die gemeinsamen Konsequenzen müssen übernommen werden. Kein politisches

¹⁰³⁴ Martin Hüfner: Europa. Die Macht von morgen. Wien, 2006.198

¹⁰³⁵ Breidenbach: Global, regional, lokal. 56.

¹⁰³⁶ Henzler, Spät: Jenseits von Brüssel. 38

¹⁰³⁷ Schöpflin: Nation, Identity, Power. 49

¹⁰³⁸ Jansen: Die Europäische Union als Antwort auf die Krisen des Jahrhunderts. 52-53

¹⁰³⁹ Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. 98

¹⁰⁴⁰ Kantner: Gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen. 85

¹⁰⁴¹ Jürgen Kocka: Die Ambivalenz des Nationalstaats. Zur Zukunft einer europäischen Staatsform. 45 In: Mariano Delgado, Matthias Lutz-Bachmann: Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 28-50

Gemeinwesen kann ohne politische Identität überleben. Daher kann ein Ziel der EU sein, alle Bewohner als gemeinsame Bürger der EU zu etablieren.¹⁰⁴²

„Dort, wo Menschen übereinstimmen, unter gemeinsamen politischen Institutionen zusammenzuleben, und sich auf einen Entwurf dessen einigen, was Sinn und Richtung ihrer politischen Gemeinschaftsprojekte sein soll, also die Konturen einer politischen Ethik ausbilden, sind die Voraussetzungen für politische Identität erfüllt.“¹⁰⁴³

Politische Identität ist also das Bewusstsein einem gemeinsamen politischen Projekt anzugehören. Politische Identität ist im Gegensatz zur kulturellen Identität gegenwartsbeziehungsweise zukunftsorientiert. Daher sieht Lamei die politische Identität, die auch verbindend sein kann, erstrebenswerter an als die kulturelle Identität.¹⁰⁴⁴

Meyer sieht die Vorteile der politischen Identität in folgenden Punkten:

- Es gibt eine überzeugte Identifikation mit den verbindlichen Institutionen eines Rechtsstaates
- Es kommt zur Herausbildung einer politischen Kultur, die auf den Institutionen basiert, aber für das gesamte politische Leben ausreicht
- Es gibt den Willen, sich über Zukunftsprojekte zu verständigen, außerdem gibt es gemeinsame politische Grundwerte, Ethik und politische Lebensform.

Die politische Identität kann durch politische Bildung, mehr faktisches Wissen über die EU, Solidarität über nationale Grenzen hinweg, Interesse an anderen Kulturen und mehr Sprachkenntnisse der Bürger gefördert werden.¹⁰⁴⁵

Auch die europäische Identität kennzeichnet sich durch Inklusion und Exklusion. Dies führt soweit, dass es auch ein Gegensätze zwischen bestehenden Mitgliedsländern und Beitrittskandidaten, Kernländer und Peripherie, Euroländer und Nicht-Euro-Länder, Nato-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Um diese Abgrenzung zu überwinden, könnte die multiple Identität ein Anfang sein: Wenn man zu mehreren Gruppen gehört, verliert die Trennung an Bedeutung. Dies würde auch dem hybriden und dynamischen Charakter der

¹⁰⁴² Meyer: Die Identität Europas. 20-21

¹⁰⁴³ Ebd. 63

¹⁰⁴⁴ Nadja Lamei: Europäische Integration und europäische Identität. Theoretische Konzepte – empirische Ergebnisse für Österreich. 531-532. In: SWS-Rundschau. Heft 4, 43. Jahrgang, 2003. 523-546

¹⁰⁴⁵ Ebd. 544

EU entsprechen. Aber die multiple Identität alleine ist noch keine Antwort auf das Problem der europäischen Identität. Puntscher-Riekmann und Wodak schlagen vor, sich statt auf die Suche nach dem mythischen Ursprung auf die Schaffung von gemeinsamen Institutionen zu konzentrieren. Der Bürger soll sich damit identifizieren können. Unter dem Stichwort „Doing Europe“ soll das Handeln der EU im Vordergrund stehen, das auch durch Problemlösungsversuche die multiple Identität ermöglicht. Gleichzeitig werden dadurch Probleme nationaler Identität wie Ausgrenzung und Gewalt verhindert. Die institutionelle Realität dient als Grundlage für ein beginnendes Wir-Gefühl.¹⁰⁴⁶

Relativ neu ist auch, dass man sich in Europa gemeinsam erinnert. Und zwar nicht mehr an Kriege und Siege, sondern an die Opfer. Das Opfergedenken wird zum Teil des kulturellen Gedächtnisses.¹⁰⁴⁷

Schmale sieht in der Identitätsdebatte nicht das Problem, dass es keine europäische Identität gibt, sondern dass die Identitätspolitik unter falschen Voraussetzungen geführt wird. Die Identitätspolitik geht nach dem Verfahren vor, wie die nationalen Identitäten entstanden sind. Aber die EU als Netzwerkgebilde hatte im Gegensatz zur Nation nie zum Ziel einen einzigen Staat zu gründen.¹⁰⁴⁸

Eines der Probleme des europäischen Gedächtnisses und der europäischen Öffentlichkeit besteht darin, dass die Untersuchungen darüber eher spekulativ sind. Im Gegensatz dazu kann man das nationale Gedächtnis besser messen. Die erste repräsentative Umfrage zur europäischen Identität wurde im Jahr 2003 in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien durchgeführt. Diese Umfrage wurde von mehreren europäischen Stiftungen (zum Beispiel die „Europartenaies“ in Frankreich und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland), europäischen Medien (zum Beispiel ARTE, Le Monde oder El Pais) und bekannten Historikern (zum Beispiel Philippe Joutard oder Jean Lecuir) initiiert. Durchgeführt wurde die Studie von C.S.A. Dabei wurden eintausend Personen in verschiedenen Ländern zur gleichen Zeit die gleichen Fragen gestellt.¹⁰⁴⁹

Dieses groß angelegte Experiment funktionierte tatsächlich. Aber die Ergebnisse waren für überzeugte Europäer eher ernüchternd. Es wurde die Zweitrangigkeit der

¹⁰⁴⁶ Wodak, Puntscher-Riekmann: „Europe for All“ 286-289

¹⁰⁴⁷ Bernhard Giesen: Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive. 80. In: Hartmut Kaelble, Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2002. 67-84

¹⁰⁴⁸ Schmale: Suche nach europäischer Identität. 36

¹⁰⁴⁹ Etienne François: Auf der Suche nach dem europäischen Gedächtnis. 250. In: Rüdiger Hohls, Iris Schröder, Hannes Siegrist (Hg.): Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte. Wiesbaden, 2005. 250-258

europäischen Identität gegenüber der nationalen Identität festgestellt. Außerdem war die Anzahl der Nicht-Antworten wesentlich höher als bei nationalen Umfragen. Insgesamt ließ sich feststellen, dass das Interesse für Europa bei Männern, Jungen, Stadtbewohnern und oberen Schichten stärker ausgeprägt war. Außerdem gab es eine Korrelation zwischen Bildung und Europa: je höher die Bildung, desto höher das Europabewusstsein. Alles in allem lassen die Ergebnisse aber eine im Entstehen begriffene europäische Gedächtniskultur erkennen.¹⁰⁵⁰

Bei der Frage nach europäischen Persönlichkeiten wurde an erster Stelle immer eine Person aus dem eigenen Land genannt. Danach folgten aber Personen aus anderen Staaten, teilweise auch aus der Geschichte (zum Beispiel Napoleon). Bei geschlossenen Fragen waren die Antworten allerdings nicht nur auf das eigene Land bezogen. Dabei stellten sich als wichtige Personen Leonardo da Vinci, Columbus, Luther, Churchill, Marie Curie und de Gaulle heraus. Das bedeutete, dass das kollektive Gedächtnis auf das Europa der Renaissance und nicht auf das katholisch-karolingische bezogen ist. Es geht um Entdeckung, Aufbruch und Weltoffenheit. Mit Churchill und de Gaulle sind auch zwei Vertreter der europäischen Idee vertreten. Außerdem kann man einige der genannten Personen mehreren Ländern zuordnen (Transnationalität). Aber unter diesen transnationalen Persönlichkeiten gibt es wiederum welche, die in bestimmte Gruppen zuzuordnen sind und daher von anderen Gruppen abgelehnt werden (zum Beispiel Karl Marx – links, Karl der Große – katholisch, Luther – protestantisch).¹⁰⁵¹

Die Umfrage konnte ein zumindest in Ansätzen vorhandenes europäisches Gedächtnis und Merkmale für die Gemeinsamkeit feststellen. Die europäische Einigung geschieht wenn dann nur von unten und kann nicht durch Identitätspolitik von oben verordnet werden.¹⁰⁵²

Die Identifikation mit Europa oder der Welt nennt Denz „Globalismus“.¹⁰⁵³ In kaum einem Land beträgt die Zustimmung dazu über zehn Prozent. In Europa sind die großen Ausnahmen Belgien und Luxemburg, wo sich 20 beziehungsweise 21 Prozent der Bevölkerung mit Europa identifizieren. Der Grund dafür liegt darin, dass sich in diesen Ländern zentrale Einrichtungen der EU befinden.¹⁰⁵⁴

¹⁰⁵⁰ François: Auf der Suche nach dem europäischen Gedächtnis. 251-252

¹⁰⁵¹ Ebd. 252-255

¹⁰⁵² Ebd. 255

¹⁰⁵³ Hermann Denz: Krise der Demokratie – Wiederkehr der Führer? 112. In: Hermann Denz: Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa. Wien, 2002. 95-113

¹⁰⁵⁴ Ebd. 112

Die Korrektur an der fehlenden Identität wird der Korrektur am politischen System vorgezogen.¹⁰⁵⁵ Otto von Habsburg sieht die Probleme der EU in den Institutionen, da die EU in der bestehenden Form nicht mehr funktionieren kann. Auch die vorhandenen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und das Veto-Recht, das aus nationalen Gründen wesentliche Beschlüsse verhindern kann, tragen zu den Problemen bei. Europa ist seiner Meinung nach in der derzeitigen Struktur handlungsunfähig.¹⁰⁵⁶

In der Zeit der Umbrüche zum Beispiel durch Globalisierung und der Brüchigkeit der nationalstaatlichen Institutionen stellt sich die Frage, ob die EU die verlorene Sicherheit bieten kann. Dazu bedarf es eines Strukturwandels der Identität, also die europäische und die nationale Identität müssen koordiniert werden. Münch sieht mehrere Möglichkeiten der Identitätsbildung.¹⁰⁵⁷

- Identitätsbildung durch Unterscheidung nach außen: statt der Blockidentität und Sicherheitspolitik jetzt Wirtschaftspolitik in der supranationalen Einheit der EU. Diese fungiert als Verhandlungspartner für die USA und Japan. Konflikte innerhalb der EU werden bilateral gelöst, sie hindern die EU nicht am Handeln.
- Identitätsbildung durch Homogenisierung: Aufhebung von Differenzen und Homogenisierung durch wirtschaftlichen Austausch. Der Binnenmarkt wird kontinuierlich ausgebaut und somit der Konsum homogenisiert. Durch politische Zentralisierung wird auch das Recht vereinheitlicht. Mit Hilfe von grenzüberschreitenden Vereinen kann eine Homogenisierung der Solidarität erreicht werden, die Loyalität wird verlagert. Die Homogenisierung der Kultur wird durch grenzüberschreitende Kommunikation erreicht. Dies geschieht jetzt schon durch Stadtpartnerschaft, Schüleraustausch und Tourismus. Kulturangebote werden ähnlicher. Die Homogenisierung der Identität führt zur Individualisierung, daher können nationale Identität hinter sich gelassen werden und man ist offen für Neues.
- Identitätsbildung durch Inklusion: Differenzierung und Verflechtung von Peripherie und Zentrum. Auch die Kulturen stehen im wirtschaftlichen Wettbewerb.

¹⁰⁵⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 54

¹⁰⁵⁶ Otto von Habsburg: Die Paneuropäische Idee. Eine Vision wird Wirklichkeit. Wien, 1999. 72-73

¹⁰⁵⁷ vgl. Richard Münch: Europäische Identitätsbildung – Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung. In: Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 223-252

- Europäisierung, Globalisierung, Re-Nationalisierung und Re-Regionalisierung: alle vier sind ineinander verwickelt. Die Träger der Europäisierung sind Manager, Experten, Intellektuelle und die politische Führungsspitze. Bei der Vernetzung der europäischen Elite droht der Verlust des Bezuges zu den Bürgern. Die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft in Modernisierungsgewinner und –verlierer droht. Im neuen Nationalismus drohen soziale Spannungen, höhere Fremdenfeindlichkeit (hauptsächlich gegen Nicht-EU-Mitglieder). Der neue Regionalismus ist ebenfalls eine Gegenbewegung zur Europäisierung. Gefahr besteht für schwache Regionen. Diese könnten die nationalstaatliche Unterstützung verlieren (zum Beispiel Italien: der starke Norden will den schwachen Süden loswerden). Träger der kulturellen Avantgarde sehen die EU als Fortsetzung des Nationalismus, für sie ist die globale Identität wichtig. Nationale Identität wird durch europäische relativiert, durch die Erweiterung der Identität wächst die Toleranz.
- Identitätswachstum als gesellschaftlicher Produktionsprozess: Investitionen in europäische Projekte, Bürger einbinden, Kooperation.
- Von primordialer zur medialen Identität: Die Identität wird wählbar, von der Herkunft gelöst.

Schöpflin ist der Meinung, dass die Konflikte, die durch die europäische Integration entstehen, rational diskutiert und gelöst werden sollen und irrationale Fragen, wie zum Beispiel die Identität, ausgeblendet werden sollen. Es ist lediglich eine Illusion, dass Identität auch politische Macht bedeutet.¹⁰⁵⁸ Die Suche nach der europäischen Identität wird dadurch erschwert, dass es keine Vorbilder außer dem Nationalstaat gibt. Dieser besitzt aber ganz andere Rahmenbedingungen und kann für die EU nicht funktionieren.¹⁰⁵⁹ Weidenfeld spricht von einem „*Wildwuchs-Europa*“. Es gibt kein Leitbild und ist seit den 50ern gewachsen. Damals gab es die Idee Staatenbund oder Bundesstaat. Heute ist Europa für einen Staatenbund zu weit und für einen Bundesstaat fehlen die ordnende Idee und der Souveränitätsverzicht. Kurz: „*Europa ist in die Erfolgsfalle seiner eigenen magnetischen Anziehungskraft geschlittert*“.¹⁰⁶⁰

Pollak ist der Meinung, dass es in der EU bereits eine kollektive Identität gibt, da die EU handlungs- und verantwortungsfähig ist.¹⁰⁶¹ Auch Lübckemeier sieht ausreichend „*Indizien*“

¹⁰⁵⁸ Schöpflin: Nation, Identity, Power. 13

¹⁰⁵⁹ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 73-74

¹⁰⁶⁰ Weidenfeld: Europäische Einigung im historischen Überblick. 10

¹⁰⁶¹ Pollak: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. 210

für ein europäisches Wir-Bewusstsein.¹⁰⁶² Aber „Generell gilt in Europa auch heute noch: Die eigenen Landsleute sind uns immer noch am nächsten“.¹⁰⁶³

Pfetsch schlägt vor, dass es eine Institution geben sollte, die die EU in der Welt repräsentiert, mit einer Person an der Spitze, einen „Mr. or Mrs. Europe“. Weiters sollten die Kompetenzen nach den Kapazitäten der verschiedenen Ebenen (also lokal, regional, national, international) verteilt werden.¹⁰⁶⁴

Walkenhorst meint, dass statt einer europäischen Identität auch eine innereuropäische Solidarität und die Überzeugung der historischen Einmaligkeit genügen.¹⁰⁶⁵

„Ein europäisches >>Wir-Gefühl<< wird also in großem Maße auch davon abhängig sein, wie erfolgreich, d. h. wie positiv wirksam sich die Politiken der Europäischen Union auf die Mehrheit der Bürger in den EU-Mitgliedsstaaten auswirkt. Das gemeinsame Bewußtsein, EU-europäisch zu sein, wird nur auf konkrete Erfahrungen und Überzeugungen basieren, die durch erfolgreiche Maßnahmen Brüssels und der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden können.“¹⁰⁶⁶

Seit Mitte der 90er Jahre gibt es eine Europamüdigkeit, aber auch einen „permissiven Konsens“, also wenig Interesse an der EU, aber Zustimmung.¹⁰⁶⁷ Die Krise, in der die EU seitdem steckt, äußert sich durch das geringe Vertrauen der Bürger zur Integration. Allerdings sind die neuen Mitglieder der Erweiterungen von 2004 und 2007 davon nicht betroffen. Aber besonders die Gründerstaaten leiden unter der Krise. Der schnelle Wandel überfordert viele Menschen. Verheugen bezeichnet die Ursache der Krise, dass Europa „Opfer seines eigenen Erfolgs“¹⁰⁶⁸ ist. Seit den 50er Jahren hat sich der Bezugsrahmen der EU stark geändert. Der Zweite Weltkrieg liegt in der Vergangenheit, der Kalte Krieg ist zu Ende. Europa wurde von der Globalisierung überholt, auf der ganzen Welt gibt es andere Binnenmärkte (zum Beispiel NAFTA: Kanada, USA und Mexiko, oder auch in Asien und Südamerika).¹⁰⁶⁹ Das Friedensprojekt ist gelungen, aber durch den Wegfall der Bedrohung fehlt auch das Gefühl für die Notwendigkeit eines solchen Projektes. Wenn die EU von außen bedroht wäre, wäre auch der Zusammenhalt

¹⁰⁶² vgl. Lübkemeier: Abenteuer Europa. 47

¹⁰⁶³ Jan Delhey: Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU. 13. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 38. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 13. September 2004. 6-13

¹⁰⁶⁴ Frank R. Pfetsch: The Politics of Culture and Identity in Europe. 130. In: Furio Cerutti, Enno Rudolph (Hg.): A Soul for Europe. Volume 2, An Essay Collection. Leuven, 2001. 113-132

¹⁰⁶⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 223

¹⁰⁶⁶ Ebd. 47

¹⁰⁶⁷ Manuela Glaab: Die Bürger in Europa. 603. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 603-617

¹⁰⁶⁸ Verheugen: Europa in der Krise. 8

¹⁰⁶⁹ Henzler, Spät: Jenseits von Brüssel. 12-13

stärker.¹⁰⁷⁰ Der unmittelbare Anlass für das Friedensprojekt – der Zweite Weltkrieg – ist nicht mehr so stark im kollektiven Bewusstsein verankert, der Frieden wird als selbstverständlich angenommen.¹⁰⁷¹

5.2.2. Vielfalt in der Einheit

Das Motto der EU lautet „Vielfalt in der Einheit“. Es soll signalisieren, dass die EU die kulturelle Vielfalt sowie die einzelnen Regionen schützen und keine Zentralisierung oder einen europäischen Superstaat will.¹⁰⁷²

Eine europäische Einheitskultur ist ein Konstrukt (vielleicht aus einem Minderwertigkeitskomplex entstanden). Wichtig ist nicht ein europäisches Leitbild, sondern die Betonung der Unterschiede.¹⁰⁷³ In Europa gibt es kein durchgehendes Merkmal, das für alle gilt. Widersprüche finden sich in der europäischen Landschaft, in der alle möglichen Formen und Ausprägungen direkt nebeneinander bestehen. Es gibt eine Vielzahl von Sprachen, die auch noch in regionale Dialekte unterteilt sind.¹⁰⁷⁴ Die Vielfalt spiegelt sich auch in den Gegensätzen der europäischen Geschichte wider. Für alles gab es einen Ausgleich: Glaube und Vernunft, Tradition und Fortschritt, Aufklärung und Romantik.¹⁰⁷⁵ Die europäische Vielfalt besteht auch, weil sie das Erbe einer Kultur ist, die sich immer erneuert und viele Wurzeln hat.¹⁰⁷⁶ Die Betonung der (kulturellen) Vielfalt Europas ist an sich harmlos. Dennoch kann dieser Slogan instrumentalisiert werden – entweder für Integration oder zur Abgrenzung.¹⁰⁷⁷

Für Elm ist Europa die aufgelistete Vielheit seiner Ursprünge. Es stellt sich die Frage, ob es sich dabei nur um die Abfolge gleichgültiger Metamorphosen handelt, oder ob Europa ein vertiefendes Selbstverständnis ausarbeiten soll.¹⁰⁷⁸

Geistig-kulturell ist Europa nicht gegründet worden oder gewachsen, sondern war eine Wiederbegründung und Nachahmung anderer Kulturen. Die eigentlichen Nachfolger der alten Kulturen könnte Byzanz, die orthodoxe Welt und die heutige Türkei sein, aber

¹⁰⁷⁰ Verheugen: Europa in der Krise. 7-8, 55

¹⁰⁷¹ Unterberger: Europa neu gründen. 75

¹⁰⁷² Neisser: Auf der Suche nach Europa. 248

¹⁰⁷³ Schmidt-Dengler: Ach Österreich. 85

¹⁰⁷⁴ Schulze: Europäische Identität aus historischer Sicht. 34

¹⁰⁷⁵ Ebd. 41

¹⁰⁷⁶ Lambros Couloubaritsis et al: The origins of European identity. o.O., 1993. 169

¹⁰⁷⁷ Gilbert Weiss: Die vielen Seelen Europas. Eine Analyse „neuer“ Reden zu Europa. 187. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 183-206

¹⁰⁷⁸ Elm: Sichzeigen und Unverfügbarkeit „Europäische Identität“. 9

Europa hat sich die alten Kulturen angeeignet.¹⁰⁷⁹ Die europäische Kultur besteht in dem Bewusstsein der Brüche, die sie von früheren Kulturen trennen. Diese Brüche definieren die Kultur.¹⁰⁸⁰ Mit dem Motto Einheit in der Vielfalt können die Widersprüche und Unsicherheiten erklärt werden, da eine einfache Definition für Europa nicht möglich ist.¹⁰⁸¹ Aber europäische Kultur ist nicht nur Vielfalt, sondern hat auch etwas Gemeinsames. Man kann eine spezifische europäische Kunst erkennen, die sich durch Wanderer über den ganzen Kontinent verbreitet. Zum Beispiel gingen Bildhauer von Italien nach Schweden. Versailles diente als Vorbild für andere Schlösser in Wien, Italien, Deutschland oder Schweden.¹⁰⁸² Dieses Reisen wurde auch bedingt von der Kleinräumigkeit der Landschaft und den geographischen Bedingungen. Durch das Reisen und Umherziehen wurde diese Kleinräumigkeit überwunden. Internationalität und Expansion waren daher schon früh bestimmend.¹⁰⁸³ Im Gegensatz zur Identität ist die Kultur nicht ortsgebunden.¹⁰⁸⁴ Nicht die Grenzen haben Europa gestaltet, sondern der Kulturtransfer. Dadurch haben auch die verschiedenen Länder viel miteinander gemeinsam.¹⁰⁸⁵ Ehalt sieht acht zentrale Qualitäten der europäischen Kultur:¹⁰⁸⁶

- Der Geist der Aufklärung: wissenschaftliches Weltbild auf Grund von Entmythologisierung, differenzierende Wissenschaften. Schon in der Antike und Mittelalter aufgeklärter Geist.
- Ein skeptischer Geist: Fähigkeit zur Selbstkritik, zum Beispiel gegen Imperialismus und Kolonialismus.
- Ein spezifischer Humor: Ironisierung des Eigenen, Anarchismus und Skurrilität.
- Kleinräumigkeit, Vielfalt der Sprachen und Kulturen: Entfernungen zurücklegen war eher schwierig, deshalb viele ausdifferenzierte Kulturen.

¹⁰⁷⁹ Brague: Europäische Kulturgeschichte. 28-29.

¹⁰⁸⁰ Ebd. 31.

¹⁰⁸¹ Weidenfeld: Europa – aber wo liegt es? 22

¹⁰⁸² vgl. Dieter Ronte: Europäische Identität aus kunsthistorischer Sicht. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 45-51

¹⁰⁸³ Hubert Christian Ehalt: Europäischer Sonderweg, europäische Identität, europäische Qualitäten. 15. In: Hubert Christian Ehalt (Hg.): Schlaraffenland? Europa neu denken. Auf der Suche nach einer neuen Identität für den alten Kontinent. Weitra, 2004. 11-22

¹⁰⁸⁴ Michael Espagne, Martina Kaller-Dietrich, Lutz Musner, Renate Pieper, Wolfgang Schmale: „Kulturtransfer“ – Europäische Geschichte gegen den Strich nationaler Mythen (Podiumsdiskussion in den Wiener Vorlesungen). 27. In: Wolfgang Schmale (Hg.): Kulturtransfer. Kulturelle Praxis im 16. Jahrhundert. Innsbruck, 2003. 13-38

¹⁰⁸⁵ Hubert Christian Ehalt: Intellektuelle Schnittstellen im Globalisierungsprozess. 347-348. In: Wolfgang Schmale (Hg.): Kulturtransfer. Kulturelle Praxis im 16. Jahrhundert. Innsbruck, 2003. 347-352

¹⁰⁸⁶ Ehalt: Europäischer Sonderweg, europäische Identität, europäische Qualitäten. 17-22

- Humanismus: großer Gestaltungsraum für das Individuum.
- Unternehmerischer Geist und Erfindungsgeist: viele große Erfindungen und Erkenntnisse.
- Die autonomen Künste: Suche nach Wahrheit und Schönheit mit kritischer Distanz zur Macht.
- Das Wissen über das gute Leben: das Leben genießen.

Die Vielfalt Europas zeigt sich auch in den Regionen. Europa wäre ohne seine zahlreiche Regionen nicht vorstellbar. Deshalb ist es Aufgabe der Politiker der regionalen Ebene, die Bevölkerung für die EU und die Integration zu begeistern. Sie sollten also eine Mittlerrolle erfüllen.¹⁰⁸⁷ Die Vielfalt der europäischen Städte diene auch dazu, das Gleichgewicht zu halten (balance of power).¹⁰⁸⁸

Eine Möglichkeit der Zukunft Europas liegt in der politischen Autonomie der einzelnen Regionen. Dabei würde die Nationalstaatlichkeit eingeschränkt werden. Allerdings bildet die regionale Identität die Grundlage sowohl für das nationale als auch für das Europabewusstsein.¹⁰⁸⁹

Ein Konzept gleichberechtigter regionaler, nationaler und europäischer Politik ist nicht realisierbar. Einerseits liegt das an institutionellen Problemen, andererseits gibt es im Moment kein ausreichendes Konzept. Aber seit Maastricht besteht die Mitwirkungsmöglichkeit und macht Europa von unten erfahrbar.¹⁰⁹⁰ Diese regionale und nachbarschaftliche Zusammenarbeit ist mittlerweile auch ein Vorbild für andere Länder dieser Welt.¹⁰⁹¹

„Regionen, Nationen und die europäische Ebene stellen Erfahrungsräume unterschiedlicher Reichweite dar. Insofern lassen sich regionale, nationale und europäische Identität grundsätzlich ohne Schwierigkeiten miteinander verbinden.“¹⁰⁹²

Auch die sprachliche Vielfalt kennzeichnet Europa. Von allen Sprachen auf der Welt sind aber nur wenige in Europa vertreten, jedoch teilweise die wichtigsten internationalen

¹⁰⁸⁷ Christof Zernatto: „Europa der Regionen“: Vielfalt in der Einheit. 175-176. In: Wolfgang Streitenberger (Hg.): Österreichs Zukunft ist Europa. Wien, 1997. 175-188

¹⁰⁸⁸ Hagen Schulze: Europa: Nation und Nationalstaat im Wandel. 50. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 49-75

¹⁰⁸⁹ Neisser: Auf der Suche nach Europa. 250

¹⁰⁹⁰ Otto Schmuck: Europa der Regionen. 139. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 135-139

¹⁰⁹¹ Leonard: Warum Europa die Zukunft gehört. 22

¹⁰⁹² Loth: Europäische Identität in historischer Perspektive. 7

Sprachen (Englisch, Spanisch, Portugiesisch). Das Englische beginnt aber langsam andere Sprachen in bestimmten Bereichen zu verdrängen (zum Beispiel in der Wissenschaft).¹⁰⁹³

Das Jahr 2001 wurde zum „Jahr der Sprache“ erklärt. Die Vielsprachigkeit wurde als Bestandteil des kulturellen Erbes definiert, aber gleichzeitig forderte man eine Sprachreform. Diese sollte nur mehr fünf Sprachen für die EU vorsehen (Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch). Die Argumente dafür waren, dass durch die vielen Sprachen die Verwirrung zu groß sei, es zu Übersetzungsfehlern komme und die Kosten zu hoch seien.¹⁰⁹⁴

Deutsch ist die größte Muttersprache in der EU, bei den Mutter- und Fremdsprachen liegt Englisch ganz eindeutig vorne.¹⁰⁹⁵

Seit den 50er Jahren ist das Ziel der europäischen Sprachpolitik die Bewahrung der europäischen Vielsprachigkeit.¹⁰⁹⁶ Heute gibt es als zusätzliches Ziel, dass jeder Bürger der EU außer seiner Muttersprache noch zwei Fremdsprachen beherrschen sollte.¹⁰⁹⁷

Es gibt auch das Leitsprachenmodell. Manche fordern Englisch als Leitsprache der EU um Kosten zu sparen. Dagegen spricht, dass die Muttersprache ein wesentliches Merkmal von kollektiver Identität ist und die Zugehörigkeit zur Ethnie bestimmt.¹⁰⁹⁸

Je höher und offizieller das Ereignis, desto mehr wird auf die Gleichbehandlung aller Sprachen der EU geachtet. In der Praxis dominieren Englisch und Französisch.¹⁰⁹⁹

Im Gegensatz zur EU sind im Europarat Englisch und Französisch gleichberechtigt und auch gleich stark. Zu Beginn der EG waren zusätzlich zu diesen beiden Sprachen auch Deutsch und Italienisch vorgesehen. In der Anfangsphase wurde immer begründet, warum man Französisch oder die Muttersprache für Vorträge verwendete. Aber in der Praxis setzte sich durch, dass Deutsche immer deutsch, Italiener immer italienisch, Holländer zuerst französisch, später holländisch, und Franzosen und Luxemburger nur französisch sprachen. Der Wille zur nationalen Sprache versperrt (bis heute) den Weg zu einer lingua franca.¹¹⁰⁰

¹⁰⁹³ Rudolf de Cillia: Grundlagen und Tendenzen der europäischen Sprachenpolitik. 233. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 231-256

¹⁰⁹⁴ Ebd. 231

¹⁰⁹⁵ Ebd. 236

¹⁰⁹⁶ Ebd. 237

¹⁰⁹⁷ Europäische Gemeinschaften: Europa Sprachenportal. Online unter: <http://europa.eu/languages/de/chapter/18> (23. Februar 2007)

¹⁰⁹⁸ de Cillia: Grundlagen und Tendenzen der europäischen Sprachenpolitik. 245

¹⁰⁹⁹ Ebd. 238, 240

¹¹⁰⁰ Trunk: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? 60-62

Die gemeinsame Kommunikation kann aber ein Mittel für die Identifikation darstellen. Dies kann erreicht werden durch die Förderung eines europäischen Diskurses in der Öffentlichkeit und interkulturelle Kommunikation (Mehrsprachigkeit).¹¹⁰¹

Eine europäische Kommunikation kann auch ohne gemeinsame Sprache funktionieren, wenn die Medien als Vermittler fungieren. Dabei können europaweite Nachrichten auch über nationale Medien gebracht werden.¹¹⁰²

Die sprachliche Vielfalt verhindert aber auch einen „*europäischen Einheitsbrei*“.¹¹⁰³

Die Sprache ist „*keine undurchlässige Mauer, sondern in erster Linie ein Instrument zur Verständigung*“.¹¹⁰⁴ Meyer sieht Anzeichen für eine inhaltliche Angleichung der europapolitischen Berichterstattung (zum Beispiel BSE, Euro und Erweiterung). Andererseits wird die Berichterstattung über Wahlen zum Europäischen Parlament von nationalen Themen dominiert.¹¹⁰⁵

Die öffentliche Meinungsbildung ist ein Gegengewicht zur politischen Macht, aber sie kann auch zur Meinungskontrolle missbraucht werden.¹¹⁰⁶

Die Definition Europas durch die Vielfalt in der Einheit wird als gelungen angesehen, da jede Definition darüber hinaus sich als äußerst schwierig erweisen würde. Am Ehesten könnte man Europa noch durch Abgrenzung definieren.¹¹⁰⁷ Allerdings stellt sich die Frage, wie sich Europa abgrenzen kann, wenn nicht einmal die Grenzen klar sind.¹¹⁰⁸

5.2.3. Europäische Öffentlichkeit und Bürgerschaft

Für die politische Solidarität innerhalb der EU gibt es einige Grundbedingungen. Die Institutionalisierung der souveränen Entscheidungsmacht ist bereits gelungen. Aber es fehlen noch die politische Öffentlichkeit und damit einhergehend die öffentliche Kommunikation, die Politisierung der europäischen Politik, das heißt die Transparenz der

¹¹⁰¹ Wodak, Puntcher-Riekman: „Europe for All“ 296-297

¹¹⁰² Marianne van de Steeg: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. 174. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 169-190

¹¹⁰³ Münch: Europäische Identitätsbildung. 229

¹¹⁰⁴ Christian O. Meyer: Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. 232. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 231-245

¹¹⁰⁵ Meyer: Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. 234

¹¹⁰⁶ Ebd. 234

¹¹⁰⁷ Bauböck, Mokre, Weiss: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. 12.

¹¹⁰⁸ Unterberger: Europa neu gründen. 74

Entscheidungsfindung und die Mitbestimmung der Bürger und die eindeutige Festlegung der nationalen Kompetenzen.¹¹⁰⁹ „Doch erst bewusste Bürgerschaft ist Zeichen europäischer Identität. Diese ist letztlich ein Kultur- und Bildungsfaktor: Europäer ist man nicht von Geburt, sondern durch Bildung.“¹¹¹⁰ Der Wandel im politischen Identitätsgefühl dauert aber sehr lange und ist für die Bevölkerung belastend. Das Volk und der Staat müssen sich neu orientieren und die Funktionen des Staates nehmen ab.¹¹¹¹

Für die europäische Bevölkerung ist aber nicht klar, ob die gemeinsame Identität über die geographische Nähe hinausgeht. Deshalb ist Rudolph der Meinung, dass europäische Identität nicht aus der EU entstehen kann. Denn nicht die Verträge machen die Europäer sondern umgekehrt. Es ist notwendig, die Balance zwischen Zentralismus und Föderalismus zu finden.¹¹¹² Vorher muss aber geklärt werden, wer ist das Volk, das „demos“ zur Demokratie? Erst mit einer kollektiven Identität der europäischen Bevölkerung kann es eine Demokratie geben.¹¹¹³ „A European-wide public sphere needs to be embedded in a political culture shared by all.“¹¹¹⁴ Ein „Europa der Bürger“ ist seit den 70er Jahren im Gespräch. Ziel ist eine stärkere Berücksichtigung des Bürgerwillens, eine erhöhte Wissensvermittlung über die Integration durch die nationalen Bildungssysteme und ein Sichtbarmachen der europäischen Politik.¹¹¹⁵ „...wie man den Wald manchmal vor Bäumen nicht sieht, nehmen die Europäer ihren Kontinent vor lauter Nationen nicht wahr.“¹¹¹⁶ Hake sieht in der europäischen Identität keine kulturelle Homogenität, aber eine „Familienähnlichkeit“.¹¹¹⁷

Habermas unterscheidet zwischen vier Typen von Europäern:¹¹¹⁸

- Der Euroskeptiker: Er lehnt den Euro ab.
- Der Markteuropäer: Die einheitliche Währung ist eine notwendige Konsequenz zur Vollendung des Binnenmarktes.

¹¹⁰⁹ Meyer: Die Identität Europas. 60-61

¹¹¹⁰ Olaf Schwencke: Das Europa der Kulturen. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Zivilgesellschaft. 176. In: Karin Hanika, Bernd Wagner (Hg.): Kulturelle Globalisierung und regionale Identität. Beiträge zum kulturpolitischen Diskurs. Bonn, 2004. 171-178

¹¹¹¹ Suc: Aspekte der europäischen Integration und des Identitätsgefühl des Europäers. 98-99

¹¹¹² Rudolph: Historical Manifestations of European Identity and its Failures. 145-146

¹¹¹³ Bauböck, Mokre, Weiss: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. 11.

¹¹¹⁴ Habermas: Why Europe needs a Constitution. 268

¹¹¹⁵ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 160

¹¹¹⁶ Hagen Schulze: Europa wächst zusammen. 306-307. In: Wolfgang Behringer (Hg.): Europa. Ein historisches Lesebuch. München, 1999. 305-307

¹¹¹⁷ Hake: Inner-European Migration. 95

¹¹¹⁸ Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt am Main, 1998. 135-136

- Der Europaföderalist: Die Verfassung dient als Legitimationsgrundlage.
- Der Kosmopolit: Er ist ein Anhänger des global governance, der Bundesstaat Europa dient als Ausgangslage für eine „Weltinnenpolitik“.

Der niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom meint dazu: *„Wie wird man Europäer? An erster Stelle, indem man einer ist, und das lässt sich bewerkstelligen, indem man zum Beispiel in den Niederlanden geboren wird.“*¹¹¹⁹

Gründe, warum sich die Bürger Europas in erster Linie mit ihrem Nationalstaat identifizieren, gibt es einige. So ist zum Beispiel die Entwicklung Europas zu schnell gegangen, die Vernunft war dabei bestimmend, aber das Gefühl konnte nicht mithalten.¹¹²⁰ *„Integration, vor allem politische, lässt sich nicht erzwingen, die Fähigkeit dazu, auch das erforderliche >>Wir-Gefühl<<, müssen wachsen.“*¹¹²¹ Außerdem fehlt ein emotionales und spektakuläres Ereignis zur Gründung.¹¹²² Auch die Nationalstaaten haben kein Interesse an einer europäischen Identität. Europa garantiert wirtschaftliche Vorteile für die Nation, allerdings unter der Bedingung Souveränität abzugeben. Deshalb möchten die Mitglieder keine Forcierung der Integration (und wählen schwache Kommissionspräsidenten).¹¹²³

Westle ist der Meinung, dass die uneindeutige EU-Politik und nicht die Bürger eine starke europäische Identität verhindern. Auch innenpolitische oder regionale Konflikte belasten nicht das Europabewusstsein (eher das nationale). Die Bürger sind offen für Europa, aber sie brauchen Strukturen zur (nicht-konkurrierenden) Verknüpfung regionaler, nationaler und europäischer Identität.¹¹²⁴ Eine europäische Bürgerschaft kann es nur geben, wenn es einen Fortschritt in den Bürgerrechten gibt. Dabei steht die Idee einer offenen, transnationalen Bürgerschaft im Raum. Die frühere Staatsbürgerschaft wird zur Nationalität, die neue europäische Staatsbürgerschaft soll nicht einfach die Summe der bestehenden Nationalitäten sein. Dazu ist aber auch eine Exklusionsformel notwendig – ein schwieriges Unterfangen.¹¹²⁵

¹¹¹⁹ Nooteboom: Wie wird man Europäer? 7

¹¹²⁰ Hüfner: Europa. 25

¹¹²¹ Klaus-Dieter Frankenberger, Günther Nonnenmacher: Überladen, überdehnt – die Europäische Union in der Krise. 6. In: Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 2005, Heft 3, 33. Jahrgang. Wien. 3-8

¹¹²² Hüfner: Europa. 28

¹¹²³ Ebd. 30

¹¹²⁴ Westle: Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. 474-475

¹¹²⁵ Etienne Balibar: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg, 2003. 201-210

Zur Erleichterung mancher Probleme der EU wäre die Schaffung einer europaweiten Kommunikationspolitik notwendig. Es fehlt ein europäisches Staatsvolk. Die EU kann den Nationalstaat nicht ersetzen, aber sie kann die Rechte, Pflichten und Kompetenzen festlegen. Die restlichen Rechte bleiben beim Nationalstaat.¹¹²⁶ Massenmedien erfüllen durchaus auch eine integrative Funktion, besonders bei differenzierten Gesellschaften. Der Erfahrungshorizont wird über den eigenen Bereich erweitert und man kann sich zugehörig fühlen.¹¹²⁷

Um aber überhaupt so weit zu kommen, eine europäische Kommunikation Wirklichkeit werden zu lassen, gilt es noch Voraussetzungen zu erfüllen. So ist zum Beispiel die Kenntnis der Geschichte der eigenen Nation und ihre kritische Betrachtung eine wichtige Grundlage, um sich mit Europa intensiver beschäftigen zu können.¹¹²⁸ Außerdem verhindern die Verständigungsschwierigkeiten die Ausbildung einer europaweiten Kommunikation, bis jetzt ist noch nicht einmal eine gemeinsame Zeitung gelungen.¹¹²⁹

Europa ist weiterhin hauptsächlich Sache der Regierungen und nicht der Bürger. In den Anfängen der europäischen Integration wurden die Entscheidungen alleine getroffen, da es der schnellere Weg war. Das hat zu der heutigen Entpolitisierung geführt. Um dies zu ändern muss eine Art Bürgerbewusstsein geschaffen werden.¹¹³⁰ Dabei stellt sich die Frage, was überhaupt ein europäischer Bürger ist. Nur ein gemeinsamer Pass macht noch keinen europäischen Bürger aus. Eine Bürgerschaft der EU sollte an der Meinungsbildung beteiligt sein. Im Moment haben die Bürger Europas die Werte gemeinsam, was aber auch nicht ausreichend ist. Zuerst ist Einigung notwendig darüber, was Europa sein soll. Davor sind keine europäische Öffentlichkeit und somit auch keine richtige europäische Demokratie möglich.¹¹³¹ Außerdem fehlt ein europäisches Mediensystem, das alle Mitgliedsstaaten umfasst. Da dieses nicht existiert, gibt es auch keine (mediale) Öffentlichkeit.¹¹³² Esser kam bei einer Inhaltsanalyse europäischer Medien zu dem Ergebnis, dass insgesamt in den EU-Ländern die nationalen Akteure am Stärksten in den Medien vertreten sind.¹¹³³

¹¹²⁶ Kocka: Die Ambivalenz des Nationalstaats. 48

¹¹²⁷ Gerhard Maletzke: Integration – eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation. 71. In: Hannes Haas, Otfried Jarren (Hg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien, ³2002. 69-76

¹¹²⁸ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 48

¹¹²⁹ Christian Meier: Welches Europa für welche Bürger? 33. In: Karl Acham (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 19-35

¹¹³⁰ Meyer: Die Identität Europas. 43

¹¹³¹ Meier: Welches Europa für welche Bürger? 25-33

¹¹³² van de Steeg: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. 172

¹¹³³ Sebastian Esser: Europas Suche nach einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse der Debatte über eine EU-Verfassung in europäischen Tageszeitungen. Marburg, 2005. 110

Für eine mediale Öffentlichkeit würde sich besonders der Rundfunk eignen, aber die Grenzen entstehen durch die Sprachräume, die schwer überwindbar sind. Eine mögliche Lösung wäre die Mehrkanaltechnik.¹¹³⁴

Bereits im Jahr 1979 war für die Wahlen zum Europäischen Parlament öffentliche Unterstützung notwendig. Dabei wurde auch über die Idee von gemeinsamem Fernsehen nachgedacht. Es sollte mehrsprachig und supranational sein, die technischen Voraussetzungen dazu waren bereits im Entstehen. Als Dach wurde das EBU (European Broadcasting Union) installiert, der Programmaustausch war die Eurovision. Im Jahr 1982 wurde der Versuch eines europäischen Fernsehens mit „Eurikon“ gestartet. Die Sender IBA (England), RAI (Italien), NOS (Niederlande), ARD (Deutschland) und ORF (Österreich) wollten ein mehrsprachiges Programm im kleinen Kreis veranstalten. Es wurden 200 Stunden Programm produziert und über Satellit ausgestrahlt. Allerdings war dieses Programm nicht öffentlich zugänglich, es sollte nur die praktische Durchführbarkeit demonstrieren. Das Programm war in paneuropäischem Kontext und eine Ergänzung zum nationalen Programm. Das größte Hindernis war die Sprache, es gab Probleme bei den Simultanübersetzungen und der Interpretation. Insgesamt war es ein großer personeller und finanzieller Aufwand. Das Experiment gab auch keinen Aufschluss über Kosten und Risiken, da die Fernsehsender gratis arbeiteten. Ab Oktober 1985 wurde das paneuropäische Satellitenprogramm gestartet. Aber im Herbst 1986 war wieder Schluss, da der Sender NOS nicht mehr wie versprochen die gesamte Infrastruktur zur Verfügung stellen konnte. „Europa-TV“ musste geschlossen werden.¹¹³⁵

Konzepte für europäische Fernsehprogramme scheitern hauptsächlich am Sprachenproblem. Wenn dieses Programm Mehrsprachigkeit erfordert, sind nur gebildete Schichten erreichbar. Aber eine Lösung könnte sein, dass nationale Medien europäische Themen verständlich darstellen.¹¹³⁶

¹¹³⁴ Dieter Dörr: Die europäische Medienordnung. 131. In: Hannes Haas, Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, 2002. 131-179

¹¹³⁵ Hans-Peter Siebenbauer: Europäisches Fernsehen. Mehrsprachiges, grenzüberschreitendes Fernsehen als Instrument des Einigungsprozesses? 180-183. In: Hannes Haas, Wolfgang R. Langenbacher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, 2002. 180-190

¹¹³⁶ Klaus Eder, Cathleen Kantner (Hg.): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. 312. In: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Wiesbaden, 2000. 306-331

Das europaweite Programm funktioniert aber bereits in den Sparten: Sport, Kultur und Nachrichten. Seit Februar 1989 gibt es Eurosport, seit 1992 ARTE und seit 1993 Euronews.¹¹³⁷

In den 90er Jahren wurde ein neuer Versuch im Bereich der Massenmedien gestartet: Robert Maxwell gründete im Jahr 1990 die wöchentliche Zeitung „*The European*“ als Gegenstück zur amerikanischen „*Newsweek*“. Nach Maxwells Tod übernahmen im Jahr 1992 die Brüder Barclay die Zeitung, die aber im Jahr 1998 eingestellt werden musste.¹¹³⁸

Europäische Kommunikation kann man aber nicht nur an den Massenmedien messen. Europäische Verbände und Vereine kommunizieren miteinander, außerdem gibt es den Tourismus und Bücher werden übersetzt. Aber das sind alles Dinge, die unregelmäßig erfolgen und nicht allgemein zugänglich sind.¹¹³⁹

Trenz sieht drei Ebenen von europäischer Öffentlichkeit. Als erstes gibt es die elitäre Öffentlichkeit, in der es um Austauschbeziehungen geistiger und politischer Eliten geht. Die Vermittlung erfolgt von oben, das Publikum ist passiver Rezipient. Die zweite Ebene ist die funktionale Öffentlichkeit. Experten, Funktionäre und Betroffenenvertreter arbeiten in Netzwerken zusammen. Dabei werden sektorale Betroffene miteinbezogen. Als letztes gibt es die mediale Öffentlichkeit. Sie fungiert als Vermittler zwischen Politik und Bürgern.¹¹⁴⁰

In den Medien sind europäische Themen häufiger präsent, wenn es sich um Konflikte handelt oder der Politikbereich national von Bedeutung ist (zum Beispiel Transit für Österreich).¹¹⁴¹

5.2.4. Die Erweiterung

Nach der Wende folgte laut Weidenfeld die „Ära ohne Namen“. Während der Westen relativ stabil war, herrschten im Osten Instabilität und Desintegration.¹¹⁴² Kirt sieht in den

¹¹³⁷ Siebenbauer: Europäisches Fernsehen. 185-186

¹¹³⁸ Magforum: Robert Maxwell's The European: Online unter: <http://www.magforum.com/european.htm>. (30. Juni 2007)

¹¹³⁹ Peter Glotz: Integration und Eigensinn. Kommunikationsraum Europa – eine Chimäre? 194. In: Hannes Haas, Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, 2002. 191-197

¹¹⁴⁰ Hans-Jörg Trencz: Einführung: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. 162-163. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 161-168

¹¹⁴¹ Berkel: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit. 62

¹¹⁴² Weidenfeld: Europa – aber wo liegt es? 19

Ereignissen Ende der 80er Jahre eine entscheidende Änderung der Europapolitik, mehr als in den Jahren 1945 und 1918.¹¹⁴³

Im Jahr 2004 wurde die EU um zehn neue Mitglieder erweitert. Die häufigste Begründung für die Erweiterung um die zehn neuen Mitglieder ist, dass sie historisch schon immer zu Europa gehörten. In der Argumentation der Befürworter wurden dabei hauptsächlich die Städte der Bewerber wie zum Beispiel Prag betont, da man damit den Tourismus, also etwas Positives assoziiert.¹¹⁴⁴

Österreich empfand die östlichen Nachbarn als ökologische Gefahr, zum Beispiel wegen Temelin. Österreich empfand sich auch immer als Bollwerk. Durch den EU-Beitritt wurde dieses Empfinden gestärkt, doch durch die Erweiterung wurde Österreich das Tor zum Osten.¹¹⁴⁵ In Umfragen zeigte sich, dass sich die Einstellung zur EU-Erweiterung bei den Österreichern besserte. Im Jahr 1998 waren 43 Prozent für die Erweiterung, 1999 46 Prozent, 2000 52 Prozent, 2001 51 Prozent und 2002 56 Prozent.¹¹⁴⁶

In den 90er Jahren fand im Osten eine Abkehr von der kommunistischen Vergangenheit und eine „Zurück nach Europa“-Bewegung statt. Vorher waren diese Staaten künstlich abgekoppelt von Europa, Europa war gleichbedeutend mit EU. In den späten 90er Jahren war der Beitrittswunsch von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Themen und Modernisierungsbestrebungen getragen.¹¹⁴⁷

Die Osterweiterung wird oft als Wiedervereinigung Europas bezeichnet. Was allerdings so nicht ganz stimmt, denn dies würde voraussetzen, dass dieses Gebiet in der Vergangenheit schon einmal geeint war. Aber es war auf jeden Fall eine Vereinigung.¹¹⁴⁸

Besonders für die Erweiterung spielt die europäische Identität eine große Rolle. Überall, wo es um Umverteilung von finanziellen Mitteln oder sonstiger Hilfe geht, muss man sich solidarisch zeigen. Meyer meint, dass jedoch die politische und nicht die kulturelle Identität ausschlaggebend ist. Es muss eine politische Entscheidung über die Bedeutung von kulturellen Differenzen für die Politik getroffen werden (wie es jetzt mit der Türkei geschieht).¹¹⁴⁹

¹¹⁴³ Kirt: Europa in der Krise. 18

¹¹⁴⁴ Weiss: Die vielen Seelen Europas. 188

¹¹⁴⁵ Ingeborg Zelinka: Zur Schaffung von Identität – Österreich und Polen in Europa. 85, 88. In: Karl Acham, Katharina Scherke (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der Mitte Europas. Lebenslagen und Situationsdeutungen in Zentraleuropa um 1900 und 2000. Wien, 2003. 79-91

¹¹⁴⁶ Tributsch, Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 35

¹¹⁴⁷ Martin Brusis: Zwischen europäischer und nationaler Identität. Zum Diskurs über die Ost-Erweiterung der EU. 257-258. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 255-272

¹¹⁴⁸ Derosier: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. 12-13

¹¹⁴⁹ Meyer: Die Identität Europas. 47

Wenn also die Politik die Grundlage für die Identitätsbildung darstellt, entsteht aus der politischen Praxis die kollektive Identität und auch die neuen Mitglieder können sich damit identifizieren (wie es zum Beispiel in Indien funktioniert, das noch größer und heterogener als die EU ist).¹¹⁵⁰

Die Beitrittskriterien werden von manchen als diskriminierend angesehen. Entscheidend ist der Grad des „Europäisch-Seins“. Diese Frage stellt sich aktuell bei der Türkei und dem Problem wo Asien beginnt. Die Fremdenfeindlichkeit in Europa nimmt zu und besonders sozial Benachteiligte haben Angst vor den Grenzöffnungen.¹¹⁵¹ Aber auch die Angst vor zu schneller Entwicklung der EU führt zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.¹¹⁵²

Aber auch die Beitrittskandidaten fühlen (beziehungsweise fühlten) sich oft überfordert von den gestellten Anforderungen. Möglicherweise ist die bestehende Union überlastet, es muss ein Weg für die Zukunft gefunden werden.¹¹⁵³

Ein Problem der Erweiterung 2004 war, dass sich die Beitrittskandidaten wirtschaftliche Verbesserung erhofften, die Mitglieder wirtschaftlichen Schaden befürchteten.¹¹⁵⁴ Die bestehenden Mitgliedsstaaten fürchteten mit der Erweiterung finanziell und geopolitisch überfordert zu werden. Aber auch die neuen Mitglieder waren nach dem Beitritt ein wenig enttäuscht, als die Zahlungen aus Brüssel zunächst eher spärlich waren. Aber das positive Denken überwiegt, die Einwohner der neuen Mitgliedsstaaten sind integrationsfeundlich eingestellt. Auch die Politiker haben ein anderes Verständnis als die alten Mitglieder und brechen leichter mit Konventionen.¹¹⁵⁵

Bei politischen Reden werden gerne Metaphern verwendet. Besonders für die Osterweiterung wurde oft von einem Haus gesprochen, in dem die Kandidaten einziehen möchten, oder das seine Türen öffnet. Aber auch die Familie wird herangezogen. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems kann die Familie wieder zusammengeführt werden beziehungsweise die Kandidaten können in ihre Heimat

¹¹⁵⁰ Meyer: Die Identität Europas. 51-54

¹¹⁵¹ Maurizio Bach: Integration durch Fremdenfeindlichkeit? Über die Grenzen Europas und die kollektive Identität der Europäer. 145. In: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 141-149

¹¹⁵² Peter Pelinka: Wozu noch Österreich? Bestandsaufnahme eines Kleinstaates. Wien, 2001. 35

¹¹⁵³ Gaby Umbach, Wolfgang Wessels: Entwicklungsstrategien der Europäischen Union zwischen Erweiterung und Vertiefung. Zur Notwendigkeit begrenzter, aber tragfähiger Reformen. 151. In: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 151-161

¹¹⁵⁴ Zelinka: Zur Schaffung von Identität. 81

¹¹⁵⁵ Zervakis, Hierlemann: Wie geht es weiter, Europa? 64-65

zurückkehren.¹¹⁵⁶ Durch jede Erweiterung der EU wird die politische Geographie der natürlichen Geographie ähnlicher.¹¹⁵⁷

Während die Integration im Westen (bis auf die Schweiz und Norwegen) als abgeschlossen betrachtet werden kann, lässt sich Europa im Osten noch um einiges erweitern.¹¹⁵⁸ In der jetzigen Erweiterungsperspektive auf 28 Mitglieder wird die EU doppelt so viele Einwohner wie die USA haben. Durch den Beitritt der Türkei hätte die EU Grenzen zu Syrien, Iran, Irak, Georgien und Armenien.¹¹⁵⁹ Die Türkei ist seit Jahrhunderten „der Andere“ in der kollektiven Identität. Mit einem Beitritt würde sich eine komplett neue Identität ergeben.¹¹⁶⁰ Schilling ist der Meinung, dass die letzten beiden Erweiterungen (2004 und 2007) auf insgesamt 27 Mitglieder der Aufnahmekapazität der EU die wirtschaftlichen Grenzen gezeigt haben. Die Türkei hat etwa ein Viertel der durchschnittlichen Wirtschaftskraft der EU. Das bedeutet, dass die Türkei große Zahlungen benötigen würde, die kaum machbar sind. Ein Vorschlag wäre daher nicht die Aufnahme der Türkei, sondern eine angemessene Partnerschaft.¹¹⁶¹

5.2.5. Finalität und Verfassung

„Die EU – mehr als eine intergouvernementale, aber keine konsequent supranationale Organisation; die EU – mehr als eine traditionelle Konföderation, aber (noch?) keine Föderation; ein Staatenbund mit Elementen eines Bundesstaates.“¹¹⁶²

In einer der Hauptkontroversen innerhalb der EU geht um das Ziel, welches erreicht werden soll. Die Eigendynamik der EU entwirft neue Formen, aber das Ziel ist ungewiss.¹¹⁶³ Die Schwierigkeit bei der Lösung dieses Problems ist, dass es aus der Geschichte kein Vorbild gibt, an dem man sich bei der Gestaltung orientieren könnte.¹¹⁶⁴

¹¹⁵⁶ vgl. Rainer Hülse: Metaphern der EU-Erweiterung als Konstruktionen europäischer Identität. Baden-Baden, 2003.

¹¹⁵⁷ Busek: Österreichs Rolle in einer sich neu formierenden Region. 17

¹¹⁵⁸ Erhard Busek: Offenes Tor nach Osten. Europas große Chance. Wien, 2003. 45

¹¹⁵⁹ Elm: Sichzeigen und Unverfügbarkeit „Europäische Identität“. 7-8

¹¹⁶⁰ Hülse: Metaphern der EU-Erweiterung. 139

¹¹⁶¹ Walter Schilling: Europa und die Türkei – eine schwierige Beziehung. 104, 107. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 103-108

¹¹⁶² Anton Pelinka: Österreich – vom „Sonderfall“ zum „Anlassfall“. Abschließender Kommentar. 609. In: Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 609-619

¹¹⁶³ Zehnpfennig: Abschied von der Nation? 145

¹¹⁶⁴ Reinhard: Europäische Einigung aus historischer Sicht. 41

Die EU befindet sich in einer postnationalen Phase – wobei nicht ganz klar ist, ob sich die nationale Phase im Wiederbeleben oder im Absterben befindet. In der EU wird das Ende der Nation im Allgemeinen als Fortschritt betrachtet, andere aber sehen darin einen Verfall (zum Beispiel England oder Italien).¹¹⁶⁵ Bei einer Nation handelt sich nicht um etwas Ewiges. Die historische Nation wird, wenn die Möglichkeit besteht, realisiert, es können sich aber neue Möglichkeiten ergeben (Fusion, Separation oder Föderation).¹¹⁶⁶

Als eine Lösungsmöglichkeit wird immer wieder der Europäische Bundesstaat nach dem Vorbild der USA vorgeschlagen. Im Gegensatz zu den USA, die sich durch den einmaligen Akt der verfassungsgebenden Versammlung gegründet haben, ist die EU schrittweise entstanden. Daraus resultiert auch der regierungs- und verwaltungslastige Charakter.¹¹⁶⁷ Außerdem sind die USA ein Schmelztiegel – und zwar gerne. Europa hingegen weist gerne auf seine Unterschiede hin. Die vielen Wurzeln sollen dabei auch möglichst erhalten bleiben (siehe Kapitel 5.2.2).¹¹⁶⁸

Für viele erscheint die Amerikanisierung jedoch unaufhaltsam. Das amerikanische Modell erscheint durch seine Effizienz attraktiv. Es gibt viele Probleme, aber die Lösungen erscheinen besser. Man verbindet damit modernes Leben und das Zusammenleben einer multikulturellen Gesellschaft. Aber auch die Probleme, die sich daraus ergeben, werden in den USA akzeptiert: es gibt soziale Separation, Konflikte zwischen einzelnen Kulturen und Klassenbildung. Dennoch haben sie das gemeinsame Bewusstsein, dass sie alle Amerikaner sind (Verfassung, Sprache).¹¹⁶⁹

Der Verfassungspatriotismus der Amerikaner basiert auf der Geburt der Nation durch die Lösung von England und der Ausarbeitung einer eigenen republikanischen Verfassung. Der Bruch mit der Herkunft, der Glaube an die Freiheit und das Bewusstsein, dass es etwas weltgeschichtlich Neues geschaffen wurde, begründen den Patriotismus. Aber durch die besondere Ausgangslage als Kolonie, die von Anfang an Einwanderungsland war, ist dieses Vorbild nicht leicht zu imitieren.¹¹⁷⁰

Ein normales parlamentarisches System kann für die EU nicht passen, da die EU zu komplex ist. Außerdem fehlen die politische Identität und ein gut entwickeltes Parteiensystem. Gegen das Demokratiedefizit könnte unter anderem eine neue Kammer

¹¹⁶⁵ Balibar: Sind wir Bürger Europas? 35-36

¹¹⁶⁶ Ebd. 41

¹¹⁶⁷ Falkner: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. 83

¹¹⁶⁸ Adam: Die geistig-kulturelle Zukunft Europas. 22.

¹¹⁶⁹ Barbara Zehnpfennig: Vorbild Amerika? Multi-Kulturalismus, Verfassungspatriotismus und die Einheit der Nation. 113-114. In: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 113-119

¹¹⁷⁰ Ebd. 116-118

helfen, in der nationale Parlamentarier vertreten sind. Zusätzlich könnte eine mehrdimensionale Entscheidungsebene geschaffen werden, in der das Parlament, die intergouvernementalen Verhandlungen und die Interessensvermittlung in Ausschüssen lose miteinander verknüpft sind (Post-Parlamentarismus).¹¹⁷¹

Heute wird von vielen auch das Demokratiedefizit der EU als Grundübel angesehen. Leonard hat zum Demokratiedefizit eine eigene Meinung:

„Die >>Europäisierung<< des nationalen politischen Lebens findet größtenteils hinter den Kulissen statt, aber gerade dank dieser Unsichtbarkeit ist ein einzigartiges politisches Experiment zu einem triumphalen Erfolg geworden (Allerdings gerät heute gerade diese Unsichtbarkeit und Undurchschaubarkeit in die Kritik.)“¹¹⁷²

Die OEEC ist durch äußeren Zwang entstanden, die Montanunion im Gegensatz dazu aus europäischem Idealismus.¹¹⁷³

Die Suche nach der europäischen Identität ist für viele auch die Suche nach der Seele der EU. Wobei man auch von vielen Seelen sprechen kann, nämlich den verschiedenen (nationalen) Europabildern. Das Ziel versuchen manche dadurch zu erreichen, dass sie der EU einen Sinn verleihen wollen. Dabei funktioniert die Legitimation durch die Idee, also durch Geschichte, Kultur und Identität. Andere möchten die Finalität durch die Organisation Europas erreichen, also die Legitimation durch Verfahren (Partizipation und Demokratie). Bei ersterer Idee soll die EU durch ihr Wesen und Identität repräsentiert werden, bei letzterer durch das europäische Volk und seinen Willen.¹¹⁷⁴

Zynisch ausgedrückt: die EU hat die Kunst des Regierens ohne Bürger entwickelt.¹¹⁷⁵ Wenn es also kein europäisches Volk gibt, kann es auch keine eigenständige demokratische Legitimation geben. Daher bezieht das Recht der EU seine Legitimation aus den Verfassungsordnungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die kollektive Identität

¹¹⁷¹ Heidrun Abromeit: Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie. 32-35. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 31-54

¹¹⁷² Leonard: Warum Europa die Zukunft gehört. 28

¹¹⁷³ Schmale: Geschichte Europas. 244

¹¹⁷⁴ Weiss: Die vielen Seelen Europas. 185-186

¹¹⁷⁵ Johannes Pollak, Peter Slominski: Europäische Demokratie im Schnittpunkt von parlamentarischem und regulativem Modell. 257. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 257-279

wäre aber notwendig, um im gemeinsamen Recht die Vorstellungen vom gemeinsamen Leben festzuhalten.¹¹⁷⁶

Heute gibt es drei große Organisationen die für Europa von Bedeutung sind: die EU, den Europarat und die OSZE.

„Alle drei versuchen, ihr gemeinsames Ziel vor allem durch die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in allen europäischen Staaten zu erreichen.“¹¹⁷⁷

Trotz der gemeinsamen Ziele kann man nicht von einer erfolgreichen Kooperation zwischen den drei Organisationen sprechen. Die Beziehungen sind noch verbesserungsfähig (zum Beispiel wurden beim 3. Gipfeltreffen des Europarates im Mai 2005 Überlegungen zur Kooperation mit EU und OSZE angestellt). Es gibt eine vielfältige Zusammenarbeit der drei wie zum Beispiel im Tschetschenien-Konflikt. Es gibt systematisch Basis zur Arbeitsteilung, es wird situativ und reaktiv vorgegangen.¹¹⁷⁸

Probleme sind unter anderem, dass der Europarat und die OSZE an der fehlenden Handlungsbereitschaft ihrer Mitglieder leiden und andererseits hinsichtlich der Kompetenzen und finanziellen Möglichkeiten der EU unterlegen sind. Außerdem nähert sich die EU mit ihrer Mitgliederzahl immer mehr an die beiden anderen Organisationen an. Die Möglichkeiten für Europarat und OSZE liegen darin, die Nischen zu besetzen.¹¹⁷⁹

Mader sieht drei mögliche sicherheitspolitische Optionen für die EU. Sie könnte sich erstens auf die NATO konzentrieren und gemeinsam mit den USA den Kampf gegen den Terror führen. Oder sie könnte sich zweitens von den USA emanzipieren. Als dritte Möglichkeit sieht Mader den kompletten Verzicht auf Gewalt und nur mehr UN-Friedenseinsätze.¹¹⁸⁰

¹¹⁷⁶ Alexander Somek: Europa als Rechtsgemeinschaft. Oder: Walter Hallstein ernst genommen. 210, 216. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 207-229

¹¹⁷⁷ Klaus Brunner: EU, Europarat und OSZE: Gemeinsam für ein stabiles Europa. 111. In: Roland Sturm, Heinrich Pehle (Hg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen. Opladen, 2006. 111-127

¹¹⁷⁸ Ebd. 119-121

¹¹⁷⁹ Ebd. 121-122

¹¹⁸⁰ Gerald Mader: Wie realistisch ist eine europäische Friedenspolitik? 39. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 37-43

Ein weiteres Problem der EU ist, dass der europäische Zusammenschluss unter den Gedanken des Friedens und der Wirtschaft vollzogen wurde, aber nicht die Form dafür festgelegt wurde. Deshalb stellt sich heute die Frage der Rolle der Nationalstaaten und nach einer Verfassung. Die Dynamik der EU zielt auf weitere Integration ab, geschieht aber in unterschiedlichem Tempo.¹¹⁸¹

Als die EU eine Verfassung für Europa plante, war die Idee dahinter, dass diese die alten Verträge ersetzen sollte. Aber es waren keine Neuerungen enthalten. Auch der Name „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ zeigt, dass es sich nur um einen weiteren Vertrag handelt.¹¹⁸² Man kann auch alle völkerrechtlichen Verträge, die in der EU existieren als Verfassung sehen.¹¹⁸³

Beim europäischen Konvent 2003 konnte man sich nicht auf eine gemeinsame kulturelle Grundlage (in Frage dafür kamen zum Beispiel das Christentum oder die Aufklärung) einigen. Deshalb wurden in die Präambel zum Vertrag über eine Verfassung nur politische Grundwerte aufgenommen.¹¹⁸⁴ Die Schwierigkeiten mit der Verfassung beruhen unter anderem auf den verschiedenen Ansichten über die Finalität der EU (zum Beispiel eine erweiterte Freihandelszone oder ein Europa der Vaterländer oder ein föderaler Bundesstaat).¹¹⁸⁵

Streitpunkt in der Verfassung war auch die Religion. Wenn man bestimmte Werte des Christentums für die europäische Identität heranzieht, ergibt sich dennoch das Problem, dass alle, die dies nicht anerkennen, nicht eingeschlossen sind.¹¹⁸⁶ Winkler ist der Meinung, dass wenn man von der Wertegemeinschaft in Europa spricht, die westlichen Werte gemeint sind. Europas geographische Grenzen gehen (per Definition) bis zum Ural. Dennoch gehören nicht alle Länder in diesem Gebiet zum Westen. Zur westlichen Wertegemeinschaft gehören andererseits aber auch die USA und Kanada, Australien und Neuseeland und Israel. Genauso wie der Begriff Europa hatten auch „Westen“ und „Osten“ im Lauf der Geschichte unterschiedliche Bedeutungen und Reichweiten (Orient und Okzident, Römisches Reich).¹¹⁸⁷

Eine europäische Verfassung könnte möglicherweise die Bedeutung Europas abstecken. Außerdem könnte sie eine öffentliche Debatte starten und somit den demokratischen

¹¹⁸¹ Meier: Welches Europa für welche Bürger? 19, 22

¹¹⁸² Derosier: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. 20

¹¹⁸³ Schmale: Geschichte Europas. 245

¹¹⁸⁴ Meyer: Die Identität Europas. 14-15

¹¹⁸⁵ Mader: Wie realistisch ist eine europäische Friedenspolitik? 37

¹¹⁸⁶ Koscielniak: Verantwortung als Fundament der Identität Europas. 114-115

¹¹⁸⁷ Heinrich August Winkler: Was heißt westliche Wertegemeinschaft? 66. In: Internationale Politik. Nummer 4, 62. Jahrgang, 2007. 66-85

Ethos stärken und die Macht kontrollieren.¹¹⁸⁸ Das Ziel ist es, die Brüsseler „Fremdbestimmung“ in eine Selbstbestimmung der europäischen Bürger zu wandeln.¹¹⁸⁹ „Die Stärkung der öffentlichen Debatte in und über Europa sollte Zielsetzung und Methode zugleich sein.“¹¹⁹⁰

Für die Bevölkerung ist die institutionelle Weiterentwicklung der EU eher uninteressant. Für sie sind die Auswirkungen entscheidend (gesicherter Arbeitsplatz, Sozialleistungen und ähnliches).¹¹⁹¹ Beim Konvent bestand sogar die Möglichkeit für die Öffentlichkeit den Ablauf zu beobachten, es wurde zum Beispiel ein Internet-Forum eingerichtet.¹¹⁹² Dennoch war für zwei Drittel der befragten Europäer der Konvent unbekannt.¹¹⁹³ Der Konvent eignete sich nicht wirklich für eine umfassende Berichterstattung. Die nationalen Medien berichteten auch hauptsächlich über nationale Positionen und deren Umsetzung. Erst als die Debatte sich im Jänner 2003 zuspitzte, wurde das öffentliche Interesse größer. Ein Problem der öffentlichen Kommunikation war aber, dass sich die Komplexität des Konvents leichter in nationalen Themen vermitteln ließ. Dabei wurde die EU entweder nicht erwähnt oder zum Sündenbock.¹¹⁹⁴

Habermas sieht folgende Gründe, die für eine Verfassung sprechen: Man kann das Bewusstsein nicht nur auf einer gemeinsamen Währung aufbauen. Das einstige Ziel der Gemeinschaft, der Friede, ist erreicht. Außerdem muss die Politik den Spalt der Globalisierungsgewinner und –verlierer ausgleichen. Im Konvent wurden die Grundrechte festgelegt, aber es hätten auch die Grenzen der EU festgelegt und die Kompetenzen geklärt werden müssen.¹¹⁹⁵

Vorerst scheint die Verfassung abgeschrieben. Nach der Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, wollen diese beiden nicht noch einmal über dasselbe Dokument abstimmen.¹¹⁹⁶ Mit der Ablehnung schienen auch für die EU-Politiker alle

¹¹⁸⁸ Ulrich Haltern: Europäische Verfassung und europäische Identität. 241, 246. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 239-290

¹¹⁸⁹ Hans-Jörg Trenz, Ansgar Klein, Ruud Koopmans: Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit. 10. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 7-19

¹¹⁹⁰ Annette Heuser: Der Verfassungsprozess in der öffentlichen Wahrnehmung und die Rolle der Zivilgesellschaft. 26. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 26-32

¹¹⁹¹ Caspar Einem: Braucht die Europäische Union eine Verfassung? Der Post-Nizza-Prozeß in zweierlei Perspektive. 79. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 4, Jahrgang 29, 2001. 79-89

¹¹⁹² Weidenfeld: Europa eine zuverlässige Ordnung geben. 18

¹¹⁹³ Heuser: Der Verfassungsprozess in der öffentlichen Wahrnehmung. 26

¹¹⁹⁴ Ebd. 27-28

¹¹⁹⁵ Habermas: Why Europe needs a Constitution. 257-271

¹¹⁹⁶ Frankenberger, Nonnenmacher: Die Europäische Union in der Krise. 3

Hoffnungen und Zukunftspläne verloren. Es ließ sich auch ein Rückfall in nationale Stereotypen feststellen.¹¹⁹⁷

Frankenberger und Nonnenmacher sind der Meinung, dass es genug Vorzeichen und öffentliche Kritik an dem Vertrag gab, um möglicherweise die Ablehnung zu erahnen. Auch der Umfang des Werkes wirkte auf viele abschreckend.¹¹⁹⁸ Für die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden gab es auch viele innenpolitische Gründe beziehungsweise wollten einige Wähler ihren Protest (zum Beispiel gegen die Globalisierung) ausdrücken. Aber insgesamt ist eine Entfremdung der Bürger zur EU festzustellen, die sich in Desinteresse oder aggressiver Ablehnung ausdrückt.¹¹⁹⁹

Geremek schlägt vor, nach dem Schock der Ablehnung über andere Möglichkeiten der Vertiefung nachzudenken. Eine wäre zum Beispiel die „Euroland-Struktur“. Alle Länder, die den Euro bereits eingeführt haben und jene, die dies vorhaben, sollen zwischenstaatlich die Integration vertiefen (ohne eine Zersplitterung herbeizuführen).¹²⁰⁰

Von den meisten wird die Ablehnung der Verfassung auch als ein Zeichen für die Stagnation der EU gesehen. Lutz jedoch kommt zu dem Schluss, dass es eine langfristige Entwicklung in Richtung europäische Orientierung gibt. Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass die ältere Generation stark national orientierter Personen langsam durch jüngere, europäischer orientierte Leute ersetzt wird. Lutz stützt seine Annahme auf die Entwicklung der Antworten des Eurobarometers (beschränkt auf die EU-15). Die mehrfache Identität (europäische Identität zusätzlich zur nationalen) sinkt mit dem Alter. Lutz begründet diesen Effekt damit, dass junge Menschen Europa-offener sozialisiert werden. Seine Prognose für die Zukunft ist daher, dass die Zahl der Personen mit nur nationaler Identität sinken wird und die Zahl der Personen mit mehrfacher Identität steigen wird. Österreich liegt im EU-Vergleich der Mehrfach-Identitäten im Mittelfeld. Trotz Ablehnung der Verfassung liegen Frankreich und die Niederlande vor Österreich. Die Begründung liegt darin, dass man trotz mehrfacher Identität nicht mit den Institutionen einverstanden sein muss.¹²⁰¹

Der Bevölkerung fehlt nach Verheugens Meinung das Bewusstsein, dass man nationale und europäische Verantwortung nicht trennen kann. In den Staaten kommt es zur Polarisierung „wir“ gegen „Brüssel“. ¹²⁰² Nationale Politiker tendieren dazu, unliebsame

¹¹⁹⁷ Schmale: Suche nach europäischer Identität. 35

¹¹⁹⁸ Frankenberger, Nonnenmacher: Die Europäische Union in der Krise. 3

¹¹⁹⁹ Ebd. 4-5

¹²⁰⁰ Geremek: Zur inneren Einheit des wiedervereinigten Europa. 35

¹²⁰¹ Wolfgang Lutz: Europäische Identität nimmt durch demographische Kräfte zu. Online unter: <http://www.iiasa.ac.at/Research/POP/POPNET/popnet38.pdf>. 15. Juli 2007

¹²⁰² Verheugen: Europa in der Krise. 9

Entscheidungen (an denen sie teilweise auch selbst beteiligt waren) auf die EU zu schieben.¹²⁰³

Hüfner ist der Meinung, dass der „*Rubikon der Europäisierung*“¹²⁰⁴ bereits überschritten ist. Die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten denkt zwar immer noch in nationalen Kategorien und dass die eigene Nation wesentlicher als die EU ist. Dabei bestimmt aber heute die EU. Die Rückkehr zum Nationalstaat ist (fast) unmöglich geworden. Dies ist spätestens seit der Einführung der Währungsunion so. Europa ist im täglichen Leben erfahrbar (zum Beispiel durch europäische Lebensmittel oder andere Waren).¹²⁰⁵

Hüfner sieht drei Bereiche, die noch nicht europäisiert worden sind: erstens die Sprache und in diesem Zusammenhang Film, Theater und Literatur; zweitens „*alles, was unter das Subsidiaritätsprinzip fällt*“¹²⁰⁶, also zum Beispiel gelten Regelungen der Ladenöffnungszeiten oder Schulformen regional und nicht europaweit; und drittens die Sozialpolitik.¹²⁰⁷

Die Probleme, die sich aus der Größe und den Grenzen der EU ergeben, könnten möglicherweise durch eine echte Nachbarschaftspolitik überwunden werden. Zum Beispiel sollten Nichtmitglieder, die aber Partner sind, teilweise einbezogen werden, wenn sie dafür auch bestimmte Verpflichtungen eingehen. Außerdem müssen statt des traditionellen deutsch-französischem Motors (der mittlerweile erschöpft ist) neue Formen informeller Führung geschaffen werden.¹²⁰⁸

Unterberger gibt zu, dass die Diagnose über die Probleme der EU leichter zu erstellen ist, als eine Lösung zu finden. Allerdings ist er auch der Meinung, dass man sich mit einer Diagnose, bei der sich alle einig wären, schon auf dem halben Weg zur Lösung befindet.¹²⁰⁹ Als Lösung schlägt er vor, kleine Zusammenschlüsse innerhalb der EU anzustreben. Aber die beste Lösung wäre überhaupt die Neugründung Europas.¹²¹⁰

¹²⁰³ Dieter Rucht, Emanuel Richter, Ansgar Klein: Einführung: Zugänge zur Demokratiefrage in der EU. 23. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 23-29

¹²⁰⁴ Hüfner: Europa. 12

¹²⁰⁵ Ebd. 13

¹²⁰⁶ Ebd. 22

¹²⁰⁷ Ebd. 21-22

¹²⁰⁸ Frankenberger, Nonnenmacher: Die Europäische Union in der Krise. 7-8

¹²⁰⁹ Unterberger: Europa neu gründen. 79

¹²¹⁰ Ebd. 74

Bei aller Kritik an der EU darf man aber nicht vergessen, dass sie auch als Friedensprojekt gegründet wurde. Europa hat im Lauf seiner Geschichte zahlreiche Kriege durchlebt, daher stellt die europäische Integration die bisher längste Friedensperiode dar.

Die EU kann das dauerhaft friedliche Zusammenleben vieler Völker auf kleinem Raum gewährleisten. Daher ist die EU als Friedensprojekt noch heute sinnvoll, da die Re-Nationalisierung noch immer eine Gefahr darstellt.¹²¹¹

„Während also viele Völker und Staaten bemüht sind, sich gegenseitig in Schach zu halten, versucht niemand, das Erstarken der Europäischen Union zu bremsen. Tatsächlich haben es die Europäer geschafft, die Idee der Machtbalance geradezu in ihr Gegenteil zu verkehren. Mit der Macht der EU wächst zugleich die Anziehungskraft, die sie auf ihre Nachbarn ausübt, mit der Folge, dass diese sie nicht bremsen, sondern ihr beitreten möchten.“¹²¹²

Vielleicht fehlen der EU beziehungsweise der Integration neue Impulse. Die EU muss ihre Position in der Weltpolitik entwickeln. Eine Möglichkeit ist dabei das Friedensprojekt, als das die EU gegründet wurde. Anfangs war der Friede nur auf Europa ausgerichtet. Heute jedoch könnte die EU als Zivilmacht agieren und Problem durch Kooperation zu lösen versuchen.¹²¹³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es bei der Suche nach der europäischen Identität nicht mehr um ein historisches Selbstbewusstsein oder um emotionale Zugehörigkeit geht, sondern um die Legitimität und die Zukunftsfähigkeit der EU.¹²¹⁴

5.2.6. Die Symbole

„Das weder zu überblickende noch zu durchschauende Gebilde Europäische Union versuchte sich schon seit geraumer Zeit durch eine einprägsame Symbolik und klassische Musik besser zu vermitteln.“¹²¹⁵

¹²¹¹ Verheugen: Europa in der Krise. 17-19

¹²¹² Leonard: Warum Europa die Zukunft gehört. 42

¹²¹³ Carola Bielfeldt: Eine andere Sicherheitspolitik für Österreich. 57-59. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 57-63

¹²¹⁴ Meyer: Die Identität Europas. 13

¹²¹⁵ Gehler: Europa. 271

Symbole als identitätsstiftende Instrumente sind auf Grund negativer Erfahrungen umstritten. Aber das fehlende überzeugende Symbolsystem der EU ist für manche eine Begründung für die fehlende europäische Identität.¹²¹⁶

Die EU bietet keine wirkliche rituelle Konstruktion von kollektiver Identität (schon alleine deshalb, weil die gemeinsame Sprache fehlt). Auch die Symbole haben keine starke identitätsstiftende Kraft. Es fehlt die Schicksalsgemeinschaft, die Europäer haben keine gemeinsame Revolution durchgemacht, sie besitzen keine gemeinsame Gründerfigur. Der einzige Bezugspunkt ist die Überwindung des Faschismus in Europa, dieser wird aber hauptsächlich im nationalen Rahmen gefeiert (und der Sieg konnte vor allem durch das Einschreiten einer außereuropäischen Macht – den USA – erfolgen). Im historischen Rückblick ist Europa eine Streitgemeinschaft, die immer in Konflikte verwickelt war.¹²¹⁷

Europäische Symbole sind relativ unbekannt oder werden von den Leuten als unwichtig empfunden. Die Symbole konnten bisher nicht zur Identitätsbildung beitragen. Deshalb gibt es auch an den Binnengrenzen Europa-Schilder statt Zolltafeln.¹²¹⁸ Haltern findet die Symbole unbeholfen. Durch eine Hymne, Pass und Europatag hat kein neuartiges Denken eingesetzt, sondern man ist den konservativen Strömungen aus dem 19. Jahrhundert gefolgt. Die Symbole genügen nicht dem Anspruch eine neue Ära einzuleiten, sie sind dieselben wie im Nationalstaat.¹²¹⁹

Heinrichsmeyer, Hildebrand und May zählten im Jahr 1995 für die EU dazu: die Hymne, den Feiertag, die Flagge, die Außengrenze, das Parlament, die Hauptstadt, den europäischen Gerichtshof, den Pass und die Autokennzeichen.¹²²⁰ Heute ist sicherlich noch der Euro zu ergänzen. In der Gründungszeit der europäischen Integration verzichteten die führenden Persönlichkeiten weitestgehend auf die Einführung von europäischen Symbolen. Man war durch die Überschwemmung mit Symbolen (und negativen Erfahrungen) aus dem 19. und auch 20. Jahrhundert gesättigt.¹²²¹

Vor der europäischen Einigung gab es bereits eine Vielzahl an Symbolen für Europa, von denen wiederum die meisten aus dem 19. Jahrhundert und der Tradition der Nationalstaaten schöpften. Die Symbole Europas wurden nicht von Institutionen, sondern von der Elite geschaffen, was die Vielzahl erklärt. Zum Beispiel versuchte Coudenhove-Kalergi sein Kreuz (siehe Kapitel 3.2.1) nach dem Zweiten Weltkrieg für die europäische

¹²¹⁶ Wodak, Puntcher-Riekman: „Europe for All“ 289

¹²¹⁷ Giesen: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. 135-136

¹²¹⁸ Gehler: Europa. 272

¹²¹⁹ Haltern: Europäische Verfassung und europäische Identität. 270-272

¹²²⁰ Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May: Vorwort der Herausgeber. 12. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 9-15

¹²²¹ Wodak, Puntcher-Riekman: „Europe for All“ 290

Einigung durchzusetzen. Die Symbole wurden von der Bevölkerung interessanterweise aber erst anerkannt, wenn diese auch offiziell von einer Institution übernommen wurden. Allerdings war auch das keine Garantie, dass die Symbole wirklich flächendeckend bekannt waren (im Jahr 1961 kannte laut einer Umfrage die Mehrheit der Bevölkerung von Straßburg – dem Sitz des Europarates – die Europarat-Flagge nicht). Außerdem waren die Institutionen auch zurückhaltend in ihrer Symbolpolitik. Man wollte nicht zu sehr an die Nationalstaaten erinnern und war sich auch des Unterschiedes zwischen der Größe des Kontinents und der eigenen Größe der Gemeinschaft bewusst.¹²²² Eine aktive Symbolpolitik und Ausbau der Kulturpolitik wurde erst ab den 80er Jahren geführt. Dies lag unter anderem auch an der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.¹²²³

Die Figur der Europa aus der griechischen Mythologie (siehe Kapitel 2.2.3) ist wohl das älteste Symbol Europas. Die Europa war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts bekannt (gerne für Karikaturen verwendet), allerdings ist sie heute nicht mehr im Bewusstsein der Menschen verankert.¹²²⁴

Eine „qualitative Veränderung“ bezüglich der Symbolpolitik der EU brachte die Einführung des Euros, der mittlerweile zum wichtigsten Symbol geworden ist.¹²²⁵ Der Euro bietet eine gute Basis für die Herausbildung eines Wir-Gefühls. Durch ihn wird die Wirtschafts- und Währungsunion für die europäische Bevölkerung im Alltag erfahrbar.¹²²⁶ Mit der Einführung des Euros nahm eine abstrakte Idee materielle Gestalt an. Europa wird zur Selbstverständlichkeit.¹²²⁷ Bereits im 19. Jahrhundert existierten so etwas wie Vorformen des Euros. Am 23. Dezember 1865 gründeten Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland und die Schweiz die lateinische Münzunion, die bis ins Jahr 1927 Bestand hatte. Im Jahre 1872 entstand dann die skandinavische Münzunion.¹²²⁸ Auch die USA zeigten Interesse an einer Währungsunion und überlegten diese weltweit auszudehnen.¹²²⁹

¹²²² Patel: Europas Symbole. 13-14

¹²²³ Kiran Klaus Patel: Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche seit 1945. 16. In: Internationale Politik. Nummer 4, 59. Jahrgang, 2004. 11-18

¹²²⁴ Ebd. 12

¹²²⁵ Ebd. 16

¹²²⁶ Holger Bonus: Europäische Identität aus ökonomischer Sicht. 93. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 67-100

¹²²⁷ Michels: Europa im Kopf. 13

¹²²⁸ Gehler: Europa. 86

¹²²⁹ Derosier: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. 16

Für das Design des Euros wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Im Jahr 1998 einigte man sich und ab dem Jahr 1999 wurde bereits gedruckt. Die verschiedenen Stilepochen, die auf dem Euro zu sehen sind, suggerieren die kulturelle Einheit Europas (obwohl auch die Stile geographisch begrenzt waren).¹²³⁰ Robert Kalina aus Österreich entwarf das Design der Scheine. Das Motto ist „Fenster, Tore, Brücken“. Die Münzen haben eine gemeinsame Vorderseite und eine national gestaltete Rückseite.¹²³¹ Die Gefahr des Euros als Identifikationsmittel liegt darin, dass nicht alle Mitgliedsländer teilnehmen. Dadurch könnte eine Zweiteilung entstehen.¹²³²

Im Jahr 1981 wurde die Vereinheitlichung des Passes beschlossen.¹²³³ Den gemeinsamen Pass gibt es seit 1. Jänner 1985. Dadurch konnte man die innereuropäischen Grenzkontrollen beschleunigen beziehungsweise ganz weglassen. Statt den Zollschildern stehen jetzt Europaschilder an den Grenzen.¹²³⁴ Der Pass der EU ist aber auch eine Form der Exklusion. Die territoriale Mobilität wird für Mitglieder (beziehungsweise Staatsangehörige) und Nicht-Mitglieder geregelt. Allerdings handelt es sich dabei um etwas Dynamisches, da sich Gesetze und Mitglieder ständig ändern.¹²³⁵

Seit dem Jahr 1996 gibt es auch einen europaweit gültigen Führerschein, der beim Umzug in ein anderes EU-Land nicht umgeschrieben werden muss. Auch die Nummerntafeln der Autos sind seit dem Jahr 1995 europäisiert.¹²³⁶

Die Fahne einer Nation bedeutet traditionelle Kontinuität, den Fortbestand der Nation und die Verbundenheit mit glorreichen Helden. Sie bietet einen Impuls für Solidarität und mobilisiert für den Kampf zur Selbstbehauptung.¹²³⁷ Seit Österreichs Beitritt zur EU befinden sich auf Amtsgebäuden die österreichische Fahne und zusätzlich die der EU.¹²³⁸ Auf dem Europakongress in Den Haag im Jahr 1948 wurde zunächst ein rotes „E“ auf weißem Grund als Zeichen für Europa genommen. Bereits ein Jahr später wechselte man auf Vorschlag von Duncan Sandys von rot auf grün. Einerseits stand das Grün für die

¹²³⁰ Schmale: Geschichte Europas. 262

¹²³¹ Gehler: Europa. 276

¹²³² Schmale: Geschichte Europas. 262

¹²³³ Patel: Europas Symbole. 16

¹²³⁴ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 204

¹²³⁵ Wodak, Puntischer-Riekman: „Europe for All“ 287

¹²³⁶ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 204

¹²³⁷ Margaret Canovan: Fahenschwingen. Betrachtungen über die Nation. 72. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 72-91

¹²³⁸ Pelinka: Europa und die österreichische Identität. 79

Hoffnung, andererseits erinnerte das Rot zu sehr an den Kommunismus.¹²³⁹ Spätestens seit 1949 suchte man nach einem Zeichen für den Europarat. Das „E“ wurde von den meisten als offiziell angesehen, aber erst im Jahr 1953 einigte man sich offiziell auf ein Zeichen. Zunächst waren es fünfzehn goldene Sterne auf blauem Grund. Jeder Stern stellte eine Nation im Europarat dar, aber die Anzahl wurde auf zwölf herabgesetzt. Seit dem Jahr 1955 existiert die Flagge in heutiger Form. Die Anzahl zwölf wurde deshalb gewählt, weil sie in der biblischen Tradition die Vollkommenheit repräsentiert. Diese neue Fahne musste sich allerdings erst gegen das „E“ durchsetzen. Erst im Jahr 1985 wurde diese Fahne endgültig von der gesamten EG übernommen und wurde auch im aktuellen Verfassungsentwurf festgehalten.¹²⁴⁰ Davor gab es für die Montanunion seit dem Jahr 1961 sechs Sterne auf blauem und schwarzen Grund, seit dem Jahr 1973 ein goldenes „EP“ in einem Lorbeerkranz für das Europäische Parlament und für die Europäische Kommission zunächst eine stilisierte Karte der Mitglieder und dann ein goldenes „E“ auf blauem Grund.¹²⁴¹

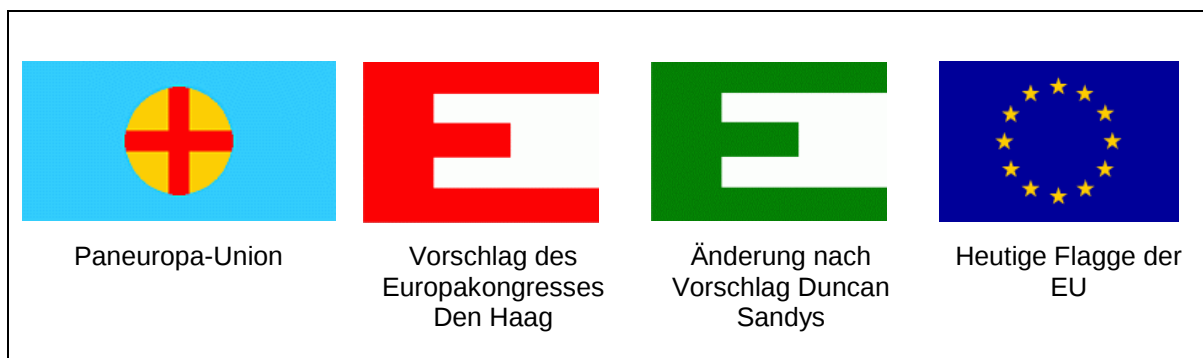


Abbildung 2: verschiedene Europaflaggen

Auch die Hymne wurde vom Europarat übernommen, der 4. Satz der 9. Symphonie von Beethoven.¹²⁴²

Außerdem gibt es die Europatage im Mai, einerseits den 5. Mai als Erinnerung an die Gründung des Europarates im Jahre 1949 und den 9. Mai in Erinnerung an den Schuman-Plan.¹²⁴³ Allerdings sind diese beiden Feiertage der europäischen Bevölkerung kaum bekannt.¹²⁴⁴

¹²³⁹ Patel: Europas Symbole. 13

¹²⁴⁰ Schmale: Geschichte Europas. 245

¹²⁴¹ Patel: Europas Symbole. 14

¹²⁴² Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 204

¹²⁴³ Ebd. 204

¹²⁴⁴ Patel: Europas Symbole. 16

In den 50er Jahren gab es eine Euphorie und eine Art Identifizierungsphase: Straßen, Kaffeehäuser und Hotels wurden auf „Europa“ umbenannt (siehe Kapitel 6.1).¹²⁴⁵ Ein Mythos der EU ist, dass die EU neo-karolingisch ist. Manche berufen sich darauf, dass die Gründungsstaaten die ehemaligen Länder Karls des Großen waren.¹²⁴⁶ Seit dem Jahr 1950 wird in der Stadt Aachen jährlich der Karlspreis vergeben. Damit werden Personen (oder auch Institutionen) ausgezeichnet, die sich um die europäische Einigung, die Integration und das Wohlergehen Europas verdient gemacht haben.¹²⁴⁷ Der erste Preisträger im Jahr 1950 war Coudenhove-Kalergi für seine Paneuropa-Union. Weitere Preisträger sind unter anderem: Alcide De Gasperi (1952 für den aktiven Aufbau europäischer Institutionen), Jean Monnet (1953 für den Übergang „von der Konzeptualisierung zur Institutionalisierung“¹²⁴⁸) Paul Henri Spaak (1957 für europäische Einigung), George C. Marshall (1959 für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas), aber auch das Luxemburgische Volk (1986 als überzeugte Europäer der ersten Stunde), in neuerer Zeit dann Vaclav Havel (1991 für den Einsatz für den Frieden in seinem Land und in Europa), Franz Vranitzky (1995 für die Überwindung der Europa-Skepsis in Österreich und die Anbindung Osteuropas an die EU) und der Euro, getragen von Wim Duisenberg (2002 zur Förderung der Identifikation mit Europa).¹²⁴⁹

Außerdem gibt es die Ehrenbürgerschaft von Europa. Diese wurde allerdings bisher erst zwei Mal verliehen: im Jahr 1976 an Jean Monnet, und im Jahr 1998 an Helmut Kohl.¹²⁵⁰

Für die Vollständigkeit klassischer Symbole fehlen aber vor allem europäische Denkmäler. Da solche Denkmäler aber meistens in Gedenken an Kriege errichtet werden, fehlt eine europäische Gemeinsamkeit dafür.¹²⁵¹

¹²⁴⁵ Schmale: Geschichte Europas. 256

¹²⁴⁶ Rudolph: Historical Manifestations of European Identity and its Failures. 147

¹²⁴⁷ Gehler: Europa. 129

¹²⁴⁸ Gehler: Europa. 130

¹²⁴⁹ Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen: Internationaler Karlspreis zu Aachen. Online unter: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=11> (27. Jänner 2007)

¹²⁵⁰ Gehler: Europa. 130, 237

¹²⁵¹ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 205

6. Österreich und das Europabewusstsein

6.1. *Eine Zwischenbilanz*

Seit dem Beginn der Überlegungen zur europäischen Integration gab es eine große Kluft zwischen dem Europabewusstsein der Elite und dem der Bevölkerung in Österreich. Der tatsächliche Beitritt zur EU war das Ergebnis eines langwierigen bürokratischen Prozesses, der von der Bevölkerung abgesehen von einigen Inszenierungen größtenteils unbemerkt blieb.¹²⁵² Vor dem Beitritt zur EU war das Bewusstsein um die österreichische Identität in der Bevölkerung bereits gefestigt. Man kann daher nur ansatzweise ein Europabewusstsein feststellen. Die Mehrheit der Österreicher identifizierte sich mit Österreich selbst oder ihrem Bundesland.¹²⁵³ Außerdem befürchtete man, dass man durch den EU-Beitritt abgesehen von den eigenen Problemen sich auch noch mit denen der anderen Mitgliedsstaaten befassen musste.¹²⁵⁴

In der Zwischenkriegszeit war der vorherrschende Gedanke der Anschluss an Deutschland, Europabewusstsein war Sache der Elite. Nach Briands Rede vor dem Völkerbund zeigte sich Österreich nicht so ablehnend wie Italien oder Deutschland, dennoch war man skeptisch und distanziert. Bundeskanzler Schober konnte sich höchstens eine Zollunion vorstellen.¹²⁵⁵ Schobers eigentliches Ziel war der Anschluss an Deutschland, aber Paneuropa oder auch Briands Vorschlag waren geeignet, um diese Absicht zu kaschieren.¹²⁵⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte Europa dafür sorgen, dass Österreich eine bessere Ausgangslage als nach dem Ersten Weltkrieg besaß. Österreich konnte sich im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit mit dem Kleinstaat abfinden und wandte sich von allen Großmachtsideen ab. Die neue Aufgabe lag in der Mittlerrolle und der übernationalen Staatsidee, wobei Österreich durch die Teilung des Kontinents vom Zentrum in die Randlage rückte. Deshalb musste der Handel neu orientiert werden. Der EFTA-Beitritt machte Österreich stolz, nicht in der EWG zu sein, da die EFTA als „besseres Europa“

¹²⁵² Peter Slominski: Bürokratie und Demokratie. 153. In: Heinrich Neisser, Sonja Puntischer-Riekman (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 153-175

¹²⁵³ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 82

¹²⁵⁴ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 57

¹²⁵⁵ Rauscher: Europa in der österreichischen Außenpolitik. 134

¹²⁵⁶ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 36

gesehen wurde.¹²⁵⁷ Die Europa-Debatten, die in den 40er und 50er Jahren in Österreich geführt wurden, erreichten kaum öffentliche Relevanz. Bedeutend waren der Staatsvertrag und ein wenig auch noch der UNO-Beitritt.¹²⁵⁸ Nach dem Jahr 1955 wurde auch die Europapolitik marginal bedeutsam.¹²⁵⁹ Dennoch kann man eine bestimmte Begeisterung für Europa in den 50er Jahren feststellen. In diese Zeit fallen zum Beispiel auch die Gründung des Cafe de l'Europe am Graben in Wien (1951) und die Benennung des Europaplatzes im 7. Bezirk in Wien im Jahr 1958. Durchgeführt wurde die Namensgebung vom damaligen Wiener Bürgermeister Franz Jonas, der so seine Europa-Affinität zum Ausdruck brachte und einem Wunsch des Europarates nachkam.¹²⁶⁰

Seit dem Jahr 1947 nahm Österreich Kontakt mit verschiedenen europa- und integrationspolitischen Initiativen auf. Seit den 50er Jahren bemühte man sich auch um intensivere Wirtschaftsbeziehungen zum Gemeinsamen Markt. Österreich kooperierte nach und nach mit den europäischen Institutionen und sandte Botschafter. Auch wurde öfters die Vereinbarkeit von Integration mit den staats-, verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen überprüft. Kreisky entwickelte die Idee zu einem Mehrstufensystem (ohne vollständigem Beitritt).¹²⁶¹ Trotz der Neutralität hat sich Österreich international nicht herausgehalten, sondern hat immer Position bezogen. Außerdem wurden freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn gepflegt.¹²⁶²

In den 60er, 80er und 90er Jahren war Österreich eher dazu bereit die Neutralität aufzugeben. In den 70er Jahren aber war der Höhepunkt der österreichischen Neutralität, sie wurde teilweise glorifiziert. Gleichzeitig kam es zu einer Stagnation in der Integration.¹²⁶³

¹²⁵⁷ Angerer: Welches Österreich für welches Europa? 105-109.

¹²⁵⁸ Rathkolb: Außenansichten auf Staatsvertrag und Neutralität. 180

¹²⁵⁹ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 278

¹²⁶⁰ Kulturstadt (MA 7): Wiener Straßennamen und ihre historische Bedeutung. Online unter: <http://www.wien.gv.at/strassenlexikon/internet>. 20. Mai.2007

¹²⁶¹ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 168

¹²⁶² Pahr: Österreich in der Welt. 5-6

¹²⁶³ Gehler: Europa. 255

Gehler sieht bis in die 70er folgende Integrationsschübe Österreichs:¹²⁶⁴

- 1948-1953 Marshallplan
- 1950-52 Beitrittsüberlegungen zur EGKS, 1956 Ankündigung der Kandidatur
- 1961-1963 Assoziierungsbestrebungen
- 1963-1967 Alleingang
- 1969-1972 Zoll- und Handelsverträge

Bis ins Jahr 1961 sprachen sich Raab und Kreisky gegen den EWG-Beitritt aus, obwohl FPÖ, Industrie und Landwirte gegen die EFTA und für die EWG waren. Nach Raabs Rücktritt im Jahr 1961 kam mit Gorbach ein integrationsfreudigerer Kurs auf. Im September 1963 folgte jedoch Klaus auf Gorbach, der in der Integrationspolitik wiederum zurückhaltender war.¹²⁶⁵

Hamel sieht in der Westintegration abgesehen von wirtschaftlichen Überlegungen auch ein habsburgisches Großraumdenken, ein „*historisch motiviertes >>europäisches Bewusstsein<<*“ der österreichischen Politik.¹²⁶⁶

Unter Kreisky stand die Europapolitik unter dem Zeichen „*Entspannung und Kooperation vor Konfrontation und Integration*“.¹²⁶⁷ Kreisky sah die EWG nicht mehr als rein wirtschaftlichen Zusammenschluss. Seiner Meinung nach konnten die kommunistischen Staaten nicht für immer aus der europäischen Integration ausgeschlossen werden. So sprach er sich im Jahr 1956 vor der UNO für ein gesamteuropäisches Kanalsystem aus.¹²⁶⁸ Er erkannte die wirtschaftliche Bedeutung der europäischen Integration, allerdings wollte er nur Schritte, die im Einklang mit der Neutralität standen, durchführen.¹²⁶⁹

Die Bevölkerung war in den 60er Jahren und Mitte der 80er Jahre beitriffsfreundlich eingestellt. Erst mit Intensivierung der Diskussion Ende der 80er Jahre gab es auch mehr EU-Gegner. Anfang der 90er Jahre nahm die Zustimmung wieder zu, die Stimmung war jedoch instabil. Im Jahr 1993 machten sich die Anti-EU-Kampagnen einzelner Medien bemerkbar, Gegner und Befürworter hielten sich die Waage. Mit den Verhandlungen im

¹²⁶⁴ Gehler: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989. 162

¹²⁶⁵ Gehler: Der lange Weg nach Europa. 208-209, 235

¹²⁶⁶ Hamel: „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. 55

¹²⁶⁷ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 163

¹²⁶⁸ Rathkolb: Außenansichten auf Staatsvertrag und Neutralität. 181

¹²⁶⁹ Kirchschräger: Integration und Neutralität. 61

März 1994 nahmen die Befürworter stark zu. Die Gegner wurden aber lauter und die Regierung machte sich Sorgen um die Abstimmung.¹²⁷⁰

In einer Umfrage aus dem Jahr 1987 wurde bereits das Thema Europa ein wenig behandelt. Dabei wurde festgestellt, dass in Wien, Salzburg und Vorarlberg wenig, aber dennoch, Europabewusstsein vorhanden war. In den restlichen Bundesländern ließ sich kein Europabewusstsein feststellen. Daher kann man für diese Zeit einen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und dem Europabewusstsein feststellen. Je besser die Wirtschaft, desto ausgeprägter das Europabewusstsein.¹²⁷¹

Bei der Frage, ob es sich beim EU-Beitritt um einen Bruch oder Kontinuität der österreichischen Politik handelt, kann es verschiedene Antworten geben. Einerseits ist es ein Bruch, da die österreichische Politik stark auf Souveränität ausgerichtet war, es wurde also ein mentaler Wandel vollzogen (z.B. bei Angerer). Andererseits war die österreichische Politik seit dem Beginn der Zweiten Republik westorientiert (z.B. bei Gehler).¹²⁷² Allerdings bedeutet europäische Integration nicht nur EU. Integration bedeutet auch, Grenzen zu beseitigen. Und in diesem Sinn hat auch Österreich an der europäischen Integration mitgearbeitet.¹²⁷³

Die Diskussion über einen möglichen EG-Beitritt Österreichs wurde auf zwei Ebenen geführt. Einerseits gab es die öffentliche Diskussion in den Medien, bei Politikern, den Sozialpartnern und Journalisten. Andererseits gab es die versteckte Diskussion von Experten in internen Arbeitsgruppen und Interessensorganisationen.¹²⁷⁴ Die Gründe für das Beitrittsge such waren der beschlossene Binnenmarkt, das Ausklingen des Kalten Krieges, die drohende Marginalisierung Österreichs und die unbefriedigende außenpolitische Situation als EFTA-Mitglied. Die EG bot die einzige Antwort auf die notwendige Strukturreform.¹²⁷⁵

Viele Leute in der österreichischen Bevölkerung hatten Angst vor einem Beitritt zur EU. Allerdings beruhte die Europa-Skepsis auf Emotionen, Sachargumente fehlten.¹²⁷⁶ Eine der Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Beitritt war das mögliche Absinken der Demokratiequalität. Manche Skeptiker erwarteten einen „*Superstaat der anonymen*

¹²⁷⁰ Plasser, Ulram: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen. 89-91

¹²⁷¹ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 19

¹²⁷² Luif: Österreich und die Europäische Union. 880

¹²⁷³ Vranitzky: Gegen den Strom. 93

¹²⁷⁴ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 69

¹²⁷⁵ Gehler: Vom Marshall-Plan bis zur EU. 206

¹²⁷⁶ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 50

Macht“.¹²⁷⁷ Dagegen sprach jedoch folgendes Argument: die erste Entscheidungsebene, der Rat, besteht aus den nationalstaatlichen (demokratisch bestimmten) Regierungsvertretern, die zweite Ebene, das Europäische Parlament, aus direkt gewählten Abgeordneten. Bis heute gibt es jedoch ein weit verbreitetes Unbehagen, das sich dadurch begründet, dass die Entscheidungsinstanzen der EU zu bürgerfern sind.¹²⁷⁸

Noch kurz vor der Volksabstimmung war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Befürwortern und Gegnern.¹²⁷⁹ Zu Beginn der 90er Jahre zeigte sich die Bevölkerung abwartend und es war schwer die Stimmung abzuschätzen.¹²⁸⁰

Unmittelbar vor dem Beitritt gab es einen breiten Konsens in Österreich. Dieser war sowohl horizontal zwischen den Parteien und Verbänden als auch vertikal, da der Konsens in der Gesellschaft umgesetzt werden konnte.¹²⁸¹ Mock äußerte sich vor der Volksabstimmung zur europäischen Identität: *„Das Gefühl europäischer Identität kann offenbar nur sehr langsam entwickelt werden – und zwar auf der Grundlage lebendiger nationaler und regionaler Identitäten.“*¹²⁸²

Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 mit einer Zustimmung von 66,6 Prozent und einer Beteiligung von 82,4 Prozent waren das deutliche Ergebnis des Konsenses. Dennoch konnte diese hohe Zustimmung in der Bevölkerung nicht gehalten werden. Mit der Volksabstimmung befand sie sich auf einem Höhepunkt, der bis heute nicht mehr erreicht werden konnte.¹²⁸³

Das Absinken der Zustimmung zu Europa direkt nach dem Beitritt lässt sich durch Enttäuschung erklären. Der Bevölkerung wurde vor der Volksabstimmung einiges versprochen, weshalb die Erwartungen sehr hoch waren. Doch konnten diese hohen Erwartungen nicht (beziehungsweise nicht sofort) erfüllt werden. Zwar waren auch die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetroffen, aber die spürbare Verbesserung blieb auch aus.¹²⁸⁴ In den Jahren 1995 bis 1997 stieg der Prozentsatz derjenigen, die ihre Erwartungen nicht erfüllt sahen von 25 auf 42 Prozent. Dafür sank die Zufriedenheit von 24 auf 14 Prozent.¹²⁸⁵ In einer anderen Umfrage sprachen sich außerdem 62 Prozent der

¹²⁷⁷ Pelinka: Innenansicht. 23

¹²⁷⁸ Ebd. 23

¹²⁷⁹ Ulram: Einstellung der Österreicher zur EU. 66

¹²⁸⁰ Rack: Der Europagedanke in Österreich. 258

¹²⁸¹ Pelinka: Innenansicht. 24

¹²⁸² Mock: Heimat Europa. 149

¹²⁸³ Pelinka: Innenansicht. 25

¹²⁸⁴ Tributsch, Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 137

¹²⁸⁵ Ulram: Einstellung der Österreicher zur EU. 66

Österreicher gegen die Abschaffung des Schillings aus.¹²⁸⁶ „Österreichs EU-Mitgliedschaft begründete kein tieferes europäisches Wir-Gefühl.“¹²⁸⁷

Ein anderer Grund, warum der hohe Grad der Zustimmung nicht gehalten werden konnte, war das Auftreten der beiden Koalitionspartner. Anstatt sich als gemeinsame nationale Stimme zu präsentieren, verhielten sie sich wie Konkurrenten. Jede Partei wollte die Europapartei sein.¹²⁸⁸

Die EU wird strukturell in Österreich unterschiedlich wahrgenommen. In der Elite wird die Rolle Österreichs in der EU als innenpolitisch verstanden, in der Gesellschaft außenpolitisch. Brüssel wird aus dem Wir-Bewusstsein ausgeschlossen. In den Parteien gibt es ebenfalls unterschiedliche Auffassungen. Die SPÖ und ÖVP, die Regierungsparteien während des Beitritts, sehen die EU positiv. Die FPÖ im Gegensatz dazu sah die EU auch in ihrer Regierungszeit negativ. Zwischen den Sozialpartnern herrscht ein Konsens über die EU, die Differenzen ergeben sich im Bereich der Osterweiterung.¹²⁸⁹

Die Sichtweise auf die EU wird von den politischen Inhalten bestimmt. Die EU kann als Wirtschaftsgemeinschaft aber auch als Sicherheitsgemeinschaft verstanden werden oder man kann das Demokratiedefizit in den Vordergrund stellen. In den Anfängen der europäischen Integration in den 50er Jahren überwog die wirtschaftliche Sicht. Die EWG stellte einen interessanten Handelspartner dar. Die Annäherung geschah aus wirtschaftlichen Interessen. Aber die Sicherheitspolitik, also die Neutralität, sprach dagegen. Erst ab dem Jahr 1989 stellte die Neutralität kein Hindernis mehr dar.¹²⁹⁰ Während des Jugoslawien-Krieges im Jahr 1991 gewannen die sicherheitspolitischen Motive für die europäische Integration Österreichs an Bedeutung.¹²⁹¹

Beim Europabewusstsein handelt es sich um etwas Emotionales und nicht um eine rationale Nutzen-Kosten-Erwägung. Der Stolz auf Europa bedroht nicht die österreichische Identität.¹²⁹² Seit dem Jahr 1995 wird Europa mehr zu einem Teil des kollektiven Gedächtnisses in Österreich. Die Regierung versucht die europäischen

¹²⁸⁶ Haller, Gruber: Die Österreicher und ihre Nation. 97

¹²⁸⁷ Pelinka: Zwischen allen Klischees. 108

¹²⁸⁸ Pelinka: Innenansicht. 25

¹²⁸⁹ Ebd. 18

¹²⁹⁰ Ebd. 20-21

¹²⁹¹ Ebd. 22

¹²⁹² Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 232

Symbole präsent zu machen.¹²⁹³ Heute ist auf Grund der Ferne der Entscheidungsinstanzen der EU ein Unbehagen vorhanden, das eine negative Erwartungshaltung nach sich zieht.¹²⁹⁴ Im Gegensatz zur Einstellung der Bevölkerung stieg die Befürwortung der EU nach dem Beitritt bei den Parteien, so zum Beispiel bei den Grünen.¹²⁹⁵ Seit der Mitgliedschaft hat sich im Laufe der Zeit die Einstellung der Bevölkerung zur EU geändert. Hummer sieht mit den Maßnahmen der EU-14 im Jahr 2000 eine Zäsur. Die Zeit vor den „Sanktionen“ bezeichnet er noch als „Europa-Euphorie“ während wir uns jetzt in einer Phase der „Europa-Skepsis“ befinden.¹²⁹⁶

„... ist es den politischen Entscheidungsträgern, vor allem aber der österreichischen Bundesregierung, offensichtlich nicht gelungen, der interessierten Öffentlichkeit die Vorteile einer österreichischen Mitgliedschaft in der EU vor Augen zu führen – oder ihr zumindest aufzuzeigen, dass es zur EU gegenwärtig keine Alternative gibt.“¹²⁹⁷

Hummer spricht hier von einer „interessierten Öffentlichkeit“ wobei im Gegensatz dazu großteils die Meinung herrscht, dass genug Informationen über die Vorgänge in der EU vorhanden wären, wenn sich die Bevölkerung informieren wollte.¹²⁹⁸ So ist also auch nicht das Demokratiedefizit alleine Schuld an der geringen Zustimmung, sondern zum Teil auch das Desinteresse der Bürger.¹²⁹⁹ Auch die politische Debatte fehlt.¹³⁰⁰

Die Sicht auf die EU ist abhängig von der Kosten-Nutzen-Erwägung, den aktuellen EU-Politikern und der nationalen Entwicklung. Die Probleme der Elite, die Bevölkerung positiver zu stimmen, liegen außer bei dem bereits erwähnten Informations- und Erfahrungsmangel und dem Desinteresse der Bürger auch in der Unsicherheit über die Europapolitik.¹³⁰¹

Um ein kollektives Bewusstsein zu erzeugen benötigt es unter anderem Emotionen. Eine Umfrage aus dem Jahr 1998 zeigt aber, dass die Österreicher mit der EU die Begriffe „Wirtschaft“, „Zukunft“ und „Fortschritt“ verbinden. „Demokratie“, „Heimat“, „Kultur“ und „Geschichte“ fanden kaum Zustimmung.¹³⁰² Die erste Begriffsgruppe ist eine rein

¹²⁹³ Fröhlich-Steffen: österreichische Identität im Wandel. 237

¹²⁹⁴ Pelinka: Innenansicht. 23

¹²⁹⁵ Ebd. 25

¹²⁹⁶ Hummer: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. 553-554

¹²⁹⁷ Ebd. 645

¹²⁹⁸ vgl. z.B. Pelinka: Innenansicht. 28

¹²⁹⁹ Pelinka: Innenansicht. 28

¹³⁰⁰ Brusic: Zwischen europäischer und nationaler Identität. 265

¹³⁰¹ Ulram: Einstellung der Österreicher zur EU. 67

¹³⁰² Ebd. 68

technisch-funktionale, die zweite eine mehr emotionale. Daraus kann man sehen, dass die EU in Österreich fast gar nicht emotional wahrgenommen wird. Auch das Vertrauen in die EU-Institutionen ist gering. Das Vertrauen zu österreichischen Institutionen ist schwach, aber deutlich besser als zur EU.¹³⁰³ Auch beim Euro lässt sich dasselbe Problem feststellen. Die Österreicher befürworten zwar den Euro, hängen aber emotional am Schilling.¹³⁰⁴ Daher sollte auch die Identifikation mit der EU eher eine verantwortungsbewusste Teilnahme statt einer emotionalen Bindung sein. Die Bürger Europas müssten ein Interesse entwickeln, das wiederum die EU legitimiert.¹³⁰⁵ Khol ist der Meinung, dass der österreichische Patriotismus erst durch den EU-Beitritt deutlich zu Tage trat.¹³⁰⁶

Die Sanktionen verursachten einen Einbruch in der Zustimmung. Bei vielen Gelegenheiten wurde Österreich schon bald nach dem Beitritt als lästiger Verhandlungspartner empfunden. Österreich musste erkennen, dass es keine Freunde in der EU hatte. Dieses Gefühl verstärkte sich im Jahr 2000 bei den Maßnahmen der EU-14. Also wollte sich Österreich um Freunde bemühen und konzentrierte sich dabei auf östliche Nachbarn. Gleichzeitig aber wurden den östlichen Beitrittskandidaten Hindernisse in den Weg gestellt.¹³⁰⁷

Die Maßnahmen der EU-14 entfachten auch in den anderen Mitgliedsländern (vor allem in Frankreich, Italien und Belgien) Diskussionen. Es wurde von der Unvereinbarkeit der moralischen Identität Europas mit rechtsradikalen Regierungen gesprochen. Diese Diskussion zeigt, dass es sich bei der EU nicht mehr um einen wirtschaftlichen Zusammenschluss handelt, sondern dass es eine moralisch und kulturell begründete Identität gibt. Die kollektive Identität baut dabei auf die Erinnerung kollektiver Traumata auf.¹³⁰⁸

Bei einer Telefonumfrage aus dem Jahr 2003 wurde gefragt, ob die Österreicher eine politische Union in den Vereinigten Staaten von Europa oder eine lose Staatengemeinschaft mit gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen bevorzugen würden. 32 Prozent stimmten für ersteres, 63 Prozent für den losen Staatenbund. Die zukünftige

¹³⁰³ Fritz Plasser, Peter A. Ulram: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien, 2002. 179

¹³⁰⁴ Pelinka: Wozu noch Österreich? 56

¹³⁰⁵ Meyer: Die Identität Europas. 66

¹³⁰⁶ Khol: Vom Staat, den niemand wollte. 121

¹³⁰⁷ Pelinka: Zwischen allen Klischees. 108-109

¹³⁰⁸ Giesen: Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. 67

Europapolitik Österreichs sahen 12 Prozent in einem Kerneuropa und stärkerer Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich. 83 Prozent wollten eine Zusammenarbeit mit anderen kleinen Ländern, um gemeinsam die Interessen gegen die Großen vertreten zu können. Grundsätzlich wurde als wichtig empfunden, einen Partner zu finden.¹³⁰⁹

Das Motto der EU, die Vielfalt, ist nach Ansicht Peter Pelinkas der beste Bestandteil der österreichischen Kultur.¹³¹⁰ Auch die Regionen in Österreich könnten zu einem wichtigen Bestandteil der Integration werden. Die Regionen agieren relativ selbstständig und pflegen gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zum Beispiel Arge Alp, Alpen-Adria).¹³¹¹ Das Europäische Parlament fördert die direkte Zusammenarbeit zwischen Region und EU. Damit würde auch die Nation ausgeschaltet werden, was in der Realität aber nicht passiert. Die Region soll im Sinne der EU die gestaltende Kraft sein, ausgehend von politischen Identitäten (statt historisch entwickelten). Probleme dabei sind einerseits Separationsbewegungen und andererseits die unterschiedlichen Gesetze der Länder für ihre Regionen.¹³¹²

Eine besondere Rolle bei den Regionen nehmen Grenzgebiete ein. Interregionale Zusammenschlüsse bilden Möglichkeiten für neue Identitäten (zum Beispiel das Rheingebiet).¹³¹³

Payrleitner sieht die Probleme der Integration in der Angst, zu etwas gezwungen zu werden (wie so oft im 20. Jahrhundert). Die neuen Angstmacher hierbei sind die Globalisierung und die europäische Integration. Doch die Angst kann den Zugang zu echten Chancen verhindern. Deshalb sind Offenheit, Bewegung und eventuell auch eine Verfassungsreform in Österreich notwendig.¹³¹⁴

Ein Grund, warum die EU in Österreich unbeliebt ist, ist auch weil Brüssel als Sündenbock erhalten muss. Nationale Probleme werden auf die EU geschoben, unliebsame Entscheidungen werden versucht auf der EU-Ebene umzusetzen, damit man es nicht auf nationaler Ebene tun muss. Andererseits werden Erfolge als nationale verbucht.¹³¹⁵

¹³⁰⁹ Tributsch, Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. 146, 150

¹³¹⁰ Pelinka: Österreich 1945-1998. 195

¹³¹¹ Zernatto: „Europa der Regionen“ 177

¹³¹² Schmale: Geschichte Europas. 272-273

¹³¹³ Ebd. 275

¹³¹⁴ Payrleitner: Ist Österreich reformierbar? 23-24

¹³¹⁵ Fischler, Ortner: Europa – der Staat, den keiner will. 122-123

Heute gibt es verschiedene Bildungsprogramme zur Förderung der europäischen Identität, zum Beispiel ERASMUS, COMETT (das seit Anfang der 90er auf alle EFTA-Mitglieder ausgedehnt wurde und so Österreich schon vor dem EU-Beitritt teilnehmen konnte), seit dem Jahr 1995 SOKRATES und LEONARDO DA VINCI. Durch diese Programme kommt es zu einer Europäisierung der Bildung, Mehrsprachigkeit der Europäer, Informationsaustausch und Mobilität. Ziel der Jugendpolitik ist es, die Integration der neuen Wähler- und Konsumgruppe näher zu bringen.¹³¹⁶ Wobei besonders Jugendliche kaum mehr eine nationale Identität haben, sondern mehr eine Konsumorientiertheit.¹³¹⁷

Auch in anderen Bereichen kann man eine Europäisierung Österreichs feststellen. So wurde zum Beispiel in den Jahren 2003 bis 2004 der Österreich-Konvent abgehalten, der sehr stark am Europäischen Konvent orientiert war. Das Modell wurde weitestgehend von der EU übernommen.¹³¹⁸

In einer Studie, die von 2002 bis 2004 in Wien und Vorarlberg durchgeführt wurde, wurden 28 Jugendliche über ihre Einstellung zur EU interviewt. Dabei stellte sich heraus, dass keiner der Befragten gegen die EU war, aber es gab sehr wohl kritische Meinungen, besonders gegenüber den Institutionen. Als positiv (auch an der Erweiterung) wurde die Vielfalt, besonders der Sprachen und Kultur, und die Möglichkeit, überall studieren und arbeiten zu können, genannt. Negativ war, dass die EU-Staaten ständig miteinander debattieren. Die Einstellung zum Euro war ambivalent. Einerseits empfinden die Jugendlichen das Leben einfacher, aber dafür teurer. Die Befragten sehen sich nicht in erster Linie als Europäer, aber auf anderen Kontinenten schon, vor allem, weil Österreich ein relativ kleines und unbekanntes Land ist. Die europäische Identität wird als Gegensatz zu den USA gesehen. Die Jugendlichen besitzen sehr ausgeprägte lokale Identitäten, sind aber viel gereist und beherrschen viele Sprachen.¹³¹⁹

¹³¹⁶ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 171-174

¹³¹⁷ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 55

¹³¹⁸ Florian Grotz: „Europäisierung“ der Bundesstaatsreform? Zur Übertragung des EU-Konventsmodells in Deutschland und Österreich. 121. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 1, 46. Jahrgang, 2005. 110-131

¹³¹⁹ vgl. Claire Wallace: What is an Austrian? Regional, national and European identity among young Austrians. In: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hg.): „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Wien, 2005. 133-154

Die EU stellt aber für Österreich eine weitere Erfolgsgeschichte dar. Sie hat einen Modernisierungsschub ausgelöst und wirtschaftliche Vorteile gebracht.¹³²⁰ Trotzdem hat sich bis jetzt kein starkes Europabewusstsein ausgebildet.

Ullrich sieht vier Barrieren für ein Europabewusstsein in Österreich.¹³²¹

- Österreich hatte mit der Zugehörigkeit zu großen politischen Einheiten schlechte Erfahrungen gemacht (Habsburgerreich, Drittes Reich).
- Im Gegensatz dazu steht die positive Erfahrung mit dem (neutralen) Kleinstaat. Die Zweite Republik kann eine erfolgreiche Nationsbildung aufweisen.
- Bei Österreich handelt es sich um einen relativ jungen Nationalstaat mit großem Nationalstolz, der sich gegen politische Interventionen wehrt (Waldheim, Maßnahmen der EU-14).
- Generell besteht ein geringes Vertrauen in politische Institutionen, besonders wenn es sich um supranationale handelt.

Weiters stellen Ullrich und Plasser fest, dass für die österreichische Identität die Abgrenzung einen wichtigen Punkt darstellt. Besonders Deutschland und die Monarchie wurden immer abgewehrt. Diese Abwehr wird heute teilweise auf die EU übertragen.¹³²²

Man kann daher auch von einer „*negativen historischen Kontinuität*“¹³²³ sprechen. Österreich hat gelernt in einem Kleinstaat zu leben. Busek sieht die EU daher als Chance, auch zu lernen in der Welt zu leben.¹³²⁴

In Österreich haben die Bundesländer durch die föderale Struktur große Entscheidungsfreiheit, die sie auch innerhalb der EU behalten wollen. Deshalb steht der Bund unter Druck, sowohl von oben als auch von unten. Aber die Regionalisierung kann auch Vorteile für Österreich bringen. Regionalisierung und Globalisierung können sich in ihren Vorteilen ergänzen und Nachteile verringern. Beide sind eine Strategie gegen Abhängigkeit und Isolation. Die Regionen waren aber wichtig für die österreichische Nationswerdung in der Zweiten Republik.¹³²⁵

¹³²⁰ Hummer: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. 645

¹³²¹ Ullrich: Einstellung der Österreicher zur EU. 65-66

¹³²² Plasser, Ullrich: Das österreichische Politikverständnis. 171-172

¹³²³ Botz, Müller: Differenz und Identität. 7

¹³²⁴ Busek: Was heißt „Österreich“? 438

¹³²⁵ Thomas Angerer: Regionalization and Globalization in Austrian Foreign Policy since 1918. 22. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Michael Gehrer (Hg.): Austria in the European Union. Contemporary Austrian Studies Vol.10. New Brunswick, 2002. 22-55

Außerdem ist für eine junge Nation, wie es Österreich ist, ein hoher Nationalstolz charakteristisch. Man muss sich der Nation immer wieder versichern. Deshalb herrscht auch eine emotionale Empfindlichkeit gegen politischen Einfluss. Dieser ausgeprägte Nationalstolz kann aber ein Hindernis für die Erweiterung der Identität darstellen.¹³²⁶ Österreich hat als kleine, junge Nation mehr Angst um seine Identität als große, alte Nationen.¹³²⁷ Auch die österreichischen Selbstzweifel verhindern die Ausbildung eines Europabewusstseins und führen zur Isolation.¹³²⁸ „Denn nur wer sich seiner selbst sicher ist, wer weiß, was er >>ist<<, wird auch einen akzeptablen Europa- und Weltbürger abgeben.“¹³²⁹ Das kollektive Gedächtnis bildet sich auf mehreren Ebenen, wobei diese Zwischenstufen bis zur Weltbürgerlichkeit darstellen können. Dabei verhält es sich so, dass das Österreichbewusstsein (oder jede andere nationale Identität) die Grundlage für eine weitere Identität darstellt, also für das Europabewusstsein oder eben die Weltbürgerlichkeit. Umgekehrt bedeutet dies, dass Österreich-Zweifler oft auch Europa-Zweifler sind.¹³³⁰

Neisser sieht deshalb für das schwache Europabewusstsein in Österreich noch Hoffnung. Das nationale und kulturelle Selbstbewusstsein sind gut ausgebildet und stellen daher eine brauchbare Ausgangsbasis dar. Zur Stärkung schlägt er die Europäisierung der Innenpolitik, die Auseinandersetzung mit mehr europäischen Themen und die Einbeziehung Europas in das Bildungssystem vor. Die EU darf außerdem nicht immer als Sündenbock hingestellt werden.¹³³¹

Haller und Gruber sehen einen Zusammenhang zwischen regionaler und nationaler Identität, die europäische jedoch als eigenen Faktor. Zwischen der Bindung an den Ort und den Staat besteht meist ein Zusammenhang: wer mit seiner Region stärker verbunden ist, ist dies auch mit Österreich. Europa ist schwächer damit verknüpft, aber komplementär, nicht konkurrierend.¹³³²

Durch die Bündelung der nationalen Identitäten in der europäischen Identität können diese in die globale Politik eingebracht werden, aber die Probleme werden vorher absorbiert.¹³³³

Der Unterschied im Bewusstsein liegt darin, dass der Österreichpatriotismus chauvinistische Elemente enthält und eine Erweiterung der Identität verhindern könnte.

¹³²⁶ Plasser, Ulram: Das österreichische Politikverständnis. 172-174

¹³²⁷ Bruckmüller: Nation Österreich. 84

¹³²⁸ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 52

¹³²⁹ Bruckmüller: Nation Österreich. 399

¹³³⁰ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 79

¹³³¹ Neisser: Auf der Suche nach Europa. 250-251

¹³³² Haller, Gruber: Die Identität der Österreicher. 394

¹³³³ Münch: Europäische Identitätsbildung. 226

Der Nationalstolz hingegen ist offen und nicht ausländerfeindlich.¹³³⁴ Österreich muss „*das Gemeinsame vor das Trennende stellen*“.¹³³⁵

Die tatsächliche Entwicklung des europäischen Bewusstseins ist stark von der politischen Führung (national und auf europäischer Ebene) abhängig.¹³³⁶ Ein langfristiges Funktionieren der EU verlangt nach leadership, nach bedeutenden Staatsmännern. Derzeit herrscht ein Mangel an Führungspersonen, die auch die Emotionen der Menschen wecken können.¹³³⁷

Die Frage ist, ob Brüssel sich zu einem Loyalitätszentrum wie in einer Monarchie entwickeln kann.¹³³⁸ Eine emotionale europäische Identität wird als weniger realistisch gesehen.¹³³⁹ Unterberger spricht von der „*emotionalen Kohäsion*“ der Europäer, die aber im Abnehmen ist, obwohl europäischer Patriotismus kein Widerspruch zu österreichischem sein muss.¹³⁴⁰ Identitätsfindung ist heute komplexer. Früher wurde sie vom Staat gefördert, heute ist der Markt bestimmend.¹³⁴¹ Für ein positives Europabewusstsein müssen Ängste abgebaut werden, es darf keine Tabus geben und Österreich muss sich in Europa klar positionieren.¹³⁴²

Balibar sieht im Weltbürgertum die „*Überwindung der Abgrenzung und der nationalen Ausschließlichkeit*“, aber auch eine „*Harmonie der Kulturen*“.¹³⁴³ Ein Weltbürgertum ist in Österreich, wenn überhaupt nur bei der Elite oder den Grün-Wählern festzustellen.¹³⁴⁴

6.2. Europa in österreichischen Parteiprogrammen und Regierungserklärungen der Zweiten Republik

Parteiprogramme erfüllen die Funktion die Identität der Mitglieder zu stärken, die Loyalität zu stabilisieren und dienen als Legitimation und Rechtfertigung für Funktionäre und

¹³³⁴ Haller, Gruber: Die Österreicher und ihre Nation. 141

¹³³⁵ Falkner: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. 92

¹³³⁶ Loth: Europäische Identität in historischer Perspektive. 22

¹³³⁷ Fischler, Ortner: Europa – der Staat, den keiner will. 102-103

¹³³⁸ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 55

¹³³⁹ Weiss: Nation und Toleranz? 1

¹³⁴⁰ Unterberger: Europa neu gründen. 74

¹³⁴¹ Breidenbach: Global, regional, lokal. 58.

¹³⁴² Pelinka: Österreich 1945-1998. 194

¹³⁴³ Balibar: Sind wir Bürger Europas? 65

¹³⁴⁴ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 55

Parteispitze.¹³⁴⁵ Aber die Praxis der Parteien kann auch anders sein, als in den Parteiprogrammen festgehalten.¹³⁴⁶

Die SPÖ erwähnt erstmals in ihrem zweiten Parteiprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg Europa. In ihrem Zehn-Punkte Programm aus dem Jahr 1952 heißt es: „1. Kampf für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit. Eingliederung in ein einiges, demokratisches Europa und in die Gemeinschaft der freien Völker“. Wie auch im ersten Parteiprogramm aus dem Jahr 1947 geht es hier aber weniger um Europa als um die Wiedererlangung der Souveränität Österreichs. Im Jahr 1958 erscheint das „Neue Parteiprogramm“ der SPÖ. Dieses widmet Europa bereits einen eigenen kurzen Abschnitt. Die SPÖ *„begrüßt den freiwilligen wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Länder als ersten Schritt zur Schaffung der demokratischen Gemeinschaft der Vereinigten Staaten von Europa.“* Weiters befürwortete die SPÖ die österreichische Mitarbeit in der OEEC und im Europarat und sieht die Vorteile in einem europäischen Wirtschaftsgebiet. Auch im Kapitel Wirtschaftspolitik befasst sich das Parteiprogramm mit der „Europäischen Wirtschaftsunion“. Wieder wird betont, dass die SPÖ die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa befürwortet und innerstaatliche Maßnahmen zur Unterstützung ergreifen will. Auch im „Programm für Österreich“ (1966) gibt es wieder einen Abschnitt zu Europa. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa wird als wichtig betrachtet, aber erstmals wird erwähnt, dass die Neutralität dadurch nicht gefährdet werden soll.

Auch die ÖVP veröffentlicht wie die SPÖ im Jahr 1958 ein neues Programm (ihr insgesamt drittes der Zweiten Republik). Darin reagiert man auf den Zusammenschluss in Europa. Es gibt ein eigenes Kapitel, das die Vorteile der wirtschaftlichen Einigung aufzeigt und für Österreich analysiert. So heißt es zum Beispiel: *„Die österreichische Wirtschaft wird auf dem europäischen Markt der Entwicklung der großen Industriestaaten Schritt halten müssen.“*

Im Ausseer Programm des VdU (1954) wird dezitiert von Europabewusstsein gesprochen. Es wird der Zusammenschluss Europas unter Einhaltung der Gleichberechtigung stark befürwortet. Allerdings wird auch die Förderung des Nationalbewusstseins und des Kulturbewusstseins befürwortet. Diese Meinung wird auch in den folgenden Programmen (mit Ausnahme des Programmes von 1955) aus den Jahren 1957 und 1964 fortgeführt.

¹³⁴⁵ Erwin Riess, Norbert Winkler: Die österreichischen Parteiprogramme seit 1945. 202. In: Peter Gerlich, Wolfgang C. Müller (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Wien, 1983. 201-221

¹³⁴⁶ Ebd. 204

Im zweiten Parteiprogramm der KPÖ aus dem Jahr 1954 tritt die Partei für einen europäischen Sicherheitsvertrag anstelle der EVG ein. Dem geeinten Europa wird ein komplettes Kapitel gewidmet, in dem die Ideen der Sowjetunion zur Vereinigung vertreten werden.

In den 70er Jahren findet sich weder in den Programmen der SPÖ noch der ÖVP die europäische Integration. Nur das „Bad Ischler Programm“ der FPÖ aus dem Jahr 1968 widmet Europa einen eigenen Punkt. Es wird dabei von einem europäischen Bundesstaat, aber auch von der Wahrung der Eigenart der Völker gesprochen. Ab den 90er Jahren wird das Thema Europa dann ein fixer Bestandteil aller Parteiprogramme – ob im Positiven oder Negativen.

In einer Analyse der Parteiprogramme der Jahre 1995 bis 2005 von Kritzinger und Michalowitz wurde untersucht, ob sich darin die Europäisierung Österreichs feststellen lässt. Dabei wurden die Zunahme der Bedeutung Europas und die Änderung der Position der Partei bezüglich der EU in den Programmen untersucht. Beides konnte für Österreich festgestellt werden. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Parteien. Während die Grünen eindeutig ihre negative EU-Einstellung zu einer positiveren geändert haben, ist in der FPÖ seit dem Jahr 1999 eine noch stärkere Ablehnung festzustellen. SPÖ und ÖVP verloren ein wenig von ihrem Enthusiasmus.¹³⁴⁷ Allgemein kann man aber feststellen, dass Europa und die EU heute in jedem Parteiprogramm enthalten sind.

Auch in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik spielt Europa eine Rolle. Im Jahr 1949 betont Figl in der Regierungserklärung die Bedeutung des Europarates.¹³⁴⁸ Sein Nachfolger Raab spricht darüber hinaus schon von der Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehung mit den Nachbarstaaten und der regionalen Zusammenarbeit.¹³⁴⁹ Klaus geht wieder einen Schritt weiter und wünscht die Annäherung an die EWG: *„Die in dieser Richtung geführten Verhandlungen mit der EWG-Kommission in Brüssel zeigen, daß ein solcher Vertrag besonderer Art mit der Neutralität vereinbar ist und daß keine unüberwindlichen Hindernisse bestehen;“*¹³⁵⁰ Aber auch in der Zeit Kreiskys kommt Europa in den Regierungserklärungen vor. Neben der Betonung der Neutralität und der Zusammenarbeit mit der UNO möchte er Österreich „europareif“

¹³⁴⁷ Sylvia Kritzinger, Irina Michalowitz: Party Position Changes through EU Membership? The (Non-)Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties. Wien, 2005. 13

¹³⁴⁸ Figl: Regierungserklärung, 6. Gesetzgebungsperiode, 2. Sitzung, 9.11.1949

¹³⁴⁹ Raab: Regierungserklärung, 8. Gesetzgebungsperiode, 2. Sitzung, 4.7.1956

¹³⁵⁰ Klaus: Regierungserklärung, 11. Gesetzgebungsperiode, 3. Sitzung, 20.4.1966

machen. Dennoch betont er, den Osten nicht über die EWG und die EFTA zu vergessen.¹³⁵¹

Während Sinowatz Europa lediglich einen Absatz widmet, setzt sich Vranitzky für die Teilnahme an der europäischen Integration ein: *„Österreich bekennt sich zur Idee eines vereinten Europas und wird im Einklang mit seinem internationalen Status weiter an den Bemühungen um diese Einigung teilnehmen.“*¹³⁵²

Mit dem EU-Beitritt Österreichs wird die europäische Integration fixer Bestandteil der Regierungserklärungen.

6.3. Österreich im Eurobarometer

Das Eurobarometer gibt es seit 1973. Seit Beginn werden in jedem Land zirka 1000 Personen befragt. Die Umfragen wurden von der Kommission mit folgenden Zielen und Absichten gestartet:

*„Just as a barometer can be used to measure the atmospheric pressure and thus to give a short range weather forecast, this Eurobarometer can be used to observe, and to some extent forecast, public attitudes towards the most important current events connected directly or indirectly with the development [sic] of the European Community and the unification of Europe.“*¹³⁵³

In Österreich fand die erste Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 1995 statt. Seit dem Jahr 1992 wird im Eurobarometer regelmäßig nach der Identität gefragt.

Das Eurobarometer liefert insgesamt eher EU-freundliche Ergebnisse.¹³⁵⁴

Allgemein gilt, dass die starken Schwankungen in der europäischen Identität für eine nationale Identität untypisch wären. Das bedeutet, dass es (noch) keine stabile und dauerhafte europäische Identität gibt.¹³⁵⁵

¹³⁵¹ Kreisky: Regierungserklärung, 13. Gesetzgebungsperiode, 2. Sitzung, 15.11.1971

¹³⁵² Franz Vranitzky: Regierungserklärung, 17. Gesetzgebungsperiode, 2. Sitzung, 28.1.1987

¹³⁵³ Europäische Kommission: Public Opinion. Online unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb1/eb1_en.pdf. (12. März 2006)

¹³⁵⁴ Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß. 115

¹³⁵⁵ Ebd. 115

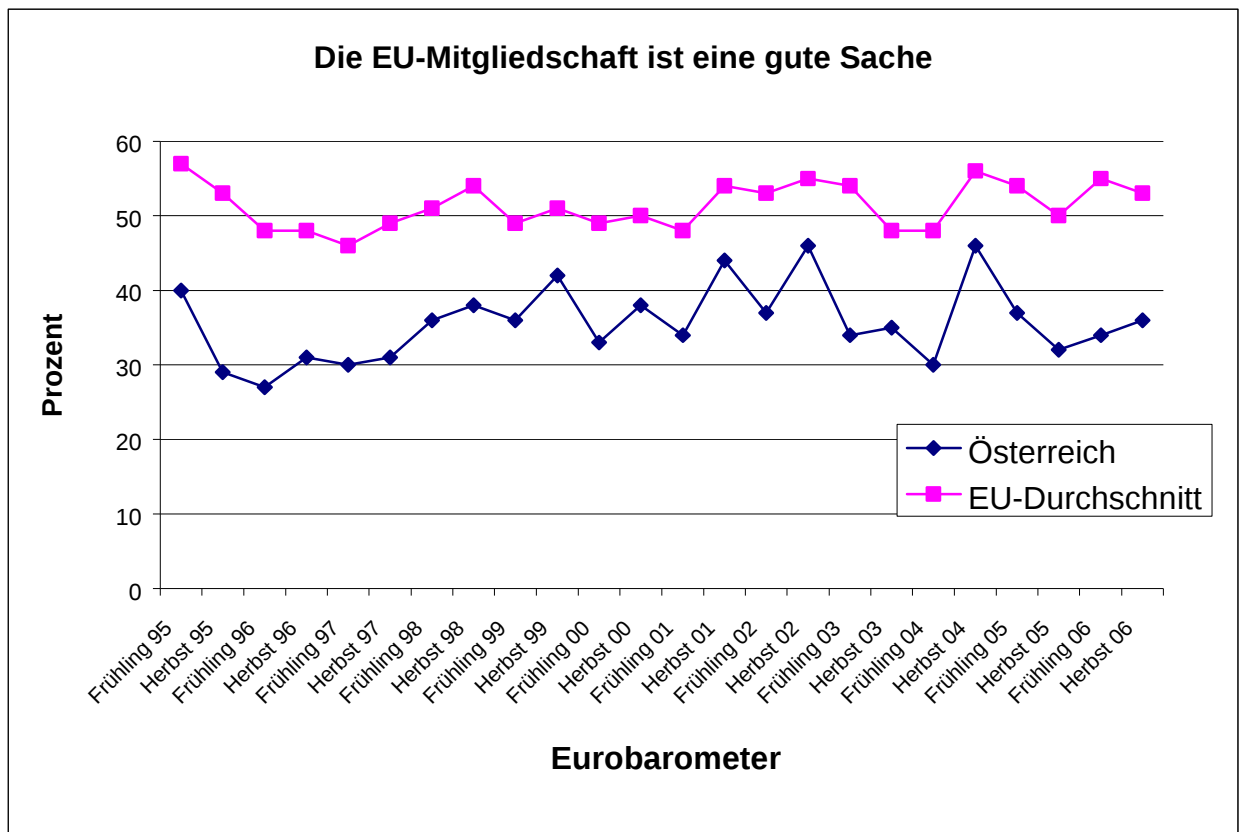


Abbildung 3: EU-Mitgliedschaft

Der Vergleich der Eurobarometer-Frage nach der EU-Mitgliedschaft zwischen Österreich und dem EU-Durchschnitt zeigt, dass Österreich bei der Meinung, die EU sei eine gute Sache, immer unter dem Durchschnitt liegt. Bis ins Jahr 1999 folgt aber Österreich den Schwankungen des EU-Durchschnitts, erst danach unterscheiden sich die beiden Linien. Die folgende „Fieberkurve“¹³⁵⁶ beginnt mit der blau-schwarzen Regierung im Jahr 2000 und den darauffolgenden Maßnahmen der EU-14. Somit stellen also die Sanktionen definitiv einen Wendepunkt in der Einstellung der Österreicher zur EU dar. Die starken Schwankungen, die sich ergeben haben, lassen sich mit Unsicherheit interpretieren. Durch die Sanktionen wurde das Vertrauen der Österreicher in die EU erschüttert. Bei den aktuellsten Daten lag Österreich überhaupt weit unter dem EU-Schnitt. Im aktuellen Eurobarometer 66 vom Herbst 2006 war Österreich bei dieser Frage an vorletzter Stelle, im Frühling 2006 sogar an letzter Stelle unter allen EU-Mitgliedern.

Bei der Frage, ob die EU Vorteile für Österreich gebracht hat, liegt Österreich wieder weit unter dem EU-Durchschnitt. 43 Prozent stimmen zu, 42 Prozent lehnen die Aussage ab. Im EU-Durchschnitt sind 54 Prozent der Meinung, dass die EU ihrem Land Vorteile

¹³⁵⁶ Experteninterview mit Karl Doutlik, 13. April 2007

gebracht hat. 40 Prozent der Bevölkerung würden auch die Weiterentwicklung zu einer Europäischen Politischen Union begrüßen, 43 Prozent nicht. Außerdem sprechen sich 51 Prozent der Befragten für eine europäische Verfassung aus.¹³⁵⁷

Bei den Prioritäten, die die EU setzen sollte, sehen die Österreicher an erster Stelle die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (48 Prozent), an zweiter Stelle Bekämpfung der Armut (42 Prozent) und an dritter Stelle Friede und Sicherheit (32 Prozent).

Gegenüber weiteren Erweiterungen sind die Österreicher eher ablehnend, 57 Prozent sind dagegen. Am ehesten würde man noch die Beitritte der Schweiz (75 Prozent), Norwegen (71 Prozent), Island (59 Prozent) und Kroatien (50 Prozent) befürworten. Am wenigsten wäre man für einen Beitritt der Türkei (5 Prozent), Albaniens (11 Prozent) und der Ukraine (17 Prozent).

¹³⁵⁷ Eurobarometer 66, Herbst 2006

7. Zeitungsanalyse

7.1. *Zeitungslandschaft in Österreich*

7.1.1. Charakteristika von Zeitungen

Der Begriff Zeitung beinhaltet sowohl Tages- als auch Wochenzeitungen. Merkmale sind:¹³⁵⁸

- Publizität: allgemeine Zugänglichkeit
- Periodizität: regelmäßige Erscheinungsweise
- Aktualität: Berichterstattung über aktuelle Tagesereignisse
- Universalität: inhaltliche Vielfalt
- Disponibilität: seit den elektronischen Medien auch allgemeine Verfügbarkeit nach Ort, Zeit und Lesetempo

Die Zeitung erfüllt zwei Funktionen. Einerseits dient sie als Informationsträger und erfüllt somit politische, soziale und kulturelle Funktionen. Andererseits ist sie auch Werbeträger mit wirtschaftlichen Zielen.¹³⁵⁹

Eine Tageszeitung muss mindestens vier Mal pro Woche erscheinen, um als solche zu gelten. Bis zum Aufkommen der elektronischen Medien war die Tageszeitung auf Grund ihrer häufigen Erscheinungsweise das aktuellste Medium. Ihr Vorteil liegt darin, dass sie über ein großes Gesamtangebot an aktuellen Meldungen verfügt.¹³⁶⁰

Ursprünglich bestand ein Vorteil gegenüber elektronischen Medien, dass die Zeitung überall zur Verfügung steht und unabhängig von Zeit und Ort genutzt werden kann.¹³⁶¹ Heute hat sich dieser Vorteil mit dem Aufkommen von internetfähigen Mobiltelefonen relativiert.

¹³⁵⁸ Harald Gregor Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. Bratislava, Wien, 1998. 9-11

¹³⁵⁹ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 11

¹³⁶⁰ Ebd. 12

¹³⁶¹ Ebd. 15

Die Zeitungslandschaft in Österreich kennt folgende Zeitungstypen: Boulevardzeitung, Qualitätszeitung, Regionalzeitung, Parteizeitung und Special-Interest-Zeitung (zum Beispiel Wirtschaftsblatt).¹³⁶²

Boulevardzeitungen sind meist ein finanzieller Erfolg für den Verleger. Sie erscheinen täglich und leben vom Einzel- beziehungsweise Straßenverkauf, der Abonnentenanteil ist relativ gering. Auf der Titelseite findet sich die charakteristische Schlagzeile mit großem Foto. Die Struktur innerhalb der Redaktion ist hierarchisch, es gibt einzelne Star-Kolumnisten. Die anderen stehen unter großem Druck weswegen die Fluktuation hoch ist. Fehlermeldungen werden oft nicht korrigiert, grammatikalisch und orthographische Fehler ignoriert. Die Werbung in der Zeitung ist professionell, die Inserate stammen hauptsächlich von Supermärkten und Diskontern. Die Zeitung erscheint meist im Kleinformat und ist somit handlich und überall (in der U-Bahn, Arbeit, unterwegs, ...) zu lesen. Die erste Seite ist visuell auffällig, der Innenteil übersichtlich mit Farbfotos, überdimensionierten Schlagzeilen und Kästchen. Der Inhalt wird vereinfacht und muss schnell fassbar sein. Es gibt einen großen Service- und Unterhaltungsteil. Meinungen werden mit Berichten vermischt. Die Sprache ist einfach und alltäglich und somit schnell verständlich. Gefühle spielen eine wichtigere Rolle als Fakten, es wird wenig über Politik berichtet. Hauptthemen sind Gewalt, Verbrechen und Katastrophen, aber auch Prominente. Die Zeitung solidarisiert sich gemeinsam mit den brav arbeitenden Steuerzahler gegen Steuern verpassende Außenseiter. Politiker und Prominente bekommen Spitznamen. Die Zeitung manifestiert sich zur Stimme des Lesers, der Leser wird miteinbezogen.¹³⁶³ Die politische und wirtschaftliche Berichterstattung ist spärlich, dafür gibt es reißerische Berichte und schlagzeilenartige Aufmachung. Besonderer Vorteil der Boulevardzeitungen ist der niedrige Preis.¹³⁶⁴

Qualitätszeitungen verfügen über ein hohes journalistisches Niveau. Die Berichterstattung ist (relativ) unabhängig und vielfältig und bietet zahlreiche Hintergrundinformationen und Analysen. Die Leser kommen eher aus der gebildeten, urbanen und einkommensstärkeren Schicht, die sich durch mehr Konsumfreudigkeit auszeichnet. Sie sind wirtschaftlich und politisch interessiert. Die Qualitätszeitung wird hauptsächlich über Abonnements verkauft. Der Inhalt ist wichtiger als die Aufmachung. Die Zeitung bietet

¹³⁶² Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 149

¹³⁶³ Peter A. Bruck, Günter Stocker: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Münster, 1996. 15-24

¹³⁶⁴ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 19

Platz für Gastkommentare und dient somit einer öffentlichen Diskussion. Außerdem werden Quellenangaben gemacht.¹³⁶⁵

Regionalzeitungen befinden sich zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse. Die Auflage ist auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt. Es gibt einen großen Lokalteil.¹³⁶⁶

7.1.2. Journalistische Darstellungsformen

Jeder Artikel ist einer bestimmten Darstellungsform zuzuordnen. Diese haben unterschiedliche Längen und Absichten.

- Eine *Nachricht* enthält aktuelle Informationen und hat Neuigkeitswert. Die Nachricht wird kurz und knapp gehalten, es wird nur beantwortet wer, was, wann, wo.¹³⁶⁷ Die Nachricht ist relevant, das heißt sie betrifft viele Menschen. Nach dem formalen Aufbau steht das Wichtigste zuerst, eine Zusammenfassung am Anfang, dann erst die Details. Das Wesentliche kann auf einen Blick erfasst werden. Die weiche Nachricht ist nicht ganz so sachlich und kann einen Knalleffekt haben.¹³⁶⁸ Eine *Meldung* ist die „kleine Schwester“ der Nachricht, sie umfasst nur 10-25 Zeilen.¹³⁶⁹
- Ein *Bericht* ist eine längere Nachricht und etwas variabler als diese gestaltet. Zu den oben genannten Fragen kommen noch das Wie und Warum dazu.¹³⁷⁰ Der Bericht enthält mehrere Nachrichten und behandelt ein komplexeres Thema. Der Autor ist dem Leser bekannt, aber es wird nur informiert ohne eigene Meinung. Im Bericht wird auch auf Zusammenhänge hingewiesen oder die Vorgeschichte erwähnt.¹³⁷¹
- Eine *Reportage* ist ein tatsachenbetonter, aber persönlich eingefärbter Bericht. Dazu gehören Milieustudien, Erlebnisberichte oder auch Augenzeugenberichte. Charakteristisch ist der Wechsel der Perspektive.¹³⁷² Auch die Reportage besteht

¹³⁶⁵ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 16-18

¹³⁶⁶ Ebd. 19

¹³⁶⁷ Kurt Reumann: Journalistische Darstellungsformen. 129-130. In: Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. Frankfurt am Main, 2002. 126-152

¹³⁶⁸ Fritz Csoklich: Nachricht in der Zeitung. 50, 54. In: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 50-59

¹³⁶⁹ Fritz Csoklich: Bericht in der Zeitung. 75. In: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 75-80

¹³⁷⁰ Reumann: Journalistische Darstellungsformen. 132-133

¹³⁷¹ Csoklich: Bericht in der Zeitung. 75-76

¹³⁷² Reumann: Journalistische Darstellungsformen. 139

aus einer Nachricht, aber der persönliche Eindruck kommt hinzu. Information und Unterhaltung sollen geboten werden.¹³⁷³

- Der *Leitartikel* ist eine Kundgebung der Redaktion ohne namentlichen Verfasser. Früher befand er sich auf der ersten Seite, was heute nicht mehr der Fall sein muss.¹³⁷⁴
- Ein *Kommentar* interpretiert und bewertet die aktuellen Ereignisse, ist aber eine sachbezogene Meinungsstilform. Zusammenhänge und das Warum sind wichtig.¹³⁷⁵ Der Kommentar soll auch zum Weiterdenken anregen.¹³⁷⁶
- Die *Kolumne* ist ein Meinungsartikel eines einzelnen, meist bekannten Journalisten oder andere bekannte Persönlichkeiten. Sie ist individuell, pointiert und polemisch.
- Das *Feuilleton* ist gleichzeitig eine Stilform und ein Ressort. Enthalten sind kulturelle Nachrichten, Kritiken und Rezensionen.¹³⁷⁷

7.1.3. Die Zeitung seit 1945 in Österreich

Im Jahr 1938 wurden zahlreiche Tageszeitungen aus politischen Gründen eingestellt, 1943 erfolgten Liquidierungen. Im April 1945 wurden die nationalsozialistischen Printmedien eingestellt. Aber besonders die sowjetischen Besatzer wollten eine schnelle Reetablierung der Presse. Ab 21. April 1945 erschien die „Österreichische Zeitung“ der Roten Armee. Diese war in Deutsch geschrieben, von österreichischen Mitarbeitern, aber unter Kontrolle der Offiziere.¹³⁷⁸ In dieser Zeitung wurden besonders die amerikanischen Soldaten angegriffen und kritisiert.¹³⁷⁹ In Wien übernahmen die Sowjets die Zeitungen, Verlage und Druckereien. Um eine Tageszeitung zu gründen, war man an die Lizenz der Alliierten gebunden. Anfangs durften nur politische Parteien eine Zeitung veröffentlichen. Von den Alliierten wurde das Papier zugeteilt und kontrolliert, was geschrieben wurde. Als erste Zeitung gab es ab 23. April 1945 das „Neue Österreich“ gemeinsam von SPÖ, ÖVP und KPÖ herausgegeben. Dann folgten die sozialistische „Arbeiterzeitung“, das

¹³⁷³ Hans-Joachim Schlüter: Reportage in der Zeitung. 126-127. In: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 126-138

¹³⁷⁴ Reumann: Journalistische Darstellungsformen. 145

¹³⁷⁵ Ebd. 146

¹³⁷⁶ Gerhard Maurer: Meinung in der Zeitung: Glosse, Kommentar, Leitartikel. 178. In: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 178-186

¹³⁷⁷ Reumann: Journalistische Darstellungsformen. 150

¹³⁷⁸ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 225

¹³⁷⁹ Berg: „Caught between Iwan and the Weihnachtsmann“: 162.

konservative „Wiener Volksblatt“ und die kommunistische „Volksstimme“. In der amerikanischen und französischen Zone gab es auch andere Lizenzzeitungen, in der russischen und britischen nur Parteizeitungen. Bis 31. Juli 1955 galt das alliierte Pressegesetz. Durch die schlechten Verkehrswege und den dadurch erschwerten Vertrieb erhielt die Bundesländerpresse Auftrieb. Die „Salzburger Nachrichten“, die „Tiroler Tageszeitung“ und die „Oberösterreichischen Nachrichten“ profitierten davon. Außerdem befanden sich die Papierfabriken in der Steiermark und in Oberösterreich. Im Jahr 1946 gab es 36 Tageszeitungen mit insgesamt 2,5 Millionen Exemplaren. Ein Unterschied zu heute war, dass die Zeitungen nicht so umfangreich waren. Meistgelesenste Zeitung war mit 300.000 Lesern der „Wiener Kurier“, der von den Amerikanern herausgegeben wurde. Die Zeitung war vor allem gegen den Kommunismus gerichtet.¹³⁸⁰

In den 50er Jahren erfolgte die allmähliche Abkehr von den Parteizeitungen, auch die alliierte Kontrolle fiel weg. Die Auflagen von unabhängigen Zeitungen stiegen an. Gleichzeitig begann der Aufstieg der Boulevardzeitungen, die den gesamten Markt beeinflussten. Es wurde visualisiert und skandalisiert. Der Markt verschlechterte sich, weil es zur Konzentration kam.¹³⁸¹

Bis Ende der 70er war der Markt durch starke Konzentration gekennzeichnet und bis in die 80er Jahre gab es eine Ruhephase auf dem Zeitungsmarkt. Erst danach kam wieder Bewegung in den Zeitungsmarkt. Parteizeitungen waren endgültig verschwunden, deutsche Verlage beteiligten sich an österreichischen Zeitungen, die Qualitätszeitungen erlebten einen Aufschwung und neue Zeitungen wurden gegründet.¹³⁸²

Durch die Gründung des „Standards“ von Oscar Bronner und dem deutschen Axel-Springer-Verlag am 19. Oktober 1988 kam es zu einem Konkurrenzkampf bei den Qualitätszeitungen. Bronner füllte die Lücke einer liberalen Großstadtzeitung. Der Standard erschien im Berliner Format (30,7x47 Zentimeter). Seit dem Jahr 1993 erscheint auch die Presse in diesem Format und gestaltet sich insgesamt bunter und moderner. Auch die Salzburger Nachrichten wurden modernisiert. Für die Werbung wurden auch die Qualitätszeitungen interessant, weil sie eine kaufkräftige Schicht ansprechen. Dennoch waren sowohl die Werbe- als auch die Lesereinnahmen gering. Auch der Kurier versuchte sich neu zu profilieren und wollte weg von der Boulevard- zur Qualitätszeitung und steht jetzt dazwischen.¹³⁸³

¹³⁸⁰ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 69-71

¹³⁸¹ Ebd. 81-82

¹³⁸² Ebd. 87-88

¹³⁸³ Ebd. 94-105

Auf dem Boulevardmarkt gab es neu zur Kronen Zeitung im Jahr 1992 „Täglich Alles“, die aber im Jahr 2000 wieder eingestellt wurde. Seit September 2006 versucht „Österreich“ sich in diesem Genre zu etablieren.

7.1.4. Die Kronen Zeitung

Die Kronen Zeitung wurde am 2. Jänner 1900 gegründet, aber wurde ab 1939 eingestellt. Erster Herausgeber war Gustav Davis, Chefredakteur der „Reichswehr“: Daher lautet der anfängliche Untertitel auch „Kleine Ausgabe der Reichswehr“. Ab dem Jahr 1904 wurde das geändert in „Illustriertes Tagblatt“. Schon damals war der Verkaufspreis der Zeitung niedrig. Der Name entstand, da das Monatsabonnement eine Silberkrone kostete. Anfangs hatte die Kronenzeitung Schwierigkeiten konstant hohe Verkaufszahlen zu erreichen. Durch Illustrationen konnte dies verbessert werden. Im Jahr 1903 hatte die Zeitung 30000 Leser, im Jahr 1912 180000 Leser. Dazu trugen Fortsetzungsgeschichten, Reportagen, der einfache Stil, Gewinnspiele und Lokalberichterstattung bei. So konnte sie auch eine Leserschaft unter den Arbeitern gewinnen und machte der Arbeiterzeitung Konkurrenz.¹³⁸⁴

Die Illustrierte Kronen Zeitung wurde im Jahr 1959 in Anlehnung an die gleichnamige Zeitung von 1900 bis 1944 gegründet.¹³⁸⁵ Am 11. April 1959 erschien die Krone herausgegeben von Hans Dichand, Franz Olah, Kurt Falk und Ferdinand Karpik neu als städtische Boulevardzeitung. Dichand hatte vorher vier Jahre beim Kurier gearbeitet. Das Markenzeichen der neuen Zeitung waren Kolumnen und Kommentare. Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg leisteten die Selbstverkaufstaschen, die am Sonntag aufgestellt wurden. Es wurden zwar die Hälfte der Zeitungen gestohlen, aber die Popularität konnte so gesteigert werden.¹³⁸⁶ Als linkes Gegenstück zum Kurier gab es den „Express“. Aber auf Grund finanzieller Probleme wurde die Zeitung im Jahr 1971 an Dichand verkauft, der sie mit der Kronen Zeitung zusammenlegte. Für die Krone bedeutete das weniger Konkurrenz und mehr Leser.¹³⁸⁷ Im Jahr 1971 wurde die Zeitung umbenannt in „Neue Kronen Zeitung“.¹³⁸⁸

¹³⁸⁴ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 51-52

¹³⁸⁵ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 149

¹³⁸⁶ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 82-83

¹³⁸⁷ Ebd. 86

¹³⁸⁸ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 149

Boulevardzeitungen sind weltweit meistens wirtschaftlich erfolgreich und gehören zu den auflagenstärksten Zeitungen ihres Landes. Aber die Kronen Zeitung mit ihrer Reichweite stellt dennoch eine Ausnahme dar. Sie hat eine international einzigartige Reichweite in einem Land. Der große Leserzuwachs erfolgte in den 60er und 70er Jahren, als das Sterben der Parteizeitungen begann. In dieser Zeit konnte sie den Kurier als meistgelesenste Zeitung ablösen. Die Leser sind sozial relativ gleichmäßig verteilt, sie ist also keine reine Unterschicht-Zeitung. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass Leute aus der Unterschicht eher nur die Kronen Zeitung lesen und Leute aus der Oberschicht die Krone als Zweitzeitung lesen. Für oder gegen die Kaufentscheidung spricht weniger das Einkommen als die Bildung.¹³⁸⁹

Die Krone hat das niedrigste Einstiegsniveau der österreichischen Zeitungen, sie erfordert wenig Lesekompetenz, da das Vokabular einfach und die Sätze kurz sind. Oft wird die Krone zur Unterhaltung gelesen. Das Format hat entscheidend zum Erfolg beigetragen. Auch der große Sportteil spielt eine große Rolle bei der Gewinnung von Leserschaft.¹³⁹⁰

7.1.5. Die Presse

Die Presse wurde am 3. Juli 1848 von August Zang als Revolutionszeitung gegründet. Das Vorbild war „La Presse“ aus Paris. Konzept war die maximale Ausnützung des Inseratengeschäftes und dafür ein niedriger Kaufpreis. Von 1849 bis 1853 erschien die Presse in Brünn, da sie in Wien verboten war. Im Jahr 1864 spaltete sich die Redaktion und aus der Presse wurde die „Neue Freie Presse“.¹³⁹¹

Die Wiener Presse war um die Jahrhundertwende des 19. zum 20. Jahrhunderts eine bedeutende Zeitung mit hoher Qualität. Doch im Jahr 1918 verlor sie wesentliche Teile ihres Absatzmarktes (Galizien, Böhmen, Mähren, Ungarn, Krain).¹³⁹²

„Die Presse“ wurde als Nachfolger der „Neuen Freien Presse“, die von 1846 bis 1939 bestand, gegründet.¹³⁹³ Die „Neue Freie Presse“ wurde am 31. Jänner 1939 eingestellt. Am 26. Jänner 1946 erschien sie wieder zum ersten Mal nach dem Krieg. Sie war zunächst als Wochenzeitung von Ernst Molden konzipiert.¹³⁹⁴ Ernst Molden war verheiratet mit Paula von Preradovic (siehe Kapitel 5.1.4). Er selbst war Halbjude, aber

¹³⁸⁹ Bruck, Stocker: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. 34-38

¹³⁹⁰ Ebd. 297-301

¹³⁹¹ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 36-37

¹³⁹² Ebd. 80

¹³⁹³ Neisser, Loibelsberger, Strobl: Unsere Republik auf einen Blick. 149

¹³⁹⁴ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 72-73

durch seine Ehe in der Zeit des Nationalsozialismus geschützt. Während des Krieges schrieb er für die Zeitung „Süd-Ost-Echo“. Von der ersten Ausgabe der „Presse“ gab es bereits 55.000 Stück. Molden wollte an die Tradition der „Neuen Freien Presse“ anschließen und exportierte die Zeitung auch in die südlichen und östlichen Nachbarländer. Dieser Versuch wurde aber im Jahr 1947 wieder eingestellt.¹³⁹⁵

Ab 19. Oktober 1948 existierte die Presse wieder als parteiunabhängige Tageszeitung. Außerdem wurde sie wieder in „Die Presse“ umbenannt. Das Recht auf „Neue Freie Presse“ hatte ein ehemaliger nationalsozialistischer Verlag. Die sowjetischen Besatzer gaben daher den Namen nicht frei. Die Presse zeichnete sich vor allem durch den Wirtschaftsteil „Economist“ aus. Weiters gab es einen großen politischen Teil mit Leitartikel und einen Kulturteil. Später übernahm Fritz Molden die Zeitung und sie blieb lange Zeit die einzige unabhängige Zeitung. Dennoch gab es viele finanziellen Schwierigkeiten.¹³⁹⁶

Ab 19. Oktober 1949 gab es die Presse wieder als Tageszeitung. Die Zeitung war den ÖVP-nahen Wirtschaftskreisen zuzuordnen, zum Beispiel Mautner-Markhof oder Lauda und der Großindustrie.¹³⁹⁷

Die Presse hat einen Korrespondent in Brüssel, der alle zwei Jahre ausgetauscht wird (nach englischem Vorbild). Dies garantiert eine gewisse Distanz (und damit Objektivität) zur EU.¹³⁹⁸

7.2. Untersuchung

7.2.1. Methode

Bei der Inhaltsanalyse handelt es sich um ein empirisches Datenerhebungsverfahren. *„Mittels Inhaltsanalysen lassen sich Kommunikationsinhalte wie Texte, Bilder und Filme untersuchen, wobei der Schwerpunkt auf der Analyse von Texten liegt.“*¹³⁹⁹ Die Inhaltsanalyse soll den Inhalt von Kommunikationsinhalten, in diesem Fall Zeitungsartikel, analysieren. Das heißt, die Information wird herausgefiltert und verkürzt wiedergegeben.

¹³⁹⁵ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 229

¹³⁹⁶ Schuhmayer: Tagespresse in Österreich. 72-73

¹³⁹⁷ Rathkolb: Die paradoxe Republik. 229

¹³⁹⁸ Barbara Berkel: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, England und Österreich. Wiesbaden, 2006. 86

¹³⁹⁹ Peter Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin, ¹¹2006. 181

Für diese Arbeit soll ein historischer Längsschnitt gezeigt werden. Da es sich deshalb um eine große Datenmenge handelt, ist hier eine quantitative Inhaltsanalyse sinnvoll.

Es gibt eine empirische und hermeneutische Untersuchung von Texten, wobei ersteres der quantitativen Inhaltsanalyse und zweiteres der qualitativen Inhaltsanalyse entspricht. Die quantitative Inhaltsanalyse beschäftigt sich mit Kommunikationsinhalten. Man kann sich mit dem Sender, dem Empfänger oder der sozialen Situation, in der der Kommunikationsprozess abläuft, beschäftigen.¹⁴⁰⁰ Der Text selbst ist dabei nicht der Gegenstand der Auswertungsinteresse (wie etwa in der Literaturwissenschaft), sondern dient als Informationsträger.¹⁴⁰¹ Zunächst wird eine Analyseeinheit festgelegt, zum Beispiel jedes Wort aus einem Text oder ganze Artikel.¹⁴⁰² Bei der Inhaltsanalyse müssen alle einbezogenen Artikel *„unter gleichen Gesichtspunkten und in gleicher Weise analysiert werden“*.¹⁴⁰³ Dies erfolgt nach einer bestimmten Systematik und methodischen Regeln.

Bei der quantitativen Inhaltsanalyse werden die Hypothesen (im Gegensatz zur qualitativen Inhaltsanalyse) im Vorhinein formuliert. Die Vorteile der Inhaltsanalyse liegen darin, dass sich das Untersuchungsobjekt nicht ändert und beliebig reproduzierbar ist. Die Komplexität der untersuchten Texte wird reduziert und durch Merkmale beschrieben.¹⁴⁰⁴

Zunächst beginnt man die Inhaltsanalyse mit der Kategorienbildung. Alle Kategorien einer Inhaltsanalyse sind das Kategoriensystem. Die Kategorien müssen vom Erkenntnisinteresse geleitet sein und in Hypothesen fixiert sein (die auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfbar sind).¹⁴⁰⁵ Durch die Zuordnung in Kategorien wird die Inhaltsanalyse objektiv und lässt allgemeine Schlüsse zu.¹⁴⁰⁶

Vor der eigentlichen Analyse wird die Grundgesamtheit der Untersuchung festgelegt, aus dieser wird dann die geeignete Stichprobe gezogen. Diese Auswahl kann bewusst erfolgen, zum Beispiel durch Quotenauswahl oder typische Fälle. Eine andere Möglichkeit ist die Wahrscheinlichkeitsauswahl, dabei gibt es die echte und die systematische Zufallsauswahl, Klumpenauswahl oder mehrstufige Auswahl.¹⁴⁰⁷

¹⁴⁰⁰ Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. 182

¹⁴⁰¹ Helmut Kromrey: Empirische Sozialforschung. Stuttgart, ¹¹2006. 320

¹⁴⁰² Siegfried Lamnek: Qualitative Sozialforschung. Weinheim, ⁴2005. 495

¹⁴⁰³ Winfried Schulz: Inhaltsanalyse. 51. In: Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. Frankfurt am Main, 2002. 42-63

¹⁴⁰⁴ Werner Früh: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz, ⁵2001. 39

¹⁴⁰⁵ Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. 189

¹⁴⁰⁶ Kromrey: Empirische Sozialforschung. 322

¹⁴⁰⁷ Thomas Bruns: Quantitative Inhaltsanalyse. 178-180. In: Sven-Uwe Schmitz, Klaus Schubert (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen, 2006. 173-190

Danach werden die Kategorien codiert und im so genannten Codeblatt festgehalten. In dieses werden nun bei der Analyse die Merkmale eingetragen.¹⁴⁰⁸ Die so erhobenen Daten können dann mittels statistischer Verfahren quantifiziert und ausgewertet werden. Mit Hilfe der gewonnenen Daten können die Hypothesen verifiziert oder falsifiziert werden und allgemeingültige Schlüsse gezogen werden.

Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen bietet einige Vorteile: die Zeitungen bilden eine überschaubare Einheit, sind lange Zeit verfügbar, erzielen eine hohe Reichweite in der Bevölkerung und verfügen über aktuelle Berichte. Ein Nachteil sind die unterschiedlichen Lokalausgaben.¹⁴⁰⁹

7.2.2. Forschungsfragen und Hypothesen

Für die Zeitungsanalyse wurden folgende Forschungsfragen formuliert:

- Wie wird die europäische Integration in den beiden Zeitungen dargestellt? In welchem Umfang wird berichtet?
- Gibt es ein kontinuierliches Ansteigen der Berichterstattung?
- Welche Aspekte (Politik, Wirtschaft, Soziales, Gesellschaft) werden behandelt?

Die Hypothesen, die untersucht werden sollen, lauten:

Haupthypothese H1: Die „Presse“ berichtet ausführlicher über die europäische Integration als die „Kronen Zeitung“.

H2: Die „Kronen Zeitung“ bringt mehr Berichte mit „Sensationsgehalt“.

H3: Die „Presse“ berichtete mehr über die wirtschaftlichen Aspekte der Integration als die „Kronen Zeitung“.

7.2.3. Durchführung

Zunächst wurde die Grundgesamtheit der Untersuchung festgelegt, nämlich alle in der Zweiten Republik erschienenen Tageszeitungen. Der Zeitraum der Untersuchung

¹⁴⁰⁸ Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. 191

¹⁴⁰⁹ Patrick Rössler: Inhaltsanalyse. Konstanz, 2005. 61-62

beschränkt sich aber auf die Jahre 1949 bis 2005, da als Untersuchungsgegenstand die Tageszeitungen „Presse“ und „Kronen Zeitung“ gewählt wurden. Diese Auswahl erfolgte, um eine Qualitätszeitung und eine Boulevardzeitung miteinander vergleichen zu können. Auf politische Präferenzen der beiden Zeitungen wurde keine Rücksicht genommen, da sie für das untersuchte Thema unerheblich schienen. Die „Presse“ wurde ausgewählt, weil sie seit 1949 täglich erscheint und relativ bald unabhängig war. Als Boulevardzeitung wurde die „Kronen Zeitung“ ausgewählt, da sie eine einzigartige Reichweite erzielt. Die Auswahl auf Tageszeitungen erfolgte, da sich diese mit aktuellen Ereignissen beschäftigen und daher das Tagesgeschehen gut widerspiegeln.

Nach der Entscheidung für die beiden Zeitungen wurde die Analyseeinheit gewählt. Sinnvoll erscheinen hier ganze Artikel, da weniger die genauen Inhalte oder Wortwahl, als das generelle Thema des Artikels untersucht werden soll. Da eine Tageszeitung nach einer festgelegten Periodizität erscheint, kann die Zeiteinheit als Grundlage für die systematische Auswahl dienen.¹⁴¹⁰ Für diese Untersuchung wurde ein Tag pro Monat als sinnvolle Stichprobe angesehen, per Zufall wurde dann der 15. jedes Monats ausgewählt. Es wurden also alle Artikel, die am 15. des Monats in der Zeitung erschienen waren, berücksichtigt. Falls am 15. keine Zeitung erschien, wurde die darauf folgende Tagesausgabe berücksichtigt.

Nach der Wahl der Analyseeinheit und der Stichprobe wurde ein Codebogen erstellt. In diesem wurden alle Kategorien verzeichnet, denen die Artikel zugeordnet werden können. Zur Berücksichtigung gelangten alle Artikel mit dem Thema europäische Integration. Wenn ein Artikel gefunden wurde, wurde er auf einem Codebogen festgehalten. Diese Codebögen wurden in das Computerprogramm SPSS übertragen und konnten so ausgewertet werden.

7.3. Ergebnis der Zeitungsanalyse

Pelinka et al stellten in einer Untersuchung aus dem Jahr 1994 fest, dass in der Qualitätspresse kontinuierlich über die Beitrittsdiskussionen berichtet wurde. Im ORF gab es spezielle Sendungen zu Europa, zum Beispiel „Compass“, ein Europamagazin. In der „Kronen Zeitung“ wurde das Thema Integration lange Zeit nicht behandelt. Das bedeutete

¹⁴¹⁰ Rössler: Inhaltsanalyse. 56

auch, dass große Teile der Bevölkerung davon ausgeschlossen waren. In der Kronen Zeitung dominierten auch Statements statt Fakten.¹⁴¹¹

Bei der Untersuchung der Medien konnten vorab einige Dinge festgestellt werden. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes waren beide Zeitungen wesentlich dünner, als sie es heute sind. Daher ist ein gewisses Ansteigen an Häufigkeit der Berichterstattung auch auf den Umfang der Zeitung zurückzuführen. Die „Presse“ hat von Beginn an zumindest das Wirtschaftsressort deutlich gekennzeichnet, während die Krone anfangs nicht dezidiert in Ressorts unterscheidet. Die „Krone“ zeichnet sich durch Fortsetzungsromane, eine ausführliche Tageschronik und Reportagen vom Gericht aus. Während die „Presse“ den Wirtschaftsteil „Economist“ besitzt, legt die „Krone“ mehr Wert auf Sportberichterstattung, die wiederum in der „Presse“ sehr dürftig ausfällt. In der „Kronen Zeitung“ kommt erst ab 1971 etwas Wirtschaft dazu. Auch der Politikteil der „Krone“ gestaltet sich anders als der der „Presse“. Während in der „Presse“ internationale Nachrichten Platz finden, beschränkt sich die Kronen Zeitung hauptsächlich auf Österreich. Wichtig sind Skandale oder Sensationsberichte wie Mord oder Entführung.

Insgesamt gelangten 1.709 Artikel zu Auswertung. Davon sind 1.588 aus der „Presse“ und 121 aus der „Kronen Zeitung“, das heißt 92,9 Prozent aller ausgewerteten Artikel stammen aus der „Presse“. Berücksichtigt werden muss, dass die Presse allerdings bereits elf Jahre vor der „Kronen Zeitung“ erschienen ist. Dennoch sind im gleichen Zeitraum wesentlich mehr Artikel erschienen. Somit lässt sich schon auf Grund der Menge eindeutig feststellen, dass die „Presse“ erheblich mehr über die europäische Integration berichtet, als die „Krone“.

In der „Presse“ fallen die meisten Artikel in das seit 1991 bestehende und immer wieder umbenannte Ressort Europa-Panorama (anfangs EG-Panorama, dann auch EU-Panorama). Insgesamt befinden sich hier 31,6 Prozent aller Artikel aus der Presse. Ziemlich gleichmäßig ist die Verteilung zwischen Wirtschaft und Politik: 27 Prozent befinden sich im Ressort Politik, 26,8 Prozent im Ressort Wirtschaft. 11,9 Prozent der Artikel in der „Presse“ befinden sich auf der Titelseite, die restlichen Prozent sind vernachlässigbar und entfallen unter anderem auf die Ressorts Chronik oder Kultur.

Die Artikel in der „Kronen Zeitung“ verteilen sich anders, da auch die Ressorts anders beschaffen sind und, wie bereits erwähnt, ein regelmäßiger Wirtschaftsteil fehlt. Es

¹⁴¹¹ Pelinka, Schaller, Luif: Ausweg EG? 227

entfallen so 73,6 Prozent auf das Ressort Politik, 9,9 Prozent auf Wirtschaft und 9,1 Prozent auf die Titelseite.

			Zeitung		Total
			Presse	Krone	
Ressort	keines	Anzahl	40	2	42
		% von Ressort	95,2%	4,8%	100,0%
		% von Zeitung	2,5%	1,7%	2,5%
	Politik	% von Total	2,3%	,1%	2,5%
		Anzahl	428	89	517
		% von Ressort	82,8%	17,2%	100,0%
	Wirtschaft	% von Zeitung	27,0%	73,6%	30,3%
		% von Total	25,0%	5,2%	30,3%
		Anzahl	425	12	437
	Chronik	% von Ressort	97,3%	2,7%	100,0%
		% von Zeitung	26,8%	9,9%	25,6%
		% von Total	24,9%	,7%	25,6%
	Kultur	Anzahl	2	0	2
		% von Ressort	100,0%	,0%	100,0%
		% von Zeitung	,1%	,0%	,1%
	Lokales	% von Total	,1%	,0%	,1%
		Anzahl	0	7	7
		% von Ressort	,0%	100,0%	100,0%
	Europa-Panorama	% von Zeitung	,0%	5,8%	,4%
		% von Total	,0%	,4%	,4%
		Anzahl	502	0	502
	Titelseite	% von Ressort	100,0%	,0%	100,0%
		% von Zeitung	31,6%	,0%	29,4%
		% von Total	29,4%	,0%	29,4%
Total		Anzahl	189	11	200
		% von Ressort	94,5%	5,5%	100,0%
		% von Zeitung	11,9%	9,1%	11,7%
		% von Total	11,1%	,6%	11,7%
		Anzahl	1588	121	1709
		% von Ressort	92,9%	7,1%	100,0%
		% von Zeitung	100,0%	100,0%	100,0%
		% von Total	92,9%	7,1%	100,0%

Tabelle 1: Aufteilung in Ressorts

Diese Zahlen zeigen, dass in der „Presse“ wesentlich mehr Wert auf die wirtschaftliche Seite der Integration gelegt wird. Dies wird auch durch einen ausführlichen Wirtschaftsteil

begünstigt. In beiden Zeitungen findet sich ein etwa gleich großer Anteil Berichte auf der Titelseite, wobei in absoluten Zahlen („Presse“ 189, „Krone“ 11 Artikel) die „Presse“ wesentlich öfter die Integration auf der Titelseite hat.

In beiden Zeitungen waren jeweils zwei Drittel der Artikel als lang (mehr als 80 Zeilen in der „Presse“, mehr als 40 Zeilen in der „Kronen Zeitung“, da die Zeilen länger sind) zu bezeichnen und fielen in die Kategorie „Berichte“. Ebenfalls in beiden Zeitungen waren etwa drei Prozent aller Artikel Kommentare. Da in absoluten Zahlen aber wieder deutlich mehr Kommentare in der „Presse“ waren, kann man sagen, dass in der „Presse“ öfter andere Meinungen zum Ausdruck kommen. Leitartikel waren in der „Presse“ zum Thema kaum vorhanden, in der „Krone“ gar keine, das gleiche gilt für Reportagen. Die restlichen Artikel waren entweder Nachrichten oder Meldungen.

Die sonst so bebilderte „Kronen Zeitung“ hält sich beim Thema europäische Integration mit Bildern sehr zurück, in über 80 Prozent der Artikel fanden sich keine Grafiken oder Fotos. Dennoch waren in der „Presse“ relativ gesehen noch weniger Bilder mit nur zehn Prozent der Artikel. Allerdings handelte es sich bei den Bildern der „Presse“ im Gegensatz zur „Krone“ hauptsächlich um große Fotos.

An speziellen Themen wird in der „Presse“ am öftesten über die gemeinsame Währung berichtet, an zweiter Stelle stehen die Europaparlamentswahlen, danach die Osterweiterung, der Beitritt Österreichs und die Annäherung Österreichs an die EG. Erst dahinter kommen die Sanktionen. In der „Kronen Zeitung“ kommen an speziellen Themen auch an erster Stelle die Währung, danach allerdings gleich die Sanktionen, dann die Europaparlamentswahlen und die Osterweiterung.

Während in der „Presse“ die EFTA wenigstens in 3 Prozent aller Artikel vorkommt, wird sie in der „Krone“ gar nicht behandelt. Der Europarat kommt in der „Presse“ bereits nur mehr in 1,1 Prozent der Artikel vor, in der „Krone“ gar nicht. Interessanterweise spielen auch populäre Themen wie Sicherheit, die österreichische Identität, die Verfassung und die Agrarpolitik eine untergeordnete Rolle in der „Krone“. Lediglich das Transitproblem findet noch einige Beachtung mit 5,8 Prozent. Die zweimalige österreichische EU-Präsidentschaft findet ebenfalls in beiden Zeitungen kaum Berücksichtigung.

Während sich die „Kronen Zeitung“ mit ihrer Berichterstattung ausschließlich mit vergangenen Geschehnissen beschäftigt, finden in der „Presse“ auch zukünftige Ereignisse Erwähnung.

Natürlich ändern sich die Schwerpunkte der Themen auch im Laufe der Zeit. So hat zum Beispiel das Thema EFTA seinen Höhepunkt zu Beginn der 60er Jahre. Das Thema Europarat andererseits ist auf den gesamten Untersuchungszeitraum verteilt. Themen wie die deutsch-französische Annäherung verlieren auch an Bedeutung, während neue Themen wie zum Beispiel die Währungsunion hinzukommen. Auch das Thema der Osterweiterung hat in den Jahren vor der Erweiterung seinen Höhepunkt und nimmt mit dem Beitritt wieder ab. Da es sich bei Tageszeitungen um sehr aktuelle Medien handelt, finden punktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel die Sanktionen, auch nur genau zu diesem Zeitpunkt Erwähnung. So gibt es das Thema Sanktionen nur im Jahr 2000. Umso erstaunlicher ist es, dass es trotzdem für den ganzen Untersuchungszeitraum auf Grund seiner Häufigkeit ins Gewicht fällt.

Auch auffällig ist, dass die „Kronen Zeitung“ sich in 53,7 Prozent ihrer Artikel explizit mit Österreich beschäftigt. Die „Presse“ hingegen behandelt Österreich in der europäischen Integration nur in 18,5 Prozent ihrer Artikel. Auch viele andere Länder finden in der „Presse“ Platz. An zweiter Stelle hinter Österreich steht in der Berichterstattung der untersuchten Artikel England, danach Deutschland, Frankreich, die Türkei und die USA. Aber auch alle anderen europäischen Staaten finden regelmäßige Erwähnung. Die „Kronen Zeitung“ berichtet weitaus weniger über andere Länder, am häufigsten aber noch über Deutschland, Frankreich und England.

Die Personen, über die am öftesten in der „Presse“ berichtet wird, sind Vranitzky, Kreisky und Mock, in der „Kronen Zeitung“ Vranitzky und Hans-Peter Martin. Im Gegensatz zur „Kronen Zeitung“ wird in der „Presse“ aber auch über ausländische Staatsmänner wie de Gaulle, Adenauer oder Schuman berichtet.

Sieht man sich den gesamten Untersuchungszeitraum an, so kann man deutliche Tendenzen erkennen.

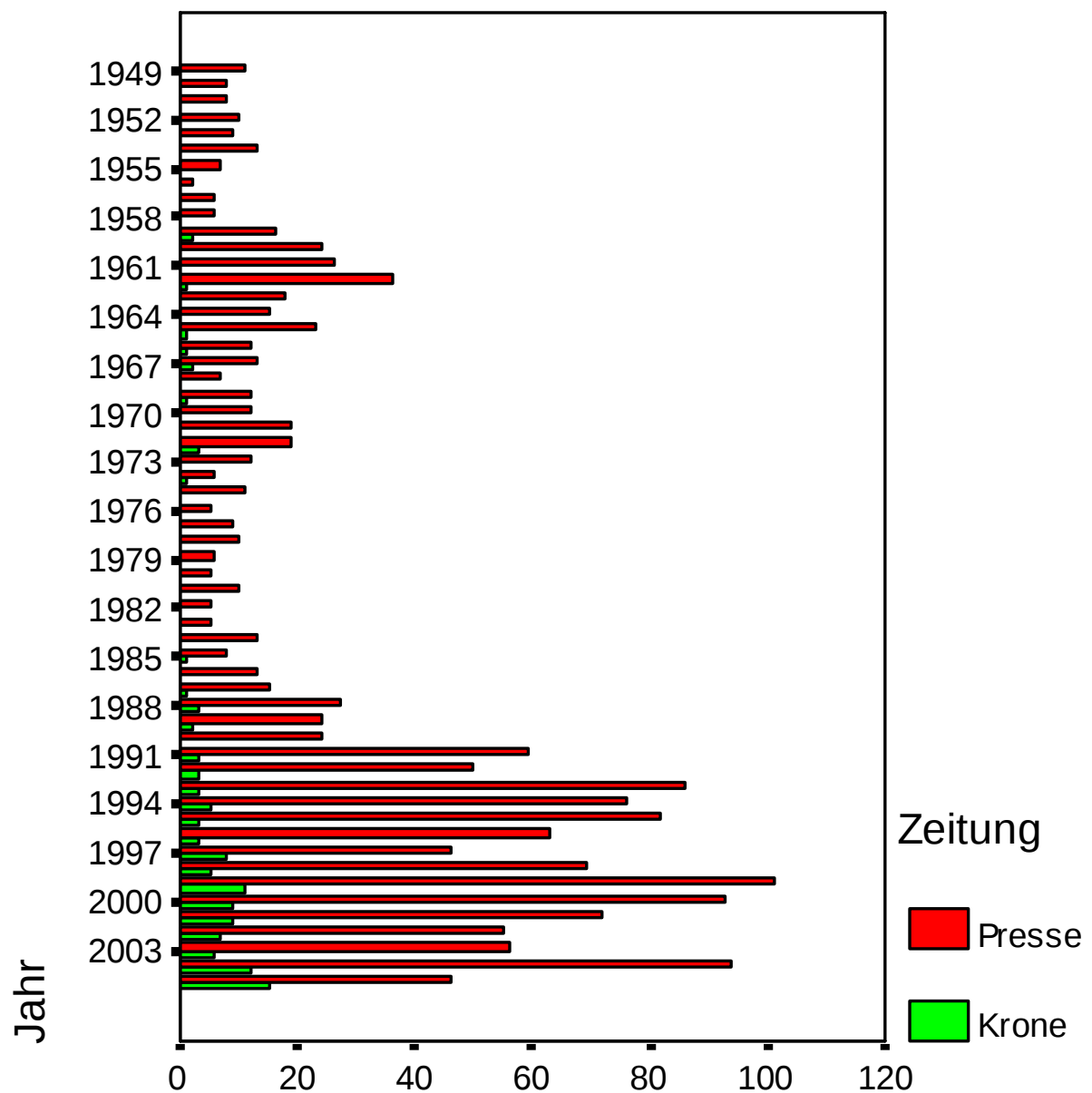


Abbildung 4: Verteilung der Artikel in Jahren

In den 50er Jahre ist die Berichterstattung relativ gleichmäßig auf einem Niveau. Hier geht es allerdings nur um die „Presse“, da die „Kronen Zeitung“ erst seit 1959 wieder erschienen ist. Zu Beginn der 60er Jahre steigt die Anzahl der Artikel. Dieser Aufstieg der Balken zeigt sehr schön, dass es sich um die Zeit des ersten Beitrittsantrages Österreichs bei der EWG handelt. Die Zahl der Beiträge fällt nach Ablehnung des Antrages wieder ab. Lediglich kurz um die Jahre 1971/72 häufen sich wieder die Artikel (auch in der „Krone“), da zu dieser Zeit das Freihandelsabkommen geschlossen wurde. Sonst ist die

Berichterstattung in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre auf sehr niedrigem Niveau. In der „Kronen Zeitung“ verschwindet das Thema europäische Integration komplett für über zehn Jahre. Die „Presse“ hat zwar von der Anzahl her ähnlich viele Artikel wie in den 50er Jahren, da die Zeitung aber dicker geworden ist, sind es relativ gesehen doch weniger. Die Themen, die beide Zeitungen zu dieser Zeit beherrschen, sind vor allem der Nahe Osten und innerösterreichische Probleme.

Ab Mitte der 80er Jahre steigt die Zahl der Berichte in der „Presse“ bis Mitte der 90er Jahre steil an. Auch die „Kronen Zeitung“ beginnt zu dieser Zeit kontinuierlich zu berichten. Diese zehn Jahre sind die Vorbereitung Österreichs auf den Beitritt und der EU-Beitritt an sich. Nach dem Beitritt fällt die Kurve leicht, steigt allerdings wieder im Jahr 1999, als die Europaparlamentswahlen stattfanden. Auch im Jahr 2000, das Jahr der Sanktionen, kann sich das hohe Niveau halten. Danach ist es für drei Jahre wieder etwas weniger, steigt aber erneut im Jahr 2004 bei den nächsten Wahlen zum europäischen Parlament an.

Auch bezüglich der Ressorts sieht man einen Unterschied im Laufe der Jahre. In den 50er Jahren ist die Berichterstattung zwischen den Ressorts Politik und Wirtschaft recht ausgeglichen. Zu Beginn der 60er Jahre verlagert sich der Schwerpunkt der Nachrichten in den wirtschaftlichen Bereich. Das bleibt auch in den 70er und Anfang der 80er Jahre so, auch wenn die Berichterstattung insgesamt abnimmt. Ab Mitte der 80er verlagert sich die Anzahl der Artikel auffallend in die Politik. Dieser Schwerpunkt bleibt bis heute beibehalten.

7.4. Schlussfolgerung

Allein auf Grund der Anzahl der Artikel kann die Haupthypothese bestätigt werden. In der „Presse“ erschienen im selben Zeitraum (unter Berücksichtigung der späteren Gründung der „Kronen Zeitung“) mehr als zehn Mal so viele Artikel als in der „Kronen Zeitung“.

Auch die zweite Hypothese kann bestätigt werden. Die Themen, über die die „Kronen Zeitung“ berichtete, sind eher populär und aufsehenerregend. Betont werden zum Beispiel die Sanktionen, die in der Bevölkerung für einige Emotionen gesorgt haben. Die „Presse“ berichtet dafür stetig auch über weniger populäre Themen und das Tagesgeschäft der EU.

In der „Presse“ wird außerdem der wirtschaftliche Aspekt ausführlich behandelt. Bis Mitte der 80er dominiert er sogar über die Politik. In der „Kronen Zeitung“ findet die wirtschaftliche Seite der Integration kaum Beachtung.

Wenn man sich die Häufigkeit der Artikel im Verlauf des Untersuchungszeitraumes ansieht, fällt deutlich auf, dass sich die Kurve nach der jeweiligen Europapolitik richtet. Dieses erscheint nicht weiter verwunderlich, da die Zeitungen über aktuelles Geschehen berichten. Dennoch ist es bemerkenswert, wie sich an der Kurve die Ereignisse ablesen lassen. Seit dem Beitritt ist die Berichterstattung kontinuierlich. Für die Zukunft kann man daher prognostizieren, dass sich die Berichterstattung auf einem bestimmten Niveau einpendeln wird und bei punktuellen Ereignissen erhöht sein wird.

8. Experteninterviews

8.1. Methode

Durch ein Interview kann man auf interpersonaler Ebene Informationen gewinnen, die über biographische Daten hinausgehen. Im Unterschied zu quantitativen Erhebungen werden bei Interviews keine Hypothesen im Vorfeld formuliert, sondern erst bei der Auswertung generiert.¹⁴¹² Auch gibt es keine Analyseeinheiten und Kategorien vor der Auswertung.¹⁴¹³

In einem ersten Schritt wird das Problem formuliert, danach ein Leitfaden erstellt und getestet. Der dritte Schritt ist das Interview an sich. Dabei werden zu Beginn allgemeine Fragen als Einstieg gewählt (Sondierungsfragen). Bei den folgenden Leitfadenfragen wird die wesentliche Fragestellung angesprochen. Außerdem kommen noch sponatne Ad-hoc-Fragen dazu, wenn diese sich im Gesprächsverlauf ergeben. Das problemzentrierte Interview bietet sich vor allem für theoriegeleitete Forschung an. Durch die Standardisierung mittels Leitfaden kann man größere Fallzahlen erreichen und somit Verallgemeinerungen festhalten.¹⁴¹⁴ Bei einem Leitfadeninterview handelt es sich um ein teilstandardisiertes Interview, das bedeutet, die Fragen sind vorgegeben, aber die Reihenfolge ist nicht verbindlich. Somit bietet es die Möglichkeit, auf die Antworten der Interviewten einzugehen.¹⁴¹⁵

Bei Experteninterviews ist nicht die Gesamtperson Gegenstand der Analyse, sondern sein spezielles Wissen über ein Thema. Ob jemand Experte ist, hängt vom jeweiligen Forschungsinteresse ab.¹⁴¹⁶ Der Expertenbegriff läuft Gefahr elitär ausgelegt zu werden, allerdings ist nicht immer der in der prestigeträchtigsten Position auch der Experte. Das Expertenwissen unterscheidet sich aber von Alltagswissen. Es kann sich dabei um technisches Wissen, fachspezifische Anwendungsroutine, Informationen über Handlungsabläufe oder vergangene und aktuelle Ereignisse handeln, in die der Experte

¹⁴¹² Christiane Frantz: Qualitatives Interview. 53-56. In: Sven-Uwe Schmitz, Klaus Schubert (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen, 2006. 53-67

¹⁴¹³ Lamnek: Qualitative Sozialforschung. 508

¹⁴¹⁴ Philipp Mayring: Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Basel, ⁵2002. 69-70

¹⁴¹⁵ Jochen Gläser, Grit Laudel: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden, 2004. 39

¹⁴¹⁶ Michael Meuser, Ulrike Nagel: Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. 72-73. In: Alexander Bogner, Beate Littig, Wolfgang Menz (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, 2002. 71-93

involviert war oder ist. Aber auch bei Experten kommt das Deutungswissen hinzu, also subjektive Relevanz, Sichtweisen und Interpretationen.¹⁴¹⁷ „Experten sind Menschen, die ein besonderes Wissen über soziale Sachverhalte besitzen, und Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen.“¹⁴¹⁸

Der Interviewer kann in in einem Experteninterview verschiedene Rollen einnehmen. Einerseits kann er als Co-Experte, also als gleichberechtigter Partner in einer quasi Fachdiskussion, oder auch als Experte einer anderen Fachrichtung auftreten. Der Interviewer kann auch eine Autorität sein und als überlegener Experte den Experten testen. Als letzte Möglichkeit kann der Interviewer als Laie auftreten. Dabei kann der Experte seine Erfahrung vermitteln und eine Einführung in die fachlichen Grundlagen bieten. Dieses Gespräch wird meist monologartig geführt, Nachfragen wird daher manchmal als störend empfunden. Allerdings kann man auch durch naive Fragen schwer zugängliche Informationen erhalten. Der Nachteil dieser Interviewsituation liegt darin, dass der Experte mehr oder weniger die Kontrolle über das Gespräch hat.¹⁴¹⁹

Nach Beendigung der Interviews werden diese transkribiert. Diese Transkription benötigt keine aufwendigen Notationssysteme, die Pausen, Stimmlage oder Dialekt wiedergeben, da es nur um das Wissen geht.¹⁴²⁰

8.2. Durchführung

8.2.1. Forschungsfragen und Leitfaden

Vor Beginn der Experteninterviews wurden zunächst die Forschungsfragen definiert. Diese waren:

- Wie sehen die Experten Europa und das Europabewusstsein?
- Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

¹⁴¹⁷ Alexander Bogner, Wolfgang Menz: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. 41-43. In: Alexander Bogner, Beate Littig, Wolfgang Menz (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, 2002. 33-70

¹⁴¹⁸ Gläser, Laudel: Experteninterviews. 10

¹⁴¹⁹ Bogner, Menz: Das theoriegenerierende Experteninterview. 50-57.

¹⁴²⁰ Meuser, Nagel: Experteninterviews. 83

- Wie stehen die Experten persönlich und auf Grund ihrer Position zur europäischen Integration?

Nachdem die Forschungsfragen formuliert waren, wurde ein Leitfaden für die Interviews ausgearbeitet. Dieser umfasste zehn Fragen, je nach Person und Position, oder auch wenn es es sich im Gespräch ergab, wurden noch Fragen hinzugefügt. Da bei manchen Interviews Zeitmangel herrschte wurde in seltenen Fällen auf einzelne Fragen verzichtet. Wenn es die Zeit des Interviewpartners erlaubte, wurde auch nachgefragt, wenn interessante Aspekte erwähnt wurden. Jedes Interview begann mit einer leichteren Einstiegsfrage, um die Situation entspannt zu gestalten. Die Zeit für ein Interview wurde auf ein halbe Stunde angesetzt, die auch im Durchschnitt eingehalten wurde. Das längste Interview dauerte jedoch etwas über eine Stunde, das kürzeste sechs Minuten (auf Grund extremen Zeitdrucks). Die Wahl des Treffpunktes für das Interview wurde, wenn nicht anders gewünscht, dem Experten überlassen.

8.2.2. Interviewpartner

Bei den Interviewpartnern wurde nach Personen gesucht, die in irgendeinem Zusammenhang mit der europäischen Integration stehen (also zum Beispiel daran mitgearbeitet haben). Dabei wurde darauf geachtet, dass möglichst viele Meinungen, Berufe und auch ideologische Richtungen vertreten sind. Dennoch kann nach Beendigung der Interviews festgestellt werden, dass die Experten, da sie in bestimmten Positionen arbeiten, gegenüber der Integration sehr positiv eingestellt sind. Kritiker wurden keine gefunden unter den ausgewählten Experten und auch sonst war es nicht möglich Kritiker für ein Interview zu bekommen. Das lag zum einen daran, dass EU-Gegner (aber nicht unbedingt Integrationsgegner) nicht auf das Anschreiben reagierten. Zum anderen gibt es kaum Experten, die tatsächlich Gegner der Integration sind. Allein auf Grund der Position und der Arbeit innerhalb der Integration wird die Einstellung positiver.

Einige Experten wurden per Brief oder E-Mail angeschrieben, mit der Bitte sich etwa eine halbe Stunde Zeit für ein Experteninterview zu nehmen. Während der Interviews ergaben sich häufig weitere Kontakte zu anderen Experten, deshalb konnten insgesamt auch 21 Personen befragt werden. Alle Interviewsituationen wurden ausnahmslos als sehr angenehm empfunden, die Experten waren auskunftsbereit, auch wenn manche von ihnen unter Zeitdruck standen. Teilweise fanden die Interviews in den Büros der Experten

statt, zum Teil an öffentlichen Orten wie Kaffeehäusern. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die sich nicht ständig in Österreich aufhalten, richteten es so ein, dass sie das Interview zwischen verschiedenen Terminen während ihrer Wien-Aufenthalte einschieben konnten.

Leider gelang es nicht, jemanden von den Grünen für ein Interview zu gewinnen. Die Abgeordneten zum Europäischen Parlament Voggenhuber und Lichtenberger antworteten nicht, Lunacek wollte per mail die Fragen ausfüllen, aber leider wurde der Fragebogen nicht zurückgeschickt und die ehemalige Abgeordnete der Grünen, Mercedes Echerer, konnte auf Grund einiger Schauspielengagements keine Zeit finden. Weiters antwortete der EU-Kritiker Hans-Peter Martin weder auf einen Brief noch auf eine E-Mail. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments Pirker und Rack mussten aus Zeitgründen Absagen schicken. Die Abgeordneten Seeber und Karas wollten ebenfalls die Fragen per Mail beantworten, haben aber leider den Fragebogen nicht zurückgeschickt. Die restlichen Abgeordneten reagierten nicht auf das Anschreiben, ebenso einige andere nationale Politiker.

Die letztlich gefunden Interviewpartner waren (chronologische Reihenfolge nach Interview):

Botschafter i.R. Dr. Wolfgang Wolte

Der erste Experte wurde in der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik gefunden. Botschafter Wolte hat nicht nur für ein Interview bereit gestanden, sondern auch Heinz Kienzl für ein weiteres Interview vermittelt und Unterstützung bei der Befragung geleistet. Das Interview mit Botschafter Wolte fand in seinem Büro statt.

Dr. Heinz Kienzl

Das zweite Interview fand ebenfalls in einem Büro der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik statt. Heinz Kienzl war außerdem eine große Unterstützung bei der Befragung, da er diese beim SWS gegen einen geringen Unkostenbeitrag in die Wege leitete.

Prof. Klaus Emmerich

Das Interview mit Klaus Emmerich fand im Bistro des Hotel de France statt. Er nahm sich viel Zeit, um alles ausführlich zu beantworten und regte ein Interview mit Karl Koller an.

Prof. Emmerich wurde ausgewählt, da er als Journalist eine andere Seite der Integration kennt und in seinem Beruf auch als Korrespondent in Brüssel tätig war.

Dr. René Alfons Haiden

Das Interview mit Dr. Haiden fand in seinem Büro der M&A Bank statt. Dr. Haiden war Generaldirektor der Zentralsparkasse sowie Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreichs. Derzeit ist er im Aufsichtsrat der M&A Bank. Dr. Haiden regte das Interview mit Dipl. Ing. Douthik an.

Dr. Erhard Busek

Dr. Busek wurde auf Grund seiner langjährigen Erfahrung mit Europa unter anderem während des EU-Beitritts Österreichs, als Erweiterungsbeauftragter der Regierung 2000 und als Vertreter der Mitteleuropa-Idee in den 80er Jahren als Experte ausgewählt. Das Interview fand in seinem Büro im Institut für den Donauraum und Mitteleuropa statt.

Barbara Coudenhove-Kalergi

Das Interview fand in ihrer Wohnung in sehr angenehmer Atmosphäre statt. Frau Coudenhove-Kalergi wurde hauptsächlich ausgewählt, da sie als Journalistin und Auslandskorrespondentin die Entwicklung Europas selbst erlebt hat. Aber auch ihr familiärer Hintergrund spielte bei der Auswahl eine Rolle.

Mag. Karl Koller

Karl Koller wurde auf Anregung von Klaus Emmerich ausgewählt, da er Obmann des Vereins „Nova Europa“ ist und eigene Ideen für ein zukünftiges Europa hat. Das Interview fand im Basteibeisel statt und Mag. Koller nahm sich viel Zeit für das Interview. Außerdem vermittelte er das Interview mit DDr. König.

Mag. Thomas Wieser

Mag. Wieser wurde auf Grund seiner Position als Sektionschef der Abteilung Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte im Finanzministerium als Experte ausgewählt. Das Interview fand in seinem Büro im Finanzministerium statt. Leider stand Mag. Wieser unter Zeitdruck und musste sich daher kurz fassen.

Dipl.-Kfm. Ferdinand Lacina

Das Interview fand in seinem Büro in der BA-CA statt. Dipl.-Kfm. Lacina wurde ausgewählt, da er unter anderem zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Österreichs als Finanzminister stark daran beteiligt war.

Dr. Michael Landau

Das Interview mit Landau fand in seinem Büro der Caritas Wien statt. Er stand unter Zeitdruck, beantwortete trotzdem gewissenhaft die Fragen. Landau wurde ausgewählt, um die Sicht der Kirche darzulegen.

Botschafter Hans Peter Manz

Das Interview mit Herrn Manz kam zustande, da Vizekanzler Molterer kurzfristig seinen Termin für das Experteninterview absagen musste. Stattdessen wurde Manz als Ersatz nominiert. Das Interview fand in seinem Büro im Finanzministerium statt.

Dipl.-Kfm. DDr. König

DDr. König wurde als Experte ausgewählt, da er einerseits im Europarat tätig war und andererseits im Europäischen Parlament als Abgeordneter fungierte. Das Interview kam mit der Hilfe von Mag. Koller zustande und fand bei Drr. König zu Hause statt.

Dipl. Ing. Karl Doutlik

Das Interview fand in seinem Büro statt. Seine Funktion als ständiger Vertreter der Kommission macht ihn zum Experten.

MEP Agnes Schierhuber

Das Interview fand im Café Griensteidl statt.

MEP Karin Resetarits

Das Interview fand im Café Prückl statt.

MEP Jörg Leichtfried

Das Interview fand am Flughafen Wien Schwechat statt. Von allen Interviews herrschte hier der größte Zeitdruck, da das Interview während eines Zwischenstopps zwischen zwei Flügen angesetzt war und der erste Flug große Verspätung hatte. Es blieben dem Abgeordneten nicht mehr als zehn Minuten für das Interview bis zum Abflug.

MEP Andreas Mölzer

Das Interview wurde in seinem Büro in der Redaktion der Zeitung "Zur Zeit" geführt.

MEP Christina Prets

Das Interview fand in der Bar Vinissimo statt.

MEP Herbert Bösch

Das Interview fand im Café Eiles statt.

Bezirksvorsteherin Ursula Stenzel

Das Interview fand in ihrem Büro der Bezirksvertretung des Ersten Bezirks im Alten Rathaus statt. Frau Stenzel wurde einerseits wegen ihrer ehemaligen Position im Europäischen Parlament ausgewählt und andererseits auf Grund ihrer langjährigen Tätigkeit als Journalistin beim ORF.

MEP Paul Rübzig

MEP Rübzig musste den vereinbarten Interviewtermin aus Zeitgründen leider absagen, konnte die Fragen aber per mail beantworten.

8.2.3. Auswertung

Nach Vollendung der Interviews wurden diese transkribiert. Dabei wurde nicht auf Pausen, Lautstärke, oder Ähnliches geachtet, da es sich um Experteninterviews handelt und es nur um die vermittelte Information geht (siehe oben). Jedoch wurde versucht, die Interviews wörtlich zu transkribieren um alle Informationen festzuhalten. Die transkribierten Interviews finden sich im Anhang.

Nach Auswertung der 20 Experteninterviews (und einer Befragung per mail) wurden die unten folgenden Kategorien gefunden. Interessanterweise wurden bei den meisten Kategorien große Übereinstimmungen der Experten entdeckt. Da es sich bei den meisten um Befürworter der EU und der europäischen Integration handelt, scheint dies nicht weiter verwunderlich, allerdings sind auch Kritiker oftmals der gleichen Meinung.

Die Kategorien sind:

- **Europa:** In der ersten Kategorie soll ein allgemeiner Einstieg gegeben werden, indem die Experten Europa definieren. Dabei werden auch die verschiedenen Aspekte des Begriffs berücksichtigt.
- **Europabewusstsein:** diese Kategorie wurde in weitere Unterkategorien unterteilt, in Grenzen des Kontinents und die EU, Generationenunterschied, Frieden und Entwicklung. In dieser Kategorie wird versucht eine Definition von Europabewusstsein durch die Experten zu geben.
- **Beitritt:** In dieser Kategorie schildern die Experten einerseits, wie sie den Beitritt Österreichs zur EU erlebt haben, andererseits welchen Eindruck er auf die Bevölkerung gemacht hat.
- **Sündenbock:** Interessanterweise erklärten viele Experten, dass die EU beziehungsweise Brüssel oft als Sündenbock in der heimischen Politik herhalten muss.
- **Persönliches Bewusstsein:** Da alle Experten auf Grund ihrer Position sehr persönliche und andere Erfahrungen als die Bevölkerung mit der europäischen Integration gemacht haben, soll hier näher darauf eingegangen werden.
- **Berichterstattung über Europa:** auch in dieser Kategorie wird nochmals unterteilt in Medien allgemein, Kronen Zeitung und ORF. Es soll gezeigt werden, wie die Experten über die Informationen, die über Europa geboten werden, denken.
- **Ereignisse:** Die Unterkategorien hier lauten Ereignisse allgemein und Sanktionen. Da es keine großen Ereignisse gibt, die das Europabewusstsein beeinflusst haben, bleibt die Kategorie allgemein gehalten. Einzig die Sanktionen werden öfters genannt und haben einen bleibenden Eindruck sowohl bei den Experten als auch bei der Bevölkerung hinterlassen.
- **Erweiterung:** In dieser Kategorie wird unterschieden in Osterweiterung, Türkei und Russland.
- **Verfassung:** Hier zeigen die Experten die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung auf.
- **Symbole:** In dieser Kategorie wird die Bedeutung von europäischen Symbolen für die Bevölkerung erklärt.
- **Typisch europäisch:** In der letzten Kategorie soll versucht werden, eine Gemeinsamkeit für Europa aufzuzeigen.

Die Interviews wurden auf diese Kategorien hin untersucht, das heißt codiert. Wurden in Frage kommende Stellen gefunden, so wurden diese in der Auswertung wörtlich zitiert oder mit der Zeilennummer notiert. Dabei wurde darauf geachtet, dass möglichst alle relevanten Informationen erhalten blieben, aber verkürzt wiedergegeben wurden.

8.3. Ergebnisse der Experteninterviews

„So lange wir noch eigene Europa-Seiten in den Zeitungen haben, sind wir noch nicht in Europa angekommen.“ (Manz 75-77)

Europa

Als Einstiegsfrage zu Beginn der Interviews wurden die Experten nach der Definition Europas gefragt. Alle Experten sind sich einig, dass Europa nicht leicht zu definieren ist und der Begriff mehrere Dimensionen beinhaltet. *„Aber die Entwicklung des europäischen Gedankens als eine kulturelle Leistung zur Welt oder zunächst mal zu uns selber ist schon nicht mehr ganz leicht zu definieren. Denn Sie werden eben in Europa keine einheitliche Antwort auf die Frage finden, was ist denn Europa inhaltlich, substantiell. Ist das eine Idee oder ist das eine Interessengemeinschaft oder ist es das, was die EU momentan ist oder sein möchte, nämlich eine Rechtsgemeinschaft? Also eine Abstraktion, sozusagen Dame ohne Unterleib um es so auszudrücken, also ohne Emotion, oder sind Emotionen künstlich geschaffen worden? Hat man den Europäern in der Zeit des Kalten Krieges mit Europa sozusagen eine Ersatzideologie geschaffen, nämlich der Selbstverteidigung gegenüber einem sehr imperialistischen kommunistischen System unter einem gewissen Stalin.“ (Emmerich 25-32)*

Die verschiedenen genannten Dimensionen Europas sind im Wesentlichen die geographische, die historische und die politische (Stenzel 3-5, Haiden 3-4, Busek 3-14, Mölzer 3-4). Auch die kulturellen Wurzeln wurden betont (Landau 3-7, Koller 15-20). *„Zunächst einmal ist es ein geographischer Begriff, es ist aber auch natürlich ein historischer Begriff, eine Gegend, dessen Völker vielfache gemeinsame Erfahrungen gemacht haben, eine gemeinsame Geschichte, zum Teil auch eine gemeinsame Kultur haben.“ (Coudenhove-Kalergi 3-5)*

Die Grenzen wurden als schwer definierbar gesehen (Mölzer 8-10, König 120-126), wobei es natürlich die fixierten Grenzen, wie man sie im Atlas findet, auch gibt (Schierhuber 5, Wieser 3).

Von den Abgeordneten Prets (3-6) und Leichtfried (3-5) wird Europa auch als Chance gesehen, vor allem der Friedensaspekt (siehe unten) wird als wichtig empfunden: *„Europa ist für mich seit 60 Jahren, obwohl es schon sehr verbraucht klingt, Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Toleranz, für die erste Generation in Mitteleuropa seit 60 Jahren, die das erleben kann.“* (Schierhuber 3-5)

Ein weiterer Aspekt Europas ist definitiv die EU (Manz 3-7, Kienzl 3-7). *„Europa identifiziere ich in der Zwischenzeit schon stark mit der EU. Ich weiß auch, dass Europa ein Kontinent ist, aber ich glaube auch, Europa ist zunehmend EU.“* (Bösch 3-4). Auch hier ist die Frage nach den Grenzen etwas, was die Experten beschäftigt: *„Wobei nicht notwendigerweise die Grenzen der EU mit den geographischen Grenzen übereinstimmen müssen. Das tun sie jetzt nicht und das müssen sie auch nicht notwendiger Weise in der Zukunft tun.“* (Manz 13-15).

Wieser hat zum Thema Europa und EU einen berechtigten Einwand: *„Allerdings hat es mich schon in den frühen 90ern und in den späten 80ern erbittert, wenn die EU über sich als Europa geredet hat und damit einen geographischen und politischen Alleinvertretungsanspruch postuliert hat, der meiner Meinung nach verfehlt war.“* (Wieser 4-6)

Europabewusstsein

Grenzen des Kontinents und die EU

Beim Europabewusstsein gibt es schon differenziertere Meinungen der Experten als zu Europa. Aber es wird von allen als Problem beziehungsweise Defizit wahrgenommen: *„Das Europabewusstsein ist etwas, das ich vermissem, das fast nicht vorhanden ist, aber das wäre das, wenn man erkennt, dass wir ohne unsere eigene heimische Identität, sei es jetzt die kommunale, die regionale, die nationale, aufzugeben, in einem großen Europa denken.“* (Prets 10-13). Wolte sieht darin eine Idee, die weiterentwickelt werden muss, an der gearbeitet werden muss (Wolte 16-20). Im Allgemeinen wird das Europabewusstsein als Zusatz zur nationalen Identität gesehen (Manz 19-21, Resetarits 41-45). *„[...]dass wir] zugleich auch wissen, wir sind in eine Wert- und Kulturgemeinschaft hineingeboren, die über die Grenzen unseres Landes hinausreicht und die zugleich auch als größere Gemeinschaft internationale Verantwortung hat.“* (Landau 19-20). Auch erscheint den Experten das Europabewusstsein stärker, wenn man sich nicht mehr innerhalb von Europa befindet: *„Das ist eigentlich etwas, was nicht sehr viele Leute haben, es sei denn,*

sie kommen in die Vereinigten Staaten. Ein Österreicher versteht sich normalerweise als Wiener, als Kärntner oder als Tiroler und das Österreichbewusstsein das entdeckt er dann, wenn er dann in Deutschland ist oder in der Schweiz, und dass er Europäer ist entdeckt er frühestens, wenn er über irgendeinen großen Ozean fährt, weil er dann sehr genau merkt, dass „Austria“ nicht so wahnsinnig vielen Leuten viel sagt und da gibt es dann so die ersten Anfälle von Europabewusstsein. An sich ist das aber glaube ich nicht sehr stark und wird noch eine ganze Weile dauern.“ (Lacina 29-34)

Emmerich vergleicht das Europabewusstsein mit einem „Pflänzchen in einem inzwischen etwas vertrockneten Topf“ (Emmerich 55), um das sich nicht genug gekümmert wird und daher welkt. Bösch wiederum bezeichnet das Europabewusstsein als Schicksalsgemeinschaft (Bösch 8-9).

Mölzer hat eine etwas abweichende Ansicht des Europabewusstseins: *„Also, das Europabewusstsein ist also natürlich etwas, das sowohl historisch als auch intellektuell als auch kulturell, die Summe des einzelnen nationalen Bewusstseins, der Summe der einzelnen europäischen Völker und Kulturen darstellt. Ich glaube, dass es ein isoliertes europäisches Bewusstsein nicht geben kann, sondern dass das als die kollektive, die gemeinschaftliche Ausprägung der einzelnen nationalen Bewusstseins oder der Summe der jeweiligen einzelnen nationalen Bewusstseine zu gelten hat. Das heißt, Europa gibt es geistig in dem Maße, in dem es die Summe der Identitäten gibt, kann nicht sein ein Schmelztiegel, ein Schmelzen der einzelnen nationalen Identitäten.“ (Mölzer 24-29)*

Generationenunterschied

Wie auch das Eurobarometer bestätigt, stellen die Experten einen Unterschied im Europabewusstsein je nach Alter fest (Busek 18-22). Bei der älteren Generation ist der Friedensaspekt der europäischen Integration noch sehr präsent, dafür das Bewusstsein aber insgesamt weniger ausgeprägt. Die jüngere Bevölkerung wächst bereits mehr mit der Integration auf und ist daher aufgeschlossener. *„Die jüngere Generation, die auch viel reist, hat natürlich schon eher ein Europabewusstsein entwickelt, weil es halt auch was anderes ist, wenn man nach Amerika fährt und die fragen, man ist Europäer.“ (König 188-190)*

Karin Resetarits hat praktische Erfahrungen mit der jungen Generation gemacht: *„wenn man unter Erasmus-Studenten fragt, bekommt man ein ganz anderes Ergebnis. Also, da gibt es dieses Europabewusstsein bereits. Ich habe viele Praktikanten, die Erasmus-Studenten waren, und da merke ich, dass die einen ganz anderen Zugang zu Europa*

haben, dass sie Europa genauso lieben und leben, wie ich es tue. Und würde man darauf setzen und ein verpflichtendes Erasmus-Semester in Europa einführen in allen Universitäten, dann täte sich da sehr viel ändern, natürlich auch mehr im Anteil der jüngeren Bevölkerung, aber da so etwas könnte man schon tun und sollte man mehr fördern. Umso mehr man reist, aber nicht nur oberflächlich Wochenendausflüge, sondern man die Möglichkeit hat, länger zu bleiben und eine andere europäische Kulturfacette kennen zu lernen, umso mehr entwickelt sich natürlich ein Europabewusstsein.“ (Resetarits 50-57). Auch Stenzel findet es einen großen Vorteil für die Jugend, dass sie überall studieren können (58-60)

Schierhuber sieht noch einen anderen Unterschied zwischen den Generationen: *„Ich finde, die Jugend hat erkannt, der überwiegende Teil der Jugend, die, die was denken, haben die Zusammenhänge erkannt, weil die lassen sich nicht beeinflussen. Das kritische Alter ist so immer das nach 45, die glauben zu kurz gekommen zu sein, etwas verloren zu haben und die haben halt die großen Probleme.“* (Schierhuber 66-69)

Frieden

Wie bereits erwähnt, stellt der Friedensaspekt einen wichtigen Teil der europäischen Integration und auch des Europabewusstseins dar. *„Europabewusstsein heißt in erster Linie, ein Bewusstsein, dass man die Vergangenheit hinter sich lässt und an einem Friedensprojekt baut, dass heißt nicht, dass die Konflikte wegfallen, die bleiben natürlich, aber sie werden erstmals seit Jahrhunderten und nach zwei Weltkriegen auf dem Verhandlungstisch gelöst.“* (Stenzel 9-11). Landau (59-61), Lacina (35-38) und Busek (33-37) bemerken, dass dieses Friedensprojekt für Europa äußerst wichtig war, aber von der jungen Generation kaum noch wahrgenommen wird, da der Frieden selbstverständlich erscheint. Haiden sieht allein im Frieden die Rechtfertigung der EU (Haiden 145-151). Wolte verbindet mit dem Friedensaspekt persönliche Erinnerungen: *„Europa bedeutet für mich vor allem einmal eine Zone des Friedens und der Völkerverständigung. Und weil ich 1931 geboren bin und das ganze, die ganze Entwicklung als Bub und später als junger Mann und Erwachsener miterlebt habe, ist es für mich die größte, verbinde ich mit Europa den Gedanken einer historisch fast noch nie da gewesenen Befriedung zwischen den Feinden von gestern und einer langsamen Zusammenführung der Völker Europas.“* (Wolte 3-6)

Entwicklung

Die Entwicklung des Europabewusstseins in Österreich ist für die meisten Experten schwer festzulegen, es ergeben sich hier auch abweichende Ansichten. Während Schierhuber denkt, dass *„dieses Europabewusstsein schon immer da war“* (Schierhuber 16-18), sieht Doutlik die Entwicklung anders: *„Rudimentär [entwickelt], muss ich ehrlich gesagt feststellen. Es ist aus verschiedenen Gründen gerade in Österreich nicht gelungen ein Europabewusstsein zu entwickeln, das anderswo schon deutlich weiter ist und das hat nicht nur mit der Länge der Zugehörigkeit zur EU zu tun. Es hat das mangelnde Europabewusstsein gerade in Österreich auch historische Wurzeln. Wir Österreicher, also ich bin auch Österreicher, wir haben relativ spät zu uns selber gefunden.“* (Doutlik 14-17) Wolte sieht aber eine beinahe kontinuierliche Entwicklung der Annäherung Österreichs: *„Man hat sich dann schon darauf eingestellt, aber man hat damals mit einer ganz anderen Interpretation der Neutralität sich nicht an eine Annäherung an die damalige EWG herangewagt, erst 1960, in den 60er Jahren hat man gemerkt, wie stark dieses Europa wird, dass wir uns nicht abschotten können, dass wir in dieses Europa zumindest zunächst einmal wirtschaftlich hineingehören bis man dann gemerkt hat in den 80er Jahren dass nur die Mitgliedschaft in der EG dem nationalen Gesamtinteresse Österreichs entspricht. Das heißt zunächst einmal eine Periode des Abwartens, dann eine Periode des Zweifels und des Zögerns, dann eine vorsichtige Annäherung 1972 mit dem Freihandelsabkommen und dann eine Phase auch wieder des Abwartens wie sich die EG weiter entwickelt. 1985 Binnenmarkt und da hat man dann gewusst: so, jetzt kann es nur in Richtung einer Mitgliedschaft gehen und so hat sich das auch in der Bevölkerung entwickelt.“* (27-35)

Coudenhove-Kalergi sieht im Europabewusstsein der Nachkriegszeit auch so etwas wie eine Ersatzideologie zum Faschismus (30-34) und warnt vor der Ideologisierung (21-26).

Beitritt

Der EU-Beitritt Österreichs wird von den meisten Experten als etwas sehr Positives und Euphorisches empfunden (Wieser 108-110, Manz 72-75). Lacina berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen: *„Und insbesondere dann diese Zweidrittel-Mehrheit, weil wir waren uns nicht sooo sicher, wie die Reaktion der Bevölkerung wirklich sein wird. Und dass wir da unter den Beitrittsländern eigentlich als beste ausgestiegen sind in einem Referendum, war schon ein angenehmes Erlebnis. Also, ich habe das in durchaus*

angenehmer Erinnerung im Großen und Ganzen. Bis auf das Schlafdefizit, das damals entstanden ist, das inzwischen wieder aufgefüllt ist.“ (Lacina 114-118)

Dennoch konnte diese Euphorie und die positive Einstellung gegenüber der EU nicht gehalten werden (Prets 27-29, König 332-334). Doutlik sieht die Gründe dafür vor allem darin, dass vieles in der Diskussion nicht der Bevölkerung mitgeteilt worden ist: *„...dass rund um den Beitritt Österreichs zur EU, vor allem zur Zeit des Referendums 1994 doch gravierende Fehler gemacht worden sind. Es sind damals im hehren Bemühen, es muss gut ausgehen, es muss mit „ja“ ausgehen, sind manche Dinge, wo man gemeint hat, das könnte negativ ankommen oder da könnten die Leute meinen, das ist schlecht, sind zumindest unter den Teppich gekehrt worden. Also man hat damals schon gewusst, Neutralität wird geändert werden müssen, der Schilling wird nicht bleiben, die anonymen Sparbücher werden nicht bleiben, das Transitabkommen, die Ökopunktregelung ist eine mit Ablaufdatum, den Unizugang, von dem man damals schon gewusst hat, dass er ein Problem machen wird, hat man klar – und das bestätigen heute alle Politiker, die damals dabei waren – damals war die Meinung, das werden wir ausjudizieren und, und, und. Also es hat hier einige ganz wesentliche Punkte gegeben, die so unter den Tisch, unter den Teppich gekehrt worden sind, die von unter dem Teppich aber sehr schnell hervorgekommen sind. Das war ein massiver Vertrauensverlust.“ (Doutlik 30-39)*

Einzig Koller vertritt eine komplett konträre Meinung zum Beitritt: *„Ich glaube, dass die Österreicher zum Beitritt überredet wurde, oder man ihnen von Dingen erzählte ‚ja wunderbar, ihr könnt mehr verdienen, ihr werdet einen Tausender mehr in der Tasche haben‘. Wenn man heute sagen würde 70 Euro würde das eh keinen interessieren, das schaut so wenig aus, aber der Tausender, das war halt viel. Und dann ist halt ein anderer Politiker gekommen, der hat gesagt, dann wird das Joghurt mit roter Farbe aus Schildläusen gefärbt, das war doch das Niveau der Debatte. Es hat doch niemand über die wirklichen Herausforderungen diskutiert und gesagt, das kann man nur gemeinsam lösen.“ (Koller 138-143)*

Sündenbock

Ein großer Kritikpunkt, der nahezu von allen Experten genannt wurde, ist der Umgang der heimischen Politiker (oder auch der Presse) mit den EU-Richtlinien und Bestimmungen. Es gibt eine sehr starke Tendenz, Brüssel als Sündenbock dastehen zu lassen für alles, was als schlechte oder unpopuläre Maßnahmen angesehen wird. Hingegen werden positive Errungenschaften als österreichische Erfolge verbucht, obwohl bereits jetzt der

Großteil der Gesetzgebung EU-weit gilt (Mölzer 47-50, Stenzel 28-36, Schierhuber 22-24, Resetarits 80-89, Coudenhove-Kalergi 79-85, Bösch 50-53, Haiden 60-65). *„Der Großteil der Politiker nutzt auch die EU, um die eigenen Fehler, die eigenen Schwächen abzuschieben, abzuwälzen auf die in Brüssel und das ist sehr bequem zu sagen: ‚Ich wollte das ja nicht, aber die in Brüssel haben gesagt, wir müssen!‘ Da denke ich, dass das Bewusstsein der Politiker pro Europa ist, die können wir nehmen, so lange es unser Vorteil ist und wenn irgendetwas schief geht, dann sind es eh die in Brüssel.“* (Prets 34-37)

Wie man also sieht, vor allem die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bekommen diesen Umstand besonders deutlich zu spüren. Aber auch der Journalist Emmerich hat die Schuldzuweisungen bemerkt: *„Und da kommt jetzt noch, wenn Sie mich als Journalist fragen, ich war ja ein paar Jahre in Brüssel als Korrespondent, ist schon eine Weile her, und habe x-Mal erlebt, das österreichische Minister im Rat für eine bestimmte Geschichte gestimmt haben, im sechsten oder wievielten Stock, sind mit dem Aufzug heruntergefahren und haben fünf Minuten später vor laufender Kamera das Gegenteil gesagt. X-Mal. Und da dürfen sie sich nicht wundern. Sagen: ‚Ja ich habe gekämpft, gegen größte Widerstände, unsere Interessen ganz hochgehalten.‘ Dabei hat er in der anderen Richtung gestimmt. Und natürlich mit der Zeit kommen die Leute schon darauf. Das ist natürlich eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politiker.“* (Emmerich 153-159)

Diese Eigenschaft der Schuldzuweisung auf andere erkennen Wieser (56-66) und Manz wieder als typisch für einen föderalen Staat: *„Daneben stellen wir fest, dass wir auch eine ähnliche Situation haben, die wir als Föderalisten in Österreich gut kennen, dass es immer leicht ist, auf das Zentrum zu schimpfen und das eine gute Rechtfertigung ist für alles Übel, die fernen Machthaber verantwortlich zu machen. Aber Faktum ist, und die meisten Leute wissen das auch, dass insgesamt die Vorteile die Nachteile, die eingetreten sind, massiv überwiegen.“* (Manz 65-68)

Doutlik bringt es dabei auf den Punkt: *„Das lässt sich wieder zusammenfassen: eines der Probleme ist, wenn nicht sogar das größte, das heute Politik auf europäischer Ebene von Politikern gemacht wird, die zu Hause wieder gewählt werden wollen. Sagt doch alles.“* (Doutlik 139-140)

Persönliches Bewusstsein

Festgestellt werden konnte, dass das individuelle Europabewusstsein mit der Intensität der Beschäftigung mit Europa zunimmt. Bei den Europa-Abgeordneten und den Personen, die in Brüssel gearbeitet haben, ist es tendenziell gestiegen (Prets 40-43 und 47-49, Resetarits 61-63). Wolte beschreibt es folgendermaßen: *„Also in Brüssel wird man eingesogen in ein Europabewusstsein, das war ja das Schöne damals und so wie ich die Kommission erlebt hab, ich war 87 bis 93 dort, man hat den Eindruck gehabt, die haben an Europa geglaubt. Die Kommissionsbeamten, die waren erfüllt von einer Art Sendungsbewusstsein, vielleicht war das auch eine idealisierende Auffassung meinerseits, ein idealisierender Eindruck, den ich jetzt Ihnen schildere, aber so hab ich's trotzdem erfasst oder so gesehen oder so gefühlt, dass die Menschen, die damals in der Kommission tätig waren, auch im Europäischen Parlament, die haben eine ganz bestimmte Idee von Europa gehabt, ein immer stärkeres Europa.“* (Wolte 183-188)

Mölzer befindet für sich selbst, dass sein Europabewusstsein nach wie vor gleich ist und von seinem jetzigen Posten nicht beeinflusst wurde. Er bezeichnet es als *„prinzipiell positive Stimmung zur europäischen Integration, [...] aber immer auch eine kritische Einstellung.“* (Mölzer 84-89)

Lacina und Kienzl bescheinigen sich ein sehr frühes Europabewusstsein. Lacina (3-12) hat schon in seiner Jugendzeit erste Erfahrungen mit der europäischen Integration und ihren Institutionen gemacht und Kienzl (219-221) war schon zu Zeiten Kreiskys ein Befürworter der Integration, die damals in Österreich kaum eine Rolle spielte.

Europa ist aber auch mehr als nur Integration. Resetarits (3-8) und Doutlik (3-4) bezeichnen Europa als Heimat und Coudenhove-Kalergi sieht Europa als Gelegenheit, *„weil es den Blick öffnet über den kleinen, provinziellen Tellerrand des kleinen Österreichs hinaus.“* (Coudenhove-Kalergi 150-151)

Insgesamt muss aber auch hier festgestellt werden, dass das Europabewusstsein sehr stark auf die EU bezogen wird. Auch wenn sich die Experten der Komplexität des Europa-Begriffes bewusst sind (siehe oben), so wird beim Europabewusstsein nicht mehr differenziert.

Berichterstattung über Europa

Medien allgemein

Auch in dieser Kategorie kann man feststellen, dass unter Berichterstattung über Europa hauptsächlich die EU-Mitgliedsstaaten verstanden werden. Die Berichterstattung der österreichischen Medien über europäische Ereignisse (auch jene, die Österreich direkt betreffen) wird einstimmig als unzureichend empfunden. Lacina würde befürworten, Nachrichten aus anderen EU-Ländern stärker zu präsentieren (Lacina 173-177). Wieser ist der Meinung, dass in den österreichischen Medien nicht kompetent genug mit europäischen Themen umgegangen wird (Wieser 85-88). Aber man kann den Medien nicht die Schuld am derzeit geringen Europabewusstsein der Österreicher geben: *„Also die Medien sind nicht die Verursacher einer schlechten Stimmung, aber die Verstärker. Es hat ja auch den Effekt – Politiker schauen ja auch in die Medien und wenn sie merken, die öffentliche Meinung ist eher negativ, dann muss ich auch negativ argumentieren und dann treffe ich die Herzen der Mehrheit und gewinne mehr Stimmen. Jetzt ist das ein Teufelskreis.“* (Doutlik 132-135) Auch Landau glaubt, *„dass Medien sehr oft einfach vorhandene Stimmungen aufgreifen und verstärken. Ich denke, - und das erfüllt mich auch mit Sorge – dass es ja in Österreich und anderen Ländern immer wieder die Versuchung gab und gibt, die Ängste der Menschen auch politisch zu missbrauchen und hier populistisch letztlich auch die Europathematik zur nationalen Stimmenoptimierung zu missbrauchen.“* (Landau 47-50).

Wobei sich oftmals die Journalisten vor Ort bemühen eine umfassende Berichterstattung abzuliefern, dies aber von den österreichischen Medien nicht angenommen wird (Bösch 78-80): *„... also ich geh jetzt zurück die letzten zwölf Jahre, dass die Journalisten, die aus Brüssel berichtet haben, sich wirklich sehr bemüht haben. Leider ist es so, dass der Europapolitik überall sehr wenig Platz eingeräumt wird, alles verkürzt gesagt werden muss und damit auch das Problem entsteht, dass manches zu kurz kommt. Aber es hängt nicht – das möchte ich ganz dezidiert sagen – an denen die dort arbeiten in Brüssel, den Journalisten vom ORF, Salzburger Nachrichten, Kurier oder wer auch immer. Es hängt nicht an denen, aber die kriegen nicht viel Platz.“* (Schierhuber 44-48)

Kronen Zeitung

Die Kronen Zeitung stellt einen einzigartigen Spezialfall auf Grund ihrer Reichweite dar. Deshalb hat sie auch einen großen Stellenwert bezüglich der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Jedoch hat sich die Einstellung dieses Mediums im Laufe der Zeit

immer wieder geändert: „Es war vor 95 ja so, dass unser Massenblatt, die Kronen Zeitung, die muss man extra behandeln, ja ursprünglich auch Negativpropaganda betrieben hat, Negativposition bezogen haben und dann aber gemerkt haben, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich irgendwie ändert, weil die Politiker da wie ein Bollwerk Richtung Europa marschieren und auch so aktiv kommuniziert haben und dann hat sich die Krone gedreht. Wie das wieder anders geworden ist, es ist immer leichter, auf etwas zu schimpfen und etwas mies zu machen als die positiven Vorteile hervorzukehren, daher haben wir da die Situation, die wir haben und ein Blatt, das drei Millionen Leser hat in einem Land von acht Millionen, das gibt es ja weltweit nirgends, und das hat natürlich auch auf andere abgefärbt.“ (Doutlik 115-122)

Für heute wird festgestellt, dass die Kronen Zeitung vorwiegend Negativpropaganda betreibt (Resetarits 93-96, Prets 53-55, Schierhuber 43-44), wobei Kienzl der Meinung ist, dass weder die Kronen Zeitung noch die Bevölkerung grundsätzlich gegen die EU oder sogar einen Ausstieg sind, als vielmehr gerne kritisiert wird (Kienzl 92-99).

Einzig Mölzer sieht die Rolle der Kronen Zeitung nicht so negativ wie die anderen, da er selber als Kolumnist tätig war (Mölzer 72-75).

ORF

Der ORF als öffentlich-rechtlicher Rundfunk spielt auch eine gewisse Rolle, zumindest was die Information der Bevölkerung angeht. Allerdings wird auch beim ORF nach Meinung der Experten dem Thema Europa zu wenig Platz eingeräumt: „Der ORF spielte lange Zeit eine positive Rolle, hier kritisiere ich, – und der Prozess geht schon sehr lange – dass das Korrespondentennetz abgenommen hat, dass Europa quasi isoliert wird auf das Europastudio, dass hier entschieden viel zu wenig geschieht. Die Berichterstattung von Brüssel her ist in Ordnung, aber quasi das was rundherum ist und in den anderen Redaktionen, da mein ich nicht einmal die Wirtschaftsredaktion, aber etwa Kulturredaktion und die Bereiche, die eine gewisse Tiefenwirkung haben, schlicht und einfach zu wenig machen.“ (Busek 72-76). Resetarits, die ehemalige ORF-Redakteurin, kritisiert ebenfalls die Berichterstattung des ORF: „Der ORF ist eine Schlafmütze sozusagen. Ich meine, die Europaberichterstattung des ORF ist sehr dürftig, sehr oberflächlich,...“ (Resetarits 102-103)

Es sollte also dem Europathema mehr Platz und Zeit gewidmet werden (Haiden 106-110, Prets 56-57, Bösch 82-83).

Ereignisse

Ereignisse allgemein

Allgemein kann man feststellen, dass es den Experten schwer fällt, konkrete Ereignisse zu nennen, die das Europabewusstsein beeinflusst haben. Besonders für die Zeit nach Ende des Krieges bis zum EU-Beitritt werden von den meisten keine Ereignisse genannt und wenn dann eher allgemein Europa betreffende wie zum Beispiel der Aufstand in Ungarn und die Ost-West-Teilung des Kontinents (Busek 82-84). Für die Zeit der EU-Mitgliedschaft Österreichs fallen den Experten dann punktuelle Ereignisse ein, die kurzfristig die Öffentlichkeit bewegt haben: *„Und ich denke auch an die Diskussion mit der Marmelade, das ist ein typisches Beispiel, wie man die Menschen betroffen machen kann, was schon immer Marmelade war, soll auf einmal nicht mehr Marmelade sein dürfen. Man hat da überhaupt keine Erklärungen dazu abgegeben, warum es dazu gekommen ist, dass niemand da Österreich einen Schaden tun wollte, sondern dass das eigentlich zum Schutz des Konsumenten ist. Es ist jetzt ja ausgebügelt, man hat die Marmelade wieder behalten. Aber das sind so Dinge, die unter die Haut gehen, die die Menschen im Bauch spüren und das schlägt sich dann auch nieder.“* (Prets 65-70). Auch Schierhuber (63-64) und Coudenhove-Kalergi (60) erwähnen das Ereignis der Marmelade, das relativ stark im Bewusstsein geblieben sein dürfte. Bösch nennt außerdem ein weiteres Ereignis, dass seiner Meinung nach die Befürwortung des Beitritts beeinflusst hat: *„Früher sicher die Frage des Eisernen Vorhanges, zu welchem Teil Europas gehören wir, das waren sicher auch bei dramatischen Ereignissen 56, 68, die vor unserer Haustür stattgefunden haben, hat das mit einen Einfluss gehabt. Und ich denke, dass der Jugoslawienkrieg sicher einen Einfluss gehabt, dass das „Ja“ bei der Volksabstimmung gekommen ist. Im Zweifel ist man dann ja doch lieber bei einem größeren Verein dabei, man weiß ja nie. Kaum ist die Gefahr vorbei, kann man wieder ein bisschen großzügiger reden.“* (Bösch 116-120)

Sanktionen

Ein Ereignis, das aber heraussticht, sind die Maßnahmen der EU-14 nach Antritt der schwarz-blauen Regierung in Österreich. Die so genannten Sanktionen haben Spuren in der Stimmung der Bevölkerung hinterlassen (Mölzer 93-97, Prets 61-62, Coudenhove-Kalergi 139-144, Kienzl 112-118). Resetarits gibt aber interessante Einblicke auf die Sicht Brüssels zu den Sanktionen: *„Also ganz negativ beeinflusst sicher die Sanktionen, das war ein Kardinalfehler von Europa und das wird auch immer wieder, eigenartigerweise, wenn man dann in Brüssel mit den Kollegen redet, die auch damals dabei waren, dann*

wird das sehr oft anders verstanden und anders gesehen. Weil zum Beispiel wird da oft gezeigt, was sind den erfolgreiche Kampagnen, wo wir gezeigt haben, wir stehen Schulter an Schulter und wir können so etwas wie Europabewusstsein schaffen? Da führen die in Brüssel Euro und Haider an und wir sind natürlich als betroffene Nation, als Österreicher, die sagen, ihr habt damit die Sympathie, das Europabewusstsein einer ganzen Nation verspielt.“ (Resetarits 128-133)

Doutlik erklärt den Verlauf der Stimmung anhand des Eurobarometers: „Das dritte markante waren dann sehr wohl die Sanktionen im Jahr 2000, die eine starke Verunsicherung hervorgerufen haben und wenn Sie sich das Eurobarometer anschauen, EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache, die geht von 94 über 60 Prozent runter, runter auf 30 Prozent, dann hat es sich erholt und wenn man den Trend weiterverfolgt, dann hätten wir irgendwann zum Europaschnitt aufgeholt, was logisch wäre, das Österreich im Schnitt liegt, weil Österreich hat durch den Beitritt enorm profitiert und später durch die Erweiterung auch. Und dann kamen die Sanktionen und dann ist es eine Fieberkurve geworden. Wenn man in die Eurobarometerkurven hineinschaut und sich mehrere Länder anschaut, so eine Fieberkurve gibt es in keinem anderen Land. Das ist eine fundamentale Verunsicherung, eine Enttäuschung, wir sind von unseren Nachbarn im Stich gelassen worden, das kommt auch noch hinzu und erst jetzt die letzten drei Umfragen gibt es wieder eine stetig verlaufende Linie.“ (39-47)

Erweiterung der EU

Osterweiterung

Die meisten Experten stehen der Osterweiterung (2004 und 2007) grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings sehen sie die Grenzen der Belastbarkeit erreicht (Prets 86-87, Leichtfried 44-47, Bösch 134-137).

Landau schildert die Erweiterung aus dem kirchlichem Gesichtspunkt: „Ich glaube, dass aus Sicht der Kirche dieses Thema sehr positiv wahrgenommen wird, es ist etwas, das zusammenwächst und es ist gut, dass es zusammenwächst. Der frühere Papst hat immer wieder das Bild verwendet, dass Europa auf zwei Lungenflügeln atmen soll. Es war ihm wichtig, dass auch die Länder jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs ein Teil Europas sind und zu Europa gehören. Ich glaube, dass zu Recht auch daher kirchlich der Begriff der Osterweiterung oder der Erweiterung der EU kritisch gesehen worden ist. Denn es geht und ging eigentlich um eine Europäisierung der EU, weil Europa ohne diese Länder unvollständig wäre.“ (Landau 74-79)

Jedoch hat die Erweiterung auch einige Sorgen bei der österreichischen Bevölkerung ausgelöst (Busek 95-101, Kienzl 146-151). *„Positiv hat sicher die Öffnung in Richtung Osten gewirkt, auch in Österreich. Das ist dann aber doch relativ bald umgeschlagen in Konkurrenzangst und auch in Ängste Richtung Arbeitsmarkt usw in einem Ausmaß, das auch nicht gerechtfertigt war.“* (Lacina 95-97). Aber die Erweiterung hat nach Königs Ansicht auch ungelöste Probleme mit sich gebracht. *„Mit den zehn auf einen Streich, die der Prodi so gelobt hat, hat also manches Unglück begonnen. Weil das einfach die EU überfordert hat und weil man dadurch die EU also sehr stark verwässert hat und es wird lang dauern, bis man die integriert. Und man hat außerdem Prinzipien über Bord geworfen. Man hat beispielsweise ja für die Erweiterung den Grundsatz gehabt, dass man nur Staaten aufnehmen kann, die keine Grenzprobleme haben. Dann hat man das bei Zypern gebrochen, mit der Illusion, na wenn's bei der EU sind, dann lässt sich das alles viel leichter lösen.“* (König 133-138)

Dennoch kann Doutlik der Erweiterung etwas Positives abgewinnen: *„Dass wir noch weitere Länder haben, die an die Tür der EU pochen, die pochen an die Tür und das unterscheidet ja alle anderen Großreiche, die es bisher gegeben hat von der EU, die ja per Definition schon kein Großreich ist, alle Großreiche sind durch Eroberungen groß geworden, die EU ja durch Beitrittsgesuche, also die Freiwilligkeit spielt hier.“* (Doutlik 162-165)

Türkei

Die Türkei ist ein eigener – und nicht leichter – Punkt im Kapitel der Erweiterung. Fast alle Experten stehen dem Beitritt ambivalent gegenüber, die Türkei aus der EU auszugrenzen erscheint als keine gute Lösung, jedoch auch nicht die Vollmitgliedschaft. Gründe dafür sind zum Teil der Islam, vor allem die Größe des Landes, aber auch das Ende der Aufnahmefähigkeit der EU. Deshalb wird eine stärkere Partnerschaft mit der Türkei angestrebt (Prets 92-100, Manz 112-118, König 362-366, Stenzel 101-113, Schierhuber 129-132, Busek 129-134, Coudenhove-Kalergi 169-175, Haiden 193-199). Koller (244-251) ist dem Thema gegenüber am skeptischsten eingestellt. Interessanterweise sieht Landau die Schwierigkeiten eines möglichen EU-Beitritts der Türkei nicht in der Religion: *„Ich denke, zu allererst ist das für mich keine religiöse Frage, weil immer wieder gesagt wird, wie ist das mit dem Islam? Der Islam ist heute ein Teil Europas, ist Teil unserer Nachbarschaft, ist historisch. Ich glaube, die Frage zu stellen, wie sind die Entwicklungen in der Türkei – Europa hat ja mehrfach der Türkei die Perspektive vor Augen gehalten und wird hier seine eigenen Aussagen ernst nehmen müssen – auf der anderen Seite muss*

auch die Frage der Aufnahmefähigkeit der EU gestellt werden. Ich glaube daher, dass eine abschließende und sinnvolle Beantwortung der Frage heute nicht möglich ist, aber ich denke, es gibt keine Alternative zu einem Gespräch, zu einem intensiven Gespräch mit der Türkei.“ (Landau 87-93). Doutlik sieht aber allein aus der Erweiterungsperspektive positive Effekte für die Türkei: „Der Türkei und egal mit welchen Ländern wir in Zukunft noch verhandeln werden, allein schon durch die Perspektive, die Verhandlungen, die innere Kraft zu Reformen zu geben. Das war ja auch bei den jetzigen Beitritten 2004. Wenn die nicht die Beitrittsperspektive gehabt hätten, wären mit großer Wahrscheinlichkeit die Reformen und die tiefen Einschnitte, die sie machen mussten, nicht so reibungslos über die Bühne gegangen.“ (Doutlik 188-191). Allein Resetarits steht dem Thema gänzlich aufgeschlossen gegenüber und befürwortet den Beitritt trotz aller Schwierigkeiten.

Russland

Auch zu Russland haben zwei der Experten Stellung bezogen. Nachdem nicht direkt danach gefragt wurde, erschien es den Experten als nicht erwähnenswert, jedoch Resetarits und Mölzer kamen auch auf Russland zu sprechen.

Mölzer: „Und ich glaube, dass Europa, wenn es ein gedeihliches Verhältnis zu Russland haben will in der Zukunft, dem noch immer größten Flächenstaat des Planeten, dass es dann dort enden muss, wo der legitime russische Einflussbereich beginnt. Das heißt, dass wir Weißrussland und die Ukraine nicht in die europäische Integration im klassischen Sinne einbeziehen können, sondern allenfalls, und das betrifft auch die Türkei, positive Nachbarschaft, Nachbarschaftsverträge, privilegierte Partnerschaftsverträge anstreben kann, aber keine Mitgliedschaft bei der EU.“ (Mölzer 12-16)

Resetarits: „... und natürlich gibt es einen europäischen Teil von Russland und selbstverständlich würde dieses Beharren, Nachfragen, in die Union wollen so stark ausgeprägt sein wie bei den Türken, würde ich natürlich auch diesem Wunsch gegenüber offen stehen, aber das ist überhaupt nicht der Fall bei den Russen, darum ist das eine sehr hypothetische Frage. Anders zum Beispiel mit der Ukraine, auch die wollen unbedingt in die Union, aber da glaube ich eher, dass das ein Schutz suchen ist vor der russischen Übermacht oder der russischen Bedrohung und dass da der Wunsch eher so gesehen wird.“ (Resetarits 24-29)

Verfassung

Alle Experten sind sich einig, dass Europa in der jetzigen Situation kaum noch handlungsfähig ist. Doch ob eine europäische Verfassung als das geeignete Mittel erscheint, gibt es dazu verschiedene Ansichten. Haiden, Prets und Leichtfried findet eine Verfassung notwendig, um die EU mehr zu demokratisieren (Haiden 213, Prets 87-92 und 104-112, Leichtfried 51-53, Coudenhove-Kalergi 190-193). Rübig sieht die Verfassung als „sehr wichtig und identitätsstiftend.“ (32). Auch Kienzl ist uneingeschränkt für die Verfassung, da er die EU sonst bürokratisch überfordert sieht (Kienzl 165-168).

Einige andere, die die derzeitige Verfassung nicht befürworten, sind aber dennoch für eine neue Regelung beziehungsweise Organisation (Wolte 252-258). Mölzer spricht dabei von einem *Grundlagenvertrag* (106-111), Lacina (122-129) und Coudenhove-Kalergi (192) von *Spielregeln* und Resetarits von einer *Hausordnung* (179-173). Stenzel ist für einen „*abgeschlankten Vertrag*“ (92), Busek findet den Titel Verfassung irreführend – ebenso wie Douthik (196-202) – findet aber auch eine Revision notwendig (Busek 138-145). Emmerich denkt, dass die Verfassung nicht sehr notwendig ist, aber räumt ein, dass die EU arbeitsfähig bleiben muss (Emmerich 319-323). König ist der Meinung: „*die Vereinheitlichung ist der höhere Zweck.*“ (König 234)

Im Gegensatz zu den obigen Meinungen, gibt es auch welche, die zur Gänze gegen die Verfassung sind: „*...erstens das Papier, das vorliegt und sich Verfassung nennt, ist Humbug. Das ist ein „Vertragerl“, das über weite Teile nichts an der realen Art und Weise, wie in der EU Entschlüsse zustande kommen, ändert. In unserem Bereich ändert sich nicht wenig, sondern gar nichts. Und irgendjemand hat das Wort Verfassung darüber geschmiert und so sichergestellt, dass es als nicht akzeptabel von vielen Leuten bezeichnet wird. In Wahrheit ist es eine bessere Geschäftsordnung, wenn man die ganze Bedarfsprosa aus dem Papier heraustrennt. Ist eine Verfassung in der langen Frist notwendig? Ich denke, so lange sich alle Mitgliedsstaaten auf dem Boden dessen bewegen, was ein allgemeiner europäischer Wertekanon ist, was früher als am Boden des Grundgesetzes bewegend oder im Verfassungsbogen bewegend oder mit solchen Floskeln bezeichnet worden ist, braucht es keine Verfassung, um die Einhaltung solcher Grundwerte sicherzustellen.*“ (Wieser 135-143).

Auch Manz ist der Meinung, dass die Verfassung unnötig ist: „*Wir haben eine europäische Verfassung, ob sie so heißt oder nicht. Die Verträge gehen sehr weit, schon die Römerverträge gehen sehr weit und sind eigentlich nie vollständig umgesetzt worden.*“ (Manz 148-149). Und auch Koller spricht sich dagegen aus: „*Eigentlich gar nicht, weil es*

zwar schön wäre, eine europäische Verfassung zu haben, aber ich denke, dass das vollkommen unrealistisch ist, dass die jemals Wirklichkeit wird.“ (Koller 272-273)

Symbole

Symbole werden von vielen als wichtiges Identifikationsmittel angesehen, das auch der EU helfen könnte, mehr Zustimmung zu erhalten. Bei diesem Thema sind sich die Experten aber nicht einig. Rübig (36), König (416-418), Prets (116-119) und Busek (149-150) halten europäische Symbole für wichtig. Und während Schierhuber der Meinung ist, dass zum Beispiel die Fahne genug verankert ist (Schierhuber 115-118), meint Lacina, dass die Symbole zu wenig aussagen und plädiert für eine direkte Personenwahl des Präsidentens der Kommission, um die EU sichtbarer zu machen (Lacina 163-171).

Auch andere Experten machen Vorschläge, wie man die EU sichtbarer machen könnte: *„Also, wir haben im Kulturausschuss immer Diskussionen darüber, sollten wir nicht auch die Europahymne spielen, zum Beispiel zumindest beim Finale der Championsleague oder wenn bei der Olympiade am Schluss eine europäische Mannschaft am Siegerstockerl steht, das man da nicht nur die nationale, sondern auch die Europahymne spielt. Also das man langsam anfangt, man kann stolz auch auf Europa sein. Da bin ich schon dafür, aber das verlieren wir bis jetzt immer in den Abstimmungen.“* (Resetarits 190-194). Doulík hätte auch ein Zustandekommen der Verfassung zusätzlich zu Euro und Europatag als positives Symbol gewertet (Doulík 203-206). Bösch und Schierhuber (117-120) treten außerdem für die Sichtbarmachung der EU-Förderungen ein: *„Wir auch da in der Zukunft mehr Wert legen auf die Sichtbarkeit. Ich war vor kurzem in Makedonien, da haben wir an die 300 Millionen finanziert, da siehst du die zwölf Sterne an jedem Hauseck stehen. Das würde sicher auch daheim das eine oder andere Vorurteil korrigieren, wenn man bei uns wissen würde, was denn schon mit finnischem, portugiesischem, holländischen Steuergeld finanziert wurde. Aber bei uns verstecken wir ja das, das ist ja fast, als ob das Geld stinken würde.“* (Bösch 156-160)

Der Euro wird ebenfalls als Symbol wahrgenommen, allerdings teilweise auch negativ besetzt: *„Der Euro ist sicher bis zu einem gewissen Grad ein Symbol, das Problem ist nur, dass der Euro ein über weite Strecken sehr unbeliebtes Symbol ist, also diese Teuro-Geschichte.“* (Lacina 184-185). Auch König (421-424), Kienzl (193-200) und Mölzer weisen auf die Bezeichnung „Teuro“ hin, wobei Mölzer die Nachteile vor allem für die sozial Schwächeren sieht, wenn auch der Ausstieg unrealistisch erscheint (Mölzer 126-130). Prets ist der Meinung, dass der Euro trotz aller Skeptiker wichtig ist: *„Das ist ein*

Identitätsmerkmal, das wir haben, es ist das erste richtige und ich finde es sehr gut und ich stehe auch zum Euro und alle Skeptiker, die gemeint haben, der Euro wird uns in den Ruin bringen, die jammern heute, wenn er zu stark ist und gegenüber dem amerikanischen Dollar im Wettbewerb ganz andere Möglichkeiten aufzeigt.“ (Prets 123-125)

Typisch europäisch

Die Frage nach etwas typisch Europäischem wurde als Abschlussfrage der Interviews gestellt. Die Antworten weichen hier kaum voneinander ab, es gibt keine gegensätzlichen Meinungen.

Spontan wurde als typisch europäisch an erster Stelle die Vielfalt Europas genannt (Leichtfried 71, Manz 162-165, Prets 129), auch die Vielfalt der Kulturen und Sprachen (Mölzer 134-136, Lacina 199-202, Stenzel 130-132, Busek 154-158, Bösch 182-183). Emmerich und Wolte nennen speziell die Kultur (Wolte 280-283), aber Emmerich auch im Sinne von Esskultur (Emmerich 390-395). Dieser Meinung schließen sich Schierhuber mit der Antwort „Der Wein“ (136) und Wieser mit „Gutes Essen“ (178) an. Rübig sieht als typisch europäisch die einheitliche Gesetzgebung (Rübig 40), Landau die Neugierde, die Demokratie, die Menschenrechte und das Miteinander (Landau 110-114), Wieser die Lebensqualität (Wieser 178-181), Doutlik das Lebensmodell (Doutlik 227-228), Coudenhove-Kalergi den Wohlfahrtsstaat (Coudenhove-Kalergi 212-215) und Koller die Aufklärung (Koller 298-299). König definiert typisch europäisch aus Sicht der Abgrenzung gegenüber anderen: *„Aber in Wahrheit würd' ich sagen, definiert man's aus meiner Sicht gesehen wahrscheinlich am besten, wenn man das vergleicht mit ‚Was ist typisch amerikanisch?‘. Die Amerikaner sind zupackend, die Amerikaner sind dynamisch, die Amerikaner haben keinerlei Probleme mit ständigen Veränderungen inklusive eigenem Umzug. Das sind ihre starken Seiten. Die Amerikaner sind eher bereit, Kriege zu führen, sie sind eher bereit, schnelle Entscheidungen zu treffen und sozusagen Nägel mit Köpfen. Die Europäer sind eher hier zurückhaltend. Sie haben ja auch eine vielschichtige Bevölkerung, mit sehr unterschiedlicher Herkunft und Traditionen und so weiter, und haben also nicht eine doch mehr oder minder auch durch eine einzige Sprache zusammen gefasste Identität“* (König 433-439). Auch Kienzl denkt in eine ähnliche Richtung: *„Was mir als erstes einfällt, ist, dass man sich in den europäischen Staaten schnell zu Hause findet. Ob ich jetzt nach Tschechien fahr oder nach Frankreich fahr oder nach Deutschland fahr oder nach Schweden, man ist daheim. Wie Israel noch europäisch*

war, hab ich mich dort auch irgendwie zu Hause gefühlt, aber wie es dann levantinisch war, dann nicht mehr. Ganz, ganz, ganz typisch. Und in den USA hab ich mich auch immer gefreut, wenn man wieder, über die rot-weiß-roten Grenzpfähle, aber auch schon wenn man in Paris gelandet ist: ‚ah, jetzt bin ich schon fast daheim!‘ “ (Kienzl 244-248)

8.4. Schlussfolgerung

Dass die Definition Europas nicht einfach ist, wurde bereits im Kapitel 2.2 dargelegt. Dennoch versuchen die Experten den Begriff so gut es geht zu charakterisieren und sind sich auch der verschiedenen Ebenen bewusst (geographisch, historisch, politisch). Beim Europabewusstsein kommen die Experten bereits zu differenzierteren Ansichten, allerdings ist hier die Gefahr groß, unter Europabewusstsein nur mehr die EU zu verstehen. Allgemein wird das Europabewusstsein als eine zweite Ebene des Bewusstseins nach der nationalen Identität gesehen. Die Intensität dieses Bewusstseins hängt jedoch auch vom Alter ab, je jünger, desto größer ist es. Allerdings stellen die Experten fest, dass das Europabewusstsein in Österreich relativ schwach ausgeprägt ist. Der EU-Beitritt Österreichs wird von der Mehrheit der Experten als etwas Positives empfunden. Gerade deshalb wird von vielen der Umgang der nationalen Politiker mit der Europapolitik als nicht richtig empfunden. Besonders die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bemerken, dass die österreichischen Politiker gerne alles Schlechte auf die EU schieben. Dies wird als großer Kritikpunkt genannt, der sich auch negativ auf die Einstellung der Bevölkerung bezüglich der EU auswirkt.

Das persönliche Europabewusstsein und die Erfahrungen, die die Experten mit der europäischen Integration gemacht haben, sind zum überwiegenden Teil positiv. Man kann die meisten von ihnen überzeugte Europäer nennen, wobei auch hier wieder das Bewusstsein hauptsächlich auf die EU bezogen wird.

Die mediale Berichterstattung über europäische Themen wird als unzureichend empfunden. Das liegt aber laut Meinung der Experten nicht an den Journalisten vor Ort, sondern an den nationalen Medien, die sich mehr für österreichische Vorgänge interessieren. Auch hier wird die Tendenz festgestellt, dass die Medien häufig negative Maßnahmen der EU zusprechen.

Es gibt nach Auswertung der Interviews keine konkreten Ereignisse, die das Europabewusstsein der Österreicher vor dem EU-Beitritt beeinflusst haben. Für die Zeit der EU-Mitgliedschaft ist das häufigst genannte Ereignis die Maßnahmen der EU-14 im

Jahr 2000. Diese werden von den Experten als äußerst negativ für das österreichische Europabewusstsein empfunden.

Beim Thema Erweiterung kommen die Experten zu unterschiedlichen Schlüssen. Wenn auch die meisten die bereits vollzogene Osterweiterung begrüßen, so hätten sich dennoch einige eine vorherige Vertiefung gewünscht. In Bezug auf die Türkei herrscht größere Einigkeit, da die meisten stärkere bilaterale Beziehungen der Vollmitgliedschaft vorziehen würden.

Im Sinne der Vertiefung sprechen sich die Experten auch für eine europäische Verfassung aus, wenn auch in unterschiedlichen Formen. Diese reichen von einer Revision der bestehenden Verfassung über einen neuen „normalen“ Vertrag bis hin zu der Beibehaltung der jetzigen Situation. Von einigen würde eine Verfassung aber auch als starkes europäisches Symbol angesehen. Andererseits gibt es auch die Meinung, dass Symbole überhaupt nicht notwendig sind. Die Befürworter von Symbolen sprechen sich aber für mehr Sichtbarkeit aus.

Der letzte Punkt ist – der auch in der Befragung der österreichischen Bevölkerung vorkommt – die Frage nach etwas typisch Europäischem. Hier herrscht eine relativ große Übereinstimmung in Bezug auf die Vielfalt, auch die Vielfalt der Kulturen, der Sprachen und des Essens. Geschätzt wird auch die europäische Lebensweise beziehungsweise -qualität.

9. Befragung

9.1. Untersuchung

9.1.1. Methode

Bevor eine Befragung gestartet wird, müssen zunächst die Forschungsfragen und die Hypothesen aufgestellt werden, da die Befragung die Hypothesen verifizieren oder falsifizieren soll. Die Hypothesen werden operationalisiert, um sie durch Merkmale messbar zu machen. Danach wird der Fragebogen erstellt. Dabei muss entschieden werden, ob die Fragen standardisiert oder nicht-standardisiert werden sollen. Standardisierte Fragen haben vorgegebene Antwortkategorien, nicht-standardisierte entweder gar keine Kategorien oder diese werden nachträglich gebildet.¹⁴²¹

Nachdem der Fragebogen erstellt ist, müssen die Fragen auf Verständlichkeit geprüft werden und ein Pretest durchgeführt werden. Die Fragen werden (wenn geschlossen) kategorisiert und codiert. Offene Fragen werden entweder qualitativ ausgewertet oder nachträglich kategorisiert. Nach der Erhebung werden die Daten computerunterstützt ausgewertet.¹⁴²²

9.1.2. Forschungsfragen und Hypothesen

Im Rahmen dieser Erhebung soll die Einstellung der Österreicher zu Europa erhoben werden. Eurobarometer und ähnliche Umfragen versuchen zwar auch, das Europabewusstsein zu analysieren, aber diese Umfragen beschränken sich nur auf die EU. Bei dieser Erhebung wurde die Formulierung Europa gewählt um festzustellen, ob die Österreicher Europa mit der EU gleichsetzen. Weiters soll herausgefunden werden, welche Personen, Orte und Leistungen die Menschen mit Europa identifizieren. Die Forschungsfragen dazu lauten:

- Wie sehen die Österreicher Europa?
- Welche Personen, Orte und Leistungen sind für Europa von Bedeutung?

¹⁴²¹ Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. 134-139

¹⁴²² Atteslander: Methoden der empirischen Sozialforschung. 274-279

Die Hypothesen, die im Rahmen der Untersuchung verifiziert oder falsifiziert werden sollen, sind:

Haupthypothese H1: Die österreichische Bevölkerung setzt Europa mit der EU gleich.

Als Nebenhypothese kann angenommen werden:

H2: Die Personen, Orte und Leistungen, die als bedeutend für Europa angesehen werden, beziehen sich auf die europäische Integration.

9.1.3. Durchführung

Methodischer Steckbrief	
Erhebungsform	Face-to-face-Interviews, Straßenbefragung
Grundgesamtheit	Österreichische Bevölkerung
Stichprobengröße	1005 Personen
Auswahlverfahren	Zufallsauswahl
Erhebungsinstrument	Strukturierter Fragebogen mit offenen und geschlossenen Fragen
Befragungszeitraum	Februar/ März 2007
Ort der Befragung	Österreich
Auswertung	SPSS 11.5

Bei dieser Befragung handelte es sich um ein strukturiertes, standardisiertes Interview mit offenen und geschlossenen Fragen. Die Erhebung wurde vom 14. Februar bis zum 5. März 2007 von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) durchgeführt. Bei der Befragung handelte es sich um face-to-face Interviews durch verschiedene Interviewer. Die Interviewer bekamen von SWS den Fragebogen mit einer Einschulung. Es gab keine Quotenvorgabe, wer zu befragen war, sondern nur ein ungefähres Alter- und Geschlechterverhältnis. Die Interviewer führten die Befragung mittels einer Zufallsauswahl auf der Straße durch. Grundgesamtheit der Befragung ist die

österreichische Bevölkerung. Die Interviewer waren dazu in allen Bundesländern unterwegs.

Der Fragebogen umfasste insgesamt 25 Fragen, davon elf direkt diese Studie betreffend, und sieben über eine andere SWS-Umfrage. Die restlichen sieben Fragen waren demographische Angaben. Der Europa-Teil des Fragebogens wurde mit einer einleitenden leichten Frage begonnen. Im Mittel- und Schlussteil folgten die offenen Fragen. Ganz am Ende des Fragebogens fand sich der demographische Teil.

Nach dem Einlangen aller Fragebögen wurden diese an die Autorin übergeben. Zunächst wurden die offenen Fragen kategorisiert, danach die Fragebögen in SPSS eingegeben und ausgewertet.

9.2. Ergebnisse

Insgesamt wurden 1005 Personen befragt. 51,3 Prozent von ihnen sind männlich und 48,7 Prozent weiblich.

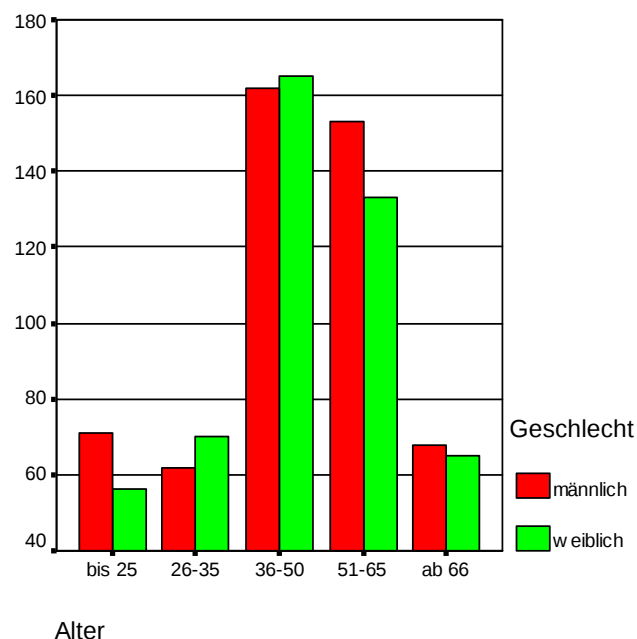


Abbildung 5: Geschlecht und Alter der Befragten

	Häufigkeit	Prozent
Wien	284	28,3%
Burgenland	36	3,6%
Niederösterreich	201	20,0%
Oberösterreich	141	14,0%
Salzburg	19	1,9%
Tirol	31	3,1%
Vorarlberg	61	6,1%
Steiermark	140	13,9%
Kärnten	91	9,1%
fehlend	1	0,1%
Total	1005	100%

Tabelle 2: Verteilung der Stichprobe nach Bundesland

	Einwohner	Prozent
Wien	1.664.146	20,1%
Burgenland	280.257	3,4%
Niederösterreich	1.589.580	19,2%
Oberösterreich	1.405.674	16,9%
Salzburg	529.574	6,4%
Tirol	700.427	8,4%
Vorarlberg	364.940	4,3%
Steiermark	1.203.918	14,5%
Kärnten	560.407	6,8%
Österreich	8.298.923	100%

Tabelle 3: Tatsächliche Verteilung der Einwohner nach Bundesland.¹⁴²³

Verglichen mit der tatsächlichen Verteilung der österreichischen Bevölkerung auf die verschiedenen Bundesländer zeigt sich, dass die Werte mit einer Ausnahme in etwa übereinstimmen. Nur in Wien wurden im Verhältnis zur tatsächlichen Einwohnerzahl etwas mehr Leute befragt.

Zunächst wurde gefragt, woran die Österreicher beim Begriff Europa zuerst denken. Als Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben: die EU, der Kontinent, Österreich und weiß nicht/ keine Angabe.

¹⁴²³ Statistik Austria: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_jahres-_und_quartalswerte/bevoelkerung_zu_jahres-_quartalsanfang/022497.html, (25.08.2007)

Der Großteil der Befragten antwortete mit „EU“ (43,1 Prozent), dicht dahinter stand „der Kontinent“ (40,7 Prozent). Mit „Österreich“ antworteten nur 13,7 Prozent. Daraus lässt sich schließen, dass mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung den Begriff Europa mit der Europäischen Union assoziiert.

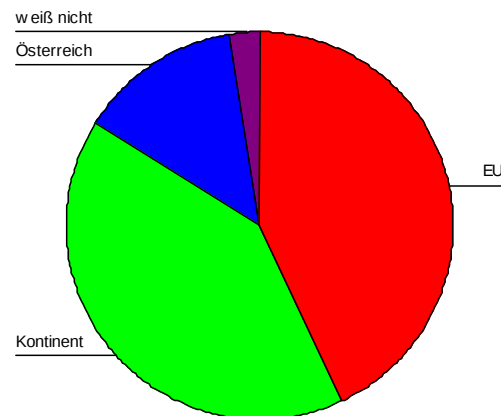


Abbildung 6: Assoziationen mit „Europa“

	Häufigkeit	Prozent
EU	433	43,1
Kontinent	409	40,7
Österreich	138	13,7
weiß nicht	25	2,5
Total	1005	100,0

Tabelle 4: Assoziationen mit „Europa“

Betrachtet man die Altersverteilung bei dieser Frage genauer, so ist erkennbar, dass die ältere Generation beim Begriff Europa noch eher an Österreich denkt als die jüngere Generation. Die Antwort „Österreich“ kam bei jeder Altersgruppe an dritter Stelle, jedoch ist sie bei der Gruppe der ab 66-Jährigen deutlich knapper hinter den beiden anderen Antworten als in den übrigen Altersgruppen. Während in allen Altersgruppen unter 66 Jahren die Assoziation mit Österreich zwischen 10 und 13 Prozent schwankt, haben von den über 66jährigen 25,6 Prozent mit „Österreich“ geantwortet. Das bedeutet also, dass ältere Personen Europa viel stärker mit Österreich assoziieren als jüngere.

Insgesamt steht die Assoziation mit der EU aber bei allen Altersgruppen an erster Stelle. Lediglich die jüngste Gruppe der Befragten, die bis 25-Jährigen, setzt den Begriff Europa mit 48 Prozent mit dem Kontinent gleich.

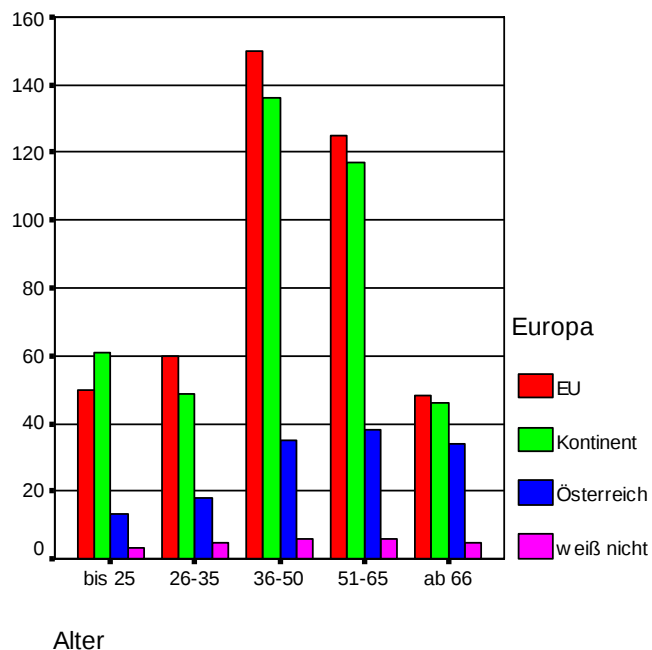


Abbildung 7: Verteilung nach Alter

			Europa				Total
			EU	Kontinent	Österreich	weiß nicht	
Alter	bis 25	Anzahl	50	61	13	3	127
		% von Alter	39,4%	48,0%	10,2%	2,4%	100,0%
	26-35	Anzahl	60	49	18	5	132
		% von Alter	45,5%	37,1%	13,6%	3,8%	100,0%
	36-50	Anzahl	150	136	35	6	327
		% von Alter	45,9%	41,6%	10,7%	1,8%	100,0%
	51-65	Anzahl	125	117	38	6	286
		% von Alter	43,7%	40,9%	13,3%	2,1%	100,0%
	ab 66	Anzahl	48	46	34	5	133
		% von Alter	36,1%	34,6%	25,5%	3,8%	100,0%
	Total	Anzahl	433	409	138	25	1005
		% von Alter	43,1%	40,7%	13,7%	2,5%	100,0%
% von Total		43,1%	40,7%	13,7%	2,5%	100,0%	

Chi-Quadrat-Test

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	25,506(a)	12	,013
Likelihood Ratio	22,919	12	,028
Linear-by-Linear Association	3,041	1	,081
N of Valid Cases	1005		

a. 3 cells (15,0%) have expected count less than 5. The minimum expected count is 3,16.

Tabelle 5: Verteilung nach Alter

Während zwischen dem Alter und der Assoziation mit Europa ein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden kann, ist dies für das Geschlecht nicht möglich. Bei dieser Frage besteht zwischen Männer und Frauen kein Unterschied bei den Antworten.

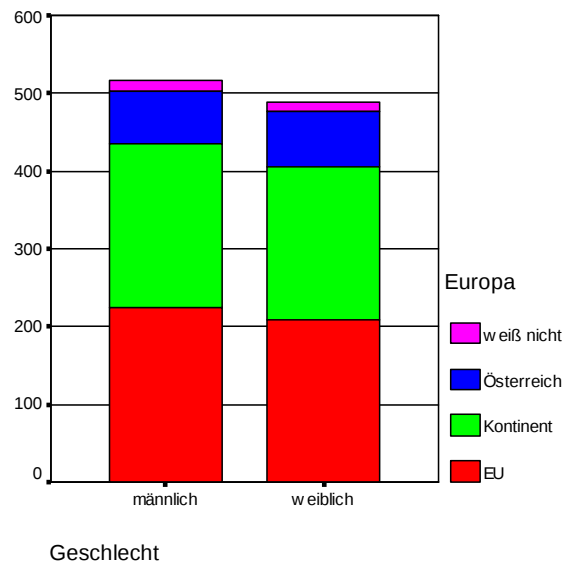


Abbildung 8: Verteilung nach Geschlecht

			Europa				Total
			EU	Kontinent	Österreich	weiß nicht	
Geschlecht	männlich	Anzahl	224	212	67	13	516
		% von Geschlecht	43,4%	41,1%	13,0%	2,5%	100,0%
	weiblich	Anzahl	209	197	71	12	489
		% von Geschlecht	42,7%	40,3%	14,5%	2,5%	100,0%
Total		Anzahl	433	409	138	25	1005
		% von Geschlecht	43,1%	40,7%	13,7%	2,5%	100,0%
		% von Total	43,1%	40,7%	13,7%	2,5%	100,0%

Tabelle 6: Verteilung nach Geschlecht

Im Ausland nach ihrer Herkunft gefragt, würden 81,6 Prozent der Befragten mit Österreich und 15,4 Prozent mit ihrem Bundesland antworten. Nur 3 Prozent der Befragten würden auf die Frage nach ihrer Herkunft mit „Europa“ antworten. Dieses Ergebnis ist weder vom Alter noch vom Geschlecht der befragten Personen abhängig.

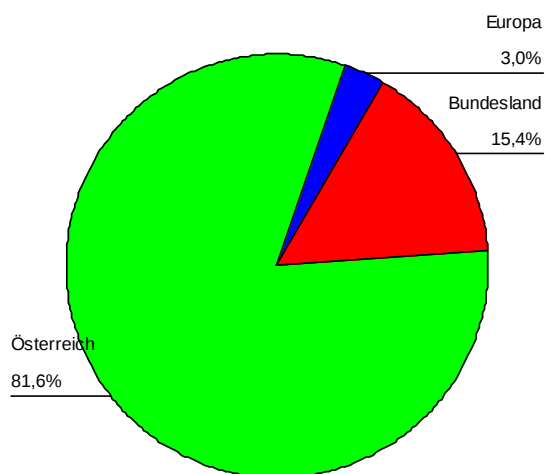


Abbildung 9: Antwort auf Frage nach Herkunft

	Häufigkeit	Prozent
Bundesland	155	15,4
Österreich	820	81,6
Europa	30	3,0
Total	1005	100,0

Tabelle 7: Antwort auf Frage nach Herkunft

Bei Frage 10 wurde erhoben, ob die Befragten gerne Europäer sind oder nicht. 73,2 Prozent der Befragten antworteten mit „Ja“, 6,1 Prozent mit „Nein“. Daraus lässt sich schließen, dass zirka drei Viertel der Österreicher und damit die große Mehrheit gerne Europäer sind. 3,3 Prozent der Befragten gaben „Weiß nicht“ als Antwort, 17,4 Prozent meinten, es sei ihnen egal.

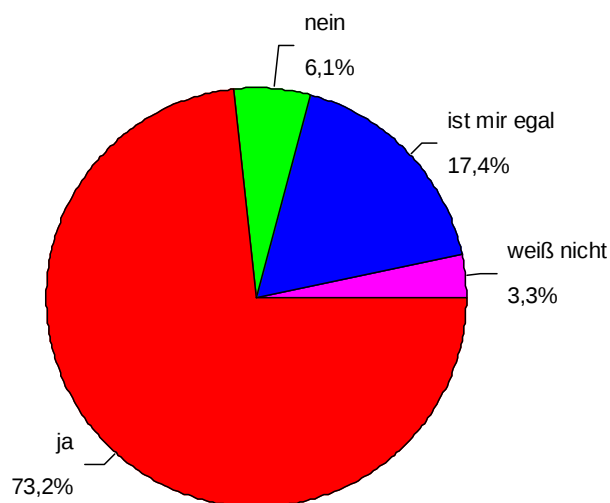


Abbildung 10: Sind Sie gerne Europäer?

	Häufigkeit	Prozent
ja	736	73,2
nein	61	6,1
ist mir egal	175	17,4
weiß nicht	33	3,3
Total	1005	100,0

Tabelle 8: Sind Sie gerne Europäer?

Betrachtet man die Ergebnisse der Fragen 9 und 10 näher, so kann man erkennen, dass in Bezug auf die Frage nach der Herkunft kein Unterschied besteht, ob jemand gerne Europäer ist oder nicht. In beiden Fällen ist Österreich mit 83,6 bzw. 82 Prozent die häufigste Antwort. Dementsprechend würde auch niemand, der auf die Frage ob er gerne Europäer ist mit „nein“ geantwortet hat, im Ausland nach seiner Herkunft gefragt sagen, dass er aus Europa ist.

			Herkunft			Total
			Bundesland	Österreich	Europa	
Europäer	ja	Anzahl	99	615	22	736
		% von Europäer	13,5%	83,6%	3,0%	100,0%
		% von Herkunft	63,9%	75,0%	73,3%	73,2%
		% von Total	9,9%	61,2%	2,2%	73,2%
	nein	Anzahl	11	50	0	61
		% von Europäer	18,0%	82,0%	,0%	100,0%
		% von Herkunft	7,1%	6,1%	,0%	6,1%
		% of Total	1,1%	5,0%	,0%	6,1%
	ist mir egal	Anzahl	41	126	8	175
		% von Europäer	23,4%	72,0%	4,6%	100,0%
		% von Herkunft	26,5%	15,4%	26,7%	17,4%
		% von Total	4,1%	12,5%	,8%	17,4%
	weiß nicht	Anzahl	4	29	0	33
		% von Europäer	12,1%	87,9%	,0%	100,0%
		% von Herkunft	2,6%	3,5%	,0%	3,3%
		% von Total	,4%	2,9%	,0%	3,3%
Total		Anzahl	155	820	30	1005
		% von Europäer	15,4%	81,6%	3,0%	100,0%
		% von Herkunft	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% von Total	15,4%	81,6%	3,0%	100,0%

Chi-Quadrat-Test

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	16,395(a)	6	,012
Likelihood Ratio	18,150	6	,006
Linear-by-Linear Association	4,846	1	,028
N of Valid Cases	1005		

a. 2 cells (16,7%) have expected count less than 5. The minimum expected count is ,99.

Tabelle 9: Kreuztabelle Herkunft und Europäer

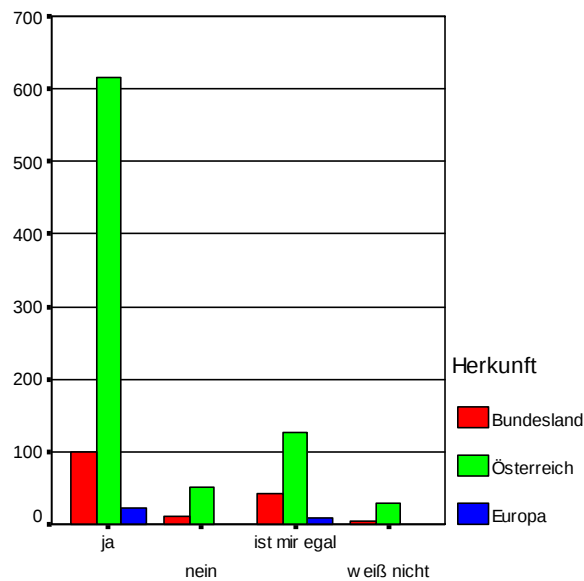


Abbildung 11: Herkunft und gerne Europäer

Die Frage nach den besonderen Leistungen Europas hatte folgende vorgegebene Antworten: Industrialisierung, Menschenrechte, Sozialstaat und westliche Kultur. Außerdem bestand die Möglichkeit, einen eigenen Bereich zu nennen, in dem Europa etwas Besonderes geleistet hat.

Die Industrialisierung wurde von 82,8 Prozent der Befragten als sehr wichtig oder wichtig angesehen, die Menschenrechte von 82 Prozent, der Sozialstaat von 81 Prozent und die westliche Kultur von 74,4 Prozent. Andere Bereiche wurden so gut wie gar nicht genannt. Auch gab es auch kaum Wiederholungen, sodass keine neuen Kategorien gebildet wurden.

Auf die Frage, wie wichtig bestimmte Ereignisse für Europa waren, bewerteten 96,3 Prozent den Wiederaufbau nach dem Krieg als sehr wichtig oder wichtig. Der Zerfall der Sowjetunion wurde von 72,8 Prozent und die Gründung der EU von 70,1 Prozent als sehr wichtig beziehungsweise wichtig bewertet.

Die überwiegende Mehrheit (56,1%) der österreichischen Bevölkerung ist der Meinung, dass Europa anderen Kontinenten überlegen ist. 18,1% antworteten mit „nein“ und 25,8% mit „weiß nicht“.

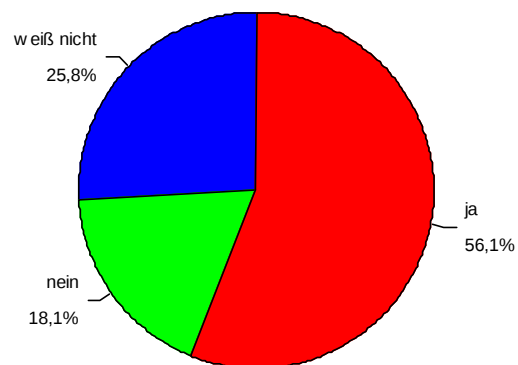


Abbildung 12: Ist Europa anderen Kontinenten überlegen?

Betrachtet man die Antworten aufgeschlüsselt nach der Schulbildung der befragten Personen, so erkennt man einen eindeutigen Zusammenhang. Je höher die Schulbildung, desto eher wird die Überlegenheit Europas angenommen. Wobei noch dazu kommt, dass mit geringer Ausbildung die Antwort „weiß nicht“ steigt. Bei Personen mit Pflichtschulabschluss gaben 44,4 Prozent diese Antwort.

			überlegen			Total
			ja	nein	weiß nicht	
Schulbildung	Hochschule	Anzahl	83	13	17	113
		% von Schulbildung	73,5%	11,5%	15,0%	100,0%
		% von überlegen	14,7%	7,1%	6,6%	11,2%
		% von Total	8,3%	1,3%	1,7%	11,2%
	Mittelschule	Anzahl	183	46	33	262
		% von Schulbildung	69,8%	17,6%	12,6%	100,0%
		% von überlegen	32,4%	25,3%	12,7%	26,1%
		% von Total	18,2%	4,6%	3,3%	26,1%
	Berufs- oder Handelsschule	Anzahl	251	90	145	486
		% von Schulbildung	51,6%	18,5%	29,8%	100,0%
		% von überlegen	44,5%	49,5%	56,0%	48,4%
		% von Total	25,0%	9,0%	14,4%	48,4%
	Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	Anzahl	47	33	64	144
		% von Schulbildung	32,6%	22,9%	44,4%	100,0%
		% von überlegen	8,3%	18,1%	24,7%	14,3%
		% von Total	4,7%	3,3%	6,4%	14,3%
Total	Anzahl		564	182	259	1005
	% von Schulbildung		56,1%	18,1%	25,8%	100,0%
	% von überlegen		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	% von Total		56,1%	18,1%	25,8%	100,0%

Chi-Quadrat-Tests

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	80,669(a)	6	,000
Likelihood Ratio	83,712	6	,000
Linear-by-Linear Association	70,318	1	,000
N of Valid Cases	1005		

a. 0 cells (.0%) have expected count less than 5. The minimum expected count is 20,46.

Tabelle 10: Verteilung nach Schulbildung

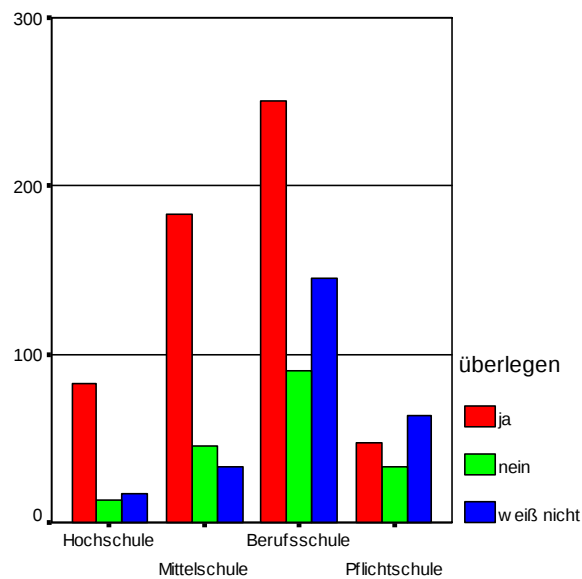


Abbildung 13: Verteilung nach Schulbildung

In Zusammenhang mit der Parteipräferenz ist bei dieser Frage sehr interessant zu beobachten, dass bei Personen, die eine der zwei Großparteien präferieren, die Antworten nahezu ident sind. Jeweils zirka 60% meinen, Europa sei anderen Kontinenten überlegen, jeweils zirka 16% meinen das Gegenteil sei der Fall. Interessanterweise denken Sympathisanten der Freiheitlichen Partei mit zirka 43% am wenigsten, dass Europa anderen Kontinenten überlegen ist.

			überlegen			
			ja	nein	weiß nicht	Total
Partei	SPÖ	Anzahl	234	66	93	393
		% von Partei	59,5%	16,8%	23,7%	100,0%
		% von überlegen	41,5%	36,3%	35,9%	39,1%
		% von Total	23,3%	6,6%	9,3%	39,1%
	ÖVP	Anzahl	71	19	27	117
		% von Partei	60,7%	16,2%	23,1%	100,0%
		% von überlegen	12,6%	10,4%	10,4%	11,6%
		% von Total	7,1%	1,9%	2,7%	11,6%
	Grüne	Anzahl	65	15	18	98
		% von Partei	66,3%	15,3%	18,4%	100,0%
		% von überlegen	11,5%	8,2%	6,9%	9,8%
		% von Total	6,5%	1,5%	1,8%	9,8%
	FPÖ	Anzahl	9	4	8	21
		% von Partei	42,9%	19,0%	38,1%	100,0%
		% von überlegen	1,6%	2,2%	3,1%	2,1%
		% von Total	,9%	,4%	,8%	2,1%
	BZÖ	Anzahl	10	2	1	13
		% von Partei	76,9%	15,4%	7,7%	100,0%
		% von überlegen	1,8%	1,1%	,4%	1,3%
		% von Total	1,0%	,2%	,1%	1,3%
	sonstige	Anzahl	175	76	112	363
		% von Partei	48,2%	20,9%	30,9%	100,0%
		% von überlegen	31,0%	41,8%	43,2%	36,1%
		% von Total	17,4%	7,6%	11,1%	36,1%
Total		Anzahl	564	182	259	1005
		% von Partei	56,1%	18,1%	25,8%	100,0%
		% von überlegen	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
		% von Total	56,1%	18,1%	25,8%	100,0%

Chi-Quadrat-Tests

	Value	df	Asymp. Sig. (2-sided)
Pearson Chi-Square	21,091(a)	10	,020
Likelihood Ratio	21,609	10	,017
Linear-by-Linear Association	9,839	1	,002
N of Valid Cases	1005		

a. 3 cells (16,7%) have expected count less than 5. The minimum expected count is 2,35.

Tabelle 11: Verteilung nach Parteipräferenz

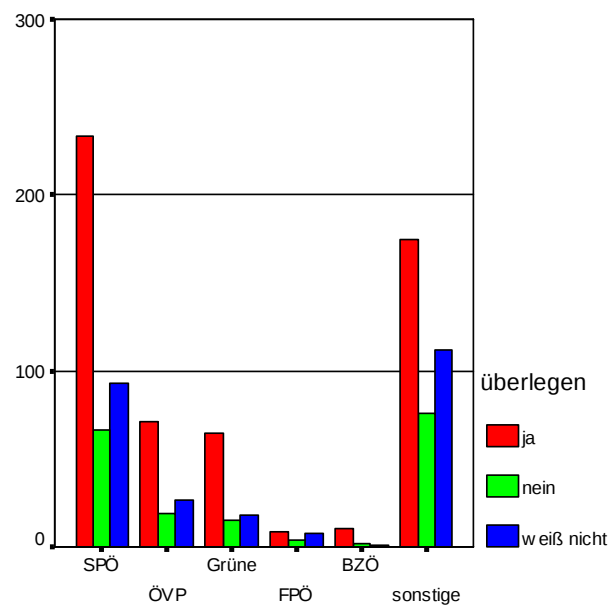


Abbildung 14: Verteilung nach Parteipräferenz

Folgende Fragen waren allesamt offen gestellt, es konnten so viele Antworten wie gewünscht gegeben werden. Es wurden alle Antworten in die Auswertung übernommen. Die Fragen wurden bewusst offen gestellt, da es ähnliche Fragen, wie zum Beispiel nach den Personen, bereits in anderen Umfragen gegeben hat, allerdings immer mit vorgegebenen Antworten. Es ist allerdings auch interessant, welche Personen von der österreichischen Bevölkerung überhaupt genannt werden, ob diese tatsächlich eine Rolle für Europa gespielt haben.

Insgesamt wurden bei der offenen Frage nach den Bereichen, in denen Europa anderen Kontinenten als überlegen angesehen wird, 20 Kategorien gebildet. Am öftesten wurden der Sozialstaat (22,8 Prozent), die Menschenrechte (12,2 Prozent), die Kultur (11,8 Prozent) und die Wirtschaft (7,1 Prozent) genannt. (Leider ist hier anzumerken, dass diese offene Frage von der davor gestellten Frage 11 und deren Antwortmöglichkeiten beeinflusst wurde).

Sozialstaat	22,8%	229
Menschenrechte	12,2%	123
Kultur	11,8%	119
Wirtschaft	7,1%	71
Umweltschutz	4,1%	41
Gesundheit	3,9%	39
Demokratie	3,8%	38
Bildung	3,4%	34
Friede	2,6%	26
Lebensqualität	2,5%	25
Reichtum	2,3%	23
Technik	1,7%	17
Zivilisation	1,4%	14
Verhandlungsfähigkeit	1,2%	12

Tabelle 12: Überlegenheit Europas

Auch die Frage, was typisch europäisch ist, wurde offen gestellt. Es wurden bei der Auswertung 25 Kategorien gebildet. Ganz eindeutig wurde als typisch europäisch die Kultur an erster Stelle genannt. Dahinter stehen mit deutlichem Abstand die Vielfalt und der Euro.

Kultur	16,7%	168
Vielfalt	6,3%	63
Euro	5,5%	55
Sozialstaat	3,9%	39
Gemeinschaft	3,6%	36
Leere Versprechen	3,5%	35
Essen & Trinken	2,8%	28
Demokratie	2,5%	25
Verschlechterungen	2,4%	24
Toleranz	2,2%	22
Frieden	2,1%	21
Disziplin	2%	20
Überlegenheit/ Überheblichkeit	1,6%	16
Christentum	1,5%	15
Geschichte	1,5%	15
Menschenrechte	1,5%	15
Tradition	1,5%	15
Hilfe	1,4%	14
Gemeinsames Recht	1,2%	12
Bildung	1%	10
Freiheit	1%	10

Tabelle 13: Typisch europäisch

Bei der Frage nach den wichtigsten Regionen oder Städten Europas wurden alle Antworten ohne Kategorien in die Auswertung übernommen. Das heißt also, dass zum Beispiel sowohl „Berlin“ als auch „Deutschland“ als eigene Antwort übernommen wurden und nicht in eine gemeinsame Kategorie zusammengefasst wurden. Die elf wichtigsten Regionen für Europa sind:

Wien	40,6%	408
Brüssel	30,3%	305
Paris	28,4%	285
Berlin	20,6%	207
Rom	18,8%	189
London	16,4%	165
Strassburg	6%	60
Salzburg	5,6%	56
Deutschland	3,3%	33
Alpen	3%	30
Österreich	3%	30

Tabelle 14: Wichtige Orte

Die ersten 6 Nennungen konnten relativ hohe Prozentwerte erreichen. Es handelt sich dabei um Hauptstädte Europas. Danach folgen Städte und Länder. Die Alpen konnten als einzige Region viele Nennungen erhalten. Insgesamt wurden hauptsächlich Hauptstädte genannt (wie zum Beispiel Prag, Budapest, Amsterdam oder Barcelona), Regionen wurden mit Ausnahme der Alpen fast gar keine genannt.

Bei der Frage nach wichtigen Personen der Vergangenheit wurden insgesamt über 60 Personen genannt. Die zwanzig häufigsten sollen hier genannt werden:

Bruno Kreisky	16,3%	163
Konrad Adenauer	12,5%	125
Helmut Kohl	9,1%	91
Charles de Gaulle	8,2%	82
Michail Gorbatschow	8,1%	81
Willy Brandt	7,6%	76
Leopold Figl	5,3%	53
Winston Churchill	4,8%	48
François Mitterrand	3,2%	32
Alois Mock	2,7%	27
Napoleon	2,5%	25
Helmut Schmidt	2,4%	24
Robert Schuman	2,4%	24
Julius Raab	2,3%	23
Maria Theresia	2,1%	21
Karl Renner	2,1%	21
Gerhard Schröder	2,1%	21
Adolf Hitler	2%	20
Margaret Thatcher	1,5%	15
Jacques Chirac	1,4%	14

Tabelle 15: Wichtige Personen der Vergangenheit

Unter den ersten zwanzig Nennungen befinden sich beinahe nur Politiker des 20. Jahrhunderts mit Ausnahme Napoleons und Maria Theresias. Die meisten Nennungen fielen auf Bruno Kreisky mit 16,3%. Dazu ist interessant anzumerken, dass 56,7% derjenigen, die Kreisky nannten, SPÖ-Sympathisanten sind. Von den ÖVP-Sympathisanten nannten lediglich 4,3% Kreisky als wichtige Person der Vergangenheit. Vereinzelt wurden auch Personen aus der älteren Vergangenheit, wie zum Beispiel Jesus oder Cäsar genannt, ebenso fanden Künstler wie Shakespeare oder Mozart Erwähnung.

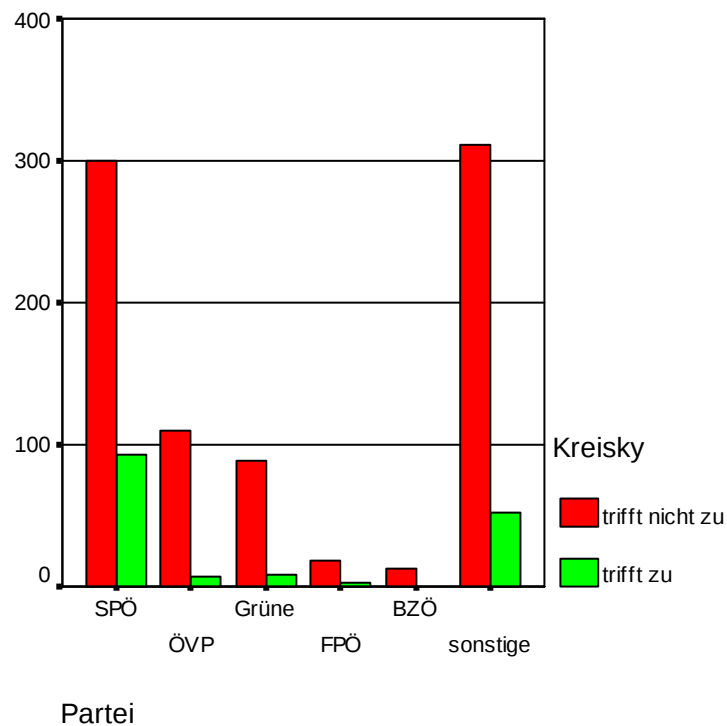


Abbildung 15: Kreisky und Verteilung nach Parteipräferenz

Bei den wichtigen Personen der Gegenwart wurden weniger verschiedene Antworten gegeben, insgesamt nur knapp über 20. Die ersten zehn Personen sind:

Angela Merkel	19,9%	199
Jacques Chirac	7,6%	76
Tony Blair	6,3%	63
José Manuel Barroso	6%	60
Wladimir Putin	4,8%	48
Alle Staats- und Regierungschefs	3,9%	39
Romano Prodi	3,8%	39
Alfred Gusenbauer	3,6%	36
Heinz Fischer	3,1%	31
Nicht die Richtigen	3%	30

Tabelle 16: Wichtige Personen der Gegenwart

Es ist interessant, dass der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel von den Österreichern die größte Bedeutung zugemessen wird, mehr als dem französischen

Präsidenten oder dem englischen Premier. Ob dies an der Persönlichkeit Angela Merkels oder generell an der Bedeutung Deutschlands für Europa liegt, lässt sich nicht sagen. Möglicherweise spielte es auch eine Rolle, dass zur Zeit der Befragung Deutschland den Vorsitz in der Ratspräsidentschaft innehatte.

Eine weitere interessante Antwort, die 1,9 Prozent gaben, war „wir alle“ sind bedeutend für Europa.

Generell kann man bei beiden Fragen feststellen, dass Befragte über 36 Jahre weitaus häufiger Personen nannten. So waren 90 Prozent der Befragten, die bei Personen der Vergangenheit mit „Kreisky“ antworteten über 36 Jahre, bei „Adenauer“ waren es sogar 92,1 Prozent. Dieser Zusammenhang besteht auch bei allen anderen genannten Personen.

9.3. Schlussfolgerungen

Die Befragung war allgemein auf Europa bezogen, aber es kann festgestellt werden, dass die Antworten hauptsächlich auf die EU abzielen. Dennoch liegt die Gründung der EU bei den drei ausgewählten wichtigen Ereignissen an letzter Stelle der Wichtigkeit, konnte aber immer noch 70 Prozent erreichen. Die Tendenz, die Gründung als unwichtiger als andere Ereignisse zu finden, kann man möglicherweise auf die vorhandene EU-Skepsis zurückführen.

An erster Stelle wurde bei bedeutenden Orten für Europa Wien genannt. Nachdem die Umfrage in Österreich durchgeführt wurde, erscheint dies nicht weiter verwunderlich, da in Österreich der Nationalstolz im internationalen Vergleich ziemlich hoch ist. Dasselbe gilt auch für das Aufscheinen Salzburgs unter den ersten elf Nennungen. Auch die Alpen werden als ziemlich einzige Region genannt, obwohl es in Europa unzählige bedeutende Regionen gibt. Man sieht daher, dass die Österreicher auch im Bezugsrahmen Europa auf Österreich fixiert sind. Auch bei den Personen der Vergangenheit rangiert mit Kreisky ein Österreicher eindeutig an erster Stelle. Dahinter folgen dann aber interessanterweise zahlreiche deutsche und französische Politiker. Man kann daher annehmen, dass eines der Motive der europäischen Integration, nämlich die Überwindung der deutsch-französischen Abneigung, in der Bevölkerung noch präsent ist. Andererseits ist die häufige Nennung Kreiskys dahingehend interessant, dass er in seiner Politik weniger auf Europa gerichtet war, als auf internationale Vermittlung, zum Beispiel im Nah-Ost-Konflikt. Außerdem kommen immer wieder österreichische Politiker vor. Bei den bedeutenden

Personen der Gegenwart fällt auf, dass hier die Österreicher erst weiter hinten kommen. Insgesamt sind die Personen, die genannt werden hauptsächlich Politiker der Integration. Auch die wichtigsten Orte liegen vorwiegend in Gründungsländern der EU.

10. Resümee

„Der Weg zur Weltbürgerlichkeit beginnt mit der Klarheit über die eigene Identität.“¹⁴²⁴

Zu Beginn der Arbeit wurden die beiden zentralen Begriffe Europa und kollektive Identität geklärt. Wie in Kapitel 2.1. gezeigt wurde, braucht jede kollektive Identität Gemeinsamkeiten. Diese können gemeinsame Werte, Ziele oder Ähnliches nach innen gerichtet sein oder eine äußere Abgrenzung gegen einen Feind oder eine Bedrohung von außen. Die gemeinsame Identität ist also ein Konstrukt der Gruppe.

Der Begriff Europa zeichnet sich durch große Bedeutungsvielfalt aus. Allein die geographische Ebene des Begriffes ist nicht leicht zu definieren, da sich die Grenzen stetig geändert haben, auch mit der jeweiligen politischen Situation. Europa steht aber auch für eine Idee, die schon lange existiert hat und sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchsetzen konnte. Nicht zu vergessen ist der Europa-Mythos der Antike, der die Gründung Europas zum Inhalt hat.

Das dritte Kapitel widmet sich vollständig der Einigung Europas. Es konnte gezeigt werden, dass es erste Ansätze zu Europabewusstsein bereits in der Antike gab, jedoch nur in Krisenzeiten als gemeinsame Abgrenzung gegen einen äußeren Feind. Erste Konzepte zu einer Vereinigung mehrerer Europäer gab es unter anderem von Dante, Pierre Dubois oder dem Herzog von Sully. Im 18. Jahrhundert sprachen sich auch Rousseau und Kant für eine friedliche Einigung Europas aus. Bedeutend war zu dieser Zeit das Werk Herders, dessen Schrift ein Slawenkapitel beinhaltete und somit auch den Osten des Kontinents mit einbezog. Erste Ansätze zur Konkretisierung finden sich bei Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, der in der Zwischenkriegszeit die Paneuropa-Union gründete. Auch wenn er sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht durchsetzen konnte, so hatte er dennoch eine gewisse Vorbildwirkung.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung für den Kontinent offensichtlich. Zunächst mussten die deutsch-französischen Beziehungen stabilisiert werden und ein unkontrolliertes Aufrüsten verhindert werden. Dazu gründete man die Montanunion nach Ideen von Monnet und Schuman. Andere Vereinigungen wie die OEEC und der Europarat entstanden ebenfalls in der Nachkriegszeit, konnten aber nicht die erfolgreiche Entwicklung wie die Montanunion verzeichnen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde die Montanunion laufend erweitert und

¹⁴²⁴ Bruckmüller: Österreichbewußtsein im Wandel. 187

vertieft. Der einstige Zusammenschluss in den Bereichen Kohle und Stahl umfasst heute neben Wirtschaft auch die Bereiche Politik und Soziales.

Wie im vierten Kapitel dargestellt, war Österreich von der Einigung Europas zunächst ausgeschlossen, da es auf Grund der alliierten Besatzung und des Staatsvertrages keine Bündnisse eingehen durfte. Dennoch orientierte sich Österreich von Beginn an stark am Westen (allein schon durch die Entscheidung für den Marshallplan). Da also die Teilnahme an der EWG nicht möglich war, suchte man eine Alternative. Diese fand man in der EFTA. Doch schon einige Jahre später wurde die Aufnahme in die EWG beantragt. Im Jahr 1968 lehnte die EWG den österreichischen Beitritt ab. In den 70er Jahren war dann die europäische Integration kein Thema mehr für Österreich. Unter Bundeskanzler Kreisky wurde eine aktive Neutralitätspolitik verfolgt, in der Österreich verstärkt eine Vermittlerrolle wahrnahm. Kreisky engagierte sich besonders im Nahost-Konflikt und förderte die Brückenfunktion Österreichs zwischen Ost und West. Erst ab Mitte der 80er Jahre wurde die Integration wieder zum Thema. Neue Personen an der Spitze des Staates wie Vranitzky und Mock traten für den EG-Beitritt Österreichs ein. Das Beitritts-gesuch zur EG wurde im Jahr 1989 gestellt, zunächst galt es aber noch einige Schwierigkeiten zu überwinden (Skepsis der Sowjetunion, Transitabkommen, Neutralität). Die Verhandlungen dauerten bis 1994 und am 1. Jänner 1995 konnte Österreich gemeinsam mit Schweden und Finnland der EU beitreten. In den Jahren der Mitgliedschaft hatte Österreich zwei Mal die Präsidentschaft inne und die „Sanktionen“ des Jahres 2000 verschlechterten die Beziehungen zur EU.

Das fünfte Kapitel widmete sich der österreichischen und europäischen Identität. Österreich hat sehr lange zur Nationsfindung gebraucht. Eine gefestigte österreichische Identität wurde erst in der Zweiten Republik aufgebaut. Zu Beginn musste erst der eigenständige Staat wieder errichtet werden, in den 70er Jahren stützte sich die Identität dann hauptsächlich auf die Neutralität, seit den 80er Jahren ist die Nationsbildung abgeschlossen. Seit dem EU-Beitritt muss die Identität allerdings wieder neu definiert werden und eine europäische Identität zusätzlich zur nationalen aufgebaut werden. Erschüttert wurde die Identität durch die Waldheim-Krise, als man die Opferthese nach und nach aufgeben musste. Aber auch die Wende im Jahr 1989 und der Verlust der Mittlerrolle beeinflussten die österreichische Identität.

Im Gegensatz zur österreichischen Identität ist man sich bei der europäischen Identität nicht einig, ob es überhaupt eine gibt beziehungsweise geben kann. Im weiteren Sinn kann dann von Europäischer Identität gesprochen werden, wenn sich die Menschen Europa zugehörig fühlen. Eine konkretere Definition scheint kaum möglich, da jede

Identität auf Gemeinsamkeiten beruht und solche Gemeinsamkeiten, die auf alle Länder Europas zutreffen, nicht existieren. Wenn doch von europäischer Identität gesprochen wird, dann bezieht sich diese meist nur auf die EU-Mitgliedsstaaten, obwohl auch für den EU-Raum eine gemeinsame Identität nur schwer zu finden ist. In der Vergangenheit gab es Europa immer nur in Abgrenzung zu einem äußeren Feind. Mit der Integration hat sich ein Teil Europas erstmals friedlich für etwas Gemeinsames zusammengefunden. Doch gerade von außen, also zum Beispiel von den USA aus, ist eine europäische Identität beispielsweise durch das gemeinsame und einheitliche Handeln leichter zu erkennen. Im Motto der EU „Vielfalt in der Einheit“ können noch am besten alle Gegensätze zusammengefasst werden, ohne nationale Besonderheiten zu verlieren. Nach der Erweiterung um zahlreiche neue Mitgliedsstaaten ist eine Vertiefung der Integration notwendig. Die vielen Probleme, die es heute in der EU gibt (Demokratiedefizit, Legitimationsdefizit, ...), wollte man mit einer neuen Verfassung lösen. Aber auch hier kommt man nicht weiter, nachdem die Verfassung in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. Aber bei allen Problemen darf man nicht vergessen, dass durch die Integration eine lange Friedensperiode erreicht werden konnte.

Das sechste Kapitel bildete den Abschluss des theoretischen Teils. Hier wird noch einmal eine Übersicht über das österreichische Europabewusstsein gegeben, wie es sich aus den anderen Kapiteln herauskristallisiert hat. Außerdem werden Regierungserklärungen und das Eurobarometer als Unterstützung herangezogen.

Der empirische Teil der Arbeit beginnt im siebenten Kapitel mit einer Zeitungsanalyse. Untersucht wurden die „Presse“ und die „Kronen Zeitung“ seit ihrem Bestehen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Hilfe eines Kategorienschemas wurden alle Europa betreffenden Artikel der Stichprobe festgehalten und quantitativ ausgewertet. Die Inhaltsanalyse zeigt, dass an der Häufigkeit des Themas die Einstellung der Österreicher zu Europa abgelesen werden kann und bestätigt die im sechsten Kapitel festgehaltenen Ergebnissen wie zum Beispiel der Bewusstseinsbruch in den 70er Jahren.

Im achten Kapitel werden Experteninterviews ausgewertet. Die Interviews geben die Expertenmeinung zum Europabewusstsein wieder. Hier konnte festgestellt werden, dass auch für die Experten das Europabewusstsein eher mit der EU zusammenhängt, obwohl sie den Begriff Europa sehr vielschichtig sehen.

Schließlich wurde eine Befragung der österreichischen Bevölkerung durchgeführt. Die Auswertung hat auch hier gezeigt, dass Europa und EU sehr stark gleichgesetzt werden, gleichzeitig aber Österreich, also die eigene Nation, dominiert. Diese Dominanz äußert sich sowohl in der Identität als auch in der Nennung von wichtigen Orten oder Personen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es Europa lange Zeit nur dann gegeben hat, wenn es sich gemeinsam gegen einen äußeren Feind verbündet hat. Für die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins ist jedoch auch eine Identifikation nach innen notwendig.

In Österreich hat sich nur langsam ein Europabewusstsein entwickelt. In den 50er und 60er Jahren war es bereits ansatzweise vorhanden und zeigte sich zum Beispiel im Alleingang beim Beitrittsgesuch oder der Wahl von Straßennamen. In den 70er Jahren festigte sich die österreichische Identität unter Kreisky und stützte sich sehr stark auf die Neutralität. In dieser Zeit scheint Europa in die Ferne gerückt. Erst ab Mitte der 80er Jahre kommt eine Europadiskussion auf, die allerdings zunächst nur die Elite betrifft. Die Bevölkerung wird erst ab Beginn der 90er Jahre verstärkt mit Europa konfrontiert. Mit dem Näherrücken des EU-Beitritts wird Europa zur öffentlichen Debatte. Die Volksabstimmung geht in einer Euphoriestimmung mit einer zwei Drittel Mehrheit für den Beitritt aus, danach folgt aber bald ein Einbruch der Stimmung. Gründe dafür sind unter anderem enttäuschte Erwartungen. Im Jahr 2000 erreicht die Stimmung mit den Sanktionen ihren Tiefpunkt. Seit dem konnte sich die Lage noch nicht sonderlich entspannen. Aber auch wenn die Österreicher negativ eingestellt sind, so scheint doch ein Austritt aus der EU für die überwiegende Mehrheit ausgeschlossen. Es lässt sich daher sagen, dass es so etwas wie ein Europabewusstsein in Österreich gibt, das sich während der Jahre in seiner Intensität laufend verändert hat. Insgesamt kann man es auch nur als schwach ausgeprägt bewerten.

Offen bleibt, wie sich das Europabewusstsein in den kommenden Jahren entwickeln wird. Auf Grund der Entwicklungslinien in allen EU-Mitgliedsstaaten kann aber davon ausgegangen werden, dass das Europabewusstsein steigen wird. Jüngere Generationen sind Europa gegenüber aufgeschlossener und rücken nach. Es wird sich zeigen, ob sich das europäische Bewusstsein in Österreich stärker herausbilden kann, oder ob die Nationalismen wieder in den Vordergrund rücken werden.

Europa kann und soll die Nation nicht ersetzen, sondern die einzelnen Nationen zusammenfassen ohne ihre Vielfalt zu zerstören. Ein gefestigtes Österreichbewusstsein bildet die Grundlage für ein stabiles Europabewusstsein und dieses wiederum führt zur Weltbürgerlichkeit. In Zukunft müssen die Gemeinsamkeiten nach innen gestärkt werden.

11. Quellenverzeichnis

Monographien:

Benedict *Anderson*: Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt am Main, 1996.

Hannes *Androsch*: Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945-2005. Innsbruck, 2005.

Jan *Assmann*: Das kulturelle Gedächtnis. München, ²1997.

Peter *Atteslander*: Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin, ¹¹2006.

Etienne *Balibar*: Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburg, 2003.

Barbara *Berkel*: Konflikt als Motor europäischer Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse von Tageszeitungen in Deutschland, Frankreich, England und Österreich. Wiesbaden, 2006.

Dieter A. *Binder*, Ernst *Bruckmüller*: Essay über Österreich. Grundfragen von Identität und Geschichte 1918-2000. Wien, 2005.

William T. *Bluhm*: Building an Austrian Nation. The political integration of a western state. New Haven, London, 1973.

Wolfgang *Böhm*, Otmar *Lahodynsky*: Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel. Wien, Köln, Weimar, 2001.

Susanne *Breuss*, Karin *Liebhart*, Andreas *Pribersky*: Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich. Wien, ²1995.

Peter A. *Bruck*, Günter *Stocker*: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Münster, 1996.

Ernst *Bruckmüller*: Österreichbewußtsein im Wandel. Identität und Selbstverständnis in den 90er Jahren. Wien, 1994.

Ernst *Bruckmüller*: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. Wien, Köln, Graz, ²1996.

Ernst *Bruckmüller*: Symbole österreichischer Identität zwischen „Kakanien“ und „Europa“. Wiener Vorlesung im Rathaus, Band 59. Wien, 1997.

Gerhard *Brunn*: Die europäische Einigung von 1945 bis heute. Stuttgart, 2002.

Erhard *Busek*, Emil *Brix*: Projekt Mitteleuropa. Wien, 1986.

Erhard *Busek*: Offenes Tor nach Osten. Europas große Chance. Wien, 2003.

Felix *Butschek*: Vom Staatsvertrag zur europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar, 2004.

Rudolf de *Cillia*: Burenwurscht bleibt Burenwurscht. Sprachpolitik und gesellschaftliche Mehrsprachigkeit in Österreich. Klagenfurt, 1998.

Richard Nikolaus *Coudenhove-Kalergi*: Pan-Europa. Wien, 1923.

Richard Nikolaus *Coudenhove-Kalergi*: Europa erwacht! Zürich, Wien, Leipzig, 1934.

Richard Nikolaus *Coudenhove-Kalergi*: Die europäische Nation. Stuttgart, 1953.

Lambros *Couloubaritsis* et al: The origins of European identity. o.O., 1993.

Peter *Diem*: Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen. Wien, 1995.

Christiane *Dienel*, Fritz-Helmut *Wisch*: Visions of Europe. Europavisionen. Frankfurt am Main, 2003.

Ewald *Ehtreiber*: „Alles für unser Österreich“. Das Bild Österreichs in den Regierungserklärungen der Zweiten Republik. Frankfurt am Main, 2003.

Jürgen *Elvert*: Die europäische Integration. Darmstadt, 2006.

Sebastian *Esser*: Europas Suche nach einer gemeinsamen Öffentlichkeit. Eine Inhaltsanalyse der Debatte über eine EU-Verfassung in europäischen Tageszeitungen. Marburg, 2005.

Fried *Esterbauer*: Europäische Integration. Von den Anfängen zum Vertrag von Maastricht. Wien, 1994.

Josef *Feldner*: Österreich in die EU!? Der falsche Weg nach Europa. Graz, 1994.

Franz *Fischler*, Christian *Ortner*: Europa – der Staat, den keiner will. Salzburg, 2006.

Susanne *Fröhlich-Steffen*: Die österreichische Identität im Wandel. Wien, 2003.

Werner *Früh*: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz, ⁵2001. 39

Michael *Gehler*: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Darstellung. Innsbruck, 2002.

Michael *Gehler*: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung. München, 2005.

Michael *Gehler*: Vom Marshall-Plan bis zur EU. Österreich und die europäische Integration von 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck, 2006.

Jochen *Gläser*, Grit *Laudel*: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden, 2004.

Rolf *Grix*, Wilhelm *Knöll*: Das EG-Buch. Frankfurt am Main, 1992.

Jürgen *Habermas*: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. Frankfurt am Main, 1998.

Otto von *Habsburg*: Die Paneuropäische Idee. Eine Vision wird Wirklichkeit. Wien, 1999.

Herbert A. *Henzler*, Lothar *Spät*: Jenseits von Brüssel. München, 2001.

Miroslav *Hroch*: Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich. Göttingen, 2005.

Waldemar *Hummer*, Michael *Schweitzer*: Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG. Wien, 1987.

Martin *Hüfner*: Europa. Die Macht von morgen. Wien, 2006.

Rainer *Hülse*: Metaphern der EU-Erweiterung als Konstruktionen europäischer Identität. Baden-Baden, 2003.

Hartmut *Kaelble*: Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2001.

Felix *Kreissler*: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien, Köln, Graz, 1984.

Sylvia *Kritzinger*, Irina *Michalowitz*: Party Position Changes through EU Membership? The (Non-)Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties. Wien, 2005.

Helmut *Kromrey*: Empirische Sozialforschung. Stuttgart, ¹¹2006.

Ludger *Künhardt*: Constituting Europe. Identity, institution-building and the search for a global role. Baden-Baden, 2003.

Christine *Landfried*: Das politische Europa. Differenz als Potential der Europäischen Union. Baden-Baden, ²2005.

Siegfried *Lamnek*: Qualitative Sozialforschung. Weinheim, ⁴2005.

Paul *Lendvai*: Reflexionen eines kritischen Europäers. Wien, 2005.

Mark *Leonard*: Warum Europa die Zukunft gehört. München, 2007.

Wilfried *Loth*: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957. Göttingen, ³1996.

Paul *Luif*: Österreich in der Europäischen Union 1993-2004. Eine Zusammenstellung aus dem Jahrbuch der Europäischen Integration. Reprint Nr.5. o.O., 2005.

Dirk *Lyon*, et al: Österreich>bewußt<sein – bewußt Österreicher sein? Materialien zur Entwicklung des Österreichbewusstseins seit 1945. Wien, 1985.

Vladislav *Marjanovic*: Die Mitteleuropa-Idee und die Mitteleuropa-Politik Österreichs 1945-1995. Frankfurt am Main, 1998.

- Philipp *Mayring*: Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim, Basel, ⁵2002.
- Robert *Menasse*: Das Land ohne Eigenschaften. Essay zur österreichischen Identität. Wien, ²1993.
- Thomas *Meyer*: Die Identität Europas. Der EU eine Seele? Frankfurt am Main, 2004.
- Alois *Mock*: Heimat Europa. Der Countdown von Wien nach Brüssel. o.O., 1994.
- Heinrich *Neisser*, Gerhard *Loibelsberger*, Helmut *Strobl*: Unsere Republik auf einen Blick. Das Nachschlagewerk über Österreich. Wien, 2005.
- Cees *Nooteboom*: Wie wird man Europäer? Frankfurt am Main, 1993.
- Anton *Pelinka*, Christian *Schaller*, Paul *Luif*: Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung. Wien, Köln, Graz, 1994.
- Anton *Pelinka*, Sieglinde *Rosenberg*: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien, ²2003.
- Peter *Pelinka*: Wozu noch Österreich? Bestandsaufnahme eines Kleinstaates. Wien, 2001.
- Fritz *Plasser*, Peter A. *Ullram*: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien, 2002.
- Johannes *Pollak*: Zur politischen Identität der Europäischen Staatengemeinschaft. Frankfurt am Main, 1998.
- Oliver *Rathkolb*: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien, 2005.
- Patrick *Rössler*: Inhaltsanalyse. Konstanz, 2005.
- Wolfgang *Schmale*: Geschichte Europas. Wien, Köln, Weimar, 2000.
- Joscha *Schmierer*: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie. Frankfurt am Main, 1996.
- Georg *Schöpflin*: Nation, Identity, Power. The New Politics of Europe. London, ²2002.
- Harald Gregor *Schuhmayer*: Tagespresse in Österreich. Bratislava, Wien, 1998.
- Wolfgang *Schulhoff*: Europa auf dem Weg zur Selbstfindung. Eine historische und politische Betrachtung. Baden-Baden, 1997.
- Gustav *Schwab*: Sagen des klassischen Altertums. Wien, 2004.
- Hans *Seidel*: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem 2. Weltkrieg. Wien, 2005.
- Gerald *Stourzh*: Vom Reich zur Republik. Studien zum Österreichbewusstsein im 20. Jahrhundert. Wien, 1990.

Gerald Stourzh: 1945 und 1955. Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Innsbruck, 2005.

Silvia Tributsch, Peter A. Ulram: Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn. Wien, 2004.

Günter Verheugen: Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee. Köln, 2005.

Heiko Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts. Baden-Baden, 1999.

Hilde Weiss: Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich. Wien, 2004.

Ruth Wodak, et al: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten. Frankfurt am Main, 1998.

Anita Ziegerhofer-Prettenthaler: Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wien, Köln, Weimar, 2004.

Sammelbände:

Heidrun Abromeit: Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 31-54

Konrad Adam: Die geistig-kulturelle Zukunft Europas. In: Karl Acham (Hg.): Zur geistigen Signatur des künftigen Europa. Wien, 2004. 21-24

Thomas Angerer: Regionalization and Globalization in Austrian Foreign Policy since 1918. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Michael Gehler (Hg.): Austria in the European Union. Contemporary Austrian Studies Vol.10. New Brunswick, 2002. 22-55

Thomas Angerer: Welches Österreich für welches Europa? Die Krise von 2000 im Lichte europäischer Österreichprobleme und österreichischer Europaprobleme seit dem 19. Jahrhundert. In: Michael Gehler, Anton Pelinka, Günter Bischof (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 85-120

Maurizio Bach: Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft? Problemstellung und Perspektiven einer Soziologie der europäischen Integration. In: Maurizio Bach (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Wiesbaden, 2000. 11-35

Maurizio Bach: Integration durch Fremdenfeindlichkeit? Über die Grenzen Europas und die kollektive Identität der Europäer. In: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 141-149

Gunda Barth-Scalmani, Hermann J.W. Kuprian, Brigitte Mazohl-Wallnig: National Identity or Regional Identity: Austria Versus Tyrol/ Salzburg. In: Günter Bischof, Anton Pelinka (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 32-63

Rainer *Bauböck*, Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*: Nun wächst zusammen, was noch nie zusammen gehörte. In: Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*, Rainer *Bauböck* (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 9-21

Rainer *Bauböck*: Im Missverständnis vereint? Assymetrie in multinationalen Föderationen. In: Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*, Rainer *Bauböck* (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 117-143

Matthew Paul *Berg*: "Caught between *Iwan* and the *Weihnachtsmann*": Occupation, the Marshall Plan, and Austrian Identity. In: Günter *Bischof*, Anton *Pelinka*, Dieter *Stiefel* (Hg.): The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.8. New Brunswick, 2000. 156-184

Maria *Berger*: Die unverdaute Mitgliedschaft – Österreichs schwerfälliger Umgang mit der EU. In: Alfred *Payrleitner* (Hg.): Die Fesseln der Republik. Ist Österreich reformierbar? Wien, 2002. 27-40

Carola *Bielfeldt*: Eine andere Sicherheitspolitik für Österreich. In: *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 57-63

Dieter A. *Binder*: Kontinuität – Diskontinuität. Notizen zur österreichischen Kultur nach 1945. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 727-743

Dieter A. *Binder*: Populismus zu allen Jahreszeiten. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 72-85

Alexander *Bogner*, Wolfgang *Menz*: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Alexander *Bogner*, Beate *Littig*, Wolfgang *Menz* (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, 2002. 33-70

Holger *Bonus*: Europäische Identität aus ökonomischer Sicht. In: Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May* (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 67-100

Gerhard *Botz*, Albert *Müller*: Differenz und Identität. Zur Konstruktion der Zweiten Republik. In: Johann *Burger*, Elisabeth *Morawek* (Hg.): 1945-1995. Entwicklungslinien der zweiten Republik. Sonderband der Halbjahresschrift. Informationen zur politischen Bildung. Wien, 1995. 7-20

Remi *Brague*: Sohnland Europa. In: Peter *Koslowski*, Remi *Brague* (Hg.): Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt. Wien, 1997. 19-40

Remi *Brague*: Europäische Kulturgeschichte. In: Ralf *Elm* (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 25-32

Joana *Breidenbach*: Global, regional, lokal – Neue Identitäten im globalen Zeitalter. In: Karin *Hanika*, Bernd *Wagner* (Hg.): Kulturelle Globalisierung und regionale Identität. Beiträge zum Kulturpolitischen Diskurs. Bonn, 2004. 56-63

Susanne Breuss, Karin Liebhart, Andreas Pribersky: Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich. In: Emil Brix, Hannes Stekl (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, 1997. 395-417

Emil Brix: Widersprüche und Wandlungen im Österreichbewusstsein der Zweiten Republik. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 449-466

Brockhaus in 15 Bänden. Band 4. Oldenburg, 1997. 200

Ernst Bruckmüller: Wiederaufbau in Österreich in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 7-9

Ernst Bruckmüller: Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 10-26

Klaus Brunner: EU, Europarat und OSZE: Gemeinsam für ein stabiles Europa. In: Roland Sturm, Heinrich Pehle (Hg.): Die neue Europäische Union: Die Osterweiterung und ihre Folgen. Opladen, 2006. 111-127

Thomas Bruns: Quantitative Inhaltsanalyse. In: Sven-Uwe Schmitz, Klaus Schubert (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen, 2006. 173-190

Martin Brusis: Zwischen europäischer und nationaler Identität. Zum Diskurs über die Ost-Erweiterung der EU. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 255-272

Erhard Busek: Was heißt „Österreich“? Zu Genesis und Ausprägung des Österreich-Bewusstseins – aus der Sicht der politischen Akteure. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 409-440

Erhard Busek: Österreichs Rolle in einer sich neu formierenden Region. In: Matthias Pape (Hg.): Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 15-24

Erhard Busek: Abstammung allein kann es nicht sein. In: Barbara Coudenhove-Kalergi (Hg.): Meine Wurzeln sind anderswo. Österreichische Identitäten. Wien, 2001. 9-21

Margaret Canovan: Fahنشwingen. Betrachtungen über die Nation. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 72-91

Rudolf de Cillia: Grundlagen und Tendenzen der europäischen Sprachenpolitik. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 231-256

Fritz Csoklich: Nachricht in der Zeitung. In: Heinz Pürer (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, 1996. 50-59

Fritz *Csoklich*: Bericht in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 75-80

Fred *Dallmayer*: The ambivalence of Europe: European culture and its "others". In: Ralf *Elm* (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 75-91

Hermann *Denz*: Krise der Demokratie – Wiederkehr der Führer?. In: Hermann *Denz* (Hg.): Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa. Wien, 2002. 95-113

Jean-Philippe *Derosier*: Als Art Einführung: Von einer Union in Europa bis zur verfassten Union Europas. In: Manfred *Zuleeg*, Marjolaine *Savat*, Jean-Philippe *Derosier* (Hg.): Eine Verfassung für ein Europa mit 25 Mitgliedsstaaten. Vielfalt und Einheit zugleich. Baden-Baden, 2005. 12-24

Dieter *Dörr*: Die europäische Medienordnung. In: Hannes *Haas*, Wolfgang R. *Langenbacher* (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, 2002. 131-179

Klaus *Eder*: Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität. In: Reinhold *Viehoff*, Rien T. *Segers* (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 147-179

Klaus *Eder*, Cathleen *Kantner* (Hg.): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Maurizio *Bach* (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40. Wiesbaden, 2000. 306-331

Hubert Christian *Ehalt*: Intellektuelle Schnittstellen im Globalisierungsprozess. In: Wolfgang *Schmale* (Hg.): Kulturtransfer. Kulturelle Praxis im 16. Jahrhundert. Innsbruck, 2003. 347-352

Hubert Christian *Ehalt*: Europäischer Sonderweg, europäische Identität, europäische Qualitäten. In: Hubert Christian *Ehalt* (Hg.): Schlaraffenland? Europa neu denken. Auf der Suche nach einer neuen Identität für den alten Kontinent. Weitra, 2004. 11-22

Ralf *Elm*: Sichzeigen und Unverfügbarkeit „Europäische Identität“. In: Ralf *Elm* (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 7-24

Gertrude *Enderle-Burcel*: Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 80-93

Michael *Espagne*, Martina *Kaller-Dietrich*, Lutz *Musner*, Renate *Pieper*, Wolfgang *Schmale*: „Kulturtransfer“ – Europäische Geschichte gegen den Strich nationaler Mythen (Podiumsdiskussion in den Wiener Vorlesungen). In: Wolfgang *Schmale* (Hg.): Kulturtransfer. Kulturelle Praxis im 16. Jahrhundert. Innsbruck, 2003. 13-38

Gerda *Falkner*: Österreich und die Europäische Einigung. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 331-340

Gerda *Falkner*: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. In: Herbert *Dachs*, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 82-96

Fritz *Fellner*: Das Problem der österreichischen Nation nach 1945. In: Gerhard *Botz*, Gerald *Sprengnagel* (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich, Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt am Main, 1994. 216-240

Ingrid *Frabberger*, Dieter *Stiefel*: „Enemy Images“: The Meaning of “Anti-Communism” and its Importance for the Political and Economic Reconstruction in Austria after 1945. In: Günter *Bischof*, Anton *Pelinka*, Dieter *Stiefel* (Hg.): The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.8. New Brunswick, 2000. 56-97

Etienne *François*: Auf der Suche nach dem europäischen Gedächtnis. In: Rüdiger *Hohls*, Iris *Schröder*, Hannes *Siegrist* (Hg.): Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte. Wiesbaden, 2005. 250-258

Christiane *Frantz*: Qualitatives Interview. In: Sven-Uwe *Schmitz*, Klaus *Schubert* (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen, 2006. 53-67

Winfried R. *Garscha*: Für eine neue Chronologie der österreichischen Nationsgenese. In: Gerhard *Botz*, Gerald *Sprengnagel* (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich, Identität, Waldheim und die Historiker. Frankfurt am Main, 1994. 346-352

Michael *Gehler*: Österreichs Weg nach Brüssel bis zum Stellen der Beitrittsgesuche. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 29-64

Michael *Gehler*: Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 17. Juli 1989: Mehr Kontinuität oder Diskontinuität. Zur Fortführung einer Historikerkontroverse. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.): Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte. Wien, 2002. 143-210

Michael *Gehler*: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005). In: Herbert *Dachs*, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 35-51

Bernhard *Giesen*: Europa als Konstrukt der Intellektuellen. In: Reinhold *Viehoff*, Rien T. *Segers* (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 130-146

Bernhard *Giesen*: Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive. In: Hartmut *Kaelble*, Martin *Kirsch*, Alexander *Schmidt-Gernig* (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2002. 67-84

Anke *Gimbal*: Unionsbürgerschaft. In: Werner *Weidenfeld*, Wolfgang *Wessels* (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 341-344

Manuela *Glaab*: Die Bürger in Europa. In: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 603-617

Bernhard *Großfeld*: Europäische Identität aus juristischer Sicht. In: Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May* (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 53-65

Jürgen *Habermas*: Why Europe needs a Constitution. In: Erik Oddvar *Erikson*, John Erik *Fossum*, Augustín José *Menéndez* (Hg.): The Chartering of Europe. The European Charter of Fundamental Rights and its Constitutional Implications. Baden-Baden, 2003. 256-274

Christian *Haerpfer*: Nationalratswahlen und Wahlverhalten 1945-1980. In: Peter *Gerlich*, Wolfgang C. *Müller* (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Wien, 1983. 111-149

Ann-Kathrin *Hake*: Inner-European Migration. In: Furio *Cerutti*, Enno Rudolph (Hg.): A Soul for Europe. Volume 2, An Essay Collection. Leuven, 2001. 95-112

Max *Haller*, Stefan *Gruber*: Die Österreicher und ihre Nation – Patrioten oder Chauvinisten? Gesellschaftliche Formen, Bedingungen und Funktionen nationaler Identität. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 61-147

Max *Haller*, Stefan *Gruber*: Die Identität der Österreicher zwischen lokal-regionaler, nationaler und europäischer Zugehörigkeit. 385-387. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 383-430

Max *Haller*, Stefan *Gruber*: Der Nationalstolz der Österreicher im internationalen Vergleich. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 431-499

Max *Haller*: Elf Thesen zu den Grundlagen und Zukunftsperspektiven der nationalen Identität Österreichs und der Österreicher. 502-522. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 501-529

Ulrich *Haltern*: Europäische Verfassung und europäische Identität. In: Ralf *Elm* (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 239-290

Stephan *Hamel*: „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. Die österreichischen Integrationsbestrebungen 1961-1972. In: Michael *Gehler*, Rolf *Steininger* (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 55-86

Ernst *Hanisch*: Reaustrifizierung in der Zweiten Republik und die Probleme eines österreichischen Nationalismus.. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 27-34

Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May*: Vorwort der Herausgeber. In: Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May* (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 9-15

Annette *Heuser*: Der Verfassungsprozess in der öffentlichen Wahrnehmung und die Rolle der Zivilgesellschaft. In: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 26-32

Waldemar *Hummer*: Österreich und die Europäische Union – Beitritt, Rechtsübernahme, Mitwirkung. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 65-143

Waldemar *Hummer*: Bilanz einer zehnjährigen Mitgliedschaft. In: Waldemar *Hummer*, Walter *Obwexer* (Hg.): 10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Bilanz und Ausblick. Wien, 2006. 553-646

Thomas *Jansen*: Die Europäische Union als Antwort auf die Krisen des Jahrhunderts. In: Romain *Kirt* (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 49-58

Wolfram *Kaiser*: The Silent Revolution: Austria's Accession to the European Union. In: Günter *Bischof*, Anton *Pelinka* (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 135-162

Wolfram *Kaiser*: „Une bataille est perdue, mais la guerre reste à gagner“ – Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 und der Durchbruch zur horizontalen Wirtschaftsintegration. In: Romain *Kirt* (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 79-95

Andreas *Khol*: Vom Staat, den niemand wollte, zur österreichischen Nation als Teil der europäischen Friedensordnung. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 119-136

Renate *Kicker*: Die Außenpolitik Österreichs in der Zweiten Republik. In: Johann *Burger*, Elisabeth *Morawek* (Hg.): 1945-1995. Entwicklungslinien der zweiten Republik. Sonderband der Halbjahreschrift. Informationen zur politischen Bildung. Wien, 1995. 61-70

Rudolf *Kirchschläger*: Integration und Neutralität. In: Erich *Bielka*, Peter *Jankowitsch*, Hans *Thalberg* (Hg.): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Wien, 1983. 61-95

Romain *Kirt*: Europa in der Krise – Leidet der Alte Kontinent am „Buddenbrook-Syndrom“? In: Romain *Kirt* (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 17-39

Thomas *Klestil*: Österreichs Weg ins gemeinsame Europa. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 49-58

Martin *Kohli*: Die Entstehung einer europäischen Identität. In: Hartmut *Kaelble*, Martin *Kirsch*, Alexander *Schmidt-Gernig* (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 2002. 111-134

Robert *Kriechbaumer*: Einleitung. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 9-14

Jürgen Kocka: Die Ambivalenz des Nationalstaats. Zur Zukunft einer europäischen Staatsform. In: Mariano Delgado, Matthias Lutz-Bachmann (Hg.): Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 28-50

Helmut Konrad, Werner Suppanz: Die Legitimation der österreichischen Eigenständigkeit durch Rückgriff auf die Geschichte im „Ständestaat“ und in der frühen Zweiten Republik. In: Grenzenloses Österreich: Gesellschaft & Demokratie nach 45. Symposium 1995, o.O. 73-78

Cezary Koscielniak: Verantwortung als Fundament der Identität Europas. Eine theoretische Skizze. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 113-120

Peter Koslowski: Vaterland Europa. Über europäische und nationale Identität. In: Peter Koslowski, Remi Brague (Hg.): Vaterland Europa. Europäische und nationale Identität im Konflikt. 41-70

Wulf Köpke: Was ist Europa, wer Europäer? In: Wulf Köpke, Bernd Schmelz (Hg.): Das gemeinsame Haus Europa. Handbuch zur europäischen Kulturgeschichte. München, 1999. 18-29

Helmut Kramer: Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945-2005). In: Herbert Dachs, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 807-837

Otmar Lahodynsky: Mythos und Lebenslüge der Zweiten Republik. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 44-49

Gregor Leitner: Der Weg nach Brüssel. Zur Geschichte des österreichischen EG-Beitrittsantrages vom 17. Juli 1989. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 87-108

Karin Liebhart: Transformation and Semantic Change of Austrian Neutrality. Its Origins, Development and Demise. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.): Neutrality in Austria. Contemporary Austrian Studies Vol.9. New Brunswick, 2000. 7-36

Wilfried Loth: Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Opladen, 2001. 87-106

Wilfried Loth: Die Mehrschichtigkeit der Identitätsbildung in Europa. Nationale, regionale und europäische Identität im Wandel. In: Ralf Elm (Hg.): Europäische Identität: Paradigmen und Methodenfragen. Baden-Baden, 2002. 93-109

Hermann Lübke: Große und kleine Räume – die europäische Einigung in der zivilisatorischen Evolution. In: Konferenz der Akademie der Wissenschaft und Literatur (Hg.): Europa – Idee, Geschichte, Realität. 2. Symposium der Akademie der Wissenschaften. Mainz, 1996. 159-183

Paul Luif: Österreich. In Werner Weidenfeld (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 183-195

Paul *Luif*: Österreich und die Europäische Union. In: Herbert *Dachs*, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 862-883

Matthias *Lutz-Bachmann*: Europa im Übergang. Zwischen altem Nationalstaat und neuer „Kontinentalstaatlichkeit“. In: Mariano *Delgado*, Matthias *Lutz-Bachmann* (Hg.): Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 68-76

Paul Michael *Lützel*: Paris und Wien oder der kontinentale Grundkonflikt. Zur Konstruktion einer multikulturellen Identität in Europa. In: Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*, Rainer *Bauböck* (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 36-54

Thomas *Macho*: Die letzten Fremden: Feiertage der Zweiten Republik. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 44-59

Gerald *Mader*: Wie realistisch ist eine europäische Friedenspolitik? In: *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* (Hg.): Neutralität im Neuen Europa. Österreichs Beitrag zur Finalität der Union. Münster, 2004. 37-43

Gerhard *Maletzke*: Integration – eine gesellschaftliche Funktion der Massenkommunikation. In: Hannes *Haas*, Otfried *Jarren* (Hg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. Wien, ³2002. 69-76

Walter *Manoschek*: Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945-55. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 94-106

Walter *Manoschek*, Thomas Geldmacher: Vergangenheitspolitik. In: Herbert *Dachs*, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 577-593

Franz *Mathis*: 1000 Years of Austria and Austrian Identity: Founding Myths. In: Günter *Bischof*, Anton *Pelinka* (Hg.): Austrian Historical Memory & National Identity. Contemporary Austrian Studies Vol.5. New Brunswick, 1997. 20-31

Gerhard *Maurer*: Meinung in der Zeitung: Glosse, Kommentar, Leitartikel. In: Heinz *Pürer* (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, ⁴1996. 178-186

Norbert *Mayer*: Wirklichkeit und Möglichkeit der Integration. In: Matthias *Pape* (Hg.): Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 113-127

Hans *Mayrzedt*: Österreich und die handelspolitische Spaltung Westeuropas. In: Waldemar *Hummer* (Hg.): Österreichs Integration in Europa 1948 -1989. Von der OEEC zur EG. Wien, 1990. 49-68

Christian *Meier*: Welches Europa für welche Bürger?. In: Karl *Acham* (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 19-35

Freda *Meißner-Blau*: Was heißt „Österreich“? Zu Genesis und Ausprägung des Österreichbewusstseins. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 441-448

Almut Metz: Den Stier bei den Hörnern gepackt? Definition, Werte und Ziele der Europäischen Union im Verfassungsprozess. In: Werner Weidenfeld (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 49-58

Michael Meuser, Ulrike Nagel: Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Alexander Bogner, Beate Littig, Wolfgang Menz (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen, 2002. 71-93

Christian O. Meyer: Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Ansgar Klein, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 231-245

Georg Michels: Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 13-24

Michael Mitterauer: Die Entwicklung Europas – ein Sonderweg? Legitimationsideologie und die Diskussion der Wissenschaft. In: Hubert Christian Ehalt (Hg.): Schlaraffenland? Europa neu denken. Auf der Suche nach einer neuen Identität für den alten Kontinent. Weitra, 2004. 25-50

Franz Muhri: Die Zweite Republik Österreich – historische Entwicklungslinien. In: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 161-182

Richard Münch: Europäische Identitätsbildung – Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung. In: Reinhold Viehoff, Rien T. Segers (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 223-252

Richard Münch: Demokratie ohne Demos. Europäische Integration als Prozess des Institutionen- und Kulturwandels. In: Wilfried Loth, Wolfgang Wessels (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Opladen, 2001. 177-203

Herfried Münkler: Wo liegt Europa? Mythos und politische Idee. In: Gert-Joachim Gläßner, Klaus Sühl (hg.): Auf dem Weg nach Europa. Europäische Perspektiven nach dem Ende des Kommunismus. Opladen, 1994. 11-29

Herfried Münkler: Die politische Idee Europa. In: Mariano Delgado, Matthias Lutz-Bachmann (Hg.): Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität. München, 1995. 9-27

Heinrich Neisser: Auf der Suche nach Europa. In: Hermann Denz (Hg.): Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa. Wien, 2002. 241-254

Willibald Pahr: Österreich in der Welt. In: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.): Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955-1990. Österreichische Nationalgeschichte nach 45, Band 2. Wien, Köln, Weimar, 2002

Günter *Paier*: Menschen im Übergang. Österreichbilder und nationale Identität von Ex- und NeoösterreicherInnen. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 149-208

Matthias *Pape*: Einleitung. In: Matthias *Pape* (Hg.): Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 7-11

Alfred *Payrleitner*: Ist Österreich reformierbar? In: Alfred *Payrleitner* (Hg.): Die Fesseln der Republik. Ist Österreich reformierbar? Wien, 2002. 7-26

Anton *Pelinka*: Innenansicht: Rollenbild und Rollenwahrnehmung Österreichs als Akteur in der EU. In: Heinrich *Neisser*, Sonja *Puntscher-Riekmann* (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 17-36

Anton *Pelinka*: Europa und die österreichische Identität. In: Matthias *Pape* (Hg.): Österreich – Von der Monarchie zum EU-Partner. Baden-Baden, 2000. 75-83

Anton *Pelinka*: Österreich – vom „Sonderfall“ zum „Anlassfall“. Abschließender Kommentar. In: Michael *Gehler*, Anton *Pelinka*, Günter *Bischof* (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 609-619

Peter *Pelinka*: Österreich 1945-1998. Eine Bestandsaufnahme aus journalistischer Sicht. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 183-195

Frank R. *Pfetsch*: The Politics of Culture and Identity in Europe. In: Furio Cerutti, Enno Rudolph (Hg.): A Soul for Europe. Volume 2, An Essay Collection. Leuven, 2001. 113-132

Melanie *Pieperschneider*: Ein gescheiterter Integrationsversuch als Geburtshelfer – Der Europarat und die Anfänge der europäischen Einigung. In: Romain *Kirt* (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 69-77

Fritz *Plasser*, Peter A. *Ullram*: Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt. In: Anton *Pelinka* (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien, 1994. 87-119

Johannes *Pollak*, Peter *Slominski*: Die österreichischen politischen Parteien und die europäische Integration. In: Heinrich *Neisser*, Sonja *Puntscher-Riekmann* (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 177-183

Johannes *Pollak*, Peter *Slominski*: Europäische Demokratie im Schnittpunkt von parlamentarischem und regulativem Modell. In: Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*, Rainer *Bauböck* (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 257-279

Martin *Posselt*: „Ich bin seit dem Zusammenbruch meines österreichisch-ungarischen Vaterlandes ein überzeugter europäischer Patriot“. Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und Österreich 1940-1950. In: Michael *Gehler*, Rolf *Steininger* (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 367-404

Manfred *Prisching*: Im Lande der Ambivalenzen. Mentalitäten zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 639-676

Reinhard *Rack*: Der Europagedanke in Österreich. In: Michael *Salewski* (Hg.): Nationale Identität und Europäische Einigung. Göttingen, Zürich, 1991. 242-266

Oliver *Rathkolb*: Außenansichten auf Staatsvertrag und Neutralität zwischen Mythos und Realpolitik. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.): Wiederaufbau in Österreich 1945-1955. Rekonstruktion oder Neubeginn? Wien, 2006. 162-185

Walter *Rauscher*: Europa in der österreichischen Außenpolitik. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.): Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte. Wien, 2002. 131-142

Walter *Reese-Schäfer*: Supranationale oder transnationale Identität. Zwei Modelle kultureller Integration in Europa. In: Reinhold *Viehoff*, Rien T. *Segers* (Hg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, 1999. 253-266

Wolfgang *Reinhard*: Europäische Einigung aus historischer Sicht. In: Karl *Acham* (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 41-49

Kurt *Reumann*: Journalistische Darstellungsformen. In: Elisabeth *Noelle-Neumann*, Winfried *Schulz*, Jürgen *Wilke* (Hg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. Frankfurt am Main, 2002. 126-152

Josef *Riegler*: „50 gute Jahre für Österreich“. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 59-86

Erwin *Riess*, Norbert *Winkler*: Die österreichischen Parteiprogramme seit 1945. In: Peter *Gerlich*, Wolfgang C. *Müller* (Hg.): Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945. Wien, 1983. 201-221

Dieter *Ronte*: Europäische Identität aus kunsthistorischer Sicht. In: Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May* (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 45-51

Manfred *Rotter*: Der Staatsvertrag. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 122-132

Dieter *Rucht*, Emanuel *Richter*, Ansgar *Klein*: Einführung: Zugänge zur Demokratief Frage in der EU. In: Ansgar *Klein*, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 23-29

Enno *Rudolph*: Historical Manifestations of European Identity and its Failures. In: Furio *Cerutti*, Enno *Rudolph* (Hg.): A Soul for Europe. Volume 1, A Reader. Leuven, 2001. 145-160

Holger *Rust*: Gefühle, Stimmungen, Konventionen und Erwartungen: Die komplizierten Hintergründe der politischen Überzeugungsarbeit. In: Holger *Rust* (Hg.): Europa-Kampagnen. Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz. Wien, 1993. 175-225

Maciej *Salamon*: Der Begriff Europa in der Spätantike und in Byzanz. In: Heiner *Timmermann* (Hg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin, 1998. 19-30

Christian *Schaller*: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“? Die österreichische EU-Debatte im Vorfeld der Volksabstimmung unter besonderer Berücksichtigung von Konfliktlinien im Parteiensystem – ein Rekonstruktionsversuch. In: Anton *Pelinka* (Hg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien, 1994. 49-85

Manfred *Scheich*: Das Brechen eines politischen Tabus – Österreichs Weg in die EU. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreich und Europa. Beiträge zu Geschichte und Politik der europäischen Einigung um die Jahrtausendwende. Wien, 2000. 15-28

Manfred *Scheich*: Stationen auf Österreichs Weg zum EU-Beitritt. In: Waldemar *Hummer*, Walter *Obwexer* (Hg.): 10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Bilanz und Ausblick. Wien, 2006. 3-16

Hans-Joachim *Schlüter*: Reportage in der Zeitung. In: Heinz *Pürer* (Hg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg, 1996. 126-138

Wendelin *Schmidt-Dengler*: Ach Österreich. In: Wolfgang *Streitenberger* (Hg.): Österreichs Zukunft ist Europa. Wien, 1997. 81-90

Otto *Schmuck*: Europa der Regionen. In: Werner *Weidenfeld*, Wolfgang *Wessels* (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 135-139

Heinrich *Schneider*: Österreich als Mitglied der Europäischen Union: Sicherheitspolitik zwischen Neutralität und Allianzbeitritt. In: Michael *Gehler*, Anton *Pelinka*, Günter *Bischof* (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien, Köln, Weimar, 2003. 333-376

Franz *Schuh*: Der ORF als Identitätsspende und als gestörte Identität. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 60-71

Winfried *Schulz*: Inhaltsanalyse. In: Elisabeth *Noelle-Neumann*, Winfried *Schulz*, Jürgen *Wilke* (Hg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. Frankfurt am Main, 2002. 42-63

Hagen *Schulze*: Europäische Identität aus historischer Sicht. In: Wilhelm *Heinrichsmeyer*, Klaus *Hildebrand*, Bernhard *May* (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 17-43

Hagen *Schulze*: Europa: Nation und Nationalstaat im Wandel. In: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 49-75

Hagen *Schulze*: Europa wächst zusammen. In: Wolfgang *Behringer* (Hg.): Europa. Ein historisches Lesebuch. München, 1999. 305-307

Olaf *Schwencke*: Das Europa der Kulturen. Kulturpolitik auf dem Weg zu einer europäischen Zivilgesellschaft. In: Karin *Hanika*, Bernd *Wagner* (Hg.): Kulturelle Globalisierung und regionale Identität. Beiträge zum kulturpolitischen Diskurs. Bonn, 2004. 171-178

Hans-Peter *Siebenbauer*: Europäisches Fernsehen. Mehrsprachiges, grenzüberschreitendes Fernsehen als Instrument des Einigungsprozesses? In: Hannes *Haas*, Wolfgang R. *Langenbacher* (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien, 2002. 180-190

Peter *Slominski*: Bürokratie und Demokratie. In: Heinrich *Neisser*, Sonja *Puntscher-Riekmann* (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 153-175

Alexander *Somek*: Europa als Rechtsgemeinschaft. Oder: Walter Hallstein ernst genommen. In: Monika *Mokre*, Gilbert *Weiss*, Rainer *Bauböck* (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 207-229

Gustav *Spann*: Der österreichische Nationalfeiertag. In: Emil *Brix*, Hannes *Stekl* (Hg.): Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien, Köln, Weimar, 1997. 145-169

Marianne van de *Steeg*: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Ansgar *Klein*, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 169-190

Dieter *Stiefel*: Die österreichische Wirtschaft seit 1950. In: Herbert *Dachs*, et al (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006. 64-81

Jan *Suc*: Aspekte der europäischen Integration und des Identitätsgefühl des Europäers. In: Janusz *Wisniewski*, Cezary *Koscielniak* (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 97-102

Emmerich *Talos*, Bernhard *Kittel*: Sozialpartnerschaft. Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik. In: Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Talos* (Hg.): Österreich 1945-95. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien, ²1996. 107-121

Peter *Teibenbacher*: Die Ausformung der österreichischen Identität während kritischer, zeithistorischer Ereignisse 1945-1996. In: Max *Haller* (Hg.): Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien, Köln, Weimar, 1996. 209-270

Guido *Thiemeyer*: Die Ursachen des „Demokratiedefizits“ der Europäischen Union aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive. In: Wilfried *Loth* (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrtausends. Opladen, 2001. 27-47

Armin *Thurnher*: Zum Versagen der symbolischen Ordnung in Österreich. Zehn Mutmaßungen zu alten und neuen populistischen Figuren in der österreichischen Öffentlichkeit. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 86-99

Heiner *Timmermann*: Die Idee Europa. In: Heiner *Timmermann* (Hg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin, 1998. 7-18

Hans-Jörg *Trenz*, Ansgar *Klein*, Ruud *Koopmans*: Demokratie-, Öffentlichkeits- und Identitätsdefizite in der EU: Diagnose und Therapiefähigkeit. In: Ansgar *Klein*, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 7-19

Hans-Jörg *Trenz*: Einführung: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. In: Ansgar *Klein*, et al (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen, 2003. 161-168

Achim *Trunk*: Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? Die Debatten in den europäischen Versammlungen 1949 bis 1954. In: Wilfried *Loth* (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrtausends. Opladen, 2001. 49-80

Jürgen *Turek*: Standort Europa. In: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 462-479

Heidemarie *Uhl*: „Nur jener, der mit seiner Vergangenheit im Reinen ist, hat die Hände frei für die Zukunft.“ Zur Frage der Instrumentalisierung von „Vergangenheitsbewältigung“. In: Lutz *Musner*, Gotthart *Wunberg*, Eva *Cescutti* (Hg.): Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik. Innsbruck, 2002. 10-26

Peter A. *Ullram*: Die Parteien in der medialen Wahlkampfarena. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Wahlkämpfe. Sprache & Politik. Wien, 2002. 113-127

Peter A. *Ullram*: Einstellung der Österreicher zur EU. In: Heinrich *Neisser*, Sonja *Puntscher-Riekmann* (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien, 2002. 65-79

Gaby *Umbach*, Wolfgang *Wessels*: Entwicklungsstrategien der Europäischen Union zwischen Erweiterung und Vertiefung. Zur Notwendigkeit begrenzter, aber tragfähiger Reformen. In: Winand *Gellner*, Gerd *Strohmeier* (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 151-161

Franz *Urlesberger*: Die Marginalisierung Österreichs im europäischen Integrationsgeschehen nach Auflösung der OEEC/ EZU. In: Waldemar *Hummer* (Hg.): Österreichs Integration in Europa 1948 -1989. Von der OEEC zur EG. Wien, 1990. 19-47

Franz *Vranitzky*: Gegen den Strom. In: Robert *Kriechbaumer* (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung. Die Sicht von innen. Band 1. Wien, 1998. 87-101

Claire *Wallace*: What is an Austrian? Regional, national and European identity among young Austrians. In: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hg.): „Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!“ Wien, 2005. 133-154

Werner *Weidenfeld*: Europa – aber wo liegt es? In Werner *Weidenfeld* (Hg.): Europa-Handbuch. Gütersloh, 1999. 19-48

Werner *Weidenfeld*: Europäische Einigung im historischen Überblick. In: Werner *Weidenfeld*, Wolfgang *Wessels* (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn, 2002. 10-50

Werner *Weidenfeld*: Europa eine zuverlässige Ordnung geben: Weichenstellung für den künftigen Integrationsprozess. In: Werner *Weidenfeld* (Hg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse. Gütersloh, 2005. 13-25

Gilbert Weiss: Die vielen Seelen Europas. Eine Analyse „neuer“ Reden zu Europa. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 183-206

Florian Weiß: „Gesamtverhalten: Nicht sich in den Vordergrund stellen“. Die österreichische Bundesregierung und die westeuropäische Integration 1947-1957. In: Michael Gehler, Rolf Steininger (Hg.): Österreich und die europäische Integration. Wien, Köln, Weimar, 1993. 21-54

Wolfgang Wessels: Europäische Identität aus politischer Sicht. In: Wilhelm Heinrichsmeyer, Klaus Hildebrand, Bernhard May (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonn, 1995. 101-122

Ruth Wodak, Sonja Puntischer-Riekman: „Europe for All“ – diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten. In: Monika Mokre, Gilbert Weiss, Rainer Bauböck (Hg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen. Frankfurt am Main, 2003. 283-303

Wolfgang Wolte: Der Weg Österreichs in die Europäische Union.. In: Ernst Bruckmüller (Hg.): Europäische Dimensionen österreichischer Geschichte. Wien, 2002. 211-216

Wichard Woyke: Die Ablehnung der Fouchet-Pläne oder die Krise der europäischen Verfasstheit. In: Romain Kirt (Hg.): Die europäische Union und ihre Krisen. Baden-Baden, 2001. 97-109

Barbara Zehnpfennig: Vorbild Amerika? Multi-Kulturalismus, Verfassungspatriotismus und die Einheit der Nation. In: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hg.): Identität und Fremdheit. Eine amerikanische Leitkultur für Europa? Baden-Baden, 2001. 113-119

Barbara Zehnpfennig: Abschied von der Nation? Nationale Identität im Zeitalter der Globalisierung. In: Karl Acham (Hg.): Europa – wohin? Wien, 2002. 139-152

Ingeborg Zelinka: Zur Schaffung von Identität – Österreich und Polen in Europa. In: Karl Acham, Katharina Scherke (Hg.): Kontinuitäten und Brüche in der Mitte Europas. Lebenslagen und Situationsdeutungen in Zentraleuropa um 1900 und 2000. Wien, 2003. 79-91

Christof Zernatto: „Europa der Regionen“: Vielfalt in der Einheit. In: Wolfgang Streitenberger (Hg.): Österreichs Zukunft ist Europa. Wien, 1997. 175-188

Peter Zervakis: Der Wandel des europäischen Nationalstaates unter dem Druck von Globalisierung und Europäisierung. In: Janusz Wisniewski, Cezary Koscielniak (Hg.): Ist die Identität Europas möglich? Zu philosophischen, politischen und historischen Aspekten einer europäischen Identität. Berlin, 2003. 63-95

Clemens Zintzen: Europa – Gedanken zum Ursprung seiner Kultur. In: Konferenz der Akademie der Wissenschaft und Literatur (Hg.): Europa – Idee, Geschichte, Realität. 2. Symposium der Akademie der Wissenschaften. Mainz, 1996. 13-24

o.V.: Die historische Erklärung Robert Schumans vom 09. Mai 1950. In: Manfred Zuleeg, Marjolaine Savat, Jean-Philippe Derosier (Hg.): Eine Verfassung für ein Europa mit 25 Mitgliedsstaaten. Vielfalt und Einheit zugleich. Baden-Baden, 2005. 9-11

Zeitschriften:

Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 1, 29. Jahrgang, 1989. 103-105

Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 3, 31. Jahrgang, 1991. 440

Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 36. Jahrgang, 1996. 218

Bildstatistik. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 43. Jahrgang, 2003. 227

András *Bozóki*: Für eine kulturelle Erneuerung Europas. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 83-89

Günther *Burkert-Dottolo*: Exkurs: Heimat und Identität in Österreich. In: Politische Studien. Zweimonatsschrift für Politik und Zeitgeschehen. Sonderheft 2: Heimat Bayern – Identität mit Tradition und Zukunft. 54. Jahrgang, 2003. 93-101

Jan *Delhey*: Transnationales Vertrauen in der erweiterten EU. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 38. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 13. September 2004. 6-13

Caspar *Einem*: Braucht die Europäische Union eine Verfassung? Der Post-Nizza-Prozeß in zweierlei Perspektive. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 4, Jahrgang 29, 2001. 79-89

Klaus-Dieter *Frankenberger*, Günther *Nonnenmacher*: Überladen, überdehnt – die Europäische Union in der Krise. 3. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 3, 33. Jahrgang, 2005. 3-8

Bronisław *Geremek*: Zur inneren Einheit des wiedervereinigten Europa. In: Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 25-36

Florian *Grotz*: „Europäisierung“ der Bundesstaatsreform? Zur Übertragung des EU-Konventsmodells in Deutschland und Österreich. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 1, 46. Jahrgang, 2005. 110-131

Ulrike *Guérot*: Zehn Punkte für ein Europa in besserer Verfassung. In: Internationale Politik. Nummer 8, 59. Jahrgang, 2004. 99-104

Michaela *Hickersberger*, Johannes *Lutter*: Die Europaparlamentswahlen 1996 in Österreich und die europäische Normalität. In: SWS-Rundschau. Heft 3, 36. Jahrgang, 1996. 380-400

Michaela *Hickersberger*, Johannes *Lutter*: Der Europaparlamentwahlkampf 1999 aus demokratietheoretischer Perspektive. In: SWS-Rundschau. Heft 4, 39. Jahrgang, 1999. 293-328

Cathleen *Kantner*: Gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen und die Entstehung einer supranationalen europäischen Identität. In: Berliner Debatte Initial. Heft 4, 15. Jahrgang, 2004. 85-91

Helmut *Kramer*: Öffentliche Meinung und die österreichische EG-Entscheidung im Jahre 1989. In: SWS-Rundschau. Heft 2, 31. Jahrgang, 1991. 191-202

Nadja *Lamei*: Europäische Integration und europäische Identität. Theoretische Konzepte – empirische Ergebnisse für Österreich. In: SWS-Rundschau. Heft 4, 43. Jahrgang, 2003. 523-546

M. Rainer *Lepsius*: Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage 38. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 13. September 2004. 3-5

Wilfried *Loth*: Europäische Identität in historischer Perspektive. ZEI Discussion Paper. Bonn, 2002.

Eckhard *Lübckemeier*: Abenteuer Europa. Aus der EU kann und sollte ein weltpolitischer Akteur werden. In: Internationale Politik. Nummer 12, 58. Jahrgang, 2003. 45-50

Kiran Klaus *Patel*: Europas Symbole. Integrationsgeschichte und Identitätssuche seit 1945. In: Internationale Politik. Nummer 4, 59. Jahrgang, 2004. 11-18

Anton *Pelinka*: Zwischen allen Klischees. Das Auf und Ab des Österreich-Bildes. 103. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 33. Jahrgang, 2005. 103-111

Walter *Schilling*: Europa und die Türkei – eine schwierige Beziehung. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 1, 34. Jahrgang, 2006. 103-108

Wolfgang *Schmale*: Suche nach europäischer Identität. Schlussfolgerungen aus „Non“, „Nee“, und „Honte“. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 2005, Heft 3, 33. Jahrgang. 35-45

Heidemarie *Uhl*: Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Heft 1, Jahrgang 30, 2001. 19-34

Andreas *Unterberger*: Europa neu gründen. In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 3, 33. Jahrgang, 2005. 73-79

Bettina *Westle*: Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: Politische Vierteljahresschrift. Heft 4, 44. Jahrgang, 2003. 453-482

Heinrich August *Winkler*: Was heißt westliche Wertegemeinschaft? In: Internationale Politik. Nummer 4, 62. Jahrgang, 2007. 66-85

Peter A. *Zervakis*, Dominik *Hierlemann*: Wie geht es weiter, Europa? In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Heft 3, 33. Jahrgang, 2005. 63-72

Internet:

Europäische Gemeinschaften: Europa Sprachenportal. Online unter: <http://europa.eu/languages/de/chapter/18> (23. Februar 2007)

Europäische Kommission: Public Opinion. Online unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb1/eb1_en.pdf. (12. März 2006)

Kulturamt (MA 7): Wiener Straßennamen und ihre historische Bedeutung. Online unter: http://www.wien.gv.at/strassenlexikon/internet/Suche.aspx?__WEBTRANSACTIONCALL=243pnkxs2xbyzdy0nlia1evxim36BD510179XFEF7X4342XA597XC8EBC866FB230112RGllc2VylFZvcmdhbmcd3VyZGUgYmVvZWl0cyBhYmdl2NobG9zc2VuLCBiaXR0ZSBnZWJlbiBTaWUgbmV1ZSBTdWNoa3JpdGVyaWVvIGVpbi4%3d&__VIEWSTATE=ONSERVE&advadrwebappID=31497342-16c9-4e81-9800-cf324f7c1ec3#magwienscroll. (20. Mai.2007)

Wolfgang Lutz: Europäische Identität nimmt durch demographische Kräfte zu. Online unter: <http://www.iiasa.ac.at/Research/POP/POPNET/popnet38.pdf>. (15. Juli 2007)

Magforum: Robert Maxwell's The European: Online unter: <http://www.magforum.com/european.htm>. (30. Juni 2007)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Das Meinungsbild der Österreicher zu aktuellen „Europa-Themen“: Konvent – Erweiterung – Euro – Mitgliedschaft. Online unter: http://cms.euro-info.net/received/_1947_KurzfassungPK.pdf. (28. November 2005)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: EU aktuell: „Mini-Referendum“ über die EU-Verfassung, EU-Mitgliedschaft und die Folgen. Online unter: http://cms.euro-info.net/received/_3119_Studie.pdf. (27. November 2005)

Statistik Austria: Bevölkerungsstand Österreich, Stand 23.5.2007. Online unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_jahres-_und_quartalswerte/bevoelkerung_zu_jahres-_quartalsanfang/022497.html, (25. August 2007)

Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen: Internationaler Karlspreis zu Aachen. Online unter: <http://www.karlspreis.de/index.php?id=11> (27. Jänner 2007)

Abbildungen

Abbildung 1: Michael Gehler: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung. München, 2005. 66

Abbildung 2: Peter Diem: Die Symbole der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Online unter: <http://peter-diem.at/EU/EU.htm>. 17. August 2007

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

Liste der ausgewerteten Zeitungsartikel

Interview-Leitfaden

Experteninterviews

Fragebogen

Zusammenfassung

Abstract

Lebenslauf

Abkürzungsverzeichnis

CEEC: Committee of European Economic Cooperation
EAG: Europäische Atomgemeinschaft
ECU: European Currency Unit
EEA: Einheitliche Europäische Akte
EFTA: European Free Trade Association
EG: Europäische Gemeinschaften
EGKS: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion
EPG: Europäische Politische Gemeinschaft
EPU: Europäische Parlamentarier Union
EPZ: Europäische politische Zusammenarbeit
ERP: European Recovery Program, auch Marshallplan
EU: Europäische Union
EVG: Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR: Europäischer Wirtschaftsraum
EWS: Europäisches Währungssystem
GASP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
NATO: North Atlantic Treaty Organisation
OECD: Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC: Organisation for European Economic Co-operation
PfP: NATO Partnership for Peace
RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
UEF: Union europäischer Föderalisten
UNO: United Nations Organisation
UNRRA: United Nations Relief and Rehabilitation Administration
WEU: Westeuropäische Union
WWU: Wirtschafts- und Währungsunion

Liste der Artikel

Datum	Titel	Laufnr	Seite
	Kronen Zeitung		
15.05.1959	Westen läßt Katze aus dem Sack	K1	2
16.06.1959	Westen für Vertagung	K2	2
15.11.1962	Otto Moldens neue Europapartei EFP spricht die Unzufriedenen an. Die neue Partei hat mehr Chancen als man glaubt.	K3	3
15.01.1965	Vor dem Erhard-Besuch in Paris: De Gaulle wird nicht nachgeben.	K4	2
15.04.1966	Analyse einer aktuellen Frage: Welche Folgen hat EWG für uns?	K5	2
15.01.1967	Erfolgreicher Dialog mit de Gaulle: Neue Belebung der Achse Bonn-Paris	K6	2
15.09.1967	Pompidou-Besuch mit Ostpolitik, Integration und Heurigenabend.	K7	2
15.03.1969	Minister Strauß glaubt an Europa, die Atombombe und an Deutschland.	K8	2
15.01.1972	Industrie: EWG bot zu wenig.	K9	18
15.07.1972	EWG-Angebot an Landwirtschaft	K10	21
15.09.1972	Alle für die EWG-Verträge	K11	3
15.09.1974	Giscard lud zum "Euro-Dinner".	K12	4
15.03.1985	Sinowatz vor EG: Österreich führt Umweltautos im Alleingang ein.	K13	3
15.12.1987	Kein Hindernis für einen EG-Beitritt Österreichs.	K14	2
15.03.1988	Rom ist die teuerste Hauptstadt der EG!	K15	4
15.07.1988	Neuer Notenbankchef Klauhs sieht Chancen für unsere Wirtschaft: Österreich sollte Brückenfunktion bei Öffnung des Ostblockes nutzen.	K16	3
15.10.1988	Politbüro: "Ja" zu Euro-Gespräch Gorbatschow - Vranitzky	K17	3
15.03.1989	Streit in der EG um "Dallas" & Co	K18	4
15.06.1989	Die EFTA-Länder	K19	3
15.05.1991	Kompromiß in Brüssel bringt Einigung über EWR-Verträge.	K20	3
15.09.1991	Die Deutschen verlieren die Geduld: EG-Friedenstruppen nach Jugoslawien?	K21	2
15.11.1991	"Land gegen Frieden": Kroatien wehrt sich gegen das EG-Diktat.	K22	2
15.01.1992	Heute rollt einheitliche EG-Anerkennungswelle.	K23	2
15.10.1992	Europaparlament: Transitvertrag mit Österreich ist neu zu verhandeln!	K24	2
15.12.1992	Kanzler: Österreichs EG-Beitritt als Chance und Herausforderung.	K25	3
15.03.1993	EG-Verhandlungen	K26	3
15.07.1993	Transitvertrag	K27	3
15.12.1993	Probleme mit Transitvertrag	K28	3
15.01.1994	ÖVP: Zu schwach für die EU?	K29	4
15.04.1994	Vranitzky: Klares JA zu Europa!	K30	1+2
15.06.1994	EU fordert "AUS" für Tschernobyl!	K31	1+2
15.06.1994	Typisch österreichische Lösung um Unterschrift auf EU-Vertrag	K32	3
15.12.1994	Nach Kampfabstimmung: Klestil's Rechte bleiben!	K33	2
15.01.1995	Fischler im Schlaraffenland	K34	10
15.06.1995	"Zusammenarbeit in Terror-Bekämpfung klappt nicht!"	K35	2
15.12.1995	Österreichs Beschäftigungspolitik als Heilmittel für die EU-Probleme.	K36	3
15.02.1996	Trotz Kritik aus Brüssel: Unsere Sparbücher bleiben anonym!	K37	2
15.11.1996	Nach "Erdbeben" bei EU-Wahl SPÖ, ÖVP, FPÖ nun Kopf an Kopf.	K38	2
15.12.1996	So will uns die Regierung den "Euro" schmackhaft machen.	K39	4
15.01.1997	EU-Parlamentschef	K40	2
15.05.1997	"Euro" spaltet Frankreich - quer durch die Parteien.	K41	3
15.06.1997	Amsterdam und Arbeitslosigkeit: Gipfel der europäischen Schande.	K42	2
15.07.1997	Glaubhafte Euro-Auskunft?	K43	4
15.10.1997	EU-Prognose für Österreich: Wirtschaft gibt wieder Gas.	K44	4
15.11.1997	Gipfel der (letzten) Hoffnung.	K45	4+5
15.12.1997	Iran-Präsident Chatami hofft auf Österreichs EU-Präsidentschaft	K46	2
15.12.1997	Nach Nein zum Euro: "Böses Erwachen" für Briten-Premier.	K47	3
15.01.1998	Haschisch straffrei und Heroin auf ärztliche Verschreibung?	K48	2
15.01.1998	Algerien: "Nein" zu EU-Troika.	K49	3
15.01.1998	64 Prozent für Euro	K50	3
15.07.1998	Ende der Anonymität für Sparbücher kommt.	K51	4
15.12.1998	EU-Osterweiterung kommt erst nach dem Jahr 2002.	K52	6
15.02.1999	Bankgebühren	K53	3
15.03.1999	Vor Köpferollen in EU-Führung	K54	1+4
15.05.1999	EU muß jetzt auf Anti-Atomkurs!	K55	12+13
15.06.1999	Denkzettel-Wahlen in ganz Europa.	K56	2
15.06.1999	Kampf um 3 Millionen Nichtwähler	K57	4+5
15.06.1999	Die Wähler sind müde.	K58	4

15.06.1999	"Computersalat" schuld am überlangen Wahlabend.	K59	4
15.10.1999	Ringen um gemeinsame Regeln für Asylrecht und Strafverfolgung.	K60	2
15.12.1999	Wieder Euro-Tief.	K61	6
15.02.2000	Ferrero startet die Gegenoffensive Österreichs.	K62	2+3
15.02.2000	"Sanktionen dauern bis 2001"	K63	3
15.03.2000	EU-Sanktionen: Die Opposition zeigt Regierung kalte Schulter.	K64	2
15.03.2000	Anti-Österreich-Hetze löst jetzt in Belgien Gegenbewegung aus.	K65	3
15.05.2000	Schüssel appelliert an Schröder, Meinung der Menschen zu folgen.	K66	2
15.06.2000	EU-Sanktionen: Nun doch eine offene Tür?	K67	4
15.07.2000	Weisenrat-Treffen	K68	2
15.07.2000	EU-Sanktions-Eiertanz wird immer abstruser.	K69	4
15.09.2000	Der EU-"Ketzer" Verheugen widerruft "Volksbefragung".	K70	2
15.10.2000	Schüssel - Schröder: Ende der Eiszeit?	K71	4
15.11.2000	Euro-Skepsis	K72	2
15.02.2001	Riesenkraich Österreich - EU	K73	10+11
15.02.2001	Wo die größten "Euromuffel" sind.	K74	4
15.03.2001	EU-Erweiterung: "Übergangsfrist muss flexibler gehalten sein"	K75	2
15.04.2001	Internationale "Europa-Polizei" soll EU-Außengrenze im Osten sichern.	K76	2
15.05.2001	EU ist plötzlich sehr kleinlaut	K77	1+2+3
15.06.2001	Beim EU-Gipfel unfreundlicher Empfang für US-Präsident Bush.	K78	2
15.09.2001	EU scheut keine Mühen, damit die Terroristen bestraft werden.	K79	7
15.11.2001	Sogar eigene Prüfer kritisieren EU-Atompolitik.	K80	8
15.12.2001	Euro-Schein lag im Opferstock!	K81	8
15.01.2002	Eurogene Zone	K82	3
15.02.2002	"Euro-Bilanz" der Banken.	K83	4
15.04.2002	Vor Kraftprobe mit EU & Tschechien.	K84	1+3
15.10.2002	Der EU-Saurier.	K85	4
15.11.2002	"Vom Euro krieg ich Ausschlag"	K86	10+11
15.12.2002	Tiefe Kluft zwischen EU und Österreich.	K87	1+2+3
15.12.2002	Transit: Van Staa attackiert Joschka Fischer.	K88	4+5
15.05.2003	USA wollen EU mit WTO-Klage Gen-Lebensmittel aufzwingen.	K89	3
15.06.2003	Tschechen für EU-Beitritt	K90	2
15.07.2003	Die Arbeitslosenraten der EU-Länder steigen.	K91	4
15.09.2003	Mitleideffekt hatte keine Wirkung . Schweden: Klares Nein gegen Euro.	K92	2
15.10.2003	Halbe Steuern für EU-Bonzen	K93	1+4
15.12.2003	Kommt EU der zwei Geschwindigkeiten?	K94	6+7
15.01.2004	Machtkampf in Brüssel: Klage bei Gericht das falsche Signal.	K95	3
15.01.2004	Euro schwächer	K96	5
15.02.2004	So bereichern sich die EU-Politiker	K97	26+27
15.04.2004	Wie H.-P. Martin EU-Spesenrittern weiter auf die Finger schauen kann.	K98	2
15.04.2004	Polens "kleiner Bruder"	K99	4+5
15.05.2004	40 Millionen Euro für Ministerberater	K100	2
15.05.2004	EU-Wahl: SPÖ knapp vor ÖVP	K101	3
15.06.2004	Eine Wahl der Rekorde.	K102	3
15.06.2004	Wie H.-P. Martin die FPÖ abstürzen ließ.	K103	3
15.06.2004	Schüssels Chance auf den EU-Chef gestiegen.	K104	4+5
15.07.2004	Müssen wir 150 Millionen mehr an EU zahlen?	K105	3
15.07.2004	Schachspiel um den neuen EU-Kommissar.	K106	3
15.01.2005	Doppelt so viel Euro-Blüten: Fälschungen immer besser.	K107	17
15.02.2005	Euro nicht mehr fälschungssicher.	K108	1+11
15.02.2005	Der EU-Jargon für die Bürger unverständlich.	K109	2
15.04.2005	Rumänien, Bulgarien, Türkei: Beitritt könnte EU-Nettobeitrag verdoppeln.	K110	4
15.04.2005	EU-Außengrenze	K111	5
15.05.2005	Neue Euro-Münzen auch für Österreich.	K112	11
15.06.2005	Slowakei schickt uns Arbeitslose!	K113	1+3
15.06.2005	Österreich elf Jahre Mitglied bei der EU.	K114	2
15.06.2005	EU-Budget: Briten bleiben weiter hart.	K115	4
15.06.2005	Referenden verschoben.	K116	4
15.07.2005	EU kippt das Lkw-Fahrverbot.	K117	1+2+3
15.10.2005	USA und England: Die Türkei als Kuckucks-Ei in Europas Nest.	K118	4
15.11.2005	EU schenkt Frankreich 1 Milliarde!	K119	1+3
15.11.2005	EU unterstützt Lkw-Maut.	K120	9
15.12.2005	Wie viel müssen wir mehr zahlen?	K121	1+2+3

	Presse		
15.01.1949	Einigung über Deutschlandfrage in London. Schuman: Es gibt nur Nuancen einer Meinung.	P1	1
15.02.1949	Die Deutschen in Europa-Föderation.	P2	2
15.02.1949	Europäisches Wirtschaftsdirektorium	P3	2
15.03.1949	Marshall-Plan 1949/50 gebilligt	P4	2
15.04.1949	Zweite Marshall-Plan-Rate genehmigt.	P5	2
17.08.1949	Partner Europas	P6	1
17.08.1949	London: Ein europäisches Ereignis. Genugtuung mit einigen Vorbehalten.	P7	1
17.08.1949	Einladung über den Rhein. Deutscher Beitritt im Europarat beantragt.	P8	2
17.08.1949	Die Europafahne über Alpbach	P9	3
15.11.1949	Schuman: "Keine deutsche Wiederaufrüstung!" Scharfes Dementi aller Gerüchte über Außenministerkonferenz.	P10	2
15.12.1949	Aufgaben des ERP-Zentralbüros	P11	7
15.01.1950	Schuman konferiert in Bonn. Saarfrage als Hemmschuh einer deutsch-französischen Verständigung.	P12	2
15.01.1950	Zahlungsplan für Europa	P13	7
15.02.1950	Stikker konferiert in London über Europa-Zahlungsplan	P14	2
15.04.1950	Europäische Währungen sollen konvertierbar gemacht werden.	P15	2
16.05.1950	Kristallisierungspunkt Europa	P16	1+2
15.06.1950	Arbeitsteilung in einem geeinten Europa. Stikker-Plan überholt den Schuman-Plan. Abbau der Handelsschranken um 75%. Krisenfonds für koordinierte Industrien.	P17	1
15.10.1950	Churchill warnt vor "falscher Sicherheit". Programmatische Rede auf dem konservativen Parteikongreß. "Hauptgefahr liegt weiter in Europa". Scharfe Kampfansage an Labour.	P18	1
15.10.1950	Rohstoff-Engpässe in Westeuropa.	P19	9
16.01.1951	Marshall-Plan über 1952 hinaus.	P20	2
15.02.1951	Europa und die lateinischen Schwestern.	P21	1
15.04.1951	Annäherung auf der Schuman-Plan Konferenz. Einigung über nationalen Vertretungsschlüssel erwartet.	P22	2
15.06.1951	Adenauer zu Staatsbesuch in Rom. Die ersten deutschen Botschafter ernannt.	P23	1
15.08.1951	Letzte Marshall-Hilfe	P24	10
15.09.1951	Drohende Kürzung der ERP-Hilfe. Herabsetzung der ECA-Ö-Quote von 190 auf 120 Mill. Dollar zu befürchten.	P25	1
15.09.1951	Adenauer für Europa-Armee. Europa-Armee-ein starker Damm gegen russischen Druck.	P26	1
15.09.1951	Britisch-französisch Besprechung, Schumann für engere Zusammenarbeit.	P27	2
15.01.1952	Londoner Außenministerkonferenz verschoben. Europa-Armee-Debatte bedroht die französische Regierung. Die Einladung an Bundeskanzler Adenauer vorläufig zurückgestellt.	P28	1
15.02.1952	Pariser Entscheidung auf Samstag vertagt. Sozialisten torpedieren Europapolitik der Regierung Faure.	P29	1
15.02.1952	Europäische Wirtschaftsliga	P30	3
15.03.1952	Osteuropäische Außenhandlungstagung	P31	5
16.04.1952	Britische Beistandspakte für europäische Verteidigungsgemeinschaft	P32	1
15.07.1952	Europafahne auf dem Plöckenpaß	P33	2
16.09.1952	Straßburg: Verfassungsgebende Versammlung. Boykott der deutschen Sozialdemokraten.	P34	2
16.09.1952	Bericht an den Europarat	P35	6
15.10.1952	Ridgway: "Noch weit vom Minimum". Europas Verteidigungsanstrengungen urgiert.	P36	2
16.12.1952	Adenauer für europäisch-britische Ratskörperschaft	P37	2
15.01.1953	Französische Regierung beschließt: Europa-Armee-Ratifizierung Zug um Zug. Der Vertrag geht "ohne Verzug" an die Nationalversammlung. Gleichzeitig Verhandlungen über Zusatzprotokolle.	P38	1
15.01.1953	Adenauer für Verhandlungen erst nach Ratifizierung.	P39	1
15.02.1953	Der Widerstand gegen die Europa-Armee	P40	1
15.03.1953	Abreise zur Agrar-Union	P41	2
16.05.1953	Bonner Bundesrat verabschiedet EVG. Reinhold Maier löst sein Versprechen ein. Stuttgarter Koalition vor Bruch?	P42	1
16.05.1953	Europarat und Schillingkurs. Der Alliierten Rat weist zwei sowjetische Einwände zurück.	P43	2
16.05.1953	De Casperi mahnt zur Einigkeit	P44	2
15.12.1953	Dulles: ohne EVG - Änderung der Politik der USA. Sitzung des Atlantikrates in Paris eröffnet - Geheimbericht Lord Ismays über Verteidigungsfortschritt.	P45	1
15.12.1953	OECC stellt Wirtschaftsprognose	P46	7
15.01.1954	Deutsche und französische Journalisten für Verständigung	P47	2
16.02.1954	Schwieriger Stahlmarkt	P48	6
16.03.1954	Frankreichs EVG-Termin wird überfällig. Zäher Kampf um das Ratifizierungsdatum. Lanier zögert weiter hinaus?	P49	1
15.04.1954	Investitionspläne der Montan-Union.	P50	6

15.06.1954	Neutral gegenüber der Verteidigungsgemeinschaft	P51	1
15.07.1954	Paris spricht von einem Erfolg für Mendes-France	P52	1
15.08.1954	Große Rede Mendes-France über EVG. Realistische und bittere Wahrheit für das französische Volk.	P53	2
15.08.1954	OEEC-Funktion für Sektionschef Augenthaler	P54	11
15.09.1954	Bonn: Europäisches Verteidigungsbündnis. Zu jedem nur möglichen Entgegenkommen an Frankreich bereit.	P55	1+2
15.09.1954	Edens "neue Lösung" zeichnet sich ab. Umbau des Brüsseler Pakts durch Einbeziehung Deutschlands und Italiens? Heute entscheidende Etappe: Paris	P56	
15.10.1954	Deutsch-französische Waffenproduktion. Sachverständige in Paris an einem Plan zur Schaffung gemeinsamer Rüstungswerke - Flugzeugfabriken in Nord-Afrika?	P57	1
16.11.1954	Der Prediger Paneuropas.	P58	2
15.12.1954	Endkampf um Pariser Verträge beginnt. Obstruktion und Verzögerungsmanöver unter kommunistischer Regierung. Heute Regierungserklärung Adenauers zur Eröffnung der außenpolitischen Debatte.	P59	1
15.01.1955	Neuer Vorstoß Moskaus gegen die Westunion.	P60	1
15.01.1955	Plan eines europäischen Währungsfonds.	P61	5
15.04.1955	Montan-Union im Zeichen der Konjunktur	P62	8
15.10.1955	Jugoslawien und der Europarat	P63	2
15.10.1955	Österreichs EZU-Defizit im September 4 Milliarden Dollar.	P64	6
15.11.1955	Europäische Gespräche in Bonn. Unterredungen Pinays und Spaaks mit den deutschen Staatsmännern positiv.	P65	2
15.12.1955	EZU-Abrechnung im November	P66	6
15.03.1956	Europäische Zollunion?	P67	7
15.11.1956	FHZ oder Gemeinsamer Markt? Österreichische Stellungnahme erst nach Klärung offener Fragen möglich.	P68	7
15.02.1957	Einheitliche Organisation Europas. Gespräche über Zusammenschluß der drei Konsultativversammlungen zu einem Parlament. Westunion und Europamarkt als Untergliederungen - Widerstände gegen Rationalisierung.	P69	1
15.02.1957	Bonn drängt auf Europamarkt ab Jänner 1958	P70	1
15.03.1957	Westeuropäische Union berät die Umrüstung. Heute Beginn der WEU-Tagung in der britischen Hauptstadt	P71	2
15.03.1957	Bern: Freihandelszone ohne Bindungen.	P72	9
16.04.1957	Die Auswirkung des gemeinsamen Marktes. ECE-Bericht: Verstärkte Konkurrenz auf außereuropäische Märkten erwartet.	P73	9
15.10.1957	Rationelle Verwaltung durch Automation. Betriebswirt-Woche eröffnet - Dr.Bock zur Freihandelszone	P74	8
15.01.1958	Juristische Personen in Europa	P75	3
15.03.1958	Weinbau im Europamarkt	P76	5
15.04.1958	Westunion lehnt Rapacki-Plan ab	P77	2
15.04.1958	Appell an OEEC-Länder	P78	9
15.05.1958	IHK zur Freihandelszone	P79	10
15.07.1958	Sorgen um die Freihandelszone. Mandling erwägt Rücktritt - Minister Bock über den Osthandel	P80	8
15.03.1959	Ministerkonferenz über die EWG	P81	23
15.04.1959	Integration durch Expansion	P82	9
15.06.1959	Europas Einheit in die Atomwirtschaft. OEEC-Länder planen und bauen gemeinsam - Atomchemiefabrik in Belgien.	P83	9
15.07.1959	Tabak-Zollprobleme in der EWG	P84	9
15.08.1959	Adenauer will Zwist in London beenden. Datum für Staatsbesuch in Großbritannien wird festgelegt - Adenauer in einer Vermittlerrolle.	P85	3
15.08.1959	Von der kleinen zur großen FHZ. Die EWG ließ die Initiative aus der Hand-Stockholm, die Antwort der "Ausgesperrten" - Vor- und Nachteile	P86	11
15.10.1959	Bonn: Außenpolitische Aktivität für EWG. Die Außenpolitik der sechs Mitgliedsstaaten soll koordiniert werden.	P87	2
15.10.1959	Erneut weniger Exporte in den EWG-Raum. Anteil an der Gesamtausfuhr im August auf 47% abgesunken.	P88	7
15.11.1959	Führt Österreichs Weg in die Isolation?	P89	1+2
15.11.1959	Österreichs Schicksalsstunde zu "Sechs" und "Sieben"	P90	1
15.11.1959	Europa sucht einen gemeinsamen Weg in die Zukunft (I): Österreichs Schicksalsstunde zwischen "6" und "7". Die Alternative: Überwindung der Schwäche Europas durch "Integration" oder Untergang - Wirtschaftsgemeinschaft und FHZ	P91	3+4
15.11.1959	Der Dollar wehrt sich gegen Diskriminierung. USA suchen Entlastung der Zahlungsbilanz - Weniger Auslandsabgaben - Bonn zu Liberalisierung bereit.	P92	12
15.12.1959	Österreich fordert vor dem Europarat raschen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA. Appell Staatssekretär Gschnitzers vor dem Ministerkomitee des Europarates in Paris. Verhandlungen im Rahmen der OEEC unter Einbeziehung Amerikas und Kanadas.	P93	1
15.12.1959	EFTA-Vertrag fertig gestellt	P94	1+2
15.12.1959	USA erwägen Neugestaltung der OEEC. Dillons Europareise beendet - USA wollen	P95	8

	völligen Abbau der Diskriminierung.		
15.12.1959	Amerikas reservierte Haltung gegenüber der EFTA	P96	8
15.01.1960	Zeitplan für Europas neue Wirtschaftspolitik. Formeller Kompromiß über die Behandlung der Frage EWG-EFTA bei der Pariser Dillon-Konferenz.	P97	1
15.01.1960	Absatzmöglichkeiten auf EFTA-Märkten. Die Außenhandelsdelegierten berichten - Anstrengungen lohnen sich.	P98	7
16.02.1960	Nemschak warnt erneut vor Illusionen. Paris gegen Kreiskys Vorschlag für Rahmenvertrag EWG-EFTA	P99	8
16.02.1960	EWG: Einigung über Zollliste G	P100	8
15.03.1960	EFTA ohne Illusionen	P101	1+2
15.03.1960	Integration: Problem der Wirtschaftspolitik. Die Minister Bock, Lange und Wahlen zur Integrationspolitik.	P102	8
15.03.1960	Landwirtschaft studiert Europamarkt	P103	8
15.03.1960	EFTA-Beschlüsse: Bonn abwartend	P104	8
15.04.1960	Plan für ERP-Mittel urgiert	P105	9
16.05.1960	EWG-Beschlüsse bestätigen Wert der EFTA. Minister Bock in Stockholm über Integration und Welthandel.	P106	10
15.05.1960	GATT prüft EFTA-Konvention.	P107	10
15.06.1960	Kein rascher Brückenschlag EWG-EFTA. London und Bern zum Resultat der Pariser OEEC-Konferenz.	P108	2
15.06.1960	Die Einigung Europas bleibt das Ziel. Debatte im Nationalrat über den Europabericht des Außenministers.	P109	3
15.06.1960	OEEC: Griechenland soll investieren.	P110	9
15.09.1960	EWG-Vorstoß der Kokosindustrie	P111	8
15.10.1960	Die EFTA wartet ab	P112	1+2
15.10.1960	Macmillans Politik hat die Tories hinter sich. Konservativer Parteitag in Scarborough fordert Annäherung EWG-EFTA.	P113	2
15.10.1960	EFTA-Wirtschaftstagung in London	P114	9
15.11.1960	Bock für bilaterale Abkommen in EWG-Staaten. Gefahr für den österreichischen Export-Vorsorge nach dem Beispiel landwirtschaftlichen Sektors?	P115	3
15.11.1960	EWG bietet weitere Zollsensungen an.	P116	8
15.11.1960	Wettlauf USA-UdSSR-EWG	P117	8
15.11.1960	Integration fordert mehr Werbung	P118	8
15.12.1960	"EWG-Markt auch unter Opfern halten". Mayer Gunthof gegen "Beschleunigungstaumel" bei der Integration.	P119	8
15.12.1960	Neue Vorschläge zur Integration.	P120	8
15.01.1961	Neues Währungssystem geplant	P121	12
15.02.1961	"Österreich muß in der EFTA aktiv bleiben", Integrationsdebatte im Bundesrat	P122	4
15.02.1961	Europäische Zusammenarbeit für "geistige Investition" nötig	P123	4
15.02.1961	EFTA Beschleunigung beschlossen. In Genf wurde Einstimmigkeit über den Julitermin für die nächste Zollsensung erzielt.	P124	9
15.03.1961	EFTA-Verhandlungen mit Finnland fast perfekt	P125	8
15.03.1961	Chancen für Edilstahlexport. EFTA wirkt sich günstig aus.	P126	8
15.03.1961	Viehexport fühlbar diskriminiert. EWG-Markt ist ausschlaggebend.	P127	8
15.04.1961	Europa-Nato-Staaten sollen in EWG. Plan Kennedys zur Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung	P128	1
15.06.1961	EFTA-Vertrag mit Finnland soll am 1. Juli in Kraft treten.	P129	1
15.07.1961	Widerstand der Wirtschaft und der Länder gegen ERP-Proporzlösung wird energischer	P130	4
15.07.1961	EWG-Plan für Afrika-Assoziierung. Rasche Zollbegünstigung - Rohstoffausgleichskasse angeregt.	P131	9
15.07.1961	Montanunion steigert Stahlproduktion weiter	P132	9
15.08.1961	Erhard Macmillan: Bald Verhandlungen EWG-England	P133	1
15.08.1961	EWG will Pipelineabbau koordinieren. Brüsseler Behörden erwägen Regelung - Erdgasleitung ausgenommen.	P134	15
15.08.1961	Die Großen in der Wirtschaft	P135	15
15.08.1961	Schweden bleibt gegenüber der EWG weiterhin reserviert	P136	16
15.09.1961	Integration und Entwicklungshilfe. Aussprache mit OEEC-Generalsekretär Kristensen - Um Österreichische Stellung in der OECD	P137	10
15.09.1961	CSR-Einwände gegen EWG-Assoziierung	P138	10
15.09.1961	EWG-Interesse Irans	P139	10
15.09.1961	EWG-Beratung über Türkei-Assoziierung	P140	10
15.09.1961	OEEC: Frankreichs erfolgreiche Wirtschaftspolitik fortführen!	P141	10
15.10.1961	Noch heuer Antrag der Neutralen an die EWG zu erwarten	P142	1
15.10.1961	Macmillan: Totale Änderung der britischen Europapolitik	P143	2
15.10.1961	Die EFTA und die Montanunion: Magere Ergebnisse der Stockholmer Tagung der EFTA-Stahlverbände	P144	11
15.10.1961	Integrationsbericht der Regierung: EWG-Handel nahm weiter zu	P145	12
15.10.1961	EWG-Entwicklungsfonds	P146	12

16.01.1962	Einigung über EWG-Agrarmarkt macht den Weg für Beitrittsverhandlungen mit England frei.	P147	1
16.01.1962	Amerikas Zollverhandlungen mit der EWG stehen vor dem Abschluß	P148	10
16.01.1962	Fahrplan für gemeinsamen Agrarmarkt. Marktordnung, Zollabbau und Preisangleich in zwei Stufen bis 1970	P149	11
15.02.1962	De Gaulle und Adenauer beraten politische Integration Europas.	P150	1
15.02.1962	EWG-Assozierung Thema Nr.1 der Gespräche Gorbachs in Bern	P151	1+4
15.02.1962	EFTA-Ministerrat tritt am 2. März zusammen	P152	10
15.02.1962	Viehzucht hat EWG-Sorgen	P153	10
15.02.1962	Wieder Gespräche zwischen Briten und EWG	P154	11
15.03.1962	Schweden will seine Neutralität behalten	P155	2
15.03.1962	EWG-Handel mit Drittländern nimmt ab	P156	10
15.04.1962	Der Sohn Macmillans erkundet Österreichs EWG-Chancen	P157	4
15.04.1962	Europäische Energie gemeinsam geplant. Brüssel und Luxemburg erwägen Organisation für Kohle, Erdöl, Erdgas, Strom und Atomkraft.	P158	10
15.04.1962	Zypern will zur EWG	P159	10
15.05.1962	ERP-Veraltung durch neues Gesetz verpolitisiert	P160	1
15.05.1962	Europarat-Berichte über Neutrale. EWG-Beitritt bedroht weder Unabhängigkeit noch Neutralität.	P161	2
15.05.1962	Um die Harmonisierung der Umsatzsteuer in der EWG	P162	10
15.05.1962	Für europäische Erdöl-Kooperation. Eni-Präsident Mattei über seine Pläne - Interesse an Österreich.	P163	11
15.05.1962	Lange: "EFTA-Neutrale wollen nicht nur Vorteile"	P164	11
15.05.1962	Das ERP-Gesetz im Ministerrat. Verwaltung beim Kanzleramt. Proporz in der Kommission.	P165	11
15.06.1962	Adenauer: Beginn der Europaunion mit Frankreich - Italien - Bundesrepublik. "Kleinst-Europaplan" stößt auf Widerstand Großbritanniens.	P166	1+2
15.06.1962	Preti:Chruschtow hält die EWG für Verschwörung gegen die UdSSR	P167	2
15.06.1962	Niederösterreich will niedrigen ERP-Zinsen	P168	10
15.06.1962	EFTA-Ministerarrat tagt nächste Woche.	P169	10
15.06.1962	EWG-Dilemma um Afrikastaaten. Uneinigkeit über europäisch-afrikanische Konferenz	P170	10
15.06.1962	Israel sucht Zollunion	P171	11
15.07.1962	Francos neue Regierung verspricht Liberalisierung auf dem Weg zur EWG. Hebung des Lebensstandards, Lockerung der Zensur angekündigt.	P172	1
15.07.1962	Wie viel wiegt der "Europa-Laster"? Entscheidung über einheitliche Maße und Gewichte drängt - Uneinigkeit in der EWG	P173	10
15.09.1962	Pakistan fordert Gipfeltreffen zur EWG und Commonwealth	P174	1
15.09.1962	Liberale nehmen zur EWG Stellung	P175	2
15.09.1962	Gegner der EWG in England greifen an. Unter der Commonwealth-Fahne Kommunisten und Linksradikale vereint.	P176	3
15.10.1962	Labour Party in EWG-Fragen gespalten	P177	2
15.10.1962	Gorbach fordert Arrangement in der EWG	P178	2
15.11.1962	EWG billigt den Polen eine Sonderstellung zu	P179	1
15.11.1962	Bedenken Bonns gegen EWG-Programmierung	P180	2
15.11.1962	Benjamin unter den wahlwerbenden Parteien. Für "Europa Einigung" bei Zögernitz	P181	3
15.12.1962	Macmillan berät mit de Gaulle EWG und Ost-West-Verhältnis	P182	1
15.01.1963	De Gaulle brüskiert Partner. Polaris-Angebot abgelehnt - gegen Englands EWG-Beitritt	P183	1
15.01.1963	Keine Annäherung England - EWG. Neue Brüsseler Runde über Agrarfragen hat begonnen.	P184	7
15.01.1963	Montanunion will intervenieren. Die Lage auf dem internationalen Stahlmarkt spitzt sich zu.	P185	8
15.01.1963	EWG-Arbeitsbeschaffung	P186	8
15.02.1963	Paris fordert: EWG oder USA. Couve de Murvill über de Gaulles Europaidee	P187	1
15.02.1963	Skandinavien will die EFTA stärken. Integrationsdebatten in Dänemark und Norwegen	P188	2
15.04.1963	Arbeitsmangel wird kritisch. Die Reserven in den EWG-Staaten sind erschöpft.	P189	7
15.06.1963	Bald Vorgespräche mit EWG. Sektionschef Augenthaler soll Sonderdelegation leiten.	P190	1
15.06.1963	Montanunion in der Defensive. Stahlindustrie leidet unter Drittländerkonkurrenz.	P191	10
15.06.1963	EWG voller Tätigkeit. Zollsenkung, Agrarfragen, Verkehrspolitik in Arbeit.	P192	12
14.09.1963	Tabakregie ist nicht EWG - widrig. Umstellung der Produktion sichert Wettbewerbsfähigkeit.	P193	10
14.09.1963	Finnland näher zur EFTA. Helsinki mit den Ergebnissen der FIN-EFTA-Tagung zufrieden.	P194	11
15.10.1963	EWG-Kommission gegen Paris. Erweiterung des Personalstabs um 400 Beamte geplant.	P195	1
15.10.1963	Europawirtschaft in Expansion. Private Nachfrage als stärkste Stütze.	P196	7
15.10.1963	Europaverbund erweitert. Neue UCPTE-Mitglieder - Kontakte mit Skandinavien.	P197	8
15.11.1963	Unsicherheit für Vertreter. EWG mit Prüfung von Ausschlussverträgen in Verzug.	P198	9
14.12.1963	Außenminister in Paris. Session des Europarates als Auftakt für die Montag beginnende Nato-Konferenz	P199	1
14.12.1963	Weitere EFTA-Zollsenkung. Beschleunigungsplan wird eingehalten.	P200	11

15.01.1964	Europa im Windschatten	P201	1
15.02.1964	Bedenken Benyas gegen EWG. Dennoch für Vorbereitung der Wirtschaft auf Assoziierung.	P202	2
15.02.1964	EFTA taktiert auf Härte. In der Kennedy-Runde eher auf US-Seite. Eigenes Gebäude als Symbol innerer Festung.	P203	11
14.03.1964	De Gaulle unterstützt Hallstein. Präsident der EWG-Kommission soll auch die fusionierte Europabehörde leiten.	P204	2
15.04.1964	Die Sozialisten und Europa.	P205	1
15.05.1964	EWG weicht Stellungnahme aus. Holländischer Staatssekretär verdächtigt Frankreich	P206	2
15.05.1964	Kein Junktim Südtirol - EWG. Kreisky wird beide Themen mit Saragat in Genf besprechen.	P207	2
15.06.1964	Bundeskanzler Klaus heute in Brüssel. Während des offiziellen Besuches dürften auch EWG-Fragen erörtert werden.	P208	2
15.06.1964	Wilson plädiert für EFTA.	P209	2
15.07.1964	Spaak warnt Erhard. Der belgische Außenminister gegen de Gaulles Europapläne.	P210	1
15.07.1964	Paris dämpft Erwartungen. Ministertreffen der Westeuropäischen Union ohne Gewicht.	P211	2
14.08.1964	ERP-Kredite jetzt gezielter. Entwicklung im Fremdenverkehr erfordert neue Richtlinien, zu umständliches Verfahren.	P212	10
15.10.1964	Saragat gegen Assoziation. Österreich kann wegen seiner Neutralität nicht in die EWG	P213	1
15.10.1964	Steiniger Weg nach Brüssel. Vor der Assoziierung Österreichs an die EWG sind noch viele Knifflige Probleme zu lösen.	P214	7
14.11.1964	Neue Europapolitik Dänemarks. Parlament zog Konsequenzen aus Restriktionsmaßnahmen der Labour-Regierung.	P215	2
15.01.1965	Kein EWG-Beschluß sichtbar. Februar-Tagung ohne Auftrag für Österreich-Verhandlungen.	P216	1
15.01.1965	Gefährliches Wunschdenken. EWG-Außenseiterstellung bedeutet Gefahr.	P217	8
15.02.1965	Österreich hinkt nach. Pro-Kopf-Nationalprodukt in Westeuropa weitaus höher.	P218	3
15.03.1965	Klaus mahnt zum Maßhalten. Messeeröffnung im Zeichen der Integrationsverhandlungen.	P219	8
15.04.1965	Der Weg nach Brüssel via Paris. Österreichs Verhandlungen mit der EWG und eine stille Sensation am Rande: Moskaus Abwarten	P220	8
15.04.1965	Expansionstempo vermindert. Unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in der EWG - Arbeitslose in Italien	P221	3
15.04.1965	EWG-Schutzbrief gefordert.	P222	11
15.05.1965	Fortschritt nach Mitteleuropa. "Presse"-Exklusivinterview mit dem britischen Außenminister Michael Stewart.	P223	1
15.05.1965	Für neuen Weltgetreidepreis - EWG geht nur mit allgemeinem Angebot nach Genf.	P224	3
15.06.1965	Hoffnung auf EWG-Gipfel. Staatssekretär Hase über die Widersprüche Bonn-Paris	P225	8
15.06.1965	Europa-Union in weiter Ferne die Gespräche de Gaulle-Erhard blieben ohne greifbaren Erfolg.	P226	1
15.06.1965	EWG wird stromautark. Zunahmen der Erzeugung von Kernenergie.	P227	7
15.07.1965	Spaak in Paris erfolglos. Beilegung der EWG-Krise nicht mehr vor Deutschen Wahlen.	P228	8
15.07.1965	EWG gegen Gebietsschutz. Brüssel genehmigt einen Alleinvertriebsvertrag.	P229	2
15.09.1965	Hamburg gegen Änderung des EWG-Vertrages. Senator a.D. Plate in Wien - Verständnis für österreichische Bemühungen um Arrangement.	P230	
15.10.1965	Nicht nur Hallstein	P231	9
15.10.1965	Auf dem Wege zur europäischen Bildung. Die Unterrichtsministerkonferenz in Wien begnügte sich mit Empfehlungen.	P232	2
15.10.1965	EWG-Gespräche zwischen zwei Phasen. Harmonisierung als Bindeglied zwischen erstem Bericht und erweitertem Mandat.	P233	7
15.11.1965	Konträre Auffassungen Bonn-Paris. Schröders Besuch in Frankreich brachte keine Annäherung der Standpunkte.	P234	1
15.11.1965	Agrarhandel nimmt zu. EFTA-Studie empfiehlt Abbau der Überproduktion von Milch.	P235	3
15.12.1965	Frankreich lenkt ein. Couve de Murville zur Teilnahme an EWG-Ministerrat bereit.	P236	8
15.12.1965	Auf de Gaulles Pfaden. Gelockerte EWG entspricht Wünschen der Tories und Labours.	P237	2
15.12.1965	EWG: Preisbindung offen.	P238	7
15.01.1966	Die Sechs beraten in Luxemburg. Verhandlungen zur Beilegung der EWG-Krise. Bestenfalls Teilerfolge erwartet.	P239	8
15.02.1966	Ausnahmen vom Kartellverbot. Die EWG-Kommission arbeitet an der Verordnung für 12000 Alleinvertriebsverträge.	P240	8
15.03.1966	Mehr Exporte in die EWG. Gleichzeitig nahmen die Importe aus der EWG und EFTA stark zu.	P241	8
15.03.1966	Anpassung an EWG-Verkehrspolitik nötig. Im Falle einer Assoziierung müßten Subventionstarife abgebaut werden.	P242	8
15.03.1966	Brüssel registriert Preisauftrieb. Der Nachfrage stand verstärkte Investitionstätigkeit gegenüber.	P243	9
15.05.1966	EFTA rückt wieder enger zusammen. Frühjahrstagung des Ministerrates in Bergen abgeschlossen - Keine Sensationen.	P244	1
14.05.1966	Das neue Gesicht der EWG. Agrarmarkteinigung erfordert Verzicht auf politische Ziele.	P245	3
15.06.1966	EWG im Herbst weiter	P246	2

15.06.1966	Neuntes Europa-Gespräch in Wien eröffnet. Themenkreis über "Der Einzelne und die Gemeinschaft"	P247	4
15.06.1966	Agrarier drängen in EWG. Möglichst weitgehende Eingliederung angestrebt.	P248	8
15.12.1966	Osthandelsgespräch in Brüssel. Bock bezeichnet EWG-Zugeständnisse als noch ungenügend.	P249	1
15.12.1966	EWG-Agrareinigung	P250	7
14.01.1967	Herzlicher Auftakt in Paris. De Gaulle und Kiesinger um gemeinsame deutsch-französische Europapolitik bemüht.	P251	1
15.02.1967	Knappen haben Vorrang. Richtlinien für ERP-Kredite an Bergbau-Ersatzbetriebe.	P252	1
15.04.1967	Klaus zur EWG-Frage	P253	2
16.08.1967	Südtirol-Appell Bocks an Rom. Für rasche Verhandlungen - EWG-Veto eventuell vor Europarat	P254	1
15.09.1967	EWG-Frage blieb offen. Aufschlußreiche Konferenz mit Pompidou über Europathemen.	P255	1
14.10.1967	EWG gegen Rohstoffabkommen. Entwicklungsländern soll durch Verbreitung der Industriebasis geholfen werden.	P256	10
14.10.1967	Konjunktur belebt sich. Optimismus in der Bundesrepublik und in der EWG	P257	11
15.11.1967	Neuer Europa-Appell Wilsons. Technische Kooperation soll Amerikas Vorsprung wettmachen.	P258	1
15.11.1967	ERP vergab fünf Milliarden. Industrie und Gewerbe an erster Stelle.	P259	7
15.12.1967	Gretchenfrage zur EWG	P260	1
15.12.1967	Neue Basis für Integration gesucht. Volkspartei wollte im Parlament Sozialisten auf gemeinsames Fernziel festlegen	P261	2
15.12.1967	EWG-Partner Frankreichs einig. Abschluß der Englanddebatte in nächster Sitzung gefordert.	P262	2
15.12.1967	Europas Verkehr zur Debatte. CEMT und EWG erörtern aktuelle Verkehrsprobleme.	P263	8
15.02.1968	Urgenz der EWG-Ostpolitik	P264	8
15.03.1968	EWG-Fettmarkt in Unordnung. Europakommission hält Untersuchung für erforderlich.	P265	7
15.10.1968	WEU berät explosive Themen. Zusammenarbeit mit London notfalls auch ohne de Gaulle.	P266	1
15.10.1968	Belgrader EWG-Gespräche	P267	1
15.11.1968	Österreich will Arrangement. Waldheim hält Europapläne Frankreichs für günstige Chance	P268	2
14.12.1968	Integration blieb im Hintergrund. Zählflüssige Debatte zum Kapitel Handel. Mitterer sorgte zweimal für Stimmung	P269	2
14.12.1968	EWG über Wirtschaft einig. 2. Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik verabschiedet.	P270	10
15.01.1969	EWG-Finanzminister tagten	P271	2
15.01.1969	Keine neuen Währungsmaßnahmen. EWG-Finanz- und Wirtschaftsminister sind der Ansicht, daß sich Lage beruhigt hat.	P272	12
15.02.1969	Kritik an Restriktionspolitik. Gruber vor dem OECD-Ministerrat-Optimistische Prognosen.	P273	10
15.03.1969	De Gaulle hält an EWG fest. Kiesinger besuch in Paris beendet. Bessere Wirtschaftskooperation vereinbart.	P274	1
16.05.1969	Europarat wählte Tonic. Österreichs ehemaliger Außenminister wurde Generalsekretär.	P275	1
16.05.1969	Pompidou für England	P276	2
16.05.1969	Malta sucht Weg zur EWG. Hoffen auf Unterstützung Bonns - Künftiges Finanzzentrum?	P277	2
15.07.1969	Kreisky: "Stagnation in der Außenpolitik". Warnung vor Nachgeben in Südtirol-Auflockerung in der EWG-Frage.	P278	2
15.07.1969	Ernüchterung in London. Agrarprobleme als Zeitbombe für die EWG-Verhandlungen.	P279	3
15.07.1969	EWG: Anti-Inflationstrategie nötig. Brüssel empfiehlt "Aufschwung nach Maß" bei gleichzeitiger Nachfragekontrolle.	P280	8
15.10.1969	Treffen Schumann - Waldheim. Frankreichs Außenminister bei Zwischenlandung in Wien.	P281	1
15.11.1969	Zwischen Integration und Neutralität. Einige Thesen für Österreichs Außenpolitik im nächsten Jahrzehnt.	P282	5
15.01.1970	Gredler: EWG-Chancen nützen.	P283	2
14.02.1970	Verstimmung über EWG. USA: "Verworrenen Organisation"	P284	2
14.03.1970	EWG-Verhandlungen verzögert? Mandatsauftrag für Europakommission erst nach Ostern.	P285	1
14.03.1970	Nixon dankt Tonic	P286	2
15.05.1970	EFTA-Länder befürchten Krise. Appell an London: "Bei EWG-Beitritt keine Zollbarrieren"	P287	2
15.07.1970	Europa-Initiative Wiens. Memorandum zur Durchführung einer Sicherheitskonferenz.	P288	1
15.07.1970	EFTA-Exporte gestiegen. Aus- und einfuhr erreichten im ersten drittel 51 Milliarden Schilling.	P289	8
14.08.1970	Das letzte Wort hat Brüssel. Ein Handlungsvertrag Bonn-Moskaus stieß an die EWG-Mauern.	P290	3
15.09.1970	WEU-Minister tagen in glanzvollem Rahmen.	P291	6
15.10.1970	Paris blockiert Euroatom. Keine Modernisierung der Forschungsstrukturen.	P292	2
15.10.1970	De Gaulle wurde korrigiert. Unter Pompidou treibt Paris nur soviel Ostpolitik wie nötig.	P293	3
15.12.1970	EWG: Beitrittsfrage weiter unklar. Konferenz der Außenminister brachte keine Einigung - Währungsunion ungewiß.	P294	1
15.01.1971	Plattform für eine erweiterte EWG: "Presse"-Gespräche mit OECD-Generalsekretär	P295	12

	Lenneg		
15.02.1971	London betont EWG-Bedingungen: Heath gegen den Begriff der "europäischen Föderation"	P296	2
15.03.1971	"Enge Partnerschaft"	P297	2
15.04.1971	Rücksicht auf Neutrale: Integrationsbericht der europäischen Industrieverbände.	P298	7
15.05.1971	Rest-EFTA ab 1973?	P299	1
15.05.1971	EWG-Minister zufrieden	P300	2
15.05.1971	Guter Auftakt für den Gipfel: Das Brüsseler Ergebnis und das Treffen Heath-Pompidou.	P301	3
15.05.1971	Preisanstieg in der EWG	P302	11
15.05.1971	"Wer sagt, daß ein Paradies gut ist?" Schweden fürchtet um sozialen Frieden - "Presse"-Gespräch mit Staatssekretär Dennis.	P303	13
15.06.1971	EWG als Spaltpilz der Parteien: Politische Feinde im Kampf gegen Beitritt Fremder.	P304	3
15.07.1971	EWG-Beitritt abgelehnt	P305	2
15.09.1971	Schweiz sucht Tuchfühlung mit EWG: Verwirklichung des Freihandels, nur erste Schritte - enge Verbindung angestrebt.	P306	7
15.09.1971	Strukturwandel im Papierexport: EFTA-Lieferungen stark angestiegen - EWG-Anteil ging zurück.	P307	7
15.09.1971	Nach EWG-Beschluss: Dollar erneut unter Druck. Devisenbörsen an aller Welt reagierten heftig - Washington legt sich noch nicht fest.	P308	8
15.10.1971	Europa soll USA stützen. Sozialistische Finanzminister beraten Währungsfrage.	P309	2
15.10.1971	Staribacher: "Comecon als Gegenbild zur EWG". Zollerleichterungen für Ostkooperation.	P310	8
15.12.1971	Österreichs EWG-Hoffnungen sind vorläufig begraben.	P311	1
15.12.1971	"Die Ungleichgewichte sind zu groß". Mussil zur EWG-Frage: Warenliste würde Globalabkommen präjudizieren.	P312	7
15.12.1971	Landwirtschaft bleibt Sorgenkind. EWG versucht einseitige Konzession zu erreichen - Beschränkung auch bei der Braunkohle.	P313	7
15.01.1972	Annäherung EWG - USA. Offene Probleme verzögern Dollarabwertung bis Februar.	P314	2
15.01.1972	Keine Angst vor dem großen Markt. "Presse"-Rundgespräch mit österreichischen Markenfirmen über EWG-Assoziation.	P315	11
15.02.1972	EWG-Reise derzeit sinnlos: Mittlerer: Warum war Staribacher noch nie in Brüssel?	P316	2
15.02.1972	Feinstrumpfindustrie in der Krise. EWG-Staaten mit hohen Überkapazitäten - Österreich kann noch hoffen.	P317	7
15.03.1972	Kreiskys EWG-Taktik umstritten. Parlament diskutierte den Reisebericht des Bundeskanzlers.	P318	1+2
15.08.1972	EWG-Ziele in Frage gestellt. Mitgliedstaaten sollen Konjunkturpolitik abstimmen.	P319	8
15.04.1972	Wenig Verständnis für Österreichs EWG-Wünsche. Keine Konzessionen von französischer Seite zu erwarten - Industriegespräch abgeschlossen.	P320	10
15.04.1972	EWG-Kommission zu radikal? Nur Bonn stimmt voll zu. Neuer Zeitplan für Papier-Lockerung bei sensiblen Waren.	P321	11
15.06.1972	Heath nahm EWG-Hürde	P322	2
15.06.1972	Für Euratom Erleichterung. EWG-Block wird ins Safeguard-System der IAEA integriert.	P323	3
15.06.1972	Wenn Barres EWG-Kalender stimmt. Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Kommission "Österreich -Vertrag im Juli perfekt"	P324	3
15.06.1972	EWG entkräftet US-Vorwürfe. Gewichtige Argumente für Handelskonferenz vorbereitet.	P325	8
15.07.1972	Londons EWG-Mitgliedschaft gesichert. Unerwartet große Mehrheit im Unterhaus für ursprünglichen Entwurf.	P326	1
15.07.1972	Was bringt Europa dem Österreicher? Der Gemeinsame Markt als Reifeprüfung nach der Gehschule EFTA.	P327	3
15.07.1972	Unruhe auf dem Europakapitalmarkt. Zurückhaltung am Dollarbereich - Großanleger verstärkt aktiv.	P328	10
15.07.1972	Europa befürchtet Flooding. Brüssel dementiert heftig .EWG-Finanzminister tagen Montag - Schmidt in den USA.	P329	11
15.09.1972	Einstimmig trotz Bauerngroll. Nationalrat ratifizierte die Interimsabkommen mit der EG.	P330	1+2
15.09.1972	Man wußte, wer der Täter ist. Die EG-Debatte im Nationalrat glich einem Kriminalroman, bei dem die Spannung fehlt.	P331	4
15.09.1972	EG-Möbel werden billiger. Preisreduktion auch für Bekleidung und Schuhe.	P332	7
15.01.1973	Beethoven und die EG. Schallplattenkonzerne und ihre Aktivitäten für seriöse Musik.	P333	5
15.02.1973	Start des EG-Sozialprogramms. Kommissionsmitglied Hillery legte Schwerpunkte fest.	P334	2
15.03.1973	"Europa-Zeitung"	P335	7
14.04.1973	Verwirrung um EG-Butter. Liefert Moskau nun an Chile?	P336	10
15.05.1973	Abkommen EG - Oslo perfekt.	P337	2
15.05.1973	EG-Arbeitspapier für Energie. Enger Zusammenhalt des Westens im Erdölkonflikt notwendig.	P338	7
15.06.1973	Europas Justizminister tagen.	P339	2
15.09.1973	EG Soll Atlantikpakt nicht spalten. Sorgen der NATO nach Außenministertagung der Neun in Kopenhagen.	P340	2
16.09.1973	Neue Europa-Währung	P341	11
15.11.1973	Sanktionen gegen Araber gefordert. Europa-Parlament appelliert an EG, auf Ölboykott zu reagieren.	P342	2

15.12.1973	Kopenhagen: EG-Gipfel durch Araber zu Energiekonferenz umfunktioniert. Krisenmanagement vereinbar - Dokument über Europas Identität.	P343	1+2
15.12.1973	Fällige Lehre: Erdölverbund Westeuropas. Nur multinational, nicht bilateral läßt sich ein Weg aus der Energiekrise finden.	P344	5
15.02.1974	Österreichs Rinderausfuhren nach EG-Ländern gefährdet. Präsidentenkonferenz protestieren gegen 30%ige Exportbelastung.	P345	7
15.02.1974	Sorge über Krise der EG-Länder. Igler: Langzeitprogramm für Export-Kreditversorgung sichern.	P346	8
15.05.1974	"Weltstaat" gefordert. Europagespräche über "Demokratie im Wandel".	P347	4
15.07.1974	EG baut Rindfleischberg ab. Koppelungsregelungen für Importe - Österreich mitbetroffen.	P348	9
14.09.1974	Europa-Diner als erste Fühlungsnahme.	P349	1
14.09.1974	Heute Abend in Paris.	P350	1
15.01.1975	EG-Verhandlungen blockiert. Differenzen mit Entwicklungsländern wie auch über Agrarpreise.	P351	1
15.01.1975	Gründung der Finanzagentur in Sicht. Kompromiß zwischen EG und USA über Kreditaufnahme bei Ölländern.	P352	9
15.03.1975	Die Österreicher und zweierlei Deutsche. Zur nationalen Frage von einst und Mitteleuropas Realität von heute.	P353	5
15.03.1975	Wieder Hoffnung für Rinderexporte in die EG.	P354	11
15.05.1975	Euro-Schlange hebt ihr Haupt. Wieder Hoffnung für die Wechselkursgemeinschaft.	P355	3
15.07.1975	Europagipfel am 30. Juli in Helsinki. Revisionskomitee 1977 nach Wien? Sicherheitskonferenz legt letzte Hand an Abschlußdokumente.	P356	
15.07.1975	Überfordertes Europa?	P357	1
15.07.1975	EG-Hilfe wird fraglich.	P358	1
15.07.1975	Pluspunkte für EG-Konferenz. Ortolí zieht positive Bilanz-Energiepolitik im Vordergrund.	P359	2
15.10.1975	EG-Ultimatum an Frankreich: Weinkrieg mit Italien beenden.	P360	2
15.11.1975	Wird die Tür zum EG-Agrarmarkt aufgestoßen?	P361	10
15.01.1976	Kampf der "Selbstzerstörung": Aktionsprogramm Thorns für Neuner-Europa.	P362	2
15.06.1976	Gemischte Kommission Österreich - EG tagte.	P363	10
15.07.1976	In Kürze: Italien	P364	13
15.09.1976	In Kürze: EG-Entwicklungshilfe	P365	9
15.09.1976	Hohes Defizit der EG im Handel mit der USA	P366	9
15.02.1977	EG-Agrarpreis-Entwurf im Interesse der Verbraucher.	P367	8
14.05.1977	EFTA zum Überleben gezwungen. Vages Programm, keine Alternative. Wiener Gipfelkonferenz beschloß Zehnpunkte-Deklaration.	P368	1
14.05.1977	ERP: Derzeit keine "Zuckerl mehr für die Industrie"	P369	9
15.06.1977	Pariser Regierung setzt ihr Prestige für die Eurowahl ein.	P370	2
15.09.1977	"Milchkrise-Groschen" nun auch für die EG-Bauern	P371	10
15.10.1977	EFTA-Minister warnen vor neuem Protektionismus	P372	2
15.10.1977	EG plant neue Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit	P373	10
15.11.1977	EG-Entwicklungshilfe für "Sicherheit Europas"	P374	2
15.12.1977	Handelsdefizit im Mittelpunkt der Gespräche mit der EG	P375	7
15.02.1978	Neuner-Europa baut auf Tito und spekuliert mit der Zukunft	P376	3
15.02.1978	EG will von Japan fixe Handelszusage	P377	8
15.03.1978	EG diskutiert über Arbeitszeitverkürzung	P378	8
15.03.1978	In Kürze: EG-Soforthilfe	P379	10
15.04.1978	EG und Österreich vereinbaren engere Zusammenarbeit	P380	9
15.06.1978	Briten von der EG enttäuscht, Hausfrauen klagen über Preise	P381	2
15.07.1978	Ostverschuldung ohne Einfluß auf EG-Exporte.	P382	9
15.09.1978	Das Vertrauen in Europa schwindet. Glanz der EG wird stumpf.	P383	13
14.10.1978	EG strebt engere Kooperation mit arabischen Ölstaaten an.	P384	11
15.11.1978	Europäisches Währungssystem vorläufig ohne England	P385	9
15.02.1979	EG blieb 1978 Österreichs größter Exportmarkt	P386	8
15.02.1979	Euro-Währungssystem arbeitet schon. Praxis nimmt oft Start vorweg	P387	8
15.03.1979	Leitkurs für Eurowährungen fixiert.	P388	9
14.04.1979	Verbesserte Handelsbilanz mit EG	P389	10
14.04.1979	EFTA-Konsultativkomitee prüft Arbeitsmarktlage	P390	10
15.11.1979	Kreiskys Europarede im Zentrum des Parteitages	P391	4
15.01.1980	ERP-Kreditträge zur Hälfte bewilligt.	P392	8
15.02.1980	EG-Parlament erörtert Olympis-Verlegung	P393	1
14.06.1980	EG-Gipfel: Erfolg für Palästinenser. Recht auf Selbstbestimmung betont.	P394	1
15.07.1980	Süßwarenindustrie leidet schwer unter EG-Exporten.	P395	7
15.10.1980	EG-Kohleimporte haben drastisch zugenommen.	P396	9
15.01.1981	Neuer EG-Ratspräsident beharrt auf Nahostplan.	P397	2
14.03.1981	EG vervierfacht Getreideexporte an Moskau. Frankreich drängt auf Aufhebung des Boykotts.	P398	11
15.04.1981	Für Zypern ist 13 keine Unglückszahl. Nikosia drängt auf raschen Beitritt zur EG.	P399	2
15.04.1981	Rezession bremst Ölimporte der EG.	P400	9

15.05.1981	Vor Kursanpassung im EWS. Dollar auf neuem Rekordstand	P401	20
15.07.1981	Faseraabkommen wird durch EG behindert.	P402	8
15.10.1981	Übereinstimmung EG-ASEAN in politischen Fragen.	P403	2
15.10.1981	EG kritisiert Berner Schwerkverkehrsabgabe	P404	7
14.11.1981	Wer kann, wer will Europa noch verteidigen? Illusionen und Realitäten im Kampf um Erhaltung eines "relativen Friedens".	P405	5
14.11.1981	EG und USA verhandeln über Stahlsubventionen.	P406	10
15.04.1982	EG berät über Wirtschaftsboykott.	P407	1
15.04.1982	Ölverbrauch in der EG gesunken.	P408	10
15.06.1982	Entschlossenheit in Brüssel	P409	1
15.07.1982	Schlechte Prognosen für EG-Stahl	P410	7
15.12.1982	Mubarak will aktive EG-Rolle in Nahost	P411	1
15.03.1983	EG-Außenminister bereiten Gipfel vor.	P412	1
15.03.1983	Europäische Wechselkursanpassung verzögert. Belgien beschließt Sparprogramm.	P413	8
14.05.1983	Differenzen um EG-Gipfel demontiert. Vor neuem Handelsstreit mit Washington?	P414	1
15.06.1983	Nach Beratung der Außenminister, schlechte Aussichten für EG-Gipfel.	P415	2
15.12.1983	Keine Einigung über EG-Budget für 1984. Euro-Parlamentarier rebellieren.	P416	2
15.03.1984	EG-Finanzfrage vertagt. Letzte Chance vor Gipfel.	P417	2
14.04.1984	Genscher unterstützt Wiens Wünsche an EG	P418	2
14.04.1984	Mock: Konflikt London - EG noch heute lösbar.	P419	2
15.05.1984	EG-Vorbereitungen für Weltwirtschaftsgipfel.	P420	2
15.05.1984	Euro-Währungseinheit bald an die Börse?	P421	9
15.06.1984	Niedrige Beteiligung bei Europawahlen?	P422	2
15.06.1984	Die Angst der Großen vor den Kleinen. Eurowahlen: Chancen der Randgruppen.	P423	3
14.07.1984	Erste Schritte zu "Europa ohne Grenzkontrolle"	P424	2
15.09.1984	ECU-Währungen werden neu geordnet.	P425	8
15.11.1984	EG-Parlament lehnt Haushalt 1985 wegen "Unehrllichkeit" ab.	P426	2
15.11.1984	Frankreich: Cheysson wird EG-Kommissar. Roland Dumas als neuer Außenminister?	P427	2
15.12.1984	Iberische EG-Reisewillige	P428	2
15.12.1984	EG-Partei lehnte Haushalt 1985 ab	P429	9
15.03.1985	Katalysator: Wien beharrt auf Alleingang. Sinowatz und EG dennoch mit Visite zufrieden.	P430	1
15.03.1985	Ungarn soll in EG Exportchancen erhalten.	P431	2
15.03.1985	Die Todesstrafe wird multilateral abgeschafft. Ministerkonferenz des Europarates in Wien.	P432	2
15.06.1985	Reiseschecks in der Kunstwährung ECU	P433	10
15.07.1985	Vorerst kein Interesse an ECU-Währungsreserven.	P434	6
14.12.1985	Die EG ist offen für österreichische Wünsche	P435	1+2
15.12.1985	Konflikt zwischen EG-Organen um Budget	P436	2
14.12.1985	Langer Weg nach Europa	P437	9
15.01.1986	Dänemark blockiert Reformen der EG	P438	2
15.02.1986	EG - Österreich: Durchbruch in Spanienfrage	P439	2
15.03.1986	Die EG kann ihre Politik nicht mehr bezahlen.	P440	2
15.03.1986	Gratz: Kontakte mit EG verbessert. Regelmäßige "Konsultationen" fixiert.	P441	2
15.03.1986	Europa-Parlament gegen CSSR und Ungarn	P442	2
14.06.1986	Mehr EG-Hilfe an Afghanistans Guerilla?	P443	2
14.06.1986	Vranitzky steckt hohe Ziele: Totale ÖIAG-Reform bis zum Herbst.	P444	1+4
14.06.1986	- - -	P445	1
15.07.1986	Wien will Kontakte zu EG intensivieren.	P446	1
15.07.1986	EG-Erweiterung brachte keine Exportnachteile	P447	7
15.09.1986	Die Wirtschaft nur als Vorwand? Comecon sucht Kooperation mit der EG.	P448	3
15.11.1986	Schiedsrichter, Nachtwächter? Österreichs Rolle in Europa. KSZE-Sicherheit und neutrale Staaten.	P449	5
15.12.1986	Neuer EG-Plan zum Abbau der Agrar-Überschüsse.	P450	2
14.02.1987	EG warnt USA vor Protektionismus	P451	10
14.03.1987	Ecu stiehlt Kaiserin Maria Theresia die Show	P452	2
14.03.1987	Österreich und die EG: Zwischen Isolation und Integration(III). Der noble Exklusivklub zu Brüssel. Vielfältige Folgen der Diskriminierung europäischer Nichtmitglieder.	P453	3
15.04.1987	Positives Echo in Belgien auf Europalia-Präsentation	P454	2
15.04.1987	EG in diplomatischem Dilemma. Türkei für Beitritt noch nicht reif?	P455	2
15.05.1987	Verschlungener Pfad zum Binnenmarkt. Kleinkrämerei verzögert EG-Integration.	P456	3
15.06.1987	EG gegen Postmonopol im Fernmeldewesen	P457	7
15.07.1987	Österreich - Demarche bei der EG wegen Transitproblems.	P458	2
15.07.1987	Jugoslawien kann mehr in die EG liefern. Fünfjähriges Handelsprotokoll unter Dach.	P459	7
15.09.1987	EG diskutierte Währungskooperation. Keine Einigung über weitere Kursstützungen.	P460	9
15.10.1987	Den Haag garantiert Mock Unterstützung bei EG-Annäherung	P461	1
14.11.1987	Mock: neuer Anlauf für mehr Kontakte in Paris.	P462	2
15.12.1987	Rühl schließt Militärplanung auf der Ebene der EG aus.	P463	
15.12.1987	EG-Minister legen "Strahlenkonflikt" bei.	P464	2

15.12.1987	In Kürze: EFTA	P465	9
15.01.1988	Paris will Eurowährung und Eurozentralbank. Kooperation bewährt sich in Finanzkrisen.	P466	7
15.01.1988	WIFI will Betriebe für Europa fit machen.	P467	7
15.02.1988	EG-Reform macht Binnenmarkt möglich. Briten geben nach, Deutsche zahlen.	P468	1+2
15.02.1988	Keine Utopie	P469	2
15.03.1988	Molkereien und Lagerhäuser schrumpfen durch EG-Beitritt.	P470	7
15.04.1988	Österreich soll unbeirrt EG-Kurs verfolgen. Binnenmarkt keine Mauer für Drittländer.	P471	8
15.06.1988	Wirtschaft legt sich auf Europa-Binnenmarkt fest.	P472	1
15.06.1988	EG-Beitrittsantrag erst ab Juli 1989. EFTA-Tagung im Zeichen Österreichs.	P473	1+2
15.06.1988	Der Verlust, der Gewinn bringt. Ein EG-Beitritt mindert zwar den Spielraum im Außenhandel, eröffnet aber neue Chancen.	P474	3
15.06.1988	Ab dem Jahr 1190 freier Kapitalverkehr in der EG.	P475	8
15.06.1988	Sallinger: Wirtschaft für EG-Beitritt. "Politik muß Europabedingungen schaffen."	P476	9
15.07.1988	Debatte um Termin eines EG-Beitritts	P477	1
13.08.1988	Die EG wünscht derzeit keine Bremsklötze.	P478	2
13.08.1988	Vranitzky: "Kein Grund zur Panik"	P479	2
15.09.1988	Sallinger urgiert EG-Beitrittsantrag. "Sozialpartner notwendiger denn je"	P480	1
15.09.1988	Genscher: EG-Beitritt nur "mit Haut und Haar"	P481	2
15.09.1988	Wirtschaft gegen neue Belastungen. Eigenen "EG-Botschafter" nach Brüssel.	P482	4
15.10.1988	Spanien will Ausweitung der EG verhindern.	P483	2
15.10.1988	Braucht EG-Beitritt Volksabstimmung	P484	2
15.10.1988	Britische Konservative beenden Parteitag. Buh-Rufe Pro-Europäer Edward Heath.	P485	2
15.10.1988	Volkspartei Steiermark gibt sich ein "Europa-Programm"	P486	4
15.10.1988	Wiens Steuerreform ist Vorleistung für EG.	P487	11
15.11.1988	EG will die Autoimportflut aus Japan einbremsen.	P488	10
15.12.1988	Generalstreik überschattet Besuchs Vranitzkys in Spanien.	P489	1
15.12.1988	Europaparlament beklagt griechischen Vorsitz	P490	2
15.12.1988	"Öffentliche Zahlungen für Bauern würden bei EG-Beitritt um eine Milliarde steigen"	P491	7
15.12.1988	Europas Unternehmen stecken Weg zum Binnenmarkt ab.	P492	10
15.01.1989	Das EG-Spiel am Heiß-Kalt Theater	P493	1
14.01.1989	Ohne EG engerer Spielraum für Einkommenspolitik	P494	6
15.02.1989	Österreich nimmt an EG-Forschung aktiv teil.	P495	5
15.02.1989	Bauernvertreter erstellen ein EG-Memorandum	P496	7
15.02.1989	Niedrigste Arbeitslosigkeit der EG seit fünf Jahren.	P497	10
15.03.1989	Fünftes EFTA-Gipfeltreffen in Oslo. Uneinigkeit über Kooperation mit der EG.	P498	1
15.03.1989	Vranitzky lehnt Zollunion EFTA-EG ab. Integration ist Prozess und kein Status.	P499	2
15.03.1989	Itas startet in EG-Reisemarkt	P500	6
15.04.1989	Betrug mit EG-Geldern. Subventionen werden doppelt kassiert.	P501	2
13.05.1989	EG-Mitgliedschaft vor 1992 möglich?	P502	2
15.06.1989	EG-Einigung der Regierung bis Montag? Parlament hat alle Vorarbeiten für den "Brief" abgeschlossen.	P503	1
15.06.1989	Keine Stärkung der EFTA. Mäßige Fortschritte bei Ministertreffen.	P504	2
15.06.1989	Briten isolieren sich in EG. London bleibt bei Sozialpolitik.	P505	2
15.06.1989	In Europa liegt Labour vor Thatcher.	P506	4
15.06.1989	Mittelbetriebe optimistisch. Mehrheit für EG-Beitritt.	P507	6
15.06.1989	Finnland drängt in die EG.	P508	7
15.07.1989	Erster Streit in der EG um Wiens Neutralität.	P509	1+2
15.07.1989	Mehrspurige Anreise nach Brüssel. Österreichs EG-Vorstoß stärkt die EFTA.	P510	3
14.08.1989	Debatten um EG-Beitritt. Schlüssel: Brauchen keine Oberlehrer.	P511	2
14.08.1989	Japan reagiert auf EG. Technologien sollen transferiert werden.	P512	7
15.09.1989	"EG positiv zu Wien". Vranitzkys Bilanz nach elf Ländern.	P513	2
15.09.1989	Vogler: Österreich muß in die EG	P514	6
14.10.1989	EG diskutiert Nachtfahrverbot für Österreich.	P515	2
14.10.1989	EG: Vetoverzicht Wiens? König schlägt Brüssel Kompromiß vor.	P516	2
15.01.1990	EG zögert in Rumänien. Brüssel knüpft Hilfe an Bedingungen.	P517	1
15.01.1990	Hämmerle geht in die EG. Vier- bis Fünf-Schicht-Betrieb geplant.	P518	8
15.02.1990	Sorgen um die "politische Würde" der Länder vor den Toren Brüssels. Vom Zwölfer- übers Zweier- zum Achtzehner-Europa. Wiens EG-Sprecher warnt vor "überhasteter" EG-EFTA-Lösung ohne Mitbestimmung.	P519	4
15.02.1990	Paris mauert gegen Japan-Importe. Umstrittene Öffnung des künftigen EG-Binnenmarktes.	P520	8
15.02.1990	EG überprüft Kauf der Fluglinie UTA durch Air France.	P521	12
15.03.1990	EG geht von Einfluß auf nationale Budgetpolitik ab.	P522	2
15.03.1990	EG-Binnenmarkt für Autos nicht in Sicht. Streit um Subventionen, Importrestriktionen und Normen.	P523	12
14.04.1990	Handelskammerwahlen am 23. und 24. April. EG-Beitritt als gemeinsamer Nenner. Umfangreiche Wirtschaftsprogramme werden präsentiert.	P524	4

15.05.1990	Delors will "Zweiteilung" der EG. Sicherheit und Wirtschaft getrennt?	P525	1
15.05.1990	"Aufwerten oder abschaffen". VP will Bundesrat vor EG-Beitritt stärken.	P526	5
15.05.1990	EG erneuert Kritik an Chrysler-Subventionen.	P527	8
15.05.1990	Nationale Autoversicherung gilt bald für die gesamte EG.	P528	15
15.06.1990	EFTA beharrt auf Mitbestimmung bei EG-Rechtsnormen.	P529	1+2
15.06.1990	Fixpunkt der Außenpolitik. Botschafter Türk: Neutral und EG vereinbar.	P530	2
15.06.1990	EFTA-Abkommen mit CSFR, Polen und Ungarn.	P531	12
14.07.1990	Delors will EG-Organ für Außenpolitik	P532	2
14.08.1990	EG will Tiroler "Straßenkrieg" entschärfen.	P533	1
15.09.1990	DDR ab 3. Oktober in EG. Waren vier Minister Stasi-Mitarbeiter?	P534	2
15.08.1990	Chrysler-Subventionen ist EG weiter zu hoch.	P535	8
15.09.1990	Bereits 6500 Versicherungsmakler. Konkurrenz aus der EG nimmt zu.	P536	12
15.11.1990	1993 EG-Binnenmarkt fix. Liberalisierungsprozeß läuft weiter.	P537	16
15.12.1990	Auch EG hilft Sowjets. Gipfel in Rom schnürt Milliarden-Paket.	P538	1+2
15.12.1990	Transitgespräche EG-Alpenländer festgefahren.	P539	2
15.12.1990	Kein Agrarkrieg EG-USA. Brüssel und Washington vor Kompromiß.	P540	13
15.01.1991	Die Kriegsgefahr am Golf und die Krise im Baltikum sorgen für weltweite Spannungen. EG schließt eigene Friedensmission aus. Aufruf zu friedlichen Lösung in Litauen.	P541	2
15.01.1991	EWR als "schnellster Zug nach Brüssel ".Aber kein Ersatz für einen EG-Beitritt.	P542	15
15.01.1991	Opfer des Handelskrieges USA-EG. Australien will einen eigenen Wirtschaftsblock gründen.	P543	15
15.01.1991	Der weite Weg zur EG-Außenpolitik. Am Golf spielt Brüssel eine Nebenrolle.	P544	18
15.01.1991	Studentenaustausch EG-EFTA steht vor Abschluß. Ministerium will für "Erasmus" Stimmung machen.	P545	18
15.01.1991	EG-Fischereiflotte zu rasch gewachsen.	P546	18
15.01.1991	Südeuropäer lernen in Deutschland Handwerk	P547	18
15.01.1991	Steueranreize für umweltfreundliche Dieselaautos erlaubt?	P548	18
15.01.1991	Staus, Drogen, Verbrechen. Grenzöffnung: Sorge im Innenressort.	P549	18
15.01.1991	"Wollen keinen Nap-Zentralstaat". EG-Ratsvorsitzender Santer zur "Presse"	P550	19
15.01.1991	London für "Europäischen Währungsfonds"	P551	19
15.01.1991	"Madame Europa", kühle Technokratin	P552	19
15.01.1991	Für die österreichische Wirtschaft ist es bereits fünf vor zwölf. Umdenken und neue Strategien sind nötig. Die meisten Unternehmen reagieren erst, wenn sie vor vollendete Tatsachen stehen.	P553	19
15.01.1991	In Kürze: Stahlimport	P554	19
15.01.1991	In Kürze: EG-Zuschüsse	P555	19
15.02.1991	EG-Hochschulen ab sofort für Österreicher offen.	P556	2
15.03.1991	EWR kostet Milliarden. Nowotny: Österreich wird Nettozahler	P557	2
15.04.1991	EG-Außenpolitik für Mitgliedstaaten verbindlich?	P558	2
15.04.1991	Nato-Chef gegen Aufbau einer EG-Verbindung	P559	2
15.04.1991	"Österreich ist ein Mitglied der EG-Familie". Der Präsident des Europäischen Parlaments, Enrique Baron Crespo, hegt große Sympathie für Wiens Beitritt.	P560	3
15.04.1991	EWR bringt EFTA mehr Vorteile als einigen EG-Ländern.	P561	9
15.05.1991	Europäische Dynamik	P562	1
15.05.1991	Befriedigung über nächtlichen Durchbruch bei EWR. Schlüssel: "Ein Traum wird wahr."	P563	1+2
15.05.1991	Vehement Debatte um EWR in Österreich.	P564	2
15.05.1991	Nacht der langen Messer in Brüssel. Chance für gemeinsamen Wirtschaftsraum von EG und EFTA lebt vorerst weiter.	P565	3
15.05.1991	Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der EG-und EFTA-Minister.	P566	4
15.06.1991	Keine Einigung über EG-Grenzkontrollen.	P567	2
15.06.1991	EG: Ankara muß Zypernfrage regeln.	P568	2
15.06.1991	"Ein heilloses Durcheinander. "EWR-Verhandlungen sind im Endspurt."	P569	3
15.06.1991	Stockholm überreicht am 1. Juli seinen EG-Beitrittsantrag. Schwedens Kehrtwendung Richtung Europa. Ohne Neutralitätsvorbehalte in die Gemeinschaft.	P570	4
15.06.1991	Prager Konferenz zur Errichtung einer Konföderation vom Atlantik bis zum Ural. "Noch zwei bis drei schöne Reden und wir sind wieder in Europa" Vaclav Havel und Francois Mitterand suchen nach einer Antwort auf den Zerfall der Sowjetunion.	P571	4
15.06.1991	"Presse"-Gespräch mit dem amerikanischen Nato-Botschafter William H.Taft. Die Sicherheit aller Europäer hängt von der jeden einzelnen Staates ab: die NATO für Europas Verteidigung, die EG soll außerhalb Europas aktiv werden.	P572	5
15.06.1991	SP-Parteitag in Linz: Jubel um Vranitzky, Applaus für Europa-Politik, Unmut über Eiertänze. Vranitzky: "Sozialdemokratie als Weg nach Europa. SP will eigenen Bundespräsidentenskandidaten."	P573	6
15.06.1991	Europaparlament will scharfe Umweltsteuern.	P574	15
15.07.1991	EG kontrolliert Frieden in Jugoslawien. Konflikt um Ultimatum zur Entwaffnung der Territorialverbände.	P575	1+2
15.07.1991	Europäische Energie-Charta. Auch Start der Gespräche über Agrarreform.	P576	6
14.08.1991	Nordische Staaten suchen Ausweg aus EWR-Dilemma.	P577	2

14.08.1991	8,7Prozent sind in der EG arbeitslos.	P578	12
14.09.1991	Der Vormarsch der Serben und der Armee in Kroatien verstärkt die europäischen Aktivitäten zur Beendigung des Konflikts. Neue EG-Initiative für Jugoslawien. Carrington nach Belgrad und Agram.	P579	2
14.09.1991	Harte Fronten im Streit um Kosten des EG-Beitritts.	P580	13
14.09.1991	Optimismus für EWR. "Wirtschaftsgipfel" in Salzburg.	P581	13
14.09.1991	Kleinbauern profitieren von EG-Agrarreform	P582	14
15.10.1991	Den Haag: Neues Gipfeltreffen zu Jugoslawien.	P583	1+2
15.10.1991	Europa-Parlament kritisiert FPÖ.	P584	2
15.10.1991	Bildungsminister tagen, Europäische Dimensionen und Probleme.	P585	5
15.10.1991	Dissonanzen um eine harmonisches Asylrecht. EG sucht einheitliche Ausländerpolitik.	P586	17
15.10.1991	Vorrang des Gemeinschaftsrechtes, aber... Wie die Mitgliedstaaten mit den EG-Normen umgehen.	P587	17
15.10.1991	Norwegen: Vorstoß des Außenministers für Beitritt.	P588	17
15.10.1991	Egon Klepsch nächster Parteipräsident?	P589	17
15.10.1991	"Wir wollen in einem guten Europa leben". Vranitzkys Vorbehalte gegen zu große EG-Erweiterung.	P590	17
15.10.1991	Arbeiterkammer: Keine Angst vor der Gemeinschaft.	P591	17
15.11.1991	Mock unternimmt neuen formellen EG-Vorstoß	P592	2
15.11.1991	Schweden will bis 1991 in die EG.	P593	2
15.11.1991	Österreichische Forschung, EG-Vollmitglied. EWR öffnet Zugang zu allen Programmen.	P594	12
15.11.1991	Weniger Einkommen und Produktionen für Bauern in EG.	P595	12
15.11.1991	SP fordert bei EG-Beitritt Rat für Integrationsfragen	P596	19
15.12.1991	Mitterand prahlt mit EG-Erfolg. Grand design für Frankreich. "Europa ist jetzt größte Macht der Welt.	P597	4
14.12.1991	"Schulen an EG anpassen". Scholten bereitet Dienstrechtsänderung vor.	P598	6
14.12.1991	EG-Ökosteuer umstritten. Angst vor wirtschaftliche Folgen.	P599	13
15.01.1992	EG klärt letzte Details.	P600	1+2
15.01.1992	Christdemokrat Klepsch EG-Parteipräsident.	P601	2
15.01.1992	EG will Postmonopol auf Briefe beschränken.	P602	12
15.02.1992	EWR-Vertrag, aber noch droht Verzögerung.	P603	1+2
15.02.1992	Forderungen "Europasteuer" verstärkt sich	P604	13
15.02.1992	Krach um Stahlsubventionen. Deutsche Industrie kritisiert EG-Konkurrenz.	P605	15
15.03.1992	Transit: Wien hat "schlecht erklärt". EG-Mandat hängt an Maastrich-Konsens	P606	2
15.03.1992	EG über Menschenrechte in China besorgt.	P607	2
15.03.1992	EG-Arbeitsminister beraten "Europäische Sozialcharta"	P608	2
15.03.1992	Krejci soll Berater der Parteien in EG-Fragen werden.	P609	4
15.03.1992	Arbeitslosenrate in der EG im Jänner 9,3 Prozent	P610	13
14.03.1992	Weiter Gatt-Differenzen zwischen EG und USA	P611	14
15.04.1992	Fortschritte für EWR-Vertrag und Transitregelung	P612	1
15.04.1992	EFTA und EG paraphierten EWR-Vertrag.	P613	2
15.04.1992	Grüne wechseln zu differenzierten EG-Strategie.	P614	2
15.04.1992	Geplante EG-CO2-Abgabe zu niedrig. Heimische Wissenschaftler fordern für Österreich Versechsfachung.	P615	14
15.04.1992	EG-Notenbankchefs beharren auf Vorrang für Stabilität.	P616	15
15.05.1992	Streit um Verbot der Tabakwerbung in EG geht weiter.	P617	13
15.05.1992	"Die kritische Grenze ist überschritten". EG-Erweiterung droht sich zu verzögern.	P618	18
15.05.1992	"Wir sehen unseren Erfolg nicht immer". "Presse"-Gespräch mit Premier Santer über die Lage der EG.	P619	18
15.05.1992	194 Stunden EG-Recht. Neuer Postgraduater-Lehrgang in Vorarlberg.	P620	18
15.05.1992	Umweltschutz kontra Freihandel. Brüssel will, daß die Schweiz das Verbot von PVC-Flaschen aufhebt.	P621	18
15.05.1992	Umschulung für Zolldeklaranten	P622	18
15.05.1992	Parlamentarier-Treffen für Umweltverschmutzung	P623	18
15.05.1992	Kleinbauern atmen auf. Exklusive Lieferverträge bleiben erlaubt.	P624	18
15.06.1992	FP-Vorstand: Klares "Ja" zu EG und EWR.	P625	4
15.06.1992	Großer Bruder EG auf "Bauernfang". Für Österreichs Landwirte beginnt in der Gemeinschaft eine neue Ära.	P626	5
15.06.1992	Raschere Abhilfe gegen Doppelbesteuerung? EG-Abkommen sieht Schlichtungsverfahren zwischen beteiligter Finanzbehörde vor.	P627	9
15.07.1992	In der EG bleiben Spezialitäten erhalten.	P628	11
15.07.1992	Österreich in Pole-Position für EG. Maderthaner: Briten zurückhaltend in Agrarsektor und Transit.	P629	13
15.07.1992	Österreichs Banken fordern Waffengleichheit mit der EG.	P630	15
15.09.1992	Italiener von EG enttäuscht. Lira-Abwertung: Machtverlust von Premier.	P631	2
15.09.1992	Auch bei Maastrich-Nein. Wien auf EG-Kurs.	P632	2
15.10.1992	EG-Sondergipfel weicht den Streitthemen aus.	P633	1+2
15.10.1992	Klestil bei Mitterand. Frankreich unterstützt baldigen Beitritt.	P634	2

15.10.1992	Dänemark will Maastricht neu verhandeln.	P635	2
15.10.1992	Schweizer Bauernmanifest für EWR gegen EG.	P636	3
15.10.1992	"Es ist Zeit für eine Kompetenzliste". Appell an EG-Gipfel: Frankreichs Ex-Präsident gegen Brüsseler Übermacht.	P637	8
15.10.1992	"Stahlkrise gefährdet in EG 50.000 Arbeitsplätze"	P638	13
15.10.1992	Transitvertrag: Kontingente an der EG übergeben.	P639	13
15.10.1992	"Keine Menü-Auswahl für Österreich". Deutscher Spitzenbankier hält Währungsunion für unverzichtbar.	P640	15
14.11.1992	Schweiz: Mehrheit nun gegen EWR	P641	3
14.11.1992	Keine Diskriminierung. Zollrechtliche EG-Nachteile bald beseitigt.	P642	9
14.11.1992	EG sorgt für Arbeitslose vor.	P643	10
15.12.1992	Brüssel zieht eigene Regeln zurück. Konfitüre darf wieder Marmelade heißen.	P644	3
15.12.1992	Kopenhagens EG-Opposition lenkt ein.	P645	3
15.12.1992	"Dänisches Nein wäre für London nicht verkraftbar."	P646	3
15.12.1992	Straßburg als Parlamentssitz fix. Jubel in Frankreich über Aufwertung der "Europa-Hauptstadt".	P647	3
15.12.1992	Mißglückte Suche nach EG-Konsens im Parlament. Regierung warnt vor Isolation, Opposition vor Blindflug.	P648	5
15.12.1992	EG-Streit um Steuer auf Gebraucht-Pkw. Auch Freigrenze für Duty-free-Käufe noch nicht fixiert.	P649	7
15.01.1993	Fortschritte bei Sanierung des EWR.	P650	2
15.01.1993	Schlechte Noten für EG. Delors: Kooperation funktioniert nicht.	P651	9
15.01.1993	In Kürze: EG/ Japan	P652	9
15.01.1993	Beitrittsfahrplan weitgehend fix. Enge Sitzungssäle, enger Spielraum.	P653	11
15.01.1993	Europa vor Öffnung der Grenzen. Österreich muß mit Nachteilen rechnen.	P654	11
15.01.1993	EG-Kritik von Daimler-Benz-Chef Reuter.	P655	11
15.01.1993	Änderung für Monopole. Tabakverkauf ausschließlich in Trafiken?	P656	11
15.01.1993	EG-Mehrwertsteuer-System	P657	11
15.01.1993	Die neuen Einkaufsregeln im Binnenmarkt.	P658	11
15.01.1993	Schweizer Hochschulen fürchten Benachteiligung.	P659	11
15.01.1993	Wechsel an der Spitze des EG-Rechnungshofes.	P660	11
15.01.1993	Italiens ex-KP verstärkt Europas SP-Fraktion.	P661	11
15.01.1993	Berlaymont wird bis 1998 renoviert	P662	11
15.01.1993	Griechenland: Religion muß im Ausweis stehen.	P663	11
15.02.1993	Ausgerechnet Bananen	P664	1
15.02.1993	EG für Annäherung der Agrarsubventionen	P665	2
15.02.1993	Europa-Bananen kosten mehr	P666	1+6
15.02.1993	EG-Beschluß macht Bananen viel teurer.	P667	1+6
15.03.1993	EG erwägt Bremse für Billig-Aluminium aus der GUS.	P668	6
15.03.1993	Neue Runde im Handelskrieg zwischen USA und EG	P669	7
15.03.1993	Vranitzky bekräftigt Festhalten am harten Schilling.	P670	1+7
15.03.1993	Weiter Hartwährungskurs: Vranitzky für offensive Industriepolitik.	P671	1+7
15.03.1993	Ungarn ab 1995 auf EG-Kurs.	P672	1+8
15.03.1993	Ungarn als "moderne europäische Zugsgarnitur"?	P673	1+8
15.04.1993	Jankowitsch für EWR-Etappenlösung.	P674	2
15.04.1993	Gipfel ohne Hauptdarsteller, Osteuropa zu Gast bei EG und EFTA.	P675	3
15.04.1993	EG-Abstimmung. VP-Politiker drohen mit möglichen Nein der Bauern.	P676	4
15.04.1993	Bleifreies Benzin erobert EG-Markt.	P677	11
15.04.1993	Zollabkommen mit EG nicht ratifiziert, aber in Kraft.	P678	11
15.04.1993	"Rinderkrieg" in Europa eskaliert.	P679	1
15.04.1993	Kranke Kühe mit gefälschten Pässen. Ost-West Agrarhandelskrieg eskaliert.	P680	13
15.05.1993	Angst vor Europa	P681	2
15.05.1993	Mehrheit der Österreicher gegen EG-Beitritt	P682	1
15.05.1993	Mehrheit der Österreicher gegen Beitritt.	P683	3
15.05.1993	Fischler fordert Schutz vor EG-Agrarexporten.	P684	3
15.05.1993	Verwirrende Volksabstimmung über EWR-Gesetze. Salzburg: EG-Gegner stimmen mit Ja - Keine bindenden Konsequenzen.	P685	4
15.05.1993	Es bleibt spannend.	P686	7
15.05.1993	Die EG in den Kochtöpfen. "Lebensmittel aus dem Ausland eher besser."	P687	18
15.06.1993	Groß gegen Klein: Es geht um Macht und Einfluß.	P688	26
15.06.1993	Kommt die Euro-Straßenmaut? Computer -Abrechnung ab 1998	P689	26
15.06.1993	Kompromiß um Datenschutz in Brüssel.	P690	26
15.06.1993	Vorrang für den Umweltschutz	P691	26
15.06.1993	Arbeitslosigkeit.	P692	26
15.06.1993	In Kürze: Japanische Autos	P693	26
15.06.1993	In Kürze: Sprengstoff	P694	26
15.06.1993	In Kürze: Klein und Mittelbetriebe	P695	26

15.06.1993	In Kürze: Ältere Menschen	P696	26
15.06.1993	In Kürze: Info 92	P697	26
15.07.1993	Deutsche Schützenhilfe gegen Währungsspekulanten.	P698	3
15.07.1993	Transitvertrag: EG will Änderung	P699	5
15.07.1993	Trotz Flaute Anstieg bei Förderanträgen.	P700	13
14.08.1993	Bern drängt auf Gespräche mit EG	P701	5
14.08.1993	Hollandgulden und Franc unter Druck	P702	19
15.09.1993	Vranitzky: Besuch in Finnland	P703	10
15.09.1993	Uneinigkeit im Europarat	P704	4
15.09.1993	Hektik und Spekulationen um Neuwahlen	P705	1+7
15.09.1993	Die EG-Gegner jubeln	P706	9
15.09.1993	Angst vor Kleinen wächst	P707	10
15.09.1993	Grundverkehr: Deutsche gegen Beschränkung	P708	10
15.09.1993	Wintersperre für Integration.	P709	10
15.09.1993	GATT-Streit belastet zunehmend die weitere Integration.	P710	10
15.09.1993	In Kürze: Breitformat	P711	10
15.09.1993	In Kürze: Commett II	P712	10
15.09.1993	In Kürze: Handel	P713	10
15.09.1993	EG-Sicherung für Spareinlagen ist fix.	P714	15
15.10.1993	EG-Agrarrunde: Bauernbund hofft auf Mock.	P715	1+5+6
15.10.1993	Jankowitsch zu Transit: "Irgendwie hat EG recht"	P716	5
15.11.1993	Voreiliger Jubel über EG-Zusagen	P717	1+4
15.11.1993	Europas Begriffverwirrung	P718	1
15.11.1993	Zilk: Zuerst Neuwahlen, dann EG-Abstimmung	P719	6
15.11.1993	Warten auf die Integration	P720	7
15.12.1993	EG bietet Wien Kompromiß über Forderungen an.	P721	1+4
15.12.1993	Brüssel stellt Kompromiß für Steyr in Aussicht.	P722	4
15.12.1993	EFTA-Kofinanzierung	P723	4
15.12.1993	Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	P724	8
15.12.1993	Neues Wachorgan kontrolliert Wettbewerb	P725	8
15.12.1993	Nicht einmal ein halber Schritt Richtung Europa.	P726	8
15.12.1993	Geldtopf für arme Regionen	P727	8
15.12.1993	"Wie ein Privatbetrieb"	P728	8
15.12.1993	EU-Fahne	P729	8
15.12.1993	In Kürze: Reisebusse	P730	
15.12.1993	In Kürze: Europa-Diskette II	P731	8
15.12.1993	In Kürze: Senioren	P732	8
15.12.1993	EG pro und contra	P733	8
15.01.1994	Arbeiterkammer urgiert EWR-Normen	P734	15
15.02.1994	Faschingsdienstag	P735	2
15.02.1994	Ungarn und Polen bald in die EU	P736	4
15.02.1994	EWR-Bürger als Beamte in Österreich	P737	7
15.02.1994	Streit um Währungsunion	P738	13
15.02.1994	"Dann werden wir nicht zustimmen". Mock gibt Fischler Rückendeckung	P739	15
15.02.1994	EU-Beitritt ein "Muß" für Auslandsinvestoren	P740	17
15.02.1994	Hier Angstthemen, dort Sicherheit	P741	18
15.03.1994	Bonn setzt EU-Partner unter Druck	P742	1
15.03.1994	Wozu wirklich noch die Neutralität?	P743	2
15.03.1994	54 Prozent für EU-Beitritt	P744	6
15.03.1994	"Opposition informieren"	P745	7
15.03.1994	Das Sesselrücken kann beginnen.	P746	8
15.03.1994	EU-Streit geht in die nächste Runde: Bonn droht nun mit Finanzstopp	P747	8
15.03.1994	Südtirol bietet Hilfe bei Transpolitik an.	P748	8
15.03.1994	Euro-Rechnungshof in "Besorgnis"	P749	8
15.03.1994	Union reduziert Abgase um 50 Prozent	P750	8
15.03.1994	Verhandlungsergebnisse	P751	8
15.03.1994	Greenpeace: EU forciert Straßenbau	P752	8
15.03.1994	Krebsrate nimmt in der Union zu	P753	8
15.03.1994	Nebenbei (Norwegen)	P754	8
15.03.1994	Gute Noten für EU-Kandidat Norwegen	P755	19
15.04.1994	SPÖ-EU-Empfehlung	P756	1+8
15.04.1994	Dem Bürger Zucker geben	P757	2
15.04.1994	Vranitzky: "Watschen" für Eiertänze. Aber kaum EU-Euphorie bei SP-Fest	P758	8
15.04.1994	Schmidt warnt vor Mißachtung des EU-Parlaments	P759	8
15.04.1994	"Holzhammer für VP-Linie überflüssig"	P760	8
15.04.1994	Bundesländer warten ab	P761	8
15.04.1994	Umfrage: 48 Prozent für EU	P762	8

15.04.1994	Milliardenschwerer "Flankenschutz"	P763	8
15.04.1994	EU-Vertrag	P764	8
14.05.1994	Mehr Freiheitliche werden für den Beitritt stimmen.	P765	2
14.05.1994	Europa-Konferenz in Prag	P766	4
14.05.1994	Europa-Kongreß im Schloß Belvedere	P767	7
14.05.1994	"Europa sehr unsicher geworden". Fasslabend warnt vor Nichtbeitritt.	P768	8
14.05.1994	EU verstopft die Steuer Schlupflöcher	P769	8
14.05.1994	Oslo besteht in Union auf Walfang	P770	8
14.05.1994	Haider: Beitritt bringt saftige Steuererhöhung	P771	8
14.05.1994	Klestil, Kompetenz, Korfu ungeklärt	P772	8
14.05.1994	"EU entspricht SP-Zielen"	P773	8
14.05.1994	Metropole oder Euro-Provinz	P774	12
15.06.1994	Euroolorbeeren	P775	2
15.06.1994	Bonn muß Versprechen einlösen, sonst droht Konflikt mit EU-Parlament.	P776	8
15.06.1994	Nun fix: Vranitzky, Mock unterzeichnen Vertrag	P777	8
15.06.1994	Südtirol mit zwei Abgeordneten im EU-Parlament	P778	8
15.06.1994	Brüssel kontra Tschernobyl	P779	8
15.06.1994	Minus von 1,5 Milliarden	P780	8
15.06.1994	Hoffen auf den versprochenen Geldsegen der EU	P781	8
15.06.1994	Spektakuläre Entscheidung	P782	8
15.06.1994	Zuversicht stark gestiegen	P783	8
15.06.1994	Schock über rechtsextreme Erfolge	P784	8
15.06.1994	"Eurolook" für Textverarbeitung	P785	9
15.06.1994	EU macht Österreich für Schweizer attraktiv	P786	19
15.07.1994	EU-Länder lehnen einen starken Präsidenten ab.	P787	1+5
15.07.1994	Mock am überzeugendsten	P788	4
15.07.1994	Realpolitiker ohne Vision	P789	5
15.07.1994	Einheitliches EU-Visum	P790	5
15.07.1994	Mayr-Melnhof hält Strafe der EU für ungerecht	P791	13
13.08.1994	Weniger und besser, statt schneller, größer, mehr.	P792	2
13.08.1994	Schweden: EU-Zustimmung wächst	P793	5
15.09.1994	EU will Euro-Maut und private Autobahnen.	P794	1+16
15.09.1994	WEU wirbt um Österreich	P795	1+4
15.09.1994	EU-Industrie fehlt Konkurrenzfähigkeit.	P796	19
15.10.1994	Major schließt britischen EU-Austritt aus.	P797	4
15.10.1994	Nordlicht für die EU	P798	4
15.10.1994	Finnlands EU-Barometer zeigt klares Ja an.	P799	8
15.10.1994	Datenschutz "europareif"	P800	12
15.11.1994	Ein gespaltenes Schweden auf dem Weg in die EU	P801	3
15.11.1994	WEU-Ärger über Bosnien.	P802	4
15.11.1994	Oslos EU-Befürworter hoffen auf einen "Sog aus dem Nachbarland"	P803	6
15.11.1994	Gestärkte Unio, geschwächter EWR.	P804	6
15.11.1994	"Wichtige Rolle für kleine Staaten"	P805	6
15.11.1994	Europawahl: Auch EU-Bürger dürfen teilnehmen.	P806	8
15.11.1994	EU soll Orly öffnen	P807	18
15.11.1994	EWI startet in Frankfurt	P808	18
15.11.1994	Oberösterreich macht präventiv EU-Schulden.	P809	22
15.12.1994	EU droht Reisehamstern mit Abgaben.	P810	19
15.12.1994	Wenig Auswirkungen der EU-Zement-Strafen	P811	20
15.01.1995	EU-Machtprobe zwischen Partei und Kommission	P812	3
15.01.1995	"Österreich soll WEU-Vollmitglied werden"	P813	5
15.01.1995	Europa für Philatelisten	P814	5
15.01.1995	Fliegt Spanien aus EWS	P815	22
15.01.1995	"Lebensmittel werden insgesamt nicht billiger"	P816	25
15.01.1995	Österreich als EU-Modell	P817	25
15.01.1995	Auf dem Weg zur Europa-Elite	P818	31
15.01.1995	Manager, kommst du nach Brunn. Was bedeutet Europa-Reife	P819	31
15.01.1995	In Kürze: EU - Türkei	P820	4
15.02.1995	Kontroversen um Grenzkontrollen. EU-Kommission kontra John Major	P821	5
15.02.1995	Tücken bei Arbeit im EU-Ausland. Vorsicht bei der Sozialversicherung.	P822	21
15.02.1995	Neues Sozialdumping	P823	21
15.02.1995	Engpaß bei höheren Jobs in Brüssel	P824	21
15.02.1995	In Kürze: Rüstung	P825	21
15.02.1995	In Kürze: Landwirtschaft	P826	21
15.02.1995	In Kürze: Arbeitszeit	P827	21
15.02.1995	Applaus für "EU-Preise" in Österreich	P828	21
15.02.1995	EU-Förderungen: Alternativenenergie	P829	21

15.02.1995	In Kürze: Tirol/ EU	P830	4
15.03.1995	Verhärtete Fronten Kanada - EU. Streit um "kleine Fische" und Quoten.	P831	5
15.03.1995	EU ringt um Amt des Ombudsmanns	P832	5
15.03.1995	"Abwehrrschlacht" gegen Markenartikel aus der EU	P833	15
15.03.1995	Klima bleibt in Brüssel hart.	P834	15
15.03.1995	Listiges Tabakgesetz umschifft EU-Regeln zum Monopol.	P835	19
15.03.1995	Die Teilnahme an Schengen wird teuer.	P836	19
15.03.1995	Neue Richtlinien für Gentechnik.	P837	19
15.03.1995	EU fördert Planungsfirmer	P838	19
15.03.1995	Kein Beitritt von Nordzypern.	P839	19
15.03.1995	Kommission kämpft für Freizügigkeit	P840	19
15.03.1995	Ausschreibung für Forschung	P841	19
15.03.1995	ECU-Problem für Banken	P842	19
15.03.1995	Fischereistreit: Nun blockiert Portugal	P843	5
15.04.1995	VP fordert Städte-Netzwerk in Mitteleuropa	P844	11
15.04.1995	Run auf EU-Forschungstöpfe	P845	21
15.04.1995	Maßnahmenpaket auf EU-Förderung	P846	21
15.04.1995	EU-Partei berät 1996	P847	5
17.05.1995	ECU	P848	11
15.05.1995	Kohl läßt das Europapapier seiner Fraktion entschärfen.	P849	3
14.06.1995	Neue Energie für die EU	P850	4
14.06.1995	1994 - "Ein wichtiges Jahr"	P851	5
14.06.1995	Europa-Streit bei Tories intensiviert.	P852	5
14.06.1995	Osterweiterung: Unsere Nachbarn wollen, aber wollen wir sie auch?	P853	8
14.06.1995	"EU brachte 50.000 Arbeitsplätze"	P854	8
14.06.1995	Das lange Warten auf Posten in Brüssel.	P855	8
15.06.1995	Ausländer Investitionen in Österreich. Steigerung nach der EU-Volksabstimmung.	P856	8
14.06.1995	Osteuropäer lernen EU-Sprachen	P857	8
14.06.1995	Binnenmarktgesetze fast vollständig.	P858	8
14.06.1995	Führerschein in Kreditkartenformat	P859	8
14.06.1995	Schweizer Anti-EU-Kampagne	P860	8
14.06.1995	Major bekräftigt Nein zu EU ohne Grenzen	P861	5
15.07.1995	In Kürze: Europarat	P862	5
15.07.1995	EU-Wechselbad für Österreichs Bauern	P863	21
15.07.1995	Europas Luftfahrt soll effizienter werden.	P864	23
15.07.1995	EU-Betriebsräte werden modern.	P865	23
15.07.1995	Bildung international: Schweiz	P866	7
14.08.1995	Österreichs Müllern brechen die Umsätze weg	P867	13
14.08.1995	In Kürze: Maastricht II	P868	4
15.09.1995	In Kürze: Europawahlen	P869	4
15.09.1995	"Nato kann Europa ohne Osterweiterung nicht schützen"	P870	5
15.09.1995	"Praktisch chancenlos"	P871	5
15.09.1995	Ein Tory aus Prag verteidigt Meciar und tadelt das EU-Geld	P872	6
15.09.1995	Fall Kremzow sorgt für Euro-Premiere	P873	13
15.09.1995	Paris über EU verärgert	P874	8
14.10.1995	Fleißige EU-Arbeitnehmer	P875	25
14.10.1995	Neun WEU-Staaten für Fusion mit Europa	P876	4
15.11.1995	Kritik an EU-Finzen	P877	4
15.11.1995	Einigkeit im Zeichen der EU	P878	9
15.11.1995	Zweifel an Währungsunion	P879	16
15.11.1995	EU-Geld für Bahnausbau	P880	19
15.11.1995	Mobilität ist in Europa noch recht bescheiden	P881	21
15.11.1995	EU und USA nur über Reis nicht handelseins	P882	22
15.11.1995	Polen pocht an der EU-Tür	P883	22
15.11.1995	Kein Zurück mehr von der EU-Währung	P884	22
15.11.1995	Italiens Sorgen mit dem EU-Vorsitz	P885	22
15.11.1995	Währungsunion und Osterweiterung im Mittelpunkt des EU-Gipfels	P886	4
15.12.1995	Türkei: Verhaltener Jubel	P887	4
15.12.1995	Vranitzky für flexiblen "Euro"	P888	13
15.12.1995	Staatsschuld ist 1995 explodiert: Maastricht-Ziel bereits unerreichbar	P889	13
15.12.1995	EU-Milliarden werden "umweltverträglich"	P890	18
15.12.1995	Wenig Geld aus Brüssel für die Infrastruktur	P891	18
15.12.1995	13 EU-Millionen für die March-Thaya-Auen	P892	18
15.12.1995	Österreich erhält neues Europa-Wahlrecht	P893	5
15.01.1996	EU verlangt Ende der Anonymität. Österreich will aber hart bleiben.	P894	1+15
15.02.1996	Hehlerei via Spärbuch	P895	1
15.02.1996	EU-Sondierung in Wien	P896	4

15.02.1996	Fischler treibt EU-Agrarreform voran. Stilllegungssatz auf 18 Prozent fixiert.	P897	21
15.02.1996	EU-Partei verurteilt Teheran	P898	4
15.03.1996	Rückschlag für Europolitik	P899	4
15.03.1996	Scheich vertritt Österreich	P900	4
15.03.1996	Neutrale sollen zahlen, aber nicht kämpfen	P901	6
15.03.1996	EU-Zuckerl für Zuckerrübe	P902	15
15.03.1996	EU will niedrige Telefongebühren	P903	18
15.03.1996	Vom Euro-Frust zur Euro-Lust	P904	2
15.04.1996	Der Ungeliebte: Ein EU-Kommissar in der Heimat	P905	7
15.04.1996	EU-Finanzminister halten an Währungsunion eisern fest	P906	14
15.04.1996	In Kürze: Subventionen	P907	14
15.04.1996	Unterschiedliche Regelungen in den EU-Ländern	P908	18
15.04.1996	EU-Regelung	P909	18
15.04.1996	Euro Sparpakete bremsen die Konjunktur	P910	1+19
15.05.1996	Ein Kaiserenkel, ein ORF-Indentant. Länder suchen EU-Kandidaten.	P911	7
15.05.1996	Der EU droht das gleiche Schicksal wie der UNO	P912	8
15.05.1996	Ein roter Schmuggelteppich zieht sich durch Europa.	P913	8
15.05.1996	Gegen EU-Regierungswut	P914	20
15.05.1996	Major kritisiert Thatcher wegen Spenden an EU-Skeptiker.	P915	4
15.06.1996	"Sicherheit nicht EU-Hauptthema"	P916	7
15.06.1996	Klima: "Wir schaffen die Wende". Staatsschuld geht ab 1998 zurück	P917	21
15.06.1996	Tauziehen um Geld für EU-Bahnprojekte	P918	23
15.06.1996	Hums fordert EU-Initiative	P919	13
17.07.1996	Diese Sprachen beherrschen die EU-Bürger	P920	5
14.08.1996	Grüne werben um "Angefressene". Kräftige Politiker nach Brüssel	P921	6
14.09.1996	Gegen die Diskriminierung der Senioren	P922	6
14.09.1996	Streit um die EU-Förderungen	P923	23
14.09.1996	"Ende der Staats-Fluglinien naht". EU verteidigt Airline-Subventionen	P924	26
14.09.1996	Vranitzky unter SP-Druck, Ruf nach Kurswechsel.	P925	1
15.10.1996	Mit Prosecco, Schweiß und Tränen	P926	3
15.10.1996	EU-Euphorie in Schweden verblaßt	P927	4
15.10.1996	EU-Minister tagen in Namibia	P928	5
15.10.1996	FPÖ mutiert zu neuer Arbeiterpartei. Bei Männern liegt SPÖ auf Rang 3.	P929	6
15.10.1996	Le-Pen-Partei umwirbt ablehnende FPÖ	P930	6
15.10.1996	SPÖ in der Krise, Vranitzky unter Druck	P931	7
15.10.1996	Ein Oscar für die Oma	P932	7
15.10.1996	Kostelka fordert für die Partei nun Kurswechsel.	P933	7
15.10.1996	Absage an fliegenden Wechsel zur FPÖ	P934	7
15.10.1996	Enttäuschung, Freude, Schock in Brüssel	P935	7
15.10.1996	50.289 nannten Ursula Stenzel	P936	7
15.10.1996	FPÖ stellt in Tirol jetzt den Führungsanspruch	P937	8
15.10.1996	"Presse"-Intern	P938	8
15.10.1996	EU: Transitzetze zu teuer	P939	15
15.10.1996	Wahlergebnis läßt Börse Wien kalt	P940	16
15.10.1996	Griechen setzen voll auf den Euro. Aber Maastricht noch weit weg.	P941	19
15.10.1996	EU prüft Fusion zwischen Gilette und Duracell	P942	19
15.10.1996	In Kürze: Die Finnmark	P943	19
15.10.1996	Spanier wird Präsident des EU-Paralaments	P944	6
15.11.1996	Nur noch zwei Jahre für Österreichs Anonymität	P945	15
15.11.1996	Stabilität: Ein Pakt für alle Jahreszeiten	P946	21
15.11.1996	Kramer: Der Euro muß sich erst bewähren	P947	21
15.11.1996	Austritt aus der Währungsunion nicht möglich	P948	21
15.11.1996	Euro-Banknoten enthüllt - sie stammen von einem Österreicher	P949	1
15.12.1996	Durchbruch in Dublin: Einigung auf den Euro-Stabilitätspakt	P950	1
15.12.1996	Im Sturmschritt zurück ins 19. Jahrhundert	P951	2
15.12.1996	Stabilitätspakt: Mühsame Einigung nach harten Kampf	P952	4
15.12.1996	Die zähe EU-Reform soll frischen Schwung bekommen	P953	4
15.12.1996	Hänsch kritisiert enttäuschende Außenpolitik	P954	4
15.12.1996	EU setzt sich für Gaulieder ein.	P955	5
15.12.1996	Freiheitliche Sorge um Härte des Euro	P956	7
15.12.1996	EU-Parlament bestätigt Gil-Robles als Präsident	P957	5
15.01.1997	EU sträubt sich gegen Flugallianz	P958	17
15.01.1997	Dänemark hat es sich am besten gerichtet.	P959	18
15.01.1997	Unter zehn Milliarden Nettobetrag	P960	18
15.01.1997	Achter, Schleifen und ein Doppel-Axel	P961	18
15.01.1997	Der Oeckl oder die Bibel der Eurokraten	P962	18
15.01.1997	In Kürze: Euro-Referendum	P963	18

15.01.1997	In Kürze: Jahr gegen Rassismus	P964	18
15.01.1997	In Kürze: BSE	P965	18
15.01.1997	Billige Autos in Österreich	P966	23
15.02.1997	WEU und Nato verhalten sich abwartend	P967	4
15.03.1997	EU-Osterweiterung: Klima fordert weitere Reformen	P968	5
15.03.1997	Slowakei hat vorerst keine Chancen auf EU-Beitritt	P969	4
15.04.1997	2231 Schüler waren bei EU-Bildungsaktionen	P970	8
15.04.1997	Schafft Deutschland Euro-Hürde? Wirtschaftsforscher sind skeptisch.	P971	17
15.04.1997	EU-Parlament macht sich für GASP stark	P972	4
15.05.1997	EU-Assoziierung: Zögern in Laibach	P973	4
15.05.1997	EU übt Budgetdisziplin. Sparen ist angesagt.	P974	20
15.05.1997	Euro-Streit überschattet EU-Reform. Österreich droht künftig Einfluß zu verlieren.	P975	1
14.06.1997	Krisenmanagement vor dem Gipfel. Paris und Bonn ringen um den Euro.	P976	5
14.06.1997	Österreich fürchtet um Mitsprache in Europa.	P977	5
15.06.1997	Kompromisse gefragt - im EU-Vertrag klaffen noch einige Lücken.	P978	5
14.06.1997	Export Salzburger Wasser in die EU?	P979	6
14.06.1997	Für Nato- und WEU-Beitritt	P980	1
15.07.1997	Mutlose Erweiterung	P981	2
15.07.1997	ÖVP-Parteivorstand legt sich fest: Für Vollbeitritt Österreichs.	P982	5
15.07.1997	Burgendland auf Abschußliste der EU. Höchster Förderstatus könnte fallen.	P983	7
15.07.1997	Euro-Etat geht an Publico	P984	13
15.07.1997	Mafia setzt auf den Euro	P985	15
15.07.1997	Euro: Wechselkurse, Teilnehmer sollen im Mai 1998 fixiert werden.	P986	1
15.09.1997	EU-Streit über Höhe der Beitragszahlungen.	P987	13
15.09.1997	Österreich ist ab 1999 sicher beim Euro dabei.	P988	1
15.10.1997	"Ermunterung durch EU"	P989	5
15.10.1997	Österreich ist sicher beim Euro dabei. 13 EU-Staaten erfüllen die Vorgaben	P990	15
15.10.1997	EU-Wirtschaft wächst stärker als erwartet.	P991	15
15.10.1997	Kommt der Euro zu früh?	P992	2
15.11.1997	Euros mit Mozart, Steffl und Edelweiß	P993	19
15.11.1997	Europareif	P994	19
15.11.1997	Kein Deutscher als Präsident der EZB	P995	23
15.11.1997	EU-Kommission: Beihilfen-Prüfung macht zu viel Arbeit	P996	24
15.11.1997	Nach dem Nein der EU droht nun Ankara: "Werden dem Westen das Fürchten lehren"	P997	1+4
15.12.1997	Wo hört (sich) Europa auf?	P998	1+4
15.12.1997	Erweiterungs-Strategie mit viel Altlasten	P999	4
15.12.1997	EU-Gipfel hebt Euro-Rat aus der Taufe	P1000	13
15.12.1997	Drogenpolitik entzweit EU	P1001	14
15.01.1998	Einlenken Brüssels bei BSE	P1002	14
15.01.1998	Automaten erkennen Euro-Münzen nicht	P1003	25
14.02.1998	Die EU muß das Rindfleischverbot wieder lockern.	P1004	25
14.02.1998	EU kritisiert Strom-Öffnung "light"	P1005	1
14.03.1998	Gegen den Strom	P1006	1
14.03.1998	EU legt Strategie fest	P1007	5
14.03.1998	Bei EU-Osterweiterung "Förderfalle" vermeiden	P1008	12
14.03.1998	Streit um Euro-Umstellung	P1009	21
14.03.1998	EU stellt bei Bevorzugung der Wasserkraft die Rute ins Fenster	P1010	23
14.03.1998	Chirac blockiert Euro-Bank	P1011	26
14.03.1998	"Wir schlafen keineswegs"	P1012	5
15.04.1998	Der Zwist in der EU um Strukturförderung	P1013	8
15.04.1998	Wo die Bäume in den Himmel wachsen: Europas neue Wirtschaftsgeographie	P1014	9
15.04.1998	"Beträchtliches Risiko, daß der Euro scheitert"	P1015	17
15.04.1998	Volkswagen erhebt Anspruch gegen EU-Bußgeld	P1016	21
15.04.1998	Warnungen begleiten den Euro-Start	P1017	23
15.04.1998	Neuer Anlauf für eine EU-Verteidigungspolitik	P1018	4
15.05.1998	Zurück zur Nation	P1019	2
15.06.1998	EU: Türkei-Streit geht in die zweite Runde	P1020	5
15.06.1998	Euro-Weichmacher	P1021	13
15.06.1998	Bekennnis zur EU-Reform	P1022	5
15.07.1998	Transatlantischer Dialog	P1023	5
15.07.1998	Des Bundeskanzlers leere Versprechen zur EU-Beschäftigungspolitik	P1024	6
15.07.1998	"EU hat Job-Probleme zu verantworten"	P1025	13
15.07.1998	Sparbuch-Anonymität nicht zu halten. Bankgeheimnis wird nicht verschärft	P1026	13
15.07.1998	Namenloser Unsinn	P1027	13
15.07.1998	EU: Außenhandelsüberschuß im März	P1028	17
15.07.1998	"Chancen für hohe Euro-Reserven"	P1029	17
15.07.1998	Autonomie auch in der EU?	P1030	5

14.08.1998	EU-Troika nach Rußland	P1031	5
15.09.1998	Gen-Mais: Frist läuft ab. Noch keine EU-Reaktion	P1032	6
15.09.1998	Gütertransport auf der Straße fast verdreifacht.	P1033	6
15.09.1998	Erweiterung: Die Umwelt bleibt ein Hindernis.	P1034	6
15.09.1998	Gemeinsames Geld zur Unterstützung der kulturellen Verschiedenheit.	P1035	6
15.09.1998	Malta erneuert	P1036	6
15.09.1998	"Brittain's Babes " sind top.	P1037	6
15.09.1998	Betrugsfälle in der Kommission.	P1038	6
15.09.1998	EU-Ausschuß tagt zu Migrationspapier.	P1039	6
15.09.1998	Streit um Malpensa-Airport entzweit die EU	P1040	21
15.09.1998	Slowakei: Beitrittsverhandlungen verzögern sich um weitere Monat	P1041	7
15.10.1998	Erweiterung: Kleinbetriebe sind skeptisch	P1042	7
15.10.1998	Die "neue Mitte" hält Einzug in Pörschach	P1043	7
15.10.1998	Beschäftigung: Empfehlung erst im Juni	P1044	7
15.10.1998	Neutrales EU-Referendum	P1045	7
15.10.1998	Züricher Grüne wollen EU-Beitritt	P1046	7
15.10.1998	Frankreich für Beschäftigungsimpulse	P1047	7
15.10.1998	Halbe Milliarde für Tschechien	P1048	7
15.10.1998	Mikado einmal anders. Fischler: "Wer sich zuerst bewegt, gewinnt"	P1049	7
14.11.1998	EU - USA: Achtung, Bananenschalen	P1050	7
14.11.1998	Euro-Fälschungsalarm für kleine Staaten	P1051	7
14.11.1998	Neue Pfund-Orientierung	P1052	7
14.11.1998	In Kürze: Indien	P1053	7
14.11.1998	In Kürze: Das EU-Parlament	P1054	7
14.11.1998	Weichenstellung für die Schweiz	P1055	2
15.12.1998	"Wegen Streit ums Geld nur nette Worte"	P1056	7
15.12.1998	Die Europäische Union verbietet vier Antibiotika in der Fleischtierzucht	P1057	7
15.12.1998	Slowakei beißt Zähne zusammen. Verstärkte Anstrengung für Beitritt.	P1058	7
15.12.1998	EU-USA-Gipfeltreffen vom Bananenkrieg überschattet.	P1059	7
15.12.1998	Weg frei für Duty-Free?	P1060	7
15.12.1998	Nebenbei	P1061	7
15.12.1998	"Auch Jugoslawien kommt als Kandidat in Frage."	P1062	7
15.12.1998	Trotz Euro Gebühren fällig	P1063	23
15.12.1998	EU-Partei zeigt Angst vor Courage. Doch kein Mißtrauen gegen Kommission.	P1064	1
15.01.1999	Blamabler Haufen	P1065	1
15.01.1999	EU-Kommission weißgewaschen, Partei blamiert.	P1066	6
15.01.1999	Van der Bellen stellt sich hinter Voggenhuber.	P1067	6
15.01.1999	Sinkendes Vertrauen	P1068	6
15.01.1999	Nervöser Tratsch	P1069	6
15.01.1999	Schweiz: Überzeugungsarbeit für den Weg nach Europa	P1070	6
15.01.1999	Norwegen denkt wieder über EU-Beitritt nach.	P1071	6
15.01.1999	EU-Klage wegen Brennermaut ist noch lange nicht vom Tisch.	P1072	15
15.01.1999	"Germanosklerose" bremst EU. Deutsche Konjunktur lief gut.	P1073	19
15.01.1999	Ungarns Finanzwesen rüstet für den EU-Beitritt	P1074	19
15.01.1999	EU muß Handelskrieg mit den USA einlenken, zu viele Fronten.	P1075	1
15.02.1999	EU-Kommissare zittern vor dem Betrugs-Bericht.	P1076	1
15.03.1999	Betrug oder nicht Betrug? Das Zittern der EU-Kommissare	P1077	5
15.03.1999	Kosovo: EU will zivile Übergangsverwaltung. Österreichische Teilnahme an UN-Truppe.	P1078	1
15.04.1999	Politische Initiative: EU will Zivilverwaltung im Kosovo übernehmen.	P1079	4
15.04.1999	Europäische Union intensiviert Kontakte mit den Mittelmeerstaaten.	P1080	6
15.04.1999	Rot-weiß-rote Tupfen im Hohen Haus Europas - ein Resümee	P1081	9
15.04.1999	Neue Kommission Anfang August	P1082	10
15.04.1999	Hohe Einsätze im europäischen Postenpoker	P1083	10
15.04.1999	Schröders neue Vision	P1084	10
15.04.1999	Die Bundesländer wollen selbst über ihre künftigen EU-Fördermittel entscheiden.	P1085	10
15.04.1999	Bananen: Mehrheit gegen Berufung	P1086	10
15.04.1999	In Kürze: Grenzregionen	P1087	10
15.04.1999	In Kürze: Prodi	P1088	10
15.04.1999	In Kürze: Der Handelsüberschuß	P1089	10
15.04.1999	Brüssel nimmt nach VW Daimler ins Visier	P1090	23
15.04.1999	Dein EBP, das unbekannte Wesen	P1091	7
15.05.1999	4,2 Millionen neue Jobs 1998 bis 2000	P1092	7
15.05.1999	Liberale mahnen Mietsenkung ein	P1093	7
15.05.1999	Chaos beim Euro-Start als Vorbote für Liquiditätsprobleme im Jahr 2000	P1094	25
15.05.1999	Abschied von Brüssel	P1095	2
15.06.1999	Ohne Martin feiert es sich leichter in der SPÖ. Boogie bei den Grünen, enthemmte ÖVP	P1096	3
15.06.1999	Der Dritte Weg wird holpriger für die sozialdemokratische Parteien der EU	P1097	3

15.06.1999	Konservative feiern Schröders Wahlschlappe	P1098	6
15.06.1999	Konservative retten ihre Vollmacht in Spanien.	P1099	6
15.06.1999	Schweden: Klare liberale Botschaften wurden belohnt	P1100	6
15.06.1999	Berlusconis Forza Italia wurde stärkste Kraft	P1101	6
15.06.1999	EU-Parlament: Kampf beginnt um Positionen und Koalitionen	P1102	7
15.06.1999	"Verhältnisse wie bei ÖH-Wahlen"	P1103	7
15.06.1999	Ergebnis vernebelt Franz Fischlers unsichere Zukunft	P1104	7
15.06.1999	Popularitätseinbruch: Britische EU-Skepsis wurde Blairs Fallstrick	P1105	8
15.06.1999	Frankreich tanzt aus der Reihe nach links	P1106	8
15.06.1999	Erfolg, aber keine Absolute für Portugals Sozialisten	P1107	8
15.06.1999	Erster Sieg für griechische Bürgerliche seit neun Jahren	P1108	8
15.06.1999	EU-Wahlen lockten nicht zum Protest, für FPÖ Mobilisierungsproblem	P1109	9
15.06.1999	Oberwärts Panne und 105 Prozent Wahlbeteiligung	P1110	9
15.06.1999	Eine präzise Prognose hatte keiner	P1111	9
15.06.1999	KP-Hochburg Zwentendorf	P1112	9
15.06.1999	Haider: Organisatorische Fehler in der Partei	P1113	10
15.06.1999	Parteichef warnt Grüne: "Nicht zurücklehnen"	P1114	10
15.06.1999	LIF nach Wahldebakel: "Die Verpackung war's"	P1115	10
15.06.1999	Kampf um SP-Delegationsleiter. Martin unterliegt Swoboda.	P1116	10
15.06.1999	VP-Chef Schüssel: Am 3.Oktober alles möglich.	P1117	11
15.06.1999	SPÖ: Alte Gräben und neue Ängste.	P1118	12
15.06.1999	Gegen alle Widrigkeiten	P1119	12
15.06.1999	Taktik-Dilemma nach Mißerfolg	P1120	12
15.06.1999	"Koalitionsfalle" als Gefahr	P1121	12
15.06.1999	Die Unterstützung der Partei fehlte.	P1122	12
15.06.1999	In die Neutralitätsfalle	P1123	12
15.06.1999	"EU-Wahl war für viele etwas Esoterisches". Wiens Parteien beklagen niedrige Beteiligung	P1124	15
15.06.1999	Hoffnung auf den grünen Aufschwung	P1125	15
15.06.1999	10 verschlafene und fünf muntere Gemeinderäte	P1126	15
15.06.1999	Wien ist anders - für die Volkspartei recht unerfreulich.	P1127	15
15.06.1999	EU vertagt "Rinderkrieg"	P1128	19
15.06.1999	BIP in Euro-Zone leicht beschleunigt	P1129	21
15.06.1999	Soros: "Europa soll Zollunion für den Balkan finanzieren."	P1130	23
15.06.1999	Am Schalter ist der Euro bereits weniger wert als der US-Dollar	P1131	1
15.07.1999	Der kleine Schwächling	P1132	1
15.07.1999	"Eine endgültige Zusage konnte Prodi kaum geben"	P1133	3
15.07.1999	Nach positiven Echo hofft Malta auf einen baldigen EU-Beitritt	P1134	8
15.07.1999	Ab 1. August gibt es wieder britische Steaks: Die BSE-Krise ist zu Ende.	P1135	8
15.07.1999	Der Präsident, der in die Kälte kam.	P1136	8
15.07.1999	Günter Verheugen, der spröde Profi.	P1137	8
15.07.1999	In Kürze: Der neue Präsident	P1138	8
15.07.1999	In Kürze: Boykott	P1139	8
15.07.1999	In Kürze: Verteidigung	P1140	8
15.07.1999	Am Bankschalter kostet der Euro schon weniger als ein Dollar	P1141	19
15.07.1999	Euro-Beitritt: Immer mehr Briten dagegen.	P1142	19
15.07.1999	Die neue Kommission gerät zwischen den Fraktions-Fronten	P1143	6
14.08.1999	EU möchte keine halben Sachen machen. Zypern bleibt ein virtueller Kandidat.	P1144	6
14.08.1999	Frauen: Nachteil bei Chancen und Bezahlung	P1145	6
14.08.1999	Proeuropäer von Labours Gnaden.	P1146	6
14.08.1999	Österreichs Sparziel in Gefahr. Größtes Budgetloch in der EU.	P1147	1
15.09.1999	"Keine Sorgen mit EU-Skeptikern"	P1148	4
15.09.1999	Forschungskommissar Bussquin bleibt das Haar in der Suppe Prodis	P1149	10
15.09.1999	"Es werden noch einige Leichen auftauchen"	P1150	10
15.09.1999	Prodi will in Helsinki über Beitrittsdatum sprechen.	P1151	10
15.09.1999	Ein Euroskeptiker, der gerne sagt, was Sache ist.	P1152	10
15.09.1999	Österreich übernimmt 2000 rote Laternen: Höchstes Budgetdefizit in EU droht.	P1153	17
15.09.1999	Europa legt bei Sparkurs einen Zahn zu.	P1154	17
15.09.1999	Kampf gegen den Online-Tarif: Telekom-Firmenklage bei EU.	P1155	23
15.09.1999	EU rügt Prag wegen "Rassismus-Mauer"	P1156	4
15.10.1999	Asyl-Gipfel in Tampere: EU liebäugelt mit "Cash für Sicherheit"	P1157	10
15.10.1999	Rein ins Boot, das noch schwimmt	P1158	10
15.10.1999	Selbst Islamisten jubeln über EU-Annäherung.	P1159	10
15.10.1999	Setzt Paris neues BSE-Embargo durch.	P1160	10
15.10.1999	Kurze Euro-Umstellung	P1161	10
15.11.1999	Neutralitäts-Experte "Kann den Sinn nicht sehen"	P1162	1+8
15.11.1999	Ungewisse Sicherheitspolitik: Österreich als die "zentrale Peripherie Europas"?	P1163	5

15.11.1999	Nato verlangt Konsultation und Information bei EU-Militäraktionen.	P1164	8
15.12.1999	"Euro wird sich im kommenden Jahr stark erholen."	P1165	8
15.12.1999	EU-Parlament: Streit ums neue Haus	P1166	8
15.12.1999	Paris in Bedrängnis	P1167	8
15.12.1999	Ein Generaldirektor für Österreich	P1168	8
15.12.1999	Verzögerung bei Regionalförderung	P1169	8
15.12.1999	Kritik an Türkei-Entscheidung	P1170	8
15.12.1999	Sparkassen-Stiftungen könnten Haftungsstreit mit EU entschärfen.	P1171	2
15.12.1999	Europa vergreist. Zuwanderung könnte Vergreisung stoppen.	P1172	1+8
15.01.2000	US-Kolonie Europa?	P1173	2
15.01.2000	Agrar-Milliarden auch für neue EU-Mitglieder.	P1174	8
15.01.2000	Konflikt um verweigerte EU-Posten. "Widerstand gegen Österreicher."	P1175	8
15.01.2000	Flexible Erweiterung	P1176	8
15.01.2000	Widerstand gegen interne EU-Reform	P1177	8
15.01.2000	In Kürze: Schweden	P1178	8
15.01.2000	In Kürze: Gegen Österreich	P1179	8
15.01.2000	In Kürze: die Arbeitskosten	P1180	8
15.01.2000	Charme und Maßregelung	P1181	1+9
15.02.2000	Grüne orten "Tabubruch"	P1182	1+5
15.02.2000	Haider sagt Brüssel-Reise überraschend ab	P1183	1+3
15.02.2000	Code warnt Beitrittskandidaten	P1184	9
15.02.2000	Keine Aufhebung der EU-Sanktionen	P1185	9
15.02.2000	Portugal stellt sich hinter Kroatien	P1186	9
15.02.2000	Verunsicherung unter Kandidaten	P1187	9
15.02.2000	Kein Schulterschuß	P1188	1
15.03.2000	EU-Sanktionen: Keine Gemeinsamkeit vor Gipfel in Lissabon	P1189	1+7
15.03.2000	Türkei bietet sich EU als regionaler Stabilitätsfaktor an	P1190	4
15.03.2000	"Regierung sollte nicht zögern, rechtliche Schritte zu ergreifen."	P1191	7
15.03.2000	Berufung Buseks ohne Probleme	P1192	7
15.03.2000	Kritik am Boykott Wiens kommt in Fahrt	P1193	7
15.03.2000	Flandern verteidigt Wien	P1194	7
15.03.2000	Verrückte Kühe und Österreicher in der Union und die Parallelen	P1195	7
15.03.2000	In Kürze: Belgiens Botschaft	P1196	7
15.03.2000	Grünen-Bundessprecher	P1197	7
15.03.2000	Die Scientology-Organisation	P1198	7
15.03.2000	Antrag der Koalition im Wortlaut: "Sanktionen prüfen"	P1199	8
15.03.2000	Kluft wegen Sanktionen der EU: zwei Anträge, gegenseitige Vorwürfe	P1200	8
15.03.2000	Der Antrag der SPÖ im Wortlaut: "Beobachtergruppe bilden"	P1201	8
15.03.2000	Sparkassen und Stiftungen: Stiftungen	P1202	19
15.03.2000	EU-Kommission verbietet ALU-Ehe	P1203	21
15.03.2000	Rechts ist auch ein europäischer Wert	P1204	2
15.04.2000	"Esel, auf dem Ankara in die EU will." Türkische Zyprioten skeptisch.	P1205	8
15.04.2000	Österreich Sanktionen lähmen die Union	P1206	12
15.04.2000	Österreich-Frage spaltet Europas Konservative	P1207	12
15.04.2000	Eisbrecher London?	P1208	12
15.04.2000	Wien ringt um seine Taktik für die Erweiterung	P1209	12
15.04.2000	Musterschüler und Lausbuben unter den Kandidaten	P1210	12
15.04.2000	Probleme aus Frankreich	P1211	12
15.04.2000	In Kürze: Die chronische Leere	P1212	12
15.04.2000	In Kürze: Benes-Dekrete	P1213	12
15.04.2000	Slowenen drohen mit EU	P1214	15
15.04.2000	Fischer spaltet Europa	P1215	1
15.05.2000	Außenminister Fischers Vision spaltet Europa	P1216	4
15.05.2000	SPD-Hänsch: Sanktionen der EU-14 sind erfolglos	P1217	4
15.05.2000	"Gehört Griechenland zur EU? Dann fahren wir in die Türkei!"	P1218	15
15.05.2000	Europaparlament fordert Lösung für Österreich bei EU-Gipfel	P1219	1
15.06.2000	Europaparlament fordert Lösung für Österreich in Feira	P1220	6
15.06.2000	Aus der Mitte entspringt die Macht: Eine Union sucht ihre Zukunft	P1221	6
15.06.2000	Warten auf die Rapidviertelstunde	P1222	6
15.06.2000	Unbeliebter Chirac	P1223	6
15.06.2000	Schüssel stellt EU-14 Ultimatum bis Ende Juni	P1224	8
15.06.2000	"Keiner sagt: Käse aus Österreich kaufe ich nicht"	P1225	25
15.06.2000	Kunst des Vergessens	P1226	2
15.07.2000	Machtspiel in der EU: Davids gegen Goliaths	P1227	3
15.07.2000	"Schaden nicht schnell rückgängig zu machen"	P1228	5
15.07.2000	Neue Aufregung um tödlichen Rinderwahn	P1229	5
15.07.2000	In Kürze: Das erste "Welsen"-Treffen	P1230	5

15.07.2000	In Kürze: Außenministerin	P1231	5
15.07.2000	Grenznahe Banken gegen EU-Steuerpläne	P1232	21
15.07.2000	Italiens Außenminister erklärt Jörg Haider als "unerwünscht"	P1233	1
14.08.2000	Proteste legen halb Europa lahm	P1234	1
15.09.2000	Euro-Intervention durch die Hintertür	P1235	1
15.09.2000	Mit dem Euro sackten die Prognosen ins Tief	P1236	6
15.09.2000	Dänen stärken Euro oder schicken ihn in den Keller	P1237	6
15.09.2000	"Politischer Balkan"	P1238	6
15.09.2000	Gewinner & Verlierer	P1239	6
15.09.2000	EZB setzt Taten: Intervention für den Euro durch die Hintertür	P1240	23
15.09.2000	EU warnt Israelis und Palästinenser	P1241	5
14.10.2000	"Sind über EU schockiert"	P1242	8
14.10.2000	Ende der Nabelschau. EU will außenpolitischen Dilettantismus ablegen.	P1243	9
14.10.2000	200 Millionen Euro Nachhilfe für Jugoslawien	P1244	9
14.10.2000	Österreichs schwierige Rückkehr	P1245	9
14.10.2000	Einigkeit über Grundrechtscharta, Ringen um Rechtsverbindlichkeiten	P1246	9
14.10.2000	Vorsichtige Annäherung bei Tauziehen um neue Machtverteilung in EU.	P1247	9
14.10.2000	"Die Zahl der Zusammenschlüsse von Firmen wird weiter steigen"	P1248	30
14.10.2000	EU-Banken gegen Luft-Bündnis	P1249	30
14.10.2000	Ölpreis: EU will sich in Energiefragen stärker an Rußland annähern.	P1250	32
14.10.2000	EU genehmigt die Fusion von Vivendi mit Seagram	P1251	32
14.10.2000	Schlüssel: Keine dramatische Migration durch Erweiterung	P1252	9
15.11.2000	Paris verbietet Fütterung mit Tiermehl	P1253	9
15.11.2000	Mosovici "verletzt Pflicht als Ratspräsident"	P1254	9
15.11.2000	Gehaltserhöhung erwartet	P1255	9
15.11.2000	In Kürze: Für eine Direktwahl	P1256	9
15.11.2000	Schwacher Euro hilft der Landwirtschaft	P1257	26
15.11.2000	Nizza-Ergebnis bleibt umstritten: "Interpretations-Problem"	P1258	9
15.12.2000	Innen hui, außen pfui: Unsichere Zukunft für die EU-Kommission	P1259	9
15.12.2000	Brüssel will Transitvertrag aufweichen	P1260	9
15.12.2000	FPÖ bleibt im Visier der EU	P1261	9
15.12.2000	EZB-Ratsmitglieder könnten bald rotieren	P1262	27
15.12.2000	Mehr Schutz für Aktionäre	P1263	27
15.12.2000	Schweiz kämpft mit Euro	P1264	27
15.12.2000	Regierung startet Generalangriff auf Neutralität	P1265	1
15.01.2001	Rinderkrise: Wie beseitigt man "hochexplosive Amalgam"?	P1266	6
15.01.2001	"Unverständliche" Kritik Fischler an Österreich	P1267	6
15.01.2001	3000 Kühe ohne Markt	P1268	6
15.01.2001	Milliardenillusion für Türkei	P1269	6
15.01.2001	Auszeit für Europa-Muffel	P1270	6
15.01.2001	In Kürze: Grundrechtscharta	P1271	6
15.01.2001	In Kürze: Belgiens Premier	P1272	6
15.01.2001	EU-Urheberrecht: Der Kunde ist beinahe König	P1273	6
15.01.2001	Budget-Tricks im Visier der EU-Statistiker	P1274	1
15.03.2001	Durch Maul und Klauenseuche droht riesiger Export-Schaden	P1275	6
15.03.2001	UNO warnt vor einer globalen Bedrohung	P1276	6
15.03.2001	Bösch: "20 Prozent reine Betrugsfälle"	P1277	6
15.03.2001	Stockholm kein MKS-Gipfel	P1278	6
15.03.2001	EU nimmt Budget-Tricks unter Beschuß	P1279	6
15.03.2001	"Keine Krise in der EU"	P1280	21
15.03.2001	Herbe Kritik am Balkan-Paket der EU. Viel Gerede um wenig Konkretes.	P1281	6
14.04.2001	Übergangsfristen: Prodi fordert Verständnis von Kandidatenländern	P1282	7
14.04.2001	Rätseln um österreichischen EU-Kontrollor	P1283	7
14.04.2001	Nordrhein-Westfalen will rund 1,1 Millionen Tiere gegen MKS impfen	P1284	7
14.04.2001	Neutrale Staaten in der EU-Sicherheitsstruktur. "Keine Untergruppe der NATO"	P1285	7
14.04.2001	Slowenien fordert Ausnahme bei Übergangsfristen.	P1286	7
14.04.2001	"Wachsamkeit" statt Strafsanktionen: Abwarten in EU nach Sieg Berlusconis.	P1287	1
15.05.2001	Krach Madrid-Wien: Erweiterung könnte verzögert werden	P1288	6
15.05.2001	Italien Wahl: Europäer wollen "Wachsamkeit" statt Strafsanktionen	P1289	6
15.05.2001	"Fischler läßt ein paar Versuchsballone steigen"	P1290	6
15.05.2001	EU und USA wollen bei Energieforschung kooperieren.	P1291	6
15.05.2001	Frankreich befürchtet Probleme bei Euro-Umstellung	P1292	6
15.05.2001	Kleingeld für guten Zweck vor Euro-Umstellung	P1293	6
15.05.2001	Wie "mein" Europa aussehen soll	P1294	6
15.06.2001	EU und USA bemühen sich um Dialog in der Beziehungskrise	P1295	7
15.06.2001	Schlüssel: "Iren müssen nun Vorschläge machen"	P1296	7
15.06.2001	Persson: Dialog statt Gewalt	P1297	7

15.06.2001	Spanien hat zu hoch gepokert	P1298	7
15.06.2001	Gipfel Themen	P1299	7
15.06.2001	In Kürze: EU-Vertretung	P1300	7
15.06.2001	In Kürze: Erweiterung	P1301	7
15.06.2001	In Kürze: Umfrage	P1302	7
15.06.2001	EU-Erweiterung: AK mit neuer Forderung	P1303	9
15.06.2001	EU billigt Allianz zwischen Lufthansa, SAS und Midland	P1304	27
15.06.2001	In Kürze: Bei der Euro-Umstellung	P1305	27
15.06.2001	Hooligans: Heftige Debatte über Schutz	P1306	6
14.07.2001	Riess-Passer: "Es muß Mengenbeschränkung beim Transit geben"	P1307	6
14.07.2001	Echelon: Existenz eines globalen Abhörsystem bewiesen	P1308	6
14.07.2001	Prag versucht Konflikte um Temelin und Benes-Dekrete auszusitzen	P1309	6
14.07.2001	Malta erwartet positive Referendum	P1310	6
14.07.2001	EU gibt bei Klimaschutz noch nicht auf	P1311	6
14.07.2001	Forstinger toleriert EU-Aufkleber	P1312	6
14.07.2001	Keine MKS-Impfung für Haustiere	P1313	6
14.07.2001	EU-Reaktion auf Terror: Nationale Hoheit bei Strafverfolgung fällt	P1314	8
15.09.2001	USA in, EU vor der Rezession?	P1315	21
15.09.2001	Hombach: "Europa international, Balkan-Staaten sind nicht auf Brüssel fixiert"	P1316	6
15.10.2001	Spar und Billa streiten um Euro-Preise	P1317	13
15.10.2001	Flucht durch den Eurotunnel-Ruf nach Harmonisierung des EU-Asylrechts	P1318	6
15.11.2001	Deutschlands Polizei am Rand ihrer Kapazität	P1319	9
15.11.2001	EU-Parlament bringt Europas chemische Industrie zum Stöhnen	P1320	9
15.11.2001	Zehn Rambos für jeden französischen Euro-Konvoi	P1321	9
15.11.2001	Strenger Blick auf Preise	P1322	9
15.11.2001	Kleine finden doch Gehör	P1323	9
15.11.2001	FPÖ-Chefin: "Viele Vorteile durch EU"	P1324	9
15.11.2001	Netzwerk für mehr Schlagkraft	P1325	9
15.11.2001	Nein zu Nahverkehr-Öffnung	P1326	17
15.11.2001	Transit: Prodi zu Verlängerung um drei Jahre bereit	P1327	1
15.12.2001	"Es gibt genug Münzen für alle"	P1328	10
15.12.2001	Spanische Blume und nordisches Gold	P1329	10
15.12.2001	Verhaltene Euro-Nachfrage	P1330	10
15.12.2001	EU ringt um Truppe für Afghanistan-Einsatz, Österreich wäre bereit	P1331	11
15.12.2001	Regierungschefs bremsen große Reformervartung	P1332	11
15.12.2001	Griechische Widerstand gegen Türkei-Kompromiß	P1333	11
15.12.2001	Vorstoß in Richtung gemeinsamer Grenzpolizei	P1334	11
15.12.2001	EU-Erweiterung: Zustimmung steigt	P1335	11
15.12.2001	"Alles Propaganda" - Frankreichs Gegner des Euro geben nicht auf	P1336	7
15.01.2002	Kalte Schulter für den Euro	P1337	7
15.01.2002	Automatenbetreiber sind mit EU unzufrieden	P1338	7
15.01.2002	Fontaine: Mit Europa-Image zurück in nationale Politik	P1339	7
15.01.2002	Neues Chaos um Brüsseler Baustellen	P1340	7
15.01.2002	In Kürze: Türkei	P1341	7
15.01.2002	In Kürze: Der Euro-Umtausch in Serbien	P1342	7
15.01.2002	In Kürze: Die heutige Wahl	P1343	7
15.01.2002	In Kürze: Die EU-Beitrittsverhandlungen	P1344	7
15.01.2002	Erweiterungskosten: Geforderte Sparsamkeit kaum mehr "zumutbar"	P1345	6
15.02.2002	Polen macht für die EU seine Grenzen dicht	P1346	6
15.02.2002	EU-Innenminister fordern einheitliche Visumpolitik	P1347	6
15.02.2002	Swoboda: Zusammenarbeit mit künftigen Grenzländern	P1348	6
15.02.2002	Preisetikett mit Schilling keine Pflicht	P1349	23
15.02.2002	Europarat besorgt über Italiens Medien	P1350	5
15.03.2002	Schüssel fordert Gleichheit für alle EU-Länder, auch die kleinen	P1351	6
15.03.2002	Gipfel-Themen	P1352	6
15.03.2002	Ein Sozial- und Wirtschaftsgipfel zwischen Hoffen und Können.	P1353	6
15.03.2002	Barcelona gleicht derzeit einer Festung	P1354	6
15.03.2002	"Das Kartell der Blockierer brechen"	P1355	6
15.03.2002	Was Europa braucht	P1356	7
15.03.2002	Griechen hütet Euro	P1357	1
15.04.2002	EU will Skandale a la Enron verhindern.	P1358	13
15.05.2002	Paris rüttelt an Stabilität des Euro	P1359	1
15.05.2002	"Totes Papier" - Frankreich schießt sich auf den Brüsseler Euro-Stabilitätspaket ein	P1360	7
15.05.2002	Gusenbauer wirbt in Polen um Verständnis	P1361	7
15.05.2002	Gefahr für den ersten EU-Kriseneinsatz	P1362	7
15.05.2002	Wilhelm Molterer: "Wir dürfen nicht blauäugig sein"	P1363	7
15.06.2002	Streit um Transitvertrag spitzt sich zu: Reichhold packt die Veto-Karte aus	P1364	1

15.06.2002	Reichhold schaltet auf härtere Gangart: Ohne Transitregelung keine Osterweiterung	P1365	6
15.06.2002	Nach Rom nun auch Berlin gegen Ökopunkte	P1366	6
15.06.2002	Eurostaat glaubt nun die Null	P1367	33
15.07.2002	EU schaltet sich in Insel-Streit der Spanier ein	P1368	25
14.09.2002	"Auch Minister haben keine Ahnung von der EU"	P1369	4
14.09.2002	EU-Verfassung: Der Konflikt zwischen klein und groß gärt	P1370	6
14.09.2002	EU will Einwanderer rasch loswerden	P1371	6
14.09.2002	Temelin: "Wir reden über die Null-Variante"	P1372	6
14.09.2002	Westeuropas Werte werden allzu absolut gesetzt	P1373	6
14.09.2002	EU legt Liste mit Strafzöllen gegen USA vor	P1374	23
15.10.2002	Niederlande: Streit in der Regierung über Polens EU-Beitritt	P1375	7
15.10.2002	Studie belegt: Union zu gemeinsamer Außenpolitik noch nicht fähig	P1376	7
15.10.2002	Paris-Berlin: Ringen um Konsens	P1377	7
15.11.2002	Asylanten-Ansturm auf Europa geht wieder zurück	P1378	8
15.11.2002	Erweiterung ohne "religiöse Komponente"	P1379	8
15.11.2002	Grund zum Feiern beim Rechnungshof	P1380	8
15.11.2002	"Geld floß in alte AKW"	P1381	8
15.11.2002	EU-Verfassung im Wortlaut	P1382	8
15.11.2002	AK: EU soll Staatsaufgaben übernehmen	P1383	24
15.12.2002	Erweiterung in Kopenhagen beschlossen. Zehn neue EU-Mitglieder ab Mai 2004	P1384	1
15.12.2002	Europas schwerster Fehler	P1385	2
15.12.2002	Ein historischer Moment, aber ohne Freudentränen	P1386	3
15.12.2002	EU-Erweiterung fix. Polen erreichte Finanzaufstockung	P1387	4
15.12.2002	Türkei wirft Chirac Erpressung vor: Viele Bedingungen für EU-Beitritt	P1388	4
15.12.2002	Gipfel fordert Transit-Lösung für 2004 bis 2006 noch heuer	P1389	5
15.12.2002	Minimallösung für AKW-Temelin	P1390	5
15.12.2002	"Beitritt erhöht Probleme"	P1391	5
15.12.2002	Euro-Höhenflug	P1392	23
15.01.2003	Österreich enttäuscht EU	P1393	1
15.01.2003	Fischler setzt hohe Erwartungen in Konvent: Sicherheitspolitische Versäumnisse aufholen	P1394	6
15.01.2003	Europas religiöses Erbe	P1395	6
15.01.2003	Innere Sicherheit beginnt an EU-Grenzen	P1396	6
15.01.2003	Pläne für Agrarreform überarbeiten	P1397	6
15.01.2003	Giscard mahnt offene Debatte ein	P1398	6
15.01.2003	Österreich wurde in EU zum wirtschaftlichen Nachzügler	P1399	17
15.02.2003	Kroatien sucht Alliierte auf seinem Weg in die EU	P1400	6
15.02.2003	Irak-Sondergipfel entscheidet über Zukunft von Europa und Nato	P1401	7
15.02.2003	Energiesteuer vor politischer Einigung	P1402	7
15.02.2003	Tirol: Ja zu EU-Transportpolitik	P1403	7
15.02.2003	FP-Abgeordnete auf Herbergssuche im EU-Park	P1404	7
15.03.2003	Brüssel zu Belgrad und Bagdad	P1405	7
15.03.2003	"Kein Mittel für Wegelagerer"	P1406	10
15.03.2003	Biokraftstoff tröpfchenweise	P1407	10
15.03.2003	Portugal macht Grenzen dicht	P1408	10
15.03.2003	EU-Agentur mit zwei Standorten	P1409	10
15.04.2003	EU-Polizeieinsatz im Nachkriegs-Irak	P1410	7
15.04.2003	Referendum in Ungarn macht Polen Sorge	P1411	7
15.04.2003	"Es geht um die Neugründung der Union"	P1412	7
15.04.2003	Wer weiß mehr über die EU	P1413	7
15.04.2003	EU-Razzia bei Chemikern	P1414	21
15.05.2003	"Europa hat nichts zu bieten"	P1415	10
15.05.2003	Nachspiel für Streikverbot am Brenner	P1416	10
15.05.2003	Eishockey als Lockvogel für EU-Abstimmung	P1417	10
15.05.2003	EU-Gelder für heimische Bahn	P1418	10
15.05.2003	"Nicht nur Eishockey lernen". Ost-Slowakei: Verbesserungsfähige Wirtschaftsbeziehungen	P1419	23
14.06.2003	Einigung über europäische Verfassung	P1420	20
15.06.2003	Etappensieg auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung	P1421	2
15.06.2003	Statt Nizza-II ein gegängelter Konvent	P1422	2
15.06.2003	Strahlende EU-Verfassung	P1423	10
14.06.2003	"EZB erfüllt Aufgabe gut"	P1424	24
14.06.2003	Langfristig Wachstumsrückgang in EU	P1425	24
15.07.2003	EU-Initiative für Wachstum im Kreuzfeuer der Kritik	P1426	17
14.08.2003	Entfrosterung im Handelsstreit EU-USA	P1427	15
15.09.2003	Von der Euphorie zu Ernüchterung	P1428	3
15.09.2003	Euro-Stimmung seit Einführung äußerst labil	P1429	3
15.09.2003	EU will nun die Asienkarte spielen	P1430	17

15.10.2003	Die Schweizer zieht es in die EU	P1431	8
15.10.2003	Nach Streit um Prioritäten und Geld: Nur psychologisch Konjunkturanschluß	P1432	8
15.10.2003	Erste Bewegung in der Verfassungs-Debatte	P1433	8
15.11.2003	Berlusconi droht Rüge der EU-Partner	P1434	1
15.11.2003	Powell will in Brüssel aufräumen	P1435	7
15.11.2003	Cox warnt vor Referendum	P1436	7
15.11.2003	"Nein zur europäischen Einheitstomate"	P1437	10
15.12.2003	Düstere Stimmung nach Debakel	P1438	20
15.12.2003	Die Nachschulung: Ein Fahrtechnikkurs für Europa	P1439	2
15.12.2003	Die Angst vor einem "Europa der zwei Geschwindigkeiten" nimmt zu	P1440	6
15.12.2003	Scherbenhaufen oder noch eine letzte Chance	P1441	6
15.12.2003	Große Projekte von Verfassungs-Krise belastet	P1442	6
15.12.2003	Das größere Europa im Visier, aber die eigene Geschichte in den Knochen.	P1443	7
15.12.2003	Eine Agentur für fast jedes EU-Land	P1444	7
15.12.2003	"Gehen wir heim". Als auch Berlusconi's Späße im Beichtstuhl nicht mehr halfen	P1445	8
15.12.2003	Noch kein Zeitplan für neuen Anlauf	P1446	8
15.12.2003	"In Brüssel wurde die Büchse der Pandora geöffnet"	P1447	8
15.12.2003	Österreich auf Platz 3 im EU-Ranking	P1448	15
15.01.2004	Billiger Populismus, teure Abgeordnete	P1449	1
15.01.2004	Mut tut gut	P1450	8
15.01.2004	Haben uns die Gehälter nicht selbst erhöht	P1451	8
15.01.2004	Kommission auf Kollisionskurs	P1452	8
15.01.2004	Langer Weg nach Brüssel	P1453	8
15.01.2004	EU will auch Maut auf PKW	P1454	19
15.02.2004	EU-Stimmung sinkt auf Sanktionsniveau. Aber hohe Erwartung an Europa bleibt.	P1455	8
15.02.2004	Gusenbauer rügt Martin für sein Benehmen	P1456	8
15.02.2004	Tories ließen sich Verbleib in der EVP abkaufen	P1457	8
15.02.2004	In Kürze: Geld für Ostdeutschland	P1458	8
15.02.2004	In Kürze: Neue EU-Funktion für Zimper	P1459	8
15.02.2004	In Kürze: Mittel für Grenzprojekte	P1460	8
15.02.2004	EU fordert Energieabgaben zurück	P1461	26
15.03.2004	Von Berlin bis Rom: Europa fürchtet neue Terrorwelle	P1462	1
15.04.2004	Zypern-Friedensplan droht das aus	P1463	8
15.04.2004	KP-Zeit holt die neuen Kommissare ein	P1464	8
15.04.2004	Polen trägt künftig die Hauptlast beim Schutz der EU-Außengrenzen	P1465	8
15.04.2004	Österreich will Datenbank EU-weit öffnen	P1466	8
15.04.2004	In Kürze: Mehrheit für Verbleib in der EU	P1467	8
15.04.2004	In Kürze: Erweiterung für den Bauch	P1468	8
15.04.2004	In Kürze: SPÖ legt Bezüge offen	P1469	8
15.04.2004	In Kürze: Kroatien-Beitritts-gesuch	P1470	8
15.04.2004	"EU-Erweiterung brachte Österreich Arbeitsplätze"	P1471	8
15.05.2004	"EU-Wahl keine Schattenwahl"	P1472	4
15.05.2004	Einladungen an drei Parteien	P1473	6
15.05.2004	"Wille zum Kompromiss muß da sein"	P1474	6
15.01.2004	Österreich verliert Verbündete	P1475	7
15.01.2004	Bern setzt sich gegen Brüssel durch	P1476	7
15.01.2004	In Kürze: Aherne kommt zu Schüssel	P1477	7
15.01.2004	In Kürze: Olympisches Budgetloch	P1478	7
15.01.2004	Wallström will bleiben	P1479	7
15.06.2004	Rennen um EU-Führung wird knapp. Stechen Schüssel - Verhofstadt	P1480	1
15.06.2004	FPÖ auch finanzielle Verlierer	P1481	4
15.06.2004	FP-Depression nach der Schlappe: Regierungsbeteiligung in Frage	P1482	4
15.06.2004	Mölzer-Fans in Kärnten, Wien	P1483	4
15.06.2004	"Protestwähler waren wie Flugsand"	P1484	4
15.06.2004	Schüssels EU-Chancen gestiegen	P1485	3
15.06.2004	Entsprechendes Gewicht in Österreich. Pröll verbucht Erfolg: 54 Prozent zur Wahl	P1486	6
15.06.2004	"Europa muss noch lernen"	P1487	6
15.06.2004	FPÖ beschert der ÖVP eine Neuwahl-Debatte	P1488	6
15.06.2004	"Aufdecker-Combo" will Parteien prüfen. Politologen zweifeln an dauernden Erfolg	P1489	5
15.06.2004	"Allianz in Verkehrsfragen"	P1490	5
15.06.2004	"Schließen fliegenden Wechsel aus"	P1491	5
15.06.2004	ÖVP muss Städte besser behandeln	P1492	8
15.06.2004	FP-Sturz in Kärnten, VP Sargnagel Wien	P1493	8
15.06.2004	Noch sucht sich Häupl den Parteichef aus. Aber die Wiener Hausmacht schrumpft	P1494	7
15.06.2004	"Martin wird verschwinden"	P1495	7
15.06.2004	Swoboda winken zwei EU-Spitzenpositionen	P1496	7
15.06.2004	Haider-Helfer droht Aus in SP	P1497	7

15.06.2004	"Politisch motiviertes Nicht-Wählen"	P1498	9
15.06.2004	Fischler: Absagen an "billigen Chauvinismus"	P1499	9
15.06.2004	Aufruf zum Brüsselfeldzug	P1500	12
15.06.2004	Schicksalstage für Spidla	P1501	12
15.06.2004	Die große Ernüchterung	P1502	12
15.06.2004	Machtverschiebungen	P1503	12
15.06.2004	Berlusconi bleibt Herr im Haus	P1504	11
15.06.2004	Kanzlerdämmerung	P1505	11
15.06.2004	Sozialistische Regierung besteht ihren ersten Test	P1506	11
15.06.2004	Chiracs Regierung in die Defensive gerutscht.	P1507	11
15.06.2004	Die große Revanche der Jääteenmaki	P1508	13
15.06.2004	Vlams Blok triumphiert	P1509	13
15.06.2004	Die großen Tage der EU-Gegner sind vorbei	P1510	13
15.06.2004	Schwerste SP-Niederlage seit 1912	P1511	13
15.06.2004	Schwere Strafen für regierende Parteien	P1512	13
15.06.2004	Sprachenstreit dominiert Wahlen	P1513	13
15.06.2004	Ex-Premier Rasmussen triumphiert.	P1514	13
15.07.2004	EU-Kommission verlangt mehr Geld. Grasser: "Wollen keine Draufzähler sein."	P1515	1
15.07.2004	Chirac kündigt Referendum an.	P1516	5
15.07.2004	Rot-schwarzer Pakt im EU-Parlament	P1517	5
15.07.2004	EU-Beitrag: Wiener Einwände überhört	P1518	15
14.08.2004	Erste Sitzung der Neuen	P1519	4
14.08.2004	Behörde mit Imageproblemen	P1520	4
15.09.2004	Ankara streicht Strafe für Ehebruch	P1521	8
15.09.2004	Wirkt der Druck der EU?	P1522	8
15.09.2004	In Kürze: Preisrundungen unzulässig	P1523	8
15.09.2004	In Kürze: S-For-Übernahme fix	P1524	8
15.09.2004	In Kürze: Innenminister-Treffen	P1525	8
15.09.2004	EU: Autoreparatur verbilligen	P1526	19
15.09.2004	Baltikum zieht EU davon	P1527	22
15.10.2004	Solana legt Vier-Punkte-Plan für Frieden vor	P1528	8
15.10.2004	Überholt Türkei nun Kroatien?	P1529	10
15.10.2004	Israel fürchtet Konfrontation mit der EU	P1530	10
15.10.2004	EU zwingt Österreich zur Luftbelastung	P1531	1+10
15.10.2004	Sozialisten drohen Kommission abzulehnen	P1532	10
15.12.2004	EU-Vorsitz gab der Türkei schon 1999 geheime Garantien	P1533	1
15.12.2004	Die meisten EU-Länder sind für Türkei-Beitritt ohne Wenn und Aber	P1534	2
15.12.2004	Ein Nein zur engsten Form der politischen Ehe	P1535	2
15.12.2004	"EU soll sich nicht zu Tode erweitern"	P1536	4
15.12.2004	Koalition ringt um Türkei-Linie	P1537	4
15.12.2004	Ankara muss Völkermord an Armenien anerkennen	P1538	4
15.12.2004	Gutes Zeugnis für Ex-Sowjetfreunde	P1539	4
15.12.2004	Wirtschaftsboom und Ehrenmorde	P1540	3
15.12.2004	Kleine Schritte nach Europa	P1541	5
15.12.2004	Korruption, Staatszuschüsse und ein bleiernes KP-Erbe	P1542	5
15.01.2005	95 Prozent sehen Teuerung durch Euro	P1543	10
15.01.2005	Europa vernachlässigt Asylsuchende	P1544	10
15.01.2005	Ausnahme-Liste wird immer länger	P1545	10
15.01.2005	Freihandelszone mit Ukraine?	P1546	10
15.02.2005	Stabilitätspakt "weniger dumm und brutal"	P1547	7
15.02.2005	Kirche gegen Verfassung: Kann Europa Sünde sein?	P1548	7
15.02.2005	In Kürze: Skopje setzt auf Beitritt	P1549	7
15.02.2005	In Kürze: Kritik an EU-Kommunikation	P1550	7
15.02.2005	In Kürze: Juncker warnt Zagreb	P1551	7
15.03.2005	EU will Zugriff auf alle Gesprächsdaten	P1552	1
15.03.2005	Juncker setzt Kroatien das Messer an	P1553	2
15.04.2005	Auf der Suche nach Arbeitsplätzen	P1554	5
15.04.2005	EU will Datennetz um Straftäter festzurren	P1555	5
15.04.2005	In Kürze: Keine Waffen für China	P1556	5
15.04.2005	In Kürze: Kroatien bald EU-Mitglied	P1557	5
15.04.2005	In Kürze: Debatte um EU-Haftbefehl	P1558	5
15.04.2005	EU nimmt die Banken in die Zange	P1559	27
15.05.2005	"Nicht eine Tuchent über die EU-Ängste breiten"	P1560	3
15.05.2005	"Wir haben eine ähnliche Haltung zur EU"	P1561	10
15.05.2005	Alles für ein Ja. Europa kniet vor Frankreich	P1562	11
15.05.2005	Neue Machtspiele der großen Mitgliedsstaaten	P1563	11
15.05.2005	Neue Staaten wollen auf den Euro	P1564	11

15.05.2005	Günstiger Urlaub bei EU-Nachbarn	P1565	11
15.06.2005	Verfassung: Ins Eis oder in der Sarg	P1566	4
15.06.2005	Spanien: Vom EU-Profiteur zum Nettozahler	P1567	4
15.06.2005	London und Paris schenken sich nichts	P1568	4
15.06.2005	Schlüssel: Lösung nicht sicher	P1569	4
15.06.2005	In Kürze: Warnungen an Rumänien	P1570	4
15.06.2005	Ferien koordinieren	P1571	4
15.06.2005	Slowakei: Prämie für Arbeitssuche bei EU-Nachbarn	P1572	18
15.07.2005	EU erwägt Grenzkontrollen nach US-Vorbild	P1573	3
15.07.2005	Lkw-Fahrverbot gesetzeswidrig	P1574	3
15.09.2005	LKW-Wochenendfahrverbot gerettet	P1575	4
15.09.2005	Kroatien profitiert von Türkei-Streit	P1576	4
15.09.2005	Chemie-Regeln werden noch weiter gelockert	P1577	4
15.09.2005	In Kürze: Hilfe für Kroatien	P1578	4
15.09.2005	In Kürze: Facharbeiter aus Bulgarien	P1579	4
15.10.2005	Frankreich geht auf neuen Kollisionskurs mit EU	P1580	11
15.10.2005	12.456 Euro jährlich für jeden Bauern	P1581	11
15.11.2005	EU-weite Lkw-Maut 2006 möglich	P1582	8
15.11.2005	EU-Streit um Heimatrecht für Oblaten	P1583	8
15.11.2005	"Alle können an der EU mitwirken"	P1584	8
15.11.2005	EU prüft Kauf der tele.ring durch T-Mobile	P1585	19
15.11.2005	USA wollen sich für EU-Fluglinien öffnen	P1586	19
15.12.2005	EU-Budget: Briten bleiben stur	P1587	1
15.12.2005	Lkw-Maut in der Zielgeraden	P1588	20

Leitfaden Experteninterviews

- Was heißt für Sie Europa bzw Europabewusstsein?
- Wie hat sich das Europabewusstsein in der Bevölkerung seit 1945 entwickelt?
- Gab es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?
- Welche Rolle haben die Medien (besonders die Kronenzeitung) bei der Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung gespielt?
- Haben bestimmte Ereignisse das Europabewusstsein beeinflusst (abgesehen von EU-Beitritt)?
- Wie hat der EU-Beitritt das Europabewusstsein beeinflusst?
- es: Bulgarien, Rumänien, Türkei
- Für wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?
- Können Symbole die Stimmung der Bevölkerung beeinflussen?
- was ist typisch europäisch?

Experteninterview Wolfgang Wolte, 06.12.2006, Büro ÖGfE, 11.30-12.30 Uhr, 45min14sec

Botschafter Wolte wurde am 26. Juni 1931 in Bad Gastein geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er im Bundeskanzleramt. Er war unter anderem Legationssekretär bei den Vereinten Nationen in New York, Botschaftsrat in Stockholm und Botschafter in Peking. Von 1987 bis 1993 war er Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Seit 1996 ist er in Ruhestand, seit 1997 ist er Mitglied des Vorstandes und des Beirates der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

F: Was heißt für Sie Europa?

W: Europa bedeutet für mich vor allem einmal eine Zone des Friedens und der Völkerverständigung. Und weil ich 1931 geboren bin und das ganze, die ganze Entwicklung als Bub und später als junger Mann und Erwachsener miterlebt habe, ist es für mich die größte, verbinde ich mit Europa den Gedanken einer historisch fast noch nie da gewesenen Befriedung zwischen den Feinden von gestern und einer langsamen Zusammenführung der Völker Europas. Nicht auf einen Bundesstaat hin, sondern auf eine vollkommen neue Art der Zusammenarbeit und des Zusammenwachsens und des gemeinsamen Bewusstseins diesen großartigen Kontinent des Rechtes und der Kultur und der Menschenrechte und des Friedens und der Rechtsordnung anzugehören. Das ist also die erste Reaktion, eine sehr allgemeine, aber es ist wenn ich an Europa denke, spüre ich diese Ideen, die ich jetzt gerade geschildert habe. Und wenn ich im Ausland bin, bin ich gerade aus diesen Gründen stolz Europäer zu sein und würde wahrscheinlich auch als erster sagen wenn ich im Ausland gefragt werde „was sind sie denn“ vielleicht würd ich sogar erst sagen „Österreicher“, aber dann sofort „Europäer“.

F: Und was heißt Europabewusstsein?

Europabewusstsein: sich des Kontinents in seiner Vielfalt und in seiner Breite bewusst zu sein und immer daran zu denken, was man, was Europa darstellt. Europabewusstsein würde wahrscheinlich auch bedeuten, dass man immer daran arbeiten muss, dass es die nicht abgeschlossen ist, dass es eine Idee ist, die weiterentwickelt werden muss. Und dass dieses sich der Idee Europas bewusst sein kann wohl nur heißen, dass man immer wieder daran denkt, dass man an diesem Kontinent arbeiten muss, wie er sich in seinen Organisationsformen ausdrückt. Also z.B. im Rahmen der EU, im Rahmen des Europarates, alles das gehört wahrscheinlich zusammen und würde für mich Europabewusstsein ausmachen.

F: Wie hat sich die Stimmung in Österreich seit 1945 entwickelt?

W: Ich glaube, nach 1945 haben wir uns mal bis 1955 konzentriert auf die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der Selbstständigkeit bis 55. Erst nachher hat man sich auch als freier Staat der Frage Europas zugewendet, als es bereits als Europa im Sinn der EG im Entstehen begriffen war. Man hat sich dann schon darauf eingestellt, aber man hat damals mit einer ganz anderen Interpretation der Neutralität sich nicht an eine Annäherung an die damalige EWG herangewagt, erst 1960, in den 60er Jahren hat man gemerkt, wie stark dieses Europa wird, dass wir uns nicht abschotten können, dass wir in dieses Europa zumindest zunächst einmal wirtschaftlich hineingehören bis man dann gemerkt hat in den 80er Jahren dass nur die Mitgliedschaft in der EG dem nationalen Gesamtinteresse Österreichs entspricht. Das heißt zunächst einmal eine Periode des Abwartens, dann eine Periode des Zweifels und des Zögerns, dann eine vorsichtige Annäherung 1972 mit dem Freihandelsabkommen und dann eine Phase auch wieder des Abwartens wie sich die EG weiter entwickelt. 1985 Binnenmarkt und da hat man dann gewusst: so, jetzt kann es nur in Richtung einer Mitgliedschaft gehen und so hat sich das auch in der Bevölkerung entwickelt. Ganz entschieden zum klarsten Ausdruck ist es dann in der Volksabstimmung vom 12. Juni 94 gekommen. Und seither hat sich die Einstellung zur EU zweifellos gewandelt, es ist nicht mehr das Feuer und die Begeisterung da, vielleicht ist die EU zur Selbstverständlichkeit geworden. So wie die Republik Österreich zur Selbstverständlichkeit geworden ist, so wie das parlamentarische Geschehen im Nationalrat und im Bundesrat und in der Bundesregierung zur selbstverständlichen Tagesordnung der Republik gehört, so ist das jetzt eine optimistische und positive Einschätzung der Situation. Dass man sagt „Das ist Teil unserer Wirklichkeit, wir sind zwar nicht immer zufrieden damit, ab und zu sind wir sogar sehr unzufrieden damit aber wir gehören jetzt einmal dazu.“ Und das zeigen auch die Umfragen dass Leute austreten wollen, das ist eine Minderheit, bei weitem, mit Glück eine Minderheit. Obwohl nicht sehr viel ändern würde. Man wird oft gefragt, was machts denn aus, na schön, sind einige Leute dagegen, genauso wies genügend Leute gibt, die am Nationalrat und am Bundesrat herumkritteln und die sagen der Bundesrat gehört überhaupt weg, dann gibt's einige die sagen, der Nationalrat sollte verkleinert werden. Na gut, sie reden halt und das Leben geht weiter.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

W: Ja, zweifellos. Die Politiker, damit mein ich auch die Vertreter der Sozialpartnerschaft, die Industriellenvereinigung, die nicht im engeren Sinne zu den Sozialpartnerorganisationen gehört, aber die Führung der Industriellenvereinigung hat sehr früh erkannt, dass wir uns zumindest wirt – und sie habens ja in erster Linie aus Sicht wirt beurteilt – dass Österreich diesem Binnenmarkt und sich dieser EWG/EG/EU anschließen muss und zwar als Vollmitglied. Innerhalb der Parteienlandschaft war sicherlich die ÖVP die politische Kraft, die das als erstes erkannt hat, die mit Alois Mock diesen Weg eingeschlagen hat. Etwas Später dann Peter Jankowsch, Vranitzky, Ederer, Lacina von der SPÖ haben sich auch an diesen Weg angeschlossen. Und das war eine Führungsgruppe Sozialpartner, Reg, führende politische Kräfte die das

erkannt haben. Die Bevölkerung ist erst langsam mitgegangen. Erst unter dem Eindruck des Abschlusses des Beitrittsvertrages und dann einer sehr intensiven Werbekampagne und Informationskampagne, vielleicht keiner Propaganda, das möchte ich ausdrücklich ausschließen, das wars nicht, aber es ist richtig, dass die Befürworter, die Regierung, die Sozialpartner und auch einige Medienvertreter erkannt haben, dass die Mitgliedschaft dem nationalen Interesse unseres Landes entspricht. Und haben diesen Weg bekräftigt und verfolgt. Die Bevölkerung ist glaub ich zuerst nur zögernd mitgegangen, aber hat dann in der entscheidenden Stunde im Juni 1994 diese Entscheidung getroffen, seither wissen wir würden wir eine 66%ige Zustimmung zur Mitgliedschaft nicht mehr bekommen. Aber wir würden zweifellos ein positives Votum bekommen aber eine so entscheidende Mehrheit würden wir nicht mehr zustande bringen, das hat auch mit dem Zustand der EU zu tun und mit einer ganzen Reihe von anderen Problemen, die das Bild heute etwas ändern. Wichtig ist nur, dass nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung zwar sagt, sie hat Zweifel, sie hat Bedenken gegenüber verschiedenen Erscheinungsformen des Integrationsprozesses, aber im Wesentlichen wissen wir, dass wir dazugehören.

F: Wie war das vorher in der Bevölkerung?

W: Ich glaub, die hat sich nicht sehr viel damit beschäftigt. Es ist alles gegangen sehr stark um die Neutralität, ist das alles mit der Neutralität vereinbar und das ist eine sehr berechtigte Frage. Und wenn da Menschen und auch Medienvertreter und auch Publizisten und Politwissenschaftler Zweifel daran geübt haben, ob eine Mitgliedschaft überhaupt mit der Neutralität vereinbar ist, so waren das vollkommen berechtigte Fragestellungen. Ich glaube, man hat das sehr stark unter diesem Gesichtspunkt gesehen, bis man dann erkannt hat, bis dann eben diese Führungsgruppe, die ich jetzt genannt hab – das waren sicher nur einige Exponenten, es hat ja auch in der Freiheitlichen Partei waren ja eine Reihe von Leuten, die sehr für die Mitgliedschaft in der EU eingetreten sind, sie haben sich nur dann als Oppositionspartei berechtigt gefühlt oder auch bemüht gefühlt in eine Gegnerschaft einzutreten, genauso wie die Grünen, die jetzt glaub ich, auch mit Voggenhuber, van der Bellen, glaub die sind alle für die EG und zwar sehr prononciert, wenn sie vielleicht auch einige Bedenken haben vielleicht Gentechnik, und was weiß ich, Umweltschutz, nicht einmal, Gentechnik dürfte noch am ehesten sein; Atompolitik, das könnte noch am ehesten ein Problem sein, das man von den Grünen mit etwas Argwohn ansieht, aber insgesamt ist glaub ich die Bevölkerung schon für die Mitgliedschaft, aber längst nicht mehr in dieser Begeisterung – wenn es eine Begeisterung je gegeben hat, aber nehmen wir an, es hätte eine ganz besondere Intensität der Nähe zur EU gegeben, diese Nähe ist glaub ich jetzt nicht mehr da.

F: Welche Rolle spielen die Medien, besonders auch die Kronen Zeitung?

W: Also ganz kann ich es jetzt nicht beurteilen, ich war ja fast mein ganzes Leben lang als Diplomat im Ausland tätig, daher hab ich's nicht so verfolgt. Ich kann aber schon sagen, dass vor allem die Kronen Zeitung in der Zeit der Vorbereitung, in der Phase der Volksabstimmung sehr positiv war und dass das gewiss beigetragen hat, vielleicht sogar entscheidend beigetragen hat zum Wahlergebnis, zum Abstimmungsergebnis des Juni 1994. Der ORF war, soweit ich mich erinnern kann, positiv, hat das auch vielleicht nicht in sehr starker Form, aber doch im Wesentlichen, diese Schjok-Sendungen waren zweifellos ein Beitrag um die Bevölkerung zumindest auf die Thematik einzustimmen, denn dort sind auch die Gegner zu Wort gekommen. Die übrigen Zeitungen waren, ich glaube das sagen zu können, positiv. Sehr interessant war die Stimmung, die Stellung der katholischen Kirche. Da war ein Hirtenbrief der Bischöfe vor der Volksabstimmung, der sich nicht offen positiv geäußert hat, aber hingewiesen hat auf die Verantwortung – das glaub ich war etwa die Wortwahl – hingewiesen hat auf die Bedeutung dieser Abstimmung für Österreich und Europa. Ich weiß nicht, ob Sie den Text kennen, eine Meisterleistung, also nach 2000 Jahren katholischer Kirche sich niederschlagen in Texten, also das war großartig formuliert und ich sags auch immer wieder. Und dann dazugekommen sind die Äußerungen der Sozialpartner, ohne die wär das ja nie gegangen, die Sozialpartner, die ganz bestimmt in ihren publizierten Organen sich dafür ausgesprochen haben, alle vier Partner. Von der Industriellenvereinigung gar nicht zu reden, die hat damals noch das Blatt „Industrie“ herausgebracht hat und die ganze wirtschaftliche, die ganze Industrielle Szene damit abgedeckt haben und sie auf eine positive Linie eingeschworen haben. Sonst fällt mir ein: Radio: waren sicherlich auch Sendungen, also ich kann mich erinnern, ich bin öfters interviewt worden, zusammen mit Gegnern, aber da ist der Befürworter zu Wort gekommen. Aber man hat den anderen nicht ausgeschaltet, man hat den Gegner nicht rausgeschaltet. Nur den Gegnern haben sehr oft die Argumente gefehlt. Ich kann mich erinnern, da bin ich gefragt worden: „Das ist doch eine sehr heidnische Organisation“ und da konnte man natürlich antworten: „eine christlichere Botschaft als die Friedensbotschaft die wir verkörpern in der EU können wir doch gar nicht haben!“ Also sie haben es uns zum Teil sehr leicht gemacht, die Gegner haben es uns zum Teil leicht gemacht mit ihren Argumenten, weil sie nicht sehr überzeugend waren. Und ich bin auch gar nicht sicher, ob sie auch aus tiefer Überzeugung gekommen sind. Die berühmte Geschichte, um das nur zu erwähnen, die Frage der Zweitwohnungen. Es war keine Versammlung, ich glaub ich war in 60 Versammlungen, nur im ersten halben Jahr 94, da war eines der Themen die Zweitwohnungen: die Deutschen kaufen in den schönsten Alpen- und Seeregionen das Land auf. Haben Sie seit 10 oder 20 Jahren noch ein Wort darüber gehört? Dies ist vollkommen verschwunden. Man wirft uns vor, dass wir den Euro verschwiegen hätten. Richtig ist, dass der Euro, die gemeinsame europäische Währung, also damals ja noch nicht der Euro, die europäische Währung in den Versammlungen, in den Debatten kaum zu Worte gekommen ist, hat keinen Niederschlag gefunden. Wir sind nie darauf angesprochen worden. Wenn, dann hätten wir sagen müssen, dass das Projekt einer gemeinsamen Währung tatsächlich besteht seit Maastricht, aber wir hätten uns nicht festgelegt, also die Befürworter hätten sich nicht festgelegt, weil wir gewusst hätten, dass das die Bevölkerung kopfscheu gemacht hätte und man muss da schon daran denken, was man erreichen will, man kann nicht alles, das gesamte Panorama, wenn ich ununterbrochen nur von Zweifeln red, die Probleme, die sich vielleicht ergeben könnten, dann bin ich unglaublich, natürlich wollten wir ein positives Ergebnis.

F: Gibt es Ereignisse, die das Europabewusstsein in Österreich beeinflusst haben?

W: Also nach 45, ein Ereignis, das sicher eine Rolle gespielt hat, war die Ungarnkrise, die wir ja jetzt gerade gefeiert haben, das hat glaub ich schon gezeigt für die Bevölkerung wie exponiert Österreich ist und vielleicht hat dazu beigetragen, dass wir uns bewusst geworden sind, wie wichtig die Freiheit und die Demokratie in Europa ist und was wir in diesen Fragen, in diesen 2 großen Herausforderungen für den Kontinent repräsentieren. Der Staatsvertrag war so auf Österreich konzentriert, auf das Land konzentriert, dass ich nicht glaube, dass er wirklich für das Europabewusstsein der Österreicher eine große

130 Rolle gespielt hätte, glaub ich eher nicht. Der Beitritt Österreichs zu den Vereinten Nationen, vielleicht noch die Wahl
Waldheims zum Generalsekretär der Vereinten Nationen 1971, ich könnte mir denken. Aber das war schon fast ein
Weltbewusstsein, ein Österreicher wird zum Generalsekretär der Vereinten Nationen, das war ja eine solche eine
Sensation, ich war ja damals in New York, man kann sich ja gar nicht mehr vorstellen, was das bedeutet hat, ein
135 Österreicher ein paar Jahre nach der Unabhängigkeit wird ein Österreicher Generalsekretär der Vereinten Nationen, ganz
egal, wie es dann weitergegangen ist, wie er dann später agiert hat oder zum Teil nicht agiert hat, und wie er sich zum Teil
nicht sehr geschickt verhalten hat, wobei nichts natürlich die Watchlist-Entscheidung, das muss ich schon anfügen, nichts
rechtfertigt die Watchlist-Entscheidung, das war eine politische Ungeheuerlichkeit, dass das Staatsoberhaupt eines Staates
wie Österreich auf die Watchlist gesetzt wird von einer befreundeten, angeblich damals befreundeten Regierung. Aber wie
immer, das war glaub ich schon eher die Rolle Österreichs in den Vereinten Nationen, nicht notwendiger Weise mit Europa
140 verbunden. Vielleicht auch noch die Verfolgung dieser ganz großen Versöhnungsgesten zwischen Frankreich und
Deutschland, die man hier registriert hat, also die Umarmung von Adenauer und de Gaulle in der Kathedrale von Reims,
dann der Handschlag von Kohl und Mitterand ich glaub in Verdun über den Gebeinen deutscher und französischer
Kriegsgefallener, also das waren schon Dinge, die sicherlich auch hier registriert worden sind, für meine Generation waren
sie halt noch von viel tieferer Bedeutung, für die junge Generation waren das wahrscheinlich geschichtliche Ereignisse
145 genauso wie der Erste Weltkrieg, wenn ich mir überleg, wie ich mit meinen Eltern über den Ersten Weltkrieg gesprochen
hab, mein Gott, das war so weit weg und genauso weit weg sind diese Ereignisse, die ich Ihnen jetzt schildere für die junge
Generation, aber das ändert ja nichts daran, dass es möglicherweise all das beigetragen hat zum Europabewusstsein auch
der Österreicher und dann ganz entscheidend sicherlich der Fall des Eisernen Vorhangs, und das Durchschneiden des
Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze, das Abtragen der Berliner Mauer, der Zusammenbruch des
150 sowjetischen Systems, die Wiedervereinigung Deutschlands, da hat man dann glaub ich schon gesehen, was Europa
bedeutet und wie es eine neue Kraft darstellt, denn ohne die EU wäre das alles in dieser Form nicht möglich gewesen, und
die sofortige Eingliederung dieser Staaten in das damalige Europa der 15. Das waren einige Bestandteile, einige Elemente,
die man vielleicht dazu sagen könnte. Aber irgendeine vielleicht aus der Literatur weiß ich nicht, ob irgendwelche großen
Anstöße gekommen sind, auch nicht aus der Musik, aus der Kunst, wüsst ich nicht irgendwelche Dinge zu nennen, die man
155 da... obwohl man das ja, vielleicht gibt es Werke, die auch den europäischen Charakter, das europäische Bewusstsein
gestärkt haben, das wäre schon denkbar, aber vielleicht wäre das mal eine Frage für Sie: „Hat die Kunst, hat die Malerei,
hat die Lyrik, hat das Theater, haben Romane und Schriftsteller beigetragen zu einem stärkeren Europabewusstsein?“ Also
mir fällt nichts dazu ein, die Elfriede Jelinek bestimmt nicht.

160 F: Wie war das in der Ära Kreisky?

W: Er hat, man hat sehr wohl erkannt, was die EG bedeutet und vielleicht noch bedeuten wird für Österreich, aber den
entscheidenden Schritt in Richtung Mitgliedschaft hat man nicht gemacht. Auch verständlich, weil man damals noch sehr
stark, wie auch heute, wie wir wissen, noch sehr stark unter dem Eindruck stehen, dass die Neutralität ein ganz
wesentlicher Bestandteil des österreichischen Staatswesens ist. Also ich lehne es ab, sie als Teil der österreichischen
165 Identität zu bezeichnen. Also wenn man Österreich nimmt ab 1945, seit 1955, na meinetwegen, dann könnte es noch
gehen, aber wenn man Österreich in einem viel weiteren, in einem Jahrhundert Zusammenhang sieht, ist ein neutrales
Österreich fast undenkbar, da wo wir jetzt sind und wo wir hingestellt worden sind. Die Neutralität hat bei Kreisky noch eine
ganz, ganz große Rolle gespielt, und ich bin überzeugt, dass sie es war, also das Bekenntnis zur Neutralität, in all ihren
Auswirkungen, in ihren Verästelungen, und in ihrer viel weiter gehenden Interpretation, die heutige Interpretation der
Neutralität wäre ja vollkommen ausgeschlossen gewesen in der Ära Kreisky die hätte man nie akzeptiert, eine Partnerschaft
für den Frieden mit der NATO wäre unmöglich gewesen, das hätten auch die Völkerrechtsgelehrten der damaligen Zeit, die
Völkerrechtler, hätten das sicherlich nie befürwortet. Und er selber hat das, das war bestimmt auch eine große
Kehrtwendung für ihn, denn die Sozialdemokraten waren ja gegen die Neutralität im Jahr 55, wir wissen das ja, das war
175 eine ganz, das war eine Meisterleistung, auch eine interne Meisterleistung der damaligen ÖVP-Führung von Raab und Figl,
die darauf bestanden haben, dass die Neutralität verankert wird, und dass es ohne die Neutralität zum Staatsvertrag nicht
gekommen wäre. Und das hat man in Moskau dann erkannt, haben auch die Schärfs und die Kreiskys erkannt und haben
dann die entsprechenden Konsequenzen gezogen, aber das war schon ein längerer Weg. Die Neutralität und damit
verbunden die Unabhängigkeit das hat glaub ich alles andere überstrahlt und überdeckt.

180 F: Welche Erfahrungen haben Sie in Brüssel gemacht zur europäischen Identität?

W: Also in Brüssel wird man eingesogen in ein Europabewusstsein, das war ja das Schöne damals und so wie ich die
Kommission erlebt hab, ich war 87 bis 93 dort, man hat den Eindruck gehabt, die haben an Europa geglaubt. Die
185 Kommissionsbeamten, die waren erfüllt von einer Art Sendungsbewusstsein, vielleicht war das auch eine idealisierende
Auffassung meinerseits, ein idealisierender Eindruck, den ich jetzt Ihnen schildere, aber so hab ich's trotzdem erfasst oder
so gesehen oder so gefühlt, dass die Menschen, die damals in der Kommission tätig waren, auch im Europäischen
Parlament, die haben eine ganz bestimmte Idee von Europa gehabt, ein immer stärkeres Europa. Daher auch das Zögern
gegenüber Österreich, das war ja nicht gegenüber Österreich als Land, sondern als neutraler Staat, der sich so zur
Neutralität bekannt hat. Und die wollten aber ja schon ein anderes Europa, die wollten ein politisches Europa, ein Europa,
190 das zusammenhält, so hat man damals Europa verstanden in Brüssel. Das was jetzt einmal hier „Sie sind jetzt alle
umgedreht worden“, das war eine Überschrift, und das stimmt, die Menschen, die nach Brüssel gekommen sind, ganz egal,
ob sie nur temporär dort waren, so wie Diplomaten oder Kommissare, der berühmte Sir Arthur Cowfield wurde hingeschickt
von der Thatcher als ein Gegner der EU, als ein Gegner der EG und hat sich innerhalb kürzester Zeit gewandelt und die
Thatcher war wütend auf ihn. Aber das war auch eine Persönlichkeit, die nur in die damalige Zeit hinein gepasst hat, heute
hätte der wahrscheinlich eine ganz andere Persönlichkeit entwickelt, aber in der damaligen Zeit war er entschlossen, den
Binnenmarkt zu formen und Jacques Delors hat ihm diese Möglichkeit gegeben, das berühmte Weißbuch über die
Gründung des Binnenmarktes 1992, heute schon fast vergessen. Wenn ich das jetzt selber erwähnen, denk ich mir, wie lang
habe ich diesen Ausdruck schon nimmer erwähnt, dass es dieses Weißbuch 85 gegeben hat und dass es dann tatsächlich
200 ja zum Binnenmarkt gekommen ist, aber alle diese Menschen wurden dann ganz automatisch in dieses Bewusstsein
einbezogen, das etwas großes jetzt passiert und das ist nur in der EG, nur im Zusammenwirken zwischen Brüssel,
Straßburg, Luxemburg und den Mitgliedsstaaten geschehen kann. Das war soweit ich mich erinnern kann – und ich glaub

da täusch ich mich auch nicht – das war eine Begeisterung, vielleicht eine Sturm und Drang Periode in der europäischen Geschichte, die in dieser Intensität dann heute auch nicht mehr besteht, wahrscheinlich auch nicht mehr in den ältesten Mitgliedsstaaten, wie sich ja gezeigt hat in Frankreich und in den Niederlanden bei der Abstimmung über die europäische Verfassung und da – da komm ich zurück auf Ihre Frage, die ja sehr berechtigt ist – wie weit haben sich die Politiker aufgeopfert, die Politiker haben geglaubt, wir sind schon weiter, wir können schon sprechen zumindest über einen Vertrag über eine europäische Verfassung, eine Verfassung für Europa, wir können es schon wagen, wir sind schon so weit, und wir waren natürlich auch schon so weit, es ist nur deppert, weil die Franzosen vollkommen überflüssiger Weise und die Niederländer noch überflüssiger Weise eine Volksabstimmung durchgeführt haben über eine Frage, die nicht mit einer Volksabstimmung zu entscheiden ist. Das geht nicht, dass ist genauso, wie wenn ich zum Doktor geh und der sagt „Jetzt werden wir mal schauen was mit ihrem Herzen ist, da sollt ich mal ein paar Leute fragen“ das geht nicht, das sind Spezialgebiete, deshalb haben wir ja eine repräsentative Demokratie, deshalb wird ja ein Parlament gewählt, das sich dann ganz intensiv mit bestimmten Fragen auseinandersetzt. Also gut, das ist jetzt wirklich eine Nebenbemerkung, aber es ist bedenklich, dass in den Herzensländern der EU man sich gegen dieses Verfassungswerk ausgesprochen hat und das spiegelt schon die Stimmung wieder, das war nicht nur das Vertragswerk selbst, das war ein allgemeines Unbehagen gegenüber Brüssel, das konnte man nicht genau definieren, man hat gegen Chirac abgestimmt, man hat gegen die niederländische Regierung abgestimmt, aber ein Teil davon war ganz bestimmt ein Unbehagen, eine verschwommene Ablehnung gegenüber bestimmten Erscheinungsformen die freilich auch möglicherweise von den Medien den Menschen eingeredet worden sind, was wir ja in der Kronenzeitung fast täglich erleben. Es sind ja immer einige kleine Partikelchen sind ja wahr drinnen, auch beim Hans-Peter Martin, einige Partikel sind ja wahr, aber dass, was eben so bedenklich ist, dass diese Partikelchen, diese negativen, alles andere jetzt auf ein Mal in den Hintergrund schieben, und dass können wir dann natürlich nicht haben, dass die ungeheuren Leistungen, die Friedens- und Demokratie- und wirtschaftlichen und sozialen Leistungen überschattet werden von diesen Lächerlichkeiten, die sich halt auch in der EU ab und zu bemerkbar machen, aber die für meine Generation und ich hoffe auch für die Mehrzahl der Bevölkerung nicht so ins Gewicht fallen, wie sie jetzt dargestellt werde. Denn wenn man die Leserbriefe liest, dann wird irgend so ein Teilchen herausgestellt, und gesagt „Das ist die EU! Da müssen wir doch raus!“ Das ist die Kurzformel.

F: Machen die heutigen Politiker die gleichen Erfahrungen wie Sie in Brüssel?

W: Ich glaube nicht, aber dass sie einbezogen werden, aufgesaugt werden von dem Geist, das glaub ich schon. Aber in dieser Intensität, vielleicht hängt das auch mit der Persönlichkeit zusammen, das ist natürlich schon richtig, wenn man so veranlagt ist, dass man leicht beeinflussbar ist, und dass man sehr emotional ist, aber vielleicht auch, weil man diese ganze Zeit miterlebt hat. Die Leute, die jetzt draußen sind, also die Woschnaggs, bitte der Gregor Woschnagg der glaub ich kommt noch am ehesten in meine Kategorie hinein, aber die anderen,... Ich glaube nicht mehr, dass die diese, wenn man will fast liebevolle Einstellung gegenüber der EU haben, aber das ändert nichts, dass sie hervorragende Beamte sind und dass sie ihre Aufgabe hervorragend erfüllen. Aber wenn Sie schon fragen nach der emotionalen Einstellung, und die eben sehr stark vom Gefühl, das ist doch nahe liegend, wenn man die Europahymne hört, dann ist man genauso wie bei der Bundeshymne, bei der Bundeshymne ist man gerührt, selbst wenn sie nicht gesungen wird. Da war eine große ÖVP-Sache, die der Schlüssel gemacht hat, vor einem Jahr glaub ich, hat auch nichts genutzt, wie man gemerkt hat, aber da ist die Bundeshymne projiziert worden auf ein Spruchband, die gesamte und es ist mitgesungen worden, alle. Und ich weiß, dass so und so viele nicht mehr mitsingen konnten auch von meiner Altersgruppe, weil sie so ergriffen waren, weil auch der Text ja wunderschön ist, auch die Melodie, das passt ja alles wunderbar zusammen. Dass es eine Europahymne auf Lateinisch gibt, das hab ich Ihnen ja schon gesagt, weil es gibt auch eine Aufnahme vom Wiener Singverein mit den Philharmonikern in der Karajan-Fassung mit Lateinischem Text, der auch hinterlegt ist mit begleitender Broschüre mit der Übersetzung des Lateinischen Textes, in der Zwischenzeit gibt es ja schon 26 Versionen für Kinder die eine etwas einfachere Sache haben, aber der lateinische Text ist eine Meisterleistung vom Dr. Peter Roland. Es gibt einen Verein zur Förderung der lateinischen Version.

F: Erachten Sie eine europäische Verfassung für notwendig

W: Also eine europäische Verfassung im engeren Sinn halt ich im Augenblick nicht für verwirklicht, eine Verfassung, die das Wesentliche des Zusammenwirkens der EU-Institutionen beinhaltet und das Verhältnis der EU-Institutionen zu den Mitgliedsstaaten und zu den Bürgern, das haben wir. Das haben wir im Vertrag von Maastricht bzw im Vertrag von Nizza. Es ist aber daher umso bedauerlicher, dass der Vertrag über die Verfassung für Europa nicht zustande gekommen ist, aber ich bin überzeugt, die wesentlichen Punkte werden erhalten bleiben, wir werden nicht viel besser werden. Also in dem Sinn bin ich natürlich für eine Verfassung für Europa, aber in der Interpretation, dass es sehr wohl einen Vertrag gibt, der die wesentlichen Punkte, die in einer Verfassung enthalten müssen, beinhaltet.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

W: Sehr wichtig, das glaub ich schon a la longue, auf die Dauer werden sie, sie werden Teil werden unserer Feierlichkeiten, jetzt z.B. war eine Diplomverleihung, war selbstverständlich, dass die Bundeshymne zum Schluss gesungen wurde und die Europahymne, nicht gesungen wurde, Europahymne wird ja nicht gesungen, aber eben jetzt kommt man immer mehr drauf, dass man schon einen Text braucht. Aber das hat sich eben als sehr, sehr schwierig herausgestellt, auch bei der österreichischen Bundeshymne, hat ja sehr lang gedauert, bis man sich auf den Preradovic-Text geeinigt hat und der ist aber wirklich genial und genauso genial ist der lateinische Text.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung der EU?

W: Na Bulgarien und Rumänien ist abgeschlossen, ist ein wichtiger notwendiger, positiver Schritt. Die weitere Entwicklung der Erweiterung ist umstritten, aber ich glaube, dass wir um die Erweiterung nicht herumkommen, es wird weitergehen. Es wird mit Kroatien weitergehen, Türkei ist ein längerfristiger Prozess, da rechnen auch nicht Türken vor 10, 15 Jahren, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien und Mazedonien, da werden wir nicht darum herumkommen.

275 Aber in welcher Zeitspanne das ist, nur aber die Mitgliedschaft ist da, die Mitgliedschaft ist als Perspektive zu erhalten wurde auch diesen Staaten schon gegeben und daher werden wir auch nicht, sollten wir auch nicht davon abrücken.

F: Was ist typisch europäisch?

280 W: Sie sind gemein, nur eine Frau kann eine solche Frage stellen, wahrscheinlich letzten Endes, also in erster Linie ist es sicherlich der kulturelle Aspekt, alles das, was wir in Europa auf dem Gebiete der Architektur, der Dichtkunst, der Musik, verwirklicht haben, ich glaub das ist im Wesentlichen, einschließlich einer sehr schönen Landschaft, also ich glaube letzten Endes ist es das. Also ich würde es nicht ableiten aus – obwohl das jetzt wahrscheinlich schon eine gefährliche Bemerkung ist – aus dem Politischen, aus politischen Dimensionen, wenn überhaupt dann vielleicht die Aufklärung die Bedeutung
285 natürlich auch der Kirchen für die Entwicklung, aber das geht dann ja schon sehr stark in das Philosophisch-kulturelle hinein. Und freilich auch die Werte, die mit der politischen Persönlichkeit Europas verbunden sind, Menschenrechte und Demokratie. Aber in erster Linie, wenn Sie mich so fragen und nicht wollen, dass man lang herumredet, dann denk ich an die kulturelle Leistung, an die gesamte kulturelle Leistung in ihrer Vielfalt, die ja alles andere überstrahlt, auch bei aller Wertschätzung für andere Kulturen, aber diese Weltgeltung, die Europa geschaffen hat auf kulturellem Gebiet, das ist glaub
290 ich einmalig.

Experteninterview Heinz Kienzl, 15.12.2006, Büro ÖGfE, 10-10.45 Uhr, 40min8sec

Heinz Kienzl wurde am 8. Oktober 1922 in Wien geboren. Er war Gewerkschafter und Bankmanager. Ab 1947 war er beim Österreichischen Gewerkschaftsbund, von 1950 bis 1968 dort Leiter der wirtschaftlich-politischen Abteilung, 1954 bis 1969 Arbeiterkammerrat. Er war außerdem Mitbegründer der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft. 1964 war er Vorstandskonsulent der BAWAG. 1973 bis 1988 war er Generaldirektor und 1988 bis 1993 Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank.

F: Was bedeutet für Sie Europa?

K: Europa bedeutet für mich eigentlich die Europäische Union wie sie sich in einiger Zeit darstellen wird, nämlich mit den Völkern am Balkan, aber das wärs dann auch schon, weiter möchte ich das nicht ziehen, wobei natürlich Norwegen und die Schweiz irgendwie dazugehören. Das wär einmal das geographische. Und das wirtschaftliche, das ist klar, dass die europäischen Staaten in der Welt, wie sie sich jetzt darstellt, keine besondere Rolle spielen können, es sei denn, sie schließen sich zusammen und treten als EU auf, denn die neuen Weltmächte USA, China, Indien im Kommen, Brasilien vielleicht auch einmal und auf jeden Fall Russland spielen so eine entscheidende Rolle, dass Kleinstaaten wie Österreich überhaupt nicht mitplaudern können und auch größere, die glauben, dass sie mitreden können, aber das ist eben ein Irrtum,
5 nur gemeinsam können die Europäer eine Weltpolitische Rolle spielen. So viel also was Europa für mich ist und dann die Europäische Union, da wollten Sie ja dann auch wissen, was an Beitrittstendenzen waren. Ich glaub, drum geht's Ihnen ja hauptsächlich. Na, das ist so, dass wie diese Gemeinschaft für Kohle und Stahl gemacht wurde, zwischen Deutschland – Frankreich mit der Unterstützung der Amerikaner, ging es vor allem darum, die Rüstungsindustrie Deutschland unter eine gemeinsame Kontrolle zu bringen und das war für uns reichlich uninteressant. Dann hat sich aber entwickelt daraus, die Idee, neben der Gemeinschaft für Kohle und Stahl auch den so genannten „Grünen Pool“ zu machen, also eine gemeinsame Organisation der europäischen Landwirtschaft. Da haben wir uns schon sehr dafür interessiert, es sind damals auch schon Verhandlungen geführt worden, das war also noch vor den Römer Verträgen. Wie die Römer Verträge dann geschlossen wurden und dann die EG, später die EU, gegründet wurde, haben wir in Österreich natürlich versucht beizutreten, das ist aber nicht möglich gewesen, weil die Sowjetunion sich quergelegt hat und einen Beitritt verhindert hat,
10 dazu ist auch noch gekommen, dass die Franzosen keine Begeisterung für einen österreichischen Beitritt gehabt haben, weil sie damals noch immer diese „nightmare“ des Dritten Reichs gehabt haben, das heißt wenn Österreich und Deutschland sich dann wieder in irgendeiner Form zusammenschließen, ist das wieder so ein großes Deutschland, vor dem sie Angst gehabt haben. Na ja, heute wissen wir, dass das Unsinn war, aber damals war es eben so. Daher konnten wir nicht beitreten, obwohl natürlich die allgemeine Meinung damals in Österreich war „An sich wärs schön schon, daran teilzunehmen“.
15
20
25

F: Wie hat sich das Europabewusstsein der Österreicher entwickelt?

K: Ja, das Europabewusstsein der Österreicher ist also sehr unterschiedlich. Wenn man es anschaut – und da können Sie auf sehr genaue Umfragen zurückgreifen, die wir hier haben – das Europabewusstsein ist natürlich gewachsen seit wir der EU beigetreten sind und das hat sich sehr unterschiedlich gestaltet. Das stärkste Europabewusstsein ist bei der jungen, städtischen Intelligenz, und diese Alterskohorte marschiert natürlich weiter und daher steigt auch in den höheren Jahrgängen, vor allem seit wir der EU beigetreten sind, das Europabewusstsein. Also, dass wir da dazu gehören, dass wir dabei bleiben wollen, wobei das Dabei-bleiben-wollen sehr unterschiedlich ist. Es gibt also einen erheblichen Prozentsatz, ungefähr so 15%, die sind Opportunisten, die sagen „Na ja, jetzt sind wir schon Mal beigetreten, jetzt bleiben wir schon dabei“. Und dann 50% sind davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir dabei sind und der Prozentsatz, der zur EU gehören möchte, liegt so bei irgendwo 70%, das schwankt je nachdem, also wie zum Beispiel die Kronenzeitung ihre Kampagne gemacht hat 2005 und die Engländer dann auch so eine ganz erbärmliche Präsidentschaft hingelegt haben, da ist es rückläufig gewesen, aber jetzt wird's wahrscheinlich wieder hinaufgehen. Seit 45 kann man wohl sagen, dass wir unter allen Umständen dem Sowjetblock ausweichen wollten, dass wir ja nicht in den Sowjetblock hineingezogen werden,
30
35
40

das heißt also Orientierung an Westeuropa, insbesondere natürlich auch an die amerikanische Dominanz, aber die war nicht eigentlich Europa. Aber jetzt muss man natürlich folgendes sagen, die amerikanische Regierung der Nachkriegsjahre hat sehr bald gesehen, dass man den europäischen Staaten auf die Beine helfen muss und haben natürlich auch erkannt, dass Europa für sie ein enorm wichtiger Wirtschaftspartner sein sollte, müsste, könnte und dass man den Europäern helfen sollte rasch auf die Beine zu kommen wirtschaftlich, damit sie gegenüber dem Sowjetblock einen Widerstand leisten können. Denn Stalin hat ja immer darauf gehofft, irgendwie noch über den späteren Marshall-Plan nach Europa vordringen zu können und wenn es nicht schon militärisch ist, dann ökonomisch und politisch. Und das war für die Amerikaner also auch ein Grund. Und da wurde der geniale Marshallplan entwickelt, wo die Amerikaner gesagt haben: „Ihr Europäer könnt von uns eine große Hilfe bekommen, Lebensmittel, Energie, also Kohle damals in erster Linie, Nahrungsmittel, Maschinen, aber ihr müsst zusammenarbeiten!“. Und diese Zusammenarbeit fand dann statt in der Organisation OECD/OEEC und da wurde dann von den Amerikanern erzwungen, dass einmal die Autarkie-Bestrebungen und vor allem also die Zollschranken reduziert werden und dass ein gemeinsamer Wirtschaftsaufbau stattfindet also nicht in Konkurrenz zueinander sondern einigermaßen planvoll zwischen den europäischen Staaten. Und diese Marshall-Plan-Hilfe war natürlich für Österreich lebenswichtig, es hat ja wie sie eingesetzt hat der Wirtschaftsaufschwung begonnen und so war es ganz klar, dass Österreich, auch weil es teilgenommen hat an Marshallplan-Hilfe, auch teilgenommen hat an dieser europäischen Zusammenarbeit. Und da kann man sagen, dass war der materielle und politische Hintergrund für das Europabewusstsein. Also, weil wir gewusst haben, wir gehören dazu.

F: Und in den 60er/70er Jahren?

K: Das ist immer dichter geworden, also an der Wirtschaftsgemeinschaft konnten wir damals nicht teilnehmen, aber es wurde dann eine Notlösung gefunden in der europäischen Freihandelszone, wo es auch darum gegangen ist, die wirtschaftlichen Hemmnisse für Kooperation niedriger zu machen und diese EFTA hat uns die Möglichkeit gegeben ohne Beitritt zur EU weitgehend teilzunehmen. Wir haben zwar nicht mitbestimmen, mitreden können, aber haben wenigstens die wirtschaftlichen Barrieren überwinden können. Da waren auch die Schweizer dabei, die Schweden, die Norweger waren. Und diese europäische Freihandelszone hat dann natürlich nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks ihr Leben ausgehaucht, denn da sind ja dann Österreich, Schweden und Finnland vor allem der EU beigetreten.

F: Gibt es einen Unterschied im Europabewusstsein zwischen den Politiker und der Bevölkerung?

K: Na ja, die Politiker waren sich weitgehend darüber im Klaren, dass man der EU beitreten soll. Es hat Skeptiker gegeben. Es war so, die Politiker haben natürlich oft ganz opportunistische Positionen bezogen. Was völlig in Vergessenheit geraten ist, die Freiheitliche Partei war ursprünglich die Europa-Partei, die haben am meisten gedrängt auf Beitritt zur EU und die Sozialdemokraten waren skeptisch, sagen wir so, die Grünen waren auch sehr skeptisch, dann sind die Sozialdemokraten gekommen und am positivsten war dann die ÖVP, die hat dann sozusagen die Position der Europa-Partei bezogen. Und wie gesagt nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes, war es klar, dass Russland seine ablehnende Haltung vergessen hat, irgendwie, also einige Diplomaten sind die alte Schiene weitergefahren, sie haben uns ja, wie wir in den Verhandlungsprozess zum Beitritt hinein gegangen sind, Vorhaltungen gemacht, wir sollen doch nicht beitreten, aber das waren schon eingefahrene „Posthorntöne“, sodass sich dann folgende Reihung herausgebildet hat: die Freiheitlichen haben dann eine totale Positionsveränderung durchgeführt, va weil Haider befunden hat, da hat er Wählergruppen, die er ansprechen kann und von einer Pro-Europa-Partei sind sie zu einer Anti-Europa-Partei geworden, was sie dann auch wiederum gewisse Stimmen gekostet hat. Die Grünen, die ursprünglich eine Anti-Europa-Partei waren, haben sich total gedreht auch und zwar deshalb weil ihre Wählerschicht auf Pro-Europa übergegangen sind, also diese junge, intellektuelle, städtische, die sind pro-europäisch geworden und die Partei ist ihnen gefolgt. Die Sozialdemokraten haben also nachdem Vranitzky Österreich in die EU geführt hat, dann auch ihre Position Pro-Europa mehr verstärkt. Und so ist die Rangreihung jetzt die Grünen die stärkste Zustimmung, gefolgt von der ÖVP, dann SPÖ, dann die Freiheitlichen und dann was es noch gibt, den Hans Peter Martin und seine Truppe, aber die sind ja alle schon mehr oder weniger verschwunden. Also schaut das jetzt so aus in der Rangreihe.

F: Welche Rolle spielen die Medien, besonders die Kronen Zeitung für das Europabewusstsein in Österreich?

K: Ja, die Kronenzeitung hat also irgendwann befunden, sie könnte Wählerschichten ansprechen, also vor allem die Pensionisten und hat also da eine starke Kehrtwendung eines Tages gemacht, das muss so 5,6 Jahre her sein, auf Anti-EU, wobei sie natürlich nicht grundsätzlich gegen Mitgliedschaft Österreichs in der EU sind, sondern, dass sie an der EU herunkritisieren, was ihnen alles nicht passt. Man kennt ja die Plakate der Kronenzeitung und natürlich auch die Leserbrief-Seite der Kronenzeitung und auch die Artikel von Hans Peter Martin, aber es hat sich bei den Wahlen gezeigt, dass die Österreicher halt murren über die EU, des passt ihnen nicht, des passt ihnen nicht, aber als Mobilisierung bei Wahlen eignet sich das überhaupt nicht, denn der Hans Peter Martin hat ja nur 2,5% Stimmen einfahren können. Also man kann auf die EU schimpfen, aber man wählt dann trotzdem nicht den, der am meisten auf die EU schimpft.

F: Und das Fernsehen und andere Medien?

K: Die anderen Medien, also der ORF, es ist so, die Medien, die Journalisten, ob es Fernseh-Journalisten, Hörfunk-Journalisten, oder von den Printmedien, haben halt einen Grundsatz „Good news is no news, bad news are good news“. Also, schlechte Meldungen, daher kann man über die EU kein Loblied singen sondern muss alles, was da negativ ist und sich publizistisch verwerten lässt, verwerten. Das heißt prinzipiell sind alle Medien eher darauf ausgerichtet negative Meldungen zu bringen als positive. Aber extrem betreibt es nur die Kronenzeitung, die anderen geben auch positiven Meldungen Raum.

F: Haben noch andere Ereignisse das Europabewusstsein beeinflusst außer dem EU-Beitritt?

K: Das Europabewusstsein, na ja, aber die Einstellung vielleicht zur EU unverdienter Weise nämlich, also das waren diese Sanktionen. Die Sanktionen waren nichts anderes als diplomatische Gesten, ohne Tiefgang und ohne wirkliche Bedeutung,

115 und Sanktionen, Zwangsmaßnahmen – Sanktionen überlegen die Amerikaner gegen den Iran, oder gegen Korea, und wird
auch nichts daraus, es hat auch Sanktionen gegen Südafrika wegen der Apartheid – aber das waren nur diplomatische
Gesten noch dazu nicht von der Union, sondern von den meisten Staaten der Union, insbesondere von Politikern
ausgehend, vor allem der Chirac hat da eine entscheidende Rolle gespielt, weil ihn der Haider so beleidigt hat und eitel ist
er ja, und da wurden dann diese Sanktionen... Und die Regierung, also die ÖVP-FPÖ-Regierung hat natürlich die Chance
120 ergriffen, die Massen hinter sich zu vergattern, denn die Österreicher reagieren allergisch, wenn Regierung, auch wenn sie
die Regierung nicht wollen, aber wenn die Regierung angegriffen wird oder ein Bundespräsident oder Waldheim, oder die
Nation als Ganzes (wenn man ihr das einreden kann), gibt es einen Schulterschluss und das ist der ÖVP-Propaganda
hervorragend gelungen und daher hat auch die Regierung im ersten Jahr die Unterstützung der Österreicher sich erarbeitet
oder erschwandelt oder an sich gezogen. Das hat sich dann aber bald wieder aufgehört, nachdem die Sanktionen aus
waren, die Regierung außerdem nach dem Zerfall der Freiheitlichen ins Taumeln gekommen ist, hat man mit den
125 Sanktionen nichts anfangen können. Es war halt nur eine Reminiszenz von manchen Politikern und Diplomaten. Und die
hat ganz eindeutig wie man bei der Zustimmung sieht, eine Zustimmung von 82% hinuntergeführt auf glaub ich 68% oder
so was. Das hat sich dann wieder aufgelöst und geht mal rauf, mal runter und bewegt sich so in der Größenordnung von
70% dafür.

130 F: Gab es bedeutende Ereignisse vor dem Beitritt?

K: Länger zurückliegend ist schon oft gefragt worden. Es war so, dass wenn ich mich richtig erinnere, ungefähr die Hälfte der
Österreicher war für den Beitritt zur EU, damals wie gesagt noch ganz voran die Freiheitlichen, nämlich diese alten
Freiheitlichen, die Steger-Freiheitlichen, vor Haider's Machtergreifung, die waren also sehr massiv dafür.

135 F: Hat der EU-Beitritt die Einstellung der Bevölkerung verändert?

K: Ja, ich würde es auf die Formel bringen: „Jetzt sind wir dabei und jetzt bleiben wir halt dabei“, sozusagen opportunistisch.

140 F: Was bedeutet die Erweiterung für Österreich?

K: Also die Erweiterung der EU ist von den Österreichern absolut unterschiedlich beurteilt worden, also die erste
Erweiterung: die Österreicher waren immer zu 2/3 bis ¾ für den Beitritt der Ungarn. Aber sie haben sich schon schwerer
getan mit dem Beitritt der Tschechen, aus dem alten Ressentiment und dann auch dem Theater, das um Temelin aufgeführt
145 wurde, das jetzt ja auch seine Fortsetzung findet. Und natürlich der Beitritt von Slowenien wurde auch sehr positiv
eingeschätzt. Und jetzt haben wir folgende Situation: man kann das direkt gleichsetzen mit dem Bruttonationalprodukt: das
heißt, die Österreicher sind für die Erweiterung, aber nur um wohlhabende Staaten und haben große Ressentiments gegen
die Habenichtse. Also wenn man sich jetzt anschaut, wen wollen sie, dass sie noch beitreten, steht an der Spitze Norwegen
und Schweiz (die selber schon wollen, nicht wollen, nicht wissen, was sie wollen), geht dann natürlich über Kroatien, wo
150 auch eine sehr deutliche Mehrheit dafür ist und geht runter bis nach Albanien, also ganz eindeutig: „die armen Länder, die
wollen wir nicht dabei haben“. Hingegen Kroatien, das man als Land mit positiven wirtschaftlichen Entwicklungen sieht. Und
die Türkei ist natürlich sehr, sehr unterschiedlich. Man muss sich fragen also, welche Rolle da der Islam spielt. Bevor dieser
milatante Islam aufgetreten ist, waren die Österreicher der Auffassung: „dass die Türken Mohammedaner sind, ist ja
wurscht, aber Kopftuch sollen sie keines tragen.“ Das heißt also, lächerliche Einstellung im Großen und Ganzen, aber da
155 hat das keine Rolle gespielt. Jetzt wie der militante Islam aufgetreten ist, wird also die Aversion immer größer und dürfte
sich also noch verstärken, wobei natürlich die Erfahrungen mit den türkischen Zuwanderern eine Rolle spielen, denn
wahrgenommen werden ja nur die Zurückgebliebenen. Also der Dogudan mit seiner Catering-Kette, der spielt keine Rolle in
der Beurteilung der Türken. Aber irgend so ein Kurde, der aus dem hintersten Winkel der Türkei gekommen ist und seiner
160 Familie, die nicht Deutsch lernt, der prägt das Bild. Aber jedenfalls haben die Österreicher eine Aversion und natürlich gibt's
die verschiedensten Gründe für die Aversion gegen die Türkei, wobei Momentan der Islam im Vordergrund steht. Aber
früher wars wurscht, jetzt ist es auf einmal wichtig und kann sich auch wieder ändern.

F: Erachten Sie eine europäische Verfassung für notwendig?

165 K: Na unbedingt notwendig, denn ohne Verfassung wird es ja ein bürokratisches Monster. Wenn man bedenkt jetzt kommen
ja noch dazu sicher die Kroaten, die Serben, die Mazedonier, die Montenegriner; wer stellt sich noch an, um Gottes Willen?
Auch die Moldawier, und dann sind das 35 oder 36 Staaten mit entsprechend vielen Sprachen und das lässt sich ja
überhaupt nicht mehr bewältigen. Wahrscheinlich wird man übergehen müssen auf ein System, wie es im Währungsfonds
170 ist, wo dann so genannte „Constituencies“ gebildet werden, also Staatengruppen, meinetwegen Österreich mit seinen fünf
Nachbarn können ein Constituencie sein und da hat man also 10 Constituencies und jeder hat halt einen Kommissar und
jeder macht dann halt irgendwann, irgendwo eine Präsidentschaft, dann lässt sich das also machen. Darüber hinaus ist es
natürlich nötig, das Parlament aufzuwerten. Das ist ja das perverse, die die immer am meisten schreien „Demokratisierung
der EU“ haben wieder etwas gegen die Verfassung. Und dann ist es natürlich klar, jetzt haben 18 Staaten die Verfassung
175 akzeptiert und 7 noch nicht oder nicht, dabei Frankreich, das war kein Votum gegen die Verfassung sondern ein Votum
gegen Chirac und seine Regierung. In Holland war das mehr gemischt, da war wiederum auch die Idee der Holländer sie
sind ein souveräner Staat, ein großer, mächtiger Staat, und da haben sie es abgelehnt. Aber eine Verfassung, das heißt
etwas das neu ordnet diesen groß gewordenen Haufen ist sicherlich erforderlich.

180 F: Sehen Sie die Finalität in diesen Constituencies?

K: Obs eine Finalität gibt? Da gibt's das Riesen Problem mit der Ukraine, die auch so ein Riesen Staat ist, wo so wie die
Türken die Kurden haben, ist in der Ukraine die Hälfte sind Ukrainer, die sind nach dem Westen orientiert und die andere
Hälfte sind Russen, die sind also nach Russland orientiert. Da mag es Probleme geben, aber solche Organisationen
verändern sich ja immer. Also ich glaube nicht, dass es eine Finalität gibt.

185 F: Sind Symbole wichtig für die Bevölkerung?

190 K: Na ja schon, wenn man also schaut, dass die Autofahrer alle das Europa-Zeichen haben, das ist schon irgendwie ein Symbol. Also ich glaub, das ist schon bedeutungsvoll. Die Europahymne ist natürlich jetzt vom Roland, der hat ja eine Lateinische Version gedichtet, der Roland, die besser ist als die Deutsche, weil da singen alle wieder „Freude, schöner Götterfunken“. In Wirklichkeit hat der Schiller dichten wollen „Freiheit“, aber das hat er damals nicht dürfen. Wer damals „Freiheit“ gesagt hat, war dem Gefängnis nahe, deshalb hat er „Freude“ gedichtet, passt zwar dann nicht, aber wurscht. Also Symbole spielen sicherlich eine Rolle. Der Euro ist natürlich mit Riesen Abstand das wichtigste Symbol, weil er ein Symbol ist, das über das symbolische hinaus reicht, denn mit dem Euro kann man in den wichtigsten europäischen Staaten zahlen, wenn man dort hinfährt. Und in den nicht-europäischen kann man auch zahlen. Ich war vor kurzem in Brunn und da war es selbstverständlich, dass sie den Euro nehmen. Und wenn man nach Italien fährt kann man die Preise vergleichen, da braucht man gar nicht mehr mühsam umrechnen über den Schilling. Also der Euro hat eine große Rolle und war ursprünglich sehr negativ beurteilt, schlicht und einfach, weil die Leute zu bequem waren und Schwierigkeiten haben mit der Umrechnerei. Und dann haben noch die Deutschen den Begriff „Teuro“ erfunden und da wir Österreicher den Deutschen alles nachmachen, von der Reformation bis zum Hitler, also haben wir uns auch über den „Teuro“ geärgert. Obwohl es so ist, dass wir haben genau dieselbe Inflationsrate, wie wir sie in der Vorperiode gehabt haben. Und was darüber hinausgeht, dieses 1-2 Promill ist die Erdölverteuerung, die machen da ein bisschen was dazu, aber sonst haben wir genau dieselbe Inflationsrate.

205 F: Fallen Ihnen noch andere Symbole ein?

210 K: Na ja, das ist wiederum mehr als ein Symbol: der Pass. Wenn man sich anhört, wie viele Zuwanderer nichts dringender haben wollen als einen europäischen Pass, ist das auch ein ganz, ganz wichtiges Symbol, aber schon wieder eine Selbstverständlichkeit. Natürlich auch dann das Symbol, wenn man wo einreist, zum Beispiel in England, kommen die mit dem europäischen Pass dahin und die gehen geschwind durch und die Tschechen müssen warten, deshalb möchten sie möglichst rasch einen Pass, aber den haben sie jetzt eh schon, den europäischen Pass. Ein weiteres, aber das ist auch mehr schon als ein Symbol, ist natürlich Schengen, dass man weiß Gott wie... Da bin ich letztes Jahr mit einem Bekannten von Salzburg nach Deutschland gefahren und der hat immer gefragt, wie weit is noch und ich hab aus Jux gesagt ich weiß nicht und dann waren wir schon weit drinnen und da hab ich gesagt, wir sind schon längst in Deutschland, aber es gibt keine Grenzen mehr. Also durch das Schengen die Grenzen wegfallen, ist natürlich auch ein gewaltiges Symbol.

F: Wie haben Sie als Generaldirektor der Nationalbank die Integration erlebt?

220 K: Bitte, ich muss gestehen, ich war ein ganz früher Bekenner und war für die EU da hat es sie noch gar nicht gegeben. Ich hab auch einen Konflikt mit Kreisky gehabt, der hat mich aufmerksam gemacht: „Du, wir können nicht, die Sowjets lassen uns nicht“, na gut, da hab ich halt die Segel streichen müssen. Ich war dann auch, da war ich noch nicht in der Nationalbank, im Wirtschaftsbeirat sehr intensiv beschäftigt als Vorsitzender mit der EFTA und mit den Schritten zur EU. Das ist ja alles nicht ruckartig geschehen, sondern wir haben ja immer die Möglichkeiten der Annäherung studiert, einmal da ein Stück, einmal da ein Stück, was halt immer gegangen ist bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks. Und in der 225 Nationalbank da waren eigentlich ganz, ganz wichtig zwei Dinge vielleicht, die ich mich erinnere: das eine war wichtig, nachdem der Dollar zusammengebrochen ist, also genauer gesagt das Bretton-Woods-Abkommen zusammengebrochen ist, wie die Amerikaner keine Goldreserven mehr gehabt haben um den Forderungen nach Goldlieferungen statt Dollar nachzukommen, haben wir uns überlegt, was wir machen sollen, zuerst haben wir eine Korbwährung gehabt, das heißt einen Wechselkurs in einem Währungskorb, so wie man einen Warenkorb hat und daraus den Index der Verbraucherpreise errechnet, kann man wenn man ein Dutzend Währungen in einen Korb hinein gibt, sie gewichtet, dann einen Index für einen Wechselkurs daraus machen, aber schon bewusst, eine Währung geschwind nach der anderen hinausgeschmissen und am Schluss ist die D-Mark übergeblieben. Und dann haben wir also ab 73 eigentlich uns nur mehr an der D-Mark orientiert. Und damit der Übergang zum Euro völlig unproblematisch war. Wir hatten dieselben Inflationsrate wie die Deutschen, und mit dem Wechselkurs haben wir kein Problem gehabt, die Staatsverschuldung ist pardoniert worden, für die waren wir nicht zuständig. So wurde dadurch der Beitritt schon sehr erleichtert, ich mein der Beitritt zum Euro. Ja, das war wohl das Wichtigste, das ich beitragen konnte. Dass ich sonst überall geredet und geschrieben und dafür eingetreten bin, aber das steht auf einem anderen Blatt. Und im ÖGB, ich war ja 20 Jahre volkswirtschaftlicher Berater des ÖGBs, von 50-70, und da hab ich natürlich auch immer in der Gewerkschaftsbewegung diesen Namen gehabt und bin dann immer auch nachdem ich schon weg war – ich war dann 20 Jahre Obmann der Kontrollkommission, bis 90 – hab ich mich im ÖGB für den Beitritt, für Europa, sagen wir so, eingesetzt.

F: Was ist für Sie typisch europäisch?

245 K: Was mir als erstes einfällt, ist, dass man sich in den europäischen Staaten schnell zu Hause findet. Ob ich jetzt nach Tschechien fahr oder nach Frankreich fahr oder nach Deutschland fahr oder nach Schweden, man ist daheim. Wie Israel noch europäische war, hab ich mich dort auch irgendwie zu Hause gefühlt, aber wie es dann levantinisch war, dann nicht mehr. Ganz, ganz, ganz typisch. Und in den USA hab ich mich auch immer gefreut, wenn man wieder, über die rot-weiß-roten Grenzpfähle, aber auch schon wenn man in Paris gelandet ist: „ah, jetzt bin ich schon fast daheim!“

250 F: Vielen Dank!

Prof. Klaus Emmerich wurde 1928 geboren. Er studierte Anglistik und Theaterwissenschaft, später Volks- und Betriebswirtschaft. Als Journalist war er unter anderem beim Wirtschaftsverlag Wien und bei der Süddeutschen Zeitung. Von 1956 bis 1969 war er Deutschlandkorrespondent bei der Presse, von 1964 bis 1969 Abteilungsleiter Wirtschaft des „Westdeutschen Rundfunks“, danach beim ORF Deutschland- und EG-Korrespondent sowie Amerikakorrespondent in Washington. Seit 1992 ist er freier Journalist und Publizist.

F: Was verstehen Sie unter Europa?

E: Europa heißt für mich eine geographische Dimension, die gerade jetzt in der Frage Türkei zu einem Problem werden kann. Die demokratische Demission im Westen war einfach und im Kalten Krieg auch. Da war Europa nämlich nur ein Rumpf-Europa. Abgesehen davon, dass ja, wenn man die Landkarte, besser die Weltkarte, betrachtete, feststellt, dass es ein kleiner Wurmfortsatz von Asien ist, wenn man es in diesen Dimensionen sieht, was ja auch eine Rolle spielt. Die geographische Dimension hat natürlich auch eine geschichtliche, das eine hängt mit dem anderen zusammen. Europa ist zwar geschichtlich ein verschwommener Begriff, was dazu führt, dass alle möglichen Leute sich auf Europa berufen, alle möglichen Länder meine ich jetzt, die eben nur teilweise zu Europa zählen. Ich denke dabei zum Beispiel auch an Länder wie Bulgarien oder Rumänien, die einige hundert Jahre im Osmanischen Reich eben osmanisch und nicht europäisch waren. Die Geographie hat außerdem natürlich das Verhängnis für sich, dass die Geschichte ja ganz unmittelbar mit Europa zusammenhängt. Die Einfach-Formel zu sagen, die europäische Integration unserer Zeit hat ihren Ursprung in der Idee, dass Deutschland und Frankreich gegeneinander nicht mehr das tun, was sie in hundert Jahren drei Mal getan haben, nämlich Krieg führen. Problematisch wird die Geschichte, wie wir wissen, jetzt, wo der Kommunismus abgedankt hat, vertrieben oder, wie auch immer, überwunden wurde, und plötzlich ein Teil Europas, der sicherlich Europa ist, Länder wie Ungarn, Polen oder Böhmen oder Mähren, mit Recht sich darauf berufen, man habe ihnen immer ja gesagt: „Bitte, lasst den Kommunismus sein, werdet Demokraten, werdet Marktwirtschaftler, dann seid ihr ein Teil von uns.“ Das ist zwar politisch und diplomatisch immer gesagt worden oder in verschiedenen Formen variiert worden im Lauf der Jahrzehnte, aber der Frau Pospischil in Hernalds war das natürlich nicht bewusst. Und die Frau Pospischil gibt es überall in Europa. Die Bevölkerung hat das wahrscheinlich nicht oder nur unzulänglich begriffen, was Eliten sich aus geographischen, aus historischen Gründen ausgedacht haben mit der europäischen Integration. Europa zu einer Idee zu machen, ist für mich problematisch. Es ist sicherlich eine Interessengemeinschaft, auch eine Gemeinschaft, die sich ihrer historischen Wurzeln bewusst ist, zum Beispiel einschließlich Christentum, mit allen Problemen die darin stecken, wie weit in unserer Zeit heute noch die Altvorden und die von 2-, 3-, 500 Jahren noch gelten können und sollen. Die Frage Religionsfreiheit lässt sich natürlich so und so interpretieren. Aber die Entwicklung des europäischen Gedankens als eine kulturelle Leistung zur Welt oder zunächst mal zu uns selber ist schon nicht mehr ganz leicht zu definieren. Denn Sie werden eben in Europa keine einheitliche Antwort auf die Frage finden, was ist denn Europa inhaltlich, substantiell. Ist das eine Idee oder ist das eine Interessengemeinschaft oder ist es das, was die EU momentan ist oder sein möchte, nämlich eine Rechtsgemeinschaft. Also eine Abstraktion, sozusagen Dame ohne Unterleib um es so auszudrücken, also ohne Emotion, oder sind Emotionen künstlich geschaffen worden? Hat man den Europäern in der Zeit des Kalten Krieges mit Europa sozusagen eine Ersatzideologie geschaffen, nämlich der Selbstverteidigung gegenüber einem sehr imperialistischen kommunistischen System unter einem gewissen Stalin. So hat es ja angefangen und es stellt sich jetzt eben heraus, dass wenn die Bedrohung entfällt, unmittelbar vor der Haustür... hier in Wien zum Beispiel bis 55 hat man schließlich die Rote Armee hier in der Stadt, das war also eine ganz andere, auch ideologische, Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten, zwischen Freiheit und Unfreiheit, Demokratie und imperialistischen Kommunismus oder wie auch immer man es nennen will. Das alles ist ja entfallen und es besteht schon – auch für mich – die akute Gefahr, dass nicht nur geographische sondern auch historische Veränderungen die Vermittlung von Europagefühl, also eine emotionale Dimension, sehr viel schwieriger ist. Nicht so ohne weiteres, selbst jetzt mit dem Euro zum Beispiel. Es ist doch hochinteressant festzustellen, dass die Leute zwar den Euro bedienen, sie wissen inzwischen sogar halbwegs wie viel er Wert ist, vor allem bei kleinen Beträgen. Aber den Euro als das nehmen, was er auch ist, nämlich die Erfolgsgeschichte europäischer Integrationspolitik, das ist eine elitäre, fast muss man schon sagen, Anmaßung. Der normale Mensch betrachtet das nicht ohne weiteres als ein Service an seinen persönlichen Interessen, seinem Leben, Arbeitsplatz, Entwicklung, Glücksempfinden. Alles hat ja offensichtlich Gründe, dass selbst ein tägliches Ding, wie das Geld, das jeder hoffentlich viel im Portemonnaie hat, dass das nicht zu einer persönlichen Assoziierung oder zu einem persönlichen Verhältnis zum Europagedanken, zum Gedanken wird. Der Gedanke ist ja eine intellektuelle, hoffentlich eine emotional abgebrutzte Erscheinung. Das ist wirklich die Frage, die sich mir auch immer wieder stellt. Die Leute nehmen das Geld, sie wissen zwar nicht, wie es zusammenhängt, sie wissen auch nicht, dass damit der Europagedanke in der Welt einen ganz anderen Stellenwert bekommen hat – die Amerikaner plötzlich nehmen den Euro ernst, die Chinesen, gerade nicht also ein abendländisches Volk, immerhin über ein paar mehr als eine Milliarde, stellen einen Teil ihrer Devisenreserven auf den Euro um. Ja warum? Weil es ihren Interessen entspricht, doch nicht, weil sie plötzlich Europäer geworden wären in China, weder ideologisch als Kommunisten oder kommunistisches Regime noch kulturell oder tatsächlich.

F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

E: Ja, das hab ich ja schon erwähnt, ich halte das Europabewusstsein für ein Pflänzchen in einem inzwischen etwas vertrockneten Topf, wo weder die Politik noch die Wissenschaft noch die Medien noch die Möglichkeit, dem einzelnen Bürger nahe zu bringen, was er persönlich an Vorteilen von Europa, in dem Fall von der europäischen Integration oder von

den Römischen Verträgen usw. hat, dass hier das Bewusstsein vertrocknet ist. Es ist wie eine sensible Pflanze, die hat man eingepflanzt und vergisst sie zu gießen. Und das ist wie in der Natur, dann vertrocknet das. Das heißt, das Europabewusstsein ist sicherlich einer schweren Belastung, einer schweren Rückentwicklung, einem schwer verdaulichen, schwer erträglichen, auch politisch schwer erträglichen Schrumpfungsprozess ausgesetzt. Das heißt, man muss sich da schon fragen, was ist da an Bewusstseinsbildung versäumt worden. Es ist ja nicht Mangel an Broschüren und an Vorträgen und an Berichterstattung in den Medien – da kann man darüber streiten, ob das genug ist, aber wenn man will, kann man sich in einer besseren gepflegten Tageszeitung über das was in Brüssel passiert sehr wohl informieren. Das tun die Leute nicht, das ist eine Verweigerungsmethode geworden, besonders eine Stadt wie Wien, das zählt also gesellschaftlich dazu. Wenn einer für Europa ist, muss er sich hundertmal dafür entschuldigen, denn normalerweise sind alle, im Café oder auf Wanderungen oder beim Kegeln, oder weiß nicht wo, sind also alle gegen Europa. Es ist sozusagen das Bewusstsein inzwischen so weit weggerutscht, dass es Mode ist, dass man „in“ ist, wenn man gegen Europa ist und nicht umgekehrt, dafür. Und das ist keine Frage, die Politik, auch die Medien, auch die Sozialpartner ein erhebliches Maß an Verantwortung haben, nämlich, dass die Menschen, dass man es nicht verstanden hat, den Menschen nahe zu bringen, was eigentlich die Integration bedeutet. Das ist ja nicht im *acquis communautaire* in 120 000 Seiten erschöpft, wo dann also die berühmte Sitzfläche des Traktorsitzes und ähnliches geregelt wird. Sondern im Grunde hat man es nicht verstanden nach Ende des Kalten Krieges dem normalen Europäer – das trifft gar nicht nur Österreicher – klarzumachen, dass in der großen Auseinandersetzung und auch in seiner eigenen Entwicklung, in seiner persönliche Entwicklung etwas davon hat, wenn Europa funktioniert. Er nimmt sozusagen Europa wie eine Gratiszeitung morgens in der U-Bahn und das ist zu wenig. Die Leute müssen bereit sein, dafür zu zahlen. Der Erfolg ist ja, dass über die Steuerzahlung, die Leut nicht angefragt werden und die Elite, wiederum die Elite, einfach unter sich ausmacht, nicht nur die österreichische, sondern quer durch ganz Europa, da nehmen wir dem Steuerzahler ein paar Milliarden weg und verteilen die irgendwie um. Und der Steuerzahler ärgert sich, weil er versteht es ja nicht. Nehmen Sie nur das Beispiel Landwirtschaft, jetzt stellt sich heraus, dass die Art wie die Landschaft in Europa sich erhalten hat, nur unter den Bedingungen bestimmter Agrarbetrieb geht, die mit halbwegs erträglichem Ergebnis wirtschaften. Wenn man also heute alle Agrarförderungen in Europa streichen würde, dann hätte man in Europa eine Versteppungsgeschichte. Und dann gibt's nichts mehr mit Schi fahren zum Beispiel. Natürlich kommt keiner auf die Idee zu sagen: „Na bitteschön, wenn wir keine Bergbauern mehr haben, können wir nicht mehr Schi fahren.“ Dann können wir am Gletscher irgendwo, aber normal Schi fahren geht nicht mehr, da ist überall Wald oder Steppe, wenn da ein 2 Meter hoher Strauch ist, ich hab niemand, der den Strauch da wegschneidet, pflegt. Agrarpolitik, bestimmte Einkommen der Landwirtschaft: fragen Sie die Leute, ob sie das gut oder schlecht finden. Natürlich die Bauern sind dafür, und es geht ihnen ja gar nicht so schlecht. Aber der normale Steuerzahler sagt, dass ist mir wurscht. Er weiß ja gar nicht, dass bis hin zu Bio ein bestimmtes Angebot der Landwirtschaft, nur ein Beispiel, basiert auf Leistungen aus Brüssel, über Transferleistungen zu Gunsten der produzierenden Landwirtschaft. Und das Bewusstsein, das ist auch ein Vorwurf den man sich selbst oder auch den Medien machen kann – ich bin ja schließlich Journalist – aber das ist ja schon eine Weile her, dass es die EU gibt und wir sind ja schon weiß ich wie viele Jahre Mitglied, und dass wir das nicht geschafft haben dem normalen Menschen zu sagen, ich persönlich, ich habe etwas davon. Infolgedessen ist sein Bewusstsein ausgetrocknet.

F: Gab oder gibt es einen Unterschied in der Stimmung der Bevölkerung und der Politiker?

E: Es ist ein Elitären-Problem, es ist eine wichtige Frage. Das zählt dazu, dass sich bis hin zum Sprachgebrauch, wenn Sie nur nehmen das „Eurospeak“, die Leute wissen ja gar nicht, was sie beherrscht. Es werden in Brüssel auf Vorschlag der Kommission, dem Rat, im Parlament Verordnungen beschlossen, die im Grunde genommen Gesetz sind, wo überhaupt keine Frage ist, ob die in Österreich gelten oder nicht. Die Frage ist mit dem Beitritt und unserer Unterschrift – wer immer das damals war – erledigt. Aber der normal Mensch empfindet das nicht, dass 70 oder 80 Prozent (es gibt also Berechnungen) der Rechtssetzung, der innerösterreichischen Rechtssetzung und Rechtssprechung übrigens auch, auf Brüssel zurückzuführen sind. Das heißt, auch da hat man elitär gehandelt und hat gesagt die Peppi-Tant versteht das eh nicht, infolgedessen machen wir das einfach – nicht ganz so einfach, so ist es ja nicht, die EU gibt es ja schon, wenn sie die Montanunion dazunehmen, seit 60 Jahren. Aber in den 60 Jahren ist es nicht gelungen, den eigentlichen Integrationsgedanken den Leuten nahe zu bringen, dass man um bestimmter ökonomischer und sonstiger Vorteile willen auf bestimmte Teile der Souveränität verzichtet. Sie werden ja jetzt erleben, was auf diesem Gebiet sich jetzt abspielt bei den Studiengebühren und bei den deutschen Studenten hier. Das ist der Anfang von einer katastrophalen Entwicklung, weil es nämlich in dem Fall die Österreicher und die Deutschen aufeinander hetzt. Egal, was immer die Republik oder die Regierung in den nächsten Jahren tut, es ist ein Gift für die Entwicklung, das Gegenteil von Europabewusstsein, national, Nationalismus, wenn man so will und es ist überhaupt nicht abzusehen was da passiert, rein von der Sache her. Aber es ist nur ein Beispiel unter Tausenden wo wir in Österreich einen Lebensstandard haben, der das den Leuten auch nicht bewusst... Ist Ihnen bewusst, dass 60 Cent jedes Euros, der erwirtschaftet wird auf den Außenhandel zurückgeht, 60 Prozent, wir reden also von 60 Prozent unseres Lebensstandards, wenn wir über Europa reden. Denn weitaus das Meiste, über zwei Drittel des ganzen Warenverkehrs, Dienstleistung etc, in Europa spielt sich innerhalb der EU ab. Übrigens jetzt auch im Osten. Ist ja auch typisch, nicht, fürs Bewusstsein. Fragen Sie mal die Leute nach der Osterweiterung, mehrheitlich, eindeutig dagegen. In Wahrheit ist es die Basis unseres Lebensstandards seit vielen, seit mehreren Jahren, das heißt, die Aktionen der Elite konnten nicht dem normalen Bürger so nahe gebracht werden, dass das fest sitzt. Es ist also eine tragische Entwicklung. Und Sie sehen es ja auch bei der Verfassung, wenn dann einmal die Bevölkerung wirklich gefragt wird, nicht bei uns, aber in Frankreich oder Holland oder wo, dann stimmen die dagegen, aus einer ganzen Reihe von Gründen, wahrscheinlich nur wegen innenpolitischen Gründen. Wären sie in ihrem Bewusstsein aber europäischer, dann würden sie es zumindest in ein Gleichgewicht... Da ist überhaupt kein Gleichgewicht, was da in Frankreich oder Holland zum Beispiel sich abgespielt hat. Vor allem Holland, ein Land, ein Handelsland, ein Transitland seit Menschengedenken, die von der EU noch mehr profitieren als wir schon. Das heißt, sie kommen über diese Bewusstseinschwelle nicht hinweg, die die Elite sozusagen für sich ausgebaut hat, das ist so ein bisserl wie Akademiker, die schon wissen, wie es geht, da wird mit lateinischen Begriffen gefuhrwerk und schon steigt der natürlich normale Mensch, der Tramwayfahrer oder der Busfahrer, steigt aus, der versteht das nicht, und wie er das Wort nicht versteht, versteht er die dahinter stehende Problematik nicht bis Europa.

F: Wie kann man das Bewusstsein der Menschen schärfen?

E: Ich hab ja zwei oder mehr Bücher darüber geschrieben, wenn es so leicht wär, ich hab ja auch keine Patentreue. Es hängt sicherlich damit zusammen, dass die Medien, vor allem wenn wir im österreichischen Fall die Kronenzeitung nehmen, ein Übermaß an tropfenweiser Negation über Jahre (die Kronenzeitung) zu einem solchen Faktor die Wirkung der Bevölkerung geführt hat, dass eben die Rückwirkung bei den Politikern ist, die nämlich dann sagen: „ja bitteschön, wir wollen ja wieder gewählt werden, also müssen wir den Leuten, die in diesem bestimmten Bewusstseinsloch sind, müssen wir auch in das Loch hinein“. Nicht etwa das Loch zuschütten und sagen „was tun wir da“. Das ist das eine. Das zweite ist, das hat jetzt nichts mit der EU allein zu tun, wir leben in einer Zeit, wo mit mikroökonomischen Lebensumfeld, also Lebensstandards, Auto, Urlaub, Reisen, etc, makroökonomische Entscheidungen getroffen werden. Nehmen Sie das Beispiel Energie, in dem Verhalten, wie die Leute leben, zum Beispiel jeder hat ein Auto. Führt dazu, dass wir in der Summe eine Entwicklung haben, die in die falsche Richtung führt. Selbst diese Sache, der ORF macht ja gerade diese Klimageschichte, ich bin einmal neugierig, es wird ja bestimmt Untersuchungen darüber geben, ob und wie sich das nicht ... Die Leute sagen ja, selbstverständlich, Klima ist ja arg usw. Wenn ich sag, treffen wir uns doch in der Stadt irgendwo, wo ich mit der Tramway hinfahren kann, dann kommt die Antwort: „Nein, da muss ich Parkplatz suchen!“ Es gibt eine Untersuchung, fällt mir nur grad ein zum Bewusstsein: etwa 40 Prozent des Treibstoffverbrauches von in Wien zugelassenen Personenwagen entfällt auf Parkplatzsuche. Parkplatzsuche! Die Leute, statt dass sie in die Garage fahren, das ist ihnen zu teuer, fahren Sie hier, das können Sie ja hier überall beobachten. Das heißt auf Europa zurück: erster Punkt die Politik, zweiter Punkt die Medien, dritter Punkt die mangelnde Kenntnis ökonomischer Zusammenhänge. Natürlich ist die EU ein Instrument der europäischen Politik, ist ja nicht das einzige, können ja auch andere machen, den Europarat gibt's auch, das ist ganz was anderes. Dann führt es aber dazu, dass die Leute, weil sie die Zusammenhänge nicht begreifen, siehe Euro, sind sie im Zweifel dagegen. Das ist ja immer so ein psychologischer Vorgang, wenn die Leute irgendwelche Zusammenhänge nicht verstehen, sind sie mal vorsichtshalber dagegen. Und dies führt zu einem Mischmasch von Bewusstseinssperren, würd ich sagen, die erheblich sind und die auch unterschätzt wurden. Ich glaube, dass die Politik das unterschätzt. Und da kommt jetzt noch, wenn Sie mich als Journalist fragen, ich war ja ein paar Jahre in Brüssel als Korrespondent, ist schon eine Weile her, und habe x-Mal erlebt, das österreichische Minister im Rat für eine bestimmte Geschichte gestimmt haben, im sechsten oder wievielten Stock, sind mit dem Aufzug heruntergefahren und haben fünf Minuten später vor laufender Kamera das Gegenteil gesagt. X-Mal. Und da dürfen sie sich nicht wundern. Sagen: „Ja, ich habe gekämpft, gegen größte Widerstände, unsere Interessen ganz hochgehalten.“ Dabei hat er in der anderen Richtung gestimmt. Und natürlich mit der Zeit kommen die Leute schon darauf. Das ist natürlich eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politiker. Das ist nicht gelöst. Wenn Sie nur nehmen beim Thema Bewusstsein, ich weiß nicht, ob das in ihr Feld passt. Haben Sie mal den Koalitionsvertrag auf Europa hin gelesen? Anderthalb Seiten von 130. Da sag ich bravo. Das heißt, das ist der nächste Schritt. Weil die Politiker den Eindruck erwecken, sie hätten in vielen Dingen, wo sie gar keine Kompetenz mehr haben, weil sie das Recht längst an Brüssel abgegeben haben. Es ist wie ein Gewand, das ich längst verkauft hab, ich kann nicht ein verkauftes Gewand weiter anziehen wollen. Das tun sie aber. Sie erwecken den Eindruck bei Wahlen, oder jetzt der Herr Gusenbauer sagt: „Na, wir werden schon mit den Brüsseler reden!“ So mit einem Ton, als ob die in Brüssel... aber bitteschön, wer ist der Herr Gusenbauer? Also die wissen schon wer er ist, aber ich mein nur. Die Kronenzeitung macht auf: „Gusenbauer gegen die EU“. Jetzt, vergangene Woche, Schlagzeile. Da sagt die Bevölkerung: „Unglaublich, was fällt denen ein, den ganzen Piefke da, hinaus mit denen!“ Ich wohn hier in Währing und fahr regelmäßig mit der Tramway, da können Sie Sachen hören, wenn da so ein Schwall deutscher Soziologie-Studenten, die haben da ein Seminar oder so, wenn die da einsteigen.

170 F: Sie haben es schon angesprochen: welche Rolle spielen die Medien in der Entwicklung des Europabewusstseins?

E: Also zum ORF: man muss dem ORF ja zugute halten, dass der ORF zwar die Hälfte seiner Einnahmen aus Gebühren aus Werbung bestreiten muss. Ist also wesentlich höher der Anteil als zum Beispiel bei der ARD oder usw. Das heißt, die Abhängigkeit von der Stimmung, vom Bewusstsein, das ist ja die Stimmung in der Bevölkerung, spielt natürlich für ein Massenmedium wie den ORF eine erhebliche Rolle. Also dieser Tage war eine Diskussion, da war der Kollege Bürger, der ist zuständig bei der Zeit im Bild Redaktion, und hat erzählt, er hat damals, vor dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien im Hauptabendprogramm, im zweiten Programm eine 45 Minuten Sendung gehabt. 90 000 Zuschauer. Das ist fast an der Grenze der statistischen Erfassbarkeit. Natürlich sagt dann der verantwortliche Programmleiter, Intendant, Generaldirektor, oder wer es auch immer ist: „Ja, bitteschön, was kostet das denn? Für 90 000 kann man ja einen Brief schreiben. Brauchen wir ja keine Sendung. Machen wir halt wieder einen Krimi.“ Also, das ist beim ORF. Die Kronenzeitung ist ja abgehandelt. Standard und Presse sind tapfer, Wiener Zeitung übrigens auch, haben eigene Korrespondenten – was schon sehr viel Geld kostet – in Brüssel. Und haben auch Platz, geben Raum. Jede Woche mindestens eine Seite. Und die Presse und auch der Standard machen das regelmäßig. Das heißt, es sind gute, fleißige Korrespondenten, da kommt das anders. Dass außerdem Leuten, die der elitären Klasse zuzählen, nämlich den Unternehmern, die Leute nicht oder kaum oder zu wenig den Wirtschaftsteil von Zeitungen lesen. Da steht es nämlich drin. Da hätte auch zum Beispiel die Firma Siemens lesen können, dass sie nur 4 Millionen Strafe erwartete, das ist nicht neu, das ist seit Monaten klar. Und da geht die Rückwirkung so herum. Die Elite fördert einerseits – hat gefördert – den Europagedanken, gemeinsamer Markt, etc, etc. Aber jetzt, wo nicht nur die Stimmung so ist, sondern die Leute, die Leben ja hier, die Unternehmer, die sagen „die“ in Brüssel. Das ist so wie die Beziehung zum Finanzamt. Wer liebt schon seinen Finanzamtsbeamten. Ist ja klar. Aber in Wirklichkeit ist also eine Rückwirkung, das eben Entscheidungsträger unter der Elite sich um Brüssel zu wenig kümmern. Da gibt es Gremien, da gibt es Verfahren, da gibt es Anhörungen, da gibt es alles mögliche, Grünbücher, Weißbücher, die Dinge fallen ja vom Himmel, also was die in Brüssel so alles treiben, ist ja jahrelange Vorbereitung oft. Also die berühmte Chemierichtlinie REACH oder anderes Beispiel die Arbeitsrichtlinien für Dienstleistungskräfte aus dem Osten, die Frage ob und wann die Personenfreiheit, also der gemeinsame Markt besteht aus vier Freiheiten, eine davon ist Personenverkehr, wann die in Österreich und Deutschland gilt, ist ja auf sieben Jahre aufgeschoben worden. Jetzt kommt der Journalist Emmerich, der sagt: haben unsere Leute in der Regierung geschlafen? Denn die Sache mit der Pflege, die den Herrn Schlüssel wahrscheinlich die Wahl gekostet hat („wir haben keinen Pflegenotstand“), geht unter anderem auf diese Richtlinie zurück. Über diese Richtlinie ist vier Jahre gestritten worden. Vier Jahre. Auch in den Zeitungen, viel, in dem Fall viel. Was machen wir, wenn die Leute aus dem Osten kommen? Österreich und Deutschland haben also einen Vorbehalt gemacht, der ist auch beschlossen, dass sieben Jahre lang die nicht kommen dürfen. Damit sind die ja überhaupt erst auf EU-Rechtsbasis illegal geworden, die berühmten 40 bis 60 Tausend Leute, die die alten Leute da pflegen. Da können Sie sagen, was ist denn das überhaupt für eine Bewusstseinsbildung, oben, bei der Elite, was haben die Herren gemacht, haben die das

gemerkt? Wenn Sie jemanden von der Regierung haben, den können Sie schärfer fragen. Denn jetzt ist das Bewusstsein im Keller, doppelt im Keller. Wir haben erstens eine Regelung, die gegen uns ist, uns selber ins Knie geschossen, das sind ja nicht 400 Leute, das sind 40 000 Fälle. Das ist ja keine Kleinigkeit. Wir haben erstens uns selbst und unsere alten Leute in hohem Maße in die Illegalität getrieben. So normale Bürger, Wiener Bürger, oder nicht nur Wiener, sondern Österreicher, die noch nie mit dem Gesetz in Berührung gekommen sind. Plötzlich sind sie über 90 und können sich nicht mehr rühren und plötzlich sind sie kriminell? Da darf man sich nicht wundern, dass nicht nur derjenige, wenn er noch denken kann... was ist denn das? Die tauschen ja auch, die sind drei Wochen da, zum Beispiel die Slowaken und dann tauschen sie. Aber das ist eine EU-Geschichte. Nicht nur, die Sozialabgaben und die Steuern ist wieder was anderes. Aber zunächst mal ist es eine EU-Geschichte: Dienstleistungsrichtlinien. Steht in den Zeitungen seit Jahren, das können Sie in den Zeitungen nachlesen. Natürlich hat kein Mensch daran gedacht, das gebe ich gern zu. Und bei REACH geht es darum, dass etwa 30 000 chemische Substanzen, die im Verkehr sind, ist ja alles Chemie, quer durch die ganze Produktpalette, bisher nicht ausreichend auf Verbraucherschutz geprüft wurden, also ist es eigentlich für den Verbraucher ein Schutz, wenn jetzt eine Regelung die Chemieindustrie auf Grund von genauen Testdaten nachweisen muss, dass der Stoff x nicht gesundheitsschädigend ist. Die Chemieindustrie sagt, ihr seid wahnsinnig, wenn wir das bei 30 000 Produkten machen müssen, sind wir pleite. Können wir nicht, schon gar nicht in der kurzen Zeit. Das heißt, da beißt sich die Elite dann selber sozusagen irgendwo hin. Sie sind natürlich ursprünglich schon für EU gewesen, aber natürlich nicht, dass die lauter Vorschriften machen. Also wenn Sie den Rothensteiner nehmen, das ist der Boss von Raiffeisen Banken, der regt sich also jeden Tag drei Mal über die Richtlinien und Vorschriften für die Banken auf im Sinne der Sparer. Nächstes Gebiet Kartelle: das die Firma Siemens mit der ABB und anderen ein Kartell jahrelang gemacht hat, einschließlich Asien, das heißt, sie haben mit dem japanischen Produzenten ausgemacht, ihr liefert Asien, China usw, wir liefern Europa und die Amerikaner liefern Lateinamerika. Natürlich, das kann man machen. Und das hat die EU auffliegen lassen. Einer der Kartellführer war Siemens, haben sie gelesen, 400 Millionen Strafe. Das zahlen die noch lange nicht, machen Prozess und, und, und, usw, usw. Aber die Peppi-Tant, das versteht sie nicht, was ist denn ein Kartell? Da wird dann aus einer Idee die Perversion einer juristischen Auseinandersetzung zwischen Anwälten. Und da endet es dann, bei REACH. Ich bin jetzt mal neugierig, was die machen. Ist ja immer noch nicht geklärt, die Pflegegeschichte. Was ist das bitte. Ich finde das unglaublich. Ich weiß nicht, ob Sie Verwandtschaft haben in dem fraglichen Alter, also wir haben keine direkte Verwandtschaft, aber Freunde, die ganz unmittelbar davon betroffen sind, die sind verzweifelt. Das sind pensionierte Beamte, Leute, die sind 95, im Kopf noch ganz beieinander. Was soll er denn machen, selbst wenn er eine Sektionschef-Pension hat, kann er einen Marktpreis für eine Pflege hier in Österreich sich nicht leisten. Ja, aber wenn Sie das in der Summe nehmen. Nehmen Sie ein ganz einfaches Beispiel: man kann das ja methodisch erweitern, dieses Pflegebeispiel. Ein Fall betrifft sicherlich mindestens 3,4 Leute, das ist aber bescheiden gerechnet. Das sind also dann bei 40 000 sind das dann 120 bis 180 000 Leute, die in einem Maße auf die EU und in dem Fall nicht nur die EU, die Regierung, und alle, die Elite, die sind natürlich angefressen, auf Deutsch. Werden wir sehen.

F: Gibt es bestimmte Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

E: Das ist sicherlich relativ leicht aus Zeit des Kalten Krieges Dinge, immer wiederkehrende Dinge, also nehmen Sie an Berlin, Mauer in Berlin, oder nehmen Sie hier, Assistenzeinsatz Bundesheer Schießerei Laa an der Thaya, oben bei Tschechien, da kann man heute spazieren gehen, da ist ja ein Nationalpark auf beiden Seiten. Das kann man sich gar nicht vorstellen, heute noch. Oder eben dann die Sache, also es war ein bisschen Show, als der Mock mit dem ungarischen Außenminister Horn den Eisernen Vorhang durchgeschnitten hat, damals, 89. Also, das sind Elementarereignisse. Aber ich glaube, dass für das Europabewusstsein natürlich schon eine Rolle gespielt hat unmittelbar nach 45, wenn ich daran denk, als ich das erste Mal ins Ausland fahren konnte. Das war ja gar nicht so einfach. Also erstens hat man einen Pass gebraucht, den hat man ja nicht bei österreichischen Behörden bekommen, sondern bei den Alliierten. Mit dem Pass allein war aber nichts getan. Man musste also nachweisen, dass man ausländisches Geld legal hat. Irgendwas, weiß nicht wie viel, aber bisschen was. Also die Vorstellung heute, dass man in sich in den Zug setzt und fährt einfach mal über das Wochenende wohin... Da gibt es ja diese Jugendfahrtscheine, -fahrkarten, meine Enkelin fährt da plötzlich nach Rom und wohin. War damals schon ein Schlüsselerlebnis, das das Bewusstsein, das Europabewusstsein sehr gestärkt hat. Natürlich auch die ständige in Österreich und hier in Wien, die ständige Bedrohung aus dem Osten. Man hat ja nicht gewusst, was ist da mit den Russen? Hier im 1. Bezirk in Wien hat ja der Vorsitz im Alliierten Rat alle vier Wochen gewechselt, und wenn die Russen den Vorsitz hatten, hatten sie auch die Militärpolizei-Hoheit im 1. Bezirk. Kennen Sie die Geschichte? Da sind aber 800 Leute für die vier Wochen aus dem 1. Bezirk ausgezogen, zu Verwandten, woanders hin. Aber das hat direkt mit Europa nichts zu tun, aber schon. Ich glaub, ein Schlüsselerlebnis ist schon der Marshall-Plan. Also die Bereitschaft der Amerikaner, nicht nur in Österreich. Österreich hat den pro Kopf den höchsten Anteil bekommen, ist klar warum, wegen den Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, das ist schon klar. Aber es war für den amerikanischen Steuerzahler war das also, also ursprünglich waren es 12 Milliarden Dollar, im Jahre 46/47, das war also ein Batzen Geld, heute wäre es das zehnfache. Das war ja sicherlich auch deshalb ein europapolitisches Ding, weil die Amerikaner ja schon verlangt haben, dass die Europäer ihre Grenzen, Grenzbehinderungen abbauen – auch schon in Richtung EU, aber das hat ja noch gar nicht so geheißen. Es gab damals die OECD in Paris, die hat also Vorschriften gemacht, wie geht das mit dem Warenverkehr, Zölle runter. Und nicht nur Zölle, es hat ja früher jedes Stück hat doch eine eigene Genehmigung gebraucht. Ein riesen bürokratischer Aufwand. Geld: leichter Austausch, überhaupt einmal die Idee, es gab schon einmal in den 50er Jahren eine europäische Zahlungsunion, Vorgänger des Euro. Hat lang gebraucht. Das war eine amerikanische Idee. Oder genauer gesagt, das war die Idee von europäischen, auch übrigens österreichischen, Emigranten in Washington. Also, das ist ja einer der Punkte, warum das heute mit den Amerikaner anderswo in der Welt so schwierig ist. Sie haben keine Iraker, denen sie trauen, aber sie haben europäischen, in dem Fall jüdischen Migranten getraut als sie gesagt haben: „Also bitte, wir müssen Europa aufbauen“. Natürlich war das schon im Vorfeld des Kalten Krieges. Also, es gibt ganz simple, harmlose Beispiele, als die jungen Leute, im Jahr 48/49 muss das gewesen sein, zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich die Grenzpfähle verbrannt haben. Das war natürlich ein bisschen eine Aktion, aber immerhin, das war ja nicht, um die Grenzpfähle da wegzuräumen, schon, aber es war ein symbolischer Akt, weil sie das Gefühl hatten, Europa ist eine Möglichkeit, diese Katastrophe – und das war auch eines meiner Erlebnisse, als ich noch in Gefangenschaft war, ich war noch deutscher Soldat, nicht – natürlich war Europa eine tolle Idee. Haben gesagt: also das wäre eine Möglichkeit, dass wir endlich aufhören mit dem Nationalismus, aufhören mit Protektionismus sondern machen wir demokratische Systeme und Grenzen weg und dann geht es schon. Jetzt stellen wir nach 60 oder 70 Jahren fest, dass das nicht so leicht geht. Aber

immerhin! Grad die jungen Leute, also meine Generation, da war schon eine innere, emotionale, wenn Sie wollen, Bindung oder emotionale Neigung mit dem entsprechenden Bewusstsein. Das schon. Es gab natürlich dann auch später im Lauf der Zeit die Frage, wie geht es wirtschaftlich, was ist mit Arbeitslosigkeit, was macht man mit Wirtschaftswachstum. Da kam man eben auf die Idee, das war Delors hauptsächlich in den 70er Jahren, 80er Jahren, gemeinsamer Markt, also wir wollen wirklich den gemeinsamen Markt haben und nicht nur dass man so redet von Europa, eine schöne Fiktion. Wirklich Grenzen weg und gleiche Wettbewerbsbedingungen. Das heißt, die Idee des Gemeinsamen Marktes war ja nicht nur, wie heute oft ein bisserl böse behauptet wird, um den Kapitalisten einen Gefallen zu tun. Sondern es war schon die Idee für den Verbraucher was zu tun durch Wettbewerb, Wettbewerb durch den größeren Markt. Dass sich der durchsetzt auf dem größeren Markt, der die besseren Produkte hat, einfach gesagt. Dass das alles hinterher wieder verschwommen wurde oder relativiert hat, aber immerhin.

F: Hat der EU-Beitritt das Europabewusstsein beeinflusst?

E: Ja, das glaub ich schon, das war schon eine ehrliche, diese Mehrheit, die 67 Prozent, das war nicht nur leichtfertig oder unbewusst geschehen. Nein, nein, das war schon ein bewusstes Votum für Europa. Was insofern interessant war, weil es ja 94/95 war, da war ja der Ostblock weg. Die Frage ist, was hat denn der normale Österreicher sich darunter vorgestellt. Hat man ihm – da kommt ja oft der Vorwurf, wenn Sie bei Diskussionen hineinhören oder Vorträge, stehen Leute auf und sagen: „Ja bitte, man hat uns ja nicht die volle Wahrheit gesagt! Man hat nicht gesagt, dass Brüssel in wesentlichen Gebieten der Gesetzgebung zuständig ist und nicht mehr wir, nicht mehr das Parlament, nicht mehr der Nationalrat. Man hat uns nicht gesagt, dass der Schilling wekommt, als Symbol nationaler Souveränität, Identität usw.“ Also der Vorwurf besteht nach wie vor, ich glaube, nicht zu Recht. Also, wenn Sie nehmen, was haben wir da alles, Sie können sich das geben lassen vom Dr. Bauer, Berge von Broschüren, auch über den Euro, also wenn jemand wollte, dann kann der sich erkundigen. Wenn die Leute keinen Willen oder keine intellektuelle Fähigkeit haben makro- und mikroökonomische Zusammenhänge zu erkennen, dann können sie es auch schon mal auf dem Wirtschaftsgebiet nicht erkennen. Und wenn da noch dazukommt, dass auf dem politischen Gebiet ein kleines Land sich wirklich schwer tut. Das muss man objektiv zugeben, politisch. Da gibt es Leute, die sagen: „Ja Moment, wenn wir nicht Mitglied werden, dann hätten wir überhaupt nichts zu reden.“ Also ich hab Freunde in der Schweiz, in der Schweiz ist ja auch eine starke EU-Animosität, unter anderem weil die Leute sagen, wir wollen den Schweizer Franken nicht hergeben. Sie realisieren aber nicht, dass der Schweizer Franken total am Euro hängt, der hat überhaupt keinen Bewegungsspielraum mehr, weder bei Zinsen, bei Wechselkursen, noch sonst irgendwas. Das heißt, Österreich war im Zeitpunkt des Beitritts sicherlich, das war ehrlich 2/3 und es die Stimmung heute zum Teil auch enttäuschte Liebe. Das ist wie bei einem Verhältnis zwischen Mann und Frau, nach einer Weile legt sich dann die Begeisterung etwas und man stellt fest da sind doch auch viele Fehler und dies und jenes passt mir nicht und so. So ist es ja auch schon im persönlichen Verhältnis und so ist es auch in der Politik. Aber da hat die Politik und die Medien, da haben die versagt. Sie haben versagt, weil sie hätten ahnen oder wissen müssen, dass das im Bewusstsein einen Rückschlag gibt – und der ist jetzt eingetreten. Ob das jetzt begründet ist oder nicht, das ist ja ganz was anderes. Da kommt jetzt dann natürlich dazu, wenn Sie die Verhältnisse, die inneren Parteienverhältnisse, wo natürlich dann in Wahlkämpfen, wenn Sie da nehmen, was Leute wie der Herr Strache oder der Herr Westenthaler von sich gegeben haben. Na da sagt die Peppi-Tant natürlich: „na ist eh wahr“, wenn da keiner dagegen hält. Weil er Angst vor der Krone hat, der Politiker x oder der Kanzler y. Da schließt sich ganzschnell der Kreis, bei Wahlen. Jetzt haben wir Wahlen gehabt, jetzt schauen wir weiter.

F: Halten Sie eine europäische Verfassung für notwendig?

E: Nicht sehr, nicht sehr. Ich halte das für einen Kraftakt. Sie müssten ja, wenn sie es ehrlich meinen – erstens ist ja das um was es da geht oder ging, ist ja keine Verfassung, heißt zwar so, aber in Wirklichkeit ist es ein Vertrag wie viele andere, wir haben ein Dutzend Verträge, Maastricht, Nizza, alles mögliche. Das heißt, es ist richtig und notwendig die Arbeitsfähigkeit einer Gemeinschaft mit 27 oder demnächst vielleicht noch ein paar mehr Mitgliedern zu haben, Stimmrecht, Einstimmigkeitsprinzip, etc, aber das ist im Grunde genommen Technik, das ist keine Politik, eigentlich. Natürlich steckt auch das drin, schon klar. Wenn ich die Einstimmigkeit abschaffe, da wird die Peppi-Tant noch mal aufjaulen, denn dann kann es nämlich x-Mal passieren, dass Österreich überstimmt wird, ein kleiner Fisch in dem großen Teich. Das heißt, das hat also ideologisch oder nicht ideologisch, völkerrechtlich spricht viel dafür auf diese Prozedur-Fragen, Abstimmung im Rat, wie viele Kommissare und wer hat Recht, die Kommissare zu entsenden, machen wir ein Rotationsprinzip für Kommissare usw, das ist ja eigentlich Technik, wenn man es genau nimmt. Natürlich steckt dahinter Politik, aber das ist ja eine Betriebsanleitung, wie mach ich Integration, damit es funktioniert. Dafür bin ich sehr. Aber alles andere, das geht dann sehr in die Kultur. Nehmen Sie jetzt nur das Beispiel mit den deutschen Medizinstudenten, das geht ja auch in den kulturellen Bereich hinein. Was, sollen wir jetzt quer durch Europa einen Numerus clausus einführen? Zum Beispiel, das wäre eine Lösung, also nicht quer durch Europa, aber zwischen Deutschland und Österreich oder zwischen gleichsprachigen Ländern, zwischen Belgien und Frankreich, zwischen Dänemark und Deutschland, sind ja so ein paar Fälle, diese Studentenproblematik. Da kommen wir in einen Kulturbereich hinein, wir haben ja auch in Österreich, das kleine Österreich hat 8 oder wie viel Millionen Einwohner, das ist 2/3 der Größe von Bayern. Aber es ist doch völlig in Ordnung, dass der Herr Haider in Kärnten seine Spielchen treibt und die Kärntner überhaupt und die Tiroler und die Vorarlberger, ihre andere Mentalität, ihre andere Kultur, ihren anderen Akzent, ihre anderen Dialekte haben. Und das ist ja nur ein äußeres Zeichen dafür, dass die kulturelle oder die Lebensart, also da sozusagen mit dem Rasenmäher darüber fahren, halt ich nicht für gut. Es bleiben also zwei entscheidende Bereiche übrig, das eine ist die Wirtschaftspolitik, Marktwirtschaft ja oder nein und wenn ja, wie oder was. Und das andere ist Außen- und Sicherheitspolitik. Da kann man lang darüber reden. Ob wir als Europa, wenn es also um die Wurst geht, in Kriegen oder so wie jetzt Irak oder Afghanistan. Oder auch, nehmen Sie vor unserer eigenen Haustür Kosovo, das ist ja ein potentieller Krieg, da kann man sich keine Illusionen machen, und wenn die EU sozusagen im Kosovo die Herrschaft übernimmt, auch militärisch übernimmt. Ja da muss man ja regeln, wer schafft da an, kann man ja nicht einfach so, ist ja kein Betriebsausflug, wenn man da 50 oder 60 000 Mann hinterjagt. Ist ja auch ein österreichisches Bataillon im Kosovo jetzt, das funktioniert sogar halbwegs oder überhaupt, nicht nur halbwegs. Also es gibt schon einzelne Bereiche, aber das man Verfassung nimmt ... und dann kommt als letztes dazu ich bin nur ein kleiner Volkswirt, kein Staatsrechtler, aber wenn Sie nehmen, dass sie die Verfassungen von 30 oder nehmen wir 27 Ländern abschaffen müssen, das ist ein solcher... ja was denn, wenn eine neue Verfassung sein soll, dann soll sie also die alten oder die bestehenden ersetzen. Wie geht denn das, das kann ich mir nicht vorstellen. Dass egal ob da jetzt gewählt wird

350 oder nicht, also die Franzosen ihre Verfassung, das deutsche Grundgesetz, die österreichische Verfassung, ist zwar ein
Fleckerlteppich, über tausend Paragraphen usw, dass das alles weggeräumt wird, das kann ich mir nicht vorstellen. Es gibt
Leute, die sagen, ja, aber Menschenrechte, in der österreichischen Verfassung gibt es eigentlich keine Menschenrechte, es
355 gibt nur Bezüge auf völkerrechtliche Verträge über Menschenrechte, aber dazu braucht man keine Verfassung. Wir können
einen ganz normalen Vertrag zwischen 27 machen über Menschenrechte, das also Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
und Rechte der Frauen und all so was, kann man ja alles hineinschreiben. Braucht man keine Verfassung, denn es würde,
ich glaube, wenn es schon die Leute überfordert mit dem Euro, mit dem sie jeden Tag umgehen. Wer geht schon mit der
Verfassung jeden Tag um, wie oft im Leben, wenn man Glück hat, überhaupt nie, ist ja auch in Ordnung, ist ja ein
Rechtssystem, das ja für Leute da ist, die mit dem Recht in Konflikt kommen. Wenn ich mit dem Recht nicht in Konflikt
komme, dann brauch ich auch keine Verfassung. Also lass uns doch diese, denn ich glaube, dass das Bewusstsein, gerade
360 auch bei der Verfassung, schon stark davon abhängt, dass die Leute ein Zugehörigkeitsgefühl, wenn Sie wollen, ein
sentimentales Wort ein Heimatgefühl haben. Wenn sie Verfassung abschaffen, wenn sie eine europäische
Einheitsverfassung machen, killen sie noch ein Stück Heimatgefühl. So herum.

F: Wie wichtig sind europäische Symbole?

365 E: Ja, da kann ich Ihnen nur eine zynische Antwort geben: das ist was für die Peppi-Tant, nicht für mich. Oder genauer
gesagt, ich zähl ja zu denen, hab ich ja schon gesagt, ich hab also die Hitlerzeit noch voll bewusst erlebt. Man kann mit
Symbolen soviel Missbrauch treiben, dass man sicher. Natürlich, die Neunte ist auch so eine ganz gute Symphonie und die
Europafahne, das ist schon...nach meinem Geschmack nicht, aber das ist eine sehr persönliche... aber ich glaub, der
370 Peppi-Tant ist es schon besser. Aber da können sie natürlich auch ein Kuscheltier machen, aus ganz Europa einen kleinen
Teddy-Bär machen. Entschuldigung, das klingt jetzt zynisch, aber so ist es doch. Also nach außen hin sicher, und allein
schon die Geschichte, es gibt ja auch Sportler, auch gute Sportler, intelligente Sportler, die etwas eigenartig berührt sind,
wenn sie bei einem Preis, bei Olympia oder was weiß ich, dann plötzlich die Nationalhymne kommt, das ist die eine
Reaktion. Die andere ist, dass die in Tränen ausbrechen, ist die Inanspruchnahme einer tief sitzenden Emotion als Teil
375 meiner Heimat, meines Heimatgefühls, soll man das öffentlich machen indem man die Nationalhymne spielt bei so was? Ich
empfinde es als unangenehm. Ich weiß schon, viele Leute finden es großartig, nicht gerade jeden Tag wie die
amerikanische, aber doch öfter. Aber gut, das ist eine ganz persönliche Meinung, die meisten Leute meinen, Symbole ist
schon richtig, Fahne und Hymne. Und da sind wir schon beim nächsten Symbol, was ist mit der Sprache? Sollen wir
Esperanto machen, weil wir können uns ja nicht einigen. Außerdem es gibt Leute, die wollen Kerneuropa machen, wollen
380 die Engländer heraus haben, bei einer Diskussion neulich ist einer aufgestanden und hat gesagt: „Ist ja noch schöner, die
Verständigungssprache in Europa ist Englisch, wir hauen die Engländer hinaus und reden englisch“. Weil wir uns sonst
nicht verständige können. Esperanto geht nicht, Latein kann keiner, also was denn? Denn das ist ja auch ein Symbol,
natürlich, ein sehr mächtiges Symbol, die Sprache, kultureller Träger, schon. Aber sie ist eben nicht nur Symbol. Also
vielleicht, das hängt vielleicht mit meinen Jahrgängen, mit meinem Alter zusammen, wenn man erlebt hat, wie der Hitler, der
385 Nationalsozialismus die Symbole missbraucht hat. Das ist vielleicht meine Generation, in ihrer Generation zählt das ja Gott
sei Dank nicht.

F: Bitte antworten Sie ganz spontan: was ist typisch europäisch?

390 E: Ich würde sagen, typisch europäisch ist eine Bereitschaft, Kultur zu leben. Gar nicht nur Kultur im Sinne von Literatur
oder Musik, sondern zum Beispiel auch beim Essen. Kulturell, kultiviert muss man in dem Fall sagen, miteinander
umzugehen. Also darin steckt dann natürlich schon sehr viel mehr, die Achtung vor dem Anderen, das schon. Kultur. Darum
habe ich ja am Anfang gesagt, mit der Verfassung, das wäre ja unlogisch, wenn wir sagen würden, wir machen eine
Verfassung, da schreiben wir irgendetwas über kulturelle Werte von Europa hinein, würd ich nicht tun, aber mich fragt
395 keiner. Doch, Sie fragen mich.

F: Vielen Dank für das Interview

Experteninterview René Alfons Haiden, 05.02.2007, Büro M&A Bank, 15-16 Uhr, 39.43min

René Alfons Haiden wurde 1930 in Wiener Neustadt geboren. 1953 mit begann er bei der Zentralsparkasse in Wien. 1973 wurde er Mitglied des Vorstandes, 1977 zum Generaldirektor Stellvertreter bestellt, 1990 Generaldirektor. 1995 übernahm er eine Beraterfunktion des Vorstandes der Bank Austria Creditanstalt. Außerdem war er Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Generalrat der Österreichischen Nationalbank und ist derzeit Präsident des Aufsichtsrates der M&A Bank AG.

F: Was verstehen Sie unter Europa?

5 H: Ja, Europa ist einmal ein Kontinent, würde ich sagen und aus aktueller Situation nehme ich an, ist gemeint, dass die EU sich entwickelt hat in den letzten 50 Jahren und nun über 27 Mitgliedsländer verfügt, wobei ich davon ausgehe, dass es eigentlich primär nach meinem Dafürhalten eine wirtschaftliche Gemeinschaft geworden ist, politisch weniger, weil sie ja noch Grenzen gibt und die Länder, im Gegensatz zu den USA, noch bestehen werden, dort ist es ein Land mit einer Sprache und wir haben 27 Länder mit 21 bzw. 22 Sprachen, nachdem maltesisch und zyprisch als eine eigenständige

10 Sprache akzeptiert hat. Aber ich glaube, man muss davon ausgehen, dass hier natürlich Europa, wie immer man das meint, aus der menschlichen Sicht nicht innerhalb weniger Jahre entstehen kann. Und ich glaub, das ist eine Frage der nächsten Generation. Weil jede Generation, vor mir oder in meiner Generation, die den Krieg miterlebt hat, gibt es halt gewisse Ressentiments, aber die würden immer all jene Menschen, sag ich immer, die nach 55 also ab dem Staatsvertrag geboren sind, vielleicht nicht haben. Und in Ihrer Generation schon gar nicht. Das wünsch ich und hoff ich.

15 F: Was heißt für Sie Europabewusstsein?

20 H: Na ja, Europabewusstsein, dass man dann vielleicht ganz banal sagt, egal aus welchem Land einer kommt, er kann von mir aus sagen, ich bin Schwede oder ich bin Belgier oder Österreicher, aber zumindestens gleichzeitig sagt, ich bin Europäer. Noch idealer wäre, wenn er vielleicht, noch einmal gesagt, in Ihrer Generation, ich bin Europäer, wenn er in Europa ist, aber auch in Übersee vor allem und sagt, ich komme aus Österreich. Aus. Weil ich nehme an, die Länder werden so bestehen bleiben, das heißt, dass man aus dieser eher ökonomischen Union, die auch finanziell vielleicht irgendwo zusammen wächst, doch mehr und mehr auch eine politische Staatengemeinschaft macht und dass dann im Bewusstsein der Menschen eben sich ergeben könnte, das wäre das ideale Europa, besteht zwar aus mehreren Länder, so wie die USA aus 50 Bundesstaaten, aber wir sind primär Europäer und erst sekundär aus Österreich oder aus Spanien kommend.

25 F: Wie hat sich das Europabewusstsein seit 1945 entwickelt?

30 H: Na ja, 1945-1955 sicher überhaupt nicht, weil da war die vierfache Besatzung, 55 ist dann ein gewisses nationales Bewusstsein entstanden mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, dann natürlich der Beitritt zu den verschiedenen Institutionen auf der europäischen Ebene, war dann EWG, ganz am Anfang in den 50er Jahren Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dann die EFTA, also ich glaub, dass hier, kann man sagen, ist 50 Jahr lang oder nicht lang, ist alles relativ, aber ich glaube, dass da schon irgendwo mit den Menschen das mit gewachsen ist, dass wir eben in einem Kontinent sitzen und leben, kann mir auch vorstellen, dass ein Jordanier sich nicht als Asiat bezeichnet und sich identifiziert mit einem Chinesen oder Japaner, ich meine, das ist auch zu groß. Aber Europa ist ja auch geschichtlich gesehen, war ja einmal österreichisch-ungarische Monarchie, ein Land in dem man einmal gesagt hat, dass die Sonne nicht untergegangen ist, also da glaub ich könnte schon einiges drinnen sein. 95 ist ja dann oder 94 war ja dann diese Umfrage, die in Österreich ja bezüglich des Beitritts glaub ich 2/3 Zustimmung gebracht hat, die Finnen schon etwas weniger und die Schweden noch knapp über 50 Prozent, wenn ich mich recht erinnere. Und in der Zwischenzeit, ich glaube, dass man zu hohe Erwartungen den Menschen gegenüber präsentiert hat und die Einzelnen die hohen Erwartungen auch angenommen haben, dass sie erfüllt werden können und es hat sicher, die Einführung des Euro hat sicher gewisse negative Konsequenzen gebracht. Und dieser aus Deutschland unglückselige Slogan „Euro ist Teuro“ hat natürlich hier dazu beigetragen und dazu kommt natürlich, dass die Öffnung der Grenzen ärmere Schichten von Menschen nach Österreich bringt, vor allem unfreiwillig die ganze Frage der Kriminalität, der Sicherheit, sind also Punkte, die die Menschen in einem Land wie Österreich, das die längste Außengrenze hat von der EU, nicht einmal Finnland hat so eine lange, bei Österreich sind es über 1200 km, die längste hat Niederösterreich mit über 400 km, also, dass da negative Kriterien entstanden sind und was man jetzt ex post – im Rückblick kann man leicht gescheit sein, sagt man immer – die Politik versäumt hat nach 95 war den Beitritt, eine Euphorie, das nicht begleitet zu haben, sondern hat das jahrelang schleifen lassen, so würde ich das bezeichnen, und wie man dann draufgekommen ist, hat man heute glaub ich, eine schlechtere Zustimmung zur EU als in Großbritannien und das sagt glaub ich viel.

50 F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

55 H: O ja, es gibt glaub ich einen großen Unterschied, weil die Bevölkerung da viel mehr Gefühl entwickelt und am eigenen Leib verspürt, was ich gesagt hab, mit der Kriminalität, wenn Sie sehen, die Ausländer machen zehn Prozent der Bevölkerung aus, aber 40 Prozent der Insassen in den Gefängnissen sind Ausländer. Und wenn Sie lesen, diese brutalen Kriminalitäten, die aus Rumänien, Ukraine, Tschetschenien, diesen Ländern kommen, wenn Sie dauernd hören von Autodiebstählen, Wohnungseinbrüchen und, und, und – und jetzt diese Bande, die da gefasst worden ist, das waren acht jugendliche Tschetschenen von 14 bis 18 Jahren, also da wär wichtig, die Zuwanderung muss radikaler gesteuert werden. Wer um politisches Asyl ansucht, soll das kurzfristig kriegen, wenn das geprüft ist, aber Wirtschaftsflüchtlinge kann man nicht akzeptieren. Jeder möchte, in Österreich gibt es sicher hunderttausende Menschen, die wollen, dass es ihnen besser geht. Also ich glaub, da ist viel versäumt worden und Ihre Frage muss man so beantworten, die Bevölkerung verspürt das viel mehr am eigenen Leib, die Politiker sind ja vielfach Menschen, die mit zwei Zungen sprechen: alles, was gut ist, hat man selber gemacht, alles was schlecht ist, kommt aus Brüssel. Und wenn man denkt, dass siebzig, achtzig Prozent der Wirtschaftsgesetze eigentlich von Brüssel kommen, und die ganze Währungs- und Kreditpolitik in der EZB in Frankfurt abgewickelt wird oder bestimmt wird und weniger die Österreichische Nationalbank, dann muss man das ganz einfach sagen und muss das auch vertreten. Und ich glaub auch, dass die Kommunikation, zumindest aus österreichischer Sicht zwischen dem österreichischen Parlament und EU-Parlament ja unzureichend ist, passt überhaupt nicht. Ich weiß selber, der Fischler, wie er noch Kommissar war, hat mir gesagt, in Deutschland wird er mindestens einmal im Jahr in den Bundestag eingeladen und in Österreich überhaupt nicht. Also ich würde meinen, man müsste in Österreich mindestens zwei Mal im Jahr einen Europatag machen, wo man unsere 21 oder sind es inzwischen glaub ich weniger geworden, unsere 18 Abgeordneten ganz einfach einlädt ins Parlament, vielleicht nach bestimmten Bereichen, zum Beispiel Wirtschaft und Sozialbereich, wo halt wesentliche Punkte sind, dass man da das österreichische Parlament informiert, eine Art Fragestunde auch macht, unsere Abgeordneten und die in Brüssel, also das wäre glaub ich eine wichtige Sache. Und ein entscheidender Punkt ist, hinsichtlich der nächsten Generation, dass man in der Volksschule, in der dritten, vierten Klasse langsam beginnen muss und dann in der Pflichtschule, Mittelschule, viel mehr über Europa zu informieren, weil es ganz einfach unsere Umgebung ist und unsere Umwelt. Und Sie sehen ja, wenn Sie einen Österreicher fragen, wer Ausländer ist, dann wird er einen Schweizer, einen Deutschen, Italiener, Ungarn, nie als Ausländer bezeichnen, hat aber schlechte Nachrede eines aus Tschechien kommenden, Polen, Slowaken oder Türken sowieso, also das hat auch geschichtliche Gründe. Also ich glaube, diese Probleme müsste man analysieren und im Geschichtsunterricht und in der gesamten Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen anwenden. Und viel mehr, auch die Tageszeitungen müssten

mindestens jede Woche eine oder zwei Seiten oder eine Ausgabe oder einen Teil einer Ausgabe dem widmen. Der ORF, da geschieht viel zu wenig, weil die Menschen wissen gar nicht, jetzt haben wir 780 Abgeordnete mit Rumänien und Bulgarien, 21 Sprachen, da muss jemand mal hinfahren. Also es wären auch viel mehr Exkursionen von opinion leaders, von Schülern ab 14 Jahren, damit die sehen, wie das funktioniert, was ist die Europäische Kommission, was ist das Europäische Parlament, was ist der Europarat, wie funktioniert die ganze Maschinerie. Und wenn man sagt, das kostet eine Milliarde oder so etwas, das ist ja im Vergleich ein Witz. Also da würd ich sagen, das Verständnis für den Anderen ist wesentlich und da fehlt es mir an der Erziehung. Und das wäre Aufgabe der Politiker, weil die Menschen es, wie gesagt, viel mehr am eigenen Leib verspüren. Konkret diese Umstellung im Euro im Jahr 2002, wenn da früher ein Espresso gekostet hat zehn Schilling, dann hat man den auf einen Euro umgebucht und das geht halt nicht. Wenn man sagt, die Preissteigerung war voriges Jahr nur 1,4 Prozent, dann mag das den Einzelnen beeindrucken, aber er kauft sich nicht jedes Jahr ein Laptop, ein Auto und derartig langlebige Konsumgüter, die er anschafft, aber er geht jeden Tag oder mehrmals in der Woche in ein Restaurant, Kaffeehaus, Hotel, und so weiter, wo er dann diese Erhöhung der Preise unmittelbar fühlt und spürt.

F: Welche Rolle spielen die Medien?

H: Also da würd ich meinen, dass man hier einerseits viel mehr Aufklärungstätigkeit entwickelt, die Printmedien, Fernsehen, dass man sagt, wie funktioniert... fragen Sie doch die Leute, ob sie wissen, was Brüssel ist, die wissen das ja überhaupt nicht – vielleicht waren die meisten auch gar nicht dort – wie funktioniert der ganze Apparat. Oder in der EZB, wo man sagt, früher hat Österreich überhaupt keine Stimme gehabt, aber in der EZB ist heute der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank einer von dreizehn Gouverneuren, hat die selbe Stimme wie der Gouverneur der Bundesrepublik Deutschland, die zehn Mal so viel Einwohner hat. Also da ist ja vieles geschehen, was die Leute nicht wissen. Zentrale Punkte sind in dieser Hinsicht sicher die europäische Verfassung, die in Frankreich und Holland nur unter die Räder gekommen ist, weil die Menschen nicht informiert waren. Das heißt, ich muss solche wesentlichen Schritte optimal vorbereiten und daher müssten hier die Medien viel mehr Verantwortung haben.

F: Und früher?

H: Na ja, nach dem Prinzip „Bad news is good news“, also überall gleich ein Skandal und eine Katastrophe, also es wird alles oft maßlos überzogen und ich glaube, dass hier, darum sage ich ja, sollte der ORF, der ja gute Sendungen hat, Dokumentationen, Wirtschaftssendungen, und auch bei den politischen Diskussionen, nicht immer nur aktuell, was gerade jetzt ist, sondern auch eine Art Europareport, wo man jede Woche berichtet, wie funktioniert die Maschinerie, was gibt es Neues und die oder jene Entscheidung. Man bringt jeden Sonntag das Hohe Haus. Warum bringt man nicht ein Mal im Monat wenigstens über das Europäische Parlament eine solche Stunde, wo man über die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Monats berichtet? Und das wäre etwas, ORF, Rundfunk sehr wichtig, was die Leute so tagsüber im Auto hören, wir haben in Österreich vier Millionen, oder fast fünf Millionen PKW und da sind ja mindestens zwei Millionen dauernd unterwegs und wenn einem fast ist, dreht man das Radio auf. Also das wäre etwas. Und vor allem langfristig in der Erziehung, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, dass man da genau geschichtliche Probleme aufarbeitet, dass man sagt, was hat das eine Land für Besonderheiten, für Vorteile und Nachteile und das eigene Land. Ich glaub, ein Austausch junger Menschen, zum Beispiel im Sommer, wenn mal man ein Monat nach Frankreich geht oder Spanien oder England, erstens lernt man die Sprache besser, was einmal wichtig ist, ich kann ja mit dem Anderen nur diskutieren, wenn ich seine Sprache kenne, also sonst würd ich sagen, dass man solchen Altersgruppen, wie Sie es sind, sich mit Englisch unterhalten kann, aber ob man Fachgespräche auch in der Lage ist, bezweifle ich. Weil das medizinische Englisch ist ein Anderes, das Finanzenglisch ist anders und das Wirtschaftsenglisch. „Es scheint die Sonne“ und „Was machst du morgen“, das kann bald ein jeder. Also in Europa fehlen nach meinem Dafürhalten zwei Dinge: die sprachliche Fitness ist nicht gegeben, das merke ich, und dass die Nachbarländer im Osten viel besser in Englisch, in Deutsch in allen Altersgruppen sind und welcher Österreicher kann Ungarisch oder Tschechisch? Minimalst. Und das zweite ist, dass die Verkehrsverbindungen unzureichend sind. Wenn Sie denken, dass Sie heute noch immer keine leistungsfähige Schnellstraßenverbindung haben zwischen Österreich – Tschechien, Österreich – Slowakei und nach Ungarn eine Autobahn, nach Slowenien eine Autobahn, wo jetzt mit dem Anschluss kommen die beiden neue Länder, haben 30 Millionen Einwohner, Rumänien 23, Bulgarien 8 Millionen, also, wie soll man da weiterkommen? Also da gibt's glaub ich viel Nachholbedarf?

F: Welche Bedeutung messen Sie der Kronenzeitung bei?

H: Na, die Kronenzeitung hat natürlich, es gibt auf der ganzen Welt, hab ich gelesen, keine Zeitung, die in Bezug auf die Auflage eine solche Intensität hat. Man sagt, 3 Millionen Österreicher sollen die Kronenzeitung lesen, also sind das 35 Prozent der Menschen. Das gibt's nirgends, in Japan nicht, in Deutschland, nirgends gibt's das. Und gerade die Kronenzeitung als Kleinformat ist orientiert in Richtung doch entsprechend Aufhänger zu machen, dass die Leute das mehr kaufen, ökonomisch durchaus logisch, und die Kronenzeitung hat ja schon mehrfach bewiesen, dass wenn sie sich was als Ziel gesetzt hat, das erreicht. Also, die haben gesagt, der Waldheim muss Bundespräsident werden und er ist es dank der Kronenzeitung geworden. Und wie der Herr Dichand gesagt hat, nein, die Hainburger Au darf nicht verbaut werden, ist sie auch nicht verbaut worden. Ob die Kronenzeitung jetzt auch dagegen war, dass die Bohrungen nicht gemacht werden wegen der S1 und S5, weiß ich nicht, aber jedenfalls ist das jetzt ausgestanden. Aber die hat natürlich eine gewaltige, ich würde sagen, abgesehen von Fernsehen, sicher die größte mediale Wirkung, allerdings ist sie keine Fachzeitung. Unter der Woche hat sie glaub ich eine Seite Wirtschaft, am Samstag, wenn's der Weiland selber macht, ist sie sehr gut ausgestattet. Aber nicht zu unterschätzen. Es gibt weltweit keinen Vergleich.

F: Haben bestimmte Ereignisse das Europabewusstsein beeinflusst?

H: Na, das glaub ich schon. Ich würde das Europa von heute und das Europa von morgen als das größte Friedensprojekt bezeichnen, dass je in Europa stattgefunden hat. Und allein das rechtfertigt die Europäische Union, weil ich davon ausgehe, dass man sagen muss, es wird keinen Krieg mehr geben zwischen den Deutschen und den Franzosen oder zwischen Deutschen und Polen oder die Schweden, die auch gewesen sind. Also ich würde sagen, das ist der größte Wert, den die

155 einzelnen Menschen vielleicht nicht direkt so erkennen aber vielleicht gefühlsmäßig, alle mittleren und älteren Generationen, die den Zweiten Weltkrieg noch bewusst miterlebt haben, werden Ihnen sagen, dass hier natürlich, wenn man denkt, wie viel Millionen Menschen da zwischen 38 und 45 getötet worden sind oder vertrieben wurden, dass das nicht mehr passieren kann. Und für mich ist die EU perfekt – perfekt ist nichts im Leben, aber fast, wäre ich aus der Schweiz würd ich sagen suboptimal – wenn der Westbalkan dabei ist. Das ist noch die große offene Frage, Beispiel Serbien, Kosovo. Die letzten Kriege, die wir gehabt haben nach 45 waren nur da unten, zwischen Slowenien, Kroatien und Serben
160 und Serbien und Kosovo. Jetzt haben wir dann wenigstens den Balkan und das Schwarze Meer und die beiden Länder – und Sie sehen auch die Entwicklung, in der Wirtschaft sind immer größere Konzentrationen, die Staaten werden immer kleiner. Montenegro hat 600000 Einwohner, das ist so viel wie Stuttgart. Und jetzt haben Sie aus dem ehemaligen Jugoslawien Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Slowenien und Kroatien. Und jetzt noch die Woivodina und den Kosovo als einen Eigenen. Und die Sowjetunion ist in 15 Staaten auseinander gefallen und selbst die
165 Tschechoslowakei in zwei Staaten. Man muss dann eines Tages sehen, ist das ein Bundesstaat – das wäre ideal – oder ist das ein Staatenbund, momentan ist es bestenfalls ein Staatenbund, wo halt verschiedene Staaten sich zu einem gemeinsamen Vertrag zusammengeschlossen haben. Also, wie gesagt, Punkt eins, das größte Friedensprojekt, das ist hundertprozentig zu unterstützen und daher ist umso wichtiger, dass sich die EU doch aufrafft, noch in diesem Dezennium, eine neue Verfassung zu bekommen, damit die Effizienz größer wird. Denn wenn Sie heute schauen, das entscheidende Organ ist der Europarat, wo die 27 Staatsoberhäupter sind. Die Kommission, sagt man im Handelsrecht, ist der Vorstand, die bestimmen aber auch weitestgehend, was ist. Und das Parlament, das eigentlich die Legislative sein sollte, hat gewisse Berechtigungen, aber nicht so, wie es in demokratischen Gefügen notwendig ist. Seh ich auch ein, bei fast 800 Mitgliedern, ist das halt schwierig. Und 21 Sprachen und vielleicht kommen jetzt die zwei noch dazu, Bulgarisch und Rumänisch, dann
170 sind er 23.

175 F: Da möchte ich gleich einhaken, wie stehen Sie zur Erweiterung?

H: Nach meinem Dafürhalten hätte man den Spielraum 1. Jänner 08, der vereinbart war, voll ausnützen sollen, weil die sind für meine Begriffe um ein Jahr zu früh da. Begründung, weil dort die Rechtsordnung, Judikatur, Korruption und all das nicht
180 annähernd auf EU- Basis ist. Also genauso, wie meiner Meinung nach, 10 Länder gleichzeitig aufzunehmen, falsch war. Das ist unmöglich, von 15 auf 25 zu erweitern, auch wenn ich sag, da waren Micky-Mouse-Länder dabei wie Zypern und Malta und die drei baltischen Staaten haben so viel Einwohner wie Österreich. Aber trotzdem, die alle zugleich aufnehmen, die rund um uns, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien – das ist am besten entwickelt gewesen von allen – ist ein bisschen zu viel gewesen. Also da hätte man noch zuwarten sollen. Dazu kommt, dass die Nachbarländer, möglicherweise auch Polen, oder nicht, wollen mit 1. Jänner den Schengen-Vertrag unterschreiben, das heißt, wenn sie in
185 der Lage sind, die Grenzkontrollen durchzuführen, dann gibt's nicht nur keine Verzollung, sondern auch nur einen Personalausweis, den man hier braucht, um über die Grenze zu fahren. Das heißt, da muss Polen zu Weißrussland und die Slowakei zu Moldawien und die Ungarn zur Ukraine und die Rumänen sind dann die Außengrenze. Ich hoffe, dass die dann dazu in der Lage sind, die Grenzen so abzudichten, wie es Österreich einigermaßen gelungen ist, auch nicht hundertprozentig, damit da nicht eine illegale Zuwanderung ist. Das gelingt den Israeli nicht trotz neun Meter hoher Mauer und den Amerikanern an der Grenze zu Mexiko auch kaum. Also da glaub ich, tut man diesen Ländern nichts, wenn Sie denken, dass Österreicher verdienen als Unselbstständiger im Schnitt 30000 Euro im Jahr, und der Rumäne hat 1700. Also, wenn da einer mal ins Ausland kommt und sieht, wie es uns gut geht, da hat er natürlich verständlich das Animo, ich möchte, dass es mir auch so gut geht. Da das nicht von heute auf morgen geht, gibt es eben das, was man Kriminalität
190 nennt. Die haben auch anscheinend einen anderen Eigentumsbegriff.

195 F: Wie stehen Sie zur Erweiterung um die Türkei?

H: Also ich würde so sagen: da hat man ja von Haus aus erklärt, dass man nicht, aus der heutigen Sicht, vor 2015-20 zu einer Entscheidung kommt. Das kann ich nicht beurteilen. Ich würde aber sagen, ich würde eine Lösung versuchen, die kein
200 Vollbeitritt ist, sonder so weit wie möglich Assoziierungsverträge, denn die Türkei hat jetzt über 70 Millionen Einwohner und wird bis dahin 80 bis 85 Millionen haben und wäre das größte Mitgliedsland in der EU. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein islamisches Land dann auf einmal das Präsidium in Europa führt und wir sitzen da, ob jetzt katholisch, protestantisch, welche Religion auch immer oder gar keine Religion. Ich würde alles vermeiden, um die Türkei so auszugrenzen, dass dort der Nationalismus, der sicher vorhanden ist, so Oberhand gewinnt, dass die sagen, wir wollen mit euch überhaupt nichts zu tun haben. Und das ist natürlich für die Amerikaner wichtig, die das am meisten unterstützen, weil es ein NATO-Land ist, ist der unmittelbare Grenzposten zu GUS-Staaten, zu den arabischen Ländern, Irak und Iran, dann in weiterer Folge. Also ich glaub, die Türkei, europäisch ist nur bis Istanbul. Alles andere ist Asien, so haben wir es in der Schule gelernt. Aber es gibt Leute, die sagen, Kasachstan gehört ein größerer Teil des Landes zu Europa als nicht zu Europa. Aber es würde
210 niemandem einfallen zu sagen, Kasachstan sollen wir aufnehmen. Russland gehört bis zum Ural zu Europa und die Ukraine ist ein Jahrhundert altes europäisches Land. Also hier ist wahrscheinlich die Religion ein großes Hindernis, weil die ja primär Moslems sind. Aber ich würde sagen, man soll die Türkei so weit an die EU heranzuführen, dass sie sich eher Europa zugetan fühlt und nicht hinausgeht und die sicher vorhandenen nationalen Kräfte wirksam werden. Und die können dann zu so etwas führen, was im Nahen Osten halt passiert. Und ob das eines Tages... Die Frage der Menschenrechte u.s.w., manchmal hab ich den Eindruck, dass die Türken gar kein Interesse haben, da sie oft in der jüngsten Vergangenheit Verhaftungen und Verhandlungen im Rechtsbereich gesetzt haben, die wir in Europa nicht akzeptieren können.

F: Wie wichtig finden Sie eine europäische Verfassung?

220 H: Na, ganz wichtig. Die halte ich deshalb für ganz wichtig, weil die Verfassung die innere Struktur der EU ordnen muss. Das heißt: welche Position hat das Parlament, das wäre für mich die oberste Legislative, dort werden die Abgeordneten ja gewählt. Die Kommission wird ja nicht gewählt. Der Europarat, okay, der setzt sich zusammen aus den Regierungschefs der einzelnen Länder, die werden ja nicht auf europäischer Ebene gewählt, sondern auf nationaler Ebene. Also der Schlüssel zuerst, jetzt der Gusenbauer, also auf österreichischer Ebene, nicht von Europa. Kann man ja auch nicht
225 erwarten, dass ein Spanier den österreichischen Bundeskanzler wählt. Aber die Kommission sollte handelsrechtlich die Position eines Vorstandes haben und das Parlament müsste wirklich mehr legislative Rechte haben. Ich find es ganz

230 wichtig, die Effizienz zu steigern und nicht zu sagen: „die, in Brüssel“. Die haben weniger Beamte in Brüssel, als die
Gemeinde Wien Beamte hat und das sind jetzt immerhin 480 Millionen Menschen. Euroland sind es 305, wenn man dann
noch England dazurechnet, 60 Millionen und dann alles andere die 70 von den zehn neuen Mitgliedsländern, jetzt die 93,
kommen wir auf die 480 Millionen. Es ist der größte Wirtschaftsblock der Welt, viermal so groß wie Japan, die
235 Einwohnerzahl und die Amerikaner haben 300 Millionen. Für das geistige Potential, das da ist und für die Ressourcen, ist
Europa im Vergleich zu Asien und den USA wenig gut aufgestellt. Die USA haben 70 Prozent der Bevölkerung nicht den
durchschnittlichen IQ wie in Europa, aber die oberen fünf bis zehn Prozent stecken die ganzen Europäer ein. Weil dort ganz
einfach Forschung und Entwicklung und freizügiges Wirtschaften möglich ist, was in Europa vielfach nicht der Fall ist. Und
man muss jetzt auch bedenken, mit China – gar nicht Japan – droht ein neuer Konkurrent heranzureifen, mit derzeit 1,3
240 Milliarden Menschen, in 20 Jahren mit 1,5 und die Kinder werden auf 1,7 steigen, weil sie keine Geburtenregelung haben.
Also das heißt, 3,2 Milliarden Menschen, das sind 40 Prozent bis dahin, leben nur in diesen beiden Ländern. Das heißt, wir
müssen die Effizienz und uns verbindet eine englische Sprache und die Chinesen die chinesische, die auch natürlich
Abarten hat, ... Also da hier, europäische Verfassung, massiver Ausbau und Verstärkung der transeuropäischen Netze
(Straße, Schiene, Flugverkehr, Wasser – wird viel zu wenig genutzt) und natürlich auch dann die sprachlichen Barrieren
abzuschaffen. Das sind so die drei Punkte, auch in dieser Reihenfolge.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

245 H: Die zwölf Sterne? Also die blaue Flagge mit den zwölf Sternen. Man merkt schon, dass auf fast allen Festivitäten,
zumindest auf öffentlichen Veranstaltungen auf bundes-, landes-, oder auch kommunaler Ebene neben der jeweiligen
Fahne des Landes, der Gemeinde oder sonstigen Organisation immer mehr die europäische Flagge zu sehen ist. Ich würde
auch meinen, dass man so, wie man die nationale Bundeshymne lernt, auch die Europahymne lernt, die kennt jeder heute
250 schon, den Text werden die wenigsten kennen. Also, ich glaube, das könnte ein bisschen ein Symbol sein: die EU-Flagge,
dann die europäische Hymne, das sind einmal solche zarte Pflänzchen, wo man sagen kann, das könnte man als
Identitätsnachweis bezeichnen, das man sagt: „Ich bin Europäer“: Wie der Kennedy gesagt hat.

F: Und der Euro?

255 H: Der Euro ist ein ganz wichtiges Instrument, auch wenn er noch so da und dort kritisiert wird, aber jetzt haben wir zu den
zwölf seit dem 1. Jänner Slowenien dabei, ab 1. Jänner 2009 kommt eher überraschen die Slowakei dazu, dann fehlen
natürlich wichtige Länder wie Tschechien, Ungarn, Polen, wenn sie mich fragen, nicht vor 2010. Aber ich glaube, die
Menschen haben das schon erkannt, dass wenn der Österreicher heute fährt auf Urlaub nach Spanien, Mallorca, Italien,
260 Griechenland oder irgendwo, da braucht er nicht umzuwechseln und den Warenkurs zahlen, da braucht er nicht umzuwechseln
die D-Mark um 7,15 oder 7,20 und 6,90 hat er bekommen, wenn er da schlecht umgetauscht hat, hat er da durchaus einen
finanziellen Schaden gehabt. Mit dem können sie die touristischen Angebote heute europaweit gestalten. Auch in London
wird Ihnen jeder den Euro abnehmen, auch wenn es dort nicht gesetzliches Zahlungsmittel ist, und erleichtert den
Warenaustausch, reduziert die Kosten im Wirtschaftsleben der Touristen wie auch der Hotels, weil sie nicht in allen
265 möglichen Währungen ihre Preise angeben müssen, sondern nur in einer, und zeigt sich jetzt eben, die Kärntner werden
Ihnen sagen, früher sind alle nach Tarvis einkaufen gefahren, jetzt kommen die Italiener, weil wir genauso gute oder
bessere Qualität haben und niedrigere Preise. Also der Euro ist hier so ein Bindeglied, das heute weltweit in verschiedenen
Dingen schon vor dem Dollar ist, aber im ganzen Zahlungsverkehr an zweiter Stelle steht. Also nicht das Pfund oder der
Schweizer Franken oder Yen, da ist in wenigen Jahren, also de facto in fünf, de jure ist die Europäische Währungsunion 99
270 geschaffen worden, ist es dem Euro gelungen, zu einer globalen Weltwährung zu werden.

F: Was ist typisch europäisch?

275 H: Typisch europäisch? Das ist die schwerste Frage. Da fällt mir gar nichts ein. Ich würde sagen, vielleicht eine vielfach
gemeinsame Geschichte, auch wenn sie keine Geschichte des Friedens sondern von Kriegen war. Gegenfrage: haben Sie
antworten bekommen, was manche als typisch europäisch bezeichnen?

F: Die Kultur.

280 H: Na ja, ich hab gesagt, die Geschichte. Einverstanden. Die europäische Kultur, Musik, Literatur, ich glaube, irgendwo die
Gestaltung des menschlichen Lebens ist hier sicher anders, dass man hier gewisse gesetzliche Regelungen hat, die man
zum Beispiel in der Freizügigkeit in den USA nicht hat, aber dafür hat man nicht so viele sitzen. Die Amerikaner haben 40
Prozent Arbeitskräftepotential, also 120 Millionen Amerikaner sind als erwerbsfähig gezeichnet, und 2 Millionen sitzen
immer im Gefängnis. Das sind schon zwei Prozent mehr Beschäftigung, weil die nicht als arbeitslos gelten. Also ich würde
285 sagen, die Kultur an erster Stelle, aber das ist ja eigentlich nicht zu trennen, die Geschichte, die gemeinsame Geschichte,
das muss nicht nur Österreich-Ungarn haben, sondern europäische Geschichte ist eine Geschichte der Kriege und des
Friedens abwechselnd und vielleicht eine doch sehr ähnliche Auffassung von einem menschengerechten Leben. Könnte
man schon sagen. Ein klassischer Europäer wird mit manchen Dingen in den USA sich schwer anfreunden können und
auch im Nahen, Mittleren, Fernen Osten. Man kann auch sagen, die Lebensweise, dazu gehört auch das ganze, was man
290 Gastronomie nennt. Wie man lebt, die Ernährung, die Freizeitgestaltung, die Ausbildung, die Kindererziehung, das
Familienleben ist irgendwo ähnlich. Und die Entwicklung Stadt und Land wird auch zu beachten sein, weil auch hier bei uns
die Tendenz besteht, vielleicht nicht so stark wie im Fernen Osten, der Zug in die Stadt, aber man hat auch schon eine
Tendenz gesehen, von der Stadt hinaus, weil in der Stadt ist die Umwelt nicht so gesund und die Leute nehmen lieber jeden
Tag eine Halbe oder dreiviertel Stunde Fahrtzeit mit welchem Vehikel auch immer in Kauf, nur damit sie dann am Abend in
295 gesunder Luft und Umgebung sind. Aber einigen wir uns auf Kultur, Geschichte und eine ziemlich ähnliche Auffassung von
einem vernünftigen und gesunden Leben. Ich glaube, dass Umweltbewusstsein ist etwas Wesentliches. Die Amerikaner
sind alles, nur nicht umweltbewusst, langsam kommen sie jetzt vielleicht drauf, haben einmal gehört, dass es Kyoto gibt und
in Asien dasselbe in grün. Wenn wir in Europa alles so machen, dass wir saubere Luft haben, Wasser, kein Lärm und
nichts, bringt alles nichts, weil die Umweltverschmutzung macht nicht Halt an der Grenze, sondern das kommt westlich von
den USA und vom Osten kommt es daher, also wir können nichts aufziehen. Und die ganze Frage Feinstaub und

300 Erderwärmung, das sind Dinge, wo glaub ich Europa eher als Vorbild dargestellt werden kann. Das gehört auch zu der menschengerechten und gesunden Gestaltung des Lebens.

F: Danke!

Experteninterview Erhard Busek, 14.02.07, Büro Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, 11.30-11.45 Uhr, 15min28sec

Erhard Busek wurde am 25.3.1941 in Wien geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat er in die Politik ein. Er war unter anderem Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, ÖVP-Generalsekretär, Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien, Abgeordneter zum Nationalrat, 1989-94 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, 1995 Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, 1991-95 Vizekanzler. Danach war er Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative, 2000-2001 Regierungsbeauftragter für die EU-Osterweiterung, Rektor der FH Salzburg und Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 B: Es gibt für Europa mehrere Ebenen. Für meinen Jahrgang ist Europa der wiedergewonnene Kontinent, der durch die Ost-West Teilung, den Kalten Krieg, die Ereignisse zweier Weltkriege eigentlich verloren gewesen ist. Europa ist „work in progress“, das heißt, es ist eigentlich erst begonnen und noch lange nicht abgeschlossen, wir können von keinem Endstadium reden, daher halte ich die Diskussion über die finalité d'europe für ziemlich sinnlos, weil wir gerade lernen, was Europa ist. Etwas kleiner gesehen, das ist die zweite Ebene, ist Europa die EU, weil Europa auf diese Weise begrenzt, aber bis jetzt doch handlungsfähig ist und daher in der ganzen Entwicklung, der Globalisierung, Schritt um Schritt ein *global player* wird, wobei hier noch sehr viel fehlt, es sind hier die großen Aufgaben, die existieren. Und die dritte Ebene für mich, ist die Frage der Identität Europas, was stellt Europa kulturell, geistig, historisch hier dar, was ist das eigentliche an Europa, das ist eine Herausforderungen, die auf der negativen Seite durch den zunehmenden Terrorismus und Radikalisierung, die durch provokante Ideen gefördert wird, wobei ich hier nicht nur manche Gruppen im Islam meine, sondern auch das, was das Freikirchenwesen in Amerika erzeugt hat. Hier ist eine eigene europäische Positionierung notwendig, die Jacques Delors beschrieben hat, nämlich Europa eine Seele geben.

15 F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

20 B: Europabewusstsein ist das Ergebnis des Wissens plus den Gefühlen, die bei den Bürgern und Bürgerinnen auf diesem Sektor herrschen. Das ist eine sehr gemischte Situation, ist nach Generationen unterschiedlich, nach den Erkenntnissen unterschiedlich. Hier gibt es die Kritik, das Europa selbst ein Elitenprojekt darstellt und auf wenige beschränkt ist. Ich glaube, dass es viel weitergeht, die mediale Beurteilung des Projektes Europa täuscht darüber hinweg, das meines Erachtens Europa schon viel tiefer in die Bewusstseinslage der Menschen eingedrungen ist als man das gerne zugibt.

25 F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

30 B: In Österreich selbst möchte ich sagen, dass es nach 45 überhaupt kein Europabewusstsein gegeben hat. Ich kann das jedenfalls für meine Generation sagen. Wir hatten zuerst die Aufgabe ein Österreichbewusstsein zu erzielen, weil ja Österreich immerhin gerade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die verschiedensten Zustände, von der alten Monarchie, wo Österreich eine andere Bedeutung hatte als es dann für die kleine, übrig gebliebene Republik gewesen ist. Österreich musste sich wieder finden nach 1934, 38 und den damit verbundenen politischen Ereignissen, an Europa haben wir eigentlich gar nicht gedacht. Wir haben natürlich die deutsch-französischen Bemühungen hier verfolgt und den Integrationsprozess in meiner Generation, aber ich persönlich war langer Zeit der Meinung, dass uns das gar nichts angeht. Hier hat sicher die Neutralität bewusstseinsbildend gewirkt. Das ist dann aber immer stärker geworden, weil schließlich das Projekt Europa einen beachtlichen Erfolg gehabt hat und hat, nämlich die Bildung einer Friedenszone. Es wird viel zu wenig beobachtet, dass wir in der Gegend, wo wir zu Hause sind, so lange noch nie Frieden hatten. Ein Blick in die Geschichtsbücher sollte uns das belehren, aber offensichtlich ist es so, dass wenn man Frieden hat, wird es als selbstverständlich genommen, dabei muss er eigentlich täglich immer wieder errungen werden.

40 F: Und später?

45 B: Ich glaube, dass es sich sehr gut entwickelt hat. Es gibt sicher die verschiedensten Erfahrungslagen, wenn ich mir das Verhältnis zu den Nachbarn ansehe. Ich bin noch aufgewachsen in einem Spannungsverhältnis zu den Italienern, heute wissen wir, dass wir beide in Europa zu Hause sind. Also quasi die Verhältnisse haben sich in Richtung Westen normalisiert und in Richtung Norden und Osten ist es gerade unterwegs, manchmal überlagert von irgendwelchen Fragen, die in der Öffentlichkeit hochgezogen werden, aber generell glaube ich, dass es sich gut entwickelt. Richtig ist, dass die wirtschaftliche Wirklichkeit europaweit stärker existiert, als sie in der Bewusstseinslage der Österreicher stärker verankert

ist. Das ist äußerst schizophren, dass wir quasi gut an unseren Nachbarn verdienen und wird als Selbstverständlichkeit genommen, wenn aber dann die Nachbarn kommen und von uns etwas wollen, dann ist man einfach dagegen. Also da gilt es noch sehr viel zu lernen und in die Bewusstseinslage hineinzubringen.

50

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

55

B: Das gibt es heute, die Politiker waren lange Zeit zu enthusiastisch ohne die Argumente dafür zu liefern und die Bevölkerung zu zögerlich. Heute sind die Politiker populistisch und quasi Kritik an Europa gehört zum guten Ton, wenn man gesicherte Abdrucke insbesondere in Kleinformaten bekommt. Ich glaube, dass die Österreicher vernünftiger sind als ihre Politiker und in der Mehrheit ein relativ ausgewogenes Verhältnis haben. Da gibt die Meinungsforschung Auskunft, einerseits gibt es Kritikmomente, die sich niederschlagen, wenn Sie aber die Frage stellen: „Sollen wir aus der Europäischen Union und Integration austreten?“ ist eine massive Mehrheit dagegen.

60

F: Welche Rolle spielen die Medien?

65

B: In Richtung 1995 eigentlich eine sehr positive, seither ist es stärker geworden, wobei die Politik die Verantwortung hat, dort wo sie selber keine Lösungen bietet, dann Europa verantwortlich zu machen, wobei die Medien dann Antworten von Politikern einfordert, die sie gegen jedes bessere Wissen geben. Um eine ganz aktuelle Situation aufzugreifen: Gusenbauer macht in der Frage des Universitätszuganges die Kommission verantwortlich, wobei er sicher besser weiß, dass die Frage des Hochschulzuganges ein Ergebnis eines Grundprinzips des Vertrages der EU selber ist und die Kommission gar nichts damit zu tun hat. Er weiß es und sagt trotzdem das Falsche, weil er weiß, dass er einen gesicherten Abdruck insbesondere bei der Kronen Zeitung bekommt.

70

F: Und der ORF?

75

B: Der ORF spielte lange Zeit eine positive Rolle, hier kritisiere ich, – und der Prozess geht schon sehr lange – dass das Korrespondentennetz abgenommen hat, dass Europa quasi isoliert wird auf das Europastudio, dass hier entschieden viel zu wenig geschieht. Die Berichterstattung von Brüssel her ist in Ordnung, aber quasi das was rundherum ist und in den anderen Redaktionen, da mein ich nicht einmal die Wirtschaftsredaktion, aber etwa Kulturredaktion und die Bereiche, die eine gewisse Tiefenwirkung haben, schlicht und einfach zu wenig machen.

F: Fallen Ihnen bestimmte Ereignisse ein, die die Stimmung beeinflusst haben?

80

B: In meiner Generation ganz sicher, 1956 der Aufstand in Ungarn, das hat ein Gefühl der Nachbarschaft für das nun seit Mai 1955 wirklich unabhängige Österreich, der Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in Prag hat auch hier eine tiefe Reaktion hinterlassen. Ich glaube, 1989, aber das ist eigentlich noch in einer Entwicklung, wir haben immer innerlich noch diese Ost-West-Teilungen und manche Vorhänge in den Hirnen, die zwar nicht mehr eisern sind, aber auch schwer zu durchdringen, das Europa eine Wirklichkeit ist, begreifen aber die Europäer, egal, wie sie dazu stehen.

85

F: Wie hat der EU-Beitritt das Europabewusstsein beeinflusst?

90

B: Zunächst einmal ganz ausgezeichnet, dann einen Rückschlag erlitten durch die Sanktionen der vierzehn EU-Staaten, das war keine Maßnahme der EU, sondern das war von einzelnen Staaten her. Das, glaub ich, hat sich heute verflacht oder wird zum größten Teil vergessen. Was in Wirklichkeit noch immer geblieben ist als Problem, dass wir Europa in der Öffentlichkeit noch immer nicht richtig begriffen haben.

F: Wie haben Sie als Erweiterungsbeauftragter das Europabewusstsein in der Regierung und in der Öffentlichkeit erlebt?

95

B: In der Regierung war man sich klar, dass es eine Chance darstellt. Meines Erachtens war die Regierung zu einseitig und da hab ich auch sehr gekämpft, etwa in der Frage der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Dinge da sehr isolationistisch gesehen. Die Vorteile haben wir gerne genommen, uns aber dann damit auseinanderzusetzen, was wir tun müssen, um die Nachteile abzuwägen, ist zu wenig geschehen. Hier wollte man, und da sind die Gewerkschaften in hohem Maß verantwortlich, wollte man es draußen halten – das kommt klassisch bei der Pflege zum Ausdruck. Hier helfen uns Menschen aus den Nachbarländern, um unser Problem zu lösen und trotzdem sind wir gegen sie. Das ist eine der unanständigsten Entwicklungen, die es hier gibt, durchaus mit Förderung der Interessenvertretungen und der Medien.

100

F: Hat die Mitteleuropa-Idee heute noch Gültigkeit?

105

B: Mitteleuropa war eine Wirklichkeit in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, wenn Sie Literatur hier nachlesen, etwa bei Stefan Zweig, können Sie das deutlich lesen, aber auch bei anderen, hat der Erste Weltkrieg das damalige Mitteleuropa, das trotz der unterschiedlichen Staatenwelt eine gemeinsame Ebene hatte, zerstört. Die Salzburger Festspiele sind eine solche Widerspiegelung der Sehnsucht nach dem zerstörten Mitteleuropa, es wenigstens kulturell zu erhalten. Das ist die eine Ebene, von der Österreich ungeheuer viel hat, das, was wir an Kunst Literatur, Musik hier haben, ist sehr wesentlich davon beeinflusst. Die zweite Stufe Mitteleuropa war für mich vor 1989, die Meta-Ebene, den Eisernen Vorhang zu überbrücken, was sehr stark durch Literatur wie György Konrad oder Vaclav Havel, da könnt ich eine lange Liste nennen, oder in Polen, was hier gemacht wurde, das war ein ganz wesentlicher Beitrag, das war sozusagen ein kultureller Beitrag zu dem, was die Helsinki-Akten eigentlich wollten, nämlich diesen schmerzvollen Trennstrich wenigstens im geistig-kulturellen zu reduzieren. Heute ist Mitteleuropa eine Wirklichkeit innerhalb der EU, die sich in der regionalen Partnerschaft ausdrückt, die ist partiell entwickelt, hat interessanterweise in den letzten Tagen in der Position gegenüber Serbien eine gewisse Rolle gespielt, Serbien als einen Teil von Mitteleuropa in diese EU hineinzubringen. Es ist heute mehr eine praktische regionale Partnerschaft bis hin zu den kulturellen Gemeinsamkeiten.

110

115

F: Können Sie Grenzen festlegen?

- 120 B: Nein, ich habe es definiert als System der beweglichen Wände und das schon in einem Buch 1986. Es ist jeweils eine Definitionssache für die verschiedenen Bereiche. Ich bin auch gegen Grenzen. Die wesentliche europäische Aufgabe besteht nicht darin, Grenzen aufzuzeigen, sondern Grenzen abzubauen.
- 125 F: Wie stehen Sie zur Erweiterung der EU?
- B: Im Prinzip stehe ich zu Bulgarien und Rumänien positiv, in der Sache selber und der Beitrittsreife der Länder gibt es ganz entschieden Mängel, das sind aber Sachfragen und vom Prinzip her ganz verständlich. Die Türkei ist eine andere Frage. Das hängt davon ab, inwieweit sich die türkische Gesellschaft da europäisiert. Universitätskreise, Wirtschaftskreise, Intellektuelle, Künstler sind hier sehr europäisch, die große Zahl der Bürger, insbesondere wenn Sie nach Ostanatolien gehen, sind von Europa weit entfernt, wissen oft gar nicht, was Europa ist. Das ist einerseits eine europäische Aufgabe, andererseits auch eine Aufgabe der Türken. Eine Mitgliedschaft oder überhaupt eine europäische Zugehörigkeit im geistig-kulturellen der Türkei wird davon abhängen, ob sich die türkische Gesellschaft in diese Richtung entwickelt oder stärker in den Nahen Osten tendiert.
- 130
- 135 F: Wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?
- B: Das mag Sie überraschen, in dem Ausmaß, in dem sie vorliegt, ja und nein. Es ist keine Verfassung, muss man ganz deutlich sagen, es ist eine Kompilation der Verträge mit ein paar Verbesserungen, daher ist der Titel irreführend und zu anspruchsvoll und das hat auch die Widerstände erzeugt zweifellos in manchen Bereichen. Ich glaube, dass es eine Revision der Dinge bedarf, für die Europa zuständig ist, also die Kommission und der Rat. Ich halte das System der 27 Ministerpräsidenten, die in Mittagessen mit anschließenden Beratungen bestimmen, was der global player Europa macht, für nicht handlungsfähig. Es wäre dringend hier notwendig, in bestimmten Teilen der Verantwortung, die zu definieren wären, hier eine europäische Regierung zu haben, ansonsten spielen wir im Globalisierungsprozess keine wie immer geartete Rolle.
- 140
- 145 F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?
- B: Das ist von entscheidender Bedeutung. Ich glaube, dass sowohl die Fahne, als auch der Beitrag Beethovens und Schillers eine ganz wesentliche Rolle spielen. Emotionale Besetzungen sind dringend notwendig.
- 150 F: Was ist typisch europäisch?
- B: Typisch europäisch ist die Vielfalt, in ihrer Faszination. Typisch europäisch sind die gemeinsamen Wurzeln in der Entwicklung der griechischen Philosophie, des römischen Rechtsdenkens, des jüdisch-christlichen Verständnisses, der Aufklärung und schließlich der Moderne. Typisch europäisch ist die Entwicklung der Menschenrechte und der Demokratie und typisch europäisch ist die Fähigkeit mit der Vielfalt umgehen zu können. Dort, wo das nicht geschieht, verletzt man das Europäische.
- 155
- 160 F: Vielen Dank für das Interview!

Experteninterview Barbara Coudenhove-Kalergi, 17.02.2007, Wohnung, 35min 34sec

Barbara Coudenhove-Kalergi wurde am 15. Januar 1932 in Prag geboren. Ihr Vater war Gerold Graf Coudenhove-Kalergi, ihr Onkel Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi, der Gründer der Paneuropa-Union. Seit 1945 lebt sie in Österreich und arbeitete als Journalistin unter anderem bei der Presse, Kurier und profil. Ab Mitte der 1970er Jahre war sie beim ORF, unter anderem als Korrespondentin in Prag. Sie ist Mitbegründerin der Bürgerinitiative „Land der Menschen“. Heute schreibt sie als freie Journalistin für verschiedene tschechische und österreichische Zeitungen und ist Herausgeberin mehrerer Bücher. Außerdem erhielt sie mehrere Auszeichnungen, zum Beispiel den Concordia-Preis für ihr Lebenswerk.

F: Was heißt für Sie Europa?

C: Zunächst einmal ist es ein geographischer Begriff, es ist aber auch natürlich ein historischer Begriff, eine Gegend, dessen Völker vielfache gemeinsame Erfahrungen gemacht haben, eine gemeinsame Geschichte, zum Teil auch eine gemeinsame Kultur haben.

5

F: Wie würden Sie Europa geographisch festlegen?

C: Ja, wo die Grenzen Europas verlaufen, ist natürlich eine interessante Streitfrage. Ich glaube, dass sich das immer wieder ändert, dass man das nicht ein für alle Mal sagen kann vom Mittelalter bis heute. Ich würde mich nicht trauen, die Grenze ganz genau anzugeben. In der Ukraine geht nach allgemeinen klischeehaften Ansichten die Grenze ja mitten durchs Land,

10

da sich die Westukrainer ja ganz entschieden geistig zu EU-Europa rechnen, während die Leute in der Ostukraine eher nach Russland schauen. Genauso ist es in dem mich sehr interessierenden Zwischenreich Weißrussland, Ostpolen, auch der Balkan. Das ist, glaub ich, eine Gegend, wo noch nicht klar ist, wo die Grenze wirklich durchgeht. Die Grenzen der EU sind ja klar bestimmt, aber es gibt natürlich östlich davon viele Menschen, die sich zu Europa zählen, die sich als Europäer empfinden und ich glaube, da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen: Die Geschichte wird da noch etwas beizutragen haben.

F: Was bedeutet Europabewusstsein?

C: Also, ich bin dagegen, das zu sehr zu ideologisieren. Es hat eine Zeit gegeben, wo Europabewusstsein wirklich so etwas wie eine Ideologie war, Leute haben sich mit stolz als bekennende Europäer deklariert. Ich glaube, dass man das inzwischen etwas pragmatischer sieht, dass die ökonomischen und praktischen Vorteile des Dazugehörens zur Europäischen Union die Hauptrolle spielen und dass das politische, deklamatorische Europabewusstsein abgenommen hat. Aber ich glaube schon, dass die überwältigende Mehrheit der Leute, die jetzt innerhalb der Europäischen Union leben, sich als bewusste Europäer definieren würden.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

C: Ich glaube, das ist ganz interessant, weil nach dem Krieg Europa, der so genannte Europa-Gedanke, das Europabewusstsein, eine ausgesprochene Konjunktur erlebt hat. Das war auch darauf zurückzuführen, dass man ja eine Ersatzideologie, eine respektable Ersatzideologie für das Nazitum und auch den Deutschnationalismus haben wollte und Europa war sozusagen der große Topf, in dem alles Platz hatte. Also, wenn man nach Europa geschaut hat, dann konnte man quasi den Anschluss an Deutschland wieder vollziehen in einem akzeptablen Rahmen. Auf der anderen Seite ist ja der Europagedanke – vor allem in Frankreich, aber überhaupt in Westeuropa – vor allem deswegen entstanden, weil man die Deutschen zähmen wollte, einbinden wollte in die Völkergemeinschaft. Damals war ja noch alle Zeit, wo sich alle vor den Deutschen gefürchtet haben und sich gefragt haben, was machen wir, wenn die Deutschen, die jetzt besiegt sind und eine Ruhe geben, wenn die wieder auferstehen quasi, wer garantiert uns, dass das, was schon einmal passiert ist, nicht noch einmal passiert. Also Europa war die Antwort auf die Verheerungen des Nationalsozialismus. Die Deutschen waren natürlich sehr froh, dass sie auf diese Weise wieder salonfähig, wieder Teil der europäischen Völkergemeinschaft waren. Das hat auch ein bisschen für die Österreicher gegolten. Es haben damals auch noch solche Begriffe wie „christliches Abendland“ eine Rolle gespielt, oder Erinnerungen „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“. Viele, die mit solchen Begriffen der Zeit des Ständestaats oder auch der Nazizeit gespielt haben, konnten quasi an so etwas anknüpfen in einem internationalen akzeptablen Zusammenhang. Das war eine gewisse Blüte des Europagedankens. Es ist ja dann auch der Beitritt zur Europäischen Union mit einer großen Mehrheit akzeptiert worden. Momentan erleben wir, glaube ich, einen Tiefpunkt der Europabegeisterung. Die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten des ehemaligen Ostblocks hat die Diskussion natürlich sehr angeheizt, hat bei vielen Ängste und Abwehr hervorgerufen, bei anderen auch Zustimmung. Ich glaube, da haben auch historische Erinnerungen eine Rolle gespielt. Leute, die sich positiv erinnert haben an die Zeit der österreichisch-ungarischen Monarchie, haben darin quasi eine Wiederherstellung der alten Zustände gesehen, im Sinne von: diese östlichen Nachbarn gehören ja ohnedies zu uns. Die Tatsache, dass damals die ÖVP mit dem Außenminister Mock sich sehr für Kroatien eingesetzt hat, mehr als für andere Staaten, da hat dieser Kontext „das war einmal Teil der Monarchie“ eine Rolle gespielt. Die FPÖ war immer dagegen. Ganz interessant: die FPÖ und mit ihr die Leute, die im Großen und Ganzen aus dem dritten, deutschnationalen Lager kamen, waren ja früher große Pro-Europäer als so etwas wie Heiliges Römisches Reich deutscher Nation in den 50er Jahren die Diskussion beherrscht hat. Die waren aber gar nicht mehr dafür, als es darum ging, die östlichen europäischen Nachbarstaaten einzubeziehen. Da haben sich dann so ein bisschen die Geister geschieden. Jetzt haben wir eine ausgesprochene Europaskepsis und da geht es vor allem um den Gedanken: wir werden quasi von Brüssel bevormundet. Das ist eine Kampagne, die die Kronen Zeitung führt, die ja immer ein Gespür hat für populistische Strömungen. Das ist nicht nur auf Österreich beschränkt, es ist ein Wiedererstehen eines populären Nationalismus. Und solche Vorkommnisse wie der Streit, soll es „Marmelade“ oder „Konfitüre“ heißen, berühren einen wunden Punkt, der von gewissen Kräften auch ausgenutzt wird.

F Wie war das in den: 60er/70er Jahren?

C: In den 60er/70er waren, glaub ich, andere Themen im Vordergrund, das war sozusagen die Linkswelle. Da haben, soweit ich mich erinnern kann, soziale Fragen und Klassenfragen die Hauptrolle gespielt. Das war aber auch die Zeit des Beitritts, es war also eine europapositive Stimmung. Das war ja auch die Zeit der Studentenbewegung im Westen und auch eine kurze Blüte der kommunistischen Bewegung, also der so genannte „Eurokommunismus“, den es in Frankreich und Italien gegeben hat und der auch natürlich ausgestrahlt hat. Der Prager Frühling und das Tauwetter in Polen, da hat auch in den damals kommunistischen europäischen Staaten der Europagedanke eine Rolle gespielt. Die Studentenbewegung hatte diesen Grundgedanken: mehr soziale Gerechtigkeit im Westen und mehr Demokratie im Osten. Da gab es so eine gewisse optimistische Bewegung der Konvergenz – damals ist ja auch das Wort von Willy Brandt gefallen: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört“, was ja auch ein europäischer Gedanke war, was auch ein bisschen die Wiedervereinigung die EU-Erweiterung vorweggenommen hat. Also, da kann man, glaub ich, eine europapositive Stimmung diagnostizieren, die sich unterscheidet von der eher negativen heute.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

C: Also heute ist, glaube ich, die offizielle Pro-Europa Politik ein bisschen europafreundlicher als die Stimmung vor allem in den unteren Schichten der Bevölkerung. Alles, was mit Europa zu tun hat, hat immer so ein bisschen den Anstrich von Sonntagsrede, so dass das ganze Thema für manche Leute sozusagen schon ein bisschen entrückt ist von der Wirklichkeit. Es hat ja auch damit zu tun, dass man wenig weiß über Europa und dass die Vorstellung von Europa weitgehend geprägt ist von der Brüsseler Bürokratie und der scheinbaren oder wirklichen Abgehobenheit der Brüsseler Politik von den Sorgen der Menschen. Es ist ja auch eine oft bemerkte und oft kritisierte Eigenschaft der Politiker, dass alles Schlechte aus Brüssel

85 kommt und alles Gute von den heimischen Politikern. Also daher wird diese Europaskepsis auch vom Agieren der Politiker
mit beeinflusst, aber im Großen und Ganzen, und das sagt ja auch das Europabarometer, gibt es natürlich nach wie vor
eine überwältigende Mehrheit, die zwar nicht glücklich ist mit Europa, aber auch nicht raus will. Ein Aussteigen aus der
Europäischen Union ist ja etwas, was nur ganz verschwindende Randgruppen haben wollen. Ich glaube, Europa ist etwas,
90 was schon zum Alltag und zur Wirklichkeit dazugehört, an dem man allerhand zu kritisieren hat, aber das als solches nicht
angezweifelt wird. das ist sicher der Grundkonsens heute.

F: Sie haben die Medien bereits angesprochen, welche Rolle haben sie bei der Beeinflussung der Bevölkerung gespielt,
insbesondere auch die Kronen Zeitung?

95 C: Die Kronen Zeitung hat ja immer Kampagnen gemacht. Sie verfolgt momentan eine Linie, die sehr europakritisch ist. Es
gibt ja auch den Hans-Peter Martin– die Erfolge, die er gehabt hat, sind sicher auf die Kronen Zeitung zurückzuführen. .
Sonst war die Linie der übrigen Medien immer pro-europäisch und das hat sich heute bei aller Kritik nicht verändert. Noch
ein Gedanke, den Ralf Dahrendorf, der deutsch-britische Ökonom, immer verfochten hat, den sollte man da vielleicht auch
100 einfließen lassen. Er hat als europaskeptischer Brite gesagt , für viele ist der Europagedanke ein Ersatz für eine andere
Ideologie, also es sei nicht verwunderlich, dass der Europagedanke dort am stärksten ist, wo die Leute ein gebrochenes
Verhältnis zu ihrer eigenen Nation haben und denen eine andere Ideologie verloren gegangen ist. Er hat sicher an Joschka
Fischer gedacht, der damals ein sehr auffälliger Proponent des Europagedankens war. Dahrendorf meinte Leute, die
Schwierigkeiten haben mit der eigenen Geschichte, mit der eigenen Vergangenheit, die auch ihre Hoffnung vielleicht auf
den Sozialismus gesetzt haben und nach dem Scheitern dieser Hoffnung ihre Hoffnungen und Sehnsüchte auf Europa
105 übertragen haben. Das hat etwas für sich.

F: Haben bestimmte Ereignisse das Europabewusstsein in Österreich entscheidend beeinflusst, von 1945 bis heute
gesehen?

110 C: Also der Jugoslawien-Krieg hat sicher bei manchen, ich glaube nicht bei einer Mehrheit, aber sicher bei manchen, den
Gedanken reifen lassen, dass solche Konflikte eben nicht möglich wären innerhalb der Europäischen Union und dass die
Europäische Union als Friedensprojekt erfolgreich war, weil es 50 Jahre in Europa keinen Krieg gegeben hat, den es
vielleicht gegeben hätte ohne dieses einigende Band der Europäischen Union. Ich denk da an Griechenland, die Türkei
oder die Loslösung der Slowakei. Und auch der Jugoslawien-Krieg hat manchen ins Bewusstsein gerufen, dass Frieden
115 keine Selbstverständlichkeit ist, sondern nationale Gegensätze sehr blutig ausfallen können, wenn es keine übergeordnete
Instanz gibt. So ist ja letzten Endes auch die Europäische Union entstanden im Rückblick und in der Reaktion auf die
jahrhunderte lange Konfrontation Deutschland – Frankreich. Um das zu verhindern ist ja Europa letzten Endes gegründet
worden. Und Frieden ist für die meisten eine solche Selbstverständlichkeit, dass man nicht mehr darüber nachdenkt. Der
Jugoslawien-Krieg hat das vielleicht wieder ein bisschen in Erinnerung gerufen.
120 Ansonsten fallen mir also keine großen Ereignisse ein. Vielleicht hat das Scheitern des Verfassungsreferendums in
Frankreich und in den Niederlanden auch bei uns die Skepsis verschärft, aber eher in dem Sinne, dass die Leute gesagt
haben, na ja, wenn sogar die Franzosen und die Niederländer, die großen Europäer, da skeptisch sind, dann dürfen wir das
sozusagen auch. Aber sonst war es, glaub ich, eher eine kontinuierliche Entwicklung, die ihre Auf und Abs hatte, ich kann
jetzt keine wirklich einschneidenden Ereignisse namhaft machen. Ja, eines vielleicht war sicher auch, was viele Leute
125 befestigt hat in ihrem Europabewusstsein, die steigende Desillusionierung mit den USA. Nach dem Krieg war ja Amerika
eigentlich sozusagen das Modell, dem alle nachgestrebt haben, und viele Europäer haben sich gedacht, unsere Zukunft ist
Amerika, was Wohlstand und Demokratie und Modernität anlangt. Das war eigentlich das Ideal, dem alle nachgestrebt
haben. Das ist inzwischen anders geworden. Viele Europäer und auch viele Österreicher sagen sich jetzt, so wie Amerika
wollen wir nicht werden und das, was an Europa gut und erhaltenswert ist, ist eben gerade dieser Unterschied,
130 Wohlfahrtsstaat, Sozialpartnerschaft – so weit es sie noch gibt – und auch eine andere Kultur. Also in dem Maße, in dem
Amerika unattraktiver geworden ist, sind für viele die europäischen Werte und die europäischen Errungenschaften wieder
stärker ins Bewusstsein gedrungen und ich glaube, für viele heißt Europabewusstsein auch: etwas anderes sein als
Amerika.

135 F: Wie hat der EU-Beitritt das Europabewusstsein in Österreich beeinflusst?

C: Na ja, es war eine ganz eindeutige Mehrheit, die sich dafür ausgesprochen hat. Ich glaube, dass für die meisten
Österreicher der Beitritt eine logische und folgerichtige Entscheidung war: wir sind jetzt sozusagen auch offiziell dort, wo wir
hingehören und wir sind im Club der wohlhabenden und demokratischen Nationen. Ah ja, weil Sie von einem Ereignis
140 sprechen, die so genannten Sanktionen nach dem Antritt der blau-schwarzen Regierung, das war sicher so ein Ereignis,
dass eine negative Wirkung gehabt hat und viele Österreicher, insbesondere die Leser der Kronen Zeitung, auch in der
Opferrolle bestärkt hat. ‚Wir sind die Kleinen, mit uns kann man das ja machen und die Großen trampeln auf uns herum‘.
Also dieses Klischee, das es in Österreich immer gegeben hat und noch immer gibt, das ist sicher durch dieses Ereignis
befestigt worden. Das kann man schon sagen.

145 F: Hat Ihr familiärer Hintergrund ihr Europabewusstsein beeinflusst?

C: Ja, unbewusst sicher, ich hab da keine großen politischen Vorgaben von zu Hause mitbekommen, aber auch dadurch,
dass ich nicht in Österreich geboren bin und die Familie aus vielen Ländern kommt, war mir Chauvinismus immer fremd und
150 unsympathisch. Also mir persönlich war Europa deshalb sympathisch, weil es den Blick öffnet über den kleinen,
provinziellen Tellerrand des kleinen Österreichs hinaus. Und das hat, nicht nur für mich, sondern auch für manche, die
Sympathie für die Europäische Union verstärkt, dass ich und vielleicht andere der österreichischen Demokratie nicht so
ganz trauen. Die Demokratie ist in Österreich nicht so wahnsinnig gut verwurzelt, hat keine sehr lange Tradition. Also es ist
vielleicht, von meinem Standpunkt, auch ganz gut, wenn es da sozusagen noch eine korrigierende Instanz gibt, die
155 aufpasst, dass antidemokratische Tendenzen nicht zu stark werden. Das Österreich sozusagen nicht das Kärnten Europas
wird, da ist schon die Zugehörigkeit zur Europäischen Union ein gewisses Korrektiv. Das sieht man ja auch bei den neuen
EU-Mitgliedern oder auch bei den Ländern, die gerne zur EU möchten, dass sie sich anstrengen, die europäischen

Standard, was Menschenrechte und Demokratie angeht, zu erfüllen. Es hat eine gewisse erzieherische Wirkung, dass man Mitglied der Europäischen Union ist und mit den großen etablierten Demokratien wie England und Frankreich in einem Club ist. Das hat, glaube ich, eine positive Wirkung.

F: Würden Sie sich eher als Europäerin oder Weltbürgerin bezeichnen? Oder gar nichts davon?

C: Ich bin wie jeder Österreicher, wie jede Österreicherin eine Europäerin, aber ich bin so großen deklamatorischen Äußerungen nicht so zugeneigt.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?

C: Ich bin wirklich gegen den Beitritt der Türkei. Ich wäre dafür, dass man ihr jede Art von Unterstützung, privilegierte Partnerschaft, jede Hilfe zukommen lässt, aber ich bin gegen den Beitritt, weil ich glaube, dass das Land erstens zu groß ist, zu arm ist, eine zu andere Kultur hat, zu anders mit den Frauen umgeht. Das alles mit den Werten der Europäischen Union in Einklang zu bringen, scheint mir einfach nicht zu schaffen. Was die Befürworter sagen, hat natürlich etwas für sich, dass es gut ist, wenn durch den EU-Beitritt oder durch die Perspektive des EU-Beitritts die demokratischen Kräfte dort gestärkt werden. Aber da bin ich trotzdem entschieden dagegen und ich glaube, dass man da seinerzeit den Türken zu viel versprochen hat, auch unter dem Druck der Amerikaner. Abgesehen davon, dass rein geographisch der größte Teil der Türkei in Asien liegt und nicht in Europa. Was Bulgarien und Rumänien anlangt, bin ich für deren Beitritt. Ich kenne ein bisschen Bulgarien und Rumänien und da glaube ich schon, dass das sehr schwierig wird, dass nicht alle wissen, wie viel dort noch zu machen ist. Aber ich glaube schon, dass das richtig war, denen diese Chance zu geben und dass sie auch im Kern wirklich europäische Nationen sind.

F: Wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?

C: Ich wäre schon dafür, dass man sich auf eine Verfassung einigt. Ich glaube, dass eine Verfassung zwei Aufgaben hat, dass sie erstens ein Katalog von Spielregeln ist und dass es zweitens auch eine Grundidee ist, die ein Gemeinwesen zusammenhält. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas hat vom „Verfassungspatriotismus“ gesprochen, der die Deutschen zusammenhält, der also die Grundlage ist, auf der sich die Deutschen als Deutsche empfinden. So als Gegensatz zum „Blut und Boden-Patriotismus“ hat er diesen Begriff eingeführt. Also wenn eine europäische Verfassung auch das schaffen würde, wäre es schön. Der jetzige Verfassungsentwurf, der abgelehnt worden ist, ist ja ein dickes Buch, das kein Mensch gelesen hat. Die amerikanische Verfassung, die wirklich einen Verfassungspatriotismus in den USA geschaffen hat, umfasst ein paar Seiten, das können die Kinder auswendig, weil sie es in der Schule lernen. So ein Dokument hat schon eine gemeinschaftsstiftende Wirkung. Wenn so etwas geschafft würde, wäre es schön. Das zweite sind natürlich die Spielregeln, man kann so ein riesen Gemeinwesen ohne feste Spielregeln auf die Dauer nicht regieren. Ich glaube schon, dass es sehr, sehr notwendig wäre. Wie weit das geht, wie groß der Nenner ist, auf den man sich einigen kann, ist natürlich sehr, sehr schwierig, aber ich glaube auch, dass die jetzige Führung der Union nicht die stärkste ist, die sie in ihrer Geschichte gehabt hat. Aber ich glaube, notwendig wäre eine Verfassung schon.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

C: Na ja, mir fallen eigentlich nicht viele ein. Es gibt die Hymne an die Freude, die man kennt, weil sie von Beethoven ist, aber ich weiß nicht, ob man sie so wirklich als Europahymne begreift, obwohl sie wirklich schön ist und jeder Mensch auch die Melodie kennt. Die Sternchenfahne bedeutet, glaube ich, den Menschen nicht viel. Man hat auch nichts dagegen, aber es lässt einem auch nicht das Herz aufgehen. Also, ich glaube, da gibt es nicht viel. Man sagt ja auch, das Wesen Europas ist die Vielfalt, wenn man an Europa denkt, dann denkt man an die wundervollen Dinge, die die einzelnen Nationen zustande gebracht haben, die Kunst, die Natur, die Architektur. Also die Kathedrale von Chartres ist, wenn man will, ein europäisches Symbol, aber natürlich auch ein französisches. Ich glaube auch, dass Symbole umso wichtiger sind, das sieht man in Ländern wie Serbien oder Kosovo, wenn sie an die Stelle von praktischen Errungenschaften treten. Also, wenn man nichts zu essen hat, dann ist die Fahne das Wichtigste. Die Europäer haben genügend praktische und sichtbare Dinge, die sie haben und schätzen, daher spielen europäische Symbole keine große Rolle im Bewusstsein der Leute.

F: Was ist typisch europäisch?

C: Na ich würde sagen, die große Errungenschaft Europas, die zu wenig geschätzt wird, ist der Wohlfahrtsstaat, ein politisches System, das Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit verbindet. Das hat viele Defekte und wird auch ein bisschen abgebaut. Ich glaube, dass ist das, was im 20. Jahrhundert die europäischen Länder geschaffen haben und das ist etwas, was es wirklich zu schätzen und verteidigen gilt.

F: Danke schön!

Experteninterview Karl Koller, 23.02.2007, Basteibeisel, 15-16.30 Uhr, 44min46sec

Karl Koller ist Obmann des Vereins Nova Europa.

F: Was heißt für Sie Europa?

K: Da ist jetzt mal die Frage, was meinen Sie damit, was Europa ist? Soll das die geographische Ausdehnung sein, soll es, etwas weiter gedacht, etwas, was den Europäer charakterisiert, in welche Richtung soll es gehen?

F: Was Ihnen dazu einfällt.

K: Okay, für mich.. Also, weil ich es schon angesprochen hab, die geographische Ausdehnung, heißt für mich Europa bis zu den Grenzen Weißrusslands, der Ukraine und der Türkei. Also für mich ist eigentlich die Türkei, wie auch für den französischen Präsidentschaftskandidat Sarkozy, außerhalb Europas. Die Türkei ist deshalb kein Bestandteil Europas, nicht weil der Großteil des Landes, so zirka 90 Prozent, auf dem asiatischen Kontinent liegt, sondern weil das Land einfach auch nicht europäisch geprägt ist. Also die europäische Prägung, die man dem Land durch die Politik Atatürks geben wollte, man könnte auch sagen, überstülpen wollte, das hat ja, gerade, wenn man sich die Entwicklung der Türkei in den letzten Jahrzehnten anschaut, nicht wirklich funktioniert. Die Türkei geht ja immer mehr zurück, wenn man möchte, in Richtung islamisch geprägte Gesellschaft. Und Europa ist ja doch aufgebaut auf diesen drei Säulen, also das Christentum und Judentum, das jüdisch-christliche Gottesbild, Griechenland natürlich, die griechische Philosophie und das römische Staats- und Rechtsverständnis. Und daraus oder auf diesem Boden hat sich entwickeln können die Aufklärung. Die Aufklärung ist ein ganz entscheidender Punkt für mich, was also Europa charakterisiert, die Wissenschaft, die Aufklärung und das prägt, das bedeutet eigentlich Europäer sein, also aufgeklärt sein. Die Basis zu diesen drei Wurzeln oder Säulen, die Europa kennzeichnen. Ja, was glaub ich, auch noch wichtig ist, ist dass der Europäer sein Verhältnis zu Wirtschaft oder was Soziales betrifft, dass der Europäer eigentlich jemand ist, der – man sieht das auch an den Wahlergebnissen, wenn man mit neoliberaler Politik kommt, dann gewinnt man meistens keine Wahlen – also für den Europäer ist eigentlich Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit ein entscheidender Punkt, Verteilungsgerechtigkeit. Also, da sind wir dann eigentlich eh wieder bei der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Also, Christentum, Judentum, römisches Recht, griechische Philosophie, französische Revolution und Aufklärung, wobei man die Aufklärung zeitlich vor der französischen Revolution nennen müsste. So in dem Sinn.

F: Was heißt für Sie Europabewusstsein?

K: Na ja, Europabewusstsein würde heißen, dass man sich zumindest neben dem, das man seine persönliche Identität, dass man sich als Wiener, Niederösterreicher, als Österreicher, was auch immer, fühlt, dass man sich zusätzlich noch als Europäer fühlt. Das, würde ich sagen, wäre das Minimum dessen, das es Europabewusstsein gibt. Natürlich könnte man es auch umgekehrt sehen, natürlich noch europäischer, wenn man das Europäische an erster Stelle setzt. Aber das wird man wahrscheinlich kaum finden.

F: Können Sie mir kurz etwas über Ihren Verein erzählen, was für Ziele und Grundsätze Sie haben?

K: Ja, das mach ich gerne. Wir haben diesen Verein „Nova Europa“ deshalb gegründet, weil wir mit der Politik, die derzeit gemacht wird, sehr unzufrieden und sehr unglücklich sind. Weil wir den Eindruck haben, dass eigentlich die wesentlichen politischen Fragen nicht diskutiert werden. Man redet über alles Mögliche, aber die Politik sinkt ja teilweise runter auf Kabarettniveau. Wenn man sich zum Beispiel den Herrn Voves in Erinnerung ruft, bei seiner Pressekonferenz mit der Regierungsbildung, dann denk ich mir, wenn das der Bestandteil der Politik ist, dann schaut es sehr traurig aus. Wenn man sich ernsthaft überlegt, was sind die großen Herausforderungen unserer Zeit, die haben wir in unserem ersten Positionspapier herausgearbeitet, die großen Herausforderungen sind im umweltpolitischen Bereich, überhaupt der ganze Bereich der Umweltverschmutzung, aber hier besonders der Klimawandel. Der zweite Punkt durch die Globalisierung der Wirtschaft, wobei das ja eine ganz bestimmte Form der Globalisierung ist, es ist eine Globalisierung, die durch den Wirtschaftsliberalismus geprägt ist, es wäre ja auch eine Globalisierung der sozialen Marktwirtschaft oder der ökosozialen Marktwirtschaft denkbar und es ist eine Globalisierung auf der Basis der Ideologie des Wirtschaftsliberalismus – zweite große Herausforderung. Die dritte große Herausforderung wird gerade für Europa der Bereich der Sicherheit in Nähe dieses arabisch-islamischen Raumes, der ja doch ein Gebiet ist, das massiv im Gären begriffen ist, Bevölkerungsexplosion, religiöse Radikalisierung, und das alles in unserer geographischen Nähe. Es ist ja nicht so, dass Amerika in der Nähe des arabisch-islamischen Raumes liegt, sondern wir Europäer sind in der Nähe der Krisenherde. Und in dem Zusammenhang haben wir natürlich auch das Problem der Zuwanderung. Umso mehr in diesem Raum eine krisenhafte Entwicklung eintritt, umso mehr gibt es natürlich auch den Zuwanderungsdruck nach Europa. Und dass wir in Europa mit dem Islam Probleme haben, das ist, denke ich, nichts mehr Neues. Die Anschläge in Madrid, London, in Österreich ist die Situation vielleicht noch nicht ganz so schlimm, aber wenn man sich zum Beispiel anhört, was in Deutschland los ist, oder in Frankreich los ist, in den Schulen zum Beispiel, dann sieht man, dass es dort zu einer ganz massiven Entwicklung hin zu Parallelgesellschaften kommt, wo zentrale Werte Europas, zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frau, wo die in Gefahr gerät, da muss man sich all diese Herausforderungen anschauen, da ist die Frage, wer kann die bewältigen. Und diese letzte Herausforderung könnte man noch am ehesten glauben, könnte der Nationalstaat bewältigen, aber auch das stimmt nicht. Weil Zuwanderung passiert einfach irgendwie in Wirklichkeit, die wird keine Polizei, kein Militär stoppen können. Das einzige, was unerwünschte Zuwanderung stoppen kann, ist, wenn man diese Gebiete wirtschaftlich und sozial stabilisiert. Und dazu braucht es natürlich die wirtschaftliche Kraft nicht nur eines Staates in Europa und schon gar nicht eines Kleinstaates wie es Österreich ist. Also wir sind eigentlich als Österreicher der Entwicklung in diesem Bereich auch ausgeliefert. Was die anderen großen Fragen betrifft, der Klimawandel, der Neoliberalismus, die Sicherheitsfrage, da hat kein Nationalstaat in Europa, und erst recht nicht das kleine Österreich, die Möglichkeit zu gestalten. Dann war also die zweite Frage, ist es möglich, dass die EU, wie sie derzeit strukturiert ist, kann die diese Herausforderungen bewältigen?

Und wenn man sich das anschaut, wird ja immer wieder diskutiert, die Union der 27 nicht mehr handlungsfähig, es sind viel zu viele, aber es ist eigentlich logisch, denn diese Union der 27, die EU ist ein Staatenverbund, sicher, sie ist mehr als ein Staatenbund, aber trotzdem, in wesentlichen Fragen ist eben der Konsens aller 27 Länder erforderlich. Und wenn zum Beispiel im Bereich der Außenpolitik darüber diskutiert wird, dass man sagt Mehrheitsabstimmung, gut Rumänien, Bulgarien, Österreich, Estland, kann man natürlich überstimmen. Aber wenn man Frankreich oder Großbritannien überstimmt und alle anderen entscheiden würden, man würde europäische Truppen in irgendein Krisengebiet schicken und Frankreich und England würden dagegen stimmen, dann wäre das realpolitisch einfach nicht durchführbar, da Truppen hinzuschicken, weil man müsste wahrscheinlich auf die Truppen dieser beiden Länder zurückgreifen, weil alle anderen Staaten haben eigentlich keine Soldaten, die sie in größerer Zahl mobilisieren könnten ohne, dass sie enorme innenpolitische Probleme hätten, diese zu mobilisieren. Also die EU ist auch in allen politischen Bereichen nicht in dem Maße handlungsfähig, dass sie wirklich als global player, als globaler Akteur auftreten könnte. Und daher haben wir dann gesagt, wir müssen eigentlich in die Richtung gehen, wir brauchen einen europäischen Staat. So wie es Joschka Fischer in seiner Rede im Jahr 2000 in der Humboldt-Universität vorgeschlagen hat. Und Joschka Fischer hat ohnedies in diese Richtung argumentiert und hat andere zitiert wie Schäuble, in der Zwischenzeit hat auch Verhofstadt in diese Richtung argumentiert und an die hundert Seiten publiziert und seine Meinung kundgetan. Wir brauchen, nachdem es ja nicht möglich sein wird, dass die gesamte EU sich zu einem Staat weiterentwickelt, müssen wir auf Kerneuropa zurückgreifen. Also ein Teil der europäischen Staaten schließt sich zu einem Staat zusammen. Und so wie Verhofstadt dann sagt, jeder Staat kann selbst entscheiden, ob er der Föderation angehören will, also diesem europäischen Staat, oder ob er in der sozusagen zweiten Gruppe bleiben möchte, in der EU. Denn diese Föderation wäre ja Mitglied der Union. Und so stellen wir uns das auch vor, wobei wir zusätzlich sagen, ganz so freiwillig kann das natürlich nicht sein. Ich sag jetzt einmal, ohne Deutschland und ohne Frankreich funktioniert es nicht, hat es keinen Sinn. Und es hat von unserer Sicht auch wenig Sinn, wenn wir da einen total inhomogenen Staat aufbauen, wo die wirtschaftliche Kluft zwischen den einzelnen Gebieten dieses Staates so groß ist, dass der Staat erst recht wieder nur mit sich selbst beschäftigt ist. Das heißt, wir brauchen eine gewisse wirtschaftliche und soziale Homogenität. Und damit kommen eigentlich nur die Westeuropäischen Staaten für diese Föderation in Frage. Die Engländer werden nicht mitmachen wollen, die Skandinavier wahrscheinlich auch nicht, das heißt, es bleibt der europäische Kontinent. Und was die neuen Mitgliedsstaaten betrifft, wäre also Slowenien der Kandidat, wo man auch gleichzeitig ein Signal setzen könnte, und wäre dann also nicht nur ein Bündnis, also eigentlich mehr als ein Bündnis, ein Projekt, es wäre also nicht nur ein Projekt des ehemaligen Westeuropas, sondern auch ein Projekt, das auch den neuen Mitgliedsländern offen steht, wenn sie die Voraussetzungen dafür erreicht haben. Man sieht ja auch bei Slowenien, Slowenien ist ja seit 1.1. Mitglied der Eurozone, ist sicher jenes Land, das von den neuen Mitgliedsländern am meisten wirtschaftlich entwickelt fortgeschritten ist. Also eine Föderation, ein europäischer Staat im Kern der EU. Das macht Europa wieder handlungsfähig, das macht Europa – in Wirklichkeit nur die Föderation, aber damit auch Europa – zu einem global player. Die EU, sage ich jetzt einmal, die Föderation, wenn man es realpolitisch betrachtet und wenn es tatsächlich real werden würde, würde diese Föderation die Union natürlich dominieren. Weil dieser große Staat hätte unabhängig von irgendwelchen Abstimmungsverhältnissen und Stimmgewichten, hätte realpolitisch so viel Gewicht, dass sie eigentlich die Linie der Union vorgeben würde.

F: Haben Sie auch schon zu anderen Ländern Verbindungen?

K: Nein, das müssen wir in Angriff nehmen. Das ist mir bewusst, wobei jetzt haben wir ja ein Präsidium, also in unserem Präsidium sind unsere prominenten Mitglieder, und da muss der nächste Schritt sein, die Idee in andere Länder zu bringen, wobei wir brauchen die Idee wahrscheinlich nicht dorthin tragen, sie ist dort. Weil in Wirklichkeit, die Idee kommt ja nicht aus Österreich, die kommt ja aus Deutschland, aus Frankreich. Also wir müssten eigentlich Kontakt aufnehmen zu ähnlich denkenden. Und die muss man suchen und finden. Wobei es natürlich jetzt am einfachsten wäre für uns, einmal in Deutschland zu schauen. Da gibt's eine Politikerin, und Sie sehen ja, wir sind im christlich-sozialen Bereich, konservativ mag ich eigentlich nicht, weil wir eben ganz bewusst keine Konservativen sind, sondern weil wir innerhalb der ÖVP wahrscheinlich eher als links eingestuft werden, einfach auf Grund unserer wirtschaftlichen, unserer christlich-sozialen, anti-neoliberalen Orientierung. Aber diese Leute gibt es in Deutschland auch, die gibt es in der CDU. Von den Alt-Politikern, die mich so begeistern, ist der Heiner Geißler, der Norbert Blüm, zu denen sollten wir Kontakt aufnehmen, dann haben wir sicher die Möglichkeit über die zu jüngeren Persönlichkeiten in Kontakt treten zu können, von den aktiven Politikern zum Beispiel die CDU Nordrhein Westfalen der Jürgen Rüttgers, geht auch in diese Richtung weg vom Neoliberalismus, wenn er zum Beispiel sagt, es ist in Frage zu stellen, immer nur die Steuern und Löhne zu senken, ob das tatsächlich Arbeitsplätze schafft. Wenn man nur die Löhne senkt, mag zwar sein, dass das die Betriebe zunächst einmal freut, allerdings, wenn alle Betriebe die Löhne senken, dann fehlt die Massenkaukraft und damit brechen den Unternehmen die Umsätze weg. Und das schafft dann natürlich auch keine Arbeitsplätze. Also, es ist ja alles zu kurz gedacht. Was wir im Übrigen auch machen wollen in unserem Verein, wir beschäftigen uns jetzt in unseren Arbeitskreisen mit der Konzipierung eines Politikkonzepts für eine solche europäische Föderation, die einen total gesamtheitlichen Ansatz verfolgt. Also, nicht, dass wir sagen, wir lösen diese Problem und jenes Problem und alles isoliert und in Wirklichkeit, wenn man sich dann anschaut, wenn ich dieses Problem löse, dann reiße ich in anderen Bereichen wieder etwas auf, ein Problem lös ich und ein anderes entsteht dadurch. Und das soll nicht sein. Wenn man ein, Frau Merkel hat einmal gesagt „Politik aus einem Guss“, wobei das in der Realpolitik viel, viel weniger gelingt, als wenn man ein theoretisches Konzept macht, aber wir wollen versuchen, zumindest einmal theoretisch so ein Konzept zusammenzubringen, wo man sagt, die Wirtschaftspolitik passt zur Gesellschaftspolitik, die passt zur Außenpolitik, die passt zur Innenpolitik, wo einfach eins zum anderen passt. Das ist unsere große Vision, die wir derzeit verfolgen, das heißt „Vision 2020“, weil 2020 ist einmal weit genug weg, weil wenn wir sagen „Vision 2008“, das werden wir wahrscheinlich nicht schaffen.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein entwickelt?

K: Das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob ich ein Experte bin. Ich bin auf jeden Fall jemand, der eine Vision von Europa hat. Wie sich das Europabewusstsein entwickelt hat, da kann ich nur sagen, wahrscheinlich gar nicht besonders, das ist meine persönliche Einschätzung. Ich glaube, dass die Österreicher zum Beitritt überredet wurde, oder man ihnen von Dingen erzählte, „ja, wunderbar, ihr könnt mehr verdienen, ihr werdet einen Tausender mehr in der Tasche haben“. Wenn man heute sagen würde 70 Euro würde das eh keinen interessieren, das schaut so wenig aus, aber der Tausender, das

- war halt viel. Und dann ist halt ein anderer Politiker gekommen, der hat gesagt, dann wird das Joghurt mit roter Farbe aus Schildläusen gefärbt, das war doch das Niveau der Debatte. Es hat doch niemand über die wirklichen Herausforderungen diskutiert und gesagt, das kann man nur gemeinsam lösen. Und der Binnenmarkt – also die machen einen Binnenmarkt und dann sind wir heraußen und das ist wirtschaftlich ein Nachteil. Es ist eigentlich immer nur um die wirtschaftlichen Nachteile gegangen. Aber so wirklich überlegt, warum man Europa braucht, hat sich eigentlich keiner. Der Alois Mock hat aber
145 durchaus so argumentiert, dass er gesagt hat, es ist ein großes europäisches Friedensprojekt. Wobei man sagen muss, der Frieden, der so selbstverständlich ist, holt wahrscheinlich auch niemanden mehr hinter der Ofenbank hervor. Jeder sagt natürlich, das ist schön, dass wir den Frieden haben, aber in der Zwischenzeit haben wir andere Probleme, Klimawandel zum Beispiel, wo man sagen könnte, wir geben eine Antwort auf den Klimawandel. Aber das sind ja keine Antworten, wenn
150 man sagt 20 Prozent Reduktion bis 2020, Treibhausgasreduktion, das stoppt uns ja nicht den Klimawandel. Und jetzt hat ein deutscher Politiker gesagt, die Kalifornier, der Arnold Schwarzenegger, die haben das schon fix beschlossen, schon längst. Aber ob wir da alle an Board bringen, die ganze Welt? In Wirklichkeit muss man viel radikalere Maßnahmen setzen, wir müssen ganz raus aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Wir müssten wahrscheinlich, was heißt wahrscheinlich, wir müssen ganz sicher die Kernkraft wieder diskutieren, auch in Österreich. Wir brauchen nicht unbedingt ein Kernkraftwerk in
155 Österreich, aber unsere generelle Haltung, dass wir alle davon missionieren wollen, dass Kernkraftwerke Unsinn sind und dass alle aus der Kernkraft aussteigen sollen, das ist einzigartig in der Welt, das teilt niemand. Diese Haltung teilt niemand sonst mit uns und die werden wir auch, so wie die gegenwärtige Diskussion läuft, wird diese Botschaft auch nirgends auf fruchtbaren Boden fallen.
- 160 F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?
- K: Sicher, das liegt auf der Hand, oder? Wobei ich ja glaube, dass die Politiker auch nicht unbedingt die großen Europaenthusiasten sind. Ich hab da jetzt unser Konzept vorgestellt beim Österreichischen Institut für politisch-strategische Studien und da war unter anderem der Professor Emmerich, der hat mich gefragt „Wie stellen Sie sich das überhaupt vor mit der europäischen Föderation?“ Er hat gemeint, das kann ja gar nicht funktionieren, weil die Politiker würden das niemals machen. Der Bundeskanzler von Österreich, die Bundeskanzlerin von Deutschland, die würden auf das Niveau von
165 Bezirkshauptmännern – ich hab dann gesagt Landeshauptmann – herabsinken, warum sollten die das machen, warum sollen die zustimmen, dass wir da einen europäischen Staat gründen, wo dann ihre Kompetenzen vollkommen ausgehöhlt werden? Also den großen Europaenthusiasmus gibt es bei den Politikern auch nicht. Man muss immer vorsichtig sein bei der Argumentation, aber ich glaube beobachtet zu haben, dass die europäische Gesinnung der Politiker – zumindest im Bereich der ÖVP – dass die seit den Sanktionen abgenommen hat. Also, dass man da irgendwie enttäuscht war von Europa und seitdem hat Schüssel sicher eine weniger pro-europäische Politik verfolgt als vorher. Das glaube ich beobachtet zu haben. Und man sieht es zum Beispiel in der Neutralitätsdebatte. Wenn Österreich Teil eines europäischen Staates werden würde, dann wären wir natürlich nicht mehr neutral, weil ein großeuropäischer Staat kann nicht neutral sein.
170 Das ist unmöglich. Weil er ist selber einfach so wichtig, er bräuchte nicht mal einen Bündnispartner, aber er wäre selber so wichtig, ein global player, dass da Neutralität keinen Sinn machen würde. Und die ÖVP hat ja die Debatte über die Neutralität vollkommen aufgegeben, sondern im Gegenteil gesagt „Wir bekennen uns zur immerwährenden Neutralität“. Das ist der bequemere Standpunkt, weil das ist der Standpunkt, den der Großteil der Bevölkerung einnimmt und wenn man die Mehrheit anstrebt, dann ist das sicher einfacher als zu versuchen, die Stimmung in der Bevölkerung zu verändern.
- 180 F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung?
- K: Da gibt es sicher unterschiedliche Medien.
- 185 F: Die Kronen Zeitung zum Beispiel?
- K: Ich bin generell der Meinung, dass die Kronen Zeitung nicht unbedingt einen großen Beitrag leistet für – wie soll man das ausdrücken? – die Kronen Zeitung vermittelt ein Politikverständnis, das doch eher sehr kleinräumig ist, um das sehr vorsichtig auszudrücken. Also eines, das sich auf Österreich bezieht, mit dem „Mir san mir“-Standpunkt würden wir
190 durchkommen. Aber die Presse oder der Standard machen sicher was in Richtung Europa. Oder der Kurier ist eigentlich auch sehr pro-europäisch. Der Kurier war die einzige Zeitung, die unseren Verein bisher öffentlich vorgestellt hat.
- F: Und wie sehen Sie den ORF?
- 195 K: Ich denke, der ORF ist auf jeden Fall auch pro-europäisch, also pro EU auf jeden Fall. Seh ich auch so. Aber er ist natürlich nicht so pro-europäisch wie der Fernsehsender ARTE, aber der ist ja ganz speziell als europäischer Sender konzipiert.
- F: Gibt es Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?
- 200 K: Haben? Oder werden?
- F: Beides.
- 205 K: Was sicher das Europabewusstsein beeinflussen wird, ist wenn es wirklich zu einer massiven Krise kommt, also wenn es darum geht, dass man zusammenrückt. Wirklich große Ereignisse sorgen ja immer dafür, dass sich etwas massiv verändert. Also der Zusammenbruch des Kommunismus, der hat große Änderungen gebracht. Wenn das ganze einmal ins Rollen kommt, dann kann man bestimmte Dinge nicht mehr aufhalten. Sonst natürlich Kriege haben sehr viele große Veränderungen gebracht. Wobei es natürlich bei Kriegen mit nuklearen Waffen zwischen zwei großen Nationen, wenn es
210 wirklich dazu kommen würde, dann wäre das ja eine große Menschheitstragödie. Also jeder Krieg war natürlich eine Menschheitstragödie. Aber das wäre eine so massive Tragödie, dass das zur Auslöschung der Menschheit führen kann oder vielleicht sogar wird. Der Klimawandel zum Beispiel, wenn der zur Klimakatastrophe wird, dann kann ich mir schon vorstellen, dass sich da im Bewusstsein der Menschen etwas ändert. Aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass das

215 auch in eine negative Richtung geht. Dass der Nationalismus, dass es zu autoritären Regimen kommt, Demokratie nicht
mehr aufrechterhalten werden kann. Das kann auch passieren oder auch denkbar, dass das Europabewusstsein in einer
Bedrohungssituation steigt. Wir müssen das Problem gemeinsam bewältigen, wär auch denkbar. Wir sollen uns ja eigentlich
nicht wünschen, dass das kommt, dass aus dem Klimawandel eine echte Klimakatastrophe wird. Oder wenn es zu einer
militärischen Bedrohung Europas kommen würde, könnte es auch sein, dass wir näher zusammenrücken. Aber was mir
220 wichtiger wäre, wir wollen ja immer positive Szenarien entwickeln, dass wir das Europabewusstsein dadurch – oder sagen
wir es anders, es geht uns ja eigentlich gar nicht ums Europabewusstsein, sondern das Europabewusstsein ist ja ein
abgeleitetes Ziel. In Wirklichkeit geht es in erster Linie darum, unsere Probleme zu lösen. Grundsätzlich sind wir ja alle
Menschen und haben als Menschen zunehmend alle die gleichen Probleme, weil die großen Weltprobleme betreffen
eigentlich alle. Und dann, dann ist Europa eigentlich nur mehr ein abgeleitetes Ziel, wie können wir unsere Probleme lösen.
Besser gemeinsam, besser in größeren politischen Einheiten. Es geht ja nicht darum, dass wir sagen, wir wollen einen
225 europäischen Staat, weil es so schön ist, einen europäischen Staat zu haben, weil wir dann so mächtig wären oder was
immer, sondern es geht ja um die Problemlösungsfähigkeit. Die Kleinstaaten sind keine Akteure, sondern sie treiben im
geschichtlichen Entwicklungsprozess. Aber wir in Europa hätten durchaus das Potential, die Entwicklung zu beeinflussen,
uns und weltweit und dann im positiven Sinn. Wenn wir das schaffen würden, wenn wir einen positiven Beitrag zur
Entwicklung der Menschen leisten könnten, dann entsteht auch ein Europabewusstsein. „Wir haben etwas Positives
230 geschaffen, gemeinsam, darauf sind wir stolz“. Es geht ja auch immer darum, dass man auf etwas stolz sein kann. Und auf
das kann man dann wirklich stolz sein, man muss nicht immer einen Krieg gewinnen, um auf etwas stolz zu sein. Es muss
doch auch möglich sein, dass man auf Leistungen wie wirtschaftlichen Aufbau, soziale Gerechtigkeit, die Bewahrung einer
lebenswerten Welt für die nächsten Generationen, dass man auf das stolz ist. Das wär so mein Traum, dass man auf diese
Dinge stolz ist. Und dass wir sagen, wir gehen es an und wir schaffen es gemeinsam. Wir haben die Kraft und wir haben
235 das Potential und die Ressourcen. Gemeinsam gehen wir das an, gemeinsam mit den Amerikanern, gemeinsam mit
anderen großen Ländern der Welt. Warum schauen wir zu, wie Afrika verkommt, wie dort eigentlich alles immer schlimmer
wird. Das liegt vor unserer Haustür, da hätten wir eine große Herausforderung. Schauen wir doch, dass in Afrika auch
lebenswerte Bedingungen für die Menschen, Wohlstand, soziale Absicherung. Das ist mein Traum, es geht nicht nur um
Europa, sondern um die ganze Erde, die ganze Menschheit.

240 F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?

K: Ja, ich finde das ganz okay, dass Bulgarien und Rumänien beigetreten ist und ich denke, der Westbalkan muss folgen.
Wie gesagt, bei der Türkei bin ich sehr, sehr skeptisch. Wenn das ein kleines islamisches Land wäre wie Bosnien, Bosnien
245 ist zwar kein islamisches Land, aber ein dieser Republiken, aber wenn es ein kleines islamisches Land wäre, dass auf dem
europäischen Kontinent liegt, dann könnte man sagen – aber die Türkei ist doch ein sehr, sehr großes Land. Noch dazu mit
einer demographischen Entwicklung, wo die Türkei bei einem anvisierten Beitritt um 2015, 2020 das größte EU-Land wäre.
Und dann sagt man, man macht keine Reisefreiheit, aber damit wird man ja automatisch ein EU-Mitglied zweiter Klasse
schaffen und eine zweite Mitgliederkategorie, wo noch dazu nur ein Land drinnen ist. Und wenn die Türkei dabei ist, mit
250 welchem Argument sag ich dann, dass nicht andere Länder auch dazukommen können. Marroko möchte, Tunesien könnte
sagen, Tunesien ist im Übrigen von den islamischen Ländern ein sehr aufgeschlossenes Land. Wo ist dann die Grenze?
Was Ukraine und Weißrussland und Russland betrifft, da könnt man sagen, na ja, die sind auf jeden Fall europäische
Staaten. Wenn die Türkei, warum dann nicht auch Russland? Okay, Russland ist zu groß, aber Ukraine und Weißrussland,
die Polen forcieren das ja, dass man die Ukraine aufnimmt. Aber wenn man Ukraine und Weißrussland aufnehmen würde,
255 oder auch nur eines von den beiden, wie fühlen sich dann die Russen? Die Russen fühlen sich jetzt schon isoliert von
Europa. Und dann Estland, Lettland, Litauen, war ja Teil der Sowjetunion, jetzt ist es Teil des Westens, man würde die
Russen total ins Eck treiben und sie von ihren früheren „natürlichen“ Bündnispartnern – ist jetzt vielleicht das falsche Wort –
aber den Staaten, die sie früher wirtschaftlichen Partnern, militärischen Partnern verbunden waren, würde man die Russen
total von sämtlichen dieser europäischen Ländern abschneiden. Und ich glaube nicht, dass das psychologisch sehr gut
260 wäre. Irgendwo muss man also eine Grenze ziehen. Die Vereinigten Staaten haben auch ihre Grenze gefunden. Da
argumentiert niemand, warum werden die kanadischen Staaten nicht in die USA aufgenommen, aber könnte man ja auch
argumentieren. Und Mexiko. Warum macht man nicht überhaupt aus dieser nordamerikanischen Freihandelszone einen
Staat? Also irgendwo wird man eine Grenze finden müssen in der EU. Wenn man so eine europäische Föderation schafft,
dann muss man sagen, dass im Prinzip jedes EU-Mitglied die Möglichkeit haben soll – wie gesagt, wenn es die
265 Voraussetzungen erreicht – dieser Föderation beizutreten. Aber ich denke, dass dann gar nicht alle wollen werden. Gerade,
was die osteuropäischen Länder betrifft, ist es ja so, dass die sehr stolz darauf sind, dass sie wieder die Freiheit errungen
haben. Jetzt waren sie ja eh immer in Bevormundung der Sowjetunion damals, also dass die bereit wären ihre nationale
Souveränität komplett aufzugeben, das wage ich doch zu bezweifeln.

270 F: Wie wichtig finden Sie eine europäische Verfassung?

K: Eigentlich gar nicht, weil es zwar schön wäre, eine europäische Verfassung zu haben, aber ich denke, dass das
vollkommen unrealistisch ist, dass die jemals Wirklichkeit wird. Die Frau Merkel hat das ja erleben müssen, als sie in
Tschechien war, wie man ihr gesagt hat mit den Tschechen nicht, also gerade mit der neuen Regierung nicht. Jetzt könnte
275 man noch sagen, was interessieren uns die Tschechen, die sind so klein und unbedeutend. Aber die Briten: können Sie
sich vorstellen, dass eine Volksabstimmung in Großbritannien jemals positiv ausgeht? Wenn es in Frankreich und in
Holland, das sind EG-Kernländer, Gründungsmitglieder, wenn es da daneben geht,... Wobei man da analysieren muss,
warum die dagegen gestimmt haben. Alle Analysen sagen, dass es nicht deshalb war, weil die gegen eine europäische
Verfassung grundsätzlich wären, sondern die Franzosen haben dagegen gestimmt, weil sie den Eindruck haben, dass die
280 EU nur mehr eine Politik macht, die auf die Interessen der Wirtschaft abstellt und dass die soziale Komponente in der Union
zu kurz kommt. Und dass die EU nicht bietet, was sie heute eigentlich bieten sollte, ein Punkt Schutz der Europäer vor der
Globalisierung. Und das wären auch die Fragen, die die Europäer interessieren würden, nämlich die aktuellen Fragen. Der
Friede ist gesichert, wunderbar, aber was ist mit den Problemen, die wir heute haben? Wann gehen wir die an und wie?
Wenn man den Eindruck hat, die EU ist dafür nutzlos, dann kann man den Bürger dafür auch nicht mehr begeistern. Und
285 ich glaube, nachdem diese europäische Verfassung unrealistisch ist, dass die jemals in allen Mitgliedsstaaten ratifiziert wird,
wäre ich dafür, dieses kerneuropäische Konzept zu favorisieren. Ich glaube, dass man dafür die Menschen im westlichen

Teil Europas – weil es ist ja im Wesentlichen der westliche Teil Europas – dass man dafür die Menschen durchaus begeistern könnte. Wenn man sagt, durch diesen Schritt ist Europa in der Lage, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, umweltpolitisch und auch außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu werden.

290

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

K: Symbole sind natürlich immer wichtig. Weil sich die Menschen damit identifizieren können. Hymne, Fahne, das ist schon was Wichtiges, auf jeden Fall.

295

F: Was ist typisch europäisch?

K: Die Aufklärung, oder vielleicht stimmt das nicht, vielleicht woanders... Nein, die hat sich nirgends anders entwickelt, die ist durchaus typisch europäisch.

300

F: Danke

Experteninterview Thomas Wieser, 7.3.07, 10-10.30 Uhr, Büro Finanzministerium, 27min36sec

Thomas Wieser wurde 1954 in den USA geboren. Nach dem Studium der Ökonomie in Wien und den USA arbeitete er unter anderem in der Internationalen Bank für Außenhandel und bei der EFTA in Genf. Seit 1989 ist er im Bundesministerium für Finanzen im Bereich Wirtschaftspolitik und europäische Integration. Er war unter anderem Leiter der Abteilung für die Koordination Europäischer Integrationsangelegenheiten und Leiter der Sektion Integration und Zoll. Seit 2002 ist er Leiter der Sektion für Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte.

F: Was heißt für Sie Europa?

5

W: Das hängt wahrscheinlich vom Gesprächspartner ab, wenn ich mit einem Geographen rede, dann denke ich an den Ural. Wo ich sitze und mit Ihnen rede, denke ich natürlich primär an die EU. Allerdings hat es mich schon in den frühen 90ern und in den späten 80ern erbittert, wenn die EU über sich als Europa geredet hat und damit einen geographischen und politischen Alleinvertretungsanspruch postuliert hat, der meiner Meinung nach verfehlt war. Aber im Alltagsdiskurs beruflicher Natur reden wir von der EU der 27, meistens heute mit medial negativen Konnotationen. Primär deswegen, weil man sich auf Probleme bei der Vollendung des Binnenmarktes stützt, weil man das Fehlen der Verfassung bejammert, etc. Ich glaube, es ist ganz heilsam, zu vergleichen, eine Reise nach Polen, Ungarn, Rumänien vor 10 Jahren, vor 20 Jahren und damit zu vergleichen, welche Möglichkeiten die Leute dieser Länder heute haben und zu sehen, dass Europa in der geschichtlichen Dimension eine der ganz großen politischen Leistungen – global gesehen – der letzten 50 Jahre war. Insofern, aber ich bin beruflich extrem geschädigt, ist es ein emotional extrem positiver Begriff für mich.

10

F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

15

W: Das ist ein schauriger Begriff, der auch gern von den Medien in den Raum gestellt wird, immer mit ..., dass es fehlt. Mein Sohn, der 13 Jahre ist und an der Internationalen Schule in Wien ist, ist kürzlich gefragt worden, woher er kommt und er hat gesagt „Aus Europa“. Und wenn man jemanden meiner Generation fragt, woher er kommt, dann sagt er „Aus Österreich“. Das ist im Wesentlichen der Unterschied, dass man eine regionale, eine nationale Ausdifferenzierung haben kann und gleichzeitig ein Bewusstsein, dass man starke Gemeinsamkeiten mit Spanien, Irland, Schweden, Ungarn usw. hat. Gemeinsamkeit ist immer relativ zu etwas Anderem und insofern ist es eine Gemeinsamkeit, die wir stärker untereinander haben als relativ zu Mexikanern, Amerikanern etc.

20

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in der österreichischen Bevölkerung seit 1945 entwickelt?

25

W: Die Entwicklung in den ersten 20 Jahren kenne ich nur aus Geschichtsbüchern und aus der oral tradition meiner Anverwandten. Ich bin aufgewachsen in einer Zeit, als die Neutralität Österreichs als etwas Einzigartiges, Großartiges und Notwendiges herausgestellt worden ist, in der es darum gegangen ist, nach den zum Teil traurigen, zum Teil tragischen, zum Teil grauenhaften Erlebnissen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts überhaupt ein verstärktes Nationsbewusstsein den Österreichern einzuimpfen und das ist in übertriebenem Ausmaß gut gelungen. Wenn man sich anschaut, wie chauvinistisch sich Österreicher manchmal gerne gebärden, das ist oft peinlichkeitserregend. Und nachdem man nur eine Identifikationsfigur auf ein Mal haben kann, ist das sicher zu Lasten Europas gegangen, was angesichts des politisch geteilten Kontinents ansonsten auch schwer möglich gewesen wäre. So sehr das Ganze, die EU, die EWG ab den 50er Jahren grundsätzlich und im Hintergrund ein sehr politisches Projekt war, hat es dennoch in den ersten Jahrzehnten den wirtschaftlichen Gedanken sehr stark in den Vordergrund gestellt und hat daher nicht diese Emotionalität entwickelt, die es dann in den späteren Jahrzehnten entwickeln konnte. Sicherlich auch durch die unterschiedlichen Ausgestaltungen der Institutionen, beispielsweise des Europäischen Parlamentes, das in den letzten 10 Jahren an Bedeutung und Einfluss, realen Einfluss gewonnen hat. Insofern ist dieses Weg von einem Austrozentrismus logisch einhergegangen mit einer

30

35

40 Fokussierung auf ein größeres Ganzes. Es ist auch zu konstatieren, dass in Österreich unterschiedliche Regionen, unterschiedliche gesellschaftliche Schichten auf unterschiedliche Art und Weise sich mit einem unterschiedlichen Ganzen identifizieren oder sich damit in Beziehung setzen. So gesehen bin ich ja auch kein idealtypischer Vertreter, da ich dank meines Berufs ein bis zwei Mal in der Woche ins Ausland reise und allein die Einführung des Euro und die Abschaffung bei mir zu Hause von zumindest zehn Geldbörserln, die immer herumgelegt sind, eine starke Vereinfachung mit sich gebracht hat. Wobei ich eben zugebe, dass das eher ein bürgerliches Vergnügen ist, das bei irgendwelchen Mindestrentnern, die sich Reisen ins Ausland gar nicht leisten können, völlig irrelevant ist. Und genauso kann ich mich erinnern, als ich das erste Mal nach unserem Beitritt zu Schengen mit dem Auto über die italienische Grenze gefahren bin und da war Keiner. Das war fast ein spirituelles Erlebnis, dass man ohne die Grauenhaftigkeiten der Grenzkontrolle in ein benachbartes Land reisen kann. Dass ich eben durch den Wegfall dieser Grenzkontrollen die Neozugehörigkeit manifestiert, als es beispielsweise in die USA sind, wo ich um Visum ansuchen muss und wo ich von den Beamten am Flughafen eine Stunde lang peinlich interviewt werde.

F: Gab oder gibt es einen Unterschied in der Stimmung der österreichischen Bevölkerung und der Politiker?

55 W: Nein, überhaupt nicht. Ich kenn kaum oder wenige Politiker, die ein geringes Europabewusstsein haben. Ein früherer Minister, der nicht namentlich genannt werden soll, hat mir mehrfach ans Herz gelegt, mich daran zu erinnern, dass in Floridsdorf gewählt wird und nicht im Ausland. So sehr ich das im Tagesgeschäft als selbstverständlich ansehe, wenn die Politiker ihre eigenen Leistungen loben und das, wofür sie gescholten werden, auf unheimliche, fremde Mächte zurückführen, von denen sie wohlgerne eine sind, weil wenn ich aus einer Ratssitzung von Brüssel nach Hause komme mit einem Abstimmungsergebnis, wo ich nachweislich dafür gestimmt habe oder nicht dagegen gestimmt habe, und mich dann beschwere, dass dieser Mist aus Brüssel mir aufgetrieben worden ist, so hat das natürlich ein erhebliches Maß an Unredlichkeit. So lange wesentliche Entscheidungen in Brüssel auf die Art und Weise gefällt werden, wie sie gefällt werden, werden die Politiker sich so verhalten. Wenn die Politiker sich so verhalten, ist es wenig erstaunlich, wenn das dann durch die Medien transportierte allgemeine Bewusstsein sich dann in einer individuellen Befindlichkeit niederschlägt, dass das, was aus Brüssel kommt, des Grauens ist. Ich bin teilweise in Tirol aufgewachsen und insofern erstaunt mich das weniger als einen Wiener vielleicht, weil in Tirol war alles, was aus Wien gekommen ist, des Grauens, nur das, was in Innsbruck im Landhaus entschieden worden ist, das war prinzipiell ausgezeichnet. Insofern stellt sich die Frage, ob das eine Notwendigkeit einer regionalen Absetzung von irgendwelchen anderen Menschen ist, dass man selber als positiv perzipiert wird und die anderen sind negativ, damit ich umso positiver dastehe. Das sind Verhaltensmuster, die lassen sich in jedem Büro konstatieren, in fast jeder Gruppe konstatieren, und Gruppengefühl entsteht erst dadurch, dass man sich im Positiven und Negativen von der Umwelt absetzt. Insofern ist es vielleicht auch ein Gefühl der Verunsicherung und mangelndes Selbstwertgefühls, dass diese Außenfeindschaft... Diese Außenfeindschaftsrolle muss irgendjemand übernehmen. Die Amerikaner sind es nicht, die Afrikaner sind zu diffus, die Bedrohung durch die Russen ist krass zurückgegangen, die Chinesen haben keine Langstreckenraketen, der lange Arm des Vatikans ist nicht so lang, wie er war, gegen wen soll ich mich abheben? Also muss ich, wenn ich irgendein Feindbild haben muss, um in meinem Selbstbild besser dazustehen, muss irgendwer dafür herhalten. Vielleicht wäre es ganz praktikabel ein Leben auf dem Mars nachzuweisen, dann könnte man sich von irgendwelchen Außerirdischen abheben. Insofern verstehe ich, wie es dazu kommt, auch wenn ich es verachte.

80 F: Welche Rolle spielen die Medien in der Entwicklung des Europabewusstseins?

W: Ich versuche insgesamt wenig österreichische Medien zu konsumieren, weil sie mir alle als inkompetent vorkommen, manche sind inkompetenter und grauenhafter als die anderen. Ich hab vor sieben Jahren zum letzten Mal den ORF gesehen, weil ich mich über die Glattheit der Berichterstattung so aufgeregt habe. Ich lese hin und wieder den Standard, den Rest versuche ich zu vermeiden, aber es gelingt mir natürlich nicht. Im Wesentlichen konsumiere ich die Financial Times und Le Monde und hin und wieder die Neue Zürcher Zeitung und jedes Mal, wenn ich dann dennoch eine österreichische Zeitung aufschlag, bin ich dann völlig von der Rolle, wie inkompetent, oberflächlich und häufig falsch und am Thema vorbei faktisch alle issues abgehandelt werden mit Ausnahme des Skifahrens und der österreichischen Fußball-Bundesliga, die, nehm ich an, sich an den tatsächlichen Fakten und Ergebnissen orientieren. Es ist grauenhaft.

90 F: Und welche Fernsehsender schauen Sie, wenn nicht ORF?

W: Ich schaue nicht fern.

F: Auch keine Nachrichten?

95 W: Um Gottes Willen, das sind ja keine Nachrichten. Deswegen hab ich ja das Fernsehen eingestellt, weil das waren ja keine Nachrichten, sondern fünf irrelevante Schlagzeilen, gefolgt vom Wetterbericht. Da hat man ja überhaupt null Information.

100 F: Würden Sie also eine europaweite Zeitung oder Fernsehen, wie es öfters geplant wird, befürworten?

W: Bin ich auf jeden Fall dafür. Wir schauen zu Hause abwechselnd irgendwelche englischen Sender, französischen Sender, spanischen Sender. Was mir im Wesentlichen fehlt, ist ein fundierter Informationskanal. Allerdings das Zeitbudget, das ich hätte, um diesen zu betrachten, wäre wahrscheinlich auch ziemlich limitiert.

105 F: Gibt es bestimmte Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

W: Der augenscheinlichste Event war wahrscheinlich die Volksabstimmung im Juni 1994, aber da war eher das Ergebnis Ausdruck einer gewissen Europastimmung, als das es eine Europastimmung langfristig erzeugt hätte. Aber an die große Euphorie am 12. Juni kann ich mich erinnern, und das hat vielleicht einen gewissen selbstverstärkenden Effekt gehabt. Was mich am 12. Juni am meisten beeindruckt hat und mich nach wie vor 13 Jahre später immer noch beeindruckt, war die

Haltung der Grünen, die auf differenzierte, aber doch auch heftige Weise gegen den Beitritt waren und am Abend des 12. Juni gesagt haben, okay, jetzt hat die Bevölkerung so entschieden und jetzt ändern wir die Politik, wir sind nicht mehr dagegen, sondern wollen konstruktiv dafür sein. Das fand ich als Reaktion einer österreichischen politischen Partei als einzigartig. Singuläre Events sind mir eigentlich nicht wirklich in Erinnerung, weil das Europabewusstsein generell ein eher schleichender Prozess ist, der nur überlagert wird von scheinbar wichtigen Momentaufnahmen wie Ablehnung der Verfassung in Holland und Frankreich. Aber wenn ich mir plausibel überlege, wie viel hat die Ablehnung der Verfassung in Holland und in Frankreich zu der Grundstimmung der Bevölkerung als solches beigetragen, so überschätzen wir wahrscheinlich das, was auf den durchschnittlichen österreichischen Bürger einen nachhaltigen Eindruck macht. Die Erweiterung mit 2004 respektive 2007 hat im Vorfeld, denke ich, einen ungeheuren Einfluss auf die Stimmung der österreichischen Bürger gehabt – im Negativen. Wenn man sich dann die realen Effekte für Mai 2004 oder Jänner 2007 auf die Österreicher ansieht und auf die Stimmung, die dadurch generiert worden ist, gab es einen unglaublichen Spannungsaufbau, wie schrecklich alles sein wird und dann war nichts. Also insofern, ich weiß nicht, vielleicht ist es zu früh am Tag für mich, fällt es mir schwer, Einzelereignisse zu identifizieren. Temelin hat natürlich auch einen gewissen EU und EU-Erweiterungs-overtone gehabt. Der Beitritt zur EU hat bei den Tirolern, denen ich mich noch ein wenig wesensverwandt fühle, unglaubliche Emotionen bezüglich des Wegfalls der Grenze am Brenner mit sich gebracht. Es hat alte Besitzansprüche gegenüber Slowenien mit sich gebracht, wobei ich besser den ganzen Fragenkomplex Kärnten besser ausklammere, weil sonst sitzen wir morgen noch da. Insofern glaube ich nicht an die wirkliche Wirkung von Großereignissen, sondern der Nachhall hat geringen, aber doch, Einfluss auf die Grundstimmung. Bis dato hätte ich nichts entdeckt, was einen dramatischen Schwenk oder eine dramatische Verstärkung einer gegebenen Grundhaltung ausgelöst hätte. Die so genannten Eliten überschätzen sich und große Ereignisse wahrscheinlich.

F: Wie notwendig finden Sie eine europäische Verfassung?

W: In zwei Teilen: erstens das Papier, das vorliegt und sich Verfassung nennt, ist Humbug. Das ist ein „Vertragerl“, das über weite Teile nichts an der realen Art und Weise, wie in der EU Entschlüsse zustande kommen, ändert. In unserem Bereich ändert sich nicht wenig, sondern gar nichts. Und irgendjemand hat das Wort Verfassung darüber geschmiert und so sichergestellt, dass es als nicht akzeptabel von vielen Leuten bezeichnet wird. In Wahrheit ist es eine bessere Geschäftsordnung, wenn man die ganze Bedarfsprosa aus dem Papier heraustrennt. Ist eine Verfassung in der langen Frist notwendig? Ich denke, so lange sich alle Mitgliedsstaaten auf dem Boden dessen bewegen, was ein allgemeiner europäischer Wertekanon ist, was früher als am Boden des Grundgesetzes bewegend oder im Verfassungsbogen bewegend oder mit solchen Floskeln bezeichnet worden ist, braucht es keine Verfassung, um die Einhaltung solcher Grundwerte sicherzustellen. Insofern ist das eine fast schon metapolitische Frage, ob ich aus anderen Gründen heraus, überall diesen politischen und verfassungsrechtlichen Grundprinzipien noch einen Hut überstülpen will um ein hohes Maß an Einheit damit nicht herzustellen, sondern zu dokumentieren. Und es mag irgendwann einmal die Zeit reif dafür sein, dass man so etwas macht, aber für die Fortentwicklung der Union als solches halte ich es nicht für notwendig. Gemeinsame Außenpolitik kann man auch anders regeln, dazu brauch ich keine Verfassung. Mehrheitsabstimmungen im Bereich des Steuerwesens, dazu brauch ich keine Verfassung. Gemeinsame verteidigungspolitische, sicherheitspolitische Aktionen, dazu brauch ich keine Verfassung. Grundlegende Veränderungen zwischen der Beziehung der nationalen Parlamente und dem europäischen Parlament, dazu brauch ich dann Verfassungsänderungen. So weit sind wir noch nicht.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?

W: Wenn man sich anschaut, wie die neuen Mitgliedsstaaten sich angestrengt haben und reformiert haben im Lauf der letzten 15 Jahre und das immer mit der Perspektive eines EU-Beitritts, dann kann man sagen, dass die Erweiterung Grundzüge eines Esels hat, dem man eine Karotte vor die Nase bindet. So lange die Karotte vor der Nase ist, läuft er am allerschnellsten. Wenn sie dann einmal gegessen ist, dann verliert er deutlich an Geschwindigkeit, die Frage ist, bleibt er stehen oder geht er rückwärts. Bei allen negativen Begleiterscheinungen, die der Transformationsprozess in Bulgarien und Rumänien hatte und nach wie vor hat, war irgendwann einmal unausweichlich der Zeitpunkt gekommen, wo man den Esel die Karotte essen lassen muss. Ob das jetzt 2007 schon oder 2009 erst der Fall gewesen wäre, ist relativ belanglos. Dass sie logische Mitglieder sind einer großen EU, ist glaub ich von niemandem, oder kaum jemals, bestritten worden. Der Beitrittsvertrag regelt ja auch gewisse Maßnahmen, falls man das Gefühl hat, das es nicht so klappt. Bei der Türkei scheiden sich die Geister bekanntermaßen ordentlich. Ich halte eine EU-Mitgliedschaft der Türkei bei weitem nicht so grauenhaft und die Werte des Abendlandes zerstörend, wie viele Kommentatoren. Es ist natürlich für eine homogene EU, die aus sechs Mitgliedern besteht, die bis hin zu einer gemeinsamen Verfassung, zu einem gemeinsamen Verständnis der einzelnen Ausprägungen der Gerichtsbarkeit, der Organisation des Schulwesens und, und, und, so homogen strukturiert ist, im Vergleich dazu wäre die Türkei geradezu EU-zersetzend. Aber so ist die EU nicht und ich glaube, sie wird auch in den kommenden Jahrzehnten mit einer viel höheren Buntheit und Vielfalt zu leben lernen, als das heute der Fall ist. Wie dann Entscheidungen zustande kommen und ob sie immer allen 27 gefallen müssen, ist die Frage. Der Vertrag von Nizza sieht ja schon das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit vor, das durchaus große Möglichkeiten in sich hat, aber auch große Gefahren, weil dadurch die Gefahr der Rosinenpikerei gegeben ist, der Zwang an irgendwelchen unangenehmen Maßnahmen teilnehmen zu müssen, entfällt, dadurch die Gefahr eines institutionalen und emotionellen Fleckerlteppich entsteht und, und, und. Aber am Ende seh ich Aufnahme der Türkei nicht als EU-zersetzend, sondern als bereichernd und die sicherheitspolitischen Dimension deutlich stärkender.

F: Bitte antworten Sie ganz spontan und kurz: was ist typisch europäisch

W: Gutes Essen. Ja, eine sehr starke Gleichwertigkeit Berufslebens und des außerberuflichen Lebens, keine manische Fixierung allein auf das Erwerbsleben, das heißt, das Leben geht zwar, wie viele Untersuchungen zeigen, langsamer von staten als in China und USA, aber in letzter Konsequenz mit einem höheren Maß an Lebensqualität und wie ich meine hat das gros der Europäer eine stärkeren metaphysischen Überbau als viele andere außerhalb Europas.

F: Danke!

Experteninterview Ferdinand Lacina, 15.3.07, Büro BA-CA Am Hof, 15-15.45 Uhr, 33min29sec

Ferdinand Lacina wurde am 31. Dezember 1942 in Wien geboren. Nach dem Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien trat er ein in die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Danach war er Leiter der Abteilung für Finanzplanung der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft und Kabinettschef im Bundeskanzleramt ab 1980. Ab 1982 war er Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1984 Bundesminister für Verkehr, 1985/86 Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und von 1986 bis 1995 Bundesminister für Finanzen. Danach war er Generaldirektor der Giro-Credit.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 L: Also mit dem geographischen Begriff ist das Wort sehr stark besetzt von den Integrationsbemühungen, die ich eigentlich das erste Mal schon mitbekommen hab, als ich eigentlich noch halbwüchsig war und zwar ziemlich intensiv als Mitglied
10 einer sozialistischen Jugendorganisation, und ich glaub, das ist bei verschiedensten Jugendorganisationen der verschiedenen Parteien gewesen, deren europäischen Mitgliedsorganisationen von den Gemeinschaften, also damals war es vor allem die Montanunion nach, eingeladen worden sind, in die Gebäude der Montanunion – das war damals in Luxemburg – und dort einen Tag eineinhalb Tag Informationen über die europäische Integration bekommen haben und den Rest der Zeit und das war also das incentive dort hinzukommen, die internen Fragen dort besprochen werden konnten und
15 das war damals alles auf Einladung der europäischen Institutionen, also damals eben der Hohen Behörde der Montanunion, die das erste Vehikel der europäischen Integration war und damals eine große Rolle gespielt hat eigentlich. Und später habe ich die Diskussionen um die zuerst handelspolitische Spaltung Westeuropas – damals hat ja Europa im Wesentlichen bedeutet Westeuropa – in EFTA und EWG mitbekommen, die Diskussion, die es in Österreich gegeben hat, die Frage, wie das damals der Vizekanzler von der ÖVP gemeint hat „in der Neutralität verhungern“ oder wie das damals Kreisky als
20 Außenminister vertreten hat, Mitglied der EFTA sein. Und dann hab ich beruflich eigentlich immer wieder mit der Integration zu tun gehabt, auch in der Arbeiterkammer, wo wir eigentlich in fast regelmäßigen Abständen vor allem für den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen Untersuchungen gemacht haben vor allem über die österreichische Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Da gab es eine Reihe von Arbeitsgruppen. Die eine war geführt vom damaligen Industriereferenten des Instituts, das war Koren, das muss gewesen sein Anfang, nein Mitte der 60er Jahre. Ja und dann halt später bis hin zu den Beitrittsverhandlungen zur Union. Und jetzt leide ich hie und da unter den Diskussionen über die europäische Verfassung oder dass in Brüssel nicht alles rund läuft beziehungsweise die österreichische Politik dazu neigt, Brüssel die Schuld zu geben, wenn hier etwas nicht rund läuft. Was natürlich als positives und wirklich epochenmachendes Ereignis zu sehen ist, ist die Aufhebung der politischen Spaltung Europas, besonders die Normalisierung in den Nachbarländern, die Demokratisierung und die Auflösung des kommunistischen Herrschaftsbereichs, etwas was für mich
25 vor 15 Jahren noch etwas absolut unvorstellbares gewesen wäre.

F: Und was verstehen Sie unter Europabewusstsein?

30 L: Das ist eigentlich etwas, was nicht sehr viele Leute haben, es sei denn, sie kommen in die Vereinigten Staaten. Ein Österreicher versteht sich normalerweise als Wiener, als Kärntner oder als Tiroler und das Österreichbewusstsein das entdeckt er dann, wenn er dann in Deutschland ist oder in der Schweiz, und dass er Europäer ist entdeckt er frühestens, wenn er über irgendeinen großen Ozean fährt, weil er dann sehr genau merkt, dass „austria“ nicht so wahnsinnig vielen Leuten viel sagt und da gibt es dann so die ersten Anfänge von Europabewusstsein. An sich ist das aber glaube ich nicht sehr stark und wird noch eine ganze Weile dauern. Ich glaube, dass es in Wirklichkeit leider im Abnehmen begriffen war,
35 das heißt das, was eine Generation vorher – ich zähl mich da auch noch dazu – doch noch mit Dankbarkeit vermerkt hat, das dieses Europa ein Friedensprojekt ist, wobei es noch nicht so weit weg war, dass diese Länder alle 50 Jahre oder noch kürzeren Abständen im Krieg miteinander gelegen sind, das wird inzwischen als so selbstverständlich gesehen, dass es nicht mehr Teil eines Europabewusstseins ist. Aber sollte es eigentlich sein.

40 F: Können Sie noch näher auf die Entwicklung eingehen?

L: Also ich glaube, dass es zunächst einmal ist es in Österreich sehr stark an uns vorübergegangen. Einer der Gründe, warum ich für den Beitritt Österreichs zur EU eingetreten bin, war die Hoffnung, dass es dann ein stärkeres Bewusstsein geben wird für gesamteuropäische Probleme, dass Österreich von den Medien bis hin zur Öffentlichkeit stärker an einer europäischen Debatte teilnehmen wird, was für mich Teil des Europabewusstseins wäre und das ist in einem enttäuschen großen Ausmaß nicht eingetreten. Da muss ich leider sagen, da ist nicht sehr viel davon zu bemerken.
45

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

50 L: Sicher. Also ich glaube, dass es zweifellos erstens früher eine positive Stimmung gegenüber Europa gab in der Politikerklasse als in der Gesamtbevölkerung, wenn man den Durchschnitt nimmt. Ich glaube, dass hat sich dann sehr stark angenähert in der Zeit, in der diese Volksabstimmung vorbereitet und durchgeführt worden ist, da haben wir ja wirklich ein respektables Ergebnis damals erzielt. Und seither geht das wieder auseinander, wobei ich gleich sage, dass natürlich nicht nur die Frage des Europabewusstseins, sondern auch taktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben. Etwa die FPÖ, die das in Wirklichkeit als Vehikel benutzt hat, um populistischen Aufwind zu erzeugen, was eigentlich schief gegangen ist.
55 Aber auch bei den Grünen, die sehr stark isolationistisch waren, also Voggenhuber und so, da gab es einen sehr kräftigen

Wandel in die Gegenrichtung. Aber im Augenblick scheint es mir so zu sein, dass man eher, um die eine oder andere Stimmung zu nutzen, dass europakritische Bemerkungen als geeignete Mittel gesehen werden, Wählerstimmen zu maximieren. Also, ich will das nicht übertreiben, aber das scheint mir zum Beispiel ein Antrieb in der Antiatompolitik zu sein.
60 Da gehört also schon etwas dazu, einem Land, das geschlossene Grenzen hatte, dem ausgerechnet mit Grenzblockaden dauernd zu drohen und sie auch tatsächlich durchzuführen. Und das unter dem Applaus vieler Politiker, insbesondere der lokalen Politiker. Also da kommt leider das mangelnde Europabewusstsein der Bevölkerung, also das mangelnde Europabewusstsein mancher Politiker kann sich da durchaus messen. Das ist, glaube ich, heute so.

65 F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?

L: Also, ich glaube, dass damals bei der Volksabstimmung, diese Diskussionen, die es da im Fernsehen gab – man soll das nicht überschätzen, aber diese ganz konkreten Diskussionen – dass die eine Rolle gespielt haben und dass es letzten Endes nur ein einziges Medium gab, das es inzwischen nicht mehr gibt, vom Falk, Täglich Alles, das ausgesprochen europakritisch war, oder eigentlich ablehnend war, während eigentlich doch ein großer Teil der österreichischen Medien hier den Kurs in Richtung Europa in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Intensität, aber doch im Wesentlichen unterstützt hat. Und das hat sicherlich geholfen. Man soll die Medien nicht überschätzen, aber das hat sicherlich dazu beigetragen, dass es da eine positive Stimmung gab. Ich glaube aber, die größte Bedeutung hatte, dass es de facto keine der klassischen großen politischen Kräfte gab, also Sozialpartner oder Parteien mit Ausnahme der Freiheitlichen und Teilen der Grünen, die gegen das Projekt waren. Das hat sicherlich dazu beigetragen, vielleicht mehr als die Unterstützung der Medien.

F: Gibt es bestimmte Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

80 L: Also, was sicherlich eine große Rolle gespielt hat – das betrifft jetzt weniger Österreich, als das Verhältnis Deutschland-Frankreich – war also dieses sehr, sehr starke Bemühen, aus dieser Gegenüber-Position zu einem speziellen Verhältnis zu kommen. Das ist jetzt schon ein bisschen abgeebbt und ist nicht mehr so stark da, aber solche Leute wie De Gaulle und Adenauer, diese spezielle deutsch-französische Freundschaft, hat schon eine sehr große Rolle gespielt und hat wahrscheinlich in beiden Ländern, vielleicht noch in stärkerem Maße in Deutschland, ist zumindest mein Eindruck, wesentlich zu einer Veränderung geführt. In Österreich gab es eigentlich nicht so ganz klare Signale, weil da hat immer die Neutralität eine relativ große Rolle gespielt, nicht am Anfang, aber dann mit der Zeit immer mehr und da war von daher diese Frage auch immer etwas ambivalent. Das heißt zur Zeit der aufrechten politischen Spaltung Europas war es ja wirklich so, dass weder für die EG noch für Österreich es attraktiv schien, Teil dieses europäischen Integrationsprozesses zu sein, nämlich Teil eines Integrationsprozesses, der über den reinen Freihandel hinausgeht. Was jetzt eine große Rolle spielt, waren die negativen Ergebnisse der Referenda in Frankreich und den Niederlanden, also, das zwei Länder, von denen man eigentlich angenommen hat, annehmen musste, dass sie eher europafreundlich sind, dass da, obwohl es im politischen Establishment nicht so viele kritische Stimmen gab mit Ausnahme eines Flügels der Sozialistischen Partei in Frankreich und natürlich der rechtsextremen und der eine oder anderen Gruppe in Holland, hätte es eigentlich, wenn die Leute ihre Präferenzen wie sonst bei Wahlen ausdrücken, hätte eigentlich ein „Ja“ herauskommen müssen. Das war schon ein gewisser Schock. Positiv hat sicher die Öffnung in Richtung Osten gewirkt, auch in Österreich. Das ist dann aber doch relativ bald umgeschlagen in Konkurrenzangst und auch in Ängste Richtung Arbeitsmarkt usw in einem Ausmaß, das auch nicht gerechtfertigt war.

F: Wie haben Sie als Minister den EU-Beitritt erlebt?

100 L: Na ja, das Finanzministerium war ja relativ stark eingeschaltet, weil alles, was mit Geld zu tun hat, betrifft irgendwo das Finanzministerium. Und wir waren, glaub ich, auch recht gut vorbereitet, wir haben also rechtzeitig jenen Teil der Verwaltung, der sich mit Zöllen beschäftigt hat, umgepolt auf eine Integrationssektion, einfach aus der Überlegung, dass es nicht sehr leicht ist, Menschen aus ihrer Arbeit zu motivieren für etwas, was abgeschafft wird bis hin zum Abzug der Zollwache und Ende der Zollkontrollen. Das war der eine Teil nach innen gerichtet, der andere Teil, dass wir in diese intensiven Vorbereitungen der Koordination eingeschaltet waren, weil letzten Endes gerade die Kollegen aus dem Finanzministerium eine wichtige Rolle bei den Beamtengesprächen gespielt haben. Und dann gab es diese berühmten „Nächte von Brüssel“, diese letzte Phase der Verhandlung, wo ich da draußen war. Es war insofern eine schwierige Situation als wir damals überraschend damit konfrontiert worden sind, mit der Tatsache, dass eine Übergangsregelung in der Agrarwirtschaft, die in Aussicht gestellt worden war auf der Beamtenebene, dann plötzlich nicht mehr möglich schien. Was vor allem schwierig war, da die Agrarvertreter bei der Stange zu halten. Und das zweite Problem war der Transitvertrag, wo es dann gelungen ist, eine einigermaßen akzeptable Kompromisslösung zu finden. Das war sicherlich eine der Höhepunkte jener Zeit, die ich da als Minister verbracht habe. Das war doch eines der großen Projekte, die diese Regierung damals hatte. Und insbesondere dann diese Zweidrittel-Mehrheit, weil wir waren uns nicht sooo sicher, wie die Reaktion der Bevölkerung wirklich sein wird. Und dass wir da unter den Beitrittsländern eigentlich als beste ausgestiegen sind in einem Referendum, war schon ein angenehmes Erlebnis. Also, ich habe das in durchaus angenehmer Erinnerung im Großen und Ganzen. Bis auf das Schlafdefizit, das damals entstanden ist, das inzwischen wieder aufgefüllt ist.

120 F: Wie stehen Sie zur europäischen Verfassung?

L: Also, ich glaube, dass dieses Wort „Europäische Verfassung“ viele verwirrt hat, dass das vielleicht etwas zu hoch gegriffen war. Ich glaube es geht einfach um Spielregeln. Ich glaube, den Engländern ist das Wort der Verfassung überhaupt fremd. Die kennen so etwas nicht, nämlich eine schriftlich niedergelegte Verfassung. Und es ist wahrscheinlich gar nicht so unvernünftig darüber nachzudenken, wie man so etwas auf einer etwas bescheideneren Ebene erneut versuchen kann und muss. Aber was glaube ich schon notwendig ist, wenn diese europäische Integration Fortschritte machen soll, müssen Spielregeln gefunden werden, die bei einer solchen hohen Zahl von Mitgliedern – 27 – es nicht in Wirklichkeit zu einem unregierbaren Gebilde machen. Um zu verhindern, dass da wieder allzu viele Kompetenzen wieder abgezogen werden aus Brüssel in die Nationalstaaten, wäre es schon gut, da solche Spielregeln zu haben. Die Gefahr, die

130 jetzt droht, ist eher, dass man da schwache Kommissionen hat und dass diese Schwäche genutzt wird, um sich wieder Kompetenzen in Richtung Nationalstaat zurückzuholen und das würde ich eigentlich bedauerlich finden. Wobei bei allem, was man kritisch gegenüber der EU einwenden kann, ist sie doch ein erheblicher Fortschritt.

F: Und wie stehen Sie zur Erweiterung?

135 L: Also zur Erweiterung bin ich immer sehr positiv gestanden. Was allerdings schon zu sagen ist, es sind nicht die politischen Konsequenzen aus der Erweiterung gezogen worden, das betrifft aber nicht nur die Verfassung, als die Spielregeln, sondern das betrifft zum Beispiel auch die Agrarpolitik. Die gemeinsame Agrarpolitik ist keine gemeinsame mehr, weil der Bauer in Polen ganz anders behandelt wird, als der Bauer in Frankreich, weil auch nach wie vor das
140 Finanzausgleichssystem nicht auf die wirkliche wirtschaftliche Stärke der Ländern, sondern auf ihre Kraft als Lobby eingeht und das ist ein großes Problem. Ich sehe eigentlich die Möglichkeit von künftigen Erweiterungen der EU eher eingeschränkt und zwar eingeschränkt auf die Balkanstaaten. Ich sehe nicht die Möglichkeit auf absehbare Zeit, die Türkei aufzunehmen, wenn auch der Türkei eine solche Mitgliedschaft viel früher angeboten wurde, als das zum Beispiel Österreich angeboten worden ist. Aber sowohl von der Größe des Landes her – es ist nicht nur allein der Entwicklungsrückstand, der ist bei
145 Bulgarien nicht viel kleiner und Bulgarien ist ein deutlich kleineres Land – und den vielen Emotionen, die damit verbunden sind, bis hin zu kulturellen, religiösen, was auch immer, Dingen, die da eine Rolle spielen, ich sehe eigentlich nicht, dass die Akzeptanz da ist und auch die Möglichkeit da ist, die europäischen Strukturen so zu verändern, dass die Türkei aufgenommen wird. Es ist insofern ein schwieriges Problem, als die Amerikaner in diese Richtung drängen, vielleicht auch, um Europa nicht allzu stark werden zu lassen. Wenn man gemein ist, kann man das auch hinter den Wünschen der Briten sehen, die immer sehr für die Erweiterung waren, weil sie gegen die Vertiefung sind. Wo die Türkei eine beachtliche Rolle spielt als, ich will nicht sagen beherrschende Macht, aber doch als Sprecher der ganzen Völker, der Einfluss geht ja hinein bis nach Mittelasien, sondern auch als Brücke zu den arabischen Ländern, zu den islamischen Ländern, aber auf der anderen Seite ist es so, dass dieses Land noch so voll von Widersprüchen ist und doch ziemlich weit weg aus Europa sich entwickelt hat. Also das Osmanische Reich war eine europäische Macht und was wir in der Schule lernen ist ja aufgelegter
150 Blödsinn, die Barbarenvölker da. Zum Teil war der Zivilisationsstand ja durchaus höher als in Westeuropa. Und das gilt natürlich auch für die Araber, braucht man nur nach Sizilien oder Andalusien schauen. Aber das Problem, das ich da sehe, ist, dass es zwar da zu einem kooperativen Verhältnis kommen kann, aber für Europa wird in hohem Maße abhängig sein, ob der türkische Markt sich für sie günstig entwickelt, die Wachstumsraten werden dort sehr hoch sein. Aber ich sehe nicht, dass es zu einer Mitgliedschaft der Türkei kommen kann.

160 F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

L: Ich weiß nicht, ob diese Symbolik eine sehr große Rolle spielt. Ich glaube, dass die europäischen Symbole, die es jetzt gibt, den Menschen einfach viel zu wenig sagen. Also angefangen hat es mit dem grünen „E“, dann ist es weitergegangen mit dem Kranz von zwölf Sternen, wobei diese Interpretation, das ist der Kranz der Maria bestenfalls Kirchenhistorikern zugänglich ist, aber kein Mensch weiß, warum das genau zwölf sind und warum die auf blauem Grund sind. Diese Symbole sagen, glaube ich, nicht sehr viel. In Richtung symbolhaftes geht natürlich die Frage der Diskussion der Europawahlen und ob es nicht sinnvoll, vernünftig wäre, einen Präsidenten der Kommission in einer solchen Wahl zu bestellen. Der nimmt dann natürlich eine sehr starke Position ein und nach den nationalen Regierungen wird das natürlich nicht so schnell
170 kommen. Erst dann, wenn es da einen Kampf zwischen Personen gibt und die einigermaßen bekannt sind, werden die Europawahlen etwas mehr an Interesse finden, als sie das jetzt tun, bin ich der Überzeugung. Also von daher ist es zunächst einmal so, dass solche Dinge wahrscheinlich nicht unwichtig sind, aber das dahinter schon Substanz stecken muss. Was ich für vernünftig halten würde, das wäre relativ einfach, zum Beispiel in der Berichterstattung von staatlichen Medien, Rundfunk oder so was, zu sagen, jetzt müssten wir einmal probieren, wenn zum Beispiel ein Land wie Österreich den Vorsitz hat oder welches Land auch immer, dass man sich einfach vornimmt innerhalb dieses halben Jahres, geht sich fast aus mit 27 Ländern jede Woche nicht nur Lokalnachrichten aus dem eigenen Land zu haben, sondern aus einem Land der EU, das vielleicht ein Fernsehsprecher dort auftritt. Was im Übrigen aber noch viel vernünftiger wäre, wäre ein interne Integrationspolitik, dass also neben der Frau Turnher ein junger Türke, auch der zweiten Generation, die österreichischen Nachrichten verbreitet. Wär nicht so ganz absurd. Aber ich glaube, da müssen wir noch ein bisschen warten, bis denen
180 solche Symbole einfallen, die dafür verantwortlich sind.

F: Und der Euro als Symbol?

L: Der Euro ist sicher bis zu einem gewissen Grad ein Symbol, das Problem ist nur, dass der Euro ein über weite Strecken sehr unbeliebtes Symbol ist, also diese Teuro-Geschichte. Es ist weit überschätzt worden, die Preisauftriebstendenzen. Sie haben ja natürlich insbesondere bei Dienstleistungen, Tourismus oder Gastgewerbe oder so, da ist das eher schamlos damals genutzt worden. Und selbst in jenen Ländern, in denen es zweifellos große Vorteile gegeben hat, zum Beispiel eine so starke Zinssenkung wie in Italien, haben dann populistische Politiker a la Berlusconi so getan, als ob Italien viel besser unterwegs wäre, wenn es den Euro nicht gäbe. Das Problem ist natürlich schon eines, das bemerk ich bei mir selber, dass es ungeheuer lang dauert, bis man sich an die neue Währung gewöhnt hat. Und ich frag mich immer wieder wie es eigentlich meinen Großeltern oder Eltern gegangen ist, die nach dem Ersten Weltkrieg die Inflation mitgemacht haben, dann die Schillingwährung, dann von Schilling auf Reichsmark, von Reichsmark auf Schilling, also wie die das geschafft haben. Ich muss ehrlich gestehen, größere Beträge, ich hab nicht gedacht, dass das so schwer wird rechnen ich noch immer in Schilling um. Und bei kleineren unterschätzt man noch immer die Ausgabe, wenn man sich das anschaut. Und so geht es, glaube ich, vielen und daher ist er kein besonders akzeptiertes Symbol.
195

F: Was ist typisch europäisch?

L: Also typisch europäisch ist die Vielfalt an Sprachen und die Vielfalt an Kulturen und doch die nicht immer ganz einfache Geschichte, die die verschiedenen europäischen Länder miteinander gehabt haben, aber auch der Import und Export von Kulturgütern und Gedanken. Das ist das eine und das andere, das ich hoffe gelingt aufrechtzuerhalten, ist doch eine andere Einstellung zum Staat, als wir sie im angelsächsischen vorfinden, insbesondere USA.
200

F: Vielen Dank für das Interview!

205

Experteninterview Michael Landau, 22.3.07, Büro Caritas Wien, 10-10.30Uhr, 16min42sec

Michael Landau wurde am 23. Mai 1960 in Wien geboren. Nach dem Studium der Biochemie und katholischer Theologie in Wien, setzte er sein Studium in Rom fort. Im Jahr 1992 wurde er in Rom zum Priester geweiht. Seit 1995 ist er Direktor der Caritas Wien.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 L: Ich glaube, dass die Begriffsabgrenzung Europa gar nicht einfach ist. Ich denke Europa ist nicht zuerst ein geographischer, sondern ein historisch-kultureller Begriff. Das heißt, ich meine, das Europa nicht zu verstehen ist ohne seine christlich-jüdischen Wurzeln, ohne die Demokratie der Griechen, die dann hineingespielt hat, ihren Widerhall gefunden hat in der Demokratie der Klöster, ohne das Projekt der Aufklärung, aber auch ohne Kafka, Mann, Cervantes, Dostojewski – es ist nicht zuerst ein geographischer Begriff.

10 F: Spielt der christliche Hintergrund für Sie eine große Rolle bei Europa?

L: Ich glaube, dass die christlichen Wurzeln einen ganz wesentlichen Bode für das heutige Europa darstellen, dass dieser christlich-jüdische Hintergrund wichtig ist, um Europa zu verstehen, wie auch andere kulturelle und religiöse Einflüsse es sind, es genügt daran zu denken, dass auch der Islam ein Stück Realität, positive Realität, in Europa darstellt.

15 F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

20 L: Ich denke, Europabewusstsein, von dem ich glaube, dass es heute nur in Ansätzen da ist, das ist das Bewusstsein, dass wir auch neben dem Tiroler, Vorarlberger, Niederösterreicher, Wiener, neben dem, dass wir Österreicher sind und darauf stolz sind, zugleich auch wissen, wir sind in eine Wert- und Kulturgemeinschaft hineingeboren, die über die Grenzen unseres Landes hinausreicht und die zugleich auch als größere Gemeinschaft internationale Verantwortung hat.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

25 L: Wenn man den Vorgang historisch ansieht, dann hat Europa sicher zuerst als ganz handfestes Friedensprojekt begonnen. Sieht man sich Schumann, Adenauer in den 50ern an, dann ging es darum, dass es nie wieder Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geben soll. Daher ja auch die Union im Bereich Kohle, Stahl, der Versuch wirtschaftlicher Verflechtung. Europa hat hier sichtbar als Friedensprojekt begonnen, aber ich denke, es war immer auch dahinter ein Wertprojekt und ein Gemeinschaftsprojekt, wenn es darum geht, dass es schon in den römischen Verträgen festgehalten worden ist, dass die Völker immer enger zusammenrücken sollen. Ich halte das für einen interessanten Aspekt, der vielleicht heute in der Diskussion gar nicht richtig wahrgenommen wird. Es geht nicht zuerst um den Abtausch nationaler Interessen, sondern es geht – so würde ich die Dokumente und den Geist dahinter verstehen – um die Suche, was ist das gemeinsame Interesse Europas, wie sieht ein europäisches Gemeinwohl aus, wie kann dieses immer näher Aneinanderrücken der Völker gelingen. Das ist eine Aufgabe, die uns noch heute verstärkt beschäftigen sollte.

35 F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

40 L: Ich bin nicht sicher, ob man von „den Politikern“ sprechen kann. Was immer wieder gesagt wird und etwa in den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden zum Ausdruck gekommen ist 2005, das ist, dass es eine gewisse Spaltung gibt, dass in den europäischen Eliten ein positives Europabild da ist, dass aber bei den Bürgern und Bürgerinnen Sorgen und Ängste sehr stark zu Ausdruck kommen und auch wohl in diesen Abstimmungen Gestalt gewonnen haben. Das sind Sorgen und Ängste, wie die soziale Zukunft Europas aussehen kann angesichts einer globalisierenden Welt, das sind Sorgen und Ängste, wie mit dem Thema Vielfalt und Integration umgegangen werden kann und soll, wie die Zukunft des europäischen Sozialmodells aussieht, all diese Dinge, meine ich, stehen hier im Hintergrund.

45 F: Welche Rolle spielen die Medien?

50 L: Auch da ist es schwer, ganz so allgemeine Antworten zu geben. Ich glaube, dass Medien sehr oft einfach vorhandene Stimmungen aufgreifen und verstärken. Ich denke, - und das erfüllt mich auch mit Sorge – dass es ja in Österreich und anderen Ländern immer wieder die Versuchung gab und gibt, die Ängste der Menschen auch politisch zu missbrauchen und hier populistisch letztlich auch die Europathematik zur nationalen Stimmenoptimierung zu missbrauchen. Was dahinter steht, ist ein durchaus reales Defizit, so etwas wie ein Visionendefizit in Europa. Ich meine, dass das europäische Projekt derzeit an der Schwäche leidet, die eigenen gemeinsamen Ziele zu definieren und in der Folge die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Also da ein Stück Visionenarbeit und Leitbildarbeit, das wäre etwas, was ansteht. Denn eines scheint mir klar: in einer zusammenwachsenden Welt sind Formen des Regierens jenseits des Nationalstaates unabdingbar.

55

F: Können Sie sich an bestimmte Ereignisse erinnern, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

60 L: Ich glaube, dass die heutige Generation jüngerer Erwachsener beispielsweise die Situation des Friedens als etwas Selbstverständliches hinnimmt. Wenn die Generation der Väter und Großväter Europa als Friedensprojekt verstanden hat, dann stimmt das auf der einen Seite, denn diese Region hat noch nie so eine lange geschlossene Friedensperiode gehabt wie heute. Auf der anderen Seite ist die Attraktivität dieses Begriffes durch die Selbstverständlichkeit etwas verloren gegangen. Zurzeit sind im Zuge der Integration, wie mir vorkommt, auch manche Dinge aus der Balance geraten. 65 Manchmal hat man den Eindruck, dass auch in Europa zurzeit die Ökonomie die Politik erschlagen hat. Hier eine neue Balance wieder zu finden, hielte ich für außerordentlich wichtig. Das zeigt ja auch die jüngste Diskussion. Sieht man sich die Lissabon-Ziele an 2000-2010 und vergleicht man das dann mit der Revision der Lissabon-Ziele 2005, dann sieht man dass das Thema des sozialen Zusammenhalts aus den primären Zielen herausgerutscht ist. Und der jüngste Armutsbericht für Europa zeigt, dass Europa zunehmend Gefahr läuft, wie auch die Länder Europas, zu einer gespaltenen Gesellschaft zu werden, zu einer Zwei-Klassen-Veranstaltung. Ich denke, dass das Dinge sind, auf die wir sehr aufmerksam sein müssen, 70 damit hier nicht Europa etwas ist, wo Menschen ihre Ängste, ihre Sorgen festmachen.

F: Wie sehen Sie die Integration aus Sicht der Kirche?

75 L: Ich glaube, dass aus Sicht der Kirche dieses Thema sehr positiv wahrgenommen wird, es ist etwas, das zusammenwächst und es ist gut, dass es zusammenwächst. Der frühere Papst hat immer wieder das Bild verwendet, dass Europa auf zwei Lungenflügeln atmen soll. Es war ihm wichtig, dass auch die Länder jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs ein Teil Europas sind und zu Europa gehören. Ich glaube, dass zu Recht auch daher kirchlich der Begriff der Osterweiterung oder der Erweiterung der EU kritisch gesehen worden ist. Denn es geht und ging eigentlich um eine Europäisierung der EU, weil Europa ohne diese Länder unvollständig wäre. Zugleich ist damit natürlich die Frage der 80 Institutionenreform untrennbar verbunden. Also das sind durchaus schwierige Fragen. Europa ist aus kirchlicher Sicht zu allererst ein Werteprojekt, ein Projekt, in dessen Mittelpunkt der Begriff der Menschenwürde steht. Und es ist ein Projekt, wo auch die Kirchen die Aufgabe haben, daran zu erinnern, dass eine starke und zunehmend stärkere Gemeinschaft auch eine internationale Verantwortung übernehmen muss. Dieser Begriff der Solidarität nach innen aber auch nach außen scheint mir in diesem Zusammenhang ein Schlüsselbegriff zu sein.

85 F: Wie stehen Sie zum Beitritt der Türkei?

90 L: Ich denke, zu allererst ist das für mich keine religiöse Frage, weil immer wieder gesagt wird, wie ist das mit dem Islam? Der Islam ist heute ein Teil Europas, ist Teil unserer Nachbarschaft, ist historisch. Ich glaube, die Frage zu stellen, wie sind die Entwicklungen in der Türkei – Europa hat ja mehrfach der Türkei die Perspektive vor Augen gehalten und wird hier seine eigenen Aussagen ernst nehmen müssen – auf der anderen Seite muss auch die Frage der Aufnahmefähigkeit der EU gestellt werden. Ich glaube daher, dass eine abschließende und sinnvolle Beantwortung der Frage heute nicht möglich ist, aber ich denke, es gibt keine Alternative zu einem Gespräch, zu einem intensiven Gespräch mit der Türkei.

95 F: Für wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?

100 L: Es hat einmal jemand gesagt, besser einen guten Vertrag als eine schlechte Verfassung. Ich glaube, dass Europa hinsichtlich seiner Institutionen, aber auch hinsichtlich seiner Ziele, seiner Werthaltungen, seiner Grundgestaltung Nachdenkarbeit braucht und Weiterentwicklung nötig hat. Ich meine daher, dass so etwas wie eine europäische Verfassung wichtig wäre, aber nochmals: besser ein guter Vertrag als eine schlechte Verfassung.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

105 L: Es gibt ja europäische Symbole, ich habe den Eindruck, dass sie noch nicht besonders starken Widerhall finden. Vielleicht auch deshalb, weil dieses Gefühl „wir sind auch Europäer und wir sind stolz darauf auch Europäer zu sein“ noch nicht sehr ausgeprägt ist.

F: Was ist für Sie typisch europäisch?

110 L: Typisch europäisch scheint mir die Neugierde der Menschen zu sein, das Interesse an einander, das Bekenntnis zur Demokratie, das Bekenntnis zu den Menschenrechten, der Versuch, Ökonomie, Ökologie und Soziales in eine Balance zu bringen, die Bedeutung, die den Grundsätzen von Solidarität und Subsidiarität in der Ausgestaltung des Miteinanders beigemessen wird. Typisch europäisch ist aber ebenso dieser gemeinsame Schatz an Erzählungen, an Mythen, an 115 Geschichten, der zu Europa gehört.

Experteninterview **Hans-Peter Manz**, 03.04.07, Büro Finanzministerium, 13.30-14 Uhr, 21min09sec

Botschafter Manz wurde am 7. Oktober 1955 in Canberra geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Er war unter anderem Botschaftssekretär in Bern und Teheran und von 1994 bis 1999 stellvertretender Missionschef bei den Vereinten Nationen in New York. Von 2000 bis 2007 war er außenpolitischer Berater des Bundeskanzlers Schüssel, danach kurze Zeit im Kabinett des Vizekanzlers Molterer. Zur Zeit ist er Botschafter Österreichs in Bern.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 M: Zunächst einmal als außenpolitischer Profi, ist Europa heute stellvertretend für die EU, mittlerweile auf Grund der Masse, die sie erreicht hat, praktisch synonym historisch-geographisch, ist natürlich falsch, aber wenn wir von Europa sprechen, dann meinen wir das in der Union organisierte Europa. Gerade im Zusammenhang mit der Frage des Europabewusstseins ist das heute synonym. Geographisch ist nicht ganz von historisch zu trennen, glaube ich, wir haben ja doch ein sehr stark Europa-zentrisches Weltbild. Historisch hat sich Europa sicher erstreckt in unserem Bewusstsein bis dahin im geographischen Bewusstsein, bis dahin, wo wir an „fremde“ Kulturen gestoßen sind. Das heißt, für mich endet Europa in der jetzigen Konfiguration EU plus Norwegen, Island, die Schweiz, die Kleinstaaten und die noch nicht integrierten 10 Balkanstaaten. Historisch und geographisch lässt sich auch einiges Argument finden in Richtung Moldawien, Belarus und Ukraine unter Umständen, sicher auch für den europäischen Russlands, wenn man will, bis zum Ural, aber das ist von den Staatsgrenzen-Situationen nicht ganz so einfach. Die Türkei ist für mich geographisch kein Teil Europas, ähnliches gilt dann natürlich auch für den südlichen Mittelmeerrand. Wobei nicht notwendigerweise die Grenzen der EU mit den geographischen Grenzen übereinstimmen müssen. Das tun sie jetzt nicht und das müssen sie auch nicht notwendiger 15 Weise in der Zukunft tun.

F: Und Europabewusstsein?

20 M: Na ja, in erster Linie sozusagen die Dualität der Identitäten, das Bewusstsein, dass man eben nicht nur Bürger seiner Gemeinde, seiner Stadt, seines Bundeslandes, oder was auch immer die sonstige subregionale Einheit ist plus seines Heimatstaates, sondern die Zugehörigkeit zu diesem Projekt. Von einem europäischen Staat oder von einem europäischen Gebilde kann man noch nicht sprechen, wenn man es je tun kann. Aber das Bewusstsein, dass die Entwicklung uns dazu bringt, die gemeinsamen Interessen und Ziele auch gemeinsam zu verwirklichen, das ist für mich Europabewusstsein in erster Linie. Ich gehöre nicht zu denen, die eine Vision von einem staatlich vereinigten Europa haben und das für 25 Europabewusstsein halten a priori, auch wenn die europäische Bewegung sehr von diesem Visionären profitiert hat, glaube ich, dass die wesentlichen Elemente für einen Staat fehlen und zwar zwangsläufig fehlen.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich seit 1945 entwickelt?

30 M: Das ist eine gute Frage. Ich glaube, dass zunächst einmal so gut wie kein Europabewusstsein da war, außer unreflektiert in dem Gefühl, das ich schon beschrieben habe, das wir alle so in der Schule gelernt haben, dass die Welt sich um Europa dreht, sozusagen Weltgeschichte in Europa stattfindet. In diesem Sinne hat es sicher ein Europabewusstsein gegeben als zentrale Region, das spiegelt sich bis heute in unseren Positionen wider, die wir gerne einnehmen, wenn wir andere Weltteile kritisieren und nicht ganz zur Kenntnis nehmen wollen, dass gewisse Dinge sich verschoben haben. 35 Europabewusstsein, wie ich es vorher definiert habe, ist sicher erst mit dem Erfolg der EWG und dem schrittweise Aufsaugen der EFTA als solches zumindest bei uns in Österreich feststellbar.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

40 M: Ich glaube schon. Ich halte Europa für ein Projekt der Eliten oder um es anders zu formulieren, Europa ist eine Kopfgeburt. Es gibt keine breite populäre Strömung für die europäische Integration. Das erklärt für mich auch, warum Europa ständig in einem Selbstrechtfertigungsprozess ist, als Projekt, das täglich beweisen muss, was es nützt, zumindest in der täglichen Debatte. Aber Europa ist zweifellos ein intellektuelles Produkt a priori, wo erst die wirtschaftlichen, politischen, akademischen, auch künstlerischen Eliten eine öffentliche Meinung dazu initiieren mussten, wiederum 45 unterstützt von elitären Bewegungen, einzelnen Denkern, sei es Paneuropa oder sonst irgendwie, als Antwort. Die Voraussetzungen dafür waren erst nach dem Zusammenbruch des alten europäischen Machtsystems gegeben. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird ein Prozess abgeschlossen, der schon sehr viel früher begonnen hat. Nach meiner Lesart zumindest begonnen hat mit der Durchsetzung der Aufklärung im 18. Jahrhundert und den darauf folgenden gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, von der französischen Revolution angefangen über die dann eintretende 50 Einteilung in Kapital und Arbeit mit ihren politischen Auswirkungen auf Parteienbildung, auf den Nationalismus, der die alten nichtnationalistischen Feudalreiche zerstört hat und über diesen Umweg dann zur absoluten Katastrophe des Nationalismus als Rechtfertigung für jedwede Gewalttat zum Zusammenbruch des Systems geführt hat. Der letzte Überrest des Europas der Feudalreiche, wenn man so will, war der Zusammenbruch der Sowjetunion mit einiger Verzögerung gegenüber Westeuropa. Aber dieser Prozess ist Mitte des 20. Jahrhunderts abgeschlossen und erst danach hat man ein Modell 55 gesucht, das es ermöglicht hat, trotzdem in großen Dimensionen zu denken, was nicht ausschließt, dass wir geistig noch nicht in Europa angekommen sind in weiten Kreisen.

F: Und die Stimmung heute in Österreich?

60 M: Man muss da sehr stark unterscheiden zwischen der veröffentlichten Meinung, die zum Teil sehr manipulativ ist, und dem was Umfragen sagen. Es hat sich praktisch in den zehn Jahren nicht verändert. Ein überwiegender Teil der Bevölkerung, annähernd zwei Drittel, ist der Überzeugung, dass es mehr Vorteile als Nachteile hat, ein Teil dieses Projekts zu sein. Es ist auch offensichtlich, dass die Stimmung tendenziell besser wird, auch wenn es klar ist, dass nachwachsende Generationen das Vorher gar nicht kennen, eine positivere Einstellung dazu haben, eine neutralere Einstellung dazu haben.

65 Daneben stellen wir fest, dass wir auch eine ähnliche Situation haben, die wir als Föderalisten in Österreich gut kennen, dass es immer leicht ist, auf das Zentrum zu schimpfen und das eine gute Rechtfertigung ist für alles Übel, die fernem Machthaber verantwortlich zu machen. Aber Faktum ist, und die meisten Leute wissen das auch, dass insgesamt die Vorteile die Nachteile, die eingetreten sind, massiv überwiegen.

70 F: Welche Rolle spielen die Medien dabei?

M: Eine immense Rolle, das ist gar keine Frage. Noch einmal: Europa ist ein elitäres Projekt und ist als Konzept nur sehr schwer transportierbar, das muss immer an konkreten Dingen sichtbar gemacht werden. Das hat zum Teil Vorteile, da auch positive Kampagnen gefahren worden sind, ich erinnere an die Zeit des Beitritts, als die Medien in überwältigendem Maße für den Beitritt waren, aus guten Gründen. Aber es ist relativ leicht instrumentierbar und das stellen wir laufend fest. Mein Standardsatz ist: so lange wir noch eigene Europa-Seiten in den Zeitungen haben, sind wir noch nicht in Europa angekommen.

75 F. Und speziell die Kronen Zeitung?

80 M: Ja, sie ist natürlich geprägt von der Linie ihres Herausgebers, der mit dem Konzept nichts anfangen kann. Dafür mag er für einen Teil seiner Generation stellvertretend stehen. Es ist sicherlich populär, aber die Krone ist auch sonst nicht wählerisch mit ihren Angriffen auf alles, was sie in irgendeiner Form als privilegiert oder geeignet für ihre Leserschaft ansieht. Man kann das jetzt nicht bewerten, es ist, wie es ist, und damit muss man leben. Tatsache ist, dass schlechte Nachrichten über Europa gerne und von allen Medien verbreitet werden. Das ist so, damit müssen wir leben. Aber es ändert erstaunlicherweise nichts an der Grundtendenz.

85 F. Fallen Ihnen bestimmte Ereignisse ein, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

90 M: Das glaube ich schon. Und zwar glaube ich das nicht nur historisch, sondern glaube ich das auch für die Zukunft. Immer dann, wenn große Probleme akut werden, das Bewusstsein, dass man dem nur europäisch begegnen kann, sprunghaft ansteigt. Wenn ich den 11. September 2001 hernehme als markantes Datum, da war plötzlich der Ruf nach einer verstärkten Justiz und Polizeiarbeit quer durch Europa gegen den organisierten Terrorismus unüberhörbar. Und in diesem window of opportunity ist es durchaus gelungen große Fortschritte zu machen, die vorher innerhalb der Union umstritten und teilweise blockiert waren. Also insofern hängt das sehr stark davon ab. Es ist meine These, dass es in ruhigen und guten Zeiten am schwierigsten ist, den europäischen Integrationsprozess weiterzubringen und das besonders einfach weil populär ist, dann, wenn größere Probleme zu bewältigen sind. Wir haben das Thema Energieversorgung, Klimawandel, globale Probleme dieser Größenordnung nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösen können. Andere Ereignisse gibt es immer wieder, banal Dinge. Wir haben zum Beispiel gesehen, nehmen wir den Tsunami vor zwei Jahren in Südostasien, wo sich klar gezeigt hat, dass es gemeinsames europäisches Zusammenwirken im konsularischen Bereich, das deutlich effizienter machen hätte können. Seitdem ist man bemüht auf dieser Ebene Strukturen der Kooperation zu schaffen um hier bei so einer großen Katastrophe den eigenen Bürgern schneller und effizienter helfen zu können, anstatt das jeder Staat beginnt für sich mit Evakuierungsflügen und lokalen Stäben usw zu arbeiten. Wir haben es gesehen im Gefolge der Balkankrise in den frühen 90er Jahren, die zunächst einmal eine ziemliche Schwäche Europas demonstriert hat und sich nach der amerikanischen Intervention durchgesetzt hat, das ist eigentlich ein europäisches Problem, das wir Europäer lösen müssen. Es sind immer wieder solche Dinge. Umgekehrt, das hat man auch gesehen, dass ein Ereignis wie der Irakkrieg dann auch wegen einer sehr gespaltenen öffentlichen Meinung und verschiedenen politischen Grundhaltungen eben auch die Unvollkommenheit der europäischen Meinungsbildung auf politischer Ebene deutlich macht.

105 F: Sie haben schon festgestellt, dass die Türkei geographisch kein Teil Europas ist. Wie stehen Sie da zur Erweiterung?

M: Sehr ambivalent muss ich sagen. Zum einen das historische Faktum, dass der Türkei ein möglicher Beitritt in Aussicht gestellt wurde lang bevor Österreich selbst Mitglied war und wir haben natürlich mit unserem Beitritt dieses Versprechen mit übernommen. Von dem kann man sich nicht einfach distanzieren. Zum anderen ist die Türkei aber sehr weit davon entfernt, europäisch Standards zu erfüllen. Das ist keine Frage. Die dritte Frage, die sich stellt und die ist auch offizielle österreichische Position, wir glauben und ich glaube auch persönlich, dass die Union in der Lage sein muss, ein neues Mitglied auch tatsächlich zu integrieren. Und ich verstehe das jetzt weniger kulturell als einen Größenaspekt, der zu beachten ist. Die Türkei Debatte in der Union wird sehr unehrlich geführt in Wirklichkeit, weil zum einen die britische Unterstützung eines türkischen Beitritts strategisch über die NATO führt, zum anderen die Briten aber auch wissen, dass die Agrarpolitik nach einem türkischen Beitritt nicht aufrechtzuerhalten ist. Zum anderen besorgt mich, das sag ich ganz offen, dass wir im Zuge der Beitrittsverhandlung die Türkei zwingen europäische Standards umzusetzen mit denen wir aber alles das zerstören, was die Türkei im Wesentlichen unterscheidet von allen in der Nachbarregion. Das heißt das Atatürksche System eine laizistischen Staates untergraben wir jetzt ganz bewusst, weil es europäischen Standards nicht entspricht, auf Grund einer starken Stellung der Armee ohne zivilistische Kontrolle, einer zweifelhaften Menschenrechtssituation, etc, die aber auch unter anderem dazu gedient hat, so radikalislamistische Tendenzen zu stoppen. Es ist durchaus denkbar, – ich sag nicht wahrscheinlich, aber denkbar – dass eine sich nach unseren Normen organisierende Türkei letztlich mit demokratischem Regime zu einem islamistischen Staat wird. Und dann hätten wir ein massives Problem. Deshalb sag ich ambivalent. Ich habe wie die meisten das Gefühl, die Türkei ist ja nicht ein Staat. Sie hat einen sehr stark europäisierten Teil, der sicher genauso integrationsfähig ist wie der Balkan im weitesten Sinne, aber ist andere Teile der Türkei, die in einem ganz anderen Entwicklungsstadium sind und auch sicher große Probleme hätten zur Integration zu kommen. Ich glaube, dass der Ansatz richtig ist, einerseits Erfüllung der Kriterien, aber andererseits auch dann, wenn es soweit ist, die

Frage endgültig zu klären, ob die Union zu diesem Zeitpunkt auch stark genug ist, dass sie das auch verkraftet und ohne damit die Fortschritte, die man selbst erzielt hat, damit in Frage zu stellen. Es kann nicht sein, dass wir auf Grund strategischer Überlegungen die geographisch-historischen Grenze Europas sprengen und gleichzeitig aber in Kauf nehmen, dass der Integrationsgrad dramatisch sinkt, weil man Rücksicht nehmen muss. Das wird ja auch in der Türkei kritisiert, dass es keine richtigen Verhandlungen sind, da steht der *acquis* und da stehen wir und müssen den *acquis* übernehmen. Da kann man nur sagen, das ist so, das war auch in Österreich nicht anders. Man kann über gewisse Fristen und kurzfristige Ausnahmen diskutieren, aber verhandelt wird nicht, es gibt einen *acquis*. Und wenn dieses System über Board geworfen wird, das heißt wir nicht mehr reden von einem Projekt der Einigung Europas, sondern von einem gesellschaftspolitischen, politisch-wirtschaftlichem Modell, das grundsätzlich universell anwendbar ist und wir sagen wir dehnen diese Zone der Stabilität und des ökosozialen Marktwirtschaftsmodells aus so weit wir können um unser Umfeld so weit wie möglich zu stabilisieren, dann ist das ein völlig anderes europäisches Modell. Das mag manchen vorschweben, aber die Grenze ist dann die große Mauer in China oder ich weiß nicht. Dann gibt es kein Argument, die Nordafrikaner nicht aufzunehmen oder eben bis in die zentralasiatischen Republiken zu denken.

F: Für wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?

M: Wir haben eine europäische Verfassung, ob sie so heißt oder nicht. Die Verträge gehen sehr weit, schon die Römerverträge gehen sehr weit und sind eigentlich nie vollständig umgesetzt worden. Wir hätten viele Probleme weniger wenn de Gaulle nicht die Luxemburger Beschlüsse durchgesetzt hätte schon Anfang der 60er Jahre. Dann hätten wir schon seit vielen Jahren Mehrheitsentscheidung akzeptiert, der Rat. Aber es ist auch sehr viel Mythos verbunden mit dem Verfassungsvertrag, das der Sache geschadet hat. Faktum ist, dass der Verfassungsvertrag viel weniger weitgehend ist als der Vertrag von Nizza, von der Veränderung her, aber auch die Verträge von Amsterdam und Maastricht, in weiten Teilen, gerade der so viel kritisierte Teil drei ist zu 90 Prozent der bestehende *acquis*. Also hier wird viel Schindluder getrieben, die institutionellen Verbesserungen, die enthalten sind, sind auf jeden Fall notwendig um ein besseres Funktionieren der Union zu gewährleisten. Insofern brauchen wir diesen Vertrag oder eine Variante von diesem Vertrag, aber er muss nicht unbedingt Verfassungsvertrag heißen, davon sind wir noch weit entfernt. Wie gesagt, Europa ist kein Staat und wird auch zumindest in meiner Lebenszeit keiner werden.

F: Bitte antworten Sie spontan: was ist typisch europäisch?

M: Typisch europäisch ist, dass es nicht typisch europäisches gibt. Das schöne an Europa ist diese große Vielfalt, das macht Europa aus und auch das Bewusstsein einer mehr oder weniger langen gemeinsamen Kultur, das Bewusstsein einer gemeinsamen Basis, auch wenn man darüber nicht reden darf, ob man das jetzt Werte nennt oder nur historische Wurzeln, aber das ist das, was uns verbindet, was typisch europäisch ist. Aber was einzeleuropäisches, ein einzelnes typisches Merkmal außer über Europa zu jammern fällt mir nicht ein.

F: Vielen Dank!

Experteninterview Friedrich König, Wohnung, 10.04.2007, 9-11 Uhr, 1h05min20sec

Friedrich König wurde am 19. März 1933 in Wien geboren. Nach dem Abschluss der Doktoratsstudien auf der Hochschule für Welthandel und der juristischen Fakultät in Wien war er unter anderem Klubobmann des Parlamentsklubs der ÖVP, Europabeauftragter und Beobachter der EVP-Fraktion, Mitglied des Europarates und Abgeordneter zum Nationalrat von 1970 bis 1994. 1995/96 war er Abgeordneter zum Europäischen Parlament für die ÖVP.

K: Ja vielleicht ein bisschen zur Vorgeschichte. Ich war Klubobmann zu der Zeit, wo wir die Große Koalition wieder begründet haben 1987, und damals mit dem Dr. Alois Mock als Vizekanzler und Außenminister und dem Dr. Vranitzky für die SPÖ als Bundeskanzler, ich als Klubobmann der ÖVP, der Dr. Heinz Fischer, jetzt Bundespräsident, damals als Klubobmann der Sozialdemokraten. Und einer der wesentlichen Punkte war die Vereinbarung im schriftlichen Koalitions пакт, dass wir uns dafür einsetzen, dass wir den Beitritt zur EU beantragen, gemeinsam für Österreich, natürlich dann auch eine Volksabstimmung gemeinsam vertreten und durchführen. Und hier hat aber dann überraschenderweise der Widerstand in der Wiener SPÖ, damals mit der Begründung, das ist sozusagen nur ein Industriellenverein und da kommen die Interessen der Arbeitnehmer zu kurz, ist auf einem Parteitag der Sozialdemokraten in Wien mit zwei Drittel Mehrheit das abgelehnt worden, also der Beitritt zur EU. Und wir haben damals davon Abstand genommen, dass wir das öffentlich ausgetragen haben, sondern wir haben das Gespräch mit dem Vranitzky gesucht und ihm das Vertrauen entgegen gebracht, dass wir nichts tun, wenn er dafür sorgt in den eigenen Reihen, dass das eingehalten wird. Das hat er sehr geschätzt, dieses Vertrauen, und hat auch dann tatsächlich im Herbst des selben Jahres, hat er den Bundesparteitag einggerufen und dort ziemlich deutlich gemacht, dass mit ihm da zu rechnen ist, wenn man auch seine Politik und die der Koalition nicht desavouiert. Und das ist auch gelungen mit einer Mehrheit, nicht mit einer Zweidrittelmehrheit, aber immerhin mit einer Mehrheit in der Gesamt-SPÖ. Und das war der Beginn eigentlich dann eines langen Weges schwieriger Verhandlungen über die Formulierung, und dann natürlich auch, noch viel schwieriger, die Überzeugung der Bevölkerung, dass man in einer Volksabstimmung dem zustimmen soll. Und das war deshalb so schwierig, es gab zwei massive Widerstände. Der eine war, da waren die Grünen, da war der Voggenhuber damals noch, aus dem jetzt vom Saulus ein Paulus geworden ist. Der hat damals noch vertreten, in der EU kann man gar nix erreichen, nur von außerhalb. Und da hat,

20 ich erinner' mich noch, ich war mit ihm auf Veranstaltungen, einmal im Waldviertel, und da hat er sich schon eingeführt, indem er gesagt hat: „Ich bin ein EU-Kannibale.“ Und er hat sich also hier ganz offen massiv zum Widerstand gegen den Beitritt bekannt. Hat sich heute ja völlig gewandelt und ist als EU-Abgeordneter schon lange der Meinung, dass man nur von innen etwas bewirken kann. Was wir damals schon vertreten haben: „Nur wenn wir drinnen sind, können wir auch wirklich etwas mitgestalten.“ Der Zweite war überraschenderweise der Jörg Haider, denn die FPÖ war an sich die erste
25 Partei, die sich immer zum Beitritt zur Europäischen Union bekannt hat. Und der Haider hat das umgedreht, damals mit der Begründung, Maastricht ist jetzt das Gegenteil dessen, was die EU vorher war, und das kann man nicht mehr akzeptieren, und deswegen muss man dagegen sein. Und er war ja auch Klubobmann damals, und in meinen Gesprächen mit ihm habe ich ihm auch damals die Frage gestellt, was sagen denn dann seine Leute, die so lange dafür eingetreten sind, nicht? Sagt er, er versteht das, dass das manche enttäuschen wird, aber er sieht das persönlich eben so und natürlich entscheidet das dann die Partei und der Parteitag, aber es ist für ihn eigentlich undenkbar, dass man dem zustimmt, und nach Maastricht
30 gibt es dann keine Brücken mehr. Und dann kamen dann also alle diese, in der Auseinandersetzung, diese sehr überzeichneten Elemente mit der Schildlaus, wenn Sie das noch mitbekommen haben, wegen der Blutschokolade und ähnliches mehr. Also Übertreibungen jeder Art. Aber natürlich war in der Bevölkerung schon, über die Parteien hinaus, bei vielen die Sorge da, wie wird das mit der Landwirtschaft gehen? Wie wird's mit den kleineren Betrieben gehen? Und überhaupt, werden wir das also wirtschaftlich überleben? Dieser Zusammenschluss in dieser damals schon sehr wirtschaftlich gefestigten Europäischen Union, wenn gleich damals natürlich nur von sieben. Die Volksabstimmung wurde damals unter sehr massivem persönlichem Einsatz vorangetrieben und ist aus folgendem Grund gewonnen worden. Ich habe als einziger österreichischer Abgeordneter die Gelegenheit bekommen, über unsere Fraktion im Europäischen Parlament... das heißt die Europäische Volkspartei, die hat mir die Möglichkeit geboten, fast vier Jahre lang, neben dem
40 Mandat in Österreich, immer wieder in Brüssel zu sein und als Beobachter mitwirken zu können und die Erfahrungen zu sammeln. Und wir haben dort dann, auch als Europäisches Parlament ja, die Aufgabe gehabt, zuzustimmen. Nachdem in diesen nächtelangen... in der Nacht, in der der Alois Mock damals sehr gezeichnet im Fernsehen aufgetreten ist, also es ist gelungen, wir haben die Zustimmung des Rates, kam es ans Europäische Parlament. Und im Europäischen Parlament hat man genau gesagt, eigentlich hauptsächlich von unseren Leuten her, primär von unseren, das waren die mehreren, aber auch von anderen Parteien her, große Bedenken, dem zuzustimmen. Nicht, weil man uns nicht wollte, uns und die Skandinavien, sondern weil man gesagt hat, und das eigentlich zu Recht, der Rat hat immer versprochen, dass man zuerst die Vertiefung machen wird und dann die weitere Erweiterung. Und jetzt will man auf einmal eine Erweiterung machen? Und er hat das später schon abgemildert, nachdem die Spanier gekommen sind, und die Portugiesen, und dann hat er das schon abgemildert und hat gesagt, gleichzeitig soll's das nächste Mal gemacht werden. Also nicht vorher, sondern
50 gleichzeitig. Und gleichzeitig war auch nicht vorgesehen. Also daraufhin haben die gesagt, bitte, wir dürfen jetzt nicht zustimmen, sonst bekommen wir nie mehr die Vertiefung, die so dringend notwendig ist, damit die Union funktionsfähig bleibt. Und damals war also wirklich die Sorge da, dass im Europäischen Parlament die Zustimmung verweigert wird. Und zwar haben die Leute das sehr geschickt gemacht, die dieser Auffassung waren. Sie haben nämlich gesagt, wir haben volles Vertrauen zu euch, aber ihr müsst verstehen, wir sind wirklich hier daran gebunden, wir müssen für die Zukunft der EU sicher stellen, dass zunächst einmal die Vertiefung zumindest zugleich ist und da liegt nichts vor. Und daher werden wir nicht dagegen sein, sondern wir werden einen Antrag einbringen, zu vertagen, bis das vorliegt. Begräbnis erster Klasse. Also dieser Antrag hat draußen, fast wie eine Springflut, ständig mehr Unterschriften bekommen, bis zu dem Datum, wo das also im Parlament abgestimmt werden sollte. Und dann haben wir versucht, im Schneeballsystem, die Leute anzusprechen, die das unterschrieben haben, diesen Antrag. Und andere natürlich auch, aber vor allem, die es unterschrieben haben, und haben ihnen die Frage gestellt, haben ihnen erstens einmal gesagt, wir haben natürlich keine Freude damit, aber wir verstehen sie. Wir sind auch der Meinung, dass der Rat hier schuldig geblieben ist, sein Versprechen einzulösen. Wir verstehen sie, nur dass wir da jetzt die Opfer sein sollen, das kann uns keine Freude bereiten und trifft uns hart, weil wir dieselben Auffassungen haben. Wir waren ja auch der Meinung, die Vertiefung muss erfolgen. Dann haben wir gesagt, wenn sie nicht durchkommen mit ihrem Antrag, werden sie uns dann ihre Stimme geben? Da haben die meisten gesagt,
65 also bitte, es ist ja nicht gegen euch, sollten wir hoffen, dass wir durchkommen, aber wenn wir nicht durchkommen, werden wir euch die Stimme geben. Und das hat dazu geführt, sie kamen nicht durch, dass dann wir eine Zweidrittelmehrheit im Europäischen Parlament hatten. Da hat dann der Dr. Mock, also als Außenminister, wie das durchgegangen ist im Europäischen Parlament, natürlich draußen bei uns gesagt, also bitte, wenn das Europäische Parlament uns mit zwei Drittel Mehrheit seine Stimme gibt für die Aufnahme, dann können doch wir das in Österreich nicht ablehnen. Und das hat dann bewirkt, dass wir auch fast zwei Drittel gehabt haben bei der Abstimmung. Also das ist der Hintergrund, wie die Dinge gelaufen sind, und ja, das weitere ist ja bekannt und die jüngere Geschichte. Eines muss ich allerdings sagen, und das möchte ich als persönliches Credo sagen: Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass es richtig war, dass wir den Beitritt angestrebt und erreicht haben, aus zwei Gründen: Erstens, weil nur ein integriertes Europa, auch ein großes, in der Lage sein wird, im 21. Jahrhundert auch international, weltweit, eine entsprechende Stellung einzunehmen, und Einzelstaaten,
75 auch die größeren, allein das nicht können, angesichts der großen Weltmächte. Und zweitens, weil wir davon ausgehen müssen, dass ein kleines Land wie Österreich das schon gar nicht kann. Und da ist auch die Schweiz kein Gegenbeispiel, denn die Schweiz hat also nur, auch dank des österreichischen Einsatzes, erreicht, dass sie Verträge bekommen hat, die ihr das sichern, dass sie nicht ausgeschlossen ist. Und das einzige, was man in dem Zusammenhang wirklich also zutiefst kritisieren muss, ist, dass die damals Freiheitlichen, jetzt BZÖ-Minister, das war eben noch die Freiheitliche Partei damals, der Verkehrsminister, es damals verabsäumt haben, Bundesgenossen zu suchen und zu sagen, das kann ja nicht sein, dass wir der Schweiz im heikelsten Punkt, dem Transit, die Möglichkeit einräumen, dass sie nach eigenem Gutdünken nicht an diese Richtlinien der EU gebunden sind, Wegekosten, also Mauten, festlegen kann, auch die Querfinanzierung für die Bahn machen kann, das haben ja überhaupt erst die Untertunnelungen der Schweiz ermöglicht, und dabei natürlich den Binnenmarkt massiv verletzen, weil das ist ja eine ungeheure Bevorzugung gegenüber den anderen und hat zu einer starken Verkehrsumleitung geführt, also eigentlich hat die EU damals mit dem Vertrag und der Nichtermöglichung, dass die anderen Mitgliedsstaaten, die die gleichen Bedingungen haben, das gleiche Recht natürlich bekommen, damit es zu keiner Wettbewerbsverzerrung kommt. Das hat sie nicht gemacht und der zuständige Minister, oder Ministerin, ich weiß jetzt nicht, wer es damals war, hat jedenfalls kein Ohrwaschel gerührt und es ist daher das veranschlagt worden und die Folgen haben wir heute.
90 Und das führt mich zum grundsätzlichen Zweiten. So sehr ich also der Meinung bin, dass die Entscheidung richtig war, dass es auch für Österreich wichtig, also insgesamt und für Österreich richtig war, dass man an dieser Politik festhalten muss, so sehr bin ich der Meinung, dass die jetzige Politik der EU und die jetzige Struktur der EU den Anforderungen absolut nicht

entspricht, und bin eigentlich schon geneigt, dem Delors zuzustimmen, dem ersten und damals wirklich großen Kommissar, dem Kommissionspräsidenten, Sozialdemokrat unter Mitterrand, der ja damals die Idee des konzentrischen Kreises entwickelt hat, mit dem EWR, dem Europäischen Wirtschaftsraum, dass nämlich, wie er jetzt gesagt hat, die Spitzen der Regierungen in der EU die EU im Begriff sind, an die Wand zu fahren. Und ich fürchte, dass er damit Recht hat. Wenn wir nicht wirklich die Politik der EU und die ganze Struktur der EU demokratisieren, transparent machen können und damit verändern. Und das ist eigentlich meiner Meinung nach die Hauptaufgabe, die wir jetzt haben.

Gut, das ist einmal das Grundsätzliche. Und die Enttäuschung, die man heute in Österreich feststellt, aber nicht nur in Österreich, sondern auch anderwärts, ist meiner Meinung nach prinzipiell darauf zurückzuführen, dass es immer mehr Menschen gibt, die sagen: Die EU hilft uns nicht, sie schützt uns auch nicht. Sie hat zwar seinerzeit von allen gefordert, dass sie entsprechende Mitgliedsbeiträge zahlen – dafür, dass sie im Binnenmarkt sind, müssen also die stärkeren Staaten eben Nettozahler sein, die anderen bekommen was, also die Solidarität. Sie öffnen aber über die WTO dann allen anderen, völlig gratis die Tore und sie sorgt nicht für faire Wettbewerbsbestimmungen, es gibt ein Umweltdumping, es gibt ein Dumping durch das Fehlen jeglicher sozialer Mindestnormen, es gibt ein Dumping durch – zumindestens in China, aber nicht nur dort – ein Dumping durch völlig manipulierte Kursfestsetzungen, es gibt in einigen Ländern massives Abkupfern der Patente und keine Akzeptanz des Patentrechtes. Also, es gibt Klimaschädigungen dadurch bei uns auch, massiv, und insgesamt in der Welt auch natürlich, und unsere Firmen müssen die Auflagen erfüllen, die dort nicht. Also das alles lässt die EU zu und die Kommissare, die hier zuständig sind, wie der Herr Mandelson in der WTO, die rühren also auch in diesen Dingen keinen Finger, um das zu tun, was sich die Bevölkerung hier erwartet, nämlich einen fairen Wettbewerb im weltweiten Maßstab. Und das führt zu den Enttäuschungen, damit verbunden natürlich die große Arbeitslosigkeit, die immer mehr auch die qualifizierten Kräfte erfasst und europaweit ist, auch wenn jetzt momentan eine gewisse Konjunktur das überdeckt. Denn es ist ein strukturelles und kein konjunkturelles Problem. Das kann es zwar verringern oder verschärfen, aber das strukturelle Problem wird damit nicht beseitigt. Und so lange die Kommission das so macht, wird's auch nicht besser werden.

So, das war mal eine Einleitung und jetzt fragen Sie bitte und ich werde versuchen, da kurz zu antworten.

F: Was heißt für Sie „Europa“?

K: Also, schauen Sie, Europa und seine Grenzen, das sind immer die Fragen, die kommen, nicht? Also Europa ist, ich war im Europarat, war dort auch Vizepräsident, und die haben bewusst keine Grenzen gezogen. Also wir haben nicht nur Russland drinnen, im Europarat, sondern wir haben Armenien, wir haben Azerbaidzjan, wir haben Georgien drinnen, also mit der Begründung, dass diese Staaten der europäischen Kultur, der christlich-abendländischen Kultur, aber bitte bei Azerbaidzjan schaut's ja anders aus, die sind ja Muslime, dass die der immer verbunden waren. Tatsache ist natürlich auch, dass Azerbaidzjan in den Europarat gekommen ist, weil man gesagt hat, man kann von den Kaukasus-Staaten nicht einen ausklammern, weil dann würde man die Spannungen verschärfen statt die Spannungen zu vermindern. Das ist eine sehr pragmatische Sicht der Dinge, die der Europarat hatte, nur der Europarat, wenn ich das jetzt einmal ein bisschen vereinfachend sage, der ist ein Zusammenwirken, ein freiwilliges, souveräner Staaten, die EU aber ist gewissermaßen eine Familie, die durch Heiraten entsteht, mit gegenseitigen Verpflichtungen und daher ein viel engeres Verhältnis. Daher kann man nicht sagen, wenn ein Staat im Europarat ist, dann hat er auch automatisch Anspruch, in der EU zu sein. Und daher ist meine Meinung, dass wir in der EU sehen müssen, dass wir wegkommen von diesem Gedanken, dass man ganz, ganz schnell ganz, ganz weit erweitern kann. Das suggeriert die EU, weil früher hat man maximal drei Staaten aufgenommen, das hat bewirkt, dass man die dann integrieren konnte, und nach der Integration kamen die nächsten dran. Mit den zehn auf einen Streich, die der Prodi so gelobt hat, hat also manches Unglück begonnen. Weil das einfach die EU überfordert hat und weil man dadurch die EU also sehr stark verwässert hat und es wird lang dauern, bis man die integriert. Und man hat außerdem Prinzipien über Bord geworfen. Man hat beispielsweise ja für die Erweiterung den Grundsatz gehabt, dass man nur Staaten aufnehmen kann, die keine Grenzprobleme haben. Dann hat man das bei Zypern gebrochen, mit der Illusion, na wenn's bei der EU sind, dann lässt sich das alles viel leichter lösen. Das war der erste Sündenfall. Der zweite Sündenfall passierte dann in Saudi-Arabien, als man auf Druck der Türkei gesagt hat, 'Naja, dann geben wir auch den Türken den Kandidatenstatus.' Also nicht die Mitgliedschaft natürlich, aber einmal den Kandidatenstatus. Und das ohne Vorbereitung, ohne längere Diskussion, ohne auf die Bevölkerung zu achten. Und damit hat man ein massives Misstrauen geschaffen, auch gegenüber den verantwortlichen Spitzenpolitikern. Und die Ablehnung ist ja in Frankreich nicht nur dadurch, aber auch dadurch mitgekommen, und dasselbe in Holland. Bei uns ist es ähnlich. Würde man bei uns eine Abstimmung machen, dann wäre es bei uns genauso. Also es würde genauso daneben gehen. Und das zeigt, dass die Politik falsch ist, dass man das nicht machen kann. Jetzt haben wir Rumänien und Bulgarien und auch wieder keine Vorbereitungen dafür. Der Prodi hat diese Zehn immer vertreten, das muss gehen, weil die sind verwoben miteinander, das muss man in einem machen, aber er hat nichts vorbereitet dafür. Er hat es eigentlich völlig verabsäumt, über den Termin hinaus zu denken, was dann passiert. Und so schaut's jetzt aus, nicht. Und das schafft natürlich diese massiven Ablehnungen und Widerstände und die Befürchtungen und gefährdet den Zusammenhalt in der EU und damit also auch die Wirksamkeit und bitte hoffentlich nicht den Bestand der EU. Aber wenn man nichts ändert, kann auch das einmal in Frage gestellt werden und daher muss für mich die EU ein kohärentes Gebilde sein. Und ich bin in einem Think Tank da, weil die haben gebeten, dass einige ältere Politiker ihnen halt auch zur Verfügung stehen, aber das sind junge Leute, meisten in der Wirtschaft tätige, in anspruchsvollen Aufgabenbereichen, und die haben die Idee entwickelt, dass man das, was der Delors mit den konzentrischen Kreisen gedacht hat, nämlich dass man einen äußeren schafft, in denen also dann die Staaten sind, die derzeit nicht können oder nicht wollen, - Norwegen und die Schweiz wollten ja nicht beitreten, nicht – also wer nicht wollte oder nicht konnte, weil er die Voraussetzungen nicht hatte, wo auch wir drinnen waren, weil man damals gesagt hat, das geht jetzt nicht. Und wo ich immer vertreten habe, ja bitte, das ist ein Abstellgleis für uns, wir gehören hinein, wir können das nur als Übergangslösung betrachten. Und das ist Gott sei Dank auch die Politik der ÖVP gewesen. Ich war damals der Europasprecher der ÖVP. Und dieser Think Tank hat jetzt die Meinung, wir haben jetzt diese starke Erweiterung und dieses äußerst heterogene Gebilde. Daher ist es sinnvoll, zu sehen, dass man die Idee des Delors aufgreift, nur muss man jetzt sozusagen einen inneren Kreis schaffen. Das ist das, was der Verhofstadt, der Ministerpräsident der Niederlande, auch vertritt, dass man sagt, in etwa, nicht ganz genau, aber in etwa, die Euroländer sollten voran gehen, sollten gewisse Dinge gemeinsam machen, weil sie eben eine gemeinsame Philosophie haben, eine gemeinsame Überzeugung, sie wollen eine Vertiefung haben, sie wollen eine politische Union, während wir ja andere Länder haben in Europa, die das eigentlich nicht wollen. Die wollen eigentlich eine große Freihandelszone. Das sind die

170 Briten, das sind die Skandinavier, das ist Polen und Tschechien, so wie es derzeit ist, und bei den Balten weiß man's noch nicht so genau. Das sind also eine Reihe von Ländern, die eine andere Auffassung haben. Und man kann das ja nicht, wie soll man das vereinen? Man kann nur sagen, es gibt beides. Das eine ist das umfassendere und losere Gebilde, und das andere könnte ein engeres sein, das voraus geht, und wenn das erfolgreich voraus geht, dann muss es den anderen natürlich, wenn sie die Voraussetzungen bereit sind, auch zu erfüllen, natürlich auch offen stehen. Wie wir's beim Euro haben, wie wir's bei Schengen haben, und ich halte persönlich auch diesen Weg als den einzig gangbaren. Ich habe auch versucht, ich bin Europareferent des ÖAB, und meine Berichte gehen, so vierteljährlich mach ich das ungefähr, gehen auch an einen darüber hinaus gehenden Kreis bei uns. Ich habe auch versucht, das heißt über einen Bekannten wurde ich gebeten, ob ich das auch zur Verfügung stelle in Deutschland draußen, weil die ja jetzt mit dem Vorsitz an allen möglichen Ideen interessiert sind. Ich hab auch da gesagt, bitte, die einzige Chance ist, wegzukommen von der Hoffnung, man kann diese gescheiterte Verfassung wiederbeleben, weil eben unterschiedliche Erwartungen an diese Verfassung gerichtet werden. Ob man eine Freihandelszone will oder eine politische Union haben will, da gibt's derzeit keine Chance, einen tragbaren Kompromiss, sagen wir so, einen handlungsfähigen Kompromiss zu schaffen. Und daher ist es viel besser, man greift das Konzept auf, konkrete Dinge zu tun, und die voranzutreiben, mit denen, die eben bereit sind, und in der Lage sind auch dazu, das gemeinsam zu verwirklichen. Und daher: Was ist Europa? Europa wird meiner Meinung nach noch lange in einer Entwicklungsphase stecken, und wird am besten weiter kommen, wie man das schon beim Euro gesagt hat und bei anderen, wenn sozusagen die schnelleren Boote nicht durch die anderen aufgehalten werden. Vor allem dann, wenn die anderen eigentlich gar nicht in so ein enges Gewässer hinein fahren wollen, sondern lieber im großen Ozean der Internationalität sich bewegen wollen.

185 F: Was verstehen Sie unter Europabewusstsein?

190 K: Also das ist, würd' ich sagen, generationenabhängig. Die jüngere Generation, die auch viel reist, hat natürlich schon eher ein Europabewusstsein entwickelt, weil es halt auch was anderes ist, wenn man nach Amerika fährt und die fragen, man ist Europäer. Nicht zum Beispiel Österreicher und die sagen, „Aha, Kängurus.“ Nicht? Also das ist ein bisschen überzeichnet, aber es ist halt so, so wie wir nicht die Einzelheiten der Bundesstaaten der USA kennen, so ist es natürlich umgekehrt auch, in der Bevölkerung jedenfalls, und daher: Europa ist identitätsschaffend, international. Und weil die Jungen viel heraus kommen, ist glaub ich auch das Europabewusstsein hier stärker.

195 Für die Älteren aber ist Europa eine, sollte es sein, eine Gemeinschaft gleicher Werte, gleicher Grundauffassungen, dazu zählen auch die Säulen im religiösen Bereich. Unabhängig, wie religiös einer ist, aber unsere Geschichte ist eben auf diesen Wurzeln entstanden mit all ihren Irrungen und Wirrungen, aber sie ist so entstanden. Und das ist ein anderer Europabegriff: Ein historischer, ein sehr fundierter Europabegriff, und die ältere Generation steht halt, wenn sie nicht schon als Senioren auch viel herumreist und die Vorteile einer gemeinsamen Währung wenigstens als das empfindet, was sie auch sind, da ist für viele eher eine Bedrohung durch Identitätsverlust und so weiter. Also ich glaube, das muss man sehen, das ist unterschiedlich. Natürlich ist Europa für viele auch leider Gottes jetzt in der jüngsten Zeit damit verbunden, dass man die Kommission nicht mehr betrachtet als eine Führung, die sich bemüht, um auch den Menschen hier Schutz zu bieten in der internationalen Konkurrenz, sondern dass sie eine ist, die für viele auch eine Bedrohung darstellt. Für die Jüngeren auch und auch für die Älteren, und dass sie also in manchen Dingen wirklich auch den Eindruck erweckt, dass sie sehr stark einem einseitigen Lobbyismus folgt und damit also noch mehr an Vertrauen verliert.

205 Das gilt zum Beispiel für die Gentechnik sehr stark, wo man also wirklich sagen muss, es ist unfassbar, dass man sich dem Vorwurf aussetzt, dass man selbst dann, wenn im Ministerrat die Freigabe einer Gen-Sorte wegen Bedenken, Gesundheitsbedenken, Bedenken, dass sich auf Grund der Rückstände womöglich dann auch im Gesundheitsbereich Resistenzen ergeben, dass man im Ministerrat ablehnt mit Mehrheit – die Zuständigkeit liegt im Ministerrat – und die Kommission dann her geht und sagt, aber das ist nicht eine qualifizierte Mehrheit, daher ist es für uns kein bindender Beschluss und wir stimmen trotzdem dafür. Also dass die Kommission sozusagen das Ersatzparlament stellt, das ist für viele wirklich also unerträglich und die Kommission wird von vielen in ihrer jetzigen Form und Führung als Feind betrachtet, das muss man sehen, echt als Feind betrachtet. Und das ist gefährlich, für Europa und für die Zukunft, weil wenn eine Exekutive völlig das Vertrauen verliert, aber das Monopol hat in Gesetzesinitiativen, dann hat sie mit den Verfassungsvertrag meiner Meinung nach auch sehr stark Vertrauen verspielt. Erstens deshalb, weil keine Transparenz da war. Ich würde sagen, dass ein Großteil der Abgeordneten in allen Parlamenten, die dafür gestimmt haben, den Inhalt im Wirklichen, in seinen Auswirkungen im Detail, nicht gekannt haben, sondern einfach nach den Erklärungen, die jeweils das Außenministerium, die Regierung entwickelt hat, dann abgestimmt haben. Sonst wäre es wohl nicht möglich gewesen, dass in diesem dritten Teil dann solche Abstrusitäten enthalten sind, die mit der Demokratie unvereinbar sind und auch natürlich dann für eine Verfassung völlig ungeeignet sind. Also wenn man den ersten Teil zum Beispiel sehr klar hat, was vernünftig ist, Kompetenzen der EU, ausschließliche Kompetenzen der Länder, so wie im Regierungskonzept, und dann gemeinsame.

220 Was wir jetzt etwa haben in den Direktiven, wo die EU eine Direktive erlässt, aber die Anpassung an die jeweiligen Landesbedürfnisse dann eben durch die Verordnung der Länder erfolgt, so wäre das zu verstehen, aber im dritten Teil wird, der verpflichtend ist, verbinden ist, steht dann drinnen, also die gemeinsamen Kompetenzen können die Länder so lange wahrnehmen, bis die EU das an sich zieht. Oder nur so lange, wie die EU das nicht an sich zieht, das kommt auf's Gleiche heraus. Und dann gibt's noch ein Harmonisierungsgebot, also eine Verpflichtung sogar für die EU, dafür zu sorgen, dass auch im Bereich der ausschließlichen Länderkompetenzen die unterschiedlichen Regelungen, die ja der Subsidiarität entsprechen, harmonisiert werden auf eine einzelne EU-Form. Das heißt, sogar hier ist praktisch das Subsidiaritätsprinzip ad absurdum geführt. Und es hat der Prof. Schambeck jetzt ein Buch in Arbeit, wo er über die Entwicklung der Subsidiarität und den Schutz der Subsidiarität spricht, auch in dem Zusammenhang mit der Verfassung. Und damit wurden von sehr kompetenter Seite ähnliche Überlegungen angestellt, dass man also damit die Durchsetzbarkeit der im ersten Teil vorgesehenen Subsidiarität und der Nötigkeit der Einsprüche sogar durch die Mitgliedsstaaten, die Parlamente der Mitgliedsstaaten, wenn's mehrere sind, dass man die ad absurdum führt, weil nämlich im dritten Teil de facto nur mehr temporäre gemeinsame Kompetenzen sind und landesausschließliche Länderkompetenzen, insofern nicht durch Harmonisierung vereinheitlicht. Also ich glaub, die Vereinheitlichung ist der höhere Zweck.

235 Also das sind alles Entwicklungen, wo ich sagen muss, die Verfassung kann's nicht sein und wird's auch nicht mehr sein. Das Misstrauen ist viel zu groß und es ist auch chancenlos, weil man müsste ja den ganzen Prozess jetzt wiederum mit Ratifizierung machen, mit all den Dingen, eine Erklärung und sonst was, das ist ja alles anfechtbar, also ich seh da gar keine Chance. Also es ist meiner Meinung nach zu vergessen, es wird auch nichts bringen. Einzige Chance daher: Wenn

man Europa wirklich weiterbringen will, muss man sehen, dass man in einem Teil der Staaten, die gleiche Voraussetzungen haben, versucht, auf gewissen Sektoren Fortschritte zu erreichen, die auch von der Bevölkerung als solche anerkannt werden. Und dass man das sogar mit der ganzen EU machen kann, wenn es eben auch Kommissare oder Kommissarinnen gibt, die in der Lage sind, sich durchzusetzen, weil sie wissen, dass die Bevölkerung das so möchte, und es Mehrheiten gibt, aber sonst man normalerweise in der Kommission nie irgendeinen Vertreter findet, der das auch dann durchsetzt, zeigt Viviane Reding, die Luxemburger Kommissarin für Kommunikation, denn die war auch mit mir schon draußen in unserer Fraktion als Abgeordnete im Europaparlament, ist dann Kommissarin geworden, und hat jetzt massive Widerstände in den großen Industrien, europäischen Industrien, wie es ja die Telekommunikationsbranche ist, dass de facto die Roaming-Gebühren, also die Gebühren für Auslandstelefonate, um die Hälfte gesenkt werden. Ich mein, und da hat man gesagt, das geht alles nicht, das zerstört alles den Binnen-, den Landesmarkt, die sind alle so unterschiedlich und das kann man nicht. Es geht. Also es geht und es wird vielleicht jetzt auch, was der nächste Schritt wäre, auch bei den Banken... die Überweisungen neu zu organisieren kostet sicher viel Geld für die Banken, das ist nicht zu leugnen, aber so zu organisieren, dass tatsächlich also in Europa dann also eine sehr, innerhalb der EU jedenfalls, eine sehr effiziente Art der Überweisung von der eigenen Bank irgendwohin gibt, ohne dass man da jetzt mit dem PIN und mit dem BIC, mit den Codes also, erst mühsam feststellen muss, was hat die Bank dort für einen Code und so weiter. Also das sind Dinge, die wirklich, das würde dann anerkannt werden von der Bevölkerung. Wenn die EU, die Kommission etwas macht, wo tatsächlich die Leute sagen, ja, das ist gut und vernünftig, endlich tun's was für uns.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein seit 1945 in der österreichischen Bevölkerung entwickelt?

K: Also ich würde sagen, 1945 haben wir natürlich, nach dem totalen Chaos in Europa, das zunächst kaum gehabt, sondern es war das Überleben, der Wiederaufbau, das Umgehen mit der Besatzung und alles, das stand im Vordergrund. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, auch die Versorgung der Bevölkerung, das war wirklich im Vordergrund. Die Sicherheitsverhältnisse in der russischen Besatzungszone vor allem, das stand im Vordergrund. Es hat sich aber dann natürlich, wie man sich, auch um einen Krieg wieder zu verhindern, die Kohle-Stahl-Union gebildet hat und sich langsam dann herauskristallisiert hat die ersten übereinstimmenden Bemühungen mehrerer Bundesstaaten, zu einer europäischen Zusammenarbeit zu kommen, da war die Euphorie sehr groß. Also ich weiß, auch in Österreich, wir hatten auch bei uns in der Jungen ÖVP damals, wo ich war, hatten wir also in Villach eine riesige Veranstaltung, wo wirklich also sehr, sehr viele Leute waren, etliche Tausend, die also dafür eingetreten sind, die Grenzen nieder zu reißen und Europa... es war eine gewisse euphorische Stimmung da und die Bereitschaft zu drastischen Maßnahmen. Das was de facto geschaffen wurde allerdings, war dann schrittweise das Zusammenbringen der Gründerstaaten, und ihre Attraktivität hat natürlich dann auch auf die anderen, die draußen geblieben sind, gewirkt. Und das hat ja auch in Österreich dazu geführt, dass man gesagt hat, man möchte diesem Europa angehören.

F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung?

K: Unterschiedliche. Weil es gab schon immer Medien wie Presse, Kurier und andere damals, die für dieses Europa eingetreten sind. Und es gab andere, die gewarnt haben davor, dass da wieder ein militaristischer Block entstehen könnte, und dass man die Neutralität gefährdet und als Neutraler das ja gar nicht könnte. Es gab sogar damals Meinungen, man könne nicht in die UNO gehen als Neutraler. Und da hat sich natürlich im Lauf der Zeit eine Wandlung vollzogen, wobei ich nach wie vor der Meinung bin, dass zwar innerhalb der EU keine Neutralität möglich ist, da man ja hier zum gemeinsamen Handeln verpflichtet ist, aber dass natürlich in der Welt draußen, gegenüber Dritten, sehr wohl die Neutralität Bestand haben kann und auch sinnvoll ist, dass man sie hält, weil man damit auch für die EU manches bewirken kann, was andere nicht können. Weil wir haben ja eine sehr lange Tradition der Neutralität, und zwar der aktiven Neutralität, die von vielen sehr geschätzt wurde. Was man natürlich bedenken sollte, und da bin ich anderer Meinung als manche, die da heute der Meinung sind, wir könnten also alles machen und überall mitteln, wir sollten bedenken, dass, wenn man es weltweit betrachtet, selbst Aktionen, die die UNO befürwortet, in der Praxis dann als Parteinahme ausgelegt werden. Wenn ich in einen afrikanischen Staat komme, und das gilt auch in Asien, wenn ich in einen afrikanischen Staat komme und dort gibt es Auseinandersetzungen, so muss ich mir im Klaren sein, dass wenn ich für die Regierung, die EU kann ja nur von der Regierung gerufen werden, die Regierung unterstütze und für die Regierung Partei ergreife, dass ich damit automatisch von den anderen ethnischen Gruppen als Gegner gesehen werde. Weil der Export unserer westlichen Demokratie ist der größte Irrtum unserer Zeit, der kann nicht funktionieren. In diesen Gebieten gibt es die soziokulturellen Verhältnisse nicht, die für eine Demokratie notwendig sind, nämlich auch die Rechte der Minderheit, die Bereitschaft des Zusammenwirkens, Schutzrechte und alles mögliche gibt's nicht, sondern der größere Stamm sozusagen hat die Mehrheit, es wird nur nach Ethnien abgestimmt und die Kleineren haben zu kuschen. Und das kann nicht funktionieren. Und wenn's dann zu Kämpfen kommt und die UNO, weil die Regierung, eben der größere Stamm, dafür eintritt, wird sie von den anderen abgelehnt und das haben die Franzosen zum Beispiel erlebt in Ruanda damals, wo man sie ganz offiziell gewarnt hat, wenn sie kommen, werden sie als Kriegsgegner betrachtet, auch wenn sie für die UNO kommen. Und sie haben dann Abstand davon genommen, weil sie eben früher schon immer sehr deutlich die Hutus unterstützt haben, haben die Tutsi dann gesagt, also bitteschön, das kommt nicht in Frage. Nachdem Masako die Franzosen hat kommen lassen, damit sie die Tutsi noch schützen, die Milizen, die so viele da massakriert haben, das kann's nicht sein. Und das musste zur Kenntnis genommen werden. Ähnlich ist es in Belgisch-Kongo der Fall. Der großartige Erfolg, dass die Wahlen halbwegs erfolgreich über die Bühne gegangen sind, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass sie nach ethnischen Richtlinien erfolgt sind. Und wenn der kleinere Stamm, der dann den Vize-Präsidenten stellen sollte, de facto kalt gestellt wird, und das als eine Ungeheuerlichkeit betrachtet wird, dass der überhaupt dagegen kandidiert hat, dann gibt's die Auseinandersetzungen. Auf diese Weise kann man nicht in Afrika Stabilität schaffen und auch nicht wo anders, sondern nur dann, wenn man es nach dem Vorbild macht, wie es an der Elfenbeinküste früher war. Nachher ist dann alles Hops gegangen, weil man die Demokratie importieren wollte. Die hatten das Zusammenwirken zwischen sehr vielen Stämmen, die dort sind. Die einen waren halt Minister, die größeren, die haben einen Minister gehabt, die anderen haben einen Staatssekretär gehabt, und dann kam das große „Palawer“ und dann hat man sich halt auf Verschiedenes geeinigt. Aber alle waren dabei. Und alle waren eingebunden und Allianzen konnte es auch noch geben. Das ist ihre Art von Demokratie. Die westliche Demokratie ist hier viel zu anspruchsvoll, die scheitert an solchen Dingen dann.

Also daher würde ich sagen, hier muss man schon sehr aufpassen, dass man als Neutraler nicht plötzlich den Anspruch, neutral zu sein, verliert. Wenn man sich in Gebieten, wo man noch keine Erfahrung hat, dann auf einmal einem Titel gegenüber sieht, die ganz anders verläuft, als man das eigentlich gewünscht hat, und dann nicht weiß, was man dann tun soll.

F: Gibt es Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

K: Ja, glaub ich schon. Am wenigsten die Feiern und die großartigen Erklärungen. Die werden eher ignoriert. Also heutzutage sicher. Die Leute erwarten sich Leistungen, die für sie auch als solche empfunden werden. Sie betrachten die Kommission derzeit eher als Gegner denn als Helfer. Und daher würd' ich sagen, alles, was von da her kommt, wird also jetzt sehr, sehr kritisch betrachtet. Vielleicht manchmal zu kritisch, erschwert auch die Dinge, aber wird sehr kritisch betrachtet. Und das, was Europabewusstsein schaffen kann, sind natürlich Ereignisse, die dann auch tatsächlich als solche die Menschen auch gefühlsmäßig mitnehmen. Also das, was schon auch... die großen kirchlichen Ereignisse sind natürlich etwas, was gerade im Hinblick auf die Unsicherheit jetzt mit dem radikalen Islam, muss man schon einschränkend sagen, dazu führen, dass sich viele Menschen dann dieser europäischen Werte besonders verbunden fühlen. Auch wenn's nicht in die Kirche gehen, aber sie fühlen sich hier sozusagen als Teil einer Gemeinschaft, die ihnen auch einen Halt gibt gegenüber den Bedrohungen, denen sie sich ausgesetzt fühlen, gefühlsmäßig sagen wir mal nur. Also das schafft dann auch ein gewisses gemeinsames, über das eigene Land hinausgehendes Bewusstsein.

F: Wie haben Sie persönliches das Europabewusstseins in Österreich und in Brüssel erlebt?

K: Also in der Zeit, zunächst nach dem Beitritt und unserem Einzug, war es sehr hoch. Die Euphorie war groß, dass man hinein gekommen ist und dass wir jetzt alle Möglichkeiten haben. Und die ist leider dann jetzt vor allem in den letzten Jahren einer so starken Belastung ausgesetzt gewesen, dass sie ins Gegenteil gegangen ist. Aber ich muss sagen, wenn ich... wie gesagt, ich hab' heute auch wieder einmal eine Veranstaltung gehabt bei uns im Bezirk, 800 Mitglieder beim Seniorenbund, und das sind ja Leute, die nicht jetzt jenseits von Gut und Böse sind, sondern die sind noch sehr aktiv in vielen Dingen, und wenn man mit den Leuten offen spricht und sagt, zunächst, man ist nach wie vor der Meinung, dass die Entscheidung richtig war, und das begründet und auch sagt, was die Folgen wären, wenn wir das nicht gemacht hätten, aber dann sagt, aber nicht diese EU, wie sie jetzt ist und dann auch die Beispiele, die halt nicht so negativ sind, aufgreift und sagt, das muss sich ändern, dann bekommt man auch Zustimmung. Allerdings meistens verbunden mit der Skepsis, ob sich das wirklich ändern wird. Die Leute haben schon den Eindruck, da ändert sich nichts mehr, das ist alles ein so in sich geschlossener Kreis, der abgehoben agiert. Und das ist natürlich für das EU-Bewusstsein und das Eintreten für die EU höchst kontraproduktiv.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung der EU?

K: Also ich bin der Meinung, dass wir... sagen wir's vielleicht so, ich möchte das vielleicht mit persönlichen Erinnerungen verknüpfen. Ich war sowohl im Parlament als auch in dem politischen Ausschuss, als wir damals die Frage hatten, ob die Türkei in die Zollfreizone kommen soll, die Zollunion, nicht für alles, aber für viele Produkte. Und da hat man einen, wie das im Europäischen Parlament auch nicht sehr geschickt war, nach einem System, wo jede Gruppierung dran kommen musste bei Berichterstattem, natürlich die kleineren seltener, die anderen öfters, hat sich ergeben, dass just ein Radikalsozialist, also nicht die aus der Sozialdemokratischen Partei, sondern aus einer Splittergruppe, einer kleinen, der wurde auf einmal, ein Spanier war der, zum Berichterstatte gemacht. Der hat natürlich in der Türkei damals keinen Zweifel gelassen, dass er für die Ablehnung ist und die Türkei kann nicht in die Freihandelszone kommen und hat also viele Dinge angeführt. Und ich bin damals, weil ich in einer Gruppe war, die dafür war, also in unserer Fraktion, aber es war länderübergreifend, hab' ich gesagt, ich werde hinunter fahren in die Türkei, ich kenne von früher noch Leute aus dem Europarat und ich möchte sehen, wie das also wirklich sich darstellt. Ich bin auf eigene Kosten hinunter gefahren, habe dort über die Botschaft die Kontakte vermittelt bekommen, die waren sehr interessiert, und habe dann im Europäischen Parlament, in unserer Fraktion berichtet und unsere Fraktion hat sich also für den Beitritt ausgesprochen. Da ich ja bei den Sozialdemokraten auch durch die lange Zeit Leute hatte, die ich ansprechen konnte, haben wir bei ihnen auch den Großteil gewonnen. Und so wurde dieser Freihandelsvertrag mit der Türkei positiv abgeschlossen. Und ich glaube, alles, was in diese Richtung geht, soll man fortsetzen. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, die dazu führt, dass in der Türkei auch sich Wohlstand ausbreitet, dass nicht nur der Westen der Türkei weiter fortgeschritten ist als so mancher zuletzt beigetretener Mitgliedsstaat, sondern dass es flächenübergreifend in der Zentraltürkei bis in die Osttürkei hinaus, dass es also hier zu einer wirtschaftlichen Entwicklung kommt, die damit natürlich auch eine gesellschaftliche Entwicklung auslöst. Aber ich bin absolut der Meinung, dass es ein schwerer Fehler wäre, in welcher Weise immer die Türkei als Mitglied aufzunehmen.

Das heißt nicht, dass es nicht einmal, wenn die Türkei, aber das ist ja nicht abzusehen, das kann man nur als Zukunftsvision sehen, wenn die Türkei so weit käme, dass sie wirklich also diesen wirtschaftlichen Prozess, der ja ein langer Prozess sein muss, weil ja die Verhältnisse zwischen Ost und West so unterschiedlich sind in der Türkei, wenn der gelöst werden kann und damit natürlich automatisch auch die Geburtenrate auf ein mitteleuropäisches Niveau sinken würde, wenn es sich so entwickeln würde, dass die laizistische Gesellschaft tatsächlich nicht nur durch die Verfassung von Kemal Atatürk, sondern auch durch einen breiten Konsens in der Bevölkerung getragen wird, dann kann das einmal anders ausschauen. Aber in der jetzigen Situation muss ich sagen, ich habe mit einem... auf einer Sicherheitskonferenz in Wien war ein britischer Professor, der ein Berater von Blair ist, und ich hab' ihn da gefragt und hab' gesagt, wie er das eigentlich sieht. Die Briten sind so dafür, dass die Türkei aufgenommen wird, aus wirtschaftlichen Gründen, aber als Mitglied gleich aufgenommen wird, und wie würde er das eigentlich dann beurteilen, wenn in der Türkei sich plötzlich auf Grund von Wahlen eine fundamentalistische Partei zur Mehrheit mausert und wiederum die Rückkehr zum islamischen Recht einführt. Sagt er, na das müsste man natürlich vorher absolut ausschließen, das muss festgelegt werden, dass das das Ende bedeutet. Ja wie? Wie, wenn einer als Mitglied aufgenommen ist? Ich mein, genauso wie es undenkbar ist zu glauben, dass man hergehen kann und sagen kann, ja, weil die Türken so eine hohe Geburtenrate haben, deshalb muss bei ihnen ausgeschlossen werden die Niederlassungsfreiheit für die Einzelpersonen. Das ist nicht machbar, der Europäische Gerichtshof würde das jederzeit schmeißen. Würde es jederzeit aufheben. Also alle Voraussetzungen fehlen dafür. Das wäre verantwortungslos, es würde für Europa verheerend sein und es würde für die Türkei nicht nützlich sein, sondern es

würde eher die Gefahr beinhalten, dass es zu sehr starken Spannungen und Konfrontationen kommt. Und dass man das überhaupt so gesagt hat, den Kandidatenstatus, und so feig war, nicht zu sagen, wir haben uns geirrt und es steht jetzt fest, das war ein Schnellschuss von Sympathie getragen, war aber nicht fundiert, jetzt müssen wir feststellen, dass es dem einen und dem anderen nicht nützen würde, das ist ein großer Fehler und unsere Führungsspitzen haben sich in dieser Frage sicher sehr unglücklich verhalten und eine falsche Entscheidung getroffen, unter der man jetzt leidet. Aber es könnte sein, dass die Türkei schneller als die Kommission erfasst, dass sie besser dran sind, wenn sie zu einer Lösung finden, die eine starke wirtschaftliche Verbindung schafft, die ihnen damit auch wirtschaftliche Erfolge und damit auch Stabilität schafft, weil sie sind neben Israel der einzige Staat mit einer funktionierenden Demokratie im Nahen Osten. Also es kann durchaus sein, sie haben einen sehr fortschrittlichen und interessanten Botschafter hier in Wien, mit dem zu reden es sich lohnt, ich habe das deshalb gemacht, weil er hat in der Zeitung, im Kurier, angeboten, er wäre interessiert am Dialog, und ich habe angerufen bei ihm und die Sekretärin hat gesagt schicken Sie ein Mail, sag ich, nein, ich will ja keine Korrespondenz führen, er hat ja einen Dialog angeboten, aber ich würde gerne zu ihm kommen. Das Gespräch hat dann stattgefunden, war sehr interessant und ich muss sagen, er war eigentlich sehr offen. Er hat also durchaus gesagt, uns ist es auch lieber, wenn offen gesprochen wird, und wir wissen ja um die Dinge, wie sie hier stehen, und dass man also Wege geht, die auch was weiter bringen. Und nicht wegen Verhandlungen, die laufen und laufen und laufen oder quer laufen, im Leerlauf gehen, verhindern, dass sich Spannungen aufbauen und das übrig bleibt, was nämlich die Länder viel stärker zusammen führen würde, wenn gemeinsam etwas auch geschaffen wird. Daher bin ich auch im Grunde, im Detail muss man sich das anschauen, aber im Grunde bin ich auch der Meinung, dass wir gut daran tun, die Türkei beim Ausbau ihrer Infrastruktur in Ostanatolien zu unterstützen. Ich bin auch der Meinung, dass Länder wie Österreich und Deutschland und die Firmen daraus sehr viel mehr für die Erhaltung von Kulturgut in Verbindung mit solchen Bauten übrig haben und auch tatsächlich darauf Rücksicht nehmen, als das vielleicht andere tun. Und nur so kann man auch das Kurdenproblem entschärfen, wie, man damit Arbeit schafft, den Leuten, die sonst keine haben. Und das ist halt die Voraussetzung, um einen kleinen Wohlstand zu schaffen und damit die Leute nicht zu veranlassen, dass sie die verlockenden Angebote, Schießprügel oder gar eine Bombe in die Hand zu nehmen, weil's dafür Geld kriegen und damit die Familie versorgen können. Also das darf's halt nicht sein. Und auch wahrscheinlich die Toleranz der Türkei gegenüber den Kurden nur wachsen wird, wenn eben die wirtschaftlichen Voraussetzungen da sind. Denn 60 Prozent der Kurden bitte in der Türkei leben im Westen und sind und sind integriert und wollen gar nicht weg. Und da gibt's auch keine Probleme. Die Probleme gibt's mit denen, die dort in der Armut leben und ausgegrenzt sind und sich auch noch hier halt als Parias fühlen und da kann eigentlich nur eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung was ändern dran. Aber nicht die Konfrontation.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

K: Ich glaube, dass sie wichtig sind. Aber natürlich nur der Europatag und das allein schafft's nicht. Ich glaube aber, dass die europäische Fahne, neben den Fahnen der Mitgliedsstaaten, schon eine starke Symbolik hat. Vor allem für die Jungen. Weil die wachsen auf jetzt damit, dass wir eben Europäer sind. Wir sind Griechen, sehr stark sind die dort zum Beispiel, oder wir sind Österreicher, vielleicht flexibler in der Anpassung, oder Franzosen oder Holländer und so weiter. Aber doch Europäer. Und das glaub ich, diese Symbole haben Bedeutung. Symbole sind aber nicht nur die Fahne, die Europafahne, sondern ein Symbol ist natürlich auch daneben die eigene Fahne, also das Verbinden. Wir sind zuerst einmal Österreicher und dann eben auch Europäer. Das hat Bedeutung. Und auch der gemeinsame Euro, der leider zu Recht als Teuro kritisiert wird, ist aber als Gemeinschaftswährung natürlich ein Zeichen auch einer Gemeinsamkeit und einer wirtschaftlich-politischen Stärke. Das muss man ja auch sagen. Ich mein, dass der Euro jetzt im Umtausch mehr wert ist als der Dollar, ist vielleicht an sich für Amerika wertvoller als für uns in der Konkurrenz, aber es ist natürlich für viele Leute ein Zeichen, dass diese Währung doch einen Wert hat in der Welt, weil sich ja alle auch drum reißen. Also Symbole haben schon Bedeutung.

F: Was ist typisch europäisch?

K: Ja, das ist spontan schwer zu sagen, weil europäisch ist... das kann man vielleicht am stärksten ausdrücken, man kann das jetzt beginnen, philosophisch zu sagen, man kann es geschichtlich definieren, man kann's mit den Grundsätzen definieren... Aber in Wahrheit würd' ich sagen, definiert man's aus meiner Sicht gesehen wahrscheinlich am besten, wenn man das vergleicht mit „Was ist typisch amerikanisch?“. Die Amerikaner sind zupackend, die Amerikaner sind dynamisch, die Amerikaner haben keinerlei Probleme mit ständigen Veränderungen inklusive eigenem Umzug. Das sind ihre starken Seiten. Die Amerikaner sind eher bereit, Kriege zu führen, sie sind eher bereit, schnelle Entscheidungen zu treffen und sozusagen Nägel mit Köpfen. Die Europäer sind eher hier zurückhaltend. Sie haben ja auch eine vielschichtige Bevölkerung, mit sehr unterschiedlicher Herkunft und Traditionen und so weiter, und haben also nicht eine doch mehr oder minder auch durch eine einzige Sprache zusammen gefasste Identität, die jetzt durch das starke Eindringen des Spanischen ein bisschen verändert wird. Aber bisher hatten sie's nicht. Und die Europäer sind daher vielleicht auch mit Entscheidungen entscheidungsschwächer, auch deshalb, weil die Europäische Union eben noch nicht eine wirkliche politische Union ist, das schlägt natürlich auch zurück, die Entscheidungsschwäche. Aber sie sind doch eher bereit, auf geschichtliche Entwicklungen in anderen Teilen der Welt und die daraus wachsenden Folgen einzugehen. Sie haben mehr Einfühlungsvermögen dort, sie haben also mehr Eignung, Leute dort auch richtig zu verstehen und zu gewinnen, und nicht nur zu kommen und zu sagen „Da simma und jetzt geh' ma's an und wir zeigen euch jetzt, wo's lang geht.“ Also an dem kann man ein bisschen unterscheiden, unabhängig jetzt von den einzelstaatlichen... von den einzelnen Ländern und ihrer gewachsenen Bevölkerung, unterschiedlichen Charakteren und Verhaltensweisen, kann man ein bisschen vielleicht doch erkennen unterschiedliches europäisches Verhalten, gesamteuropäisches Verhalten zu eher stärker ausgeprägtem gesamtamerikanischem Verhalten. Natürlich gibt's dort auch große Unterschiede, aber sie sind nicht von der Art wie bei uns. Und sie wirken sich auch auf Grund des Systems und so weiter nicht so aus.

Experteninterview Karl Georg Doutlik, 13.04.2007, Büro Ständige Vertretung der Kommission in Österreich, 14.30-15.30 Uhr, 41min33sec

Karl Doutlik wurde am 8. November 1945 geboren. Nach dem Abschluss des Studiums auf der Universität für Bodenkultur, setzte er sein Studium in den USA fort, wo er auch zu arbeiten begann. 1973 kam er nach Österreich und wurde 1993 Geschäftsführer von Eternit. Von 1998 bis 2002 war er bei der Europäischen Kommission in Brüssel. Seit 2002 ist er in Wien Leiter der ständigen Vertretung der europäischen Kommission in Österreich.

F: Was heißt für Sie Europa?

D: Für mich ist Europa der größere Identifikationskreis, anders ausgedrückt, die Heimat und auch die Versicherung für eine künftige bessere Entwicklung hier und Hoffnung, dass es auch in der Welt eine bessere wird.

F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

D: Europabewusstsein ist für mich das doch immer notwendige ins Erinnerung rufen der Errungenschaften, der Vorteile der Integration, die uns einen Großteil dessen erst ermöglicht hat, von dem wir heute so ganz selbstverständlich leben, wir so ganz selbstverständlich in Anspruch nehmen, was also früheren Generationen bei Gott verwehrt war.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

D: Rudimentär, muss ich ehrlich gesagt feststellen. Es ist aus verschiedenen Gründen gerade in Österreich nicht gelungen ein Europabewusstsein zu entwickeln, das anderswo schon deutlich weiter ist und das hat nicht nur mit der Länge der Zugehörigkeit zur EU zu tun. Es hat das mangelnde Europabewusstsein gerade in Österreich auch historische Wurzeln. Wir Österreicher, also ich bin auch Österreicher, wir haben relativ spät zu uns selber gefunden. Wenn Sie zurückgehen Ende der Monarchie, das Fallen in ein komplettes Nichts, in ein Aus, der Wunsch, so die nichtdeutschen Anhängsel im Osten sind wir los, also heim ins Reich, das Österreich ist sowieso nicht lebensfähig und das ist damals verwehrt worden von den Siegermächten nach dem Ersten Weltkrieg. Dann kam das Chaos in Österreich, das letztlich zum Anschluss geführt hat und nach 45 ist erst so etwas wie ein Selbstbewusstsein entstanden, aber noch nicht im Sinne eines Nationalitätsbewusstseins, das Österreich eine Nation ist, wir Österreicher eine Nation sind. Nach 1955 der 26. Oktober war zunächst einmal der Tag der Fahne, da haben wir brav in der Schule Fahnen gebastelt und sind damit schwenkend dann gegangen, dann war es der Staatsfeiertag und sehr spät ist es dann ein Nationalfeiertag geworden. Also um es kurz zu machen, Österreicher haben lang gebraucht, um sich selbst stolz zu fühlen auf das Land und als eigenständige Nation. Das hat sehr viel mit dem Staatsvertrag, der Neutralität zu tun gehabt, daher auch heute noch diese innige Bindung an die Neutralität. Und vor diesem inzwischen relativ gut ausgeprägten Nationalitätsbewusstsein ist wenig Platz für eine zweite größere Identität. Die haben also Bürger von anderen Ländern, die viel selbstverständlicher, schon viel länger eine eigene Nation sind, haben das leichter gehabt, da ein Europaverständnis, ein Europabewusstsein aufzubauen für sich selber. Das war Punkt eins. Punkt zwei ist, dass rund um den Beitritt Österreichs zur EU, vor allem zur Zeit des Referendums 1994 doch gravierende Fehler gemacht worden sind. Es sind damals im hehren Bemühen, es muss gut ausgehen, es muss mit „ja“ ausgehen, sind manche Dinge, wo man gemeint hat, das könnte negativ ankommen oder da könnten die Leute meinen, das ist schlecht, sind zumindest unter den Teppich gekehrt worden. Also man hat damals schon gewusst, Neutralität wird geändert werden müssen, der Schilling wird nicht bleiben, die anonymen Sparbücher werden nicht bleiben, das Transitabkommen, die Ökopunktregelung ist eine mit Ablaufdatum, den Unizugang, von dem man damals schon gewusst hat, dass er ein Problem machen wird, hat man klar – und das bestätigen heute alle Politiker, die damals dabei waren – damals war die Meinung, das werden wir ausjudizieren und, und, und. Also es hat hier einige ganz wesentliche Punkte gegeben, die so unter den Tisch, unter den Teppich gekehrt worden sind, die von unter dem Teppich aber sehr schnell hervorgekommen sind. Das war ein massiver Vertrauensverlust. Das dritte markante waren dann sehr wohl die Sanktionen im Jahr 2000, die eine starke Verunsicherung hervorgerufen haben und wenn Sie sich das Eurobarometer anschauen, EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache, die geht von 94 über 60 Prozent runter, runter auf 30 Prozent, dann hat es sich erholt und wenn man den Trend weiterverfolgt, dann hätten wir irgendwann zum Europaschnitt aufgeholt, was logisch wäre, das Österreich im Schnitt liegt, weil Österreich hat durch den Beitritt enorm profitiert und später durch die Erweiterung auch. Und dann kamen die Sanktionen und dann ist es eine Fieberkurve geworden. Wenn man in die Eurobarometerkurven hineinschaut und sich mehrere Länder anschaut, so eine Fieberkurve gibt es in keinem anderen Land. Das ist eine fundamentale Verunsicherung, eine Enttäuschung, wir sind von unseren Nachbarn im Stich gelassen worden, das kommt auch noch hinzu und erst jetzt die letzten drei Umfragen gibt es wieder eine stetig verlaufende Linie. Werden wir sehen, wie es im Frühjahr ist, ich meine, wir werden sogar ein Stück steiler hochgehen, denn die Stimmung ist eher gefühlsmäßig konsolidiert. Aber das war eine verdammt schwierige Phase. Dann ist in diese Phase hineingefallen die Regierung, die sehr viele Reformen gemacht hat, wo es gar notwendig war, vieles, was in der Vergangenheit auch nicht angegangen worden ist jetzt einmal anzugehen, es war Feuer am Dach, die Maastrichtkriterien, die nicht mehr Finanzierbarkeit diverser Pensions- und Gesundheitssystemen, da ist viel geändert worden. Und Veränderungen tun immer gewissen Kreisen der Bevölkerung durchaus unterschiedlicher Zusammensetzung, also es sind nicht immer nur die Gleichen, weh. Und um das zu vermeiden hat man meistens gar nichts gesagt und die Reformen überhaupt nicht kommentiert und wenn man sie kommentiert hat, dann mit dem Finger auf Brüssel zeigend: die EU hat uns gezwungen, wir konnten nicht anders, Transit haben wir bis zum 31.12 noch verhandelt und sind dort wie Rumpelstilzchen gesessen und haben gebockt, bis es halt nicht mehr gegangen ist und lauter so Sachen. Und daher, dieses auf Brüssel zeigen der Regierenden, gleichzeitig die Oppositionspartei mit Teilen ihrer Repräsentanten ins populistische Argumentarium abgedrftet, hat eben eine Situation geschaffen, die zeigt, wo wir sind. Mit der Wahl zum letzten Europaparlament 2004 ist das Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern doch klarer geworden das „Brusseles ...“

60 ist etwas, was uns auf Dauer nicht gut tut, uns nirgends hinführt, das müssen wir zurücknehmen. Das waren damals klare Erklärungen, die überall gut dokumentiert sind, und das spürt man auch das Verhalten. Mit der neuen großen Koalition ist auch die Sozialdemokratie mit den wesentlichen Akteuren wieder vernünftiger im Umgang mit Europa, sodass da die Voraussetzungen jetzt besser sind als je zuvor. Auch der Schock der Erweiterung ist überwunden, es haben jetzt doch die meisten Worte gefunden, die Erweiterung war ein Erfolg, sie hat uns das gebracht – auch in der Wirtschaft, am Anfang
65 haben die Wirtschaftskapitäne ja nur gesagt wie toll wir sind, dass wir in Kroatien, in Polen, investieren und keiner hat dazugesagt, das sichert uns zu Hause. Also da sind fundamentale Kommunikationsfehler gemacht worden, auch wir in der Kommission haben Kommunikationsfehler gemacht, wir haben viel zu locker darüber hinweg ohne Erklärung für breitere Kreise unsere Vorschläge gemacht, eh in der Überzeugung, das wir alles gut und bestens tun für die Menschen. Wir haben da uns durchaus auch selber umstellen müssen. Das ist aber relativ schnell geschehen. Fazit ist halt, dass Europa hier bei
70 den Bürgern noch schlechter angekommen ist als in anderen Ländern. Es geht auch viel zu schnell. Für die Menschen ist alles viel zu schnell jetzt, das waren die Megaprojekte in der Union, der Binnenmarkt, der Euro, die Erweiterung, das ist so zack, zack gegangen und jetzt sollte die Verfassung auch noch kommen, das ist zu viel. Es war sehr, sehr viel auf einmal zu tun, es war ja nicht falsch, dass es geschehen ist, aber es war viel und das ohne Erklärung oder mit unzureichender Erklärung und hat zu dem geführt, wo wir jetzt sind. Und da reißen sich jetzt doch mehrere beim Riemen, sodass die
75 Chance besteht, dass es wieder besser wird. Ich wollt vorher noch einflechten, Österreich war, wir sind halt gewohnt, als Insel der Seligen zwischen zwei großen Blöcken waren wir ja auch erfolgsverwöhnt, zu uns sind Kennedy und Chruschtschow gekommen, zu uns sind Carter und Breschnew gekommen, „wir“ waren UNO-Generalsekretär, „wir“ waren Europaratssekretär, wir waren was, wir waren etwas Besonderes, neben der Schweiz waren wir in Europa etwas Besonderes wegen unserer Neutralität. Und auf einmal müssen wir armen acht Millionen Österreicher in einem riesigen
80 Swimmingpool mit 400 Millionen Europäern schwimmen lernen. Und da sind zum Teil Haifische dabei, gegen die wir uns wahren müssen. Und die Politiker bringen einfach nicht rüber, dass wir Teil des Ganzen sind. Viel zu wenig. Wir haben einfach in der traditionellen Pyramide, vom Bürger an die Staatsspitze, haben der Staatsspitze – und das mögen die nicht gern – noch etwas darüber aufgesetzt. Und so handeln sie. Wir hören immer wieder, lesen Sie Zeitungen, hören Sie Politiker, die EU hat entscheiden, wie wenn das ein Eigenes wär mit dem wir, wir Politiker, wir Medien, wir Bürger nichts zu tun haben. Und das ist ja grundfalsch. Also erstens haben wir sehr wohl etwas damit zu tun und zweitens wer entscheidet auf europäischer Ebene: das sind die Staats- und Regierungschefs, das sind die Minister, die im Rat zusammensitzen und ihre Entscheidungen treffen, und das sind die Europa-Parlamentarier, die wir hier alle wählen. Nicht die Kommission, die
85 Kommission macht Vorschläge. Man tut ja immer so, als wenn in der Kommission alles Böse passiert. Aber entscheiden tut die Kommission fast nichts, nur das, wozu sie von Rat und Parlament ermächtigt ist. Entscheiden tun die zwei Gremien Rat und Parlament und da sitzen die drinnen. Also, wir müssen die EU in Österreich integrieren, und wenn man niemandem etwas wegnehmen will, muss man die Basis verbreitern, was den Bürgern ja sicherlich zu Gute kommt und dann kann man hier Freiräume für Kommunikation schaffen und erreicht, dass die Denk- und Handlungsweise „die EU hat entschieden“ geändert wird zu einer Denk- und Handlungsweise „wir haben gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden“. Dinge, die wir alleine nicht entscheiden können.

95 F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

D: Immer. Das ist aber ganz normal, das ist nichts Außergewöhnliches. Politiker haben ihre eigenen Interessen, also jeder Bürgermeister hat seine eigenen Interessen und zusammen haben sie ihre Interessensvertretung und die Landeshauptleute
100 haben ihre Landeshauptleutekonferenz und so geht es dahin. Und die Minister sind eben gewohnt, wir sind Spitze und über uns gibt es nichts mehr. Also da gibt es bei Politikern egal zu welcher Gruppe sie gehören, gibt es spezielle Interessen, die nicht unbedingt die Interessen der Bürger sind. Also wenn die Politiker – ich sprech da jetzt hauptsächlich Politiker nationaler Ebene an – wenn die Politiker Machtfülle, ihre Kompetenzen auch nach außen sichtbar erhalten wollen, dann müssen sie zu einer Denkweise kommen, ich bin doch Teil des Ganzen, ich bin einer der 27, die hier rund um den Tisch
105 sitzen und für fast 500 Millionen entscheiden. Das wäre doch letztlich für einen Politiker eine viel imageträchtigere Denkweise, als zu sagen, die ober mir haben entschieden, ich kann nichts dafür, lieber Bürger. Also da hat sich noch nicht wesentliches geändert, aber es kommt allmählich, aber das ist wahrscheinlich eine Generationenfrage.

110 F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?

D: Ich greif noch einmal zurück, mit ein Problem war auch das Zerbrechen des nationale Konsenses über Europa. Bis 1994
hinauf hat es ja einen klaren Konsens bis auf die FPÖ gegeben, wir müssen da an einem Strang Richtung Europa ziehen. Das ist ja dann schon knapp vor 95 zerbrochen, erinnern Sie sich, wer unterschreibt denn den Beitrittsvertrag. Das war ein unwürdiges Hickhack und dann ist es nur mehr hin her gegangen, also daher auch hat der Eine die Position bezogen, hat
115 der Andere die Gegenposition bezogen, das ist schon auch dazugekommen. Es war vor 95 ja so, dass unser Massenblatt, die Kronen Zeitung, die muss man extra behandeln, ja ursprünglich auch Negativpropaganda betrieben hat, Negativposition bezogen haben und dann aber gemerkt haben, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich irgendwie ändert, weil die Politiker da wie ein Bollwerk Richtung Europa marschieren sind und auch so aktiv kommuniziert haben und dann hat sich die Krone gedreht. Wie das wieder anders geworden ist, es ist immer leichter, auf etwas zu schimpfen und etwas mies zu
120 machen als die positiven Vorteile hervorzuheben, daher haben wir da die Situation, die wir haben und ein Blatt, das drei Millionen Leser hat in einem Land von acht Millionen, das gibt es ja weltweit nirgends, und das hat natürlich auch auf andere abgefärbt. Jetzt ist der Zeitungsmarkt ja heiß umfehdet, es kommen ja alle Augenblicke Vergleiche, wir haben zwei Prozent dazu gewonnen und so weiter, daher heiß umfehdet und daher schielt man nach Auflage, schielt man nach Stories, die die Auflage erhöhen und da begibt man sich gern in den Mainstream. Und wenn der Mainstream ist, EU ist an allem
125 schuld und ist schlecht, etc, na dann steigt man halt auf den Mainstream auf und macht das. Ich geb Ihnen ein Beispiel, sogar von einem seriösen Blatt: die Presse am Samstag vor dem 50. Geburtstag der EU. Eine Liste von 25 Argumenten pro EU und 25 Argumenten kontra EU. Und da steht Friede, Freiheit, Exportschlager, blaue Flagge, Konsumentenschutz, keine Todesstrafe, ich glaube, da stehen viele Dinge, die dort zu Recht stehen und doch ein Gewicht haben. Und auf der Negativseite: grimmige Passfotos, die EU verbietet uns auf den Passfotos zu lächeln, Schluss mit lustig, Definition der
130 Karotte. Völliger Blödsinn, ist gleichwertig wie darüber Tierversuche. Also da wird nur um 25 Negativbeispiele hinzubringen wird so argumentiert. Das ist doch unwürdig. Ich hab dann einen Gastkommentar geschrieben, am 2. April, auf den sind dann sogar ein paar positive Leserbriefe abgedruckt worden in der Presse. Also die Medien sind nicht die Verursacher einer

135 schlechten Stimmung, aber die Verstärker. Es hat ja auch den Effekt – Politiker schauen ja auch in die Medien und wenn sie merken, die öffentliche Meinung ist eher negativ, dann muss ich auch negativ argumentieren und dann treffe ich die Herzen der Mehrheit und gewinne mehr Stimmen. Jetzt ist das ein Teufelskreis. Da müssten erst einmal irgendwelche Gestandene aufstehen und sagen ich schere mich nicht, das ist unsere Vision, da wissen wir das ist gut, das vertreten wir und dabei bleiben wir und da lassen wir uns nicht große beirren. Ist halt heute ein Problem, wenn wir keine soliden Mehrheiten mehr haben, wenn alle Augenblicke irgendwo eine Wahl ist, wird die Tendenz nach den Stimmen zu schauen immer größer. Das lässt sich wieder zusammenfassen: eines der Probleme ist, wenn nicht sogar das größte, das heute 140 Politik auf europäischer Ebene von Politikern gemacht wird, die zu Hause wieder gewählt werden wollen. Sagt doch alles.

F: Und der ORF?

145 D: Der ORF war in den letzten Jahren zumindest – wie ich hergekommen bin vor fünf Jahren, war ich ein paar Mal eingeladen, zumindest ins Minoritätenprogramm ZIB3, oder in Willkommen Österreich. In der Annahme, dass ich dort nicht lauter Blödsinn geredet hab und schlecht angekommen bin, muss es andere Gründe geben, dass ich in den letzten zwei Jahren nie mehr dort war. Wenn ich das jetzt kombiniere mit den Aussagen von damals maßgeblichen Leuten: immer wenn wir was von Europa bringen, drehen uns die Leute ab, dann zähl ich eins und eins zusammen und sag, man wollte über Europa nicht mehr berichten. Man hat es auch nicht verstanden, Europa irgendwie einzukleiden, einfach hineinzubringen. 150 Vieles, was wir hier tun wird auf europäischer Entscheidungsebene getroffen, das könnte man durchaus auch so einmal bringen, man muss nicht ein extra Europajournal machen, man kann es ja einbauen. Europa müsste eigentlich Teil des Ganzen werden. Das ist zumindest in der alten Ägide nicht gespielt worden. Das schaut mir jetzt auch ein bisschen besser aus, also ich seh jetzt wieder Zeichen, ich war unlängst bei einer Live-Diskussion zu den Uni-Zugangsquoten, demnächst bin ich eingeladen bei der Auslandskorrespondententagung, also sind schon Zeichen, dass da jetzt anders gespielt wird. 155 Also für mich rundet sich das Bild.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?

160 D: Erweiterung generell ist wichtig, ist notwendig, es war auch die Erweiterung 2004 unumgänglich, ob man es jetzt in einem big bang hat machen müssen oder ob man es in mehreren Wellen machen hätte können, sei dahingestellt. Die Entscheidung ist so gefallen, sie hat keine wesentlichen Nachteile gehabt im Nachhinein, außer dass es eben Furcht erzeugt hat. Der Laden geht weiter und es funktioniert sicher nicht schlechter als zuvor. Dass wir noch weitere Länder haben, die an die Tür der EU pochen, die pochen an die Tür und das unterscheidet ja alle anderen Großreiche, die es bisher gegeben hat von der EU, die ja per Definition schon kein Großreich ist, alle Großreiche sind durch Eroberungen groß 165 geworden, die EU ja durch Beitrittsgesuche, also die Freiwilligkeit spielt hier. Und da gibt es also legitime Beitrittsgesuche, das sind die Kollegen am Balkan, das sind in fernerer Zukunft, wenn man Europa geographisch definiert, die Länder Weißrussland, Ukraine und Moldawien, wenn sie wollen Schweiz, Norwegen, Island, dann wäre einmal der geographische Begriff Europa abgedeckt. Europa ist aber nicht allein geographisch definierbar, da wäre ja Russland auch dabei, was überhaupt nicht in Frage kommt, weil Russland selber nicht anklopft und nie anklopfen wird, aber wird immer eine spezielle Partnerschaft sein müssen. Die Russen sind übrigens auch nicht in der Nachbarschaftspolitik drinnen, sind eine eigene casus sui generi. Die Balkanländer haben ja Perspektive, Kroatien Beitrittsverhandlungen, Mazedonien Beitrittsstatus, noch keine Beitrittsverhandlungen und offene Arme für die anderen Balkanländer. Türkei: Status ist, wie er ist. Beitrittskandidatenstatus ist 99 zuerkannt worden, Beitrittsverhandlungen 2005 begonnen und es ist eine long story. Die Türkei hat Avancen schon im Jahr 62 gemacht, die Türkei ist im Europarat, die Türkei ist in der NATO, die Türkei ist in allen 175 europäischen Gremien drinnen, hin bis zum Songcontest und wollte sich auch immer europäisch anlehnen, schon von Atatürk herauf und gibt schwerwiegende Gründe die dafür sprechen, die Türkei sehr, sehr nahe bis zu einem Vollbeitritt an die EU zu binden. Das da in der Zwischenzeit da jetzt solche Emotionen hochgegangen sind, dass man es nicht tun soll, hat nur sehr marginal mit den warnenden Stimmen zu tun, die Türkei ist zu groß, ist zu unterschiedlich aus historischen Gründen, kulturellen Gründen, das überdehnt die EU. Dann wäre eine Integrationstiefe, die wir auch brauchen, um bestehen zu können, wesentlich schwerer erreichbar oder gar nicht erreichbar. Das sind die ernsthaft warnenden Stimmen. 180 Alles andere, da haben wir dann eine Grenze mit dem Irak und das passt nicht in das jüdisch-christliche Abendlandbild, weil es sind Muslime, oder die sind nicht integrationswillig, wie wir hier um die Ecke sehen, das sind Großteils an den Haaren herbeigezogenen Argumente oder sind Ausdruck tiefer Angst, weil man hier eben ein Bild der Türkei sieht, das uns täglich vor Augen geführt wird durch die türkische Bevölkerung, Türken, die zu uns gekommen sind, die wir gerufen haben, die aber nicht das gesamte Spektrum der Türkei widerspiegeln. Die Türkei ist in manchen Bereichen viel weiter, in manchen wirtschaftlichen Bereichen, in kulturellen – kulturellen ist vielleicht schlecht – aber in vielen Bereichen weiter als so manche unserer neuen Mitgliedsländer. Also da ist meine Meinung dazu und da bin ich durchaus in Übereinstimmung, der Weg ist das Richtige. Der Türkei und egal mit welchen Ländern wir in Zukunft noch verhandeln werden, allein schon durch die Perspektive, die Verhandlungen, die innere Kraft zu Reformen zu geben. Das war ja auch bei den jetzigen Beitritten 2004. 190 Wenn die nicht die Beitrittsperspektive gehabt hätten, wären mit großer Wahrscheinlichkeit die Reformen und die tiefen Einschnitte, die sie machen mussten, nicht so reibungslos über die Bühne gegangen.

F: Wie wichtig finden Sie eine europäische Verfassung

195 D: Wenn ich die Frage jetzt teilen darf und a) beantworte, wie notwendig erachte ich eine neue Verfassung, eine Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlage: 100 Prozent ja. Wir brauchen dringend eine Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlage um eben die Wirkungsweise der Institutionen, das Zusammenwirken der Institutionen, Klarstellung was auf welcher Ebene zu geschehen hat, mehr Transparenz, und, und, und, um das alles sicherzustellen. Wir können nicht einmal mehr Kroatien aufnehmen, wenn wir nicht eine neue vertragliche Grundlage dafür haben, weil wir derzeit im Vertragswerk Nizza drinnen sind. Ob man heute schon so weit gehen muss, dass man das neue Werk eine Verfassung nennt, das war ein bisschen zu flott geschossen. Und das war so augenscheinlich. Der Beginn des Konvents war ein neuer Vertrag muss her. Und dann kam allmählich der Vertrag über eine Verfassung. Und da haben dann einige gelächelt, die trauen sich nicht einmal Verfassung sagen, es wäre doch so schön, wenn wir eine Verfassung auf europäischer Ebene hätten, wieder ein Symbol der Einigkeit, zusätzlich zur Fahne und zur Hymne und zum Europatag und zum Euro hätten wir dann jetzt eine Verfassung auch. Also wir könnten ein wichtiges Symbol diesem Europa geben, das mehr 205

Identifikationsmöglichkeit bietet, würde also dem Europabewusstsein enorm helfen. Der Schuss ist fundamental nach hinten losgegangen, weil einfach nicht bedacht wurde, dass da Argumente stärker kommen, die da heißen Verfassung ist der Ausdruck eines Staates und wir wollen keinen europäischen Überstaat. Der Bruch waren dann die zwei negativen Referenden, die ja deswegen negativ ausgegangen sind, weil die Leute über ganz anderes abgestimmt haben, als über die Verfassung, die ihrer eigenen Situation einen Denkkettel verpassen wollten. War leichtfertig, mit so einer Frage Elemente der direkten Demokratie zu nutzen in Ländern, die damit keine Tradition haben.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

D: Sie sind wichtig, aber Symbole haben es halt so an sich, wenn man sie falsch einsetzt, falsch positioniert, dann bewirken sie genau das Gegenteil. Es gibt Symbole fürs Gute und es gibt Symbole fürs Schlechte. Und so ist die Verfassung leider zu einem Symbol fürs Schlechte geworden. Wir brauchen viel mehr Identifikationsmöglichkeiten mit diesem Europa, mit der EU, weil wir erreichen müssen, dass wir uns innerhalb Europas mehr mit Europa identifizieren. Wenn wir draußen sind, sind wir eh alle Europäer. Wenn wir in der Karibik Urlaub machen oder in Afrika auf Safari sind, dann sind wir die bravsten Europäer und wehe einer schimpft auf Europa, dann Gnade dem. Nur herinnen sehen wir das nicht so und da würde uns ein bisschen mehr Herz, ein bisschen mehr Bauch, würde uns schon helfen. Wir brauchen nicht strammstehen und die Hand aufs Herz halten, wenn die Europahymne erklingt, so wie es die Amerikaner tun, aber wir sollten uns auch nicht pausenlos die Hand auf den Kopf schlagen, wenn von Europa die Rede ist.

F: Was ist typisch europäisch?

D: Unser Lebensmodell. Die Nachhaltigkeit. Das Berücksichtigen der Wechselwirkung zwischen Wirtschaft, Sozialem und Umwelt. Das zeichnet uns wirklich aus, wenn man rausschaut, dann ist das das, wofür Europa steht.

Experteninterview Schierhuber, 2.05.07, Cafe Griensteidl, 14.30-15 Uhr, 20min36sec

Agnes Schierhuber wurde am 31. Mai 1946 in Reith/NÖ geboren. Während sie einen Bauernhof bewirtschaftet hat, war sie nebenbei unter anderem tätig in der Bezirksbauernkammer, in der Gemeinde- und Bezirksparteileitung der ÖVP und in der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer. Von 1986 bis 1996 war sie Abgeordnete im Bundesrat, seit 1996 ist sie Abgeordnete zum Europäischen Parlament.

F: Was heißt für Sie Europa?

S: Europa ist für mich seit 60 Jahren, obwohl es schon sehr verbraucht klingt, Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Toleranz, für die erste Generation in Mitteleuropa seit 60 Jahren, die das erleben kann. Geographisch ist Europa für mich die uralten Grenzen, zwischen dem Atlantik und Ural.

F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

S: Das es keine Selbstverständlichkeit ist, das Umfeld, das wir jetzt als Bürger und Bürgerinnen haben, dass das zum Nulltarif ist. Es muss immer wieder erarbeitet, erkämpft, errungen werden. Und ist dieses Europa für mich eigentlich die Garantie, dass man in Respekt, Toleranz, Achtung gegenüber jeder Sprach, Religion, Kultur, Tradition im Rahmen der Gesetze hier leben kann.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

S: Ich kann bewusst ab 55 reden. Ich denke, dass auf Grund der Geschichte, die Österreich hat, dieses Europabewusstsein schon immer da war, gewachsen ist und die Erkenntnis gekommen ist, in der Vielfalt ist Einheit ist die einzige Chance für uns in Europa.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

S: Es gibt teilweise einen Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung und dem Europabewusstsein, weil sehr oft – und das ist nicht nur in Österreich so – Innenpolitik mit der Außenpolitik gemacht wird und Europa für all das den Kopf hinhalten muss, was national große Schwierigkeiten ergibt.

F: Können Sie sich an bestimmte Ereignisse erinnern, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

S: Es ist so, ich bin gelernte Österreicherin und bin so viele Jahrzehnte politisch aktiv. Als wir auf Bezirksebene waren und irgendetwas nicht gegangen ist, hat immer die nächst größere Instanz die Schuld getragen, wenn wir etwas nicht geschafft haben. Dann war ich auf Bundesebene tätig, im Bundesrat, da war ganz klar, dass alles, was im Land nicht gegangen ist, hat immer der Bundesstaat Österreich eigentlich versagt. Und jetzt ist es eben Brüssel. Es ist traurig, es ist wahr, aber es ist eigentlich die Normalität.

F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?

35

S: Die spielen im Positiven und im Negativen eine Rolle. Weil gerade sehr oft populistisch umgegangen wird mit Headlines usw und Europa nicht so einfach zu verstehen ist. Da muss man sich auseinandersetzen, da muss man sich hineindenken, man muss manches überdenken. Und weil eben heute alles nur mehr so verkürzt wiedergegeben wird überall, ist teilweise im Positiven, aber viel mehr im Negativen eine Beeinflussung da.

40

F: Und im speziellen die Krone und der ORF?

45

S: Der Ausspruch stammt nicht von mir, den hat einmal vor Jahren eine Kollegin gemacht: „Steht es in der Krone, oder ist es wahr?“ Der ORF, glaube ich, also ich geh jetzt zurück die letzten zwölf Jahre, dass die Journalisten, die aus Brüssel berichtet haben, sich wirklich sehr bemüht haben. Leider ist es so, dass der Europapolitik überall sehr wenig Platz eingeräumt wird, alles verkürzt gesagt werden muss und damit auch das Problem entsteht, dass manches zu kurz kommt. Aber es hängt nicht – das möchte ich ganz dezidiert sagen – an denen die dort arbeiten in Brüssel, den Journalisten vom ORF, Salzburger Nachrichten, Kurier oder wer auch immer. Es hängt nicht an denen, aber die kriegen nicht viel Platz.

50

F: Wie hat der EU-Beitritt Stimmung beeinflusst?

55

S: Es war sehr spannend. Ich hab ja die ganze Vorbereitungszeit als Mandatarin mitgemacht und es war zuerst wirklich auch im ländlichen Bereich eine große Skepsis. Aber uns ist es dann gelungen, den Menschen klar zu machen, Probleme gibt es überall. Und wenn man wo dabei ist, ich sag das überspitzt, in einem Verein, dann hat man rechtliche Pflichten. Und es ist uns gelungen bewusst zu machen, dass dieses Österreich im Herzen Europas mit 8 Millionen Menschen, dass Europa genauso ohne uns sein kann, aber wir nicht in Zukunft ohne dem gemeinsamen Europa. Das haben die Vorfälle gezeigt im Kosovo, die Neutralität hat uns überhaupt nicht geschützt, wenn ein Krieg gekommen wäre. Und die Stimmung war sehr positiv und die Volksabstimmung hat uns auch gezeigt warum: weil es politische Mitbewerber gegeben hat, die das so überspitzt haben, dass jeder normale Mensch gesagt hat „Stopp. So nicht“. Seit dem Beitritt muss ich sagen, hat es auch Auf und Abs gegeben, hat sicher auch was mitgemacht bei der nicht sehr klugen Reaktion der Regierungschefs der ersten schwarz-blauen Regierung, das hat sicher die Österreicher stark getroffen, weil der Österreicher eher ein Mensch ist, der verbindend ist, wir unterscheiden uns in dem Punkt von Deutschland in der Mentalität, noch mehr von den westlichen Bundesländern, als vom Osten, die Deutschen dort sind moderater, kooperativer. Das war sicher ein Knackpunkt. Und dann immer dieses schreiben auf Brüssel, diese unqualifizierten Dinger, wie die Marmelade oder die Schwalbennester, wo man ja wirklich Magenkrämpfe kriegt. Aber es wird besser. Aber vor allem, was mich so positiv stimmt, ist die Jugend, da weiß man warum man Europa hat, man muss nur hin und wieder erklären. Ich finde, die Jugend hat erkannt, der überwiegende Teil der Jugend, die die was denken, haben die Zusammenhänge erkannt, weil die lassen sich nicht beeinflussen. Das kritische Alter ist so immer das nach 45, die glauben zu kurz gekommen zu sein, etwas verloren zu haben und die haben halt die großen Probleme.

70

F: Wie erleben Sie das Europabewusstsein als Parlamentarierin in Brüssel?

75

S: Nicht anders als hier, es kommt nicht auf den Beruf an, es kommt auf den Menschen an, auf die Bildung, und nicht nur, dass Akademiker immer alles wissen, im Gegenteil, da stell ich oft sehr viele Defizite fest und bei einem einfachen Arbeiter bin ich erstaunt, wie er sich weiterbildet, wie er sich mit der Materie auseinandersetzt. Da gibt es eine Holschuld und eine Bringschuld. Und vor allem müssten auch die nationalen Abgeordneten Multiplikatoren sein für die Europapolitik. Wir sind in Brüssel 18 Abgeordnete für Österreich, wenn ich denke, wie viele es national sind, die müssten also die Multiplikatoren sein, das weiter transportieren.

80

F: Verfassung?

85

S: Ich will keine Verfassung. Das war ja auch nie gesagt. Es war der Entwurf eines Verfassungsvertrages. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, ein Europa der 27 ist nicht anders zu managen, weil die Kommission ist ja nur die Hüterin der Verträge. Und das ist ja auch immer diese falsche Darstellung, die Kommission hat uns das aufgeladen – die Kommission hat uns gar nichts aufgeladen, die kann ja nur Gesetze machen auf Grund dessen was beschlossen wurde im Rat von den Regierungschefs. Das ist auch so eine etwas unsaubere Linie, die da gefahren wird. Aber jetzt bin ich abgeschwenkt. Verfassung: also, ich glaube schon, das eine notwendig ist, weil bei 27 oder 28, wenn Kroatien in absehbarer Zeit dazukommt, ist es unbedingt notwendig neue Wege zu finden und manches zu straffen. Weil was vor 30 oder 20 Jahren gut war, Evolution, Stillstand, Rückschritt – wir müssen uns den heutigen Herausforderungen anpassen.

90

F: Aber Sie würden es nicht „Verfassung“ nennen?

S: Nein. Nein, wir haben keine Vereinigten Staaten von Amerika.

95

F: Also sind Sie auch nicht für ein Bundesstaatmodell?

100

S: Nein. Wissen Sie warum? Ganz einfach: wir haben eine andere Geschichte als Amerika. Ich sage es jetzt überspitzt, Amerika wurde von den Europäern entvölkert, dann wurde es besiedelt, mit Sklaverei und vielen anderen Dingen. Dieses Europa, diese Urregionen wurden ausgerottet mit Sprache und allem. Dieses Europa stammt von drei Religionen ab, prosaisch, Juden, Christentum. Wir haben diese humanistische Schau der Dinge vom alten Griechenland und dieses humanistische Weltbild, das den Menschen als Persönlichkeit sieht. Wir haben in Europa so viele Staaten, so viele Sprachen, und diese Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der Traditionen, macht dieses Europa aus. Und wenn man das vereinen würde, ist das ein Kulturbruch. Das ist nicht einmal in China gegangen. Daher bin ich für das Europa „Vielfalt in Einheit“. So viel Brüssel als notwendig, so viel Subsidiarität als möglich. Ich will eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ende. Wir haben bis jetzt eine gemeinsame Politik, wir haben nicht einmal eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, 13 Länder haben den Euro.

105

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

110 S: Gerade wir in unserer Kultur haben auch gewisse Symbole. Für mich ist ja die Europa schon ein irrsinniges Symbol, weil sie eine Frau ist und die Zeus entführt hat. Und ich seh da immer noch sehr stark das weibliche Element.

F: Glauben Sie, ist sie genug verankert?

115 S: Ich glaube, die Fahne ist sehr stark verankert mit den zwölf Sternen. Und das ist auch gut so, das ist ein sehr gutes Symbol, wir haben ja auch überall Nationalflaggen. Die Fahne kennt jeder. Die Hymne ist wunderschön, noch dazu, wenn man weiß von wem – Beethoven, Ode an die Freude. Ein Problem haben wir. Es würde auch noch ein besseres Europaverständnis sein, wenn einfach auch, wie es in anderen Mitgliedsstaaten ist – wir wissen alle wie viel Kofinanzierung wir gerade in Österreich in der Regionalpolitik haben – in anderen Staaten, wo so etwas ist, sieht man diese Taferl „Mit Unterstützung der Europäischen Union“. Mehr braucht es nicht.

F: Und der Euro als Symbol?

125 S: Der ist super, super als Symbol. Aber es ist nur so, dass er schon benutzt wurde in manchen Bereichen zum Aufrunden. Wenn man heute schaut, was ein Kaffee kostet.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung, auch der Türkei?

130 S: Ich sag Ihnen, ich bin für die bevorzugte Partnerschaft, hab auch in allen Abstimmungen so gestimmt. Ich empfinde die Türkei nicht als europäisches Land. Ich bin dafür, dass man sie unterstützt, weil die brauchen sie, aber die Türkei hat bei uns nichts verloren, weil das unverantwortlich ist. Europa ist nicht in der Lage. Es müssen jetzt einmal die 27 geschichtliche Befindlichkeiten ablegen. Es verträgt Europa die Türkei nicht und die Türkei Europa nicht.

F: Was ist für Sie typisch europäisch?

135 S. Der Wein.

Experteninterview Karin Resetarits, 05.05.2007, Cafe Prückl, 12.30-13.30 Uhr, 26min13sec

Karin Resetarits wurde am 15. Dezember 1961 in Wien geboren. Von 1980 bis 2003 war sie beim ORF, hauptsächlich als Redakteurin in der Kulturredaktion. 2004 zog sie in der Liste Martin ins Europäische Parlament, wechselte 2005 aber zu den Liberalen.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 R: Europa bedeutet für mich Heimat. An und für sich habe ich mit dem Heimatbegriff immer Probleme gehabt und mich gefragt, was ist eigentlich Heimat und habe immer schon meine Nase in die Welt rausgestreckt. Als ich 2004 die Chance bekommen habe, ins Europaparlament zu kommen und Europa nicht nur als Touristin zu erleben, sondern auch politisch und tagtäglich auch mit vielen anderen Europäern zu tun habe, habe ich gemerkt, wie wichtig mir dieser Kontinent ist und habe viel stärkere Gefühle aufbauen können als zum Beispiel zu meiner engeren Heimat Österreich oder zu meiner noch engeren Heimat Wien.

10 F: Und Geographisch?

15 R: Geographisch glaube ich, brauch ich gar nichts definieren, die sind ja sowieso festgelegt worden. Die geographischen Grenzen werden in der Schule unterrichtet, wo es anfangt und aufhört, so sind auch die geographischen Grenzen zu sehen. Eine andere Frage ist, wo sind die Grenzen der EU, wo liegen diese? Für mich ist diese Frage die umstrittenste mit der Türkei. Ich steh dem positiv gegenüber, weil es mich schon beeindruckt hat, dass ein Land, das sicherlich ein Grenzland ist, weil da geht ja auch eine geographische Grenze durch, dass so ein Land viele Jahre trotz scharfer Gegenreaktionen, vieler, vieler Hindernisse immer wieder darauf besteht, wir wollen aber ein Teil von Europa sein. Und diese Beharrlichkeit, dieser Wunsch und diese Sehnsucht vieler Türken, nicht von allen, aber von vielen Türken, hat mich schon überzeugt jetzt auch als Politikerin dafür zu sein, man will Beitrittsverhandlungen und man versucht das Miteinander zu finden. Dass das ein sehr schwieriger, langwieriger Prozess ist, ist jedem klar. Also ich bin eine Befürworterin davon, weil ich finde, es ist ein sehr spannender Prozess. Aber wie ich schon betont habe, es ist ein Grenzland und ich bin mir nicht sicher, ob es gelingen wird, weil noch sehr viel in den Köpfen passieren muss. Also, das hat auch sehr viel zu tun mit europäischer Identität und die Türkei ist ein Grenzland. Ein anderes Grenzland – da haben mich einmal Studenten gefragt, wie würden Sie reagieren, wenn sich Russland bewerben würde – und natürlich gibt es einen europäischen Teil von Russland und selbstverständlich würde dieses Beharren, Nachfragen, in die Union wollen so stark ausgeprägt sein wie bei den Türken, würde ich natürlich auch diesem Wunsch gegenüber offen stehen, aber das ist überhaupt nicht der Fall bei den Russen, darum ist das eine sehr hypothetische Frage. Anders zum Beispiel mit der Ukraine, auch die wollen unbedingt in die Union, aber da glaube ich eher, dass das ein Schutz suchen ist vor der russischen Übermacht oder der russischen Bedrohung und dass da der Wunsch eher so gesehen wird. Das kann man bei den Türken nicht so sehen, bei den Türken glaube ich tatsächlich, dass es eine Identitätsfrage ist, ob sie bei der EU Mitglied sein können oder nicht. Das habe ich bei den Ukrainern nicht so stark

35 gespürt, die mit uns gesprochen haben. Und es gibt ja noch eine Krisenregion, die geographisch absolut gar nicht mehr zu Europa zählt, aber sehr wohl zumindest den einen Teil der Bevölkerung betrifft, der europäisch ist, das ist Israel. Und ich hab immer wieder auch mit anderen Kollegen zusammen darüber philosophiert, was wäre wenn, könnten wir diesen Konflikt, der Jahrzehnte dauert und immer blutiger wird, könnten wir da auch helfen, integrierend helfen, etwas regeln, das wir solche Überlegungen einmal anstellen, ist Israel ein Teil von Europa? Beim Songcontest ist es ja ein Teil von Europa, aber politisch natürlich sind das Utopien. Aber man soll sich einmal mit so etwas beschäftigen, finde ich, weil jedenfalls gehört die jüdische Kultur zur europäischen Kultur.

40 F: Was bedeutet Europabewusstsein?

R: Europabewusstsein hab ich dann oder sprech ich dann davon, wenn jemand tatsächlich Europa als mögliche Heimat sich vorstellen kann, leben will und von allen kulturellen Facetten etwas Positives mitnimmt in seinem Leben. Also nicht so sehr nur eine nationale Facette, es ist eigentlich ein Auflösen der nationalen Identität, für das ich auch eintrete. Also meine Vision von Europa ist ein Europa ohne Nationalstaaten. Nationalstaaten sind ja nichts, was vom Himmel gegeben worden ist, sondern das haben wir selbst geschaffen und warum sollten wir das nicht irgendwann einmal wieder abschaffen.

45 F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

50 R: Beim Großteil weiß man ja von den Umfragen, dass es nicht da ist, wenn es da ist, ist es eher negativ besetzt und es bessert sich nicht, außer – und das ist glaube ich schon sehr wesentlich – wenn man unter Erasmus-Studenten fragt, bekommt man ein ganz anderes Ergebnis. Also, da gibt es dieses Europabewusstsein bereits. Ich habe viele Praktikanten, die Erasmus-Studenten waren, und da merke ich, dass die einen ganz anderen Zugang zu Europa haben, dass sie Europa genauso lieben und leben, wie ich es tue. Und würde man darauf setzen und ein verpflichtendes Erasmus-Semester in Europa einführen in allen Universitäten, dann täte sich da sehr viel ändern, natürlich auch mehr im Anteil der jüngeren Bevölkerung, aber da so etwas könnte man schon tun und sollte man mehr fördern. Umso mehr man reist, aber nicht nur oberflächlich Wochenendausflüge, sondern man die Möglichkeit hat, länger zu bleiben und eine andere europäische Kulturfacette kennen zu lernen, umso mehr entwickelt sich natürlich ein Europabewusstsein.

60 F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen den Politikern und der Bevölkerung?

65 R: Na, die heimischen Politiker, die sind so wie der Großteil der heimischen Bevölkerung eher ablehnend gegenüber Europa und ich glaube, die, die ihre Nase herausstrecken durften und nach Brüssel gekommen sind, die sind schon eher aufgeschlossen. Also, ich wage zu behaupten, dass wenn man mit dem Herrn Mölzer ein Interview machen würde, dass der auch nicht mehr so negativ über Europa reden würde, wie vor ein paar Jahren. Mein ex-politischer Mitstreiter Hans Peter Martin, der nutzt ja diese anti-europäischen Tendenzen nur um Wahlen zu gewinnen. Ich weiß, dass er selbst auch ein entschieden stärkeres Europabewusstsein hat. Er versucht das dann immer so auszudrücken, er ist für Europa, aber nicht für dieses. Wir, die wir das erleben könne, wir sind alles Politiker mit hohem Europabewusstsein, aber die, die hier sind, die nicht.

70 F: Welche Rollen spielen die Medien bei der Beeinflussung der Bevölkerung?

75 R: Na ja, dieses immer stärker werdende negative Europegefühl geht ja Hand in Hand mit der Zunahme der Globalisierung. Also da werden ja zwei Dinge vermischt, zum Teil auch zu Recht, weil die Öffnung in Richtung europäischen Markt, das war ja die Vorwegnahme zur Öffnung zum Weltmarkt. Jetzt haben wir auf der einen Seite nicht nur diese kleine Insel der Seligen – aber das gilt für jedes europäische Land, nicht nur für Österreich – nicht diese kleine, geschützte Insel des Nationalstaates, sondern wir haben uns aufgemacht in Richtung Europa und haben gehofft es wird alles nur besser werden. Natürlich ist das dann nicht so gewesen. Und was wir wollen, wollen alle anderen Menschen auch auf dieser Welt und deswegen haben wir jetzt das Problem, das wir merken, es wird enger. Das ist ein politisches Problem, warum kann es eigentlich nicht Wohlstand für alle geben auf dieser Welt? Aber anscheinend geht es sich doch nicht aus, selbst die größten liberalen Optimisten haben nicht Recht behalten. Und jetzt die Medien: es ist natürlich immer ein Sündenbock gesucht, ein Sündenbock, den man leicht erklären kann und der ideale Sündenbock hat einen Namen und dieser Name ist „Brüssel“. Und Brüssel steht für all das, was Menschen stört, nämlich wir haben die Macht aus der Hand gegeben, wir wissen nicht mehr, wer uns regiert, wir wissen nicht, wie unsere Zukunft wird, wir wissen nicht, wer uns beschützt, wir wissen nicht, wer uns die Renten zahlt, wir wissen nicht, wer uns noch Arbeit geben wird, all diese Unsicherheiten, die die globalisierte Welt mit sich bringt, all das wird auf Brüssel geschoben und das ist für Journalisten sehr einfach diesen Sündenbock zu bedienen. Aber nicht nur für Journalisten, wenn man ganz genau analysiert, wer besonders auch, dann muss man natürlich sagen, auch wieder die nationalen Politiker benützen diesen Sündenbock sehr gern, obwohl sie genau wissen, dass es so simpel nicht ist und das die Wahrheit ganz anders aussieht. Aber natürlich spielen die Medien eine große Rolle, nur um zu simplifizieren, deshalb benützen sie Europa so gern.

90 F: Welche Rolle spielt dabei die Krone?

95 R: Das ist natürlich, da es das führende Tagesmedium ist in Österreich, hat sie die führende Rolle bei der Schaffung des negativen Europegefühls, weil dieses Medium par excellence dafür steht, etwas so simpel wie möglich einer breiten Masse näher zu bringen. Und da trifft es ja vollkommen zu. Also, alles, was aus Brüssel kommt ist schlecht, da gibt es nichts Positives. Aber ich hoffe halt doch, wenn man dann mit Menschen spricht, die wissen dann schon, dass nicht alles so einfach zu erklären ist. Aber trotzdem, zum Wutablassen, zum Beispiel bei der Europawahl, dann negativ wählen oder nicht hingehen, da wird dann heftig zugeschlagen.

100 F: Und der ORF?

R: Der ORF ist eine Schlafmütze sozusagen. Ich meine, die Europaberichterstattung des ORF ist sehr dürftig, sehr oberflächlich, das braucht man nur vergleichen mit ARD und ZDF – obwohl die deutschen Kollegen jammern auch im

105 Europaparlament über ARD und ZDF, aber ich sag dann nur, wenn man das vergleicht mit ORF, dann seid ihr wirklich noch gut dran. Aber natürlich im ORF zumindest ein Mal im Monat ein Europamagazin, warum nicht. Meinetwegen am Sonntag um 12 Uhr, zur gleichen Zeit wie „Hohes Haus“, wohin sie alles schieben und verstecken, aber zumindest das der interessierte Bürger sich Informationen holen kann. Das macht der ORF aber nicht. Er hat eine zeitlang versucht am Report am Ende ein Europathema zu platzieren, aber da haben sie gesagt, da fällt die Kurve, die Einschaltquote hinunter und haben das dann gleich wieder nach einiger Zeit lassen. Ein Straßenfeger ist Europa sicher nicht, da bin ich mir sicher. 110 Obwohl, ist meine Überzeugung, das kann man auch anders machen. Ich propagier da immer wieder, warum müssen die „Dancing Stars“ Österreicher sein. Tanzen ist ohne Worte, was Idealeres kann man für Europa gar nicht finden und man könnte natürlich auch eine europäische Version von „Dancing Stars“ machen, wo man dann sehr wohl mit massenmedialen, patriotischen Gefühlen spielen kann. Das würde sicher sehr gut ankommen, aber man kann trotzdem ein bisschen Europa mitverkaufen. Oder für das ältere Publikum, warum gibt es keinen europäischen „Musikantenstadl“. Also, da sind sie sehr 115 einfalllos und nicht mutig genug, weil ich bin mir sicher, man erzielt damit sehr wohl große Erfolge. Aber sie sagen, das ist ein Quotenkiller, da rühren wir gar nicht daran. Aber meine Ex-Kollegen vom ORF verstehen nicht, dass sie einen Auftrag zu erfüllen haben und der Auftrag würde auch heißen, sich mit Europa und Globalisierung viel intensiver zu beschäftigen.

120 F: Haben Sie beim ORF das Europabewusstsein anders erlebt als jetzt in Brüssel als Europaparlamentarierin?

R: Nein, weil ich war ja in der Kulturredaktion und die Kulturredaktion ist ja schon etwas aufgeschlossener, auch über den Tellerrand hinwegschauen und da gibt es ja so viele spannende Menschen, die man interviewen, porträtieren kann und so gesehen war das für mich auch immer ein Teil meines Lebens. Keine Frage, dass da die Kulturredaktion schon viel offener ist als die Politredaktion, noch schlimmer die Unterhaltungsredaktion.

125 F: Gibt es Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

R: Ja sicher. Also ganz negativ beeinflusst sicher die Sanktionen, das war ein Kardinalfehler von Europa und das wird auch immer wieder, eigenartigerweise, wenn man dann in Brüssel mit den Kollegen redet, die auch damals dabei waren, dann 130 wird das sehr oft anders verstanden und anders gesehen. Weil zum Beispiel wird da oft gezeigt, was sind den erfolgreiche Kampagnen, wo wir gezeigt haben, wir stehen Schulter an Schulter und wir können so etwas wie Europabewusstsein schaffen? Da führen die in Brüssel Euro und Haider an und wir sind natürlich als betroffene Nation, als Österreicher, die sagen, ihr habt damit die Sympathie, das Europabewusstsein einer ganzen Nation verspielt. Dasselbe gilt ja eigentlich auch für den Euro, weil da sind sie ganz stolz, dass sie diesen Euro geschafft haben, das ist ja auch eine sehr große 135 Anstrengung gewesen, aber wenn man dann fragt in den einzelnen Ländern, Euro ist Teuro, in Frankreich die negative Europastimmung hat sehr viel auch mit dem Euro zu tun, dass alles teurer geworden ist, das sind also immer so zwei Seiten. Aber das ist das eigenartige, was man dort sieht, dass das ganz anders wahrgenommen wird, aber hier in Österreich war es eben ganz schlimm. Und trotzdem, man ist so leicht verführt, so etwas zu tun, zum Beispiel letzte Woche im Europaparlament, geht es darum, dass diese polnische Regierung, die zurzeit an der Macht ist, ja nicht nur eine 140 antieuropäische ist, sondern auch in ihren ganzen Tendenzen ziemlich fragwürdig demokratisch ist. Und das stößt auf, das stört, das will man nicht. Und jetzt gibt es den Paragraph, was Homophobie betrifft, die Verletzung in der öffentlichen Meinung gegen Homosexuelle in Polen, haben wir eine Resolution gegen Homophobie am Beispiel Polen verfasst. Und die polnischen Kollegen waren außer sich und haben und haben davon gesprochen, man soll das nicht machen, sonst hat es denselben negativen Haider-Effekt wie in Österreich, weil die Polen sowieso Europa skeptisch sind und wenn jetzt das 145 Europäische Parlament anfangt denen vorwirft Homophobie und quasi vorschreiben will, wie sie mit Homosexuellen umzugehen haben, dann ist es aus. Und das war das Gegenargument, aber wir haben es trotzdem gemacht, weil wir der Meinung sind, man muss eine Gruppe schützen und wenn Menschenrechte und Grundrechte in Frage gestellt werden – das ist ja eigentlich das Ureigenste, was Europa ausmachen soll, eigentlich auch in der Verfassung unangetastet diese Grundrechte – dann müssen wir uns dafür einsetzen, dass die nicht verletzt werden. Und deswegen haben wir es schon 150 gemacht und mit großer Mehrheit abgestimmt, aber natürlich in Polen ist der Teufel los.

F: Sie haben die Erweiterung bereits angesprochen, aber wie stehen Sie zur Erweiterung um Südosteuropa?

R: Also, da ist es überhaupt keine Frage, dass die Teil der EU werden müssen. Also Kroatien, Serbien und all die anderen 155 entstandene ex-jugoslawischen Kleinstaaten, natürlich müssen die irgendwann Teil der EU sein. Ich war jetzt in Rumänien, die Bevölkerung dort haben mich oft angesprochen, wir verstehen überhaupt nicht, dass wir Rumänen schon dabei sind und die Kroaten sind nicht dabei. Für Rumänien ist Kroatien das reiche Land, das Schlaraffenland, erfolgreich, auch unter Ceausescu, die Bessergestellten durften nach Jugoslawien ausreisen, das war die große Freiheit. Und dass die jetzt hinten angestellt sind und Rumänien drinnen ist, das verstehen die überhaupt gar nicht. Wir sind drinnen und bei denen ist noch 160 immer das große Fragezeichen. Ja, natürlich gehören die rein. Der Riesenfehler, den sie begangen haben und den man komplett ausräumen muss, ist natürlich der Krieg, sind diese Spannungen und Animositäten, die noch immer untereinander herrschen, da muss man wirklich sehr Acht geben, wenn man da aufnimmt, weil diesen Riesenfehler hat die EU bei der Aufnahme von Zypern gemacht. Da ist der ganz, ganz schwere Fall, was geschieht mit den türkischen Zyprioten und das rächt sich bitter jeden Tag. Also da muss man wirklich bei der Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten sehr behutsam 165 vorgehen und aufpassen, dass man einen nahezu perfekt demokratischen Staat aufnimmt mit wenig Korruption. Wenn die einmal drinnen sind, dann lassen sie die Zügel ja sofort wieder schleifen, da ist ja Österreich auch nicht ausgenommen?

F: Wie wichtig finden Sie eine europäische Verfassung?

R: Klar ist so etwas notwendig, weil wir haben ja keine, sind aber jetzt plötzlich 27 Mitgliedsstaaten, vielleicht bald noch 170 mehr und da ist es klar, dass man eine Hausordnung geben muss. Wenn man so ein riesiges Haus, einen riesigen Komplex errichtet hat und keine Hausordnung hat, da fehlt ja was. Also ist ganz klar, dass wir eine Verfassung brauchen. Ob diese Verfassung bereits die optimale ist, bezweifle ich auch. Es gibt die, die sagen, das hat sehr lang gedauert oder in Österreich habt ihr ja auch versucht eine neue Verfassung, jetzt haben es endlich 17 oder 18 Mitgliedsstaaten ratifiziert, jetzt kann man 175 ja nicht schon wieder von Neuem anfangen, so kriegen wir nie eine. Das ist die eine Denkrichtung. Die andere Denkrichtung ist, na die ist nicht so optimal, nützen wir die Chance um das jetzt noch schnell optimaler zu machen. Aber ich glaube, mit

180 schneller Verfassung, das spielt es nicht. Also ich würde sagen, eine Verfassung sollte schlanker sein, als diese. Sie ist ein bisschen zu umfangreich geworden. Ich finde, die wichtigsten Hausordnungsregeln sollten drinnen stehen und alles andere ist dann mit Einzelverträgen wieder neu auszuhandeln und zu schaffen. Das ist der richtige Zugang, das kommt eh schon überall auf. Sarkozy, Royal, überall hört man schon von der Verfassung „light“, einer schlankeren, kleineren Verfassung, die ja dann gar nicht mehr Verfassung heißen muss. Also wir brauchen eine, aber sie sollte schlank sein, verständlich sein und bei wirklichen komplexen Themen müssen dann in Einzelverträgen neu ausgehandelt werden ist mühsam, aber das will die Bevölkerung.

185 F: Wie wichtig sind europäische Symbole?

190 R Na ja, Symbole sind für Menschen schon sehr wichtig. Also für mich persönlich sind sie nicht sehr wichtig, darum würde ich jetzt als individuelle Antwort sagen, nicht wichtig, brauch keine Fahne. Aber ich lebe ja nicht allein in Europa und deswegen sind sie wichtig, Menschen lieben so etwas und man sollte versuchen das klug immer wieder ein bisschen auszubauen. Also, wir haben im Kulturausschuss immer Diskussionen darüber, sollten wir nicht auch die Europahymne spielen, zum Beispiel zumindest beim Finale der Championsleague oder wenn bei der Olympiade am Schluss eine europäische Mannschaft am Siegerstockerl steht, das man da nicht nur die nationale, sondern auch die Europahymne spielt. Also das man langsam anfängt, man kann stolz auch auf Europa sein. Da bin ich schon dafür, aber das verlieren wir bis jetzt immer in den Abstimmungen. Also ist noch immer die Mehrheit der Kollegen vorsichtig unterwegs. Das ist überhaupt so radikal wie ich, ein Europa ohne Nationalstaaten, das werden Sie kaum mehr finden. Die meisten sind sich voll bewusst, sie werden nationalstaatlich gewählt, sie haben ihren Nationalstaat zu verteidigen und sie tun das dann auch. Nur ich sehe da eher einen Widerspruch, die Nationalstaaten bringen sehr viel Schlechtes auch mit sich, indem sie Europa als Sündenbock immer wieder verwenden, der Rat, der hinter geschlossenen Türen tagt, das sind diese Spielchen, die ich nicht mag. Aber wird gern gespielt und von vielen weiter so gepflegt. Also die meisten Menschen haben ein sehr starkes Nationalbewusstsein, leider immer noch.

200 F. Was ist typisch europäisch?

205 R. Typisch europäisch ist, dass man eigentlich innerhalb von 24 Stunden, wenn man sich in ein Flugzeug setzt zwischendurch, so viele Kulturen kennen lernen kann, wie nirgendwo anders auf dieser Welt. Also, es hat so viele Eigenheiten, nicht nur die Sprachen, auch die kulturellen, das ist Europa, das ist das spannende, das nimmt uns niemand. Das kann uns niemand mehr nachmachen, das macht uns einzigartig auf dieser Welt. Und deswegen finde ich, dass ist das, wo wir besonders stolz sein müssen, was wir besonders fördern müssen. Also, dass man mich da ja nicht missversteht, abschaffen der Nationalstaaten heißt nicht eine Einheitskultur schaffen, das wäre furchtbar, ganz im Gegenteil, die Regionen, die regionalen, kulturellen Eigenheiten stärken, die Kleinen viel mehr noch fördern und stärken, das ist das, worauf wir eigentlich großen Wert legen sollten und dafür beneidet uns die Welt. Und wenn wir es schaffen mit dieser Komplexität innerhalb von Europa gut umzugehen, dann kann uns sowieso niemand in der Welt mehr etwas streitig machen. Weil das ist ja das schwierigste überhaupt, mit so vielen Sprachen und Kulturen immer wieder ein Miteinander zu schaffen. Das ist für mich Europa.

215 F: Vielen Dank für das Interview!

Experteninterview Leichtfried, Flughafen Wien Schwechat, 08.05.07, 9.45-10 Uhr, 6min19sec

MEP Jörg Leichtfried wurde am 18. Juni 1967 geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er in der JG SPÖ Steiermark tätig und war seit 2000 stellvertretender Landesparteivorsitzender der SPÖ Steiermark. Im Jahr 2004 ist er als Abgeordneter ins Europäische Parlament gewählt worden.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 L: Wenn man es in einem Satz zusammenfassen soll, ist es wahrscheinlich eine sehr große Chance für die Menschen, die in Europa leben, aber auch für die Menschen, die nicht in Europa leben, aber deren Lebensumfeld schon durch Europa beeinflusst wird.

F: Und Europabewusstsein?

10 L: Wahrscheinlich diese Chance erkennen zu können und dementsprechend dann zu handeln und denken.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

15 L: Ich glaube, das kann man schwer generalisieren, man müsste da unterscheiden in mehreren Kategorien. Wenn man es zusammenfasst, würde ich sagen, dass es unmerklich, aber doch wächst, aber vom typisch österreichischen Granteln immer wieder überdeckt wird.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

- 20 L: Das kann man genauso wenig generalisieren, es gibt in der Bevölkerung sehr europabewusste Damen und Herren und das gibt es auch bei den Politikern. Und dann gibt es in der Bevölkerung welche, die meinen, das es nicht gescheit ist und das gibt es auch unter den Politikern. Also ich würde das nicht differenzieren.
- F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?
- 25 L: Ja sicher eine relativ große. Es hängt natürlich stark, zum Beispiel bei den Zeitungen, davon ab, von was berichtet wird, über welches Thema berichtet wird, mit welcher Selbstverständlichkeit berichtet wird und das beeinflusst natürlich die Zeitungsleser. Dasselbe gilt natürlich auch für den Rundfunk, ob jetzt Fernsehen oder Radio. Also ich würde sagen, die Medien, wie überhaupt in der Politik, nicht nur in der Europapolitik, tragen natürlich immer ihren Teil zu Stimmungen und Anschauungen bei.
- 30 F: Spielt dabei die Kronen Zeitung eine besondere Rolle?
- 35 L: Eigentlich nicht. Die Kronen Zeitung ist von ihrer Art her eine Zeitung, die nicht nur berichtet, sondern auch versucht die Stimme des Volkes zu sein. Da gibt es aber mehrere Zeitungen, die das versuchen und ich sehe das nicht generell negativ. Manchmal tut es der Politik auch recht gut, wenn sie etwas motiviert wird.
- F: Gibt es bestimmte Ereignisse, die das Europabewusstsein in Österreich beeinflusst haben?
- 40 L: Das ist schwer zu sagen, ob das so Einzelereignisse waren. Also mir fallen keine wirklichen Ereignisse ein, die etwas massiv beeinflusst hätten.
- F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?
- 45 L: Ich sehe das vollkommen länderneutral. Meines Erachtens ist Erweiterung so lange möglich, so lang die Funktionsfähigkeit der EU weiter gegeben ist. Ich selbst bin ein Anhänger einer sich verdichtenden EU mit immer besser funktionierenden gesetzgebenden Körperschaften und immer besseren Verwaltung und da sind Erweiterungen derzeit generell eher schwieriger, weil das System im Rat derzeit nicht darauf eingestellt ist. Da müsste ich zuerst da etwas ändern.
- 50 F: Für wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?
- L: Sehr notwendig. Es muss auf jeden Fall sich in der Abwicklung der Gesetzgebung, die Dinge müssen sich da vereinfachen, müssen demokratischer werden und die Verfassung wäre ein Schritt in diese Richtung. Sie wäre sicher noch nicht die Endphase, aber ein Schritt.
- 55 F: Wie wichtig sind europäische Symbole?
- L: Na, ich denke, die sind nicht unwichtig. Ich würde mir sogar lieber mehr europäische Symbole wünschen, als wie es jetzt gibt.
- 60 F: Und der Euro?
- L: Der gehört sicher zu den stärksten europäischen Symbolen derzeit.
- F: Hat sich Ihre Einstellung zu Europa als Europaparlamentarier geändert?
- 65 L: Selbstverständlich ist es etwas anders, es gehen in der Regel die nach Brüssel, die an Europa glauben und da ist die ganze Atmosphäre dann natürlich eine andere.
- 70 F: Was ist typisch europäisch?
- L: Eine unglaubliche Vielfalt, die aber versucht, geeint in eine Richtung zu gehen.

Experteninterview Andreas Mölzer, Büro Redaktion „Zur Zeit“, 09.05.07, 14.45-15.15, 13min16sec

MEP Andreas Mölzer wurde am 2. Dezember 1952 in der Steiermark geboren. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften war er Studienassistent am Institut für europäische und vergleichende Rechtsgeschichte, sowie am Institut für österreichische Rechtsgeschichte, danach arbeitete er als freier Publizist und Autor. Von 1990 bis 1994 war er Abgeordneter zum Kärntner Bundesrat, seit 2004 ist er Abgeordneter des Europäischen Parlaments für die FPÖ.

F: Was heißt für Sie Europa?

M: Europa ist unser geopolitischer und geistig-kultureller Lebensbereich. Europa ist die Summe der europäischen Völker und Kulturen.

F: Und geographisch?

M: Also, wo Europa anfängt und endet sozusagen, auch in Hinblick auf Erweiterung und europäische Integration. Ich bin der Meinung, dass die europäische Integration auch geographische und geopolitische Grenzen benötigt, wobei das ja im Westen, Süden und Norden nicht so ein Problem ist, sondern vor allem im Osten des Kontinents und glaube, dass dort, wo das geistig-kulturelle Abendland endet, sprich auch das christliche Element, einmal nicht Europa ist, sprich in Kleinasien, in der Türkei. Und ich glaube, dass Europa, wenn es ein gedeihliches Verhältnis zu Russland haben will in der Zukunft, dem noch immer größten Flächenstaat des Planeten, dass es dann dort enden muss, wo der legitime russische Einflussbereich beginnt. Das heißt, dass wir Weißrussland und die Ukraine nicht in die europäische Integration im klassischen Sinne einbeziehen können, sondern allenfalls, und das betrifft auch die Türkei, positive Nachbarschaft, Nachbarschaftsverträge, privilegierte Partnerschaftsverträge anstreben kann, aber keine Mitgliedschaft bei der EU. Der Balkan, der so genannte Westbalkan, der jetzt noch nicht bei der EU ist, ist natürlich Europa, sowohl im geopolitischen als auch im geistig-kulturellen Sinne, allerdings ist natürlich die europäische Perspektive, die diesen Ländern zu geben ist, so zu gestalten ist, das künftige Beitritte wohl vorbereitet und vorsichtig und unter entsprechender Berücksichtigung der ökonomischen und sozialen Entwicklung zu tätigen sein werden.

F: Was heißt für Sie Europabewusstsein?

M: Also, das Europabewusstsein ist also natürlich etwas, das sowohl historisch als auch intellektuell als auch kulturell, die Summe des einzelnen nationalen Bewusstseins, der Summe der einzelnen europäischen Völker und Kulturen darstellt. Ich glaube, dass es ein isoliertes europäisches Bewusstsein nicht geben kann, sondern dass das als die kollektive, die gemeinschaftliche Ausprägung der einzelnen nationalen Bewusstseins oder der Summe der jeweiligen einzelnen nationalen Bewusstseins zu gelten hat. Das heißt, Europa gibt es geistig in dem Maße, in dem es die Summe der Identitäten gibt, kann nicht sein ein Schmelztiegel, ein Schmelzen der einzelnen nationalen Identitäten.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

M: Na ja, ich glaube schon, dass sich in Österreich, aber nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen europäischen Staaten der EU, sich das Bewusstsein entwickelt hat, das doch das Gemeinsame stärker in den Mittelpunkt stellt. Wenn Sie sich das 20. Jahrhundert vor Augen halten, vor allem die erste Hälfte mit zwei Weltkriegen, die ja auch so etwas wie europäische Bürgerkriege waren, dann ist also zwischen den alten Erbfeindschaften, den alten nationalen Antagonismen und dem heutigen weitestgehend entspannten, gutnachbarlichen, auch wirklich freundschaftlichen Verhältnis der einzelnen Völker, der einzelnen Nationen, der einzelnen Staaten ein gewaltiger Unterschied. Und wenn man jetzt Dinge sich ansieht, die am Balkan passiert sind in den letzten 15 Jahren, diese Kriege nach dem Ende dieses alten Tito-Jugoslawiens, wenn man sich Spannungen anschaut, wie sie in etwa zurzeit zwischen Deutschland und Polen existieren, dann sieht man, dass das Ausnahmen sind, dass also die alten Erbfeindschaften doch weitestgehend überwunden sind und nur mehr Restbestände da sind, wie eben diese deutsch-polnischen Spannungen oder lokale, höchst irrationale Konflikte, wie sie am Balkan in den letzten Jahren der Fall waren.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

M: Ja natürlich, das sind Faktoren der heimischen Innenpolitik, auch der Niederungen dieser Innenpolitik, auf der einen Seite, die Politiker sind alle begeisterte Europäer, das ist ja Pflicht, Standard, dass man begeisterter Europäer ist einerseits, andererseits neigen die Leute dazu das Versagen oder die Unfähigkeit der eigenen immer Brüssel anzulasten, sprich Schuld ist immer Europa, die EU, Brüssel. Das Brüssel die Summe der eigenen nationalen Regierungen ist, wird natürlich immer verschwiegen. Und die Bevölkerung reagiert auch darauf. Jetzt gibt es diesen großen Europaüberdruß, den es auch in Österreich gibt, diese Europskepsis, die auch bewusst und berechtigt ist, weil es natürlich gravierende Fehlentwicklungen gibt in der EU, weil es Fehlentwicklungen gibt, die die politische Klasse der EU zu verantworten hat und die politische Klasse ist auch wieder die Summe der politischen Establishments der einzelnen Mitglieder und da ist diese EU-Skepsis, dieser EU-Überdruß verständlich, auf der anderen Seite, die Schuld liegt bei diesem politischen Establishment.

F: Erleben Sie das Europabewusstsein in Brüssel anders?

- 60 M: Na ja, man hat schon eine andere Perspektive, wenn man ein bisschen über den Tellerrand hinaus sieht und das einmal von außen und distanzierter betrachtet, man hat mehr Abstand zu innerösterreichischen Problemen, ein Abstand, den man sonst wahrscheinlich nicht hätte.
- F: Wie sehen Sie die Rolle der Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?
- 65 M: Die Medien spielen eine große Rolle und es ist schon so, dass einzelne Tageszeitungen, einzelne Medien eine Rolle spielen, die nicht immer erfreulich ist, weil man diese EU-Skepsis, die es auch berechtigt gibt, instrumentalisiert. Auf der anderen Seite haben gerade Mainstream-Medien die unheilvolle Eigenschaft, dass die Leute glauben, dass da ein aufgesetzter Europaoptimismus verbreitet wird und das glauben die Menschen halt auch nicht.
- 70 F: Und speziell die Krone?
- M: Ich bin weit davon entfernt die Kronen Zeitung zu kritisieren, weil ich ja auch jahrelanger ständiger Kolumnist der Kronen Zeitung war und auch immer wieder ein EU-kritischer, aber es ist natürlich schon, dass es populär ist, wenn man da an die österreichische Eidgenossenschaft appelliert, das bringt auch Auflage und es ist nicht immer ganz den Realitäten entsprechend.
- 75 F: Und der ORF?
- M: Es ist eher so, dass ich den ORF sehe wie diese anderen Mainstream-Medien, es politisch korrekt, relativ kritiklos positiv bringen und damit aber die EU-Verdrossenheit der Bevölkerung eher anheizen, weil das nicht glaubwürdig ist für die Leute.
- 80 F: Hat sich Ihre Einstellung zu Europa geändert seit Sie in Brüssel sind?
- M: Einerseits neigt man natürlich immer dazu, aber eigentlich nicht wirklich. Ich hab immer eine prinzipiell positive Stimmung zur europäischen Integration gehabt von Anbeginn, wie das auch im Freiheitlichen Lager seit den 50er Jahren so war, aber immer auch eine kritische Einstellung. Und das ist so geblieben, allerdings ist es natürlich vom sachlichen her, vom Wissenstand her, differenzierter geworden, das ist ja klar. Als EU-Abgeordneter, wenn man da über mehr Informationsmöglichkeiten verfügt, hat man da differenzierte Standpunkte oder Einblicksmöglichkeiten wie als normaler Bürger, das ist völlig logisch.
- 85 F: Fallen Ihnen bestimmte Ereignisse ein, die das Europabewusstsein in Österreich beeinflusst haben?
- 90 M: Na ja, natürlich, zum Beispiel die EU-Sanktionen des Jahres 2000, die haben das sehr wohl beeinflusst. Das war natürlich nichts angenehmes, das da die Leute empört waren. Und das war natürlich auch eine riesen Sauerei oder noch schlimmer, das war eine Dummheit, die die anderen EU-Staaten da begangen haben. Man hat davon, glaube ich, auch gelernt, es wird jetzt niemand auf die Idee kommen, gegen Frankreich EU-Sanktionen zu verhängen, weil der böse rechte Sarkozy gewonnen hat oder gegen die Polen, weil die Brüder Kwasniewski da regieren. Aber es gibt natürlich Dinge, die das Bewusstsein ständig verändern, der außenpolitische, der wirtschaftspolitische, der sozialpolitische Erfolg oder Misserfolg wirkt sich natürlich immer unmittelbar auf die Stimmungslage aus, das ist keine Frage. Und die könnte besser werden. Auf der anderen Seite muss man auch den europäischen Bürgern und Völkern sagen, sie müssen Europa mit anderen Weltgegenden vergleichen und sie müssen unsere Periode mit anderen Perioden der Geschichte vergleichen und da möchte ich nur ungern tauschen.
- 100 F: Für wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?
- 105 M: Ich glaube, dass wir eine Verfassung in dem Sinne als Instrumentarium einer wirklichen Staatlichkeit, dass das nicht angebracht ist. Ich glaube allerdings, dass wir einen Grundlagenvertrag brauchen, der natürlich das rein organisatorische Funktionieren und auch das Staatsziel, wenn es so etwas gibt für einen Staatenverbund, definiert. Da bin ich schon dafür und das natürlich das Vertragswerk, das es gibt, unter Umständen einer Überarbeitung in Form eines solchen Grundlagenvertrages bedarf. Die Verfassung oder der Verfassungsvertrag für Europa, wie er jetzt vorgelegt ist, den lehne ich allerdings ab.
- 110 F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?
- 115 M: Das ist natürlich so, einerseits ist es so, dass man sagt, der Mensch braucht Symbole und Hymnen und Flaggen, das ist schon richtig. Auf der anderen Seite habe ich den Verdacht, dass die Frau Merkel und jene Leute, die die Verfassung retten wollen, dass man diese Dinge all locker über Board werfen wird, die kosten nichts so quasi, auf das verzichtet man schon, wichtig sind nur die wahren Dinge, die also die wahre Macht betreffen, etwa der Abstimmungsmodus und, und, und, dass die Kleinen nichts mehr zu reden haben, dass es kein Veto mehr gibt, dass es diese Stimmengewichtungen gibt zwischen Großen und Kleinen und diese Symbolikgeschichte ist nur sehr vordergründig da.
- 120 F: Und der Euro?
- 125 M: Es ist der Euro nicht wirklich eine harte Währung geworden, wie es die D-Mark war, das ist schon klar. Es ist ja auch als Währung der Ausdruck der Volkswirtschaften, die dahinter stehen, könnte das auch nicht der Fall sein im Fall des Euros. Auf der anderen Seite hat es viele Annehmlichkeiten gebracht, viele Vorteile für jene, die über den Euro entsprechend verfügen. Für ein Drittel der Bevölkerung, die sozial Schwächeren, hat das ganz viele Nachteile gebracht, da war der Euro ein Teuro und ist es bis heute. Auf der anderen Seite, Ausstieg aus dem Euro halte ich auch für eine nichtrealisierbare Forderung, wohin sollen wir aussteigen, den Schilling gibt es nicht mehr, den hat es nie gegeben, das war die D-Mark dividiert durch sieben. Folglich können wir nicht aussteigen, nirgendwo hingehen, wir haben die Alternative nicht.
- 130

F: Bitte ganz spontan antworten: was ist typisch europäisch?

135 M: Typisch europäisch ist für mich eben, dies auf relativ kleinem Raum, diese Ballung und Bündelung von Hochkulturen und Hochsprachen, diese Vielfalt von Kulturlandschaften, diese Vielfalt von Völkern, von Sprachen, von Literatur, von Kulturleistungen der Menschheit, das ist einmalig auf diesem Planeten.

F: Danke!

Experteninterview Christa Prets, Bar Vinissimo, 29.05.07, 16.30-17Uhr, 15min47sec

Christa Prets wurde am 2. Oktober 1947 in Diez an der Lahn / Deutschland geboren. Seit 1968 wohnt sie im Burgenland, wo sie erste direkt gewählte Bürgermeisterin des Burgenlandes wurde. Von 1994 bis 1999 war sie Mitglied der Burgenländischen Landesregierung. Seit dem Jahr 1999 ist sie für die SPÖ Abgeordnete zum Europäischen Parlament und dort seit 2004 Stellvertretende Delegationsleiterin.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 P: Das ist eine gute Frage. Europa heißt für mich die Chance auf Frieden, das heißt für mich die Chance soziale Ausgewogenheit einmal zu erreichen, das ist dieses Ziel, heißt für mich auch die Kräfte zu bündeln, um sich auch gemeinsam auf dem Weltmarkt zu behaupten, ein stärkeres Europa zu haben, um auch weltweit ein Gleichgewicht herstellen zu können.

F: Und was ist Europabewusstsein?

10 P: Das Europabewusstsein ist etwas, das ich vermisse, das fast nicht vorhanden ist, aber das wäre das, wenn man erkennt, dass wir ohne unsere eigene heimische Identität, sei es jetzt die kommunale, die regionale, die nationale, aufzugeben, in einem großen Europa denken. Aber die Identität oder dieses Gefühl, das ist nicht das Bewusstsein, oder nur ganz wenig, viel zu wenig, dafür hat es einen zu negativen Touch, das Ganze.

15 F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich in der Zweiten Republik entwickelt?

20 P: Ich glaube, das Europabewusstsein war nach 45 eher eines, wo diejenigen, nämlich auf die Deutschen, die den Krieg begonnen haben, mit dem Finger gezeigt hat, die anderen waren dann die, die die Starken waren, die Sieger, das hat sich lange so hin entwickelt, dass die eine Seite ein schlechtes Gewissen hatte, die andere Seite triumphierend, so die Gut- und Böse-Menschen. Weltweit war Europa geschwächt, da war nichts da und daher auch sehr zahnlos und ungefährlich und so hätte man es gern gehalten und das sich dann auch im Laufe der Jahre auch mit zunehmenden Wohlstand gestärkte Länder entwickelt haben. Europa für sich besteht noch immer aus einer Vielzahl von Mitgliedsstaaten, die so unabhängig wie möglich sein wollen.

25 F: Und speziell in Österreich?

30 P: Ich glaube, dass sich nach der ersten Euphorie des Beitritts sehr schnell in die Phase des Nörgelns gegangen ist, in die Phase, dass man erkannt hat, Brüssel kann nicht alles lösen, sondern man muss selbst auch sehr viel dazu beitragen. Und das hat nicht so behagt und dadurch ist eine sehr kritische Stimmung gegenüber Europa entstanden.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung der Politiker und der Bevölkerung bezüglich Europa?

35 P: Ich denke nicht wirklich. Der Großteil der Politiker nutzt auch die EU, um die eigenen Fehler, die eigenen Schwächen abzuschieben, abzuwälzen auf die in Brüssel und das ist sehr bequem zu sagen: „Ich wollte das ja nicht, aber die in Brüssel haben gesagt, wir müssen!“ Da denke ich, dass das Bewusstsein der Politiker pro Europa ist, die können wir nehmen, so lange es unser Vorteil ist und wenn irgendetwas schief geht, dann sind es eh die in Brüssel.

F: Und gibt es einen Unterschied zwischen Brüssel und Österreich?

40 P: Schon, weil ich als Abgeordnete im Europäischen Parlament sehr eng mit den Institutionen zusammenarbeite, viel stärker die Vernetzungen, die Möglichkeiten und die Chancen erkennen kann und weiß auch, wie Entscheidungen zustande kommen, was man hier weniger weiß oder wissen will. Also ich glaube, dass das Europabewusstsein bei den Abgeordneten sehr stark ist, außer denen, die im Parlament sitzen und bewusst gegen Europa arbeiten.

45 F: Hat sich Ihr Europabewusstsein geändert seit Sie in Brüssel sind?

50 P: Meines sicher, es war auch wenig vorhanden, eben durch das Nichtwissen war auch die europäische Überzeugung zu Europa oder für Europa zu arbeiten gemäßigt, aber durch die Erfahrungen und durch das Wissen wandelt sich das automatisch.

F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Bevölkerung?

55 P: Schon eine sehr starke, würde ich meinen. Überwiegend schreibt ein Blatt kontra Europa und alles, was schlecht ist, wird noch einmal aufgebauscht oder wo Schwächen sind und das mit x-maliger Wiederholung, bis der letzte Bürger weiß, dass das schlecht ist. Es gibt einige Medien, die sehr gut und sehr sachlich berichten, aber ich denke, dass hier viel mehr geleistet werden könnte. Ich denke auch, man könnte an den ORF viel mehr Forderungen stellen, ständig europäische Informationen in die Tagesnachrichten einzubauen.

60 F: Fallen Ihnen bestimmte Ereignisse ein, die zum Europabewusstsein beigetragen haben?

65 P: Ja, natürlich, das, was man als Sanktionen bezeichnet, das hat sicher die österreichische Seele verletzt und weil man da noch medialen Druck gegeben hat, hat das sehr stark das europäische Befinden beeinträchtigt. Ich glaube auch, dass diese ständige Information, dass Brüssel über Österreich bestimmt und jetzt mit der Verfassung zum Beispiel, Österreich schwächt, die Mitgliedsstaaten schwächt, indem es mehr Entscheidungskraft bekommt. Aber dass es auch dazu beigetragen hat, das Image Europas zu schwächen. Und ich denke auch an die Diskussion mit der Marmelade, das ist ein typisches Beispiel, wie man die Menschen betroffen machen kann, was schon immer Marmelade war, soll auf einmal nicht mehr Marmelade sein dürfen. Man hat da überhaupt keine Erklärungen dazu abgegeben, warum es dazu gekommen ist, dass niemand da Österreich einen Schaden tun wollte, sondern dass das eigentlich zum Schutz des Konsumenten ist. Es ist jetzt ja ausgebügelt, man hat die Marmelade wieder behalten. Aber das sind so Dinge, die unter die Haut gehen, die die Menschen im Bauch spüren und das schlägt sich dann auch nieder. Und wenn man dann ständige hört, Betrugereien und die in Brüssel schmeißen das Geld raus, dann unterstreicht das das natürlich. Man macht sich viel mehr Gedanken interessanterweise über die so genannte Verschwendung oder Vergeudung in Brüssel, als man das zu Hause macht. Also ich glaube nicht, dass Betrugereien, die hier aufgedeckt werden, so starke Schlagzeilen machen, wie Betrug, der in Brüssel aufgedeckt wird, aber von den Mitgliedsländern begangen wird, das muss man auch dazusagen. Brüssel ist es ja nicht, es sind die Länder. Man muss ja eigentlich froh sein, dass es aufgedeckt wird, dafür gibt es auch Kontrollmechanismen und Kontrollorgane, aber das wird zu wenig dann beachtet.

F: Gibt es auch länger zurückliegende Ereignisse?

80 P: Ich glaube, dass was Österreich selber betrifft, seit dem Beitritt. Viel länger zurück ist so richtig in Diskussion hat man sich nicht so damit beschäftigt. Es gab einmal Diskussionen, sollen wir in die EU gehen oder nicht, aber die ist nicht so tief in die Bevölkerung eingedrungen.

85 F: Wie stehen Sie zur Erweiterung?

90 P: Also Bulgarien und Rumänien war für mich klar, dass die zur EU kommen werden, weil sie in diesem großen Package damals mit waren, das war nur eine Frage der Zeit. Fakt ist für mich, dass wir derzeit unsere Kapazität erreicht haben. Wir sind ohne neue Verfassung überhaupt nicht mehr in der Lage noch Länder aufzunehmen. So lange die Bereitschaft noch da ist, wirklich Europa so zu gestalten, dass wir finanzielle Möglichkeiten haben, die wir jetzt auch nicht haben, weil jeder spricht von Kürzung, zahlen weniger nach Brüssel, wollen aber dafür mehr rausholen, so lange die Dinge nicht an den Punkt gebracht werden, wo kann man Forderungen an Brüssel stellen, wo muss Brüssel entscheiden und auch korrigieren, wo sind nur die Nationalstaaten gefragt, so lange gibt es kein erweitern. Die Türkei ist für mich ein ganz eigenes Kapitel, ich bin dafür mit der Türkei eine stärkere bilaterale Beziehung zu haben, aber die Mitgliedschaft nicht anzustreben. Das hat für mich ein paar Gründe. Das eine ist, es ist für mich nicht der Islam, wir wollen den nicht, sondern wir haben den Islam schon in Europa, wir leben mit Muslimen in jedem Land, das kriegt man auch noch hin, dass man sich zusammenraut oder zusammenlebt. Aber es ist die Frage der Größe des Landes. Die Türkei wäre nach Deutschland das zweitgrößte Mitgliedsland der EU, das heißt ist in allen Gremien entsprechend stark vertreten, hat eine unheimlich starke Position innerhalb der EU, die Außengrenzen sind direkt am Nahostkonflikt, das heißt, wir haben keinen Puffer mehr dazwischen. Und dann ist es eine Frage der Finanzen, wie man das alles bewältigt und wie man das Land mit allen Rechten und Pflichten eingliedern kann.

F: Wie notwendig erachten Sie eine europäische Verfassung?

105 P: Ich finde sie dringend notwendig, denn die Verfassung regelt auch das Abstimmungsverhalten im Rat, was derzeit überwiegend einstimmig ist bei wichtigen Gesetzesvorlagen. Man kann sich vorstellen, dass man mit derzeit 27 Ländern und dann mit noch mehr Ländern einstimmig keine Lösungen mehr treffen kann, das heißt es kommt zum Stillstand, es blockiert. Das ist der eine Grund. Der zweite ist, dass das Parlament mehr gestärkt werden muss, das Parlament als einzig gewähltes Organ muss sich vom Rat viele Vorgaben geben lassen. Der Rat entscheidet, wir können nur unsere Position dazu sagen, aber ob der Rat das letztlich annimmt, das bleibt denen überlassen. Ich glaube, dass das nicht ganz richtig ist und auch nicht demokratisch genug. Und was ganz wichtig ist, auch für die Bevölkerung, es gäbe zum Beispiel ein Volksbegehren, man kann ein Volksbegehren beantragen, wenn eine Million Bürger unterzeichnet haben, das dann bearbeitet werden muss und dann möglicherweise auch in einen Gesetzestext einfließen kann.

115 F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

120 P: Ich glaube, schon, dass das eine Wichtigkeit hat, weil man muss Europa sichtbar machen und Europa hat ohnehin schon ein Problem, weil es nicht sichtbar ist. Die EU ist keine Person, sie ist keine Partei, sie ist eigentlich so ein Gebilde von allen, daher finde ich es notwendig und wichtig, dass man die EU an Merkmalen erkennt, wie zum Beispiel die Fahne oder die Hymne oder auch bei verschiedenen Aktionen, das wirklich Europa sichtbar wird.

F: Und sehen Sie den Euro als Symbol?

125 P: Sehr. Das ist ein Identitätsmerkmal, das wir haben, es ist das erste richtige und ich finde es sehr gut und ich stehe auch zum Euro und alle Skeptiker, die gemeint haben, der Euro wird uns in den Ruin bringen, die jammern heute, wenn er zu stark ist und gegenüber dem amerikanischen Dollar im Wettbewerb ganz andere Möglichkeiten aufzeigt.

F: Was ist typisch europäisch?

130 P: Unsere Vielfalt, das ist typisch.

F: Danke für das Interview!

Experteninterview Herbert Bösch, Cafe Eiles, 13.06.2007, 11-11.45Uhr, 26min30sec

Herbert Bösch wurde am 11. September 1954 geboren. Nach dem Studium der Soziologie und Politikwissenschaft in Konstanz arbeitete er in Vorarlberg im Karl-Renner-Institut und war gleichzeitig in der Jungen SPÖ tätig. Von 1989 bis 1994 war er im Bundesrat, bis 1996 Abgeordneter zum Nationalrat. Seit 1995 ist er Abgeordneter zum Europäischen Parlament. Dort ist er unter anderem Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses.

F: Was heißt für Sie Europa?

5 B: Europa identifiziere ich in der Zwischenzeit schon stark mit der EU. Ich weiß auch, dass Europa ein Kontinent ist, aber ich glaube auch, Europa ist zunehmend EU.

F: Und was bedeutet Europabewusstsein?

10 B: Das hat damit zu tun, dass wir gemeinsam in diesem Raum leben, dass wir auch so etwas wie eine Schicksalsgemeinschaft sind und dass wir uns als Europäer verstehen.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

15 B: Ich kann jetzt nur für die letzten Jahre etwas sagen. Man ist gerne dabei, aber man motschert auch ein bisschen. Vor dem EU-Beitritt war es schon wichtig, dass Österreich ein internationaler Treffpunkt war, auf der anderen Seite hat man sich auch ganz gerne im Schneckenhäuschen zurückgezogen.

F: Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

20 B: Ja. Wie gesagt, Europa ist für mich inzwischen tägliche Arbeit, es ist für mich ganz normal im Plenum in Straßburg zwischen einer französischen und einem spanischen Abgeordneten zu sitzen und zu begreifen, dass der oder die zu Fragen, die meine Heimat betreffen, gleich viel zu sagen hat wie ich.

F: Und die Politiker in Österreich?

25 B: Ich glaube, für manche Politiker ist es manchmal schwer einzugestehen, dass inzwischen ein großer Teil von Entscheidungen woanders getroffen wird und nicht in der eigenen Hauptstadt.

F: Hat sich Ihr Bewusstsein geändert seit Sie in Brüssel sind?

30 B: Ja, dieses tagtägliche Arbeiten, dieses Respekthaben voreinander und zu Begreifen, ich werde nur was erreichen wenn ich den Anderen überzeugen kann. Also mit Kraftmeiersprüchen, die man bei uns vor allem in der Kronen Zeitung lesen kann, da mach ich einen Strich drunter, da sag ich, was ist mit Mochovce, was ist mit Benesch-Dekreten, was ist mit alldem ganzen Zeug, wo man daheim irgendwelche Verbalrabauken groß herumtoben. Da ist nämlich nichts. Unter dem Strich kommt nichts heraus und ich möchte eigentlich was erreichen, das ist für mich keine Selbstbefriedigung, Europapolitik, sondern ich muss mit dem Anderen zum Ergebnis kommen. Und wenn ich am Brenner einen Tunnel finanziert bekommen will, dann hat der aus den Niederlanden, der gar nicht weiß, wie ein Berg aussieht, gleich viel zu sagen, wie ich. Und das muss man einfach begreifen und respektieren.

40 F: Wie war ihre Einstellung zu Europa bevor Sie nach Brüssel gegangen sind?

B: Ich hab in Deutschland studiert, die Frage der Nostrifizierung deutscher Examen fest mitbekommen, also dass ich das Gefühl gehabt habe, eine Europäisierung bringt Vorteile, auch für das Geistesleben, den Austausch, die Anregung, die da entsteht, das war bei mir eine alte Geschichte. Von daher habe ich vielleicht schon über mein Studium einen anderen Zugang gehabt.

45 F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?

B: Eine wichtige, aber nicht eine entscheidende. Ich glaube, es ist eher dieser Doppelpass zwischen Politik und Medien. Wenn die Politik darauf nicht eingeht, dann können die Medien schreiben, was sie wollen. Sonst wäre der Herr Haider schon längst Bundeskanzler. Auf der einen Seite ist der Versuch der nationalen Politik, die schlechten oder scheinbar schlechten Ergebnisse, die nicht gut verkaufbar sind und in Europa getroffen wurden, irgendwelchen dunklen Kräften in Brüssel anzuhängen und zu verschweigen, dass man selber mit dabei war am Tisch, das ist natürlich die eine Geschichte. Und gleichzeitig ist es natürlich eine lieb gewonnene Tradition, jemand anderen schuldig werden zu lassen. Ich glaube, dass die österreichische Politik im Medienwesen schon längst kapituliert hat, sonst kann man solche Konzentrationen wie die Kronen Zeitung nicht zulassen. Das ist eine Demokratiefrage, das kann nicht nur eine Marktfrage sein. Man hat sich mehr oder weniger arrangiert. Die Gefechtslage ist eine relativ einfache, wenn ich denke, wir haben in Vorarlberg ein Medienmonopol und wir haben in Wien nicht ganz ein Medienmonopol, aber ein sehr stark dominantes Blättchen und die in Vorarlberg die spielen gerne mit dem alemannischen Anderssein, mit dem Ländle und gegen die Zentralisten in Wien, ist ganz klar, man ist Macht in Vorarlberg. In Wien sind die Vorarlberger Nachrichten nichts, da kommt sie vielleicht einen Tag später an. Wir wissen, was eine einen Tag alte Zeitung bedeutet, die ist gut für den Ofen. Ähnlich verhält es sich jetzt zwischen Wien und Brüssel. In Wien ist man eine Macht, die Kronen Zeitung, in Brüssel kennt man sie gar nicht und hat deshalb nichts zu sagen. Deshalb müssen wir uns ja wehren gegen diejenigen, wo man nichts mehr mitzureden hat. Ich glaube, diese Erscheinung haben sie in anderen Ländern auch und einer entfernteren Einrichtung, wie der in Brüssel, kann man natürlich leichter etwas anhängen, wenn man den Kaas da lesen muss, Marmelade usw., da kann man so viele Dinge erzählen, die man daheim nicht kennt. Es ist aber ganz interessant, wenn dann Wahlkampf mit ähnlichen Strategien auf nationaler oder gar regionaler Ebene betrieben wird, so Brüssel ist Schuld und das sind alles Verschwender, dann scheitert man damit, weil auf einmal greift das nicht, den Scheiß brauchst du mir nicht erzählen, ich kenn ja meinen Nationalratsabgeordneten, meinen Landtagsabgeordneten, den EU-Abgeordneten kennt man ja weniger, vielleicht essen die wirklich mit goldenem Besteck, wer weiß das. Also, das ist eine unsägliche Geschichte, weil ich glaube, dass wir unsere Energie, gerade weil wir ein kleines Land sind, eigentlich positiv zuspitzen müssten und nachdem ich bis jetzt keine Alternative zu Europa kenn, die hat mir bis jetzt niemand vorgestellt, nicht einmal der Herr Strache hat eine Alternative, der will keine Verfassung und so reaktionäres Zeug, aber nachdem ich keine Alternative kenne, bin ich ein absoluter Gegner dieser dummlichen Matschgerei und Schuld abschieben, irgendwer anderer. Was soll das? Da Kräfte bündeln und sagen, wie bringen wir möglichst viel solcher holländischen, spanischen, französischen Kollegen und Kolleginnen auf meine Seite.

75 F: Welche Rolle spielt der ORF?

B: Keine besondere. Ich habe immer das Gefühl, die versuchen das Beste. Die Journalisten, die ich bisher vom ORF gekannt habe, die über Europa berichten, die haben ihr möglichstes getan. Ich glaube, die haben zum Teil dasselbe Problem wie verschiedene Korrespondenten von Tageszeitungen, die Geschichte, die sie für wichtig erkannt haben, daheim zu platzieren. Die sagen, da ist in Bregenz ein Rad umgefallen, das ist eigentlich viel wichtiger, als was du uns aus Brüssel berichtest. Und das ist beim ORF nicht anders. Ich seh das manchmal bei der Berichterstattung in Deutschland, dass schon im Frühstücksfernsehen Europa wirklich regelmäßig vorkommt, davon können wir in Österreich nur träumen. Aber ich hab ein sehr entspanntes Verhältnis zum ORF. Der ist mein kleinstes Problem.

85 F Und was ist Ihr größtes Problem?

B: Na wenn die Größte Zeitung so primitiv und so blöd dagegenhält, gegen ein Projekt, für das ich keine Alternative habe. Wenn jemand sagt, ich will austreten aus der Union, dann ist das legitim, aber das hab ich in der Kronen Zeitung noch nicht gehört, da ist drin hocken und maulen. Na das hat einen Wert. Wenn ich sage, Europa ist zu wenig sozial, dann bin ich dazu da es sozialer zu machen, dann muss ich Partner suchen, wenn ich sage, da wird zu viel Geld verschwendet, dann kann ich Institutionen und Einrichtungen entwickeln, wo weniger Verschwendung stattfindet. Aber das ist ja intellektuell beleidigend, was da passiert. Wir sind nicht einmal mehr zwei Prozent der europäischen Bevölkerung, wir brauchen Partner. Und wenn wir nicht in der Union wären, dann würden wir uns trotzdem nach den anderen 98 Prozent richten. Aber jetzt bin ich drin, und wenn ich drin bin, dann analysier ich, man darf auch maulen über ein paar Dinge, aber irgendwann muss ich zu einem Ergebnis kommen und sagen, dass unternehmen wir jetzt. Darum die Temelin-Debatte – es war Österreich ganz stolz auf seine Zwentendorf-Entscheidung und ja keine Europäisierung der Energiepolitik, weil sonst kommen die Franzosen und werfen uns den Ofen in Zwentendorf wieder an. Aber das ist die Vertragsgrundlage. Jetzt kann ich verhandeln gehen und sagen, passt ein bisschen auf mit eurem Kraftwerk, weil wir sind da mit betroffen, aber die dummen Kraftmeiereien, die kann ich gleich sein lassen. Was man erlebt, das hat mit Europabewusstsein auch zu tun, es ist diese Art von Projekt und immerhin, dieses Projekt heißt 60 Jahre Frieden in diesem Teil der Welt und das ist bei Gott nicht selbstverständlich, heißt täglicher Kompromiss. Kraftmeiereien, das ist dummes Zeug von Leuten, die selber nicht zu Rande kommen mit ihrem Leben vielleicht, aber sonst heißt das, du bist ein wichtiger Partner für mich, ich brauch dich das nächste Mal, wenn es um meine Bergbauern geht oder um etwas, was dich prima vista gar nichts angeht. Ich sag auch Schulklassen, habt ihr euch schon Gedanken gemacht über die Fischereipolitik der EU? Die sind dann überrascht. Ich komm vom Bodensee, Sie kommen von der Donau, aber das sind dann bald schon die einzigen größeren Gewässer, die wir haben, das hat wenig mit der europäischen Fischereipolitik zu tun. Nur unsere Fischereipolitik ist eine, die zum Teil ganz starke Konsequenzen hat für die Küstenbewohner von Westafrika. Ich kann sagen, ich bin gegen Europa, dann hab ich halt keinen Einfluss und maulen und analysieren, was das für Schweinereien sind. Oder ich hänge mich rein und sagen, ich bin da mit dabei, ich bin europäischer Bürger, Steuerzahler, das interessiert mich, Agrarpolitik, Exportsubventionen. Aber mit meckern bin ich nicht dabei, dann machen das halt die Agrarlobbies, die meckern nicht, die nehmen das in die Hand. Darum ärgert mich, dass die mit Abstand größte Tageszeitung in Österreich eine solche Position bezieht.

115 F: Können Sie sich an bestimmte Ereignisse erinnern, die das Europabewusstsein beeinflusst haben?

B: Früher sicher die Frage des Eisernen Vorhanges, zu welchem Teil Europas gehören wir, das waren sicher auch bei dramatischen Ereignissen 56, 68, die vor unserer Haustür stattgefunden haben, hat das mit einem Einfluss gehabt. Und ich denke, dass der Jugoslawienkrieg sicher einen Einfluss gehabt, dass das „Ja“ bei der Volksabstimmung gekommen ist. Im Zweifel ist man dann ja doch lieber bei einem größeren Verein dabei, man weiß ja nie. Kaum ist die Gefahr vorbei, kann man wieder ein bisschen großzügiger reden. Das ist nicht nur eine österreichische Geschichte, vielleicht ist es bei uns ein

bisschen stärker ausgeprägt, das gibt es wahrscheinlich überall, das ist da ein bisschen ein gewisser Schutzopportunismus, der da mitspielt. Und natürlich, sehr legitim, die Frage, die wir aufgeworfen haben, wer trägt die Last der ganzen Flüchtlinge, wir hatten 60 000 Bosnien-Flüchtlinge da, eine tolle Leistung Österreichs, kann man stolz darauf sein – stolzer als auf die Asylgesetzgebung, die wir derzeit haben – und da den Appell an die anderen zu richten, das ist nicht nur ein österreichische Sache, das ist eine europäische Angelegenheit. Das hätte man stärker spielen könne. Nur muss uns dann wieder bewusst sein, wenn die Malteser kommen oder irgendwer, die die Flüchtlinge haben, dann werden die kommen und fragen, wie ist es jetzt mit eurer Solidarität. Das ist halt unteilbar. Frieden ist alles andere als normal auf dieser Welt, die EU hat einen Ausnahmezustand geschaffen durch Kompromiss, durch Respekt, durch Akzeptanz, durch Aufeinanderzugehen, das ist eigentlich die große Leistung. Diese Bedrohungen von außen haben dann wieder für eine zeitlang unser Bewusstsein für Europa geschärft.

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung der EU?

B: Für mich persönlich ist das ein bisschen früh gekommen. Es hat stattgefunden, okay, aber mir wäre lieber gewesen, es wäre zuerst die Verfassung gekommen und dann die Erweiterung, aber schon die 2004er Erweiterung. Wir müssen die Probleme lösen, nach vorne schauen, nicht zurück, aber ich hätte gerne zuerst die Vertiefung, neue Spielregeln und dann vergrößern wir den Verein. Dann hätten wir die Debatte, die der Herr Gusenbauer gerade in Warschau mit dem Herrn Kaczynski führen durfte, da tut er mir wirklich leid, unser Bundeskanzler, freut mich, dass er sich da in die Verfassungsdebatte aktiv hineinhängt, aber dann hätten wir uns solche Debatten vielleicht sparen können. Dann hätten wir gesagt, willst du zu dem Verein, die Spielregeln stehen schon, oder willst du nicht, überlegt euch das und kommt wieder, wenn ihr es wisst. Das wäre gescheitert gewesen.

F: Sind Sie für einen neuen Versuch der Verfassung?

B: Ja klar, mit fällt nichts Gescheiteres ein. Diese Verfassungsdebatte hat ja den Ausgang gehabt im Europäischen Parlament nach dem de facto Scheitern vom Vertrag von Nizza, wo die französische Präsidentschaft nichts zusammengebracht hat und das dann als Erfolg verkauft hat. Die Konsequenzen waren dann der Konvent. Wenn ich denke, was unsere Leute da zusammengebracht haben, die Vertreter der Mitgliedsstaaten und wer da teilgenommen hat, das ist ein strammer Text. Man hat ja dann später auch den Österreich-Konvent gehabt, man hat ja sogar den Begriff beim europäischen Parlament ausgeliehen, also ich habe nie gehört, dass beim Österreich-Konvent etwas herausgekommen wäre. Das ist eigentlich interessant. Auf europäischer Ebene haben wir was zusammengebracht, was jetzt in zwei Ländern mehrheitsmäßig abgelehnt wurde.

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

B: Wichtig. Wir auch da in der Zukunft mehr Wert legen auf die Sichtbarkeit. Ich war vor kurzem in Makedonien, da haben wir an die 300 Millionen finanziert, da siehst du die zwölf Sterne an jedem Hauseck stehen. Das würde sicher auch daheim das eine oder andere Vorurteil korrigieren, wenn man bei uns wissen würde, was denn schon mit finnischem, portugiesischem, holländischen Steuergeld finanziert wurde. Aber bei uns verstecken wir ja das, das ist ja fast, als ob das Geld stinken würde. Wenn die Leute alles wisse, aber nicht wissen, dass der Industriepark vorm Ort aus EU-Mitteln finanziert wurde, da stimmt dann was nicht. Darum: Sichtbarkeit ist mir wichtig, vor allem auch im internationalen Geschäft, dass immer wir die Zahlmeister sind und die Amerikaner politisch abräumen, das seh ich nicht ein. Es würde sicher unseren Bürgern gut gefallen und wäre auch für das Europabewusstsein wichtig, dass man sagt, da waren wir dabei. Wenn ich zum Beispiel in Rumänien eine Einrichtung sah für kleine Kinder, da gibt es in Rumänien das Problem mit den heimatlosen Kindern, da wurden hervorragende Dinge aufgebaut mit europäischen Steuergeldern. Da bin ich stolz drauf, ohne uns gäbe es das nicht. Da wären wahrscheinlich 99 Prozent der Österreicher dafür zu haben. Also, Symbole, wichtig.

F: Und der Euro als Symbol?

B: Den möchte man, glaube ich, heute nicht mehr hergeben. Zuerst war er zuwenig gegen den Dollar, jetzt sind dieselben sagen, oh weh, 1,30, Probleme mit dem Export. Ich habe das Gefühl, die sagen, es ist zu heiß und wenn es regnet ist es auch nicht gut. Als, der Euro war eine klasse Idee, eine tolle Sache, hat uns stabiler gemacht gegen Spekulationen. Typisches Beispiel, Euro ist Teuro, man hat gleich einmal gerundet, aber das war Heimarbeit, nicht aus Brüssel. Brüssel hat gesagt 13,7603, bis auf vier Kommastellen war das fixiert und in anderen Ländern hat man noch auf der Speisekarte, bei uns gibt es gar keine Cent mehr auf der Speisekarte, bei uns hört die Fantasie bei zehn Cent auf, aber die Preise im Lokal sind nicht in Brüssel verordnet worden, die haben wir selber gemacht. Wenn aus fünf Schilling 50 Cent wurden und aus zehn Schilling ein Euro, dann war das eine massive Inflation von 30 Prozent innerhalb von Tagen, aber wiederum typisch: das war Brüssel.

F: Was ist typisch europäisch?

B: Die Kleinstaaterei, die vielen Kulturen, die vielen Sprachen, aber auch, was für mich der europäische Grundwert ist, die Aufklärung. Und die gilt es in dieser Welt offensiv zu verteidigen. Wir wissen aus der amerikanischen Administration, da gibt es auf einmal ein Reich des Guten und des Bösen, das ändert sich jeden Tag, je nach Gefechtslage und auch im Islam. Ob sie im Namen Christi erschossen werden oder Allah, es bleibt unter dem Strich immer gleich. Und da die Aufklärung, das eine ist Staat und das andere, du kannst glauben, was du willst, tun was du willst, das bleibt dir überlassen. Das sollten wir offensiver und gemeinsam entwickeln, das ist nicht einfach, aber wir sind nicht ganz erfolglos gewesen in den letzten Jahrzehnten, es ist ein tolles, alternativloses Projekt.

F: Danke!

Experteninterview Ursula Stenzel, Büro Bezirksvertretung Altes Rathaus, 25.6.07, 11.30-12Uhr, 16min54sec

Ursula Stenzel wurde am 22. September 1945 in Wien geboren. Sie war seit 1972 beim ORF tätig, unter anderem als außenpolitische Redakteurin und Nachrichtensprecherin. Von 1996 bis 2004 war sie als Abgeordnete für die ÖVP im Europäischen Parlament. Seit 2005 ist sie Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien.

F: Was bedeutet Europa?

5 S: Zunächst ist es ein Kontinent, ein geographischer Begriff und darüber hinaus ein historischer Begriff und drittens eine Idee, eine politische Idee, die sich durch die Gründung der EU, durch die Römischen Verträge 56/57 und über verschiedene Schritte bis hin zu einem Organismus aus 27 Staaten entwickelt hat. Das ist Europa, ohne Schnörkel.

F: Und was heißt Europabewusstsein?

10 S: Europabewusstsein heißt in erster Linie, ein Bewusstsein, dass man die Vergangenheit hinter sich lässt und an einem Friedensprojekt baut, dass heißt nicht, dass die Konflikte wegfallen, die bleiben natürlich, aber sie werden erstmals seit Jahrhunderten und nach zwei Weltkriegen auf dem Verhandlungstisch gelöst.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in Österreich entwickelt?

15 S: Ich glaube, so schlecht nicht, wie das manche Meinungsumfragen insinuierten, es ist die Akzeptanz der EU mehr oder minder gleich geblieben über die Jahre und wenn man fragt, soll man die EU abschaffen, bekommt man diesen Schlüssel, der eigentlich zeigt, dass die Akzeptanz der EU und der Integration im Großen und Ganzen da ist. Das Europabewusstsein ist Schwankungen unterworfen wie in allen anderen Ländern auch, aber ich sehe das nicht dramatisch eigentlich.

20 F: Hat es auch vor der EU ein Europabewusstsein gegeben?

25 S: Es hat immer ein Europabewusstsein gegeben, auch vor der EU. Es wurde getragen von der Paneuropa-Bewegung usw. In der Monarchie hat man noch großräumig gedacht, europäisch gedacht. Dieses Europabewusstsein gibt es wahrscheinlich so lange es Europa gibt und hat durch die Paneuropa-Bewegung einen konkreten Ausdruck gefunden.

F Gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern?

30 S: Anzunehmen, dass es einen gibt. Bei der EU ist es nämlich so, dass sie nicht auffällt, es sei denn, es kommt ein Gesetz oder eine Bestimmung auf uns zu, wo man sich erinnert, ah ja, die EU gibt es auch noch. Das Nicht-Auffallen ist gar nicht so schlecht, die EU sollte funktionieren und sie wird getragen von den Politikern, die wir in den nationalen Gremien auch sitzen haben, daher ist eine Spaltung eher eine künstliche, dass man sagt, da ist Europa, hier sind wir. Das wird zum Teil aus politischer Opportunität so gehandhabt, dass man sagt, unangenehme Dinge schiebt man gerne auf Brüssel und die Erfolge heimst man regional ein. Dadurch ist es sicherlich auch zu dem negativen Image der EU gekommen, weil man ihr eher die schlechten Sachen in die Schuhe schiebt und die guten den eigenen Regierungen. In Wirklichkeit ist es ja so, dass 80 Prozent der Gesetze de facto bestimmt werden in Brüssel unter Mitwirkung der nationalen Regierungen, Vertretungen, Interessensvertretungen und unter Mitwirkung eines gewählten Organismus, dem Parlament.

F: Haben Sie das Europabewusstsein in Brüssel anders erlebt?

40 S: Ich habe es überall gleich erlebt. Es wurden große Schübe, große Sprünge und große Errungenschaften in kurzer Zeit gemacht, ich habe kaum wen getroffen, der das nicht geschätzt oder positiv bewertet hätte. Es ist nun mal eine Entwicklung hin vom gemeinsamen Markt zu einer politischen Union. Und das ist ein Prozess, mit einer gemeinsamen Währung, auch wenn das nicht alles vollkommen ist, hat jeder gesagt nach zwei Weltkriegen und der Spaltung Europas, hat die EU zur Überwindung dieser Spaltung beigetragen, die Wirtschaft eine Vorreiterrolle gespielt bei der Integration, jedes Land profitiert davon, es findet ein Ausgleich statt, Länder, die ärmer sind haben die Chancen aufzuholen, Länder, die reicher sind, haben die Chancen zu expandieren in neue Märkte, was sich auswirkt positiv auf den Wirtschaftsmarkt, auf den Arbeitsmarkt, das wird akzeptiert.

50 F: Hat sich Ihr persönliches Europabewusstsein während Ihrer Zeit als Europaabgeordnete geändert?

55 S: Ach ja, es hat sich vielleicht insofern geändert, als das man sieht, dass es immer schwieriger Verhandlungen bedarf, aber das ist im politischen Leben normal, in Demokratien normal, dass versucht werden muss, im Großen und Ganzen konsensuale Lösungen herbeizuführen. Das der Entscheidungsmechanismus in der EU ein komplizierter ist, ist auch klar. Das hat mich weiter nicht überrascht oder nicht gehindert an der wesentlichen Idee festzuhalten.

F: Gibt es Ereignisse, die das Europabewusstsein beeinflussen haben?

60 S: Ja, sicher. Die Einführung des Euro, keine Frage, dass man keinen Pass de facto mehr braucht an den Grenzen, dass die Grenzen fallen, dass man beweglich ist, dass junge Leute da und dort studieren können, ist ein großer Vorteil. Junge Menschen wachsen in einer großen Freiheit auf. Das sind ungeheure Schritte, die kann man nicht mehr wegdenken. Und dass die EU um die ehemaligen Ostblockstaaten erweitert wurde, ist ein enormer historischer Schritt. Es gibt natürlich nach

wie vor Defizite, an denen muss man halt arbeiten. Aber zunächst einmal, man hat die Erweiterung geschafft, man hat den Euro geschafft und man schafft vielleicht, mühsam, aber doch, einen Vertrag, der die Entscheidungsfindung wieder vereinfacht. Und ich glaube, um das geht es, eine funktionstüchtige EU.

65

F: Welche Rolle spielen die Medien bei der Beeinflussung der Stimmung?

S: Auch eine große natürlich. Es ist überhaupt keine Frage, ein ständiges in Misskredit bringen der europäischen Institutionen, sei es der Kommission oder des europäischen Parlaments, dazu beiträgt, dass man die EU als einen Fremdkörper empfindet und dabei den eigentlichen Wert, der für Österreich unbestritten ist, sowohl wirtschaftlich als auch politisch unbestritten ist, dadurch nicht genügend ins richtige Licht rückt.

70

F: Und die Kronen Zeitung?

S: Ja sicher kritisch natürlich. Es muss jedem möglich sein, sich zu äußern. Die EU ist nicht vollkommen, viele Dinge sind zu bürokratisch, sind zu anonym, aber ich glaube, wir sollten das alles nur viel gelassener sehen, eigentlich sollte die EU aus einer ideologischen Grundsatzauseinandersetzung raus gehalten werden. Sie ist aus einer politischen Vereinigung entstanden, sie hat politisch noch nicht zu ihrer letzten Bestimmung gefunden, man will keinen europäischen Superstaat, das muss man sehen, das müssen alle zur Kenntnis nehmen und die Regierungen haben schon, die Nationalstaaten, in den letzten 50 Jahren Schritt für Schritt Souveränität abgegeben und im Moment geht nicht mehr. Und auch die neuen Staaten, die dazu kommen, sind auf dieser Linie, es geht nicht mehr. Daher werden wir kleine Schritte erleben und nicht den großen Wurf. Also wir werden nicht die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erleben usw. Aber wir erleben sehr viele Dinge, die harmonisiert und angeglichen werden. Und vor allem hat Europa die Chance, einfach auf diese Weise sich zu integrieren, zusammenzuwachsen und sich im großen globalen Umfeld zu behaupten, das muss man so sehen. Ich bin da völlig realistisch und ich habe keine übertriebenen Hoffnungen oder Erwartungen. Jetzt schauen wir einmal, dass die EU in ihren Institutionen leichter verständlich wird, leichter fasslicher wird und vielleicht durch diesen Verfassungsvertrag, wie er jetzt grundgelegt wurde, das Vertragswerk der EU einfacher zu "handlen" ist, dass die kleinen Staaten nicht das Gefühl haben, sie werden von den großen dominiert.

80

85

F: Also finden Sie eine Verfassung notwendig?

S: Ich glaube, dass es abgeschlankter Vertrag sicher zu begrüßen sein wird. Ich halte das für notwendig, es sind die Entscheidungsmechanismen einfach zu kompliziert und oft zu schwer nachvollziehbar. Und daher muss man so etwas haben. Ich glaube, aber nicht, dass jetzt noch ein großer Wurf gelingt, also die Verfassung, wie sie ursprünglich gedacht war, im Konvent und so, die hat, wie man sieht ein Aschenkreuz erhalten, auch weil die Staaten und Völker diesem Weg, den die Eliten vordenken, nicht immer so folgen. Das sind politische Realitäten, ob sie einem passen oder nicht, aber man muss sie zur Kenntnis nehmen.

95

F: Wie stehen Sie zur Erweiterung der EU?

S: Man hat nach dem Jahr 89 und dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs eine völlig neue Situation in Europa vorgefunden. Auf diese Situation hat die EU logischerweise mit der Erweiterung um diese Staaten reagiert, also von der Slowakei, Tschechien, bis hinauf zum Baltikum, da kann man Länder wie Rumänien und Bulgarien nicht ausschließen. Bei der Türkei kennt man meine Haltung. Ich glaube nicht, dass die Türkei voll integriert werden kann, aber das muss man den Türken überlassen und den Menschen hier, die das letztlich..., einer Volksbefragung unterziehen. Das ist eine der heikelsten Fragen. Sollte die Türkei die Bedingungen total erfüllen, was sie bis jetzt ja nicht tut, in den wesentlichen Fragen, Menschenrechte, Frauen, Zypern, Kurden usw, es ist eine Grundsatzfrage, ob man das möchte. Man muss, wenn man das möchte, auf den Tisch legen, dann ist das ein weiterer Schritt Richtung mehr oder minder nur Wirtschaftsgemeinschaft und Freihandelszone, weg von einer politischen Union. Wenn die Türkei je dazukommen sollte, wird eine Verfassung unumgänglich sein, die wegkommt vom Bevölkerungsschlüssel, denn dann kann nur jeder Staat dasselbe Recht haben. Also dann muss es die Gleichberechtigung der Staaten geben, ein Staat eine Stimme im Rat und mehr nicht. Und das ist ein großer Sprung, deshalb sehe ich im Moment nicht, dass es zu einem großen Verfassungsvertrag kommen kann. Wenn dann wird sich das nur zwanghaft aus einem Beitrittsprozess der Türkei ergeben, anders sehe ich das nicht.

100

105

110

F: Wie wichtig finden Sie europäische Symbole?

S: Die sind sicher wichtig, warum sollen die Menschen kein Symbol haben. Die UNO hat Symbole usw, also die EU muss auch so ein Symbol haben. Das ist ganz klar.

120

F: Und der Euro als Symbol?

S: Der Euro ist praktisch. Er ist der praktische, alltägliche Beweis für ein Zusammenwachsen der EU, fragmentarisch, da viele Staaten den Euro noch nicht eingeführt haben und nicht überstürzen sollen, weil es sonst wirtschaftliche oder soziale Schwierigkeiten brächte. Das muss man sich überlegen, die Kriterien müssen erfüllt sein, um der Eurozone beizutreten, überhaupt keine Frage. Aber der Euro ist natürlich ein Zeichen des Zusammenwachsens Europas und der Emanzipation Europas gegenüber dem Dollar, dem Yen usw.

125

F: Was ist typisch europäisch?

S: Typisch europäisch ist, dass es eben kein Einheitsbrei ist. Europa ist kein Einheitsbrei, kann es auch nicht werden. Es sind die Unterschiede, die Vielfalt, sind da, die vielen Sprachen, wir haben die historisch unterschiedlichen Belastungen und Vermächtnisse, die natürlich bis in die Gegenwart hineinreichen, aber die Integration hat einen europäischen Neuanfang ermöglicht und deshalb sollte man an ihr weiterarbeiten.

130

Experteninterview Paul Rübzig, per mail, 15.6.07, 16.40 Uhr

MEP Paul Rübzig wurde am 6. Mai 1953 in Wels geboren. Von 1991 bis 1995 war er Abgeordneter im oberösterreichischen Landtag, danach Abgeordneter zum Nationalrat. Seit 1996 ist er Abgeordneter zum Europäischen Parlament für die ÖVP und dort unter anderem Mitglied der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie.

F: Was heißt für sie Europa?

R: Einheit in Vielfalt

F: Was heißt für Sie Europabewusstsein?

R: Für mich persönlich heißt es Frieden und Wohlfahrt für Europas Bürger zu sichern.

F: Wie hat sich das Europabewusstsein in der österreichischen Bevölkerung seit 1945 entwickelt?

R: Von neutral zwischen Ost und West hin zu einem selbstbewussten Europa.

F: Gab bzw gibt es einen Unterschied in der Stimmung zwischen der Bevölkerung und den Politikern in Österreich?

R: Ja.

F: Welche Rolle haben die Medien (insb. die Kronenzeitung) bei der Beeinflussung der Bevölkerung gespielt?

R: Eine große Rolle

F: Haben bestimmte Ereignisse das Europabewusstsein beeinflusst?

R: Ja, zum Beispiel der letzte Krieg vor Österreichs Grenze (Graz).

F: Wie stehen sie zur Erweiterung der EU, besonders um die Türkei?

A: Prinzipiell bin ich ein Befürworter der Erweiterung. Im Falle der Türkei sehe ich jedoch zur Zeit keine Möglichkeit für einen Vollbeitritt.

F: Für wie notwendig erachten sie eine europäische Verfassung?

R: Ich erachte sie als sehr wichtig und identitätsstiftend.

F: Wie wichtig finden sie europäische Symbole?

R: Europäische Symbole sind wichtig. Sie fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl.

F: Was ist typisch europäisch?

R: Eine einheitliche Gesetzgebung in 23 verschiedene Sprachen übersetzt - das ist zum Beispiel typisch europäisch.

14. Februar 2007 – 05. März 2007
des Interviews:

Fragebogen Nr. 373

BITTE DIE JEWEILIGEN SCHLÜSSELZAHLEN UMKREISEN!

8. Wenn Sie „Europa“ hören, woran denken Sie zuerst? *(Nur eine Antwort erforderlich!)*

An die Europäische Union	1
An den ganzen Kontinent	2
An Österreich	3
W.N./K.A.	4

9. Wenn Sie im Ausland nach Ihrer Herkunft gefragt werden, was antworten Sie dann? *(Hier ist nur eine Antwort erforderlich!)*

Ich komme aus....

Meinem Bundesland	1
Österreich	2
Europa	3

10. Sind Sie gerne Europäer bzw. Europäerin?

Ja	1
Nein	2
Ist mir egal	3
W.N./K.A.	4

11. Haben die Europäer hinsichtlich der folgenden Punkte etwas Wichtiges für die Menschheit geleistet? *(Bitte zu allen 4 Punkten Stellung beziehen!)*

	Etwas sehr Wichtiges	Etwas eher Wichtiges	Eher nichts Wichtiges	Gar nichts Wichtiges	W.N./K.A.
Industrialisierung	1	2	3	4	5
Menschenrechte	1	2	3	4	5
Sozialstaat	1	2	3	4	5
Westliche Kultur	1	2	3	4	5
Andere <u>wichtige</u> Punkte <i>(bitte notieren):</i>					

12. Gibt es Bereiche, in denen Europa anderen Kontinenten überlegen ist?

Ja	1	(weiter Frage 13)
Nein	2	(weiter Frage 14)
W.N./K.A.	3	(weiter Frage 14)

13. Wenn ja, in welchen? *(bitte notieren!)*

14. Was ist für Sie typisch europäisch? *(bitte notieren!)*

15. Welche Städte bzw. Regionen haben symbolische Bedeutung für Europa? *(bitte notieren!)*

16. Wie wichtig waren folgende Ereignisse für Europa? *(Bitte zu allen 3 Punkten Stellung beziehen!)*

	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher nicht wichtig	Gar nicht wichtig	W.N./ K.A.
Wiederaufbau und Versöhnung nach Ende des Zweiten Weltkrieges	1	2	3	4	5
Der Zerfall der Sowjetunion	1	2	3	4	5
Gründung der Europäischen Union	1	2	3	4	5

17. Welche Personen waren in der Vergangenheit wichtig für Europa? *(bitte notieren!)*

18. Welche Personen sind gegenwärtig wichtig für Europa? *(bitte notieren!)*

STATISTIK:

19. Geschlecht

Männlich	1
Weiblich	2

20. Alter

Bis 25 Jahre	1
26 bis 35 Jahre	2
36 bis 50 Jahre	3
51 bis 65 Jahre	4
ab 66 Jahre	5

21. Schulbildung

BITTE NUR DIE ZULETZT ABGESCHLOSSENE SCHULE ANGEBEN

Hochschule.	1
Mittelschule	2
Berufs- oder Handelsschule	3
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung (Volksschule, Hauptschule)	4

22. Tätigkeit

In Ausbildung (Schule, Lehre, Univ.)	1
Pension	2
Im Haushalt tätig (= keinen anderen Beruf ausübend)	3
Arbeitslos	4
Selbständig	5
LandwirtIn	6
HilfsarbeiterIn	7
FacharbeiterIn	8
Angestellte/er	9
Beamten/er	10
Anderes	11

23. Welche Partei sagt Ihnen zur Zeit am meisten zu?

SPÖ	1
ÖVP	2
Grüne	3
FPÖ	4
BZÖ	5
KPÖ	6
Andere	7
Keine	8
Keine Angabe	9

24. Welche Partei hat Ihnen früher am meisten zugesagt?

SPÖ	1
ÖVP	2
Grüne	3
FPÖ	4
BZÖ	5
KPÖ	6
Andere	7
Keine	8
Keine Angabe	9

25. Bundesland

Wien	1
Burgenland	2
Niederösterreich	3
Oberösterreich	4
Salzburg	5
Tirol	6
Vorarlberg	7
Steiermark	8
Kärnten	9

Zusammenfassung

Die vorliegende Dissertation befasst sich mit dem Europabewusstsein in Österreich in der Zweiten Republik. Geprüft wurde, ob es dieses Bewusstsein von Beginn an gab, wie es sich entwickelt hat und auf welchem Stand es heute ist. Als theoretische Grundlagen dienen dieser Arbeit Forschungen zur österreichischen und europäischen Identität, Schriften zur europäischen Integration und das regelmäßig durchgeführte Eurobarometer. Die Arbeit gliedert sich im Wesentlichen in einen theoretischen und einen empirischen Teil. Es wurden zusätzlich zur vorhandenen Literatur drei verschiedene empirische Methoden herangezogen. Diese waren eine Zeitungsanalyse, Experteninterviews und eine repräsentative Befragung der österreichischen Bevölkerung. Die Haupthypothese der Arbeit lautet, dass es in Österreich nur ein schwach ausgeprägtes Europabewusstsein gibt, welches sich auf die EU und nicht auf Europa als Kontinent bezieht. Dies lässt sich unter anderem darin begründen, dass sich Europa als Begriff durch eine große Bedeutungsvielfalt auszeichnet. Die Ergebnisse der durchgeführten Befragung bestätigen auch, dass jeder mit dem Begriff Europa etwas Anderes verbindet. Als weiteres Ergebnis kann festgehalten werden, dass das österreichische Europabewusstsein keiner linearen Entwicklung gefolgt ist. Es ist von ständigen Auf und Abs geprägt. Wie die Zeitungsanalyse zeigte, kann an der Häufigkeit europabezogener Artikel die Einstellung der Österreicher zu Europa abgelesen werden. Generell ist das Europabewusstsein seit Beginn der Zweiten Republik auf den Westen des Kontinents orientiert und wird heute von der Bevölkerung auf die EU statt auf den ganzen Kontinent bezogen. Die europäische Integration hat geistige Wurzeln, die weit zurück reichen. Verwirklicht wurde sie aber erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch den Zusammenschluss im Sektor Kohle und Stahl und der Beilegung des deutsch-französischen Konfliktes. Mit der schrittweisen Integration konnte eine andauernde Friedensperiode der integrierten Länder erreicht werden. Österreich konnte aber vorerst auf Grund der außenpolitischen Situation nicht an der europäischen Integration teilnehmen. In den 50er und 60er Jahren gab es in Ansätzen ein Europabewusstsein. Es wurden auch Versuche unternommen, an der europäischen Integration teilzunehmen. In den 70er Jahren verschwand das Europabewusstsein, da die österreichische Identität erstarkte und kein Platz für andere Identitäten blieb. Ab Mitte der 80er Jahre wurden Überlegungen laut, der EG beizutreten. Die Diskussion erreichte zu Beginn der 90er Jahre die Öffentlichkeit und es konnte bei der Volksabstimmung über den Beitritt ein Höhepunkt beim Europabewusstsein festgestellt werden. Seit der EU-Mitgliedschaft ist die Einstellung zu Europa Schwankungen unterworfen, im Jahr 2000 war die Stimmung auf Grund der Maßnahmen der EU-14 auf einem Tiefpunkt angelangt. Auf Grund der Entwicklungslinien, wie sie zum Beispiel das Eurobarometer zeigt, kann man davon ausgehen, dass das Europabewusstsein zukünftig steigen wird. Ein gefestigtes Europabewusstsein kann der Grundstein eines toleranten Weltbürgertums sein. Es ist aber anzunehmen, dass das Europabewusstsein keine Konkurrenz zur nationalen Identität sein kann, sondern diese nur ergänzen kann.

Abstract

This paper deals with the European consciousness in Austria after the Second World War. It is examined whether this consciousness existed since 1945, how it developed, and how it is at present. As a theoretical basis for this paper served researches dealing with the European integration and the "Eurobarometer" which is carried out regularly. This paper basically consists of a theoretical and an empirical part. In addition to the literature available, three empirical methods were used. These were a newspaper analysis, specialist interviews and representative interviews with Austrian citizens. This paper's main hypothesis says that the European consciousness in Austria is distinctly low, it refers to the European Union rather and not to the continent Europe. This may be due to the fact that the concept of Europe is distinguished by manifold variety. The results of the interviews confirm that everyone has his/ her own concept of Europe. Moreover, the Austrian European consciousness does not follow a linear development. It is formed by continuous ups and downs. The newspaper analysis shows that the Austrian people's attitude towards Europe can be told from the frequency of articles dealing with Europe. Generally, the European consciousness focused on the west of Europe after 1945, and focuses on the population of the European Union now. The European integration has intellectual roots which reach far back. Nevertheless, they were only realised after the Second World War through the union of the areas coal and steel, and the reconciliation of the German-French conflict. Through a step-by-step integration, a continuous period of peace could be achieved for the participating countries. Due to foreign-affairs policy, Austria could not participate first. In the 1950s and 60s, there were beginnings of a European awareness. Attempts were made to participate in the European integration. In the 1970s the European awareness vanished as the Austrian national identity rose and there was no room left for other identities. Since the mid-eighties, considerations to join the EC have come up. This discussion reached the public in the early 1990s. At the time of the referendum about the entry into the European Union, a climax of the European consciousness could be stated. Since the European Union membership, the attitude towards Europe is subject to variations. In 2000, the public sentiment was at an all time low due to the European Union measures. Due to the lines of development, as shown by the Eurobarometer, it can be assumed that the European consciousness will rise in the future. A stable European consciousness can be the cornerstone of tolerant cosmopolitanism. Nevertheless, it can be assumed that the European consciousness cannot be a competition for the national identity, but only its supplement.

Lebenslauf

PERSÖNLICHE DATEN

Name	Karoline Binder
Geburtsdatum	28.03.1982
Geburtsort	Wien

SCHULISCHE UND UNIVERSITÄRE AUSBILDUNG

Seit 09/2005	Doktoratsstudium Geschichte, Universität Wien, 1010 Wien
06/2002-07/2005	Studium der Geschichte, Universität Wien, 1010 Wien Studienabschluss als Mag. phil am 8. Juli 2005
03/2001-06/2002	Studium der Geschichte in Kombination mit Soziologie, Universität Wien
10/2000-02/2001	Studium der Geschichte in Kombination mit Anglistik, Universität Wien
09/1992-06/2000	BRG II Vereinsgasse, 1020 Wien
09/1988-06/1992	Volksschule der Salvatorianerinnen, 1220 Wien